Stand: 02.07.2025 04:50:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11600

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11600 vom 04.12.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 09.12.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14200 des HA vom 10.02.2021
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14203 des HA vom 10.02.2021
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14198 des HA vom 11.02.2021
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14199 des HA vom 11.02.2021
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14259 des HA vom 11.02.2021
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14611 des HA vom 11.02.2021
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14202 des HA vom 12.02.2021
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14318 des HA vom 12.02.2021
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14251 des HA vom 23.02.2021
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14252 des HA vom 25.02.2021
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14308 des HA vom 25.02.2021
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14336 des HA vom 25.02.2021
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14616 des HA vom 25.02.2021
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14433 des HA vom 26.02.2021
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14435 des HA vom 03.03.2021
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14617 des HA vom 03.03.2021
19. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14662 des HA vom 18.03.2021
20. Beschluss des Plenums 18/14844 vom 23.03.2021
21. Beschluss des Plenums 18/14845 vom 23.03.2021
22. Beschluss des Plenums 18/14847 vom 23.03.2021
23. Beschluss des Plenums 18/14854 vom 23.03.2021
24. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 4)
25. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 2)
26. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 1)
27. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.03.2021 (EPL 11)
28. Beschluss des Plenums 18/14846 vom 24.03.2021
29. Beschluss des Plenums 18/14848 vom 24.03.2021
30. Beschluss des Plenums 18/14850 vom 24.03.2021
31. Beschluss des Plenums 18/14852 vom 24.03.2021
32. Beschluss des Plenums 18/14853 vom 24.03.2021
33. Beschluss des Plenums 18/14855 vom 24.03.2021
34. Beschluss des Plenums 18/14857 vom 24.03.2021
35. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 12)
36. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 9)
37. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 3)
38. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 5)

39. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 14)
40. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 10)
41. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021 (EPL 7)
42. Beschluss des Plenums 18/14849 vom 25.03.2021
43. Beschluss des Plenums 18/14851 vom 25.03.2021
44. Beschluss des Plenums 18/14856 vom 25.03.2021
45. Beschluss des Plenums 18/14858 vom 25.03.2021
46. Beschluss des Plenums 18/14859 vom 25.03.2021
47. Beschluss des Plenums 18/14861 vom 25.03.2021
48. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021 (EPL 13)
49. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021 (EPL 16)
50. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021 (EPL 15)
51. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021 (EPL 8)
52. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021 (EPL 6)
53. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 16.04.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.12.2020 **Drucksache** 18/**11600**

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021
(Haushaltsgesetz 2021 – HG 2021)

Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021

Einzelplan 01 (Landtag)
Einzelplan 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei)
Einzelplan 03 (Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration)
Einzelplan 04 (Staatsministerium für Justiz)
Einzelplan 05 (Staatsministerium für Unterricht und Kultus)
Einzelplan 06 (Staatsministerium der Finanzen und für Heimat)
Einzelplan 07 (Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie)
Einzelplan 08 (Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
Einzelplan 09 (Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr)
Einzelplan 10 (Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales)
Einzelplan 11 (Bayerischer Oberster Rechnungshof)
Einzelplan 12 (Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz)
Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung)
Einzelplan 14 (Staatsministerium für Gesundheit und Pflege)
Einzelplan 15 (Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst)
Einzelplan 16 (Staatsministerium für Digitales)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Claudia Köhler
Abg. Johann Häusler
Abg. Josef Zellmeier
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Markus Plenk
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Harald Güller
Abg. Hans Herold
Abg. Tim Pargent
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Ernst Weidenbusch

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021) (Drs. 18/11599)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021) (Drs. 18/11600)
- Erste Lesung -

Dazu erteile ich Herrn Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Ich darf heute den Haushalt für das Jahr 2021 einbringen und hier vorstellen. Ich beginne mit einem Wort, das mich in diesem Jahr und auch jetzt bei der Haushaltsdebatte am meisten und intensivsten begleitet hat, mit dem Wort, das jenes bezeichnet, nach dem sich offensichtlich alle zurzeit am meisten sehnen: Das Wort lautet "Planungssicherheit". Ich kann das gut verstehen; denn ich hätte auch gerne Planungssicherheit. Um Planungssicherheit bestmöglich sicherzustellen, haben wir uns in der Staatsregierung sehr angestrengt, wir haben uns im Finanzministerium sehr angestrengt, um Ihnen bestmögliche Planungssicherheit bieten zu können.

Die Planungssicherheit bezieht sich auf den 9. Dezember des Jahres 2020. Der Haushalt dafür sieht 70,2 Milliarden Euro für das Jahr 2021 vor. Wir legen diesen Haushaltsentwurf nach bestem Wissen und Gewissen vor, auch wenn ich schon jetzt weiß, dass es kein Problem ist zu sagen: Finanzminister, da hätte es sicher noch ein paar Milliarden Euro mehr zur Krisenbewältigung gebraucht. Auch ist es kein Problem zu

sagen: Dort hast du bestimmt zu viel eingeplant. – Meine Damen und Herren, das ist wahr, das ist nicht schwierig; denn das, was ich ansprach, Planungssicherheit, hat in diesen Zeiten niemand.

Eines irritiert mich aber bei der Debatte um den Haushalt und um das Geld: Alle sprechen von der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg – egal, wem ich zuhöre. Kaum hat man die Rede und das Gespräch über die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg beendet, höre ich: Folgendes bräuchten wir aber noch. Wir tun dann manchmal so, als wäre alles ganz normal und wir könnten so weitermachen wie zuvor, als müssten wir uns nicht darauf konzentrieren, dass zur Krisenbewältigung viel mehr erforderlich ist, als wir es uns jemals in dieser Dynamik hätten vorstellen können.

Deswegen lautet mein Appell, das, was wir tun, auch im Jahr 2021 als Krisenbewältigungsmaßnahme und nicht als Überlegung, wo man noch mehr tun könnte, zu verstehen. Mehr tun kann man immer. Das ist kein Problem. Aber es gibt eben einen Unterschied zwischen Kaufen bzw. Anschaffen und Bezahlen. Beim Haushalt müssen wir uns jetzt darauf konzentrieren, wie wir das alles bezahlen können, was zur Krisenbewältigung notwendig ist – notwendig im Sinne des Wortes, meine Damen und Herren, nicht wünschenswert, sondern die Not wendend. So haben wir den Haushalt aufgestellt.

Natürlich war das Jahr 2020 von der Pandemie geprägt. Wenn Steuerausfälle und Hilfsmaßnahmen zusammentreffen, wird es sehr kompliziert. Hier brauchen wir uns nichts vorzumachen. Ich möchte nur erwähnen, dass wir alleine für das Jahr 2020 in Bayern im Bereich der steuerlichen Erleichterungen mittlerweile 8 Milliarden Euro an Liquidität in den bayerischen Unternehmen belassen haben, weil wir Steuervorauszahlungen herabsetzen konnten, Umsatzsteuersondervorauszahlungen rückerstattet haben und Stundungsmaßnahmen vorgenommen haben, die inzwischen auch verlängert wurden, sodass unsere Unternehmen davon auch im Jahr 2021 Gebrauch machen können.

Deswegen ist es sehr einfach erklärbar, warum die Steuerausfälle in der Höhe anfallen, wie es der Fall ist. Trotzdem helfen wir. Wir helfen mit 6.800 LfA-Darlehen, Bürgschaften, dem Rettungsschirm der LfA, dem BayernFonds und mit Soforthilfen. Ich danke auch dem Bund für die Mithilfe, unsere Wirtschaft zu stabilisieren. Aber eines, meine Damen und Herren, müssen wir uns in Bayern nicht schlechtreden lassen: Wir haben mit unseren Hilfsmaßnahmen und mit unserer Unterstützung, insbesondere für die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft, Zeichen und Maßstäbe gesetzt. Wenn man jetzt auf Bundesebene sagt, man bräuchte noch mehr Unterstützung durch die Länder, bitte ich darum, zur Kenntnis zu nehmen, was wir schon alles tun; denn wir helfen in einer Dynamik und einer Weise, dass niemand behaupten kann, Bayern müsste noch mehr helfen, als wir es ohnehin schon tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses einzigartige Angebot an die Menschen wollen wir auch im Jahr 2021 fortsetzen. Wir wollen möglichst viel Krise von den Menschen fernhalten. Das ist unser Ziel. Warum war das überhaupt möglich? – Dies war möglich, weil wir in den letzten Jahren äußerst solide gewirtschaftet haben. Lieber Ministerpräsident, wir haben auch in deiner Amtszeit im Finanzministerium 5,6 Milliarden Euro alte Schulden abgebaut – das hat sonst niemand getan – und Rücklagen in einer Art und Weise aufgebaut, worum uns alle anderen Länder beneiden. Dies hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir überhaupt helfen können. Im Übrigen: In Krisenzeiten wird unser Haushalt in Bayern mit "AAA" mit stabilem Ausblick bewertet. Von 16 Bundesländern hat diese Bewertung genau ein Land erhalten, nämlich Bayern. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen aber dafür sorgen, dass es auch stabil bleibt. Wir haben eines getan: Wir haben im Jahr 2020 wie alle anderen Länder auf der ganzen Welt zur Krisenbewältigung darum gebeten, diese Herausforderung mit neuen Kreditaufnahmen bestreiten

zu können. Mit den 20 Milliarden Euro an Kreditermächtigung, die uns vom Landtag genehmigt wurde, sind wir bis zum heutigen Tag äußerst verantwortungsbewusst umgegangen. Die Staatsregierung hat nach der Genehmigung der Kreditaufnahme nicht überlegt, wie wir uns jetzt sofort 20 Milliarden Euro bei der Bank besorgen und das Geld unter die Menschen bringen können. – Nein, wir haben das getan, was notwendig im Sinne des Wortes war und ist. Deswegen haben wir bis heute nicht 20 Milliarden Euro Kredite aufgenommen, sondern nur rund 7 Milliarden Euro. Natürlich brauchen wir bis zum Ende des Jahres noch mehr davon. Die Kreditermächtigung über 20 Milliarden Euro war klug; denn sie schafft die Grundlage dafür, dass wir auch das Jahr 2021 überstehen. Das ist, glaube ich, eine Botschaft in schwierigen finanzpolitischen Zeiten, die uns eine gewisse Stabilität bestätigt. 20 Milliarden Euro, von denen wir zunächst dachten, wir benötigten sie für 2020, könnten jetzt für zwei Jahre reichen. Wir sollten uns nun alle miteinander entsprechend gut verhalten, damit wir diesen Betrag im Laufe des Jahres möglichst nicht überschreiten.

Wir werden im Jahr 2021 weiterhin Krisenbewältigung betreiben. Dies ist schwierig. Meine Damen und Herren, wir haben uns bei Haushaltsverhandlungen zehn Jahre lang ständig überlegt, wie wir den Zuwachs an Steuereinnahmen und das zusätzliche Geld verteilen, das zur Verfügung steht. Sie erinnern sich: Das war stets gar nicht so einfach. Damals gab es auch schon große Kämpfe um das "Mehr-Geld", das vorhanden war. Wir sind jetzt erstmals in einer Situation, in der es kein "Mehr" zu verteilen gibt, meine Damen und Herren. Deswegen müssen wir einen Vernunfthaushalt beschließen. Es hat doch keinen Sinn, die Augen vor der Krise zu verschließen und so zu tun, als könnten wir einfach so weitermachen. Stattdessen müssen wir uns auf die Dinge konzentrieren, die uns durch die Krise führen und in der Investition helfen, wieder schneller aus der Krise zu kommen. Das ist der Plan, den wir vorlegen.

Im Jahr 2021 werden uns 3,7 Milliarden Euro Steuereinnahmen fehlen. Das hat jedenfalls die November-Steuerschätzung ergeben. Wir haben bewusst die November-Steuerschätzung abgewartet, meine Damen und Herren. Es ist schon verschiedentlich be-

mängelt worden, warum das nicht alles schneller geht. Ich hätte den Haushalt auch schon eine Woche vorher vorlegen können, aber ich bin mir sehr sicher, dass dann viele im Hause gesagt hätten: Herr Minister, seriöser wäre es gewesen, Sie hätten die Steuerschätzung abgewartet.Deswegen haben wir sie eben abgewartet, und deswegen hat es halt auch eine Woche länger gedauert. Aber dadurch habe ich schon wieder etwas mehr Planungssicherheit, als ich sonst gehabt hätte. All das, was wir tun, fußt ja nicht auf irgendwelchen Ideen des Finanzministers, sondern auf der Steuerschätzung unabhängiger Experten. Die haben gesagt, wie es im nächsten Jahr wahrscheinlich aussieht. Auf der Basis legen wir diesen Haushalt vor.

Wir haben diese bestmögliche Planung so veranschlagt, dass uns im Jahr 2021 aus unserem Haushaltstitel 13 19 auch noch Geld zur Verfügung steht, um all den Hilfen gerecht zu werden, die wir schon 2020 beschlossen haben, die aber noch im Jahr 2021 wirken. Das ist klar. Das betrifft unsere Teststrategie, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Schnelltests, Verdienstausfälle. Diese Dinge müssen weiter finanziert werden. Sie sind Bestandteil dieser 20 Milliarden Euro. Wir können auch noch einen Vorsorgeansatz von 1,5 Milliarden Euro in den Haushalt einstellen. Das ist Geld, das noch in keiner Weise verplant ist und uns hoffentlich auch weit über das Jahr 2021 führen kann.

Meine Damen und Herren, das Ganze kann nur dann verändert werden, wenn der Haushaltsausschuss des Landtages, wenn der Landtag das genehmigt. Das war der große Auftrag an uns. Der Haushaltsausschuss, der Landtag, hat uns verschiedentlich gesagt, dass wir das Ganze im Jahr 2021 unter den Vorbehalt des Haushaltsausschusses, unter Zustimmungsverpflichtung stellen sollen. Das haben wir getan. Damit haben wir auch kein Problem, weil wir nichts zu verbergen haben.

Als ich die letzten Male die Debatten zur Regierungserklärung verfolgt habe, kam die Frage: Was hätten Sie denn anders gemacht als die Staatsregierung? – Es war dann nicht so, dass die Auffassungen völlig unterschiedlich, ja diametral waren, sondern ganz im Gegenteil: Hier im Landtag wurde im Regelfall das, was wir im Kabinett be-

schlossen haben, weitgehend bestätigt. Deswegen wird es auch in Zukunft völlige Transparenz geben. Die Maßnahmen, die beschlossen werden, werden dem Haushaltsausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

Meine Damen und Herren, ich bin jedenfalls sehr froh, dass wir mit dieser Kreditermächtigung zwei Jahre zurechtkommen werden. Es ist tatsächlich so, dass wir uns darüber hinaus natürlich nicht nur einfach Krediten bedienen, sondern wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie die Gegenfinanzierung der gewünschten Ausgaben erfolgen kann. Tatsächlich ist das auch die Frage, die mir immer wieder gestellt wird: Seid ihr auch selbst bereit, euch zu beschränken? Wo spart ihr denn?

Meine Damen und Herren, was ist Sparen in diesen Zeiten? – Manche verstehen unter Sparen, dass ohnehin nicht vorhandenes Geld nicht ausgegeben wird. Das ist noch kein Sparen. Sparen bedeutet, dass man etwas wegnimmt. Sparen bedeutet, dass man sich auf das Notwendige beschränkt. Die Ressorts haben ein klares Signal gesetzt und 500 Millionen Euro in den Ressorthaushalten zur Verfügung gestellt, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Wenn jemand mehr möchte, soll er es hier sagen. Er kann dann gleichzeitig auch sagen, worauf er in diesem Haushalt verzichten würde. Ich bin für Vorschläge sehr offen. Ich bin der Kreativität zugewandt. Bitte sagen Sie uns direkt und sofort, wo Sie einsparen möchten. Das gilt im Übrigen natürlich auch für jegliche Wünsche nach besonderen zusätzlichen Ausgaben.

Die Kreditermächtigung für zwei Jahre ist letztendlich eine Fortschreibung der bestehenden Kreditermächtigung, keine neue. Wir haben auch die Rücklagen nicht geschont. 25 % der Haushaltsrücklage, die am Ende des Jahres zu erwarten sein wird, nämlich 2,1 Milliarden Euro, stellen wir in diesen Haushalt. So ist es möglich, Krisenbewältigung zu betreiben, kein ausuferndes Schuldenregime aufzubauen und auch noch Einsparungen vorzulegen. Man kann jetzt schon sagen, dass es 500 Millionen Euro sind.

Mir haben gelegentlich Menschen gesagt – Landtagsabgeordnete und sonstige Beobachter –, dass wir doch bei irgendeiner Sozialleistung sparen sollten. Meine Damen und Herren, man kann das schon machen und in größten Krisenzeiten 500 Millionen Euro bei einer Sozialleistung sparen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich das richtige Krisenbewältigungskonzept ist, den Menschen erst etwas zu geben, um es ihnen dann sofort wieder wegzunehmen. So sparen wir weit mehr ein, als manche Sozialleistung überhaupt darstellt, nämlich diese 500 Millionen Euro. Ich glaube, das ist wirklich eine klare Ansage zur Solidität dieses Haushaltes.

Zur Krisenbewältigung machen wir noch etwas, was ganz entscheidend ist. Wir investieren gegen diese Krise an. Wir sparen nicht gegen diese Krise an, wir investieren gegen sie an, in allen Bereichen unseres Haushaltes: in der Digitalisierung, in der Infrastruktur, bei den Kommunen, in den Bereichen Hightech und Bildung.

Wir setzen Schwerpunkte. Zum Glück hatten wir zum Beispiel die Hightech Agenda schon konzipiert, die wir jetzt beschleunigt umsetzen, auch als Maßnahme zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Diese beschleunigte Umsetzung kostet natürlich mehr Geld. Deswegen ist es auch möglich, diese Investition als Krisenbewältigung abzubilden.

Der Bereich Gesundheit umfasste bisher 1,5 Milliarden Euro im Haushalt. Jetzt sind es 5,7 Milliarden. Das erfordert die Pandemie. Dafür gibt es mehr Stellen. Den Bedarf der Gesundheitsämter – ich habe bei all den Debatten darüber, was notwendig ist, zugehört – bilden wir in diesem Haushalt ab. Trotzdem laufen Programme wie die Landarztprämie und dergleichen weiter.

Zum Familienland Bayern – ich möchte das alles nur in wenigen Worten ansprechen –: Die 770 Millionen Euro Familiengeld sind unverändert vorgesehen. Die Gesamtförderung für Kinder in Kindertagesstätten beträgt mittlerweile 2,85 Milliarden Euro pro Jahr im Haushalt des Freistaates Bayern, meine Damen und Herren.

Ich höre immer, wie wir über Aufgaben diskutieren, und ich darf oft auch mit den Kommunen – dazu komme ich noch – Debatten führen, wer wofür zuständig ist. Der Freistaat Bayern ist nicht für die Kinderbetreuung zuständig. Trotzdem geben wir dafür 2,85 Milliarden Euro aus. Vor sechs oder sieben Jahren – legen Sie mich nicht genau auf das Jahr fest – waren es noch 700 Millionen Euro pro Jahr. Trotzdem fördern wir weiter den Ausbau neuer Plätze.

Wir stärken die Polizei mit 500 Stellen.

Wir stärken die Schulen, Prof. Piazolo. Um das alles vorzutragen, was an den Schulen zusätzlich gemacht werden kann, bräuchte ich hier eine eigene Rede. Eine ganze Stunde könnte ich vortragen, was es in den Schulen alles an Verbesserungen geben wird: 1.250 neue Lehrer, 100 Stellen für das Programm "Schule öffnet sich", 175 Verwaltungsangestellte, 68 Millionen Euro für digitale Bildung, Förderung für Raumlüfter usw. Provozieren Sie mich bitte nicht, sonst überziehe ich meine Redezeit um eine Stunde, nur um zu erklären, was wir im Bereich Bildung zusätzlich machen. Glückwunsch, Herr Professor! Da haben Sie gut verhandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt 1.800 neue Stellen für die Hightech Agenda, nicht zum Spaß, sondern für den Gewinn in der Zukunft des Landes. – All das legen wir im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft vor. Das ist wirklich eine Konjunkturspritze.

Meine Damen und Herren, wir vernachlässigen deswegen nicht die herkömmlichen Themen, die Schwerpunktthemen der letzten Jahre: Landwirtschaft, Artenschutz und Klima. Gerade der Artenschutz in der Landwirtschaft: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es jemals einen Finanzminister gab, der aufgrund seiner Herkunft, schon von sich aus angelegt, mehr Verständnis für die Landwirte hätte haben können als der aktuelle, nicht einmal mein Vorgänger.

(Zuruf)

Mein Vorgänger hatte viel Verständnis, aber nicht aufgrund seiner Herkunft. Das ist der kleine Unterschied.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, deswegen glaube ich, dass wir uns hier von niemandem belehren lassen müssen.

Wir haben im Bereich der Digitalisierung selbstverständlich die Mittel für den Breitbandausbau. Gigabit-Strategie, digitales Rathaus – das ist alles weiter dabei. Es gibt nicht nur digitale Investitionen, sondern auch analoge Investitionen, in Staatsstraßen und in den öffentlichen Personennahverkehr, in den wir investieren wie nie zuvor. Die Städtebauförderung hat den höchsten Bewilligungsrahmen mit 379 Millionen Euro. In den Wohnungsbau investieren wir mehr als im vorigen Jahr. In der Wirtschaft verdoppeln wir das RÖFE-Programm. In den Tourismus investieren 83 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wann gab es das schon einmal? In Krisenzeiten! Wir sind nicht hergegangen und nehmen den Menschen Geld und Investitionen weg, sondern wir unterstützen die Menschen weiter. Ich möchte Ihnen noch sagen, dass das auch für das Ehrenamt gilt: Den Breitensport unterstützen wir mit 78 Millionen Euro. – Das sind alles Dinge, die in diesen Zeiten nicht selbstverständlich sind, die wir aber trotzdem machen.

Ich sage ganz offen, dass das auch für ein Thema gilt, das mir auch in meiner Zuständigkeit besonders am Herzen liegt: Das sind die Kommunen. Für die Kommunen gilt Ähnliches wie bei Prof. Piazolo. Wenn ich über die Wohltaten und die Unterstützung für die Kommunen frei reden dürfte und alles sagen müsste, was wir für sie tun, bräuchte ich einen ganzen Tag für die Regierungserklärung. Der Haushalt ist die Regierungserklärung des Finanzministers. Deswegen weiß ich, dass ich morgen nicht wieder eine Regierungserklärung zum Wohle der Kommunen in Bayern machen darf. Aber das, was da drinsteht, ist schon so viel, dass die Lobgesänge der Kommunen im Jahr 2021 eigentlich gar nicht mehr abreißen dürften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben trotz der Krise den kommunalen Finanzausgleich stabil gehalten. Wir haben als Freistaat Bayern Schulden gemacht, um den Kommunen in 2020 Geld zu geben. Bei 10 % weniger Steuereinnahmen haben wir trotzdem den Finanzausgleich stabil gehalten: über zehn Milliarden. Wir haben zwei Milliarden Euro Schulden gemacht, um das kozufinanzieren, was vom Bund als Konjunkturpaket zur Bewältigung der Krise bei den Kommunen vorgesehen war. Wir zahlen den bayerischen Kommunen nächste Woche 2,4 Milliarden Euro für Gewerbesteuerausfälle, obwohl es wahrscheinlich – wir sind mit dem Rechnen noch nicht ganz fertig – gar nicht 2,4 Milliarden Gewerbesteuerausfälle gab. Wir haben den Kommunen zugesagt, dass wir das, was von dem Geld übrig bleibt, das zusätzlich vorgesehen ist – vom Bund werden 1,1 Milliarden Euro getragen, vom Freistaat 1,3 Milliarden –, auch noch ausreichen, als Nachschlag auf die Schlüsselzuweisung 2020.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man weiß, dass wir 2020 drei Milliarden Euro kommunale Finanzausgleichszahlungen vorgezogen haben, dann muss jeder, der ehrlich ist, sagen: Im Jahr 2020 gab es für die bayerischen Kommunen kein finanzielles Problem. Für 2021 sagt die Steuerschätzung – nicht ich – für die Kommunen voraus, dass in etwa das Gewerbesteuerniveau des Jahres 2019 wieder erreicht wird. Deshalb, glaube ich, können wir den Kommunen erhobenen Hauptes gegenübertreten. Daher bin ich ehrlicherweise auch erstaunt, dass aufseiten der Kommunen – egal, ob zu diesem Thema oder zu anderen Themen – mit Worten gefuhrwerkt und uns vorgeworfen wird, was wir den Kommunen alles erklären würden. Ich erkläre den Kommunen die Partnerschaft.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag erklären seit Jahren, dass die Kommunen in dieser Partnerschaft den Freistaat Bayern gut unterstützen. Deshalb geben wir unglaublich viel Geld, und wir geben auch im Jahr 2021 wieder so viel Geld in den kommunalen Finanzausgleich wie niemals zuvor – trotz Krise und

trotz der Tatsache, dass wir Schulden machen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was sollen wir denn eigentlich noch tun?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich erwähne nur nebenbei, dass der Bund offensichtlich nicht der Meinung ist, man sollte den Kommunen 2021 zur Krisenbewältigung zusätzlich Geld zukommen lassen. Jedenfalls haben wir dies oft angemahnt und eingefordert. Die Nachrichten, die ich bisher dazu bekommen habe, waren jedenfalls nicht so. Aber eines ist auch klar: dass ich das Geld des Bundes, das 2020 kam, 2021 nicht durch bayerische Gelder ersetzen kann. Das erwartet auch niemand. Diese Forderung habe ich nicht einmal aus den Bereichen der kommunalen Spitzenverbände gehört. Wir sind in einem sehr guten Kontakt mit den Kommunen, und ich glaube nicht, dass uns als Staatsregierung heute jemand vorwerfen kann, wir würden die Kommunen in irgendeinem Bereich nicht intensiv genug unterstützen. Bei all den Debatten um Zuständigkeiten frage ich auch einmal: Wo kann man mit 100 % Förderung noch jemanden auffordern, irgendetwas zu tun, wofür er zuständig ist? Man darf zum Beispiel als Sachaufwandsträger von Schulen auch selbst etwas kaufen, sogar wenn es keinen Zuschuss gibt. Das ist nicht verboten. Das Haushaltsrecht schreibt nicht vor, bei Dingen, die in eigener Zuständigkeit erledigt werden müssen, nur dann tätig werden zu können, wenn man 100 % Zuschuss bekommt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb bitte ich bei allem Eifer und allen Forderungen, die es noch geben kann, auch hier Maß zu halten, meine Damen und Herren. Ich erinnere daran: die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, trotzdem höchste Staatsausgaben, höchste Zuweisungen an die Kommunen. In dieser Situation darüber zu diskutieren, wo wir noch draufsatteln müssten, insbesondere in der Regel bei den eigenen Zuständigkeiten der Kommunen, ist nicht angebracht. Ich denke, darin sollten wir uns einig sein.

Worauf kommt es nun an? – Die Krise zu bewältigen und Wachstum zu erzeugen, darauf kommt es an. Schulden sind natürlich keine Daueroption, deshalb müssen wir über alle Optionen sprechen. Ich sprach es an: Können wir in der Krise kürzen? – Ja, schlagen Sie vor! Jeder, der heute hier spricht, soll bitte einen substanziellen Vorschlag machen, wo er denn die Milliarden einsparen würde, wenn er Finanzminister wäre. Wir haben uns dazu entschieden: Wir unterstützen die Menschen in vielerlei Hinsicht und nehmen ihnen nicht auf der anderen Seite im Jahr 2021 Geld weg. Deshalb: ein sensibles Konsolidierungskonzept. Die halbe Milliarde – ich sprach es an – ist jedenfalls ein signifikanter Beitrag der Ressorts zur Einsparung.

Wir haben eine Rücklage. Ich darf Ende 2020 rund acht Milliarden Euro Rücklagen verwalten; das ist bekannt, daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Das kam nicht von ungefähr, sondern daher, dass wir seit Jahren solide wirtschaften und eben nicht immer das Geld, das wir eingenommen haben, sofort ausgegeben haben.

Wir schonen aber auch die Rücklage nicht. Bevor wir Schulden machen, nehmen wir 25 % aus der Rücklage. Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die, wie ich glaube, auch in der Öffentlichkeit auf Verständnis stoßen, und all jene, die uns beobachten – als Beobachter in der Bevölkerung oder als professionelle Beobachter, die alles bewerten, was wir tun –, können hieran, glaube ich, wirklich nichts auszusetzen haben.

Eine Alternative gäbe es noch, die ich dauernd in Berlin höre. Ich höre sie vom Kanzlerkandidaten der SPD: Steuererhöhungen. Es gibt jeden Tag irgendeine Idee, wo man Steuern erhöhen könnte. Ich sage Ihnen ganz offen: Jetzt, in der Krise, die Steuern zu erhöhen – egal für wen – ist etwas, was wir strikt ablehnen. Das wäre jedenfalls das Falscheste, was man überhaupt machen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lassen wir das Geld bei den Menschen. Die Menschen sollen investieren und konsumieren und die Unternehmen ebenfalls. Ich bitte aber auch, dies zu tun. Der Konsum, die Investitionen – das ist es, was uns im nächsten Jahr hoffentlich bald wie-

der zu den Höhen bringt, die wir vorher bei den Steuereinnahmen hatten. Das wäre für uns ganz entscheidend.

Zur unvermeidlichen Kreditaufnahme, noch einmal in aller Sachlichkeit nebeneinandergestellt: Die Schuldenbremse erlaubt uns, in besonderen Krisenlagen ausnahmsweise Kredite aufzunehmen. Wie ganz Deutschland und alle anderen Bundesländer haben wir dies auch getan. Wir sind dabei in bester Gesellschaft. Es gibt zwei Richtungen: die einen, die mir sagen, am besten nie mehr Schuldenbremse, und die anderen, die sagen, sofort Schuldenbremse wieder einhalten. Ich kann nur sagen: Wir hatten in Bayern vor der Krise 27 Milliarden Euro Schulden und haben jetzt bekanntermaßen 20 Milliarden Kreditermächtigung, die noch nicht ausgeschöpft ist, die wir aber voraussichtlich in diesen zwei Jahren brauchen werden. 27 plus 20 ist 47. Nordrhein-Westfalen – ich habe die Gesamtstatistik noch einmal anschauen lassen – macht 25 Milliarden Euro neue Schulden, und in den Statistiken, die für Länder und Kommunen veröffentlicht werden, stehen am Ende 246 Milliarden Euro Schulden.

Ich muss ehrlicherweise sagen: Es ist nicht mein Ziel, dies möglichst rasch einzuhalten. Aber umgekehrt muss ich der bayerischen Bevölkerung sagen – nicht, weil mich das sehr tröstet, aber weil ich mich selbst auch reflektieren muss, ob ich verantworten kann, was ich hier tue –: Ja, 47 Milliarden Euro Schulden für den Triple-A-gerateten Freistaat Bayern kann ich eher verantworten als 240 Milliarden in einem anderen Bundesland, das zwar ein wenig größer ist, aber auch nicht um so sehr viel größer. Deshalb bin ich bereit, auch wenn es schmerzlich ist, diesen Vorschlag zu machen: Schulden nur für das, was unvermeidbar ist.

Im Jahr 2020, haben wir kalkuliert, werden rund 9 Milliarden Euro notwendig sein, für 2021 stehen dann noch rund 11 Milliarden Euro zur Verfügung – 10,7 rein rechnerisch, wie es kalkuliert ist –, Steuereinnahmen: 3,2 Milliarden, und den Sonderfonds Corona werden wir in die HTA 2021 vorziehen, sodass wir eigentlich mit diesen 20 Milliarden Euro auskommen müssten. Ich sage: eigentlich; denn natürlich ist die Entwicklung dynamisch, und niemand weiß, was im Januar, Februar, März, April, Mai sein wird,

auch nicht der Finanzminister. Ich habe keine Glaskugel. Ich bin nicht schlauer als der Rest der Welt, das habe ich nie für mich in Anspruch genommen. So kann es sein, dass wir uns bei all den Maßnahmen, die noch erforderlich sein werden, im Januar oder Februar darüber unterhalten müssen, dass zusätzlich deutlich höhere Ausgaben gegenfinanziert werden müssen.

Aber wir haben die Grundlagen gelegt, wie dies dann funktioniert. Es funktioniert so, dass das Kabinett darüber berät und der Haushaltsausschuss sagen kann, ob er das will. In Zukunft braucht sich also nicht mehr das Kabinett den Kopf darüber zu zerbrechen, wen wir unterstützen müssen, damit wir gut durch die Krise kommen – wir werden es trotzdem tun –, sondern dann macht das der Haushaltsausschuss. Er wird genau abwägen, welche Hilfen noch erforderlich sind und welche nicht und ob dafür weitere Kreditaufnahmen oder Rücklagenentnahmen – was auch immer – erforderlich sind. Ihr werdet merken: Es ist nicht wesentlich einfacher, es endlich entscheiden zu müssen, als nur darüber zu beraten. Aber ich freue mich darauf und mache auch hier in völliger Transparenz das, was erwartet wird: Wir legen die Zahlen vor, und dann muss entschieden werden. Ich sage dies nur, damit es nicht in einem halben Jahr hier heißt: Ja, Füracker hat gesagt, mit 20 Milliarden kommen wir durch die Krise.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Der Meinung bin ich – in aller Freundschaft, Herr Ministerpräsident. Wir können, wenn wir uns als Landtag gut verhalten und die Dinge vernünftig abwägen, mit den 20 Milliarden Euro zurechtkommen. Wenn dies nicht gelingt, dann muss es dieser Landtag eben beschließen – so einfach ist das –, deshalb auch hier die Debatte um die Parlamentsbeteiligung. Mehr Parlamentsbeteiligung geht nicht, mehr Transparenz auch nicht. Daher, meine Damen und Herren, ist dieser Haushalt auch ein Angebot an alle Fraktionen, die guten Willens sind. Die Regierungsfraktionen laden die Opposition zu diesen Beratungen ein, um miteinander einen Weg zu finden, das zu unterstützen, was wir hier vorlegen. Wir halten die Kreditermächtigung und das Zustimmungserfordernis des Landtages ein. Wir kürzen nicht im sozialen Bereich. Wir haben weitere

Mittel für Klima- und Artenschutz sowie Forschung – die höchsten Investitionen, die es jemals gab. Meine Damen und Herren, 70 Milliarden Euro, das ist ein Riesenhaushalt, mit einem Investitionsanteil von über 14 % – 9,9 Milliarden Euro. Ich hätte gern 10 gesagt, aber dann hätte die Opposition gesagt, es sind nur 9,9, also bleibe ich bei 9,9 – die höchsten Investitionen ever.

(Zuruf)

Ich bitte darum, hier Akzeptanz zum Ausdruck zu bringen und mit freudiger Zustimmung zu reagieren. Auch hier muss ich eines sagen: Mehr geht aber nicht mehr.Herr Halbleib, Sie sind so fröhlich heute; Sie lachen mich so nett an.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Sie lachen mich so nett an. Ich habe dieser Tage auch an Sie gedacht, weil wir dem Haushaltsausschuss ein großes Werk vorgelegt haben mit Würzburg, wo ich dann gesagt habe: Trotz großartiger Investitionen, wir stehen dazu. – Wir stehen dazu; wir schlagen das dem Haushaltsausschuss vor; der Haushaltsausschuss geht in die Planung. Und alle haben sich gefreut, aber der Herr Halbleib hat die Weltöffentlichkeit wissen lassen:

(Zuruf)

Er sei enttäuscht. Er sei enttäuscht darüber, dass wir in Krisenzeiten nur 230 Millionen Euro für so ein Objekt freigeben, wo es viele Menschen im Land geben könnte, die sagen: In der Krise könnten Sie das auch mal fünf Jahre schieben. – Wir machen es trotzdem, Herr Halbleib.

(Zuruf)

Und deswegen müsste ich einfach sagen:

(Zurufe)

Es ist ja längst versprochen, dass wir es machen; und das halten wir auch. Das halten wir. Alles, was der Ministerpräsident verspricht, wird gehalten; da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Beifall – Zurufe – Lachen)

– Ja, ja. – Deswegen hätte ich auch da freudige Zustimmung erwartet.

(Zuruf)

Aber ich sage das nicht als Angriff, Herr Halbleib, sondern nur als Ermahnung an uns alle: Bescheiden wir uns in dieser Krise, werden wir nicht übermütig im Glauben daran, dass endlos irgendwo Geld herkommt. Wir werden auch gefragt werden: Wo habt ihr mal einen Schritt zurück gemacht? – Und da habe ich halt das Beispiel Würzburg im Kopf gehabt; ich hatte es mir nicht mal aufgeschrieben.

Mehr geht nicht mehr, meine Damen und Herren. Zusätzliche Wünsche gehen nur durch Streichvorschläge. Die bitte ich hier einzubringen. Wir vermeiden Schulden, wir halten Stabilität, wir sichern die Zukunft.

Ich danke allen. Ich danke meinem Haus für die umfangreichen Vorarbeiten. So einen Haushalt aufzustellen, ist nicht ganz einfach – das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in unserem Haus eine wirklich gute Mannschaft, die 24 Stunden am Tag und in der Nacht bereit war, an diesem Haushalt zu arbeiten. Ich danke dem gesamten öffentlichen Dienst, auch allen Ressorts, der Staatskanzlei und allen, die mitwirken, und natürlich auch dem Parlament, das bereit war, kurze Fristen zu akzeptieren und entsprechend den Haushalt jetzt, nach der Steuerschätzung, aber trotzdem noch vor dem neuen Jahr, durch die Erste Lesung zu bringen, damit wir rasch die haushaltlose Zeit beenden können. Ich danke allen, die dazu einen Beitrag leisten.

Ich bin dankbar, dass wir im Land Unternehmen, Arbeitnehmer und Ehrenamtliche haben, die sich darum kümmern, dass dieses Land auch in der Krise gut läuft.

Wir tun das Unsere dazu. Danke an die Steuerzahler in Bayern; sie finanzieren letztlich diese 7,2 Milliarden Euro. Wir versuchen, dieses Land stabil zu halten.

Eines möchte ich Ihnen noch sagen: Ich habe mich bei all den Debatten um Corona und die Auswirkungen der Pandemie bei der Frage, wie die Politik darauf reagiert, nicht jeden Tag eingemischt, weil ich da nicht so sachkundig bin. Ich habe damit zu tun zu überlegen: Wie halten wir wirtschaftlich und haushaltspolitisch Stabilität? Wir sehen, wie manche Argumente sich auch verändern. Normalerweise wirft man Finanzministern, Politikern im Allgemeinen, vor: Denen geht es nur um die Wirtschaft! Da geht es nur darum, dass die Wirtschaft floriert; die Menschen sind denen alle egal. – Diesen Vorwurf höre ich so oft, das ganze Jahr. Tatsächlich schaffen wir es dankenswerterweise – Herr Ministerpräsident, ich möchte auch dir ganz persönlich danken für deinen Einsatz –, trotz größter Herausforderungen das Land stabil zu halten und durch die Krise zu kommen. Warum? – Weil wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Und das gilt auch für unseren Haushalt. Da steht der Mensch im Mittelpunkt. Da braucht es keinen Vorwurf an uns, weder von der einen noch von der anderen Seite. "Sehr abgewogen" – unter dieser Überschrift könnte man eigentlich sagen: in gegebener Zeit ein Superhaushalt, verlässlich für unsere Partner, ein klar begrenztes Wachstum, und wir kommen schnell zurück zu alter Stärke. Das ist mein Wunsch; das ist unsere Arbeit, und dann haben wir das wieder, was wir so sehr vermissen: Planungssicherheit, meine Damen und Herren. – Nein, es ist nicht Planungssicherheit, aber dieser Haushalt ist ein momentanes Planungsoptimum; das kann ich Ihnen zusagen.

(Zurufe – Widerspruch)

Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung heute und im Ausschuss. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der anschließenden Debatte ist auf 121 Minuten festgelegt. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heuer war fast nichts so, wie gewohnt – fast. Denn der schlechte Stil, der ist schon mal geblieben, Herr Söder: hier alles im Alleingang zu entscheiden, den fertigen Haushaltsentwurf über 70 Milliarden Euro an Steuergeldern drei Werktage vor der Ersten Lesung zu veröffentlichen. Er wurde von der Staatskanzlei zurückgehalten. Der Finanzplan ist sogar erst gestern gekommen.

Ja, ich weiß, Sie haben die Mindestfrist eingehalten. Trotzdem: Ist das Ihre Vorstellung von Zusammenarbeit? In einem Jahr, in dem Milliardenbeträge an zusätzlichen Steuermitteln, an Schulden für kommende Generationen lockergemacht worden sind, in einem Jahr, das von der Politik ein ganz besonderes Maß an Vernunft und Weitblick erfordert, in einem Jahr, in dem die Angreifer und Zweifler des Rechtsstaates immer mehr werden – in so einem Jahr maßen Sie es sich an, Herr der Milliarden zu sein und alle Fraktionen zum letztmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

Meine Herren, wenn wir schon dabei sind: Wie kommen Sie dazu, in der eh schon üppig besetzten Staatskanzlei noch mal 39 Stellen neu zu schaffen und weitere aus anderen Ressorts abzuziehen, wo es doch an allen Ecken und Enden brennt? – "L‘état c´est moi."

Und Sie, werte Damen und Herren der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER im Haushaltsausschuss, Sie machen das willfährig mit. Sie freuen sich, dass Sie wenigstens 60 Millionen Euro – ein Promille des Haushalts! – an Fraktionsreserve in Ihren Stimmkreisen verteilen dürfen. Wie lange tragen Sie denn das noch mit? Der parlamentarischen Demokratie tun Sie so keinen guten Dienst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Aber wir GRÜNEN arbeiten konstruktiv;

(Lachen – Widerspruch – Unruhe)

deswegen haben wir Ihnen heuer rechtzeitig eine Hausaufgabe mitgegeben, damit wir nicht immer hinterher Verbesserungen anmahnen müssen, wie beim letzten Mal, da wurden die Erwachsenenbildung und die Jugendverbände vergessen. Wir haben klar und deutlich die Dringlichkeit betont, endlich die längst überfälligen Infrastrukturmaßnahmen anzugehen, technisch, sozial, digital Vorsorge zu treffen, damit uns in der nächsten Krise nicht das gleiche Malheur passiert wie diesmal, damit uns nicht wieder auf die Füße fällt, was Sie Jahrzehnte verschlafen haben, obwohl die Steuereinnahmen in dieser Zeit dagewesen wären.

Denn wenn die Krise, vorbei ist – da sind wir uns hoffentlich einig –, müssen wir alle und alle Unternehmen wieder mit voller Kraft loslegen können. Und das geht nur mit einer intakten Infrastruktur.

Wir hier im Parlament haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Kindeskinder von einer hohen Lebensqualität, von sozialer Gerechtigkeit profitieren. Wir haben die Verantwortung, heute so zu entscheiden, dass Bayern weiterhin Innovationsstandort bleibt. Und heute wird sich entscheiden, ob wir die Weichen stellen, ob wir mit ökologischen Modernisierungen die Klimakrise bewältigen. Was glauben Sie denn, wie weit 2030 noch weg ist?Alles andere, was wir nicht angehen, sind Schulden, sind verdeckte Schulden für unsere Kinder und Kindeskinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Kinder: Weil der Zugang zur Bildung der entscheidende Schlüssel für gleichwertige Lebenschancen ist, lassen Sie uns sichtbare Investitionen in den Lebensraum Schule, in unsere Hochschulen tätigen. Deswegen braucht man nicht nur Professoren und Professorinnen, die übrigens so schnell, wie Sie sie ankündigen, gar nicht herge-

hen werden, sondern man braucht Instandsetzungen, Sanierungen der Hochschulgebäude. Dort regnet es hinein. Es gibt einen Sanierungsstau von fünf Milliarden Euro.

Gut ist, dass endlich – der Minister ist nicht mehr da – 1.525 Stellen für alle Schularten kommen. Das haben wir seit Jahren gefordert. Sehen Sie jetzt, dass unsere

(Zuruf)

– der Schulminister, ich dachte, Sie wissen, wer für Bildung zuständig ist – langjährigen Forderungen – kleine Klassen, zwei Lehrkräfte pro Klasse – viel besser durch diese Pandemie getragen hätten? Die Lehrkräfteausbildung, die Digitalisierung muss viel zeitgemäßer werden. Das hatten wir alle die Jahre angemahnt.

Bitte, jetzt mal Klartext – der Herr Minister hat es schon angedeutet –. Wie lange wollen Sie die Schulen mit der Digitalisierung noch alleinlassen und immer nur auf die Sachaufwandsträger und auf die Kommunen hinweisen? Die ganze Pandemie sehen wir schon, wie viele Jahre Sie geschlafen und Bayern damit zurückgeworfen haben. Schulen warten immer noch auf funktionierende Plattformen. Seit heute geht auch "mebis" nicht mehr. Für praktikablen Datenschutz ist nicht vorgesorgt. Die digitalen Schulungen unserer Lehrkräfte sind auch noch nicht installiert. Übrigens ist aus dem Programm Lehrkräfte-Laptop noch kein einziger in Bayern angekommen.

Sie reichen die ganze Zeit fast nur Bundesmittel durch, ansonsten halten Sie sich vornehm zurück. Aber Bildung ist doch Länderhoheit, habe ich gemeint. Digitalisierung ist aber in allen Ressorts ein Problem. Die einheitliche Steuerverwaltungssoftware namens KONSENS ist ein einziges Desaster: viel Geld ausgegeben, nichts erledigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Gesundheitsämtern soll es demnächst eine einheitliche Software geben, um die Nachverfolgungen zu händeln, nach elf Monaten Pandemie. Sie hatten bisher auf das klassische Fax gesetzt.

In so einer fatalen Notlage sehen wir den Mini-Etat des Digitalministeriums. Sie geben der Digitalministerin gnädig 9,9 Millionen Euro für Projekte. Alles andere in diesem Haus sind der IT-Beauftragte, das Ministerium selbst und die Games-Förderung. 9,9 Millionen Euro im Digitalministerium für ein ganzes Jahr für ganz Bayern – bitte, was soll die Ministerin damit auf den Weg bringen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Entwurf vernachlässigt trotz der rechnerisch hohen Investitionsquote den Bestand an Infrastruktur. Die Investitionen fließen in die üblichen Lieblingsprojekte, allen voran neue Straßen, Straßenbau: 400 Millionen Euro. Dann kommt natürlich die Weiterfinanzierung der Wahlgeschenke von früher: Pflegegeld, Familiengeld. Das lähmt auch diesen Etat. 390 Millionen Euro Landespflegegeld für ein Jahr, 100 Millionen Euro mehr als eigentlich gedacht. Ja, welche Überraschung, dass in einer alternden Gesellschaft der Bedarf steigt. Aber mehr Pflegeplätze, mehr Pflegestützpunkte, mehr Pflegepersonal, Unterstützung für Betroffene und Angehörige haben wir nicht vom Pflegegeld.

Apropos Wahlgeschenke. Die Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung macht fünfmal so viel aus wie Qualität und Personalgewinnung. Ich meine, da machen Sie es sich zu leicht und missbrauchen auch hier wertvolle Bundesmittel.

Im Frühjahr haben wir alle gesehen, wie sehr es die Familien und damit auch die Wirtschaft lähmt, wenn man sich nicht auf funktionierende Kinderbetreuung verlassen kann. Wie lange schauen wir anderen Großstädten wie Hamburg, wie Wien noch bei erfolgreicher Wohnraumförderung zu? Was lehrt uns Corona denn für eine krisenfeste Gesundheitsvorsorge? Dieser Sommer hat uns doch wieder gezeigt: Wir müssen jetzt Maßnahmen treffen, um unsere Städte klimafest und hitzebeständig zu machen. Wenn wir weiterhin so wenig tun, dann stolpern wir in die nächste Krise, die die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger massiv gefährdet.

Deswegen muss die Energiewende viel schneller vorangetrieben werden. Sie forschen, forschen, machen Versuche, und wenn es konkret wird, dann wird so wenig

gemacht. Ich habe die 74 Millionen Euro gesehen – das ist okay –, aber für eine Energiewende reicht das doch nicht. Da reichen nicht ein paar Förderprogramme, Modell-Prestigeprojekte, es muss sich doch strukturell etwas ändern. Wir brauchen andere Systeme. Nahwärmenetze, Geothermie, intelligente Stromnetze, virtuelle Kraftwerke, Wasserkraftnutzung – das sind die Zukunftsthemen. Da stehen dann fünf Millionen Euro für ganz Bayern für Photovoltaik auf allen Gebäuden im Freistaat; da gibt es dann für die energetische Sanierung weniger als im letzten Jahr – 25 Millionen Euro. Es ist fast peinlich. Wir brauchen eigentlich 500 Millionen Euro, um die staatlichen Gebäude energetisch auf Vordermann zu bringen. Wir bräuchten auch 500 Millionen Euro, um die Mobilitätswende endlich voranzubringen

Heute früh, ein Stäuberl Schnee, und die erste Durchsage in der S-Bahn: Störungen auf allen Linien der Stammstrecke.

(Zuruf)

– Das ist nur München. Man muss doch auch auf dem Land mit dem Nahverkehr überall hinkommen, wo man hinkommen muss.

Wir haben zu wenige Gleise, wir haben vergammelte Bahnhöfe. 2020 ist noch nicht einmal die Hälfte unserer Bahnhöfe barrierefrei. Das ist doch eine Schande, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo sind die Radwegenetze? Wo ist die Ausbauoffensive für das hochgepriesene Fahrradland Bayern? Bitte schalten Sie da mal einen Gang höher.

(Ein Abgeordneter telefoniert)

– Könnten Sie vielleicht draußen telefonieren?

Dann die Prämien. Wenn etwas nicht funktioniert, zückt der Ministerpräsident das Scheckbuch und verteilt Geld, besonders gern vor Wahlen. Jetzt gibt es auch noch

Prämien für Schulleitungen und Ämter. Wissen Sie, wir gönnen es allen, aber gescheiter wäre es, das Geld für sinnvolle Chaosbeseitigungsmaßnahmen einzusetzen, damit wir unser Personal in den Schulen und Ämtern nicht in der Nacht und am Wochenende strapazieren müssen.

(Zuruf)

Im Frühjahr, Herr Minister, haben wir dem ersten Nachtragshaushalt in Höhe von zehn Milliarden Euro zugestimmt. Wir haben gewusst, wie eilig es ist; wir wollten Ihnen Handlungsspielraum geben. Als Sie dann vier Wochen später ohne Nachweis die gleiche Summe noch mal wollten und dabei auch noch die Kommunen ignoriert hatten, wollten wir nicht mehr zustimmen. Sie erinnern sich.

Unser Misstrauen war leider berechtigt. Im frühen Herbst hat der Ministerpräsident gesagt: Ach, von den 20 Corona-Milliarden ist noch so viel übrig, daraus können wir die Hightech Agenda Plus noch zahlen. – Ein Aufschrei von uns. Ihr Dementi: Das wird natürlich nicht davon bezahlt. Und jetzt? – Jetzt steht die Hightech Agenda Plus – 435 Millionen Euro – mit der "Demonstrator-Mission" tatsächlich im Corona-Fonds. Ist es zu fassen? Der Herr Söder bekämpft Corona mit sechs bayerischen Satelliten.

Aber noch kurz zur Finanzierung des Haushalts: Sie haben eine Neuverschuldung angesprochen, 10,6 Milliarden Euro; Rücklagenentnahme 2,1 Milliarden Euro. Erst am Ende des Jahres wissen wir, ob wir so auch hinkommen. Das ist auch verständlich. Die Neuverschuldung ist damit aber noch nicht sicher. In der Rücklage sind dann noch sechs Milliarden Euro; die brauchen wir zum Ausgleich der nächsten Jahre. Im Haushaltsgesetz haben Sie aber das Bürgschaftsvolumen auf fünf Milliarden Euro verdoppelt. Das könnte ein Problem werden; denn zweimal werden wir die Rücklage nicht ausgeben können.

Im Finanzplan zur Landesbank ist eine Schuldentilgung von 50 Millionen Euro bei allein Zinsen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr angegeben. 7,5 Milliarden Euro Schulden – das kann 150 Jahre dauern.

Resteeinzug haben wir all die Jahre gefordert –, 300 Millionen Euro; das wurde stets entrüstet abgelehnt. Schau her, jetzt sind Sie unserer Empfehlung gefolgt und haben sogar 500 Millionen Euro globale Minderausgabe zum Einzug im Haushalt gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Versorgungsausgaben ignorieren Sie völlig; die steigen rasant. Auch hier haben wir schon seit den Neunzigerjahren gemahnt. Sie haben den Versorgungsfonds faktisch abgeschafft, aber auch die Schuldentilgung. Dieses Thema ist jetzt völlig vor die Wand gefahren, und das können wir auch gar nicht mehr aufholen.

(Zuruf)

Der Konsolidierungsbedarf beim Versorgungsfonds: 5,7 Milliarden Euro 2019, und 2021 6,4 Milliarden Euro, und das allein schon ohne Beihilfe. Sagen Sie mir, wie wir das noch zahlen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Konsolidierungsbedarf haben Sie in Ihrem Finanzplan eigentlich auch nicht gut aufgeführt. Sie sagen: Jetzt kommen wir mal durch 2021. – Aber ab 2022 fehlen 11 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Im Finanzplan steht überhaupt nichts dazu, wie diese Lücke überbrückt werden soll. Das geht also auch wieder auf Kosten der nächsten Generationen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrtes Kabinett, sehr geehrter Herr Minister! Wir dürfen uns nicht länger von Entwicklungen, von Krisen, von Problemen und Pannen treiben lassen. Wir müssen vorausschauend und proaktiv handeln. Wir brauchen mehr Taten und weniger Worte. Wir brauchen einen Vertrag mit der Zukunft, mit unserer Jugend, mit der Wirtschaft und mit den Menschen in Bayern. Sie haben ein Recht auf Gesundheit und Vorsorge. Wir haben die Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben Green Bonds ins Spiel gebracht. Wir haben Ihnen gezeigt, wo und wie man eine Infrastruktur schafft, auf die man sich verlassen kann. In dieser Hinsicht werden

wir Ihnen in den ersten Wochen des neuen Jahres unsere Anträge vorlegen, die konkret sind und Vorschläge zur Gegenfinanzierung enthalten. Ich erwarte eine ernsthafte Diskussion. Verschieben Sie bitte nichts mehr auf später, denn jetzt ist die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, bleiben Sie noch kurz da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, mantraartig redet Ihre Partei bei jeder Gelegenheit – jetzt haben Sie es auch getan – über die Gebührenentlastung bei den Kindergärten. Sie sprechen das immer an und kritisieren es aufs Heftigste. Sie stellen das immer den Qualitätsverbesserungen gegenüber. Haben Sie schon mitbekommen, dass frühkindliche Bildung ein ganz wesentliches Element der Bildung insgesamt ist? Wissen Sie auch, dass wir an den Grundschulen und den übrigen Schulen auch keine Gebühren erheben? Haben Sie auch rekapituliert, dass es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, dass die Teilhabe aller möglich ist? Können Sie mir auch folgen, wenn ich sage, dass wir trotzdem nicht Hunderttausende von Erziehern zur Verfügung stellen könnten, auch wenn das Geld zur Verfügung stünde? – Die sind nicht da. Die müssen erst gewonnen und ausgebildet werden. Haben Sie auch mitbekommen, dass über das vierte Sonderinvestitionsprogramm statt der angedachten 30.000 Plätze 67.000 Plätze in Bayern gefördert werden? Das ist einzigartig in ganz Deutschland. Das ist doch aktive Politik im Sinne unserer Familien und Kinder. Warum distanzieren Sie sich davon?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Claudia Köhler (GRÜNE): Zunächst einmal fällt es mir schwer zu honorieren, dass die Grundschule gratis ist. Ich hoffe nicht, dass Sie dafür Gebühren erheben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe es mir herausgesucht. Sie geben 605 Millionen Euro für die Beitragsfreiheit und 119 Millionen Euro für die Personalgewinnung, die Qualitätssicherung und die Schaffung neuer Plätze aus. Das ist zu wenig. Wir brauchen fünfmal so viel für die Beitragsfreiheit. Die Beitragsfreiheit nützt mir nichts, wenn ich keinen Platz für mein Kind bekomme, weil es zu wenig Personal gibt. Jetzt haben Sie es sich ganz leichtgemacht. Das Sozialministerium hat vorgeschlagen, die Schließtage für Seminare und Fortbildung einfach herabzusetzen. Dann hat man weniger Fortbildung. Auch der Schlüssel soll verschlechtert werden. Dann braucht man auch weniger Personal. Das ist doch nicht Qualität. Wir haben in der Gesellschaft Herausforderungen, denen wir von klein auf begegnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Josef Zellmeier das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es sind bewegte Zeiten. Lockdown light, Ausgangsbeschränkungen, Kontaktbeschränkungen – das alles scheint erst einmal wichtiger zu sein als Zahlen und Fakten, wichtiger als ein nüchterner Haushalt. Trotzdem ist eine finanzielle Planung heute wichtiger denn je.

Lassen Sie mich zu Beginn Danke sagen. Danke unserem Finanzminister Albert Füracker für die verantwortungsvolle Arbeit, die er im Sinne der Staatsregierung, aber auch im Sinne dieses Hauses leistet. Der Umgang mit Steuergeld war gerade in der Pandemie bisher beispielgebend. Ich werde es hernach noch ausführen. Von den 20 Milliarden Kreditermächtigung haben wir nur knapp die Hälfte verbraucht. Lieber Albert, das heißt, du hast wirklich Großes geleistet. Gleichzeitig ist an der richtigen Stelle und zur rechten Zeit geholfen worden. Das zeigt sich jetzt auch im Haushalt 2021. Wir werden die Kreditermächtigung, die wir heuer nicht verbraucht haben, im nächsten Jahr einsetzen. Damit werden wir in der Summe keinen Euro mehr einsetzen, als für 2020 geplant war.

Danke auch unserem Finanzminister für die klaren Worte. Es ist nicht die Zeit für zusätzliche Wünsche. Nein, die ist jetzt wirklich nicht. Wir müssen gegen die Krise investieren, wir dürfen nicht gegen die Krise ansparen, wir müssen investieren, aber wir dürfen uns keine weiteren teuren Ausgaben leisten, die nicht der Erholung der Wirtschaft und unseres Gemeinwesens dienen.

Insgesamt haben wir von der Agentur Standard & Poor's gerade im Hinblick auf den Umgang mit der Krise ein Spitzenrating bekommen. Es wurde gewürdigt, wie wir die heimische Wirtschaft stützen und gleichzeitig verantwortungsvoll mit der Staatsverschuldung umgehen. Dieses Lob der Finanzmärkte gilt in erster Linie unserem Finanzminister und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hervorragende Arbeit geleistet haben.

Werte Frau Kollegin Köhler, wir arbeiten im Haushaltsausschuss gut zusammen. Ihre Kritik an der Vorlage des Haushaltes ist aber völlig daneben. Die Frist für die Erste Lesung wurde eingehalten. In schwierigen Zeiten kann man auch von der Opposition verlangen, dass sie flexibel ist und sich auf die Dinge einstellt. Die Detailberatung erfolgt im Ausschuss. Die Detailberatung führt dann zur Zweiten Lesung. Für diese weiteren Debatten haben wir neun Kalenderwochen Zeit. Das ist mehr Zeit als in der Vergangenheit. Die Fraktionen können sich also bestens einarbeiten und Änderungsanträge stellen. Das ist doch der zentrale Punkt. Dafür kann man weder dem Finanzminister noch seinem Hause einen Vorwurf machen, denn in schwierigen Zeiten muss man auch die Steuerschätzungen einarbeiten; und wir hatten heuer mehr Steuerschätzungen als in der Vergangenheit. Dabei gab es immer wieder Änderungen.

Wir werden, wie gesagt, erst am 10. Februar mit den Beratungen im Ausschuss beginnen und wollen Ende März zur Zweiten Lesung kommen, sodass wir genügend Zeit für Diskussionen haben. Der Haushaltsausschuss war bisher kein Gremium für Parteipropaganda. Das sollten wir auch in Zukunft unterlassen, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Wenn man nach einem Motto für den Haushalt 2021 sucht, könnte man an vieles denken. Egal ob man mit oder ohne Brille liest, ob man kurzsichtig oder weitsichtig ist – ich bin übrigens beides, auf dem einen Auge so und auf dem anderen Auge anders –, das Motto ist nicht entscheidend. Entscheidend sind die Merkmale. Der Haushalt ist solide finanziert. Wir investieren kraftvoll, um die Krise zu bewältigen. Ganz wichtig ist mir, dass mit der Kreditermächtigung, die wir in ungewohnter Weise und ungewohnter Höhe der Staatsregierung ausgestellt haben und mit der wir der Staatsregierung freie Hand gegeben haben, um gegen die Krise zu arbeiten, verantwortungsvoll umgegangen wurde. Insgesamt sind von den 20 Milliarden, die wir gewährt haben, rund neun Milliarden abgeflossen. Das sind nur 45 %, und das in einem Jahr, in dem wir hoffentlich den Höhepunkt der Krise hatten. Natürlich wird im nächsten Jahr auch noch vieles anfallen, aber ich hoffe, dass wir mit den Impfmöglichkeiten das Allerschlimmste hinter uns bringen.

Ich erinnere mich noch gut an die Zweite Lesung zum zweiten Nachtragshaushalt. Da wurde von einem Blankoscheck gesprochen. Es war wiederum viel Lärm um nichts, denn die Opposition müsste eigentlich heute Respekt dafür bekunden, dass so seriös gearbeitet wurde. Nur wesentliche und wichtige Maßnahmen wurden beschlossen.

Bei der Soforthilfe und bei der Kompensation der Gewerbesteuer wurde von der Opposition immer geunkt, man wolle den Kommunen nicht helfen. Gemeinsam mit dem Bund haben wir das in hervorragender Weise getan. Wir, die Koalitionsfraktionen, waren uns darin einig. Danke auch dem Kollegen Pohl für die gute Kooperation. Natürlich sind wir kommunalfreundliche Fraktionen und Parteien, und wir tun alles, um den Kommunen zu helfen. Die Kommunen müssen in der Krise aber auch einen Teil des Paketes mittragen. Das hat der Finanzminister ausgeführt. Wir können nicht für alles geradestehen, denn auch uns muss noch Spielraum für die Zukunft bleiben.

Dabei wurden neben den großen Maßnahmen viele kleine Maßnahmen ergriffen. Als Beispiel nenne ich die Verpflegung der Krankenhausmitarbeiter. Das war eine hervorragende Leistung. Die Verdoppelung der Vereinspauschale und die Hilfe für Studen-

tenwerke sind weitere Beispiele. Das Vertrauen, das aus dem Umgang mit dem Sonderfonds Corona entstanden ist, sollten wir im Haushaltsausschuss und auch hier im ganzen Haus alle teilen. An der intensiven Berichterstattung, die wir bekommen – die Häuser legen wöchentlich Rechenschaft ab –, zeigt sich, was sie mit dem Geld machen und wie das Geld abfließt. Wir haben auch Rückflüsse aus den Häusern festgestellt, wenn die Mittel nicht in vollem Umfang benötigt wurden, was auch erfreulich ist.

(Harald Güller (SPD): Weil sie unfähig waren, das Geld auszuzahlen!)

– Lieber Kollege Güller, das ist euer Problem. Ihr wollt immer überall mitreden. Euer Mitreden besteht in der Regel aber nur darin, mehr Ausgaben zu fordern. Das ist keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Im Übrigen kehren wir mit dem Haushalt 2021 hinsichtlich des Budgetrechts zur klassischen Rollenverteilung von Parlament und Staatsregierung zurück. Das war uns von der CSU sehr wichtig, und das wurde auch vom Finanzminister und vom Ministerpräsidenten in keiner Weise in Zweifel gezogen; sie haben das dankbar angenommen und vorgeschlagen, dass ein Zustimmungsvorbehalt eingebaut wird.

Die Staatsregierung hat das gemacht. Das heißt, bei den Mitteln, bei diesen 1,5 Milliarden Euro, die nicht bereits im Einzelnen verplant sind, wird der Haushaltsausschuss künftig mitentscheiden. Zwar ist in Kapitel 13 19 ein Großteil mit konkreten Titeln hinterlegt, aber es gibt darüber hinaus flexible Mittel, die notwendig sind, weil auch im zweiten Jahr der Krise nicht alles planbar ist. Da wird der Haushaltsausschuss künftig zustimmen müssen. Damit ist das Parlament eingebunden. Gleichwohl bleiben wir flexibel, denn einen Nachtragshaushalt aufzustellen, dauert deutlich länger, als den Haushaltsausschuss einzuberufen.

Ich sichere bereits jetzt zu: Wenn es eilt, dann werden wir auch in den Parlamentsferien tagen, keine Frage. Wir werden dazu beitragen, dass es genauso schnell wie bisher unter Einbindung des Parlaments geht. Seit es Parlamente gibt, ist es natürlich ein Grundrecht des Parlaments, den Haushalt mitzubestimmen. Da passt, wie gesagt, kein Blatt zwischen den Finanzminister und uns; da waren wir uns von Anfang einig.

Die Ereignisse des Jahres 2020 haben uns alle überrascht, und keiner wusste, was auf uns zukommt. Dieses Jahr hat das nicht ermöglicht. Jetzt geht das aber, und dann wird das natürlich gemacht. Damit ist auch der immer schon grundlosen Kritik der Opposition der Boden entzogen.

Insgesamt ist der Haushalt 2021 solide finanziert. Einerseits helfen wir, indem wir investieren. Andererseits begrenzen wir den Zuwachs der Ausgaben deutlich, insbesondere auch im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr.

Ich habe es bereits ausgeführt: 10,7 Milliarden Euro Kreditermächtigung – der Betrag, der nicht verbraucht wurde. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt, das muss man an dieser Stelle einmal sagen. Mehr brauchen wir nicht. Mehr wollen wir auch nicht brauchen. Wir wissen, dass es Restrisiken gibt; das kann niemand verneinen. Zum jetzigen Zeitpunkt wollen die Staatsregierung und die CSU-Fraktion mit diesen Mitteln aber auskommen.

Das heißt, eine Verschuldung, die für ein Jahr geplant war, soll für zwei Jahre reichen. Auch das ist eine vorbildliche Politik. Lieber Albert Füracker, herzlichen Dank für diese hervorragende Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig gibt es natürlich eine Rücklagenentnahme; denn wir haben Projekte, die wir nicht mit Corona begründen können und auch nicht mit Corona begründen wollen. Dafür werden diese 2,1 Milliarden Euro eingesetzt, was rund ein Viertel der Rücklage von 8,2 Milliarden Euro ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass wir deutliche Rücklagen haben. Wir sind daher auch in Zukunft handlungsfähig. Auch nach der Bewältigung der Krise werden Spätfolgen auftreten, die wir dann aber aufgrund des engen Korsetts, das uns die Bayerische Verfassung mit der Schuldenbremse schnürt, nicht über Kreditaufnahmen finanzieren können und auch nicht wollen. Das ist für uns als CSU-Fraktion ein ganz entscheidender Faktor.

Wir haben in Deutschland nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern erreicht, dass es sowohl im Grundgesetz als auch in den Landesverfassungen Schuldenbremsen gibt. In der Bayerischen Verfassung ist die Schuldenbremse am strengsten geregelt, weil es der Kern unserer Politik ist, zukunftsfähig zu handeln. Leider Gottes hat die Opposition dazu nicht immer das beigetragen, was man unter "zukunftsfähig" versteht. Nur mit Forderungen kommen wir nicht weiter. Man muss auch immer sagen, wo man etwas wegnehmen will.

Die Staatsregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der im Wesentlichen unseren Vorstellungen entspricht. Da werden wir auch nichts gegenfinanzieren können, Frau Kollegin Köhler. Das sind die Dinge, die uns wichtig sind. Sie wollen hingegen immer nur dort gegenfinanzieren, wo wir Schwerpunkte setzen. Das können Sie von uns natürlich nicht erwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsschulden explodieren weltweit. Im Vergleich dazu ist Bayern ein Hort der Solidität. Wir können uns heuer, aber auch nächstes Jahr kurzfristig eine Kreditaufnahme leisten, weil wir über viele Jahre gespart und Schulden zurückgezahlt haben. Darüber hinaus haben wir einen sehr anspruchsvollen Tilgungsplan. Wir wollen ab 2025 jährlich eine Milliarde Euro tilgen. Das sind gewaltige Beträge, aber wir werden dafür sorgen, dass es funktioniert.

Die Ressorts erbringen einen Sparanteil von rund 500 Millionen Euro. Das ist richtig und wichtig. Damit werden die Ausgabereste reduziert.

Das Kernstück sind die Investitionen mit 14,2 %. Die Investitionen sind ein entscheidender Faktor, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Wir investieren in die Wissenschaft und stärken die Bildung. Auch dort gibt es viele Investitionsvorhaben, vor allem im Baubereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch den Arbeitsmarkt im Blick haben. Das heißt, wenn wir in die Wirtschaft investieren, dann investieren wir ebenso in die Arbeitnehmer. Dieser entscheidende Faktor darf nicht übersehen werden.

Wir akquirieren jetzt Wissenschaftler – 1.835 Stellen – so günstig wie noch nie, weil viele Länder, in denen die Wissenschaft gute Bedingungen hat, jetzt Schwierigkeiten haben. Deshalb gehen wir dort voran.

In der Krise wollen wir verstärkt auf Modulbauten setzen, um das Bauen zu beschleunigen und kostengünstig zu gestalten.

Ich will noch die Stellen bei den Schulen, die Digitalisierung, die wir gezielt vorantreiben, sowie die Investitionen in die frühkindliche Bildung erwähnen; das wurde vorher bereits ausgeführt.

Der Haushalt 2021 muss Unmögliches möglich machen, und das tut er. Gleichwohl haben wir nach wie vor viele Unbekannte, die wir im laufenden Jahr werden berücksichtigen müssen. Dafür bietet dieser Haushalt jedoch beste Voraussetzungen.

Ein Dankeschön allen Beteiligten für die Vorbereitung. Vorweg auch ein Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ausschussbüro und in den Fraktionen, die die künftigen Beratungen im Ausschuss in hervorragender Weise vorbereiten werden. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Plenk gemeldet. Herr Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Zellmeier, Sie haben ausgeführt, Sie hoffen, dass der Höhepunkt der Krise bereits hinter uns liegt. Ich glaube, dass uns der wirtschaftliche Höhepunkt der Krise noch bevorsteht. Teilen Sie meine Einschätzung in diesem Punkt?

Des Weiteren sagten Sie, dass Sie mit Spätfolgen aus der Corona-Krise rechnen. Welche Spätfolgen meinen Sie konkret?

Josef Zellmeier (CSU): Was die Frage anbelangt, wann der Höhepunkt überschritten ist, hoffe ich – das ist meine persönliche Einschätzung –, dass wir mit den Impfungen schnell zu einer Erholung der Wirtschaft kommen. Werter Kollege Plenk, wir haben gesehen, dass die Wirtschaft im dritten Quartal unglaublich schnell angezogen hat. Das hat auch dazu geführt, dass die beiden Steuerschätzungen im Herbst für den Haushalt eine Verbesserung erbracht haben, wenngleich für die Folgejahre nicht in der Dimension, wie wir uns das vorgestellt hatten.

Die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen ist die Spätfolge, von der ich rede. Das wird eine Zeitlang dauern, und wir werden das hier im Haus spüren, was wir im Haushalt einplanen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Frau Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bayern stand früher einmal für Wohlstand, für finanzielle Sicherheit und für einen soliden Haushalt. Diese Zeiten sind aber leider vorbei.

(Zuruf)

Die Staatsregierung führt auch hier merkelsche Verhältnisse ein. Der Staat schwankt von einer Krise in die nächste. Statt am Anfang der Pandemie effektiv durchzugreifen und die Infektion im Keim zu ersticken, torkeln die Staats- und die Bundesregierung schon seit Monaten wie Betrunkene vollkommen orientierungslos zwischen einer Verschärfung und einer Lockerung umher.

Statt einem Ende mit Schrecken haben wir nun einen Schrecken ohne Ende.Was für ein planloses Katastrophenmanagement.

(Beifall bei der AfD)

Damit richtet die Staatsregierung großen Schaden an. Unsere bayerische Wirtschaft wird mutwillig gegen die Wand gefahren. Millionen Arbeitnehmer und Selbstständige verlieren ihre Existenz. Im vermeintlichen Kampf gegen das Virus scheint jedes Mittel recht: die Entrechtung des Bürgers durch Aushöhlung des Grundgesetzes, die Enteignung der Bürger durch die beispiellose Schuldenmacherei.

Wenn man die Wirtschaft des eigenen Landes zerschlägt, brechen einem die Steuereinnahmen weg. Die Folgen sind immer neue Schulden, die unsere Wirtschaft und den Steuerzahler noch stärker belasten. Mit der Begründung "Corona" realisieren Sie alles, für das bisher kein Geld da war. Ihre Schuldenpolitik übernimmt ganz klar die "Whatever it takes"-Mentalität, bei der die letzten Schranken fallen. Immer neue Runden von Geldschöpfungskrediten und Asset-Käufen durch die Zentralbanken blähen die Geldmenge dramatisch auf. Waren es bisher Rettungspakete für Südeuropa, so ist es nun Corona. Die Staatsquote in Deutschland wird laut Hans-Werner Sinn auf deutlich über 50 % gehoben. Man kann nur hoffen, dass das Dauerfeuer der Gelddruckerpresse nach dem Wiederanspringen der Wirtschaft nach Corona nicht in eine galoppierende Inflation mündet, so wie 1923. Angesichts der Verfünffachung der Geldmenge von circa einer Billion 2008 auf fünf Billionen heute ist das ein ziemlich realistisches Szenario. 2021 kann der Corona-Sonderfonds noch bis zu 10,6 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Dabei ist die Abwärtsspirale bereits jetzt vorpro-

grammiert und eine solide Planung vollkommen unmöglich. Daher reicht es nur noch zu einem Einjahreshaushalt.

Gegen die schier grotesken Vorgaben des Ministerpräsidenten und seines Wirtschaftsministers ist auch die pragmatische Art unseres Finanzministers nicht gefeit. So steigen also auch ungeachtet der Kosten für Corona die Ausgaben des Freistaates gegenüber dem Vorjahr von vorher 60,5 Milliarden auf jetzt 62,8 Milliarden Euro. Die Regierung läuft weiter gegen die Wand und hält sich dabei die Augen zu.

(Beifall bei der AfD)

Auch im Jahr 2021 wird Bayern für seine Landesbank 210 Millionen Euro Zinszahlungen an Gläubiger tätigen. Hinzu kommen 50 Millionen Euro allein für die Tilgung von Schulden. Unnötige, längst als sinnlos erwiesene Corona-Maßnahmen werden jedoch unbeirrt weitergeführt. Hunderte Millionen Euro werden für Testzentren ausgegeben, Hunderte Millionen für Schnelltests, anstatt endlich vor allem die Risikogruppen, alte und kranke Menschen, effektiv zu schützen, wie es Vernunft, Humanität und Nächstenliebe gebieten. Auch wir von der AfD wollen, dass unsere Eltern und Großeltern noch ein langes Leben haben.

Auch das Prestigeprojekt von Markus Söder, die sogenannte Hightech Agenda, wird trotz der Krise nicht gestrichen, sondern um 400 Millionen Euro erhöht. Fast 500 Millionen Euro greift die Staatsregierung für eine Selbstinszenierung aus den Rücklagen des Freistaats ab. Zusätzlich entnimmt sie 400 Millionen Euro dem Sonderfonds Corona-Pandemie, obwohl dieser ausschließlich zur Finanzierung von Corona-bedingten Ausgaben dienen soll.

(Unruhe)

Währenddessen warten viele Unternehmer noch immer auf die zugesagten Hilfen. Sie sollten diese endlich auszahlen und die Menschen wieder arbeiten lassen, damit sie

ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten können. Wer sich auf diese Regierung verlässt, der ist verlassen.

(Beifall bei der AfD)

Wichtiger als das Schicksal von Millionen Menschen ist der Staatsregierung die Devise: Nur keinen Fehler zugeben. – Wie lange wollen Sie dem Bürger eigentlich noch erzählen, dass all dies der Bekämpfung einer Pandemie dienen soll? – Letztlich dient Ihnen Corona wohl nur als Vorwand, um an der Errichtung einer neuen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung mitzuwirken. Solide Finanzen, bürgerliche Freiheit, demokratische Souveränität, traditionelle Werte und bayerische Kultur sind in dieser Ordnung natürlich nicht vorgesehen, wohl aber die ungesteuerte Zuwanderung, Ihre heilige Kuh des Globalismus.

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gefragt, wo wir denn sparen wollen. Wir wollen beim Zuwanderungs- und Integrationsfonds sparen. Der bekommt nämlich weiterhin fast zwei Milliarden Euro, wie in den Jahren zuvor. Wie üblich wird dieser Betrag in einem Nachtragshaushalt noch um ein paar Hundert Millionen Euro erhöht. 400 Millionen Euro Rücklagen werden verpulvert, um die Asylindustrie zu mästen, wie sie es von Merkel und ihren Statthaltern in Bayern gewohnt ist. Der Zuwanderungs- und Integrationsfonds ist so prall gefüllt wie schon in den Vorjahren. Auch im Jahr 2021 wird eine fest etablierte Asylindustrie mit fast zwei Milliarden Euro gefördert. Wohin diese Auswüchse führen, hat man in den letzten Tagen in Ebersberg gesehen. Dort haben Scheinasylanten eine wunderschöne Villa bezogen,

(Zuruf: Fake News!)

mit einer Lage im feinsten Millionärsviertel und Mietkosten von mehreren Tausend Euro pro Jahr. Und wer bezahlt das Ganze? – Der Freistaat Bayern und somit unsere fleißigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Unruhe)

Denn: Was der Fleiß gewinnt, manch Scheinasylant wieder nimmt.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Fast alle Bürgerinnen und Bürger müssen Einschränkungen und Einschnitte hinnehmen, nur bei der Alimentierung sogenannter Flüchtlinge wird nicht gespart. Migrationsfinanzierung ist offenbar systemrelevant.

Schließlich behauptet die Staatsregierung in ihrem aktuellen Finanzplan, dass Bayern das Land der soliden Staatsfinanzen sei. Das war auch einmal richtig, heute ist das allerdings nicht mehr der Fall; denn schon vor Corona hatte Bayern bereits einige finanzielle Altlasten zu tragen. Dass das natürlich auch noch jahrzehntelang so bleiben wird, sieht man am Haushalt 2021. Auch hier ist kein Umsteuern bei der Verschuldung zu erkennen. Die Staatsregierung ist vielmehr der Ansicht, dass ein blindes Ansparen gegen die Krise nicht vertretbar wäre. Sie hält es aber für vertretbar, unseren Kindern einen unüberschaubaren Schuldenberg zu hinterlassen. Allein um die Schulden für den Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuzahlen bräuchte es nach jetziger Planung über 20 Jahre. Jetzt rechnen wir die Schulden, die wir bereits vor Corona hatten, noch obendrauf. Da wird allen klar, dass Bayern unter einer CSU-Regierung in diesem Jahrhundert nicht mehr schuldenfrei wird.

Insgesamt ist dieser Einjahreshaushalt ein Armutszeugnis: Alles soll auf Pump und auf Kosten kommender Generationen weiterlaufen. Schuldentilgung wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Darum sollen sich wohl irgendwann andere kümmern. Die künftigen Generationen haben aber jetzt schon eine Stimme im Parlament, nämlich uns von der AfD. Wir verfolgen keine globalistische Agenda, sondern wir dienen Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Wir schielen eben nicht nur auf den nächsten Wahltermin, sondern wir denken langfristig. Das Coronavirus wird in zwei Jahren vergessen sein. Was aber bleiben wird,

das ist der ungeheure Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben: der Schaden an unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die bankrotten Unternehmen, die Arbeitslosigkeit, der von Ihnen angehäufte Schuldenberg. – Daher fordere ich Sie erneut auf: Geben Sie zu, dass Ihre Angstpolitik gescheitert ist! Hören Sie auf, Corona für politisch-gesellschaftliche Experimente zu missbrauchen und kehren Sie zurück auf den Pfad der wirtschaftlichen Vernunft!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Fabian Mehring gemeldet. – Herr Mehring, bitte.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Ebner-Steiner, zwei Fragen zu Ihrem, für mein Empfinden, in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Vortrag: Zum einen wirbt Ihre Fraktion seit mehreren Monaten dafür, die Corona-Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung einzustellen. Sie haben jetzt die Corona-Politik mit finanziellen Herausforderungen in Verbindung gebracht. Deshalb frage ich Sie: Konnten Sie zur Kenntnis nehmen, wie sich die Dinge in den Ländern entwickelt haben, die Ihrer Strategie gefolgt sind und jetzt zu unserer Strategie gewechselt sind? Ist es nicht so, dass all die Länder, die auf Ihr Konzept gesetzt haben, jetzt die allergrößten wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen zu meistern haben? – So viel zum einen.

Zum anderen ist mir aufgefallen, dass Ihre Fraktion, wie schon häufig in der Vergangenheit, den Plenarsaal verlässt, wenn Sie ans Rednerpult treten. Das fällt nicht auf in der Kamera von AfD-TV, in die Sie sprechen. Deshalb frage ich an dieser Stelle offiziell nach: Muss ich davon ausgehen, dass das, was Sie heute vorgetragen haben, Ihre Einzelmeinung darstellt, die noch nicht einmal von der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag getragen wird?

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Lieber Herr Mehring, vielen Dank für die Frage. Sie sollten sich hier erst einmal anständig benehmen, dann beantworte ich Ihnen das nächste Mal gerne wieder eine Frage.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an Ihre Maske, Frau Ebner-Steiner! Frau Ebner-Steiner, Sie haben Ihre Maske vergessen. Ich habe Sie daran erinnert, sie anzuziehen.

(Unruhe bei der AfD)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stärke zeigt sich in der Krise. Unser Finanzminister Albert Füracker hat in dieser Krise, genauso wie die gesamte Bayerische Staatsregierung, Stärke bewiesen. Dafür sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte mich aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss bedanken. Es war für alle ein durchaus herausforderndes Jahr. Ich denke, wir haben gut zusammengearbeitet und sind den Herausforderungen gerecht geworden. Ich denke, auch das hat Dank verdient, allen voran unser Vorsitzender Josef Zellmeier, der das Ganze souverän gemanagt hat und auch die schwierigen Entscheidungen, die wir zu treffen hatten, gut vorbereitet hat, sodass wir sie auf breiter Grundlage treffen konnten. Auch das ist eine Stärke von Politik. Das ist eine Stärke dieses Parlaments. Herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein dritter Dank gilt wie jedes Jahr denen, die es uns ermöglichen, dass wir hier viel Geld ausgeben können, nämlich den Steuerzahlern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmern. Mein Dank gilt denen, die durch ihren Fleiß, ihren Unternehmergeist und durch ihre Kreativität dazu

beitragen, dass Bayern da steht, wo es steht. Ich habe da schon eine etwas andere Sicht als zwei meiner Vorredner.

Ich darf ganz kurz auf das eingehen, was die Frau Kollegin Köhler gesagt hat. Frau Kollegin Ebner-Steiner, Sie werden es mir nicht übel nehmen, aber Ihre Ausführungen sind schlichtweg nicht kommentierungsfähig.

(Zuruf)

Sie sind nicht kommentierungsfähig. Tut mir leid. Darauf kann ich keine sachlichen Antworten geben. Das entbehrt wirklich jeder Grundlage. Tut mir leid. Ich wende mich deswegen der Frau Kollegin Köhler zu, die zwei Punkte genannt hat, auf die ich gerne eingehen möchte.

Sie und die GRÜNEN im Allgemeinen betonen immer die Verantwortung für künftige Generationen. Sie tun so, als ob Sie diejenigen wären, die die Verantwortung für künftige Generationen ernster nähmen als andere. Das kann man als Eigenmarketing durchaus betreiben.

(Zuruf)

In dieser Krise hat sich aber gezeigt, dass Sie und Ihre Parteigänger hier nicht auf dem richtigen Weg sind. Ich kann mich noch gut erinnern: Kurz vor der Corona-Krise liefen die "Fridays for Future"-Anhänger durch die Straßen und haben gebrüllt: "Wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!"

Was haben wir aus dieser Pandemie gelernt? – Wir waren zumindest in zwei Bereichen sehr gut gerüstet. Wir haben eine robuste Wirtschaft, und wir haben stabile Finanzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Generationen vor uns, wenn unsere Eltern und Großeltern nicht aufgebaut hätten, dann wären wir in dieser Pandemie ganz anderen Herausforderungen begegnet. Wir haben – Gott sei Dank – eine stabile Wirt-

schaft. Das ist die Wirtschaft, die wir haben, und nicht die Wirtschaft, von der Sie vielleicht träumen.

Wir haben sehr stabile Finanzen. Der Finanzminister hat das bereits dargestellt. Wir haben in guten Zeiten Schulden abgebaut. Wir haben vor Corona eine minimale Verschuldung gehabt. Wir sind hier deutschlandweit, sogar weltweit führend. Deswegen konnten wir sagen: Wie viel brauchen wir denn zur Krisenbewältigung? Wie viel? Brauchen wir zehn Milliarden, zwanzig Milliarden Euro oder brauchen wir mehr? – Andere hätten gar nicht die Wahl gehabt, zu fragen: Wie viel brauchen wir denn? Sie hätten Mühe gehabt, überhaupt Geld zu bekommen.

Wir haben gute gewachsene Strukturen in der Wirtschaft, bei den Finanzen und auch in der Gesellschaft. Ich möchte das an dieser Stelle ganz besonders betonen: Wir sind auch deswegen so gut durch die Krise gekommen, weil wir eine sehr gut funktionierende Gesellschaft haben. Unsere Gesellschaft besteht nicht aus Egoisten, sondern aus Menschen, die zusammenhalten, die aufeinander aufpassen und eine solche Krise solidarisch meistern. Darauf können wir alle stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Wo standen wir denn im Frühjahr 2020? – Der Finanzminister hat im Nachtragshaushalt anlässlich Corona zehn Milliarden Euro bekommen. Kurze Zeit später musste er wieder zu uns kommen und sagen: Ich brauche noch Geld.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Wir haben überlegt, wie viel wir denn brauchen. Der Finanzminister hat zehn Milliarden Euro vorgeschlagen. Manche haben gesagt: Das wird vielleicht nicht reichen. – Der Finanzminister hat damals gesagt: Ich kann euch sicher sagen, es wird bis in den Herbst hinein reichen. Im Herbst müssen wir überlegen, ob wir noch mehr brauchen. Zunächst aber reichen die zehn Milliarden Euro.

Das war ein kluger Vorschlag. Wir sind diesem klugen Vorschlag gefolgt. Jetzt dürfen wir – Gott sei Dank – feststellen, dass wir die zwanzig Milliarden Euro knapp zur Hälfte gebraucht haben; den Rest werden wir aber trotzdem benötigen. Das war eine Punktlandung. Auch das ist gute und vorausschauende Haushaltspolitik der Staatsregierung und des Parlaments, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist das Wort "Blankoscheck" gefallen. Ich halte diese Bezeichnung durchaus für richtig. Wir haben der Staatsregierung zwanzig Milliarden Euro gegeben und haben gesagt: Damit könnt ihr relativ frei handeln. – Wir haben keine klaren Vorgaben gemacht, das Geld dafür, dafür oder dafür auszugeben. Wir wollten nicht, wie der Kollege Zellmeier gesagt hat, kurzfristig wieder vor der Situation stehen, nachsteuern zu müssen.

Das ist ein gewaltiger Vertrauensvorschuss, der in der Verfassung grundsätzlich gar nicht vorgesehen ist. Die Staatsregierung hat diesen Vertrauensvorschuss aber zu einhundert Prozent gerechtfertigt. Wir können nun sagen: Jawohl, wir haben es richtig gemacht. Die Staatsregierung hat das Geld so ausgegeben, wie wir erwartet haben: sinnvoll, zielgerichtet und krisenbewusst!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden natürlich auch noch Geld für 2021 brauchen, weil die Krise noch nicht vorbei ist. Deshalb gab es 1,5 Milliarden Euro quasi blanko, allerdings unter Zustimmungsvorbehalt. Das war ein Wunsch des Parlaments, aber auch ein Wunsch des Ministers; auch das sollte man hier einmal betonen. Es war nicht so, dass wir ihn zum Jagen tragen mussten. Er ist auch Parlamentarier. Deswegen war das, ganz klar, ein einheitlicher Wunsch von Parlament und Finanzminister. Wir haben gesagt: Das machen wir so. Das ist gut so. Das ist richtig so. – Das bedeutet, dass das Parlament auch bei den 1,5 Milliarden Euro seine Kontroll- und Zustimmungsrechte in vollem Umfang wahrnehmen kann und wird.

Haushaltspolitik wird häufig von den Ausgaben her gesehen. Ich sage Ihnen: Gerade diese Krise zeigt, dass wir Haushaltspolitik auch von den Einnahmen her diskutieren müssen. Wir haben im nächsten Jahr Steuermindereinnahmen von 3,7 Milliarden Euro. Wir haben gesehen, was es heißt, wenn man die Wirtschaft durch einen Lockdown herunterfahren muss. Wir haben gesehen, was es heißt, wenn es nicht mehr Zuwächse zu verteilen gibt, sondern wenn man sich auch einmal auf das Wesentliche und Wichtige zu konzentrieren hat und Wünschenswertes auf die lange Bank schieben muss.

Wir wollen den Haushalt von den Einnahmen her denken. Dieser Haushalt hat deshalb einen ganz klaren Schwerpunkt bei den Investitionen in die Zukunft. Ich kann da nur sagen: Die Hightech Agenda ist nicht das Lieblingskind von irgendjemanden, sondern ist verantwortungsbewusste Zukunftspolitik. Die Hightech Agenda stärkt unsere Wirtschaft, stärkt damit den Wohlstand der Menschen, stärkt unsere Freiheit und stärkt unsere Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir setzen eine Hightech Agenda Plus. Wir betreiben kein schädliches Industrie-Bashing, insbesondere nicht gegen die Automobilindustrie. Wir setzen unser Know-how für die Lösung von Zukunftsfragen ein.Darin liegt auch der große Unterschied zwischen den FREIEN WÄHLERN und der CSU einerseits und den GRÜNEN andererseits. Ihr meint, dass verantwortungsvolle Politik für die Zukunft heißt, den Leuten Dinge zu verbieten und ihnen zu sagen, sie müssten sich einschränken, das müsse weniger werden. Was das schöne Wort der Flugscham betrifft: Wir setzen gegen Flugscham CO_2-neutralen Luftverkehr; das muss doch die Zukunft sein. Wir müssen die Herausforderungen bewältigen, anstatt uns ängstlich davor zu verkriechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, wie haben Sie gesagt? Wir hätten Prämien für Chaosbewältigungsmaßnahmen ausreichen sollen. "Chaosbewältigungsmaßnahmen"? – In welcher

Welt leben wir? – Wir haben diese Krise hervorragend bewältigt. Bei uns gab es kein Chaos, wie Sie es sich da ausmalen. Gut, Ihre Welt – unsere Welt – vielleicht leben wir tatsächlich in Parallelwelten.

Ich danke all denen, die es geschafft haben, dass wir nicht im Chaos versunken sind. In solch einer Krise ist es nicht arg schwer, dass ungeordnete Verhältnisse auftreten. Es ist in Deutschland und in Bayern hervorragend gelungen, das zu vermeiden. Auch dafür vielen Dank an diejenigen, die es zu verantworten haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir lösen die Zukunftsfragen der Menschheit mit unserem Know-how und tragen damit eine gewisse Verantwortung für die gesamte Welt, weil wir über ein Know-how verfügen, das andere in der Form vielleicht nicht haben. Deswegen bin ich sehr froh und stolz darauf, dass wir dieser Verantwortung über die Hightech Agenda Plus und über andere Maßnahmen gerecht werden.

Dann komme ich zu der Frage: Kann man denn die Einnahmen durch Steuererhöhungen regulieren? Ich schaue jetzt auf diese Seite: Es gab einmal eine Regierung Schröder/Fischer, die bis 2005 im Amt war. Ich sehe schon die missmutigen Gesichter, weil Sie wissen, was ich sagen werde. Sie hat gegen die Krise angekämpft, indem sie Steuern gesenkt hat, insbesondere den Spitzensteuersatz, und durch Hartz IV. Ich weiß, dass Sie das nicht so gerne hören. Aber es ist die Wahrheit, und es war richtig, denn es ist verdammt noch mal eben nicht so, dass die Steuersätze über die Steuereinnahmen entscheiden, sondern die Frage ist: Wie hoch sind die Unternehmensgewinne? Wie hoch sind die Realeinkommen? Wie stark ist die Wirtschaft? Und: Gute Wirtschaft bedeutet hohe Steuereinkommen, schlechte Wirtschaft bedeutet schlechte Steuereinnahmen. Das ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun noch zu den Ausgaben. Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Der Finanzminister hat den kommunalen Finanzausgleich angesprochen. Jawohl, da haben wir wieder ein starkes Zeichen, ein verdammt starkes Zeichen gesetzt. Das sage ich als früherer Oppositionspolitiker. Ich schaue Harald Güller an; gemeinsam haben wir für 15 % an der Verteilungsmasse gekämpft. Das müssen wir nun nicht mehr, weil zwischenzeitlich die Gewerbesteuerumlage wegfällt. Das heißt, wir haben faktisch die 15 % erreicht. Wir haben für die Kommunen zehn Milliarden Euro bereitgestellt. Ich kann schon sagen: Die Haushaltsvoraussetzungen für die Kommunen sind weitaus besser als die des Freistaats, weil wir sehr, sehr viel unserer Steuereinnahmen, die wir für die Kommunen treuhänderisch verwalten, an die Kommunen abgeben. Da haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Die Kommunen dürfen und können dankbar sein, dass wir so handeln.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, speziell von der SPD, eines muss ich schon sagen: Der Freistaat Bayern muss sich auf seine Zuständigkeiten konzentrieren. Deswegen kann ich es überhaupt nicht verstehen und nicht billigen, dass wir uns im Bayerischen Landtag Gedanken darüber machen, ob wir irgendwelchen klammen Kommunen in Nordrhein-Westfalen unter die Arme greifen. Das geht nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Beim Thema Wirtschaft habe ich vergessen, noch Folgendes anzusprechen: Wir haben eine ganz wichtige Entscheidung getroffen, die dem einen oder anderen gar nicht mehr so sehr präsent ist: Wir haben, um gewachsene Strukturen zu erhalten, was in dieser Krise unser wichtigstes Ziel war, mit 46 Milliarden Euro – 46 Milliarden Euro! – einen BayernFonds aufgelegt. 46 Milliarden Euro! Das hätte sich kein anderes Land in dieser Form ohne Weiteres leisten können. Wir tun es, um die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Bayern und seiner Menschen zu gewährleisten. Auch das ist ein ganz starkes Signal und vielleicht eine der wichtigsten Entscheidungen, die wir in diesem Jahr getroffen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Lieber Kollege Güller, ein BayernFonds ist nicht etwas für ein paar Wochen. Ich sprach von Zukunft und nicht davon, wie nächste Woche die Bundesligatabelle aussieht.

Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Ein wichtiger und wesentlicher Schwerpunkt für die Zukunft ist die Bildung. Da sind wir uns, glaube ich, über die Fraktionen hinweg einig. Wir haben 1.500 neue Lehrerstellen geschaffen. Der Kultusminister hat auch darum gekämpft, dass die Bezahlung, speziell im Bereich der Grund- und Mittelschulen, sukzessive angepasst und erhöht wird. Wir haben einen Kultusminister, der für seine Lehrer, für die Schülerinnen und Schüler und für die Familien kämpft. Das hat er in dieser Krise in herausragender Weise getan und bewiesen, auch bezüglich der Haushaltsberatungen. Bei den Haushaltsberatungen – das muss man natürlich schon sagen – gibt es aus jedem Ressort sehr berechtigte Wünsche und Anliegen. Aber unser Kultusminister hat für sein Haus sehr gut verhandelt. Die Staatsregierung hat dem Thema Bildung eine hohe Priorität beigemessen. Auch dafür sage ich der Staatsregierung und den Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfraktionen ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte zum Schluss noch folgenden Punkt ansprechen, der in dieser Krise auch besonders wichtig war, nämlich den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Beim Stichwort "Zusammenhalt in unserer Gesellschaft" sage ich auch: Diejenigen aus den Parallelwelten, die der Meinung sind, das Grundgesetz sei aufgehoben oder infrage gestellt, sollten sich mal vorstellen, wie sie nach draußen gehen und demonstrieren könnten, wenn sie in einem Land leben würden, in dem es keine Grund- und Freiheitsrechte gibt. Vielleicht können Sie es machen. Schauen Sie zum Beispiel nach Minsk zu Lukaschenko, was dort den Leuten passiert. Es gibt auf dieser Welt beileibe noch schlimmere Diktaturen, als Sie sich vorstellen.

Ich möchte daher schon mal sagen: Ich finde es hervorragend und ermutigend, dass sich fast 100 % unserer Gesellschaft davon nicht haben beeindrucken lassen, sondern dass sie in dieser Krise nach wie vor solidarisch zusammenstehen, wenngleich es gewaltige Einschränkungen gibt, die wir Einzelnen zumuten. Deswegen müssen wir das Ehrenamt stärken. Deswegen müssen wir die Vereine und Verbände stärken, die sich dafür starkmachen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Sports und der Kultur. Ich sprach es bereits an. Auch das ist wesentlich und wichtig. Auch das ist Grundlage für ein gutes Zusammenleben der Menschen hier in Bayern. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Aber das gibt uns auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das weiter so bleibt.

Ich freue mich auf interessante Beratungen im Haushaltsausschuss im Februar und März und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Pohl, Sie können am Rednerpult bleiben; es gibt drei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl! Zunächst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie ganz klar ausgesprochen haben, dass nur zehn der insgesamt zwanzig Corona-Milliarden gebraucht wurden. Ich darf bemerken, dass Sie trotzdem den vollen Betrag von zwanzig Milliarden Euro in den Haushalt gestellt und verplant haben. Sie geben noch nicht einmal die noch freien 1,5 Milliarden Euro zurück, sondern wollen auch diese – in Absprache mit dem Landtag – ausgeben.

Zu Ihrer Bemerkung zur Chaosbeseitigungspolitik: Dafür sind Sie als FREIE WÄHLER direkt verantwortlich. Seit heute gibt es wieder vermehrt Distanzunterricht. Seit heute geht auch die Plattform "mebis" wieder nicht. Wenn das kein Chaos ist! Sie wurschteln seit Wochen mit einem halben Lockdown herum, mal vor, mal zurück. Manchmal werden Maßnahmen wieder zurückgenommen. Wahrscheinlich droht uns trotzdem noch

ein Lockdown. Das ist ein Chaos. Unsere Leute arbeiten Tag und Nacht in den Schulen und den Ämtern. Das ist ein Chaos! Da hilft keine Prämie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, zu Ihrer ersten Bemerkung: Ich habe gesagt, dass knapp die Hälfte der Mittel ausgegeben ist. Ich habe nicht gesagt, dass der Rest nicht benötigt wird. Selbstverständlich wird er benötigt.

Zum Thema Chaos: Hier machen Sie mich ein Stück weit betroffen. Ich kenne jetzt Ihre Definition von Chaos. Ich habe aber etwas mehr Respekt vor Menschen, die in Ländern leben müssen, wo es tatsächlich Chaos gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Pohl, ich kann mich nur wundern, wie breitbeinig Ihre Regierung und Ihr Finanzminister hier auftreten. Dabei hat der Finanzminister eine desaströse Bilanz. Wir haben Schulden über Schulden. Das ist völlig beispiellos. Wir haben so etwas noch nicht erlebt. Würde jemand privat so wirtschaften, hätte er zu Hause keine Brotkante zu essen, oder er wäre wegen Insolvenz schon längst eingesperrt.

Im Besonderen kann ich mich nur darüber wundern, dass Sie sagen, wir wären so gut durch diese Krise durchgekommen. Letzte Woche haben wir hier im Plenum von der CSU gehört, es gäbe überhaupt keine Krise. Haben Sie denn noch irgendeine Realitätswahrnehmung? Meine Frage lautet: Sind Sie auch der Auffassung, dass die Menschen den Berg noch vor sich haben, oder haben wir alles schon bewältigt? Vielleicht gibt es auch gar keine Krise. Meiner Meinung nach wird das Schlimme für die Bürger und die Finanzen erst im nächsten Jahr kommen.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich muss mich jetzt wirklich zusammenreißen, um nicht persönlich zu werden. Sie sind Professor, aber sicher nicht für Wirtschaftswissenschaften. Mehr ist zu diesen Ausführungen nicht zu sagen. Wenn Sie von Bergen reden, dann sind Sie Flachländer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP gemeldet.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Pohl, Sie haben dargelegt, wie wichtig die Hightech Agenda und die Hightech Agenda Plus sind. Ich habe von keinem ernst zu nehmenden Redner vorhin gehört, dass er das infrage stellen würde. Die einzige Frage, die gestellt wurde, lautete, wie das finanziert werden soll. Ihnen ist doch sicherlich geläufig, welche Bedingungen in der Erläuterung zu dem Kapitel 13 19, zu dem Sonderfonds Corona, genannt sind. Ich bekomme beim besten Willen nicht zusammen, wie die Hightech Agenda Plus unter diese Kriterien zu bringen ist. Sie müssen mir erklären, wie Sie das schaffen.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, zunächst einmal freue ich mich, dass ich jetzt wieder eine ernst zu nehmende Frage beantworten darf. Ich habe gesagt, dass für mich die Ausgaben für die Hightech Agenda eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür sind, dass wir auf der Einnahmenseite dauerhaft stark sind und stark bleiben. Das ist die Grundlage für einen funktionierenden Haushalt, aus dem dann auch wichtige Dinge finanziert werden können. Dafür brauchen wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. – Der Wissenschaftsminister kommt gerade herein. Er und Herr Staatsminister Hubert Aiwanger, das sind die beiden Köpfe, die dafür verantwortlich sind, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich sehr wohl gehört, dass die Hightech Agenda ein Lieblingskind unseres Ministerpräsidenten sei und man diese eigentlich einstampfen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Pohl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, bevor wir in die Einzelheiten des Haushaltes einsteigen, müssen wir heute definieren, was der Staatshaushalt 2021 zu leisten hat. Für die SPD hat er zwei Punkte zu leisten:

Erstens. Wir müssen alle notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, um die Pandemie an sich bekämpfen zu können. Wir brauchen kurzfristiges Geld für das Gesundheitswesen, für Teststrecken, Impfzentren, die Vorbeugung und die Versorgung von Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Wir brauchen Ausrüstung für die Schulen, vor allem der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen auch Ausstattung für die Kitas.

Zweitens. Neben der Finanzierung der Maßnahmen für die Pandemiebekämpfung muss es der Haushalt leisten, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die akuten aktuellen Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Wir brauchen Mittel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Selbstständigen und im allgemeinen Sinne für die Wirtschaft.

Das ist aber für einen solchen Haushalt nicht ausreichend. Mit dem Haushalt müssen wir, gerade in einer angespannten Situation, einer Krisensituation, kraftvoll und entschlossen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns investieren. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in einem Krisenjahr mehr tun, als die Mehrheit in diesem Hause in den letzten Jahren tatsächlich zu tun bereit war. Ich glaube, bei einigen Themen haben Sie eingesehen, dass nachgesteuert, umgesteuert und mehr getan werden muss.

Aus einer Krise spart man sich nicht heraus, sondern man wächst aus einer Krise heraus. Ein Herauswachsen aus einer Krise ist nur durch Investitionen möglich. Wir müssen deswegen Geld in die Hand nehmen. Das ist keine Frage. Das ist auch die Richtung Ihres Haushalts. Herr Finanzminister Füracker, Sie haben gesagt, wir müssten alles tun, was zur Krisenbewältigung notwendig ist. – Ja, dazu gehören kraftvolle In-

vestitionen. Wir werden dabei aber sicherlich über den einen oder anderen Punkt noch zu diskutieren haben.

Frau Kollegin Köhler von den GRÜNEN, nach unserem Verständnis ist dieses Investieren, dieses Geldausgeben wichtig für die Kinder Bayerns und für unsere Enkelkinder. Deswegen ist es in einem Krisenjahr gerechtfertigt, in die Rücklage zu greifen und Kredite für sinnvolle Investitionen und für sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen nicht, wie es nach dem Jahr 2020 weitergehen wird. Ehrlich gesagt, wissen wir noch nicht einmal, wie es im Januar, Februar und März weitergehen wird. Nach unserer Auffassung ist es deshalb vertretbar, einen Haushalt nur – dieses "nur" in Anführungszeichen – für das Jahr 2021 aufzustellen und nicht einen Doppelhaushalt, wie das normalerweise der Fall wäre. Das ist richtig und vertretbar. Allerdings muss auch geklärt sein, dass für die wichtigen Zukunftsinvestitionen im Haushalt genügend Verpflichtungsermächtigungen vorhanden sind, damit Klarheit darüber besteht, wie es mit den Planungen weitergeht. In den Institutionen und den betroffenen Bereichen muss Klarheit darüber bestehen, dass ihre Finanzierung auch im Jahr 2022 und folgende weiterläuft.

Die Staatsregierung hat noch vor der Vorlage des Entwurfs bei uns angekündigt, ihre Eckpunkte für den Jahreshaushalt 2021 seien: Sicherheit, Stabilität und Zukunft auch in der Krise mit den Schwerpunkten bei Familie, Bildung, Technologie und Forschung. Bayern investiert kraftvoll in die Krisenbewältigung. Die Rede ist von einem Konjunkturprogramm zum Durchstarten aus der Krise mit diesen Schwerpunkten. Interessanterweise findet sich der Schwerpunkt Familie in der Presseerklärung der CSU und der FREIEN WÄHLER nicht mehr. Ich glaube aber, wir werden Ihnen da noch auf die Sprünge helfen, dass die einzelnen Punkte verankert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es klar zu sagen: Diese Ankündigung und auch Teile dessen, was Sie im Entwurf umgesetzt haben, gehen für die SPD in die richtige Richtung, sind im Kern richtig gewählt und finden unsere Zustimmung. Wir werden den Haushaltsentwurf 2021 deshalb nicht in Bausch und Bogen verdammen oder ablehnen. Eine erste Analyse des Entwurfs zeigt aber auch: Sie kündigen in vielen Bereichen den richtigen Weg an, gehen ihn aber nicht konsequent. Eine ganze Reihe von Unebenheiten sind auf Ihrem eingeschlagenen Weg. Schlaglöcher werden nicht repariert, und die eine oder andere Begradigung des Weges ist dringend notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben dieser Zustimmung zur Wahl des Weges steht für uns fest: Es braucht deutliche Verbesserungen, neue und deutliche Änderungen in Ihrem Entwurf.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, man kann jedoch – wenn ich das ernst nehme, was Sie gesagt haben – die Beratungen im Ausschuss gemeinsam machen und auch aufeinander zugehen, zwar nicht Anträge in Punkt und Komma übernehmen, aber die Richtung übernehmen, sich auf neue Zahlen und neue Schwerpunkte einigen. Man kann diesen Haushalt gemeinsam verabschieden, wenn man das will. – Lassen Sie mich zu ein paar Punkten des Haushalts kommen.

Die schon mehrfach genannte Hightech Agenda Plus, das bayerische Konjunkturprogramm, ist insgesamt richtig angelegt. Wir haben aber noch ein paar Fragen dazu, nämlich ob die personelle Umsetzung tatsächlich so gelingen kann, wie Sie es sich vorgestellt haben, weil sehr viel aus Personalmaßnahmen besteht. Fraglich ist auch, ob alle Fördermaßnahmen, die Sie zur Implementierung von Änderungen bei Firmen in Förderprogrammen hinterlegt haben, so zielsicher sind.

Diese Agenda ist insgesamt richtig. Sie greift allerdings in einem Punkt noch zu kurz: Das ist das Thema Substanzerhalt bzw. Investitionen in unsere Hochschulen – Universitäten und Fachhochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Da ich gerade bei der Wissenschaft bin, erwähne ich: Es fehlt generell der Bereich Kultur. Wir könnten uns bei der Kultur vorstellen – da der Staat ein wichtiger Nachfrager auf dem Markt ist –, nicht nur für Leuchtturmprojekte in und um München, sondern auch in ganz Bayern stärkere Akzente zu setzen.

Ich habe den Eindruck, dass die Hightech Agenda Plus ein guter Ansatz ist. Wir brauchen aber Nachschärfungen. Man kann sagen: stark angefangen, aber dann stark nachgelassen – oder um es höflicher zu formulieren: nicht konsequent in allen Bereichen weitergearbeitet.

Ich möchte zu vier Bereichen kommen, bei denen wir Sozialdemokraten in den nächsten Wochen ein zentrales Interesse haben, mit Ihnen zu Einigungen zu kommen und nicht nur Anträge zu stellen. Wir wollen schauen, was wir mit diesem Haushalt noch zusätzlich anstoßen können. Herr Finanzminister, da geht es tatsächlich nicht darum, Dinge gegeneinander auszuspielen und einiges nicht zu machen. Wir müssen uns überlegen, ob es notwendig ist, in einigen Bereichen noch mehr zu tun. Das kann tatsächlich über eine Neuverschuldung, über die Rücklage, über den Pensionsfonds oder über den Überschuss im Sonderfonds Corona-Pandemie gehen.

Als Erstes komme ich zum ÖPNV und dem Schienenpersonennahverkehr – SPNV. In die umweltgerechte und klimaschützende Mobilität muss für die Menschen und unsere Umwelt investiert werden. Zwei Dinge möchte ich dazu ansprechen. Einerseits brauchen wir mehr Bestellungen, neue Strecken, die Reaktivierung von Strecken und Investitionen in neue Antriebsformen, wo eine Elektrifizierung nicht vorhanden ist und in der Gesamtabwägung vielleicht keinen Sinn hätte.

Andererseits brauchen wir Investitionen in die Bereitschaft der Menschen, den Verkehrsträger zu wechseln. Dazu gehört ein 365-Euro-Ticket nicht nur für Schüler, Studenten und Auszubildende, sondern für alle Menschen in Bayern. Langfristig gehört

auch das Thema "kostenfreier ÖPNV" dazu – aber, wie gesagt, das gehört langfristig dazu. Lassen Sie uns deswegen in diese beiden Teile einsteigen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns auch die Verkehrsverbünde im kommenden Jahr absichern. Der Rückgang der Zahl der Nutzerinnen und Nutzer kann nicht zur Folge haben, dass weniger Fahrzeuge eingesetzt werden. – Nein, gerade in der Pandemiezeit müssen die Verbindungen eher ausgebaut als gestrichen werden. Das erzeugt bei den Trägern und bei den Anbietern jedoch zusätzliche Defizite. Lassen Sie uns darüber reden.

Zweitens, Bildung und Digitalisierung: Geräte zur Digitalisierung sind nicht alles. Sie haben hier tatsächlich etwas getan. Ich habe Verständnis dafür, dass Tausende PCs und Laptops jetzt nicht sofort zur Verfügung stehen und ausgepackt werden können. Es mangelt aber noch an der Systembetreuung, der Aus- und Fortbildung, aber auch beim Netzausbau. "Ausbau" heißt nicht nur, dass die einzelne Schule angeschlossen ist, sondern natürlich auch, dass die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer von zu Hause aus Zugang zu digitalen Angeboten haben. Das wird auch nach der Pandemie wichtig sein. "Ausbau" heißt auch, dass datenschutzkonforme Programme zum Einsatz kommen und diese verlässlich funktionieren. Mit Verlaub gesagt, was momentan abläuft, spottet jeder Beschreibung. Man hätte deutlich früher tätig werden müssen; erlauben Sie mir diese Anmerkung außerhalb der Debatte über den Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt betrifft die soziale Infrastruktur. Bei der Wohnraumförderung geht es um die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Die 150 Millionen Euro, die bisher für die Eigenheimzulage vorgesehen waren, die, wie wir es befürchtet hatten, nicht zielgerichtet war und keinen großen Erfolg hatte, werden heuer nicht etatisiert. Wir glauben, dass wir dieses Geld an anderer Stelle für direkte Wohnraumförderung und zum Bau eigener Wohnungen einsetzen können. Ich sage bewusst "Bau

eigener Wohnungen". Das ist keine Kritik an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BayernHeim. Sie können nur das machen, was ihnen vom Freistaat vorgegeben wird. Aber dass die Haupttätigkeit im Kauf von bestehendem Wohnraum liegt, statt darin, neuen Wohnraum zu schaffen und die Initiative zu ergreifen, war so nicht geplant. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir in diesem Jahr ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne als zweites Beispiel zum Thema soziale Infrastruktur die Qualitätsoffensive im Bereich von Kitas und der Kinderbetreuung allgemein. Da geht es nicht allein um den Bau und um die Zahl des Personals – hier beschränkt uns der Markt –, sondern es geht auch um die Konzepte, um eine bessere Verzahnung von Kita und Schule, es geht darum, in diesem Bereich insgesamt aktiver zu werden. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Wir werden einen Idealzustand sicherlich nicht mit ein oder zwei Anträgen hinbekommen, aber wir müssen uns haushälterisch hinterlegt auf den Weg machen, in diesem Bereich besser zu werden und die soziale Infrastruktur zu fördern. Auch dies ist ein wichtiger Punkt für die Sozialdemokratie.

Der vierte und letzte Punkt betrifft die Modernisierungsoffensive für die öffentliche Gesundheitsversorgung. Ich meine hier mehr als die getroffenen und zu treffenden Akutmaßnahmen wie Maske, Personal, Testkonzept und deren Umsetzung. Ich meine unsere Investitionen in die Gesundheitsämter, in die Krankenhäuser, in die Pflege – ob das Kranken- oder Altenpflege ist –, sowohl im baulichen Bereich als auch und vor allem im Humanbereich. Die Menschen müssen angemessen bezahlt werden. Die Arbeitsplätze müssen attraktiv werden. Dafür muss an dieser Stelle der Weg gebahnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass Sie nicht allem in Punkt und Komma folgen können. Wir sind jedoch bereit, uns mit Ihnen zusammen auf den Weg zu machen. Dazu braucht man aber Offenheit im Haushaltsausschuss.

Noch ein paar Worte zu einem der zentralen Bereiche, dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Es ist schon toll, was da abgelaufen ist. Die SPD hat gesagt: Den Blankoscheck des zweiten Nachtragshaushaltes über zehn Milliarden Euro unterschreiben wir ohne genaue Festlegungen nicht. Wie sind wir da von CSU und FREIEN WÄHLERN geschimpft worden: Das geht nicht! Wir brauchen das! – Erstens. Sie haben es nicht gebraucht, weil die zehn Milliarden Euro des zweiten Nachtragshaushaltes nicht einmal ausgeschöpft worden sind. Zweitens. In diesem Haushalt geht es jetzt plötzlich, konkrete Festlegungen zu nennen. – Herr Kollege Füracker, herzlichen Dank dafür. Vorher haben Sie vergessen zu erwähnen, dass wir es waren, die dies angestoßen haben. Ich glaube, Sie sind darüber gar nicht so unglücklich, da dies die Neigung Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Ministerrat ein wenig bremst, Milliarden anzumelden, sie dann aber nicht auszugeben, weil sie die einzelnen Programme nicht auf die Reihe bekommen.

Ich sehe mir an, was derzeit in den Programmen läuft: Jugendherbergen: 14,4 Millionen Euro eingestellt, 8 Millionen Euro ausbezahlt. Schullandheime: 5 Millionen Euro eingestellt, 1,9 Millionen Euro ausbezahlt. Jugendhilfeprojekte: 4,3 Millionen Euro eingestellt, 2,3 Millionen Euro ausbezahlt. Im Bereich Wissenschaft und Kunst Studentenwerke: 5 Millionen Euro eingestellt, stattliche null Euro ausbezahlt. Es liegt also nicht an der Veranlagung, sondern oft liegt es am Ausgeben. Wir werden dort nachschärfen. Ab jetzt wird der Haushaltsausschuss für die 1,5 Milliarden Euro, die offen sind – Sie haben die Verantwortung angesprochen –, gerne die Verantwortung übernehmen, zumindest die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch zum Bereich Sozialleistungen. Für die SPD ein ganz klares Bekenntnis auch in Richtung GRÜNE: Ja zum Landespflegegeld und zum Familiengeld. In einer Pandemie und in der heutigen Zeit, in der viele Menschen weniger Einkommen zur Verfügung haben und in der viele Menschen Angst haben, noch weniger zu haben, genau diese Sozialleistungen zu streichen, um etwas anderes gegenzufinanzieren, ist

gesellschaftlich schlicht und einfach falsch und kaltherzig. Deswegen werden wir als SPD dies nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage etwas zum Thema Griff in die Rücklage. – Für was soll denn eine Rücklage sonst da sein, als für Zeiten wie die jetzige? Deswegen tragen wir diese Finanzierung mit. Wir könnten uns auch vorstellen, dass man für sinnvolle Projekte noch den einen oder anderen Euro zusätzlich in die Hand nimmt.

Zum Abschluss, Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie die Themen Mobilität, öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr unter Beachtung des ökologischen Wandels und von Verbesserungen für die Menschen, wenn Sie die Themen Bildung und Digitalisierung, wenn Sie die Themen soziale Infrastruktur mit Wohnraum und Qualitätsoffensive bei der Kita und die Modernisierungsoffensive für das öffentliche Gesundheitswesen aufgreifen, dann haben Sie die SPD an Ihrer Seite, um einen Kompromiss zu schließen und gemeinsam in das schwierige Haushaltsjahr 2021 zu gehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Jahre bin ich jetzt im Landtag und erlebe schon die vierte Haushaltsberatung. Das würde man bei einer langfristigen stabilen Planung so nicht erwarten.

Vorab ein paar organisatorische Anmerkungen. Es ist schon angesprochen worden, dass wir den Haushaltsentwurf am vergangenen Freitagmittag bekommen haben. Ich halte das – gelinde gesagt – für eine Zumutung. Sehr naheliegend ist nämlich, dass es keine unglücklichen Umstände waren, sondern dass es Absicht war, die Frist zur Prä-

sentation des Haushaltes bewusst maximal auszunutzen. Ich finde, das gehört sich nicht. Das zeugt von mangelndem Respekt vor diesem Haus.

(Beifall bei der FDP)

Es passt auch zu dem Bild, das wir von der Corona-Pandemie her kennen, das Parlament so weit wie möglich nicht einzubinden. Im Übrigen heißt es in Artikel 30 der Haushaltsordnung wörtlich, dass der Entwurf des Haushaltsgesetzes spätestens in der ersten Sitzungswoche des Landtags nach dem 30. September einzubringen ist. Die Haushaltsordnung ist wohl völlig in Vergessenheit geraten. Diese Regelung passt der Regierung offenbar nicht so richtig und wird deshalb einfach ignoriert. Kommen Sie jetzt nicht mit dem Argument Steuerschätzung, das wir heute auch schon gehört haben. Sie legen doch einen Entwurf vor, und Entwurf heißt, dass Sie ihn auch ändern können. Die Sonderwünsche der Regierungsfraktionen, was die Fraktionsreserve betrifft, werden ja auch noch eingebaut. Vielleicht könnte man sogar aus dem einen oder anderen Antrag der Opposition noch etwas lernen und etwas ändern. Ich habe also irgendwie den Eindruck, dass der Landtag bei den Haushaltsberatungen nur lästiges Beiwerk ist. So viel dazu.

Ich komme jetzt zum Inhalt. Ich meine, ein moderner Haushalt sollte nachhaltig sein. Ich verwende diesen Begriff ganz bewusst, weil zur Nachhaltigkeit sehr viel mehr gehört als nur die Ökologie, die wir leider immer sehr stark betonen. Für mich gehören auch Ökonomie und Soziales dazu. Über die Ökologie wird sehr oft diskutiert; deshalb will ich mich auf die anderen beiden Punkte beschränken.

Schauen wir uns zunächst einmal die Finanzierungsseite an. Ich beginne mit etwas Positivem. Grundsätzlich begrüßen wir es, dass im nächsten Jahr keine neuen Schulden gemacht werden sollen, zumindest keine Schulden, die über die zwanzig Milliarden Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie hinausgehen. Übrigens finde ich, dass die Formulierung der Staatsregierung, dass keine neuen Schulden gemacht werden, sehr geschickt ist; denn natürlich werden die restlichen Schulden für den Sonder-

fonds Corona-Pandemie im Jahr 2021 gemacht. Natürlich sind das neue Schulden, egal, wie man sie verpackt. Bei Ihnen heißt es aber immer: keine neuen Schulden.

Es wären sogar noch zusätzliche Schulden notwendig gewesen, wenn man nicht in die Rücklage gegriffen hätte. Ende des Jahres 2019 hatten wir 6,5 Milliarden Euro, und – ich glaube, Herr Füracker hat dies einmal gesagt – für Ende dieses Jahres sind ungefähr 8 Milliarden Euro Rücklagen geplant. Wie auch schon Kollege Güller gesagt hat: Rücklagen sind dazu da, um sie in Krisenzeiten zu nutzen. Das ist völlig okay. Wir hatten dies schon früher vorgeschlagen. Ich meine, dass man sogar noch mehr aus der Rücklage hätte nehmen können. Wie dem auch sei: Grundsätzlich stimmen wir zu, Gelder aus der Rücklage zu entnehmen. Natürlich wäre es unangenehm gewesen, wenn man ausgerechnet im Jahr der Bundeskanzlerwahl neue Schulden hätte machen müssen – dies ist aber nur eine Randbemerkung.

Zurück zum Sonderfonds Corona-Pandemie. Wir haben insgesamt 20 Milliarden Euro; davon sind noch einige Milliarden Euro übrig – die ganz genauen Zahlen kenne ich nicht. Nachdem aber die Oppositionsparteien hinreichend lange herumgenörgelt haben, haben wir zumindest wöchentliche Wasserstandsmeldungen bekommen. Herr Minister Füracker, übrigens sind diese Meldungen, die wir bekommen, in gefühlt zehn verschiedenen Berichtsformaten. So viel zum Respekt vor dem Parlament. Ich meine, dass man das auch anders machen könnte.

(Zuruf)

– Das weiß ich. Ich kenne die Regel. Ich weiß auch, dass ich hier nur eine Bitte äußern kann. Trotzdem meine ich, dass es schon ganz hilfreich wäre, wenn wir eine Aufstellung der tatsächlich ausgezahlten Summen, der zu erwartenden Summen und der vom Ministerium zugeteilten Summen bekommen könnten. Vielleicht lässt sich das doch einmal machen. Betrachten Sie das als meinen Weihnachtswunsch.

(Beifall bei der FDP)

Jedenfalls soll der noch nicht ausgeschöpfte Teil der 20 Milliarden Euro auf 2021 übertragen werden. Im Jahr 2020 hatten wir gesagt, dass wir dem zustimmen – das berühmte Wort "Blankoscheck" ist schon gefallen. Wir hatten damals zum Entwurf des ersten Nachtragshaushaltes ausdrücklich gesagt: Ja, wir stimmen dem zu. – Wir hatten dann gesagt, dass wir das genauer wissen wollen. Jetzt meine ich schon, dass es an der Zeit wäre – wir haben genug Erfahrungen mit der Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen –, dies konkreter zu planen. Ein kleiner Versuch ist gemacht worden. Auch die Einbindung des Haushaltsausschusses geht etwas in diese Richtung. Trotzdem hätte ich gerne eine klare Aufstellung darüber, was denn mit diesem Geld noch alles passieren soll. Natürlich kann sich das noch ändern. Kein Mensch weiß, wie sehr uns die Corona-Pandemie im nächsten Jahr noch beschäftigen wird. Ich meine aber schon, dass wir aufgrund der Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, einen Plan aufstellen könnten.

Noch etwas zur Hightech Agenda Plus: Herr Kollege Pohl war leider nicht in der Lage, meine Frage zu beantworten. Er hat sie aber indirekt beantwortet. Er hat nämlich Argumente angeführt – alles Argumente, die genau nicht in den Erläuterungen zum Kapitel 13 19 stehen. Die Frage war also klar beantwortet. Wir dürften die Hightech Agenda Plus daraus eigentlich nicht finanzieren.

Eines fehlt mir auch noch – das ist mir aufgefallen –: In Berlin hört man zunehmend, dass der Bund die Länder hinsichtlich der Corona-Unterstützungsmaßnahmen stärker in die Pflicht nehmen will. Dazu habe ich bisher keinen einzigen versteckten oder offenen Posten gefunden, zu dem ich sagen würde: Ja, dort ist es berücksichtigt oder eingeplant. Vielleicht haben Sie aber bessere Beziehungen in Berlin und können das verhindern. Ich weiß es nicht.

Es ist übrigens nett zu versuchen, den Beginn der Rückzahlungen der Sonderfonds-Schulden zu verschieben. Ursprünglich stand im ersten Nachtragshaushalt, dass die Rückzahlung 2024 beginnen soll. Interessanterweise ist dies genau das erste Jahr nach der Finanzplanung.Jetzt steht "ab 2025" drin.

(Zuruf)

Dann soll die Rückzahlung begonnen werden. Das ist genau wieder das erste Jahr nach der Finanzplanung.

(Zuruf)

– Gut, dann habe ich die zwei Dinge nebeneinandergelegt und einen falschen Ausdruck gehabt. Ich habe einfach nur die zwei Zeilen aus dem ersten Nachtragshaushalt mit dem jetzigen Entwurf verglichen. – Trotzdem glaube ich, dass wir, wenn wir nicht unmittelbar nach der Krise zu sparen anfangen und nicht an der einen oder anderen Stelle wirklich den Rotstift ansetzen, die nächste Wirtschaftskrise und die nächste Pandemie nicht bewältigen können. Ich bin mir sicher, dass es nicht die letzte Pandemie war.

Wir haben die Verpflichtung, Schulden abzubauen und gegebenenfalls auch wieder Rücklagen zu bilden. Damit habe ich in guten Zeiten überhaupt kein Problem. Aber da bin ich wieder beim Thema Nachhaltigkeit. Rückzahlungen in die Zukunft zu verschieben und die nächste Generation damit zu belasten, ist unverantwortlich. Das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt, und ich bleibe dabei. Ich fordere hier finanzielle Gerechtigkeit gegenüber unserer nächsten Generation.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt schauen wir uns mal die Ausgabenseite an, und zwar einfach nur augenfällige Beispiele. Wie gesagt, man kann in drei Tagen den Entwurf natürlich nicht vollständig und gründlich studieren. Ein Punkt, der mich stört, seit ich hier im Parlament und im Haushaltsausschuss sitze, sind die exorbitanten Summen für Hochbaumaßnahmen. Sie sind mir schon immer ein Dorn im Auge. Da gibt es manchmal unglaubliche Kostensteigerungen im Projektverlauf. Ich habe immer das Gefühl, dass bei öffentlichen Bauten, wenn der Staat baut, irgendwie noch ein paar Prozent mehr draufgeschlagen

werden. Auch gegen die langen Planungsverfahren muss man etwas tun. Sie führen ebenfalls zu enormen Kostensteigerungen.

Mir fehlt hier nach wie vor ein wirksames Kosten-Controlling. Damit kann man Geld einsparen, ohne dass man weniger für sein Geld kriegt. Da kann man wirklich mal ansetzen. Da reden wir wahrscheinlich über dreistellige Millionenbeträge, die wir unter dem Strich einsparen können.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Beispiel sind für mich die Förderprogramme, von denen es eine Vielzahl gibt. Bei vielen Dingen frage ich mich, ob sie wirklich notwendig sind. Manchmal sind auch Förderprogramme ausgelobt, die so gut wie gar nicht ausgeschöpft werden. Wir haben gerade in den letzten ein bis zwei Wochen eine Menge Anfragen an die unterschiedlichen Ministerien gestellt, um zu erfahren, welche Förderprogramme es gibt, wie sie ausgeschöpft sind und was ihre Zielsetzung ist. Ich bin schon sehr gespannt auf die Antworten und glaube, dass hier eine ganze Menge Luft drin ist.

Ein besonderes Beispiel, das heute schon einmal am Rande angesprochen wurde, ist das Ministerium für Digitales. Wir könnten eine ganze Menge Geld sparen, wenn wir die Digitalisierungsaufgaben wirklich einmal in einer Hand zusammenfassen würden.

(Beifall bei der FDP)

Formal hat das Digitalministerium eine Koordinationsfunktion, aber wenn ich mir anschaue, in welchen Ministerien diverse DV-Großprojekte aus dem Ruder laufen – Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit –, dann finde ich in jedem Ministerium mindestens ein Projekt, das stark aus dem Ruder läuft. Hätte man da eine echte Koordinierungsfunktion, wäre das schon mal etwas. So, wie es jetzt aufgesetzt ist, kann es – unabhängig vom Budget – nicht funktionieren. Aber das Budget spiegelt nur die tatsächliche Kompetenz wider. Ein echtes Digitalministerium, in dem man die Dinge auch wirklich zusammenfasst, würde uns unterm Strich viel Geld sparen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich gibt es auch noch eine ganze Menge kleinere Ausgaben. Diese werden wir in den einzelnen Änderungsanträgen dann noch präzisieren. Es sind die üblichen Posten wie Landesbeauftragte, Reiterstaffel, Grenzpolizei oder diverse, aber nicht alle Stellenmehrungen. Manche Stellenmehrungen, zum Beispiel in der Bildung oder der Justiz, tragen wir ausdrücklich mit. Aber einige kann man auch streichen. Das werden wir in den Änderungsanträgen adressieren.

Mir ist bei der ersten Lektüre auch aufgefallen, dass manche Ausgaben tatsächlich gekürzt zu sein scheinen. Im Bereich der Obdachlosigkeit haben wir etwas gesehen, bei der BayernCloud haben wir etwas gesehen; wie auch immer: Das werden wir noch genau analysieren. Mich würde auch Folgendes interessieren: Es war die Rede davon, dass die Ministerien 500 Millionen Euro einsparen sollten. Gibt es eigentlich irgendwo eine Liste, welches Ministerium was wo eingespart hat? – Das wäre doch einmal total interessant. Ich weiß, dass das für die einzelnen Ministerien ein bisschen schwierig ist, um das Gesicht nicht zu verlieren oder wie man es nennen möchte; aber das wäre doch einmal eine schöne und interessante Information.

Beim Blick nach vorne ist mir aufgefallen, dass wir in der Pandemie eine Menge an Strukturänderungen haben. Der Ministerpräsident hat es selber in einer Regierungserklärung angesprochen. Ich weiß nicht mehr, in welcher Regierungserklärung es war, denn inzwischen sind es so viele geworden. Viele Strukturen wurden aufgebrochen; manche Strukturen sind resistenter, als man geglaubt hat. So ähnlich hat er es formuliert. Die Bildungslandschaft hat sich massiv verändert. Die Arbeitswelt ist viel mobiler und flexibler geworden. Wir alle wollen nicht unbedingt zum alten Status zurück, aber ich finde im Haushalt sehr wenige Posten, in denen wir diese Entwicklungen aufnehmen und versuchen, sie zu stärken und nach vorn zu bringen. Vielleicht ist das alles versteckt. Mir hat es sich bisher nicht erschlossen.

Erlauben Sie mir einen generellen, übergeordneten Blick. Wir müssen bei allen Ausgaben wirklich einmal auf eine genaue Festlegung achten, welches Ziel wir verfolgen, welche Maßnahmen wir ergreifen und wie wir messen, ob das Ziel mit diesen Maßnahmen auch erreicht wird. Das klingt ganz einfach. Jedes normale Controlling in einem Unternehmen macht das. Bei der Unternehmenssteuerung definiert man die berühmten "Key Performance Indicators". Sie können sie auch einfach Kennzahlen oder anders nennen. Es geht darum, bei jeder Maßnahme zu sagen: Das will man mit der Maßnahme erreichen, und auf diese oder jene Weise misst man, ob man das Ziel erreicht.

Diese zielorientierte Ausgabenpolitik mit Wirkung klingt vernünftig, und jeder wird sofort zustimmen. Ich gebe ein paar Beispiele, wie das tatsächlich ausschauen könnte: Man sagt bei allen Ausgabeposten ab einer gewissen Größe beispielsweise von einer Million Euro, dass man diese drei Dinge aufschreiben muss. Man muss auch regelmäßig evaluieren, also zumindest bei größeren Posten einmal im Jahr, ob man das erreicht hat. Man macht mit diesen Kennzahlen einen Soll-Ist-Vergleich und berichtet den Abfluss aus jedem Ausgabeposten regelmäßig, auch unterjährig, nicht erst zwei Jahre später. Viele Dinge wären der Ausfluss einer solchen Maßnahme. Wir würden sehr, sehr viel mehr lernen. Es würde transparenter werden, und wir würden möglicherweise Fehlsteuerungen viel schneller erkennen. Das wäre einfach mein Wunsch.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir Geld einsparen, haben wir eigentlich wirklich das erreicht, was den Liberalen auf der Fahne steht: Der Staat mischt sich weniger ein, der Bürger hat mehr finanzielle Freiheit und kann in Eigenverantwortlichkeit besser arbeiten, die zukünftige Generation wird weniger belastet. Am Schluss profitieren wir alle davon. Wir werden versuchen, unsere Änderungsanträge in dieser Form aufzuziehen. Das wird bestimmt eine interessante Diskussion, weil es alles sehr viel transparenter macht, wenn ich diesen Maßstab auch an andere Ausgabenpunkte anlegen will.

Noch eine Anmerkung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz, genau genommen eigentlich zur finanziellen Lage der Kommunen – das haben wir formal auch auf dem Plan –. Die Kommunen hatten sicherlich grundsätzlich bei der Gewerbesteuer eine ganze Menge an Einnahmeausfällen. Die FDP war immer der Meinung, dass man das an dem einkommensteuerbasierten System aufbauen solle. Das führt aber im Moment zu weit. Gut war, dass es da einen Ersatz gibt. Von mir aus muss das kein höherer Ersatz als der ausgefallene Betrag sein; da bin ich schon bei Ihnen. Trotzdem muss eine klare Zusage her, dass es jetzt und auch im nächsten Jahr funktioniert.

Ich habe in den Haushaltsdiskussionen in meiner eigenen Kommune schon erlebt, dass man sehr unsicher war: Kriegt man die Mittel jetzt wirklich oder nicht? Wie soll man den Haushalt jetzt aufstellen? Jetzt ist die Zeit, in der alle Kommunalhaushalte aufgestellt werden. Da muss schon eine gewisse Sicherheit her. Grundsätzlich ist ein Thema, dass die Aufgaben der Kommunen zunehmen und die Schere zwischen dem, was die Aufgaben der Kommunen sind, und dem, was sie an Geld erhalten, aufgeht. Ich sage das bei aller Wertschätzung für den kommunalen Finanzausgleich und respektiere, dass er nicht gesunken ist, sondern zumindest mal das sehr hohe Niveau gehalten hat. Das bestreite ich nicht. Aber hier muss man sich etwas Neues einfallen lassen. In dem ländlichen Bereich wird man auf Dauer nicht mit der jetzigen Form des Finanzausgleichs durchkommen. Da muss man sich ganz grundsätzlich neue Dinge überlegen. Aber die Diskussion ist wahrscheinlich nach der Pandemie zu führen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, ich bin beim letzten Satz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es werden sehr interessante Haushaltsberatungen, gerade was die Reste aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie betrifft. Ich freue mich darauf, auch wenn man eine besondere Art von Humor haben muss, um sich darauf zu freuen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion. – Herr Herold, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es zunächst einmal sehr bemerkenswert und fair, dass unser Haushaltsausschusskollege Harald Güller als Oppositionspolitiker darauf hingewiesen hat, dass der Haushalt für das Jahr 2021 in die richtige Richtung geht. Das kann ich nur unterstreichen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass hier kraftvolle, investive Maßnahmen in die Zukunft vorgesehen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen auch als Kommunalpolitiker, dass unser Staatshaushalt natürlich schon immer einen Schwerpunkt auf unsere bayerischen Kommunen legt; das heißt, unser Staatshaushalt legt natürlich auch auf den kommunalen Finanzausgleich einen Schwerpunkt. Auch hierzu möchte ich einige Ausführungen machen. Unsere bayerischen Kommunen befinden sich dadurch in einer guten finanziellen Situation. Der kommunale Finanzausgleich steigt, wie Sie wissen, auch im Jahr 2021 auf eine Rekordhöhe, nämlich auf 10,36 Milliarden Euro. Das betone ich ausdrücklich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind immerhin 71 Millionen Euro mehr als im Jahr 2020, zumal in einer Krisenzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich muss man sich auch fragen, warum wir dies tun können. – Wir können dies tun, weil wir seit Jahrzehnten eine seriöse und verantwortungsvolle Finanzpolitik hier bei uns im Freistaat Bayern betreiben. Deshalb auch ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister für diese wirklich seriöse und verantwortungsvolle Politik, die hier gemacht wird. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, ich habe mir die Ausführungen angehört und muss sagen, dass Sie immer alles so negativ darstellen. Man muss auch darauf hinweisen – das ist auch von Herrn Füracker erwähnt worden –, dass Bayern als einziges Bundesland Deutschlands einen AAA-Status bei der Bonitätseinstufung der Ratingagenturen bekommen

hat. Frau Kollegin Ebner-Steiner, Sie müssten wissen, dass Bayern mit Abstand die besten Finanzen in ganz Deutschland hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss aber auch wissen, dass dem Freistaat Bayern im Jahr 2020 3,5 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen zufließen; im Jahr 2021 werden es voraussichtlich 3,7 Milliarden Euro weniger sein. Ich betone ausdrücklich, dass der Staat diesen Rückgang nicht an die Kommunen weitergibt, ganz im Gegenteil. Das ist sehr bemerkenswert. Im Jahr 2020 hat der Freistaat die Kommunen massiv über den kommunalen Finanzausgleich hinaus bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch zu den bisherigen Maßnahmen, insbesondere zur Finanzierung der Kommunen, ein paar Worte sagen. Der Freistaat Bayern steht immer verlässlich an der Seite der Kommunen, gerade in diesen schwierigen Zeiten. In diesem Punkt werden Sie mir sicherlich zustimmen. Die Auszahlungszeitpunkte für die pauschalen Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich wurden vorgezogen. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis. Das verschafft den Kommunen eine Liquidität in Höhe von drei Milliarden Euro, was auch für uns als Kommunalpolitiker ganz wichtig ist.

Zudem hat der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes mit Landesmitteln auf insgesamt vier Milliarden Euro verdoppelt. Ich wiederhole: Er hat es auf vier Milliarden Euro verdoppelt. Die Kommunen profitieren vor allem vom pauschalen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle; allein im Jahr 2020 fließen ihnen daraus 2,4 Milliarden Euro zu. Hinzu kommt der Rettungsschirm für den ÖPNV mit etwa 255 Millionen Euro. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Kollege Güller hat das bereits vorhin angesprochen.

Die Erstattung nicht erhobener Elternbeiträge bei der Kindertagesbetreuung beläuft sich auf 200 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen, die bayerischen Kommunen sind nicht zuletzt aufgrund dieser zügigen und frühzeitigen staatlichen Maßnah-

men handlungsfähig geblieben und können weiterhin wichtige investive Ausgaben tätigen. Natürlich ist uns auch klar, dass 2021 und die kommenden Jahre trotz aller staatlichen Unterstützung für die Kommunen schwierige Jahre werden. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, meine Damen und Herren.

Ich möchte eine Aussage meines Kollegen Bernhard Pohl aufgreifen, der im Haushaltsausschuss immer gesagt hat, der Freistaat Bayern sei keine beitragsfreie Haftpflichtversicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine wahre und gute Aussage. Dies heißt konkret, dass auch unsere staatlichen finanziellen Mittel nicht unendlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein ganz besonderer Dank gilt der Staatsregierung und natürlich auch den Regierungsfraktionen, die sich bereits frühzeitig im Herbst dafür eingesetzt haben, dass der Bund die Kommunen auch im Jahr 2021 unterstützt. Der Bundesrat hat diese bayerische Forderung im November in einer Entschließung zum Bundeshaushalt aufgegriffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch ein Wort zum Thema Schlüsselzuweisungen sagen. Als Kommunalpolitiker wissen Sie alle, dass die Schlüsselzuweisungen der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs sind; sie machen über 38 % des Gesamtvolumens aus. Gegenüber dem Jahr 2020 gehen sie leicht um 3 % auf 3,93 Milliarden Euro zurück. Der entscheidende Punkt ist aber, dass sie damit immer noch über dem hohen Niveau des Jahres 2019 liegen.

Gerade unseren kommunalen Spitzenverbänden war es besonders wichtig, die Schlüsselzuweisungen auf hohem Niveau zu halten. Das wissen Sie alle. Das stabilisiert auch die Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Freistaat ermöglicht dies durch Verzicht auf die sachlich an sich gerechtfertigte Ausklammerung bestimmter Umsatzsteuerbeträge in Höhe von fast 60 Millionen Euro. Diese zusätzlichen Mittel fließen in die Schlüsselzuweisungen. Sie sorgen für Stabilität und auch für Kontinuität in den kommunalen Haushalten.

Ich möchte ganz kurz noch ein paar Ausführungen zu den Investitionen unserer Kommunen machen. Der kommunale Finanzausgleich setzt natürlich einen Schwerpunkt bei den investiven Ausgaben. Die Staatsregierung setzt damit ihren Kurs fort, kommende Investitionen zu stärken. Sie wissen, dass die Investitionsquote der Kommunen von 20,5 % im Jahr 2016 auf zuletzt 24,3 % im Jahr 2019 gestiegen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist gut so. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist die Investitionsquote bei den Kommunen um 3,8 % gestiegen. Dieser Kurs zahlt sich aus.

Als Vertreter des ländlichen Raums möchte ich das Thema "Stärkung des ländlichen Raums" ansprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tun sehr viel, gerade im Bereich der RZWas, was ich persönlich sehr begrüße. Die Mittel zur Förderung von Abwasseranlagen werden in Härtefällen um 20 Millionen Euro auf 90 Millionen Euro erhöht; das ist immerhin eine Steigerung um 28,5 %. Das ist gut für unseren ländlichen Raum. Gleichzeitig wird die bisherige Betragsgrenze für Wasserversorgungsanlagen von 20 Millionen Euro auf einen Prozentsatz von 40 % umgestellt. Damit stehen im Jahr 2021 bis zu 36,1 Millionen Euro für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen zur Verfügung. Das ist gut für unseren ländlichen Raum.

Im Bereich der Straßenausbaupauschale stehen einmalig zusätzliche Mittel von 50 Millionen Euro des Innenministeriums zur Verfügung; das sind insgesamt 135 Millionen Euro.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt, dem kommunalen Straßenbau und -unterhalt. Dafür stehen insgesamt über 750 Millionen Euro bereit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein wichtiger Punkt, den wir auch in unserer Fraktion immer wieder diskutieren. Man muss wissen, dass das das Doppelte dessen ist, was wir für Staatsstraßen in die Hand nehmen. Deswegen haben wir dieses Thema schon sehr stark in unserer Fraktion diskutiert. Da bin auch ich Teil der Speerspitze, um möglicherweise noch etwas mehr für unsere Staatsstraßen zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 BayFAG steigen um 50 Millionen Euro bzw. um 8,3 % auf 650 Millionen Euro. Damit wird natürlich unter anderem der wichtige Bau von Schulen und Kitas gefördert. Der garantierte Betreuungsplatz für Kinder bis zum Schuleintritt, der Beitragszuschuss für alle drei Kindergartenjahre und das Bayerische Krippengeld fordern Staat und Kommunen gleichermaßen heraus. Da sind wir uns alle einig. Ich verweise an dieser Stelle auf die Ausführungen des Herrn Ministers Füracker und des Kollegen Zellmeier zur Frage, wie sich der Freistaat Bayern in diesem Bereich einbringt. Die Investitionspauschalen bleiben auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro. Wie Sie alle wissen, können die Kommunen darüber frei verfügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen sind für etwas schwächere Kommunen ein wichtiger Punkt. Sie bleiben bei 120 Millionen Euro. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Davon werden zehn Millionen Euro für Kur- und Fremdenverkehrsorte verwendet. Diese haben unter der Corona-Pandemie besonders gelitten.

So viel in aller Kürze von meiner Seite, einige Ausführungen zum kommunalen Finanzausgleich. Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Staatsregierung, bei Herrn Finanzminister Albert Füracker, aber auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für die guten Beratungen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Pargent, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister! Wir beraten nun endlich den Haushalt und – ganz wichtig, gerade für unsere Kommunen – das Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2021, in dem wir dank Impfstoffen einen wirtschaftlichen "Restart" in Bayern er-

hoffen. Auch wenn ich ungern reinen Wachstumszahlen hinterherlaufen möchte, stellt sich die Frage: Bietet dieser Haushaltsentwurf die Grundlage für wirtschaftliche Erholung? Können dieser Haushalt und das FAG das Rückgrat für einen Aufschwung in unserem Land sein?

Wenn man eine Zukunftsfrage beantworten will, hilft manchmal auch der Blick zurück, in diesem Fall exakt zehn Jahre zurück; denn in den Konjunkturpaketen I und II im Zuge der weltweiten Finanzkrise liegt eine Art Blaupause. Bund und Länder haben damals Milliarden für Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäuser oder Städtebau bereitgestellt, mit Fokus auf der Verminderung des CO_2-Ausstoßes. Der eigentliche Schlüssel lag darin, dass diese Milliarden über die Kommunen investiert wurden und damit das Wachstum der letzten Jahre getragen haben. Der Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung waren also auch die Infrastrukturinvestitionen in den Kommunen. Wir stehen dazu, gegebenenfalls über die Rücklage Investitionen zu finanzieren.

Aber wie ist die Lage in den Kommunen? – Steuerausfälle, gerade bei der Gewerbesteuer, dankenswerterweise 2020 sauber ausgeglichen von Bund und Ländern. Das möchte ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Dass wir aber im Jahr 2021 wieder zum gleichen Niveau wie in 2019 zurückkehren, kann ich noch nicht ganz glauben, weil wir vor allem im ersten Quartal des nächsten Jahres noch ganz stark mit der Pandemie zu kämpfen haben werden.

Noch schlimmer als die Steuerausfälle sind in vielen Bereichen Einnahmeausfälle, zum Beispiel bei den eigenen Einrichtungen und Betrieben. Bei den Kommunen sind zweifelsohne Mehrkosten zur Bewältigung der Corona-Pandemie entstanden, die nicht vollständig, zum Beispiel wegen der Ausrufung des Katastrophenfalls, getragen werden können. Somit ist glasklar: Viele Kommunen, zum Beispiel in Oberfranken, wo ich herkomme, sind kaum in der Lage, noch stärker in ihre Infrastruktur zu investieren und damit dem lokalen Handwerk die Bücher zu füllen. Unsere Städte und Gemeinden, un-

sere Landkreise und unsere Bezirke brauchen, wenn es nach uns GRÜNEN geht, ein deutliches Signal und eine klare finanzielle Perspektive für das Jahr 2021.

Was legen Sie jetzt mit dem Haushalt vor? – Sie nennen es eine Stabilisierung der FAG-Mittel. So kann man es auch nennen. Ich würde es eher ein "Weiter-so" bei den FAG-Mitteln nennen. Die kleine Steigerung bei Kitas und Schulen möchte ich zwar nicht unter den Tisch fallen lassen, aber mit einem starken Impuls hat das aus meiner Sicht wenig zu tun; denn der Fördersatz bleibt der gleiche. Außerdem ist kein Ausgleich bei der Gewerbesteuer für 2021 geplant. Hier rufen Sie, Herr Finanzminister, gerne nach dem Bund. Das finde ich richtig. Eigentlich sind die Länder zuständig. Wenn wir zu einer ähnlichen Kofinanzierung wie in diesem Jahr kommen wollen, fehlt der bayerische Eigenanteil für den Gewerbesteuerausgleich in diesem Haushalt vollständig. Die Hängepartie für unsere Gemeinden und Städte geht im Jahr 2021 erst so richtig los.

Apropos Hängepartie: Die hohen Kosten zur Bewältigung der Pandemie treffen auch unsere Bezirke, aber hier gibt es ebenfalls keine Spur einer neuen Unterstützung im Haushalt in den nächsten Jahren.

(Zuruf)

– 15 Millionen, ich kenne die Zahl. – Aber machen wir uns nichts vor: Wenn wir den Haushalt der Bezirke betrachten, ist diese Summe fast schon in Stunden, nicht Tagen, wieder verbraucht. Ich nenne als Beispiel den Bezirk Oberbayern.

Weil das alles noch nicht reicht, verwehren Sie den Kommunen eine kleine, aber feine zusätzliche Einnahmequelle, auch wenn diese erst ab dem Jahr 2025 greifen würde: Sie streichen den Kommunen die Grundsteuer C ersatzlos. Hierzu kann ich mich nur dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Herrn Brandl, anschließen: Das ist eine Kriegserklärung an unsere Kommunen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

– Ich habe nur Herrn Kollegen Brandl zitiert.

(Zuruf: Haben Sie schon einmal einen Krieg erlebt?)

Für die Kommunen ist dieser Haushalt also ein "Weiter-so"-Haushalt. Ich finde, es ist auch ein "Weiter-so"-FAG. Neue Impulse für einen wirtschaftlichen "Restart" auf der kommunalen Ebene suche ich im FAG noch vergeblich. Gerade die kommunalen Investitionen im Klimaschutz oder in der Verkehrswende wären doch so wichtig. Getreu dem Motto "Fight every Crisis" können wir auf diesem Weg mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowieso, die schwierige Lage in den Haushalten unserer Städte und Gemeinden und – ganz wichtig – die Klimakrise. Davon ist mir in der heutigen Debatte zu wenig gesprochen worden. All diese Dinge sind auf einen Streich möglich, wenn wir die Kommunen bei Investitionen, bei der energetischen Sanierung und der Verkehrswende noch stärker unterstützen. Dafür fehlt scheinbar etwas der Mut. Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir einige Ihrer alten Wahlgeschenke hinterfragen und dann die richtigen Änderungsanträge stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den Haushaltsplan für das Jahr 2021. Der Haushaltsplan umfasst diesmal 5.206 Seiten. Diese 5.206 Seiten wurden uns vor nicht einmal fünf Tagen zur Verfügung gestellt. Diese Verzögerungstaktik ist uns wohlbekannt, und wir haben diese Herausforderung gerne angenommen.

Zunächst einmal zu den großen Zahlen. Die Einnahmen des Freistaats liegen bei knapp 58 Milliarden Euro. Die Ausgaben liegen bei über 70 Milliarden Euro. Das ergibt

ein Defizit von 12 Milliarden Euro. Das Defizit beruht darauf, dass die Regierung trotz sinkender Steuereinnahmen an den Ausgaben der Rekordjahre festhält und keine Einsparungen vornimmt. Das Defizit soll durch Schulden und Rücklagen ausgeglichen werden. In diesen Zeiten, in denen sich der Bürger in Kurzarbeit befindet und der mittelständische Unternehmer nicht mehr weiß, wie er sich im nächsten Monat über Wasser halten soll, gibt die Staatsregierung weiterhin Geld für wirtschaftlich nutzlose rot-grüne Projekte aus.

(Zuruf)

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, wir sollen auch mal ein praktisches Beispiel bringen. Die Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden kann man zum Beispiel streichen; denn diese sind ökonomisch absolut sinnlos und kosten unnötige Steuergelder.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden aber noch weitere Beispiele bringen.

Nicht nur diese planwirtschaftliche Sturheit der Staatsregierung – man nennt sie Planungssicherheit, wie wir heute erfahren haben –, sondern auch die juristischen Konstruktionen der Regierung lassen staunen. Nehmen wir zum Beispiel die Testzentren, die monatlich mit 100 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die Bayerische Verfassung lässt eine Neuverschuldung in Notlagen freilich zu – vorausgesetzt, die Voraussetzungen dafür liegen vor. Aber schon für die ersten Verpflichtungsermächtigungen haben Sie sich die Voraussetzungen zurechtgezimmert. Obwohl diese Kosten der Regierung lange bekannt gewesen sein mussten, hat der Söder‘sche Ministerrat wegen Zeitnot plötzlich höchst selbst Ausgaben hierzu in Höhe von 400 Millionen bewilligt, ohne das Parlament zu beteiligen.Man lässt eine Sache schleifen, und dann muss der Retter Söder schnell handeln. Da ist freilich keine Zeit mehr, das Parlament zu befragen. Der Haushaltsausschuss wurde gerade noch um – ich zitiere – "zustimmende Kenntnisnahme" gebeten. Wir von der AfD haben als einzige Fraktion im Landtag diese Zu-

stimmung verweigert, weil diese Ausgaben, wie dargelegt, weder unvorhersehbar waren noch hierzu ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Denn, meine Damen und Herren Kollegen, diese Testzentren stehen durchaus im Verdacht, völlig nutzlos zu sein. In diesen Testzentren werden die berüchtigten PCR-Testungen durchgeführt.

Was ist ein PCR-Test? – Ein PCR-Test beginnt mit der Quälerei des Bürgers, egal wie klein, in dem man ihm einen über 15 cm langen Teststab tief in die Nase steckt. Dieser Abstrich wird dann in diesen Testzentren dem sogenannten Ct-Verfahren unterzogen. Bei dem Ct-Verfahren werden Virusbestandteile vervielfältigt, damit diese positiv nachgewiesen werden können. Jetzt kommt der Knackpunkt: Die Wissenschaft streitet, ab wie vielen Vervielfältigungszyklen eine Probe noch als positiv gewertet werden kann. Braucht es zum Beispiel fünf Zyklen, bis die Probe positiv ist, dann besteht bei der Person eine hohe Virenkonzentration. Wird die Probe aber erst ab dem 40. Zyklus positiv, liegt eine so minimale Viruskonzentration vor, dass wohl keine Ansteckungsgefahr gegeben ist. Richtlinien gibt es dafür nicht.

Leider werden den Gesundheitsämtern diese Ct-Werte nicht übermittelt. Das heißt, die gemeldeten Infektionszahlen geben wohl keine wirkliche Auskunft über das tatsächliche Ausmaß der Pandemie.

(Unruhe)

Das ist aber nicht der einzige Kritikpunkt an den PCR-Tests. Wissenschaftler kritisieren darüber hinaus den zu großen Unterschied zwischen der Annealing-Temperatur und dass der Test nicht zwischen dem ganzen Virus und den Virus-Fragmenten unterscheiden kann, spezifische Primervarianten und zu hohe Primerkonzentrationen. Das sind Sachargumente, zu denen ich gerne einmal Gegenargumente hören würde.

(Unruhe)

Zu diesen Kritikern zählen zum Beispiel die Würzburger Professorin Kämmerer und viele andere.

Wenn die Regierung Söder also jeden Monat 100 Millionen Euro in diese Testzentren investiert, dann sollte man sich doch bitte auch die wissenschaftlichen Gegenargumente anhören.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Aber dazu ist man in diesem Hause grundsätzlich nicht bereit. Dafür hat schon letztes Jahr die hier heiß gelaufene Klimahysterie ein trauriges Beispiel abgelegt.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Kritikpunkt, inwieweit die Regierung Söder sich das Recht zurechtbiegt, ist die Finanzierung der Ausgaben mit Mitteln aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Der Kollege Kaltenhauser hat in seiner Zwischenbemerkung dazu schon vorgelegt.

Dieser Fonds soll ausschließlich zur Finanzierung Corona-bedingter Ausgaben dienen. Nun soll mit diesem Fonds Söders Prestigeprojekt, die Hightech Agenda, nicht nur weiter finanziert, sondern um 400 Millionen Euro erhöht werden.

(Unruhe)

Ich sage es Ihnen erneut: Die Zukunft liegt nicht im Dienst am Rechner, sondern im Dienst am Menschen. Wenn Sie schon in die Zukunft investieren wollen, dann bitte nicht als überflüssiges Add-on des Silicon Valley, sondern investieren Sie in Ihre Mitmenschen, deren Wohl Ihnen angeblich so am Herzen liegt, in die älteren Menschen. Investieren Sie Geld in die Altersforschung. Niemand wird erwarten, dass die Medizin in Ihrer Regierungsperiode den Jungbrunnen entdecken wird, aber es könnte der erste Spatenstich sein.

Sie denken nur daran, womit Sie bei der nächsten Wahl am besten glänzen können, wie hohl das glänzende Standbild auch sein mag. Wir hingegen, wir denken an unsere Kinder.

(Unruhe)

Für Ihre Test- und Impfstrategie geben Sie gerundet 3,1 Milliarden Euro aus, also ein Viertel des Defizits, weil Sie nicht in der Lage sind zu sparen und stur eine absurde Teststrategie fahren. Diese Strategie ist kolossal gescheitert und mündet nun in den nächsten Volllockdown. Sie machen unsere Wirtschaft platt, sperren wieder Millionen Menschen zu Hause ein und quälen unsere Kinder mit Stillsitzen in der winterlichen Kälte, Atemnot und Kopfschmerzen durch Zwangsmaske.

(Beifall bei der AfD)

Ja, darüber können Sie lachend den Kopf schütteln. Sie sitzen hier nämlich im Warmen.

Wie wäre es mal mit einer alternativen Strategie, mit dem Schutz der Risikogruppen und vulnerablen Personen und damit, den Rest der Bevölkerung in Frieden leben zu lassen?

(Zuruf: Es geht doch um den Haushalt!)

Gut. – Kommen wir zum Sahnehäubchen: Das Budget des Präsidiums für repräsentative Anlässe und Begegnungen wurde ordentlich aufgestockt. Zur Erinnerung: Das Präsidium ist dieses Jahr damit aufgefallen, dass es ohne Rechtsgrundlage Gelder einfach verschenkt hat, um sich im Lichte als Gönner vom Bayerischen Rundfunk preisen zu lassen. Vor allem, wenn es sich bei den Beschenkten um eine Initiative des Bayerischen Rundfunks selbst handelt, da können sich Präsidenten und BR vor lauter Gutmenschlichkeit gar nicht genug gegenseitig auf die Schulter klopfen. Darum haben Sie sich dieses Budget auch noch mal ordentlich erhöht und zumindest jetzt auf legale Grundlage gestellt, was es aber nicht weniger heuchlerisch macht.

Damit meine ich jetzt nicht, dass Sie den Steuerzahler, der für Ihre Geschenke aufkommen muss, nun zu Hause vor dem Fernseher einsperren und diesen zugleich als Zwangsgebührenzahler dieses Spektakel quasi vollfinanzieren lassen. Nein, das ist

einfach nur dreist von Ihnen. Heuchlerisch ist, dass Sie vorgeben, den Landtag zu repräsentieren. Dass aber das Präsidium nicht ordnungsgemäß besetzt ist, da ein Vertreter der AfD-Fraktion fehlt, verschweigen die feinen Herren Demokraten, wie Sie sich so gerne selbst bezeichnen. Das ist Heuchelei!

(Beifall bei der AfD)

Wir werden in den Haushaltsdebatten wieder viele Änderungsanträge einbringen, die Sie natürlich wieder geschlossen, über alle Fraktionen hinweg, ablehnen werden. Ich freue mich aber trotzdem darauf, wieder Ihre Begründungen zu hören. Und keine Sorge: Der Dual Fluid Reaktor ist noch nicht vom Tisch.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion. Herr Weidenbusch, Sie haben das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind als Bayerischer Landtag erstmals seit Langem in der Haushaltsberatung in einer Situation, die unangenehm ist. Wir hatten all die Jahre doch erhebliche Finanzmittel zur Verfügung. Da ging es um die Frage, wie wir die verteilen. Jetzt sind wir erstmals in der Situation eines normalen Arbeitnehmerhaushaltes, der im kommenden Jahr vielleicht sogar Arbeitslosigkeit befürchten muss.

Deshalb müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir das in Zukunft alles finanzieren, und das in einer Gesamtsituation, die schwer abzuschätzen ist, weil man nicht wirklich weiß: Habe ich nächstes Jahr Einnahmen? In welchem Umfang habe ich Einnahmen? Welche Ausgaben kommen auf mich zu, die ich bisher noch gar nicht kenne?

Ich fange jetzt mal mit der SPD-Fraktion an. Die Anmerkungen, was die Aufgabenstellung für diesen Haushalt ist, teile ich vollkommen, zwar 1A subsumiert. Leider muss ich aber sagen – das hat Franz Josef Strauß schon gesagt –, dass eher der Hund einen Wurstvorrat anlegt als der Sozialist eine Rücklage. Harald, was auch ein Hund nicht schafft, ist, eine Wurst zu fressen, die nicht da ist.

(Heiterkeit)

Deswegen sage ich: Gut analysiert, aber macht bitte eure Hausaufgabe und setzt auch Prioritäten! Das heißt auch, dass man sagen muss, wofür man kein Geld ausgibt. Das ist unangenehm, aber es gehört gemacht.

Spannend fand ich den Beitrag von den GRÜNEN. Wir diskutieren über die Frage, was sich eine Familie im nächsten Jahr noch leisten kann, wie lange Papa und Mama noch Arbeit haben. Die GRÜNEN beschweren sich, dass die Playstation nicht lieferbar ist.

(Heiterkeit)

Sie würden Ihre Programme gerne hier platzieren, unabhängig von dem, um was es geht. Offenbar gibt es eine Stichwortliste, die jeder Redner zum Haushalt bekommt; die muss er hier runterbeten, ob es passt oder nicht. Ich sitze das 17. Mal da, und ich höre zum 17. Mal dasselbe. Mir tun die Kollegen leid, die schon so lange da sind, denn denen geht es ganz genauso.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Weitere Zurufe)

– Der Volkmar hat sich aus dem Haushaltsausschuss verabschiedet. Er teilt nicht das Schicksal von Harald, der es sich zweimal anhören muss.

(Unruhe)

Dann hatten wir einen Wortbeitrag, in dem sich jemand selbst zur "Stimme des ungeborenen Lebens" erklärt hat. Das war wohl ein Druckfehler. Es hieß, glaube ich, "Stimme des ungezogenen Lümmels".

(Heiterkeit)

So hat es sich jedenfalls für mich angehört. Die Fragestellung lautet: Was tue ich, wenn es den Job, den ich mache, absehbar nicht mehr gibt, weil ihn die Gesellschaft nicht mehr braucht, weil ihn der Arbeitsmarkt nicht mehr bietet? – Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als ein neues Betätigungsfeld zu suchen, umzuschulen oder eine Firma zu gründen – und genau das tun wir. Das ist der Grund, warum die Erweiterung der Mittel für die Hightech Agenda selbstverständlich in Kapitel 13 19 gehört. Die Überwindung der Probleme, die diese Pandemie für uns bedeutet, bedeutet natürlich auch, dass ich Betätigungsmöglichkeiten für die Zukunft schaffen muss, dass ich für die Bereiche, die es nicht mehr geben wird, einen Ersatz finde. So etwas geht nicht von selbst, sondern dazu muss ich mir die besten Leute holen, damit sie dies konzipieren. Da wir in Bayern nicht davon leben, dass wir die Arbeitskraft am billigsten und am meisten anbieten können, sondern da bei uns der Rohstoff Geist dominierend für die Wertschöpfung ist, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als – –

(Zuruf)

– War das ein Zwischenruf? Es tut mir leid, beim Rohstoff Geist habe ich nicht gleich dort hinübergeschaut.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber wenn wir schon den Rohstoff Geist fördern wollen, dann wende ich mich jetzt Ihnen zu. Es ist so, dass natürlich die Lösung auch in der Künstlichen Intelligenz besteht.

(Zurufe und vereinzelter Beifall)

– Ich weiß, dass Sie das nicht so mögen; aber es ist trotzdem die Lösung, und da sind wir auch tätig.

Natürlich ist es so, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass wir in die Elektrotechnik investieren müssen, dass wir die besten Leute, die es in diesem Bereich gibt, hierherholen müssen. Wir haben entsprechende Hochleistungsrechner in Garching im Leibniz-Rechenzentrum, mittlerweile in der dritten Generation, damit wir das bewältigen können. Wir haben in Weilheim, in Garmisch, in München und in Ingolstadt entsprechende Einrichtungen und Professoren, und wir werden dies weiterführen müssen. Unsere Zukunft liegt darin, dass wir uns Betätigungsfelder suchen, bei denen wir einen Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt haben, der es sehr viel leichter hat, weil er die Probleme auf einem viel niedrigeren Lohnniveau lösen muss. Wenn die Stunde 80 Cent kostet, wie in Südostasien, dann kann ich leicht switchen. Bei uns kostet die Stunde viel mehr, und wenn ein Arbeitsplatz bei uns wegfällt, und sei es auch nur bei einem Automobilhersteller oder einem Zulieferer, dann kann ich ihn nicht mit irgendetwas ersetzen, sondern ich brauche wieder einen Arbeitsplatz, der aufgrund der hohen Qualifikation auch entsprechend hoch bezahlt ist. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen, und daran arbeiten wir.

Jetzt fallen mir die zwei Wortmeldungen von Herrn Pargent und Herrn Mang ein. Dazu muss ich sagen – ich habe nur noch 16 Sekunden, aber es ist nicht so schlimm –: Dazu wüsste ich nichts zu sagen. Es hat geheißen: Du bist der Ausputzer, du musst etwas zu essenziellen Bemerkungen der Opposition sagen. Viel, glaube ich, ist nicht mehr übrig.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Kollege Weidenbusch, es ist erst mal natürlich sehr nett, dass Sie bei "Intelligenz" in meine Richtung schauen und das sozusagen in den Mittelpunkt gestellt haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Sie haben auch von Professoren gesprochen. Aber ich möchte einmal auf die Intelligenz abstellen. Wir haben ein weites Feld aufgemacht, wir sind nicht nur fiskalisch unterwegs. Aber das, was Sie tun, hat auch Konsequenzen für unseren Staatshaushalt.

Ich möchte einmal die Intelligenz zweier Regierungsmaßnahmen in den Vordergrund stellen und Sie befragen: Wie intelligent ist es denn, wenn man Infektionen [sic] schützen möchte, und dann schließt man einfach mal die Skisaison, die Skigebiete und die Menschen dürfen selbst draußen, an der freien Luft – vielleicht sind sie auch allein –, nicht mehr miteinander in Kontakt kommen.

Das Gleiche gilt übrigens – darin sind Sie vielleicht auch ein Fachmann – für Drückjagden, also, dass die Menschen irgendwo im Wald nicht mehr allein oder vielleicht mit gebührendem Abstand herumlaufen können. Das alles, Ihre Maßnahmen, hat Konsequenzen, auch auf die Finanzen; und ich möchte Sie zur Intelligenz dieser Maßnahmen befragen.

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich bedanke mich für die Frage. Sie meinten natürlich nicht "Infektionen schützen", sondern "vor Infektionen schützen"; nicht dass ich die Frage missverstanden habe. Aber der sicherste Schutz vor Infektionen ist natürlich das Unterbleiben jeglicher Kontakte. Wenn Sie sich in der Geschichte der Menschheit umschauen, so sind die wesentlichen Erkrankungen, die solche Übertragungswege hatten, immer dadurch und am Schluss erfolgreich bekämpft worden, dass die Menschen das Haus nicht mehr verlassen haben, weil sie zu Hause nur sich selbst hätten anstecken können, aber niemand anderen und auch von niemand anderem angesteckt werden konnten.

Insofern ist das nicht nur intelligent, sondern auch aus der Vergangenheit gelernt. Es betrifft Pest, Cholera und weitere Krankheiten. Lesen Sie das gern nach! Am Ende sind sie deshalb untergegangen, weil die Menschen keinen Kontakt mehr hatten. Bei der Drückjagd gilt natürlich dasselbe. Versuchen Sie einmal, eine 125-kg-Sau allein zu bergen. Da sind Sie beschäftigt. Wenn Sie wollen, lade ich Sie ein. Ich kann Ihnen auch so eine große Sau vermitteln, kein Thema.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Das war es? – Danke schön.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, das Wort.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

– Er verzichtet darauf. – Vielen Dank, Herr Staatsminister.

(Zuruf und Heiterkeit)

Dann gebe ich bekannt, dass die beiden Gesetzentwürfe nach § 148 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen werden. Ich denke, da gibt es noch viele Gelegenheiten, sowohl für die Haushälterinnen und Haushälter als auch für den Finanzminister, über diesen Haushalt zu sprechen. Wir werden ihn auch hier nochmals beraten und beschließen. Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.02.2021 **Drucksache** 18/**14200**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Michael Hofmann**

Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz
   in 2021
   von 1.350,0 Tsd. €
   um 200,0 Tsd. €
   auf 1.550,0 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 06 16 Tit. 812 35 wird der Ansatz
   in 2021
   von 61,0 Tsd. €
   um 190,0 Tsd. €
   auf 251,0 Tsd. €
   erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verbesserung der technischen Ausstattung der Lehrsäle der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Finanzwesen, am Standort Herrsching
   (Kap. 06 14 Tit. 812 35)
   Drs. 18/13047

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verbesserung der technischen Ausstattung der Seminarräume in Schloss Höchstädt
   (Kap. 06 16 Tit. 812 35)
   Drs. 18/13048

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Demonstratormission
   (Kap. 06 02 TG 67)
   Drs. 18/12815

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Schulungsoffensive für nachhaltige öffentliche Beschaffung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12816

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12817

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/12818

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 06 01 Tit. 536 03)
   Drs. 18/12889

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/12963

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II - Arbeitsgruppe Breitband
   (Kap. 06 03 neuer Titel)
   Drs. 18/12964

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beteiligung an der Messe Augsburg
   (Kap. 06 03 neuer Titel)
   Drs. 18/12965

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/12966

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
    (Kap. 06 03 TG 81 neuer Titel)
    Drs. 18/12967

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I - Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12968

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II - Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12969

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Arbeitsgruppe KONSENS
    (06 04 TG 99 neuer Titel)
    Drs. 18/12970

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 82. Sitzung am 10. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14203 des HA vom 10.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 11.02.2021 **Drucksache** 18/**14198**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Berichterstatter: **Ernst Weidenbusch**
Mitberichterstatter: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern
   (Kap. 01 01 Tit. 535 01)
   Drs. 18/12932

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl.
   (Kap. 01 01 Tit. 686 05)
   Drs. 18/12933

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 83. Sitzung am 11. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14199 des HA vom 11.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 11.02.2021 **Drucksache** 18/**14259**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Steffen Vogel**
Mitberichterstatter: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz
   in 2021
   von 200,0 Tsd. €
   um 137,5 Tsd. €
   auf 337,5 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 04 02 Tit. 526 11 wird der Ansatz
   in 2021
   von 78,3 Tsd. €
   um 37,5 Tsd. €
   auf 115,8 Tsd. €
   erhöht.

3. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze
   in 2021
   a) bei Tit. 514 11
      von 639,5 Tsd. €
      um 350,0 Tsd. €
      auf 989,5 Tsd. €

   b) bei Tit. 685 01
      von 345,0 Tsd. €
      um 170,0 Tsd. €
      auf 515,0 Tsd. €
      sowie

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

c) bei Tit. 511 99
von 19.660,6 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 19.960,6 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 04 04 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für die Justiz
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)
Drs. 18/13028

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leitfaden zur Verkehrssicherungspflicht für Badestellen an natürlichen Gewässern
(Kap. 04 01 Tit. 531 11 und Kap. 04 02 Tit. 526 11)
Drs. 18/13029

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bewährungshilfe - Ausstattungsprogramm "Mobiles Arbeiten"
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 18/13030

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausstattung der Gerichtsvollzieher mit Stichschutzwesten
(Kap. 04 04 Tit. 514 11)
Drs. 18/13031

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erweiterung des Projektes "Kein-Täter-werden-Bayern" in staatlicher Trägerschaft
   (Kap. 04 04 Tit. 685 01)
   Drs. 18/13032

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 18/12759

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Offensive für den Rechtsstaat - Mittel für die Finanzierung von 450 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in der ordentlichen Gerichtbarkeit in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12760

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 18/12761

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Offensive für einen guten Behandlungsvollzug - Mittel für die Finanzierung von 464 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12762

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 18/12763

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 04 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12794

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Starke Justiz für Bayern - Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12795

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Starke Justiz für Bayern - 50 neue Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12796

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Starke Justiz für Bayern - Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
   (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
   Drs. 18/12797

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern - Sicherheit von Justizgebäuden verbessern
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12798

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern - 80 neue Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
    (Kap. 04 04 Tit. 428 01)
    Drs. 18/12799

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern - Digitales Arbeiten in einer modernen Justiz
    (Kap. 04 04 Tit. 812 30 u. TG 99)
    Drs. 18/12800

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität
    (Kap. 04 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/12801

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern - 100 neue Stellen im Justizvollzug
    (Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
    Drs. 18/12802

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entgelte für Postdienstleistungen
    (Kap. 04 04, Tit. 511 02)
    Drs. 18/12887

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
    (Kap. 04 04 Tit. 427 01)
    Drs. 18/12943

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 84. Sitzung am 11. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 14/12/13/16/18/23-H 1108.14-1/27

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2021

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Staatsministerium der Justiz

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Einnahmen			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			
111 01-9 051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte *Vermerk unverändert.*	A B	883.900,0 +14.000,0	897.900,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.110.302,0 +14.000,0	1.124.302,0
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
526 21-4 051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe *Vermerk unverändert.*	A B	44.000,0 +14.000,0	58.000,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
685 02-4 051	Zuschuss zum Kantinenbetrieb *Einseitig deckungsfähig bis zu 195,0 Tsd. € zu Lasten der HGr. 5.*	A B		- - -
	Gesamtausgaben	A B	1.642.007,1 +14.000,0	1.656.007,1

Erläuterungen

Zu 04 04/111 01
2021 gegenüber 2020:
Mehr 14.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/526 21
2021 gegenüber 2020:
Mehr 14.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/685 02
Über den neuen Titel und Haushaltsvermerk soll im Bedarfsfall die Bezuschussung von Kantinenbetrieben der Justiz ermöglicht werden.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	1.106.772,0 +14.000,0	1.120.772,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.530,0 -	3.530,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.110.302,0 +14.000,0	1.124.302,0
	Personalausgaben	A B	864.388,8 -	864.388,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	638.920,0 +14.000,0	652.920,0
	Ausgaben für den Schuldendienst	A B	50,0 -	50,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	17.070,9 -	17.070,9
	Baumaßnahmen	A B	86.604,0 -	86.604,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	34.973,4 -	34.973,4
	Gesamtausgaben	A B	1.642.007,1 +14.000,0	1.656.007,1
	Zuschuss	A	531.705,1	531.705,1

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 04			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	1.150.588,5 +14.000,0	1.164.588,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.949,0 -	3.949,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.154.537,5 +14.000,0	1.168.537,5
	Personalausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 625,0*	A B	1.736.132,3 -	1.736.132,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 238.989,9*	A B	748.590,4 +14.000,0	762.590,4
	Ausgaben für den Schuldendienst	A B	50,0 -	50,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 18.730,0*	A B	41.946,4 -	41.946,4
	Baumaßnahmen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 112.500,0*	A B	153.529,6 -	153.529,6
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 24.050,0*	A B	62.978,5 -	62.978,5
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-14.092,4 -	-14.092,4
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 394.894,9*	A B	2.729.134,8 +14.000,0	2.743.134,8
	Zuschuss	A	1.574.597,3	1.574.597,3

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14611 des HA vom 11.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14202 des HA vom 12.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14318 des HA vom 12.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14251 des HA vom 23.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.02.2021 **Drucksache** 18/**14252**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Berichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

Mitberichterstatter: **Dr. Helmut Kaltenhauser**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 16 03 Tit. 537 01 wird der Ansatz
   in 2021
   von 2.972,7 Tsd. €
   um 180,0 Tsd. €
   auf 3.152,7 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 16 04 wird in 2021 ein neuer Tit. 686 01 „Campus.Digital“ aufgenommen und mit 760,0 Tsd. Euro dotiert.

3. Bei Kap. 16 05 Tit. 683 06 wird der Ansatz
   in 2021
   von 0,0 Tsd. €
   um 1.050,0 Tsd. €
   auf 1.050,0 Tsd. €
   erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Next Generation 4 Bavaria
   (Kap. 16 03 Tit. 537 01)
   Drs. 18/13761

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Campus.Digital
   (Kap. 16 04 neuer Tit. 686 01)
   Drs. 18/13762

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung des Projekts "Kino at home" zur Sicherung kleiner und mittlerer Filmtheater
   (Kap. 16 05 Tit. 683 06)
   Drs. 18/13763

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Forschungsprojekt zur Luftreinigung in Kinosälen in Kooperation mit der TU München
   (Kap. 16 05 Tit. 683 06)
   Drs. 18/13764

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 16 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/13301

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
   (Kap. 16 01 Tit. 527 01)
   Drs. 18/13302

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
   (Kap. 16 01 Tit. 812 99)
   Drs. 18/13303

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Fachveröffentlichungen
   (Kap. 16 02 Tit. 531 52)
   Drs. 18/13304

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 16 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/13382

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Task Force zur Koordinierung der Digitalisierung innerhalb der Staatsregierung
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/13383

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/13384

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Digitale Kommunikation zwischen Behörden und Ministerien
   (Kap. 16 03 neue TG)
   Drs. 18/13618

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: "Forschungsprojekt Digitalisierung und Klimaschutz"
   (Kap. 16 03 neue TG)
   Drs. 18/13619

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte
    (Kap. 16 02 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13695

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zukunftsagenda Digital
    (Kap. 16 02 Tit. 686 02)
    Drs. 18/13696

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Blockchain-Strategie 3.0
    (Kap. 16 03 neue TG)
    Drs. 18/13697

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
    (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
    Drs. 18/13698

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung I - Nicht aufteilbare Sachausgaben
    (Kap. 16 05 Tit. 547 01)
    Drs. 18/13699

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung II - Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
    (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
    Drs. 18/13700

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung III - Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
    (Kap. 16 05 Tit. 683 01)
    Drs. 18/13701

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung IV - Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH
    (Kap. 16 05 Tit. 683 03)
    Drs. 18/13702

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung V - Zuschüsse für das Internationale Dokumentarfilmfestival München
    (Kap. 16 05 Tit. 683 05)
    Drs. 18/13703

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung VI - Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
    (Kap. 16 05 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13704

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung VII - Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
    (Kap. 16 05 Tit. 686 03)
    Drs. 18/13705

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung VIII - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 01)
    Drs. 18/13706

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung IX - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 02)
    Drs. 18/13707

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung X - Förderung internationaler Filmproduktionen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 03)
    Drs. 18/13708

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für Förderprogramm "Virtuelle Realität Bayern"
    (Kap. 16 05 Tit. 683 04)
    Drs. 18/13709

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
    (Kap. 16 05 Tit. 686 04)
    Drs. 18/13710

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums "Virtuelle Realität Bayern"
    (Kap. 16 05 Tit. 686 05)
    Drs. 18/13711

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und von Games
    (Kap. 16 05 Tit. 892 02)
    Drs. 18/13712

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 89. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.02.2021 **Drucksache** 18/**14308**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Berichterstatter: **Ernst Weidenbusch**
Mitberichterstatter: **Ludwig Hartmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 08 03 werden die Ansätze in 2021

   a) bei Tit. 547 55
   von 3.344,7 Tsd. €
   um 20,0 Tsd. €
   auf 3.364,7 Tsd. €

   b) bei Tit. 891 56
   von 800,0 Tsd. €
   um 500,0 Tsd. €
   auf 1.300,0 Tsd. €

   c) bei Tit. 684 59
   von 90,0 Tsd. €
   um 40,0 Tsd. €
   auf 130,0 Tsd. €

   d) bei Tit. 547 61
   von 728,9 Tsd. €
   um 200,0 Tsd. €
   auf 928,9 Tsd. €

   e) bei Tit. 683 98
   von 2.000,0 Tsd. €
   um 2.000,0 Tsd. €
   auf 4.000,0 Tsd. €

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

f) bei Tit. 892 98
von 0,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 300,0 Tsd. €

g) bei Tit. 684 80
von 2.490,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 2.590,0 Tsd. €
erhöht sowie

folgender Haushaltsvermerk ausgebracht: „Aus diesem Titel können auch Billigkeitsleistungen an die Bildungszentren ländlicher Raum zur Bewältigung der Corona-Krise in einer Gesamthöhe von bis zu 1.000,0 Tsd. Euro gewährt werden; Art. 53 BayHO findet insoweit keine Anwendung.“

2. Bei Kap. 08 05 werden die Ansätze
in 2021

a) bei Tit. 547 88
von 200,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 300,0 Tsd. €

b) bei Tit. 682 01
von 8.910,0 Tsd. €
um 110,0 Tsd. €
auf 9.020,0 Tsd. €
erhöht sowie

c) ein neuer Tit. 686 16 „Zuschuss an den Schleppjagdverein in Bayern e. V.“ aufgenommen und mit 25,0 Tsd. Euro dotiert.

3. Bei Kap. 08 10 werden die Ansätze
in 2021

a) bei Tit. 428 60
von 1.774,2 Tsd. €
um 350,0 Tsd. €
auf 2.124,2 Tsd. €

b) bei Tit. 547 80
von 3.183,4 Tsd. €
um 674,0 Tsd. €
auf 3.857,4 Tsd. €
sowie

c) bei Tit. 812 60
von 601,4 Tsd. €
um 1.000,0 Tsd. €
auf 1.601,4 Tsd. €
erhöht.

4. Bei Kap. 08 20 werden die Ansätze
   in 2021
   a) bei Tit. 428 51
      von 2.916,5 Tsd. €
      um 270,0 Tsd. €
      auf 3.186,5 Tsd. €
      sowie

   b) bei Tit. 812 51
      von 283,3 Tsd. €
      um 80,0 Tsd. €
      auf 363,3 Tsd. €
      erhöht.

5. Bei Kap. 08 40 werden die Ansätze
   in 2021
   a) bei Tit. 701 02
      von 1.124,6 Tsd. €
      um 750,0 Tsd. €
      auf 1.874,6 Tsd. €
      sowie

   b) bei Tit. 812 02
      von 650,0 Tsd. €
      um 50,0 Tsd. €
      auf 700,0 Tsd. €
      erhöht.

6. Bei Kap. 08 72 Tit. 812 71 wird der Ansatz
   in 2021
   von 450,0 Tsd. €
   um 240,0 Tsd. €
   auf 690,0 Tsd. €
   erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 08 20 und Kap. 08 40 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge e r l e d i g t:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
   (Kap. 08 03 Tit. 547 61)
   Drs. 18/13723

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
   (Kap. 08 03 Tit. 683 98)
   Drs. 18/13724

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
   (Kap. 08 03 Tit. 684 80)
   Drs. 18/13725

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
   (Kap. 08 03 Tit. 891 56)
   Drs. 18/13726

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten
   (Kap. 08 05 Tit. 547 88)
   und Landesanstalt für Landwirtschaft
   (Kap. 08 20 Tit. 428 51 und 812 51)
   Drs. 18/13727

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten
   (Kap. 08 05 Tit. 682 01)
   Drs. 18/13728

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten
   (Kap. 08 05 Tit. 686 16)
   Drs. 18/13729

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ressortforschung, Innovationen
   (Kap. 08 10 Tit. 428 60)
   Drs. 18/13730

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ressortforschung, Innovationen
   (Kap. 08 10 Tit. 547 80)
   Drs. 18/13731

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
    Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ressortforschung, Innovationen
    (Kap. 08 10 Tit. 812 60)
    Drs. 18/13732

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
    Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
    (Kap. 08 40 Tit. 701 02 und Tit. 812 02)
    Drs. 18/13733

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
    Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau
    (Kap. 08 72 Tit. 812 71)
    Drs. 18/13734

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
    Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung Biokarpfenvermarktung- Produktion und Vermarktung von Biokarpfen
    (Kap. 08 03 Tit. 547 55)
    Drs. 18/13735

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung mechanischer Unkrautbekämpfung
(Kap 08 03 Tit. 892 98)
Drs. 18/13736

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2021:
hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 684 59)
Drs. 18/14103

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung einer Ertragsversicherung im Wein- und Obstbau
(Kap. 08 03 Tit. 683 04)
Drs. 18/13241

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 18/13242

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen - Landesmittel
(Kap. 08 06 Tit. 892 67)
Drs. 18/13243

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 08 02 neuer Titel)
Drs. 18/13336

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Klimaprogramm Moorwirtschaft
(Kap. 08 03 TG 54)
Drs. 18/13337

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mehr Klimaschutz und ökologische Landwirtschaft in Bayern
   (Kap. 08 03 TG 55, Kap. 08 neuer Tit. und Kap. 08 10 TG 60)
   Drs. 18/13338

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Staatsziele und Zuchtverbandspraktiken - Widersprüche auflösen und Verflechtungen entwirren, Tiertransportpraktiken sanktionieren
   (Kap. 08 03 Tit. 671 03)
   Drs. 18/13339

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Wein- und Obstbau für den Klimawandel fit machen
   (Kap. 08 03 Tit. 683 04 und neuer Tit.)
   Drs. 18/13340

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Stärkung der Weidehaltung - gut für Klima, Mensch und Tier
   (Kap. 08 03 TG 54)
   Drs. 18/13341

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zusätzliche Stellen für den Waldumbau sowie die forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
    (Kap. 08 05 Tit. 428 97 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13342

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft: Bayern soll flächendeckend zur Ökomodellregion werden!
    (Kap. 08 03 Tit. 683 55)
    Drs. 18/13593

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Stärkung der nachhaltigen Landwirtschaft, des Natur- und Gewässerschutzes und des Artenschutzes
    (Kap. 08 04 Tit. 683 71)
    Drs. 18/13594

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Ruth Müller u.a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Holzbauoffensive endlich starten, statt nur vermarkten - durch verbesserte Zuschüsse beim Bauen mit Holz Investitionen der öffentlichen Hand in klimafreundliche Bauweisen fördern und Holzmarkt entlasten
    (Kap. 08 05 Tit. 686 89)
    Drs. 18/13595

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Neue Planstellen für die Ämter für Ländliche Entwicklung
    (Kap. 08 30 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13596

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen - Zusätzliches Personal für den Forstbereich
    (Kap. 08 40 Tit. 428 02)
    Drs. 18/13597

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Laufende Betriebskosten der Lehr und Versuchseinrichtungen - Forschungsprojekt zur notwendigen Anpassungen der Bewirtschaftung der Bienenvölker am Institut für Bienenkunde und Imkerei an der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau installieren
    (Kap. 08 72 Tit. 533 71)
    Drs. 18/13598

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung in der landwirtschaftlichen Erzeugung
    (Kap. 08 03 Tit. 683 55)
    Drs. 18/13644

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Fördermaßnahmen im Rahmen des "Landesprogramms BioRegio 2030"
    (Kap. 08 03 Tit. 686 55)
    Drs. 18/13645

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Pilotprojekt: Digitalisierung für mehr Tierwohl
    (Kap. 08 03 TG 98 neuer Tit.)
    Drs. 18/13646

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds - Dorferneuerung
    (Kap. 08 06 Tit. 887 67)
    Drs. 18/13647

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschungsvorhaben Hanfanbau
    (Kap. 08 10 neue TG)
    Drs. 18/13648

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschungsvorhaben Heilpflanzenanbau
    (Kap. 08 10 neue TG)
    Drs. 18/13649

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Drohnenforschung für landwirtschaftliche Nutzung vorantreiben
    (Kap. 08 10 TG 60 neuer Tit.)
    Drs. 18/13650

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 89. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

   mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2021

zum

Entwurf des Einzelplans 08

Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

08 20 Landesanstalt für Landwirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	52 Kompetenzzentrum für Ernährung *Vermerk unverändert.*			
518 52-3 523	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 2.200,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	80,0	80,0
	Summe der Titelgruppe	A B	1.330,3 -	1.330,3
	Gesamtausgaben	A B	55.558,3 -	55.558,3
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	3.658,5 -	3.658,5
	Gesamteinnahmen	A B	3.658,5 -	3.658,5
	Personalausgaben	A B	41.727,8 -	41.727,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	9.795,4 -	9.795,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	60,0 -	60,0
	Baumaßnahmen	A B	3.300,0 -	3.300,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	675,1 -	675,1
	Gesamtausgaben	A B	55.558,3 -	55.558,3
	Zuschuss	A	51.899,8	51.899,8

Erläuterungen

Zu 08 20/518 52
Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Verlängerung des Mietvertrages auf eine Laufzeit von 20 Jahren für die Anmietung von Räumen zur Unterbringung des KErn in Kulmbach benötigt.

08 40 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 01-3 511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 1.800,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	5.000,0	5.000,0
	Gesamtausgaben	A B	189.911,7 -	189.911,7
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	3.050,0 -	3.050,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.425,0 -	3.425,0
	Gesamteinnahmen	A B	6.475,0 -	6.475,0
	Personalausgaben	A B	165.422,2 -	165.422,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	18.481,3 -	18.481,3
	Baumaßnahmen	A B	3.904,6 -	3.904,6
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.103,6 -	2.103,6
	Gesamtausgaben	A B	189.911,7 -	189.911,7
	Zuschuss	A	183.436,7	183.436,7

Erläuterungen

Zu 08 40/518 01
Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Verlängerung des Mietvertrages auf eine Laufzeit von 20 Jahren für die Anmietung von Räumen zur Unterbringung des AELF Kulmbach benötigt.

Epl. 08 Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 08			
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	4.400,0 -	4.400,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	10.740,3 -	10.740,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	236.504,2 -	236.504,2
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	169.932,6 -	169.932,6
	Gesamteinnahmen	A B	421.577,1 -	421.577,1
	Personalausgaben	A B	617.471,3 -	617.471,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 24.109,0*	A B	123.997,4 -	123.997,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 112.636,0*	A B	570.400,9 -	570.400,9
	Baumaßnahmen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 7.980,0*	A B	11.436,6 -	11.436,6
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 7.726,0*	A B	16.523,5 -	16.523,5
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 186.998,3*	A B	341.521,5 -	341.521,5
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	47,2 -	47,2
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 339.449,3*	A B	1.681.398,4 -	1.681.398,4
	Zuschuss	A	1.259.821,3	1.259.821,3

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.02.2021 **Drucksache** 18/**14336**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 89. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.02.2021 **Drucksache** 18/**14616**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Berichterstatter: **Georg Winter**
Mitberichterstatter: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 09 03 Tit. 883 06 wird der Ansatz
   in 2021
   von 27.380,0 Tsd. €
   um 150,0 Tsd. €
   auf 27.530,0 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 09 05 Tit. 883 88 wird der Ansatz
   in 2021
   von 0,0 Tsd. €
   um 2.500,0 Tsd. €
   auf 2.500,0 Tsd. €
   erhöht.

3. Bei Kap. 09 06 wird
   in 2021
   a) ein neuer Tit. 891 53 „Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen zur Erreichung von Stufenfreiheit bei Bahnsteigen“ aufgenommen und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert sowie

   b) der Ansatz bei Tit. 892 54
      von 0,0 Tsd. €
      um 120,0 Tsd. €
      auf 120,0 Tsd. €
      erhöht

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Bei Kap. 09 40 werden die Ansätze
   in 2021

   a) bei Tit. 763 27
      von 0,0 Tsd. €
      um 1.700,0 Tsd. €
      auf 1.700,0 Tsd. €
      erhöht.

   b) bei Tit. 763 11
      von 1.700,0 Tsd. €
      um 1.700,0 Tsd. €
      auf 0,0 Tsd. €
      vermindert.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge e r l e d i g t:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
   (Kap. 09 05 Tit. 883 88)
   Drs. 18/13737

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Um- und Ausbau der Staatsstraße 2315
   (Kap. 09 40 Tit. 763 27)
   Drs. 18/13738

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in den Radverkehr - Sonderprogramm „Stadt und Land“
   (Kap. 09 03 Tit. 883 06)
   Drs. 18/13739

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen zur Erreichung von Stufenfreiheit bei Bahnsteigen
   (Kap. 09 06 neuer Tit. 891 53)
   Drs. 18/13740

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Leistungen an nichtbundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen zur Verbesserung der Betriebsanlagen
   (Kap. 09 06 Tit. 892 54)
   Drs. 18/13741

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 09 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/13244

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geschäftsbedarf, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände der Bibliothek
   (Kap. 09 01 Tit. 511 02)
   Drs. 18/13245

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Haltung von Dienstfahrzeugen
   (Kap. 09 01 Tit. 514 01)
   Drs. 18/13246

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
   (Kap. 09 01 Tit. 517 01)
   Drs. 18/13247

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
   (Kap. 09 01 Tit. 517 05)
   Drs. 18/13248

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
   (Kap. 09 01 Tit. 518 01)
   Drs. 18/13249

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
   (Kap. 09 01 Tit. 527 01)
   Drs. 18/13250

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
   (Kap. 09 01 Tit. 531 21)
   Drs. 18/13251

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Vermischte Verwaltungsausgaben
   (Kap. 09 01 Tit. 546 49)
   Drs. 18/13252

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
    (Kap. 09 01 Tit. 812 01)
    Drs. 18/13253

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände sowie sonstige Verwaltungskosten
    (Kap. 09 02 Tit. 511 01)
    Drs. 18/13254

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Reisekostenvergütungen
    (Kap. 09 02 Tit. 527 86)
    Drs. 18/13255

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Fachveröffentlichungen
    (Kap. 09 02 Tit. 531 11)
    Drs. 18/13256

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 09 02 Tit. 532 11)
Drs. 18/13257

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben im Rahmen des Fachcontrollings
(Kap. 09 03 Tit. 526 11)
Drs. 18/13258

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen
(Kap. 09 03 Tit. 533 01)
Drs. 18/13259

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das "BIM Cluster Bayern"
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)
Drs. 18/13260

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/13261

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/13262

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zur Einführung der digitalen Baugenehmigung
(Kap. 09 03 Tit. 883 70)
Drs. 18/13263

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)
Drs. 18/13264

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 683 63)
Drs. 18/13265

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 Tit. 633 63)
Drs. 18/13266

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 883 60)
Drs. 18/13267

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbünde für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/13268

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Investitionshilfen an kommunale und private Verkehrsunternehmen für Fahrzeuge des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)
Drs. 18/13269

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/13270

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/13271

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen
(Kap. 09 08 Tit. 883 04)
Drs. 18/13272

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen
(Kap. 09 08 Tit. 883 05)
Drs. 18/13273

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für Planung und Bau von Radschnellwegen
(Kap. 09 08 Tit. 883 07)
Drs. 18/13274

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH
(Kap. 09 Anlage B Tit. 831 01)
Drs. 18/13275

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Implementierung von BIM (Building Information Modeling) im staatlichen Hochbau
(Kap. 09 40 Tit. 812 80)
Drs. 18/13276

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13343

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: BIM Cluster - Projektförderung in der Digitalisierung des Bauens
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)
Drs. 18/13344

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/13345

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sanierung von Schwimmbädern
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/13346

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Wohnraumförderung aufstocken
(Kap. 09 04 Tit. 893 05 u. Tit. 863 69)
Drs. 18/13347

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ländlichen Raum stärken - Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/13348

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung von Tarifstrukturmaßnahmen und nachhaltigen Angeboten im ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 663 60)
Drs. 18/13349

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen nach § 45a PBefG an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 09 06 Tit. 633 65)
Drs. 18/13350

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen nach § 45a PBefG an Sonstige
(Kap. 09 06 Tit. 683 65)
Drs. 18/13351

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Radverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)
Drs. 18/13352

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 09 06 Tit. 883 80)
Drs. 18/13353

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwendungen für nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur
(Kap. 09 06 Tit. 892 54)
Drs. 18/13354

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/13355

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: 365-Euro-Jahresticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/13356

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Förderung von Elektrobussen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13357

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Vergabe von Leistungen zur Planung eines Radverkehrsnetzes für den Alltagsverkehr
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13358

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bau von Radschnellwegen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13359

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13360

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13361

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Trassensicherungsverträge
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13362

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Mehr Züge bestellen
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/13363

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen in den barrierefreien Ausbau von Eisenbahnstationen
(Kap. 09 07 Tit. 891 74)
Drs. 18/13364

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/13365

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Streckenreaktivierungen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/13366

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Keine Zuschüsse zum Ausbau des Allgäu Airports Memmingen
(Kap. 09 09 Tit. 892 60)
Drs. 18/13367

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/13368

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 09 40 Tit. 770 06)
Drs. 18/13369

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen - Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 773 70)
Drs. 18/13370

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen - zentrale Sonderaufgaben des Straßenbaus sowie Telematik und Pilotprojekte im Straßenverkehr
(Kap. 09 40 Tit. 775 70)
Drs. 18/13371

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Forschungsprojekt Bauökologie und ressourcenschonendes Bauen
(Kap. 09 03 Tit. 547 01)
Drs. 18/13599

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Gerade jetzt Investitionsstau stoppen: Förderung kommunaler Schwimmbäder ausbauen!
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/13600

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Notwendige Investitionen in den gemeinwohlorientierten Bau von Wohnraum in Bayern
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)
Drs. 18/13601

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Besseres Bauen nach Corona
(Kap. 09 05 TG 91 neuer Tit.)
Drs. 18/13602

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Konzept für Beschäftigtenwohnungen bei allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 05 TG 91 neuer Tit.)
Drs. 18/13603

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr - 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
(Kap. 09 06 TG 63 Tit. 633 63 u. 683 63)
Drs. 18/13604

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr - Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/13605

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr - Kostenloses Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/13606

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerische Eisenbahngesellschaft - BEG
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/13607

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Aufklärungsinitiative I - Sicher auf zwei Spuren - Für Transport- und Logistikunternehmen bzw. Unternehmen mit Fahrzeugpark über zehn Lkw mit mehr als 3,5 t über die Gefahren des Überholens auf zweispurigen Autobahnen
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13651

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Aufklärungsinitiative II - Sicher Abbiegen - Für Transport- und Logistikunternehmen bzw. Unternehmen mit Fahrzeugparküber zehn Lkw mit mehr als 3,5t über die Gefahren des Abbiegens für Fußgänger und Radfahrer
(Kap. 09 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13652

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I - Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 18/13653

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II - Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 18/13654

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III - Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 18/13655

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
(Kap. 09 04 Tit. 883 01 u. Tit. 883 11)
Drs. 18/13656

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13657

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Machbarkeitsstudie zur Möglichkeit einer unterirdischen Ausführung der Verknüpfungsstelle Niederaudorf im Nordzulauf zum Brennerbasistunnel
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13658

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Elektrobusse I - Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/13659

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Elektrobusse II - Haushaltsvermerk
(Kap. 09 09 TG 80)
Drs. 18/13660

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung des erhöhten Digitalisierungsbedarfs in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere von Wohnbauvorhaben
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/13661

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 88. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 93. Sitzung am 17.03.2021 in einer 2. Beratung behandelt und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, das folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Kap. 09 04 Tit. 893 04 wird der Ansatz mit 114.300,0 Tsd. Euro dotiert.

2. Der Vermerk „Gegenseitig deckungsfähig mit 893 05. Einseitig deckungsfähig zugunsten 547 01. Rückzahlungen einschl. Zinsen können von den Ausgaben abgesetzt werden.“ zu Kap. 09 04 Tit. 893 04 (Zuschüsse für die Bayerische Eigenheimzulage) wird wie folgt geändert:

   „Einseitig deckungsfähig zulasten 893 05. Einseitig deckungsfähig zugunsten 547 01. Rückzahlungen einschl. Zinsen können von den Ausgaben abgesetzt werden.“

   Der Vermerk „Gegenseitig deckungsfähig mit 893 04. Einseitig deckungsfähig zugunsten 547 01. Rückzahlungen einschl. Zinsen können von den Ausgaben abgesetzt werden.“ zu Kap. 09 04 Tit. 893 05 (Zuschüsse für Baukindergeld BayernPlus) wird wie folgt geändert:

   „Einseitig deckungsfähig zugunsten 893 04. Einseitig deckungsfähig zugunsten 547 01. Rückzahlungen einschl. Zinsen können von den Ausgaben abgesetzt werden.“

3. Die Deckung erfolgt wie folgt: In Kap. 09 02 Tit. 972 03 wird der Ansatz um 38.100,0 Tsd. Euro von -17.170,0 Tsd. Euro auf -55.270,0 Tsd. Euro erhöht.

Der Änderungsantrag Drs. 18/14457 hat hierdurch seine Erledigung gefunden.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14433 des HA vom 26.02.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 03.03.2021 **Drucksache** 18/**14435**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Berichterstatter: **Gerald Pittner**

Mitberichterstatter: **Ferdinand Mang**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 12 03 Tit. 686 01 wird der Ansatz
   in 2021
   von 4.137,6 Tsd. €
   um 100,0 Tsd. €
   auf 4.237,6 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 12 04 werden die Ansätze
   in 2021
   a) bei Tit. 547 72
      von 27.256,7 Tsd. €
      um 250,0 Tsd. €
      auf 27.506,7 Tsd. €

   b) bei Tit. 633 75
      von 2.500,0 Tsd. €
      um 250,0 Tsd. €
      auf 2.750,0 Tsd. €

   c) bei Tit. 685 71
      von 4.188,0 Tsd. €
      um 500,0 Tsd. €
      auf 4.688,0 Tsd. €

   d) bei Tit. 883 75
      von 4.113,7 Tsd. €
      um 250,0 Tsd. €
      auf 4.363,7 Tsd. €
      sowie

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

e) bei Tit. 883 81
von 2.680,7 Tsd. €
um 20,0 Tsd. €
auf 2.700,7 Tsd. €
erhöht.

3. Bei Kap. 12 08 Tit. 547 62 wird der Ansatz
in 2021
von 1.300,1 Tsd. €
um 500,0 Tsd. €
auf 1.800,1 Tsd. €
erhöht.

4. Bei Kap. 12 09 Tit. 534 76 wird der Ansatz
in 2021
von 3.581,5 Tsd. €
um 230,0 Tsd. €
auf 3.811,5 Tsd. €
erhöht.

5. Bei Kap. 12 77 werden die Ansätze
in 2021

a) bei Tit. 534 77
von 0,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 300,0 Tsd. €

b) bei Tit. 633 97
von 0,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 200,0 Tsd. €

c) bei Tit. 685 81
von 0,0 Tsd. €
um 250,0 Tsd. €
auf 250,0 Tsd. €

d) bei Tit. 883 93
von 0,0 Tsd. €
um 300,0 Tsd. €
auf 300,0 Tsd. €
sowie

e) bei Tit. 883 95
von 5.656,0 Tsd. €
um 200,0 Tsd. €
auf 5.856,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 12 08, Kap. 12 23 und Kap. 12 24 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Vorbereitungen für einen Auenverbund an der Donau und Nebenflüssen
   (Kap. 12 04 Tit. 547 72)
   Drs. 18/13965

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Machbarkeitsstudie für ein Vorhersage- und Managementsystem zur Bewältigung von Dürreperioden in Franken
   (Kap. 12 09 Tit. 534 76)
   Drs. 18/13966

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geoparks
   (Kap. 12 77 Tit. 685 81)
   Drs. 18/13967

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung ergänzender Hardware-Ausstattung für die Digitalisierung der Verbraucherarbeit in Bayern
   (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
   Drs. 18/13968

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
   Haushaltsplan 2021;
   hier: First-Response-Maßnahmen bei Übergriffen von Wölfen und anderen großen Beutegreifern, Verbesserungen beim Einsatz von Herdenschutzhunden zur Unterstützung der Weidetierhaltung
   (Kap. 12 04 Tit. 547 72)
   Drs. 18/13969

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Naturnahes, nachhaltiges Baden
(Kap. 12 04 Tit. 633 75 und Kap. 12 04 Tit. 883 75)
Drs. 18/13970

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Besucherlenkung im Tourismus in der Natur
(Kap. 12 04 Tit. 685 71)
Drs. 18/13971

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Beobachtungsplattformen für Naherholungsgebiete
(Kap. 12 04 Tit. 883 81)
Drs. 18/13972

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Schaffung einer "zentralen Betriebsdatenbank (Datendrehscheibe) FLÜVET Bayern" für landwirtschaftliche Betriebe in Bayern
(Kap. 12 08 Tit. 547 62)
Drs. 18/13973

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Wasserversorgung Grabfeld
(Kap. 12 77 Tit. 534 77)
Drs. 18/13974

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Öffentliche Trinkbrunnen für Bayern
(Kap. 12 77 Tit. 633 97)
Drs. 18/13975

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: Lawinenverbauung Balderschwang
(Kap. 12 77 neuer Tit. 883 93)
Drs. 18/13976

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Haushaltsplan 2021;
hier: umweltgerechte Bewässerung
(Kap. 12 77 Tit. 883 95)
Drs. 18/13977

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
(Kap. 12 02 Tit. 547 74)
Drs. 18/13831

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Sonstige im Rahmen von Verbraucherschutzinitiativen
(Kap. 12 03 Tit. 686 53)
Drs. 18/13832

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 633 72)
Drs. 18/13833

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Erschwernisausgleich nach Art. 42 Abs. 1 BayNatSchG
(Kap. 12 04 Tit. 683 72)
Drs. 18/13834

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft und Ressourceneffizienz
(Kap. 12 04 Tit. 685 79)
Drs. 18/13835

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere für Grün- und Erholungsanlagen
(Kap. 12 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/13836

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
   (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
   Drs. 18/13837

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz
   (Kap. 12 01 neuer Tit.)
   Drs. 18/13846

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verwaltungskostenpauschale für Umweltstationen
   (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
   Drs. 18/13847

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 12 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13848

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
    (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13849

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021,
    hier: Moorrenaturierung
    (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
    Drs. 18/13850

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13851

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13852

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13853

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik in der Umwelt
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13854

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
    (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13855

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
    (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
    Drs. 18/13856

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss zu den Planungskosten für das Raubtier- und Exotenasyl in Ansbach-Wallersdorf
    (Kap. 12 08 neuer Tit. u. Tit. 893 03)
    Drs. 18/13857

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Abfederung coronabedingter Notlagen der Tierheime und Tierschutzvereine
    (Kap. 12 08 neuer Tit.)
    Drs. 18/13858

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landesamt für Umwelt - Entgelte der Arbeitnehmer
    (Kap. 12 09 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13859

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerisches Artenschutzzentrum - Sonstige Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben
(Kap. 12 09 Tit. 459 84)
Drs. 18/13860

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 18/13861

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Haushaltsmittel für Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 18/13862

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Einführung eines bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/13863

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Untersuchung und Sanierung von Altlasten mit polyfluorierten Tensiden
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/13864

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 18/13865

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/13866

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet des Bodenschutzes, der Altlasten und der Geologie
(Kap. 12 77 Tit. 883 81)
Drs. 18/13867

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/13868

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/13882

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Gegen die Wegwerfmentalität: Reparaturcafés fördern
(Kap. 12 03 TG 52 neuer Tit.)
Drs. 18/13883

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13884

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13885

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verbraucherschutzberatung finanziell absichern
(Kap 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13886

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Artenschutz und Klimaschutz ernst nehmen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 18/13887

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Versprechen zum Moorschutz umsetzen
(Kap. 12 04 TG 71 - 72 neuer Tit.)
Drs. 18/13888

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Ruth Müller u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Unterstützung der Tierschutzorganisationen bei besonderen Notsituationen und Förderung des Katzenschutzes
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/13889

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Streichung der Befristung der Stellen am Bayerischen Landesamt für Umwelt
(Kap. 12 09 Tit. 428 01 und Tit. 428 11)
Drs. 18/13890

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen
(Kap. 12 09 TG 85 neuer Tit.)
Drs. 18/13891

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/13892

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 20 neuer Stellen
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/13893

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Streichung der Befristung der Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern
(Kap. 12 77 Tit. 422 01, Tit. 428 70, Tit. 428 90, Tit. 428 91, Tit. 428 92)
Drs. 18/13894

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/13941

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13942

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13943

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Klimaschutzpreise
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 18/13944

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Landfill mining
(Kap. 12 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/13945

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/13946

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Landesagentur für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 18/13947

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 91. Sitzung am 2. März 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2021

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz

12 08 Besondere Fachaufgaben - Veterinärwesen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	62 Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit *Vermerk unverändert.*			
686 62-4 314	Sonstige Zuwendungen und Zuschüsse *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 250,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	- - -	- - -
	Summe der Titelgruppe	A B	3.258,7 -	3.258,7
	Gesamtausgaben	A B	26.130,9 -	26.130,9
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	114,0 -	114,0
	Gesamteinnahmen	A B	114,0 -	114,0
	Personalausgaben	A B	2.698,7 -	2.698,7
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	8.544,3 -	8.544,3
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	13.022,9 -	13.022,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	1.700,0 -	1.700,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	165,0 -	165,0
	Gesamtausgaben	A B	26.130,9 -	26.130,9
	Zuschuss	A	26.016,9	26.016,9

Erläuterungen

Zu 12 08/686 62
Mehr 250,0 Tsd. € Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung von Stipendien für den neuen Studiengang Tiergesundheitsmanagement an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf.

12 23 Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 01-1 311	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 5.900,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	261,5	261,5
	Gesamtausgaben	A B	77.400,3 -	77.400,3
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	4.581,5 -	4.581,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.190,0 -	1.190,0
	Gesamteinnahmen	A B	5.771,5 -	5.771,5
	Personalausgaben	A B	47.949,9 -	47.949,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	14.350,5 -	14.350,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.460,0 -	1.460,0
	Baumaßnahmen	A B	5.384,0 -	5.384,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	8.255,9 -	8.255,9
	Gesamtausgaben	A B	77.400,3 -	77.400,3
	Zuschuss	A	71.628,8	71.628,8

Erläuterungen

Zu 12 23/518 01
Mehr 5.900,0 Tsd. € Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss des Mietvertrags in Bad Kissingen (Haus für Gesundheitsmanagement).

12 24 Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
518 01-9 311	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 2.300,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	726,4	726,4
	Gesamtausgaben	A B	9.642,8 -	9.642,8
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	680,0 -	680,0
	Gesamteinnahmen	A B	680,0 -	680,0
	Personalausgaben	A B	7.790,5 -	7.790,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	1.392,3 -	1.392,3
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	460,0 -	460,0
	Gesamtausgaben	A B	9.642,8 -	9.642,8
	Zuschuss	A	8.962,8	8.962,8

Erläuterungen

Zu 12 24/518 01
Mehr 1.800,0 Tsd. € Verpflichtungsermächtigung für die Änderung des Mietvertrags zur Unterbringung der KBLV in Kulmbach.

Epl. 12 Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2021 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2021 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 12			
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	21.388,8 -	21.388,8
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	34.432,1 -	34.432,1
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	21.445,0 -	21.445,0
	Gesamteinnahmen	A B	113.265,9 -	113.265,9
	Personalausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 120,0*	A B	522.343,6 -	522.343,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 14.781,0*	A B	128.550,2 -	128.550,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 85.030,0*	A B	149.684,7 -	149.684,7
	Baumaßnahmen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 112.350,0*	A B	195.325,5 -	195.325,5
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 8.742,0*	A B	20.150,4 -	20.150,4
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 28.600,0*	A B	104.919,1 -	104.919,1
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-4.791,5 -	-4.791,5
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2021 Tsd. € 249.623,0*	A B	1.116.182,0 -	1.116.182,0
	Zuschuss	A	1.002.916,1	1.002.916,1

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14617 des HA vom 03.03.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 18.03.2021 **Drucksache** 18/**14662**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

   Drs. 18/**11600**

   über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021
   (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)**

   Drs. 18/**13981**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Grundsatz "Zielorientierter Ausgaben mit Wirkung" im Haushaltsgesetz implementieren
   (Drs. 18/11600)

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)**

   Drs. 18/**13982**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Abbau der Schulden durch Coronakrise vorziehen
   (Drs. 18/11600)

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**13983**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Green Bonds in Bayern ermöglichen
   (Drs. 18/11600)

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**13984**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Änderung Art. 6c, Beschäftigung schwerbehinderter Menschen
   (Drs. 18/11600)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**13985**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: A 13 für alle Lehrkräfte - Einstieg zum Schuljahr 2021/2022
   (Drs. 18/11600)

7. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**13986**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 18/11600)

8. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**13987**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Änderung des Familiengeldgesetzes
   (Drs. 18/11600)

9. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 18/**13988**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Änderung des Pflegegeldgesetzes
   (Drs. 18/11600)

10. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

    Drs. 18/**13989**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommens-grenze koppeln
    (Drs. 18/11600)

11. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

    Drs. 18/**13990**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
    (Drs. 18/11600)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Florian Ritter u.a. SPD

Drs. 18/**13991**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/11600)

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD

Drs. 18/**13992**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen
(Drs. 18/11600)

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Florian Ritter u.a. SPD

Drs. 18/**13993**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperren
(Drs. 18/11600)

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Florian Ritter u.a. SPD

Drs. 18/**13994**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2021) - Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 18/11600)

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Florian Ritter u.a. SPD

Drs. 18/**13995**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Verdoppelung der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
(Drs. 18/11600)

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 18/**13996**

zum Gesetzentwurf zur Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/11600)

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/**13997**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021; hier: Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 18/11600)

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Benjamin Adjei, Johannes Becher, Cemal Bozoglu u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD, Albert Duin, Matthias Fischbach, Martin Hagen u.a. FDP

Drs. 18/**13998**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021; hier: Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 18/11600)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) wird wie folgt gefasst:

„**Art. 1**
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 71 315 255 800 € festgestellt.“

2. In Art. 2a (Kreditermächtigung zur Finanzierung von Kapitel 13 19 – Sonderfonds Corona-Pandemie) wird Abs. 1 wie folgt geändert:

   a) Dem Satz 1 wird die Satznummerierung „[1]“ vorangestellt und die Angabe „10 645 385 000 €“ durch die Angabe „11 635 359 000 €“ ersetzt.

   b) Dem Satz 2 wir die Satznummerierung „[2]“ vorangestellt.

3. Art. 6 Abs. 8 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) wird wie folgt geändert:

   a) Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt:

   „[3]Für die Zahlung von Zuschlägen zur Gewinnung von IT-Fachkräften gemäß Art. 60a BayBesG und die Zahlung von Zuschlägen zur Gewinnung von Personal für den öffentlichen Gesundheitsdienst gemäß Art. 60b BayBesG sind Ausgabemittel zu veranschlagen.“

   b) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.

4. Dem Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird folgender Abs. 16 angefügt:

   „(16) Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, gegenüber der LfA Förderbank Bayern eine Garantie in Höhe von 115 000 000 € zur Absicherung von Risiken aus dem Scale-up-Fonds zu übernehmen, für die der bei Kap. 07 02 Tit. 686 82 veranschlagte Haftungsstock von insgesamt 110 000 000 € nicht ausreicht.“

5. Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird wie folgt geändert:

   a) Im Einleitungssatz werden die Wörter „§ 6 des Gesetzes vom 19. März 2020 (GVBl. S. 153)“ durch die Wörter „§ 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2020 (GVBl. S. 683)“ ersetzt.

   b) Der Nr. 1 werden die folgenden Nrn. 1 bis 6 vorangestellt:

      ‚1. In Art. 2 Abs. 3 Nr. 2 wird die Angabe „(Art. 58 bis 60a)“ durch die Angabe „(Art. 58 bis 60b)“ ersetzt.

      2. Art. 60a wird wie folgt geändert:

         a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

            aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

            „[1]Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung A mit einem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik sowie in der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik kann ein Zuschlag (IT-Fachkräftegewinnungszuschlag) gewährt werden, wenn ein bestimmter Dienstposten in der Informationstechnologie andernfalls insbesondere im Hinblick auf die fachliche Qualifikation sowie die Bedarfs- und Bewerberlage nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann und die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert.“

            bb) Satz 4 wird aufgehoben

         b) In Abs. 2 Satz 1 wird nach dem Wort „beträgt“ das Wort „monatlich“ eingefügt.

         c) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

            aa) Der Wortlaut wird Satz 1

            bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:

            „[2]Der Gesundheitsdienstzuschlag nach Art. 60b geht einem IT-Fachkräftegewinnungszuschlag vor.“

      3. Nach Art. 60a wird folgender Art. 60b eingefügt:

         „Art. 60b
         Zuschlag zur Gewinnung von Personal für den öffentlichen Gesundheitsdienst

         (1) Beamten und Beamtinnen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, die Gesundheitsaufgaben nach Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes erfüllen sowie der Gesundheitsämter und des gerichtsärztlichen

Dienstes und Beamten und Beamtinnen der Fachlaufbahnen Gesundheit, fachlicher Schwerpunkt Gesundheitsdienst und Humanmedizin sowie Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt Sozialwissenschaften an den Regierungen kann ein Zuschlag (Gesundheitsdienstzuschlag) gewährt werden, wenn ein bestimmter Dienstposten andernfalls insbesondere im Hinblick auf die fachliche Qualifikation sowie die Bedarfs- und Bewerberlage nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann und die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert.

(2) [1]Der Zuschlag beträgt monatlich bis zu 500 €. [2]Art. 60a Abs. 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) [1]Der Gesundheitsdienstzuschlag wird nicht neben einem Zuschlag nach Art. 60 gewährt. [2]Art. 60a Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Art. 60a Abs. 5 gilt entsprechend."

4. Art. 108 wird wie folgt geändert:

a) Nach Abs. 10 wird folgender Abs. 11 eingefügt:

„(11) [1]Ergibt sich bei Berechtigten, die am 31. März 2014 Anspruch auf Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit hatten oder im Zeitraum zwischen 1. April 2014 und 31. Juli 2015 erstmals erworben haben, auf Grund der zum 1. April 2014 wirksam werdenden Neufassung der Art. 7 und 59 eine Verringerung ihrer Bezüge, wird der Unterschiedsbetrag weitergewährt. [2]Der Unterschiedsbetrag nach Satz 1 vermindert sich jedoch, soweit sich die Besoldung des Berechtigten insbesondere auf Grund

1. lineare Bezügeanpassung,
2. Beförderung,
3. Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 2 oder
4. Veränderung des Umfangs der begrenzten Dienstfähigkeit

erhöht. [3]Die Neufestsetzung der Besoldung erfolgt von Amts wegen."

b) Folgender Abs. 14 wird angefügt:

„(14) Beamten und Beamtinnen, die für Dezember 2025 einen Gesundheitsdienstzuschlag erhalten haben, wird der Zuschlag unter den Maßgaben des Art. 60b in der bis zum 31. Dezember 2025 geltenden Fassung weitergewährt."

5. Nach Art. 108 wird folgender Art. 109 eingefügt:

„Art. 109
Corona-Bonus

(1) Abweichend von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 können im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie gewährte Leistungsprämien auch Anwärtern und Anwärterinnen, Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen gezahlt werden.

(2) Das Budget nach Art. 68 Abs. 1 Satz 1 für das Kalenderjahr 2020 kann im kommunalen Bereich um bis zu 10 v.H. erhöht werden, soweit in diesem Umfang Leistungsprämien im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie gewährt werden."

6. Art. 111 wird wie folgt gefasst:

„Art. 111
Außerkrafttreten

Außer Kraft treten:

1. Art. 109 mit Ablauf des 31. Dezember 2021,
2. Art. 108 Abs. 12 mit Ablauf des 30. Juni 2022,
3. Art. 60a und Art. 108 Abs. 11 mit Ablauf des 31. Dezember 2024 und
4. Art. 60b mit Ablauf des 31. Dezember 2025." '

c) Die bisherige Nr. 1 wird Nr. 7 und wie folgt geändert:

aa) Dem Buchst. a werden folgende Buchst. a und b vorangestellt:

a) Die Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt geändert:

aa) Der Zeile „Oberrat, Oberrätin" wird die Fußnote „[4)]" angefügt.

bb) Folgende Fußnote 4 wird angefügt:

„[4)] Erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin eines Gesundheitsamts, der oder die in der Besoldungsgruppe A 15 mit Amtszulage eingestuft ist, eine Amtszulage nach Anlage 4."

b) Die Besoldungsgruppe A 15 wird wie folgt geändert:

aa) Der Zeile „Direktor, Direktorin[1)]" wird die Fußnote „[8)]" angefügt.

bb) Folgende Fußnote 8 wird angefügt:

„[8)] Erhält als Leiter oder Leiterin eines Gesundheitsamts eine Amtszulage nach Anlage 4." '

bb) Die bisherigen Buchst. a bis e werden die Buchst. c bis g.

d) Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 8 und wie folgt geändert:

aa) Dem Buchst. a werden folgende Buchst. a und b vorangestellt:

a) Die Zeile der Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt gefasst:

Besoldungsgruppe	**Fußnote**	**Betrag in Euro, Vomhundertsatz**
„A 14	1, 2	219,29
	4	200,00“.

b) Die Zeile der Besoldungsgruppe A 15 wird wie folgt gefasst:

Besoldungsgruppe	**Fußnote**	**Betrag in Euro, Vomhundertsatz**
„A 15	1, 3, 4, 5	219,29
	2	182,81
	8	200,00“. ‘

bb) Die bisherigen Buchst. a und b werden die Buchst. c und d.

6. Nach Art. 10 (Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird folgender Art. 10a (Änderung des Leistungslaufbahngesetzes) eingefügt:

„„**Art. 10a**
Änderung des Leistungslaufbahngesetzes

Das Leistungslaufbahngesetz (LlbG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 571, BayRS 2030-1-4-F), das zuletzt durch Gesetz vom 24. Juli 2020 (GVBl. S. 368) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 39 Abs. 3 wird folgender Satz 6 angefügt:

„[6]Wird für den fachlichen Schwerpunkt Humanmedizin als Bildungsvoraussetzung eine Approbation in einer dem fachlichen Schwerpunkt entsprechenden Fachrichtung verlangt und nachgewiesen, kann in den Fällen des Abs. 2 bei einer Entscheidung gemäß Satz 4 auf die hauptberufliche Tätigkeit ganz oder teilweise verzichtet werden.“‘

2. Art. 71 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Folgender Satz 2 wird angefügt:

„[2]Art. 39 Abs. 3 Satz 6 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2025 außer Kraft.“ ‘

7. Nach Art. 10a (Änderung des Leistungslaufbahngesetzes) wird folgender Art. 10b (Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes) eingefügt:

„„**Art. 10b**

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

In Art. 47 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, 633, BayRS 2230-7-1-K), das zuletzt durch Verordnung vom 6. November 2020 (GVBl. S. 626) geändert worden ist, wird die Angabe „106“ durch die Angabe „110“ ersetzt.“‘

8. In der Überschrift des Art. 12 (Änderung der Verordnung über die Bayerische Landesanstand für Landwirtschaft) wird das Wort „Landesanstand“ durch das Wort „Landesanstalt“ ersetzt.“‘

9. Nach Art. 13 wird folgender Art. 13a eingefügt:

„**Art. 13a**

Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes

In Art. 6 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl. S. 82, BayRS 1100-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 24. Mai 2019 (GVBl. S. 300) geändert worden ist, wird die Angabe „12 500“ durch die Angabe „15 000“ ersetzt.“‘

10. In Art. 14 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten) wird Abs. 2 wie folgt gefasst:

„(2) Abweichend von Abs. 1 treten in Kraft:

1. Art. 9 Nr. 5 mit Wirkung vom 25. März 2020 und
2. Art. 10, 10a, 12 und 13a am 1. Mai 2021.“

Berichterstatter zu 1, 18:	**Hans Herold**
Berichterstatter zu 2-3, 19:	**Dr. Helmut Kaltenhauser**
Berichterstatterin zu 4-11:	**Claudia Köhler**
Berichterstatter zu 12-16:	**Harald Güller**
Berichterstatter zu 17:	**Ferdinand Mang**
Mitberichterstatterin zu 1, 18:	**Claudia Köhler**
Mitberichterstatter zu 2-17, 19:	**Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/13981, Drs. 18/13982, Drs. 18/13983, Drs. 18/13984, Drs. 18/13985, Drs. 18/13986, Drs. 18/13987, Drs. 18/13988, Drs. 18/13989, Drs. 18/13990, Drs. 18/13991, Drs. 18/13992, Drs. 18/13993, Drs. 18/13994, Drs. 18/13995, Drs. 18/13996, Drs. 18/13997 und Drs. 18/13998 in seiner 92. Sitzung am 3. März 2021 beraten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13998 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13997 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13993 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Enthaltung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/13986 und 18/13995 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/13984, 18/13985 und 18/13994 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/13983, 18/13987 und 18/13989 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13981 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13992 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	kein Votum
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13991 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	kein Votum
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	kein Votum

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13990 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FDP:	Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13982 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13996 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	kein Votum

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13988 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 93. Sitzung am 17.03.2021 in einer 2. Beratung behandelt und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, das folgende weitere Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) wird wie folgt gefasst:

„**Art. 1**
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 71 353 355 800 € festgestellt.“

2. Die Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes wird als Art. 8a HG eingefügt.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/13981, Drs. 18/13982, Drs. 18/13983, Drs. 18/13984, Drs. 18/13985, Drs. 18/13986, Drs. 18/13987, Drs. 18/13988, Drs. 18/13989, Drs. 18/13990, Drs. 18/13991, Drs. 18/13992, Drs. 18/13993, Drs. 18/13994, Drs. 18/13995, Drs. 18/13996, Drs. 18/13997 und Drs. 18/13998 in seiner 51. Sitzung am 18. März 2021 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses in der Fassung der Zweitberatung vom 17. März 2021 zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13998 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13997 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/13986 und 18/13995 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/13984, 18/13985, 18/13991, 18/13992 und 18/13994 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 18/13983, 18/13987 und 18/13989 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13981 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13993 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13990 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13982 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13996 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13988 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.03.2021 **Drucksache** 18/**14844**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.03.2021 **Drucksache** 18/**14845**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14199) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.03.2021 **Drucksache** 18/**14847**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14259) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.03.2021 **Drucksache** 18/**14854**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Steffen Vogel
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Markus Plenk
Abg. Toni Schuberl
Abg. Gerald Pittner
Abg. Christoph Maier
Abg. Florian Ritter
Abg. Martin Hagen
Abg. Petra Guttenberger
Staatsminister Georg Eisenreich

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13028 mit 18/13032)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12794 mit 18/12802)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/12943)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/12759 mit 18/12763)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/12887)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 45 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 13 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 8 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 7 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 6 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 13 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten reden.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Steffen Vogel von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute die große Freude, im Namen meiner Fraktion die Eckpunkte des Justizhaushalts vorstellen zu können. Ich habe mich mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration abgestimmt: Ich werde

vor allem auf den Sachhaushalt und die Hochbaumaßnahmen eingehen, während die Kollegin Guttenberger vor allem auf die Personalsituation im Justizhaushalt eingehen wird.

Der Haushalt sieht eine Steigerung im Einzelplan 04 um 155,6 Millionen Euro auf 2,73 Milliarden Euro vor, was eine Steigerung von 6 % darstellt. Sie können also sehen, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf mehr als solide ist, denn er zeigt, dass wir trotz Corona und der sinkenden Einnahmen des Staates, wie sie Staatsminister Herrmann schon dargelegt hat, kraftvoll in eine moderne und effiziente Justiz investieren.

Im Sachhaushalt wurden beispielsweise die Ansätze um 55,6 Millionen Euro auf zukünftig 881 Millionen Euro erhöht, was einem Anstieg von 6,7 % entspricht. Digitalisierung ist auch in der Justiz eines der Megathemen: Wir legen 20 Millionen Euro mehr drauf, was eine Steigerung um 30,5 % bedeutet. Das Budget für die Gerichte wird um 5,9 Millionen Euro erhöht, was 4,6 % entspricht. Für den Bauunterhalt bzw. Kleine Baumaßnahmen sehen wir 7 Millionen Euro mehr vor, was 15,1 % Steigerung ausmacht.

Für Präventionsprojekte im Strafrecht sehen wir 1,1 Millionen Euro mehr vor, ein Plus von 15,7 %. Für Investitionen insgesamt sehen wir 9,9 Millionen Euro mehr vor, mithin eine Steigerung um 42,9 %. Für die Gefangenenversorgung werden 5,2 Millionen Euro mehr veranschlagt, was 13 % Steigerung bedeutet. Die Arbeitsbetriebe bekommen 5 Millionen Euro mehr, was eine Steigerung von 11,8 % ausmacht. Sie sehen also, dass es im Justizhaushalt einen wahnsinnigen Aufwuchs gibt.

Die 20 Millionen Euro zusätzlich für die Digitalisierung setzen wir ein, um die Digitalisierung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften voranzubringen. So wird beispielsweise die schrittweise Einführung des flächendeckenden elektronischen Rechtsverkehrs – Stichwort: E-Akte – vorgesehen.

Wir wollen die Neuausrichtung der Arbeitsplatzinfrastruktur beispielsweise für Homeoffice. Schon jetzt können Richter und Staatsanwälte im Homeoffice arbeiten, was wir ausweiten wollen, sodass bis zum Jahr 2026 jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin die Möglichkeit haben soll, mit dem eigenen Laptop im Homeoffice zu arbeiten. Das ist eine große Herausforderung, weil ganz wichtige sicherheitstechnische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit nicht jeder darauf zugreifen kann.

Auch wollen wir die Stabilisierung und Weiterentwicklung von EDV-Verfahren insgesamt und von Videokonferenzanlagen, die gerade während der Corona-Pandemie ganz wichtig sind, damit die Digitalisierung auch wirklich in den Sitzungssälen Einzug hält. Im EDV-Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften setzen wir im Jahr 2021 85,6 Millionen Euro ein. Dabei handelt es sich um ganz wichtige Maßnahmen und wichtige Schritte für den modernen Justizstandort Bayern.

Die 5,9 Millionen Euro bei den Sachausgaben haben damit zu tun, dass mehr Personal mehr Raumbedarf hat, sodass neue Räumlichkeiten angemietet werden müssen. 3,5 Millionen Euro sehen wir für den Bauunterhalt bzw. Kleine Baumaßnahmen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten sowie 3,5 Millionen Euro für den Justizvollzug vor. Auch das ist ein beachtlicher Anstieg, weil es sich um zusätzliche Mittel handelt, um beispielsweise Erweiterungen, Sanierungen oder auch Sicherheitsmaßnahmen auf kurzem Wege umzusetzen.

Als Fraktion war uns wichtig, dass es nicht nur um eine funktionierende Strafrechtspflege und die Sanktionierung, sondern auch darum geht, Straftaten zu verhindern, denn das Beste ist, wenn Straftaten gar nicht erst geschehen. Deshalb liegen uns wichtige Präventionsprojekte am Herzen.

So haben wir 1,1 Millionen Euro, also 15,7 % mehr, für die Stärkung der flächendeckenden therapeutischen Versorgung von Gewalt- und Sexualstraftätern durch psychotherapeutische Fachambulanzen vorgesehen. Damit wir das auch gewährleisten können, wurden die Mittel für die Fachambulanzen um circa 0,9 Millionen Euro auf zu-

künftig 7,5 Millionen Euro angehoben, sodass diese Fachambulanzen wirklich in allen Regierungsbezirken zur Verfügung stehen.

Den Regierungsfraktionen war auch das Präventionsprojekt "Kein Täter werden" in Bayern wichtig. Dabei sprechen wir bei 200.000 Euro vielleicht über kleine Beträge, aber wir halten es trotzdem für unglaublich wichtig, dass diese Präventionsprojekte fortgeführt werden. Ich sage es noch einmal: Die beste Straftat ist diejenige, die erst gar nicht begangen wird.

(Beifall)

Auch bei den Investitionen gibt es eine deutliche Steigerung um 9,91 Millionen Euro, also 42,9 % mehr bei Staatsanwaltschaften und Gerichten, insbesondere für die Umstellung von Telefonie auf Voice over IP, den weiteren Ausbau der Videokonferenzanlagen, die Erstausstattung der Abschiebehafteinrichtung in Hof sowie die Erneuerung und Erweiterung von Videoüberwachungs- und Videosensorenanlagen.

Die Gefangenenversorgung ist ebenfalls unglaublich wichtig, denn wir haben in unseren Justizvollzugsanstalten bedauerlicherweise einen hohen Anteil an Menschen mit islamistischem Hintergrund und einem gewissen Einfluss.Deshalb ist uns ein weiterer Ausbau von Präventions-, von Deradikalisierungs- und Seelsorgeprogrammen sehr wichtig. Das halten wir für dringend notwendig.

Insgesamt hat Corona natürlich auch Auswirkungen auf unseren Justizvollzug. Beispielsweise – ich habe es angesprochen – haben wir in der JVA München einen Ausländeranteil von 64 %. Damit steigt nach unserer Überzeugung auch der Bedarf an Videodolmetscherleistungen. Auch deshalb haben wir mehr Mittel eingestellt. Auch die Telemedizin in den Justizvollzugsanstalten soll entsprechend gestärkt werden.

Arbeitsbetriebe – auch das ist wichtig – bilden die Grundlage der Resozialisierung. Hierfür haben wir 5 Millionen Euro mehr vorgesehen. Wir haben den Onlineshop "www.haftsache.de", den ökologischen Landbau und neue Ausbildungseinrichtungen,

die bewusst auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abzielen. Wir haben insgesamt ein hohes Maß an Reinvestitionsmöglichkeiten, sodass die Arbeitsbetriebe auch Umgestaltungen vornehmen können, um die Gefangenen bestmöglich auf die Entlassung vorzubereiten.

Ein anderer Punkt ist der Beitrag der Klimaschutzoffensive. Wir wollen auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft im Vollzug alle Fahrzeuge auf regenerative Energieträger wie Pflanzenöl, Biodiesel, CNG oder Strom umstellen. Auch dafür dienen diese Maßnahmen.

Ein ganz wichtiger Punkt sind die Hochbaumaßnahmen. Wir lassen unsere Justizgebäude nicht verfallen oder verlottern – nein, wir legen 47,5 Millionen Euro drauf. Dies ist eine Steigerung um 60,5 % auf 126 Millionen Euro. Keine der Maßnahmen, die wir aufs Gleis gesetzt haben, wird gestrichen. Ich nenne das Strafjustizzentrum in München, die Generalsanierung und Aufstockung des Justizpalastes in Nürnberg, die Sanierung des Justizgebäudes in Aschaffenburg und des Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterung und Sanierung des Amtsgerichts Kaufbeuren sowie der Krankenhausabteilung der JVA München, den Neubau der JVA in Passau, das Funktionsgebäude der JVA Nürnberg und so weiter und so fort. Wichtig ist uns, auch die Planungen für die JVA in Marktredwitz voranzutreiben, und zwar insbesondere im Rahmen der Heimatstrategie, da dies ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des ostbayerischen Raumes ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie merken: Bayern investiert einerseits in die Köpfe – darauf kommt noch Petra Guttenberger zu sprechen –, andererseits aber auch in die Gebäude und in die Sachausstattung. Damit ist und bleibt Bayern Justizstandort Nummer eins in Deutschland. Damit dies auch im Jahr 2021 so bleibt, bitte ich um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, lieber Kollege Vogel. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Plenk gemeldet. Herr Plenk, bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Vogel, Sie haben mit Begeisterung die Aufblähung des Justizhaushaltes dargelegt. Dazu habe ich eine Frage. Pandemiebedingt dürfte der Bereich der Strafjustiz tendenziell mit geringeren Kosten verbunden sein. Dies zeigt ein Blick in die Kriminalstatistiken. Außerdem dürften auch die Homeoffice-Regelungen eher kostensenkend wirken. Wie lassen sich da die Budgeterhöhungen erklären?

Steffen Vogel (CSU): Zunächst einmal fasse ich es eher als Kompliment auf, wenn Sie von einer Aufblähung des Justizsektors sprechen. Wir denken innere Sicherheit doppelt. Wir brauchen einerseits die Polizei und alles, was im Innenministerium angelegt ist; andererseits nützt es aber nichts, wenn zwar ermittelt wird, die Justiz letztlich aber nicht mitzieht.

Sie sprechen von einer Aufblähung des Haushaltes. Vielmehr geht es aber um den dringend notwendigen Ausbau und um das Schritthalten der Justiz mit dem Bereich des Innern. Sie sagen, dies sei alles nicht notwendig. Das sehen wir einfach anders. Dazu, warum das im Detail so ist, kann ich Ihnen jetzt keine detaillierte Auskunft geben. Sprechen Sie einmal mit der Justiz.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege Halbleib, Sie lachen. Blicken wir auf die anderen Fraktionen. Die SPD beantragt im Justizbereich 917 Stellen mehr, die GRÜNEN beantragen im Justizbereich ungefähr 340 Stellen. Von einem Aufblähen kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Vogel, denken Sie an Ihre Redezeit!

Steffen Vogel (CSU): Wenn ich die Situation in der Justiz sehe, wenn ich die Situation in den Justizvollzugsanstalten sehe, habe ich eher den Eindruck, dass diese sich noch viel mehr wünschen würden. Mehr ist derzeit aber einfach nicht drin; mehr ist nicht finanzierbar. Das Thema Aufblähung und Kosteneinsparungen im Justizbereich sehen wir und sehen die Betroffenen ganz anders als Sie, Herr Kollege Plenk.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie sind fertig? – Denken Sie an Ihre Maske! – Der nächste Redner ist Kollege Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE wollen eine starke Justiz in Bayern; denn gute Regierungsführung braucht auch eine gut ausgestattete Verwaltung. Der Freistaat Bayern muss seit vielen Jahren die neoliberale Massakrierung der öffentlichen Verwaltung aus der Stoiber-Ära heilen. Dies schaffen wir Schritt für Schritt immer wieder; wir sind aber noch lange nicht am Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Beispiel dafür sind überlastete Gerichte. Ich danke dem Justizministerium für die kurzfristige Überlassung der ganz aktuellen Zahlen. Die allermeisten Gerichte sind überlastet. Spitzenreiter ist das Oberlandesgericht Bamberg mit einer aktuellen Belastung von 150 %. Dies führt zu langen Verfahrensdauern. Dies ist das Gegenteil von guter Regierungsführung; denn Bürger*innen haben einen Anspruch auf zeitnahe Entscheidung; Opfer von Straftaten haben einen Anspruch auf eine zeitnahe Verurteilung der Täter, und die Täter*innen haben einen Anspruch auf zeitnahe Klarheit.

Im aktuellen Haushaltsentwurf ist einiges enthalten, was wir auch positiv sehen. Es gibt Stellenmehrungen; einige kw-Vermerke, also Künftig-wegfallend-Vermerke sind gestrichen worden, und auch der "Pakt für den Rechtsstaat" zwischen dem Bund und den Ländern ist in der Umsetzung. Das begrüßen wir.

Für uns GRÜNE ist eine starke Justiz ein zentraler Pfeiler des Rechtsstaates. Deswegen sind wir der Meinung, dass hier noch ein etwas stärkerer Akzent gesetzt werden kann. Das muss etwas schneller gehen. Unsere Änderungsanträge zum Haushaltsplan sehen deshalb vor: bei den Gerichten 20 neue Stellen für Richter*innen und 30 neue Stellen für Staatsanwält*innen.

Aber nicht nur in diesem Bereich muss etwas getan werden. Auch bei den nichtrichterlichen Stellen besteht ein gewisser Flaschenhals, der zu Verzögerungen führt. Deswegen wollen wir auch 30 weitere Stellen für Rechtspflegeranwärter*innen. Auch die Zahl der Arbeitnehmer*innen in den Geschäftsstellen von Gerichten und Staatsanwaltschaften muss vermehrt werden. Im Bereich der Sicherheit für die Gerichte wollen wir zusätzliches Personal, um private Sicherheitsdienste durch Staatsbeamte ablösen zu können. Wir fordern hier eine Stellenmehrung um 50 Stellen.

Eine starke Justiz muss auch eine moderne Justiz sein. Es gibt weitere Mittel für Digitalisierung. Dies ist auch dringend notwendig; denn Bayern ist, wie wir alle wissen, hinsichtlich der Digitalisierung ein Entwicklungsland. Hier muss auch in der Justiz mehr getan werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, in dem wir fordern, die Mittel für die Digitalisierung gerade in den Gerichten zu erhöhen. Es bestehen auch noch einige rechtliche Hürden; die Regierungskoalition weigert sich, voranzuschreiten. Das alles haben wir im Rechtsausschuss gehört. Wir wollen eine bessere Arbeitsplatzausstattung für Menschen mit Behinderung.

Bei den Gerichten ist auch wichtig: Wir müssen die Unabhängigkeit weiter stärken. Bei Gerichten ist im Bereich von Personal und Finanzen noch einiges zu tun, und bei den Staatsanwälten gibt es noch zu viel Abhängigkeit von Weisungen. Meistens sind das gar keine förmlichen Weisungen, sondern es geht um das Berichtswesen oder um das

Geben von Hinweisen. Bei der CSU-Maskenaffäre hat man wieder gesehen, wie viele Berichte es gebraucht hat, bis im Fall Nüßlein etwas weitergegangen ist.

Für uns Grüne stehen die Menschen im Mittelpunkt. Im Justizvollzug heißt es: Da stehen in erster Linie die Opfer im Mittelpunkt. Wir haben uns mit den Opferverbänden auseinandergesetzt. Letztes Jahr veranstalteten wir den ersten grünen Justizkongress. Dort haben wir uns sehr ausgiebig mit den Opferverbänden ausgetauscht. Selbstverständlich waren auch Vertreter der Gefangenen-Gewerkschaft anwesend. Das Spannende an diesem Kongress, eine der interessanten Quintessenzen war, dass sich die Forderungen der Opferverbände ziemlich mit den Forderungen der Gefangenen-Gewerkschaft gedeckt haben: Dieses Verbrechen soll nie wieder geschehen. – Wenn man Opfer von Straftaten fragt, was sie wollen, dann steht das ganz im Mittelpunkt. Das ist auch das, was Täterinnen und Täter oft wollen, wenn sie dann so weit sind. Dafür müssen wir aber auch einiges tun. Wir müssen alles, was dieses Ziel fördert, stärken und alles, was es hindert, abbauen. Dafür ist die JVA nicht immer der geeignete Ort. 70 % Rückfallquote sprechen für sich.

Wir brauchen eine bessere Bezahlung für Inhaftierte. Dazu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Wir brauchen eine Einbeziehung in die Sozialversicherung, damit vor allem auch der Übergang nach der Haft in das Berufsleben, in das normale Leben besser funktioniert. Wir brauchen kreative Lösungen wie zum Beispiel Vollzug in freien Formen wie in Baden-Württemberg und Sachsen, was durch Justizminister der GRÜNEN gemacht worden ist. Wir brauchen auch mehr Therapien.

Wir brauchen die Stärkung des selbstbestimmten Lebens in Freiheit. Das müssen die Gefangenen lernen. Dafür ist die JVA in den Strukturen noch nicht so weit. Dort wird eigentlich jegliche Selbstbestimmung erst einmal unterdrückt.

Wir brauchen den Erhalt sozialer Kontakte. Vor Corona durften Gefangene nicht telefonieren, außer in Notfällen. Die JVA Straubing hat aus Kulanz eine Ausnahme gemacht. Dort durften diejenigen, die keine Besuche bekamen, alle zwei Monate 20 Mi-

nuten mit ihrer Familie telefonieren, nicht zu Weihnachten, nicht zu Geburtstagen, sondern nur diese 20 Minuten. Mit Corona wurden die Besuchsmöglichkeiten eingeschränkt. Dafür gab es dann 40 Minuten pro Monat für Telefonate und vier Stunden Skype pro Monat. Das begrüßen wir sehr. Wir unterstützen eine Petition aus der JVA Straubing und anderen JVAs, unterschrieben von 25.000 Unterstützerinnen und Unterstützern. Allein 530 Inhaftierte aus der JVA Straubing haben dies unterstützt. Ich danke auch der JVA-Leitung, dass sie so unbürokratisch Skype ermöglicht hat. Ich danke der Gefangenen-Gewerkschaft in Straubing, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und demokratisch am Staatswesen mitgewirkt hat.

Wir hatten ein Gespräch mit dem Vorstand des Landesverbands der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten, wie man diese positiven Dinge nach Corona auch in die Zukunft retten und Verbesserungen hinbekommen kann. Es war klar: Es braucht mehr Personal. Dazu ist im Haushaltsplan auch einiges enthalten. Aber leider ist vieles für die Abschiebehaft vorgesehen und nicht alles für die Verbesserung der Resozialisierungsmöglichkeiten.

Wir fordern 100 neue Stellen im Justizvollzug, darunter 30 im medizinischen Bereich, und vor allem auch eine Aufstockung um 50 Stellen für die Bewährungshelfer. Eine erfolgreiche Resozialisierung bringt mehr Sicherheit. Das muss es uns wert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Pittner, bitte schön.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Justizhaushalt. Bereits in der dritten Rede ist eigentlich die ganze Bandbreite abgedeckt. Der Kollege Plenk hat in seiner Zwischenbemerkung gesagt, es gebe eine Aufblähung des Justizhaushalts infolge der sachlichen und personellen Steigerungen. Der Kollege Schuberl hingegen hat gesagt, eine starke Justiz sei einer der zentralen Pfeiler des Rechtsstaats – da hat er recht; darin kann ich ihm nur zustimmen –, und

plädiert deswegen für eine deutliche Aufstockung sowohl des Personals als auch der Sachmittel. Wie immer liegt die Wahrheit in der Mitte.

Natürlich ist die Justiz ein ganz wichtiger, zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft, unseres Rechtsstaats. Sie ist die dritte Gewalt. Ich will durchaus zugeben, dass sie nicht immer im Mittelpunkt der Politik steht, so wie es ihr eigentlich zustehen würde und sollte, weil sie einfach zu unspektakulär ist. Man erwartet einfach, dass sie funktioniert, und das tut sie in Bayern auch.

Insofern möchte ich erst einmal herzlichen Dank an alle Justizangehörigen sagen – ich bin selbst einer und meine mich damit jetzt nicht –, die auch in dieser schwierigen Zeit, in der Pandemie unter erschwerten Bedingungen Hervorragendes geleistet haben – das ist nämlich nicht so einfach –, egal, ob das der Justizvollzug, die Strafverhandlung usw. ist. Die Arbeit unter diesen Bedingungen zu machen, ist nicht leicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben vom Kollegen Vogel schon die einzelnen Zahlen zum Haushalt gehört. Nach den Zahlen, die ich habe, erhöht er sich um 6,6 % bzw. um 170,5 Millionen Euro. Das ist für Justizverhältnisse schon ein durchaus gewaltiger Aufschlag. So etwas hatten wir in den letzten Jahren in dieser Höhe nicht. Das muss man einmal ganz klar sagen und positiv anerkennen.

Man kann natürlich auch sagen, das hätte es schon vor ein paar Jahren geben müssen. Das ist alles schön und gut. Nur: hätte, hätte, Fahrradkette. Das kennen wir auch. Wir müssen ein Problem, das wir haben, und eine Aufgabe, die sich uns stellt, lösen. Immer nur nach hinten und zur Seite zu schauen bringt uns nichts.

Genauso erfreulich ist, dass die Mittel für die in der Anlage S aufgeführten Baumaßnahmen um 60 % auf 126 Millionen Euro gestiegen sind. Dabei ist das Allerbeste, dass das Strafjustizzentrum München nicht alle Baumaßnahmen im ländlichen Raum sozusagen gekillt und aufgesogen hat, sondern man muss ganz klar sagen: Alle vor-

gesehenen Baumaßnahmen, die in Planung und Ausführung sind, werden wie geplant fortgesetzt. Auch das ist ein Aufschlag, der mehr als positiv ist.

Es gibt auch eine durchaus erkleckliche Stellenmehrung, zwar nicht im Bereich der Richter und Staatsanwälte – da hatten wir sie letztes Jahr; auch das muss man anerkennen –, aber im Unterstützungsbereich. Ich sage Ihnen aus eigener Erfahrung als Richter: Meistens ist das Problem nicht die eigene Arbeit, sondern bei der Sekretärin, bei der Geschäftsstelle, die mir die Arbeit besorgen bzw. weiterleiten soll, hängt es am allermeisten. Es wird kaum ein Kollege widersprechen, wenn ein Richter sagt: Wenn der Unterstützungsbereich passt, dann kann ich auch ein paar Akten mehr bearbeiten.

Sie haben vorhin von einer neoliberalen Massakrierung der Verwaltung gesprochen, auch am Beispiel der Justiz in der Stoiber-Ära. Klar: Für die Verwaltung und die Justiz gab es schon bessere Zeiten als diese Zeit; das muss man auch sagen. Aber von einer Massakrierung zu reden, ist schon ein bisschen arg deutlich.

Dass natürlich lang andauernde Verfahren durch Überlastungen existieren, ist auch klar – aber nicht in Bayern. Schauen Sie einmal, wo es in der Bundesrepublik Deutschland lang andauernde Verfahren gibt. Das ist nicht dort – jetzt muss ich einmal in diese Richtung schauen –, wo Schwarz regiert, sondern meistens bei den anderen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung von ganz vielen Dienstreisen und Besprechungen sagen, dass sich die Masse der Kollegen aus den nördlichen Bundesländern – ich will jetzt nicht im Einzelnen aufzählen, welche ich damit meine – alle Finger nach unseren Arbeitsbedingungen ablecken würden. Das heißt nicht, dass sie optimal sind; das ist ganz klar. Optimale Arbeitsbedingungen gibt es wahrscheinlich nirgendwo, auch in Bayern nicht, bei der Justiz schon gleich dreimal nicht. Aber sie sind bundesweit im Verhältnis auf jeden Fall gut. Hier setzt der Haushalt an der richtigen Stelle an.

Ich möchte nur ein paar Punkte herausgreifen: zunächst die Digitalisierung. Natürlich könnte sie schon weiter sein. Bayern war da vor zwanzig Jahren sogar einmal ganz führend, wenn auch durch viel Eigeninitiative von einzelnen Personen. Aber damals

waren wir ganz weit vornedran. Inzwischen sind wir ein bisschen zurückgefallen. Das hängt an ganz vielen Sachen. Es ist nämlich gar nicht ohne Weiteres möglich, einen Onlinezugang so hinzubekommen, dass er nicht nur praktisch funktioniert, sondern auch rechtlich sicher ist.

Die E-Akte ist gar nicht so ohne Weiteres machbar. Dabei gab es die einen oder anderen Probleme, und das lag nicht am Geld, sondern an einer Fehlplanung. Wer plant, kann auch Fehler machen. Die E-Akte ist in Angriff genommen, sie ist gut, und jetzt sind wir an dem Punkt, an dem wir sie umsetzen können. Jetzt können wir auch das Geld dafür einstellen. Genau so muss es sein, und das wird auch funktionieren.

Die Justizverwaltungsakte habe ich noch selber als stellvertretender Direktor erleben dürfen und mitgemacht. Das war am Anfang auch nicht schön, denn händisch ging es deutlich schneller. Man muss dabei auch gleich die Arbeitssituation umstellen, und auch das ist im Haushalt abgebildet. Wir können nicht einfach analoge Arbeitsvorgänge digitalisieren, sondern wir müssen auch die Arbeitsweise umstellen. Auch das ist richtig, auch das ist gelungen.

Es gibt auch viele andere Maßnahmen. 9,9 Millionen Euro investieren wir in das Videosystem. Das ist für die Justiz eine totale Erleichterung, aber auch für viele Zeugen und Betroffene. Gerade bei vielen kleineren Verfahren, beispielsweise wegen Beförderungserschleichung, werden Zeugen geholt, von denen der Richter von vornherein weiß, dass sie sich gar nicht erinnern können oder dass sie sagen, sie wissen nichts, wenn sie sich erinnern können. Das ergibt sich schon aus der Natur der Sache; aber der Zeuge muss durch ganz Deutschland fahren, weil es der Verteidiger will. Das ist doch überflüssig.

Viele Anhörungen scheitern auch an den Dolmetschern. Wir haben viele ausländische Bürger, die im Strafverfahren, im Vormundschaftsverfahren oder im Betreuungsverfahren vor Gericht stehen. Die Dolmetscher sind das Problem. Bei 64 % Ausländern in

München ist das ein Problem. München hat aber im nahen Umfeld Dolmetscher für fast alle Sprachen zur Verfügung, auf die die Gerichte zugreifen können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): In München bekommen Sie innerhalb einer Stunde jeden Dolmetscher, den Sie brauchen können. Versuchen Sie das einmal in Rhön-Grabfeld oder in Bad Kissingen zu machen. Dort heißt es, in vier Stunden kommt vielleicht einer.

Insgesamt ist das ein sehr guter Ansatz. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Haushalt. Selbstverständlich kann es immer noch mehr, noch besser und noch mehr Personal sein. Im Rahmen des Möglichen ist das ein gut gelungener Aufschlag. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christoph Maier von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Freiheit stirbt immer zentimeterweise. So lautet ein Sprichwort. In Zeiten, in denen die Söder-Regierung Freiheitsrechte gleich meterweise beschneidet, fordern die bayerischen Bürger völlig zu Recht und verstärkt eine unabhängige und schlagkräftige Justiz. Dies hat auch meine Anfrage an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof gezeigt. Diese ergab, dass sich die Anzahl der Popularklagen im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr 2019 versechsfacht hat. Die Bürger wollen Rechtsschutz.

Zahlreiche Klagen musste der Bayerische Verfassungsgerichtshof auf die sprichwörtlich lange Bank schieben. Auch mehrere Verfahren, die die AfD-Fraktion beim Verfas-

sungsgerichtshof angestrengt hat, zum Beispiel unsere Klage gegen die Vierte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, sind nach bald einem Jahr noch nicht entschieden. Wir begrüßen es daher, dass im Haushaltsplan 2021 an verschiedenen Stellen der Justiz mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir werden dabei aber kritisch überprüfen, ob das Geld der Beseitigung des Personalmangels bei den Gerichten zugutekommt.

Herr Staatsminister Eisenreich, Sie haben auf meine Zwischenbemerkung bei der letzten Plenarsitzung geantwortet, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof nicht in Ihren Einzelplan fällt. Ich bin mir sicher, dass Sie im Laufe der Woche bei genauerer Betrachtung des Einzelplans 04 zu einer anderen Schlussfolgerung kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, effektiver Rechtsschutz ist der Rechtsschutz, den unsere Bürger in Bayern verdient haben. Wir lehnen hingegen diejenigen Ausgaben im Haushaltsplan ab, die die Staatsregierung den Scheinasylanten zur Verfügung stellen möchte. In Titel 427 01 planen Sie über eine halbe Million Euro für sogenannte Rechtskunde und Rechtsbildung insbesondere für Flüchtlinge und Asylbewerber ein. Dabei handelt es sich wiederum um einen Posten, den man zunächst einmal nicht so offensichtlich sieht. Nur bei genauem Hinsehen erkennt man, dass es natürlich die Kosten dieser Zuwanderungswelle sind, die seit 2015 über Deutschland hereingebrochen ist und nach wie vor andauert. Ich fordere Sie auf, diese Zuwanderungswelle sofort zu stoppen.

(Beifall bei der AfD)

Mit diesem Posten, der schon seit Jahren gefördert wird, soll Asylsuchenden Rechtskunde und Rechtsbildung vermittelt werden – allerdings ohne Erfolg, wie wir sehen. Die Asylbewerber sind zum großen Teil nicht in der Lage, die selbstverständlichsten Gesetze in unserem Lande einzuhalten. Nicht umsonst hat Kollege Vogel davon gesprochen, dass 64 % aller Insassen in der Justizvollzugsanstalt München Ausländer

sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind die Zahlen, über die wir im Parlament diskutieren müssen.

Wir müssen auch die Schlussfolgerungen aus diesen Zahlen ziehen. Wir wollen in Bayern eine konsequente und harte Handhabung des Rechtsstaats, denn das ist die einzige Sprache, die Kriminelle verstehen. Das ist in Zeiten starker Zuwanderung auch das Gebot der Stunde. Auch wenn Sie es gerade nicht hören wollen: 43 % aller Tatverdächtigen bei den Delikten Mord, Totschlag oder Tötung auf Verlangen sind Ausländer, und das bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von gerade einmal 12 %.

Sehr geehrte Damen und Herren, da hilft auch kein Rechtskundeunterricht auf Kosten der Steuerzahler. Da hilft nur eines: Heimreise und Knast im Herkunftsland, und das schnell.

(Beifall bei der AfD)

Tatsache ist auch, dass weniger als 2 % aller Asylbewerber überhaupt als Asylberechtigte anerkannt werden. Diesem Gedanken trägt die AfD-Fraktion mit einem Änderungsantrag Rechnung. Wir fordern, dass die Mittel im Titel 427 01 auf 2 % reduziert werden. Hunderttausende von Euro für Rechtsbildung für Asylanten auszugeben, die unser Land ohnehin bald wieder verlassen müssen, ist pure Verschwendung von Steuergeld. Ich fordere Sie daher auf, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion und der GRÜNEN werden wir sicherlich nicht zustimmen. 1,4 Millionen Euro sollen nach dem Willen der SPD in die sogenannte Strafgefangenenfürsorge fließen. Nach unserer Meinung brauchen wir jedoch weniger Täterschutz und mehr Opferschutz in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Von Opferschutz lese ich in Ihren Anträgen allerdings gar nichts. Nur an einer Stelle taucht dieser Begriff bei Ihnen auf, und zwar dort, wo es um sogenannte Meinungsdelikte geht. Dort wollen Sie Opferschutz. Sie, die GRÜNEN, fordern für satte 8,1 Millio-

nen Euro die Errichtung einer sogenannten Beratungsstelle für die Opfer von Hate Speech. Was seltsam klingt, hat auch einen starken und abstoßenden Beigeschmack. Um den Opferschutz sind schon längst mehrere gut funktionierende Organisationen wie zum Beispiel der "Weiße Ring" bemüht. Wozu also so eine extragrüne Einrichtung für diese Klientel?

Die Antwort darauf finden Sie in der Begründung. Versteckt zwischen wohlklingenden Phrasen schreiben Sie, dass Ihre Einrichtung mit der Entwicklung von Gegenstrategien beauftragt werden soll. Diese Gegenstrategien und diese Begrifflichkeiten sind die üblichen Euphemismen der Linksgrünen, wenn es um Antifa-Förderung und Ideologieschulung geht. Das lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, mehr Geld für Rechtsprechung und Justizvollzug ist richtig und gut. Besser wäre es allerdings, das Übel an der Wurzel zu packen. Die Alternative für Deutschland fordert Sie daher auf: Beenden Sie den rechtswidrigen Lockdown! Beenden Sie die Herrschaft des Unrechts, und beenden Sie die rechtswidrige Asylzuwanderung! Nur auf diese Weise werden Sie es schaffen, die Gerichte zu entlasten, Rechtssicherheit herzustellen und somit einen soliden Justizhaushalt auf die Beine zu stellen. Bis dahin allerdings gilt: Wir lehnen diesen Einzelplan der Justiz ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster kann sich der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion bereitmachen. – Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Um die hohe Bedeutung des Rechtssystems für den demokratischen Staat zu beurteilen, muss man nicht unbedingt in die Länder schauen, in denen das Rechtssystem gerade unter Druck gerät, wie beispielsweise in Polen und Ungarn oder auch in den USA

unter Trump.Das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit und in das Rechtssystem sind untrennbar miteinander verbunden. Ein gut funktionierendes und gut ausgestattetes Rechtssystem hat tatsächlich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Staat eine hohe Bedeutung. Ein funktionierendes Zivilrecht, eine funktionierende Strafverfolgung, eine funktionierende Rechtsprechung, Strafe, Sühne und Rehabilitierung sind Grundpfeiler unseres Rechtssystems. Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an die Rechtspolitik sind hoch. Eine gute Rechtspolitik muss das erkennen und in der Praxis darauf reagieren.

Zügige Verhandlungen, ob im Strafrecht oder im Zivilrecht, sind eine wichtige Voraussetzung für dieses Vertrauen. Die kriminologische Forschung weist uns schon lange darauf hin, dass die Wahrung des zeitlichen Zusammenhangs zwischen Straftat und Gerichtsverfahren für die Wirksamkeit gerichtlicher Verfahren und den Strafvollzug maßgeblich ist. Hier liegt der Schlüssel für die Wirksamkeit des Strafrechts und nicht in einem ständigen Wettlauf um höhere Strafen. Noch heute leiden die bayerischen Gerichte, die Strafverfolgung und der Strafvollzug unter den Sparorgien der Ära Stoiber. Jetzt wird auf den Aufwuchs gezeigt und dieser Aufwuchs über den grünen Klee gelobt. Deshalb müssen wir heute auf die Versäumnisse der Vergangenheit hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn an einigen Stellen mittlerweile versucht wurde, die ärgsten Einschnitte wieder auszugleichen, so sind doch viele und oftmals entscheidende Baustellen offen. Da geht es nicht nur um Stellen, sondern auch um das Versäumnis der letzten Jahre, den Strafvollzug und die Gerichtsbarkeit zu modernisieren und eine Weiterentwicklung der Rechtspflege in Bayern voranzutreiben. Bund und Länder haben sich im Pakt für den Rechtsstaat darauf geeinigt, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Personalausstattung der Justiz zu verbessern. Nach dem Entwurf des Einzelplans 04 für das Haushaltsjahr 2021 sind gerade einmal fünf neue Stellen für den richterlichen Dienst

vorgesehen. Damit werden wir keine Verfahrensverkürzungen und keine schnellere Bearbeitung und Entscheidung der Fälle erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Mit neuen Stellen für Richterinnen sowie Richter wollen wir das Kammerprinzip stärken. An den Landgerichten können damit mehr zusätzliche Straf- und Zivilkammern eingerichtet werden. Gerade bei Spezialmaterien muss auf der Seite der Richter eine intensivere Aus- und Weiterbildung erfolgen, damit die Effektivität der Verfahrensführung gesteigert wird.

Laut den Verbänden, zum Beispiel dem Verband Bayerischer Rechtspfleger, gibt es bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften einen Fehlbedarf an Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern im Umfang von ungefähr 147 Stellen, und das ohne neue Aufgabenzuwächse. Gerichte und Staatsanwaltschaften stehen darüber hinaus vor neuen Herausforderungen, die ohne Personalaufstockung nicht bewältigt werden können. Was haben wir hier in den letzten zwei bis drei Jahren über die Netzkriminalität diskutiert! Das Netz war noch nie ein rechtsfreier Raum, auch wenn das immer behauptet wird. Für die Täterinnen und Täter kann aber manchmal dieser Eindruck entstehen, wenn der Verfolgungsdruck fehlt. Deshalb brauchen wir zusätzliche Kapazitäten zur Bekämpfung von Cyberkriminalität und auch zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Resozialisierung ist das zentrale Ziel des Strafvollzugs. Doch leider spielt gerade dieser Bereich in der Rechtspolitik der Staatsregierung eine untergeordnete Rolle. Notwendige Weiterentwicklungen wurden hier nicht vorgenommen, und es wurden keine Konsequenzen aus modernen kriminologischen Erkenntnissen gezogen. Das ist ebenfalls eine unmittelbare Folge der Sparmaßnahmen, die bis vor wenigen Jahren andauerten. Wer möchte, dass Resozialisierung gelingt, muss den Strafvollzug zum Behandlungsvollzug weiterentwickeln.

Wer in den Strafvollzug geht, bringt dahin auch seine Lebensgeschichte und viele Probleme mit, soziale Probleme, psychologische Probleme oder Drogenprobleme. Diese Probleme können nur angegangen werden, wenn dafür die nötige Personalausstattung zur Verfügung steht und eine Weiterentwicklung zu einem Behandlungsvollzug erfolgt. Kolleginnen und Kollegen, Resozialisierung beginnt im Strafvollzug, nicht erst bei der Entlassung.

(Beifall bei der SPD)

Somit ist dieser Haushalt aus unserer Sicht ein Haushalt der Aufrechterhaltung des Status quo, aber kein Haushalt für eine moderne Justiz, die sich tatsächlich an den Bedürfnissen des demokratischen Staates orientiert. Daher werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herzlichen Dank, auch an die Offiziantinnen und Offizianten für ihren Einsatz. Danke schön. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe vorher von den staatlichen Kernaufgaben gesprochen. Die Justiz ist eine solche staatliche Kernaufgabe. Wir begrüßen, dass in diesem Einzelplan des Haushalts die Ausgaben in vielen Bereichen an die aktuelle Situation angepasst werden. Erfreulich ist beispielsweise, dass an der Sicherheit unserer Gerichte nicht gespart wurde, obwohl diese Zeit viele andere Herausforderungen bietet. Unsere Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die diesen leistungsfähigen Rechtsstaat sicherstellen, müssen sicher sein, dass sie ihre Arbeit verrichten können und dabei geschützt werden.

Wir begrüßen auch, dass die Mittel für die Digitalisierung und Ausstattung der Gerichte erhöht wurden. Dadurch wird sichergestellt, dass in der Justiz zeitgemäß gearbeitet

werden kann, auch unabhängig von der Corona-Pandemie, die den Handlungsbedarf noch einmal unterstrichen hat. Es war die FDP, die das Thema "Verhandlungen in Zivilgerichten via Videokonferenz" im vergangenen Jahr angestoßen hat. Wir freuen uns, dass hierfür entsprechende Investitionen stattfinden.

Aber die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen auch ausgeschöpft werden, wenn es darum geht, auf elektronischem Weg zu kommunizieren. Deshalb haben wir Einsparmöglichkeiten bei den Portokosten identifiziert. Wir können nicht verstehen, warum die Kosten für den Postversand hochgehen, und das in Zeiten, in denen das in diesem Umfang gar nicht mehr nötig wäre. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht. Hier handelt es sich aber um eine Kleinigkeit. Wie Sie wissen, sind wir eine konstruktive Opposition. Wir stimmen zu, wenn etwas gut, und wir lehnen ab, wenn etwas schlecht ist. An diesem kleinen Punkt der Portokosten lassen wir unsere Zustimmung zum Einzelplan 04 nicht scheitern. Die Justiz ist eine Kernaufgabe. Sie wird mit diesem Entwurf unserer Meinung nach angemessen ausgestattet. Deswegen stimmen wir ihm zu.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion. Sie hat noch vier Minuten und eine Sekunde. Frau Guttenberger, das Rednerpult gehört Ihnen.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Manche Aussagen lassen einen schon etwas ratlos zurück. Herr Schuberl, Sie erzählen uns hier, die Staatsanwaltschaft wäre von zu vielen Weisungen geprägt. Wer in eine Sitzung des Rechtsausschusses geht, wird Sie als jemanden erleben, der ohne Zögern einfordert, man müsste die Staatsanwaltschaft unbedingt anweisen, einem bestimmten Petenten zu helfen. – Ja was nun eigentlich? Aber Spaß beiseite, obwohl dieses Thema nicht spaßig ist.

Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der wichtigsten Grundlagen für alles. Ohne einen Zugang zu einem funktionierenden Rechtsstaat funktioniert keine Wirtschaft, funktioniert kein Zusammenleben, funktioniert einfach alles nicht. Wegen der hohen Sicherheit, die ein funktionierender Rechtsstaat dem einzelnen Bürger bietet, haben wir auf dieses Thema einmal mehr den Schwerpunkt gelegt.

Wir haben pandemiebedingt eine schwierige Haushaltslage. Das steht außer Zweifel. Dessen ungeachtet haben wir aber 40 neue Stellen für unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften geschaffen. 5 Stellen entfallen auf den richterlichen Dienst, 35 auf den technischen Dienst sowie den Bereich der Bewährungshelferinnen und Rechtspfleger.

Außerdem sollte nicht unerwähnt bleiben, dass alle der noch bestehenden 62 kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst gestrichen werden. Im nicht richterlichen Dienst wird fortan knapp die Hälfte der bestehenden kw-Vermerke wegfallen. Soweit diese nicht gestrichen werden können, wurde die Frist erneut um zwei Jahre verlängert.

Ein wichtiges Signal sind auch Stellenhebungen. In der Bewährungshilfe und bei den Justizhelfern konnten Stellenhebungen sowie Höher- und Umgruppierungen erzielt werden. Daneben sieht Artikel 6i des neuen Haushaltsgesetzes die Ermächtigung des Finanzministeriums zur Vornahme von weiteren kostenwirksamen Stellenhebungen im Umfang von 10 Millionen Euro vor. Herr Finanzminister, das freut uns außerordentlich. Hiervon entfallen 725.000 Euro auf die Justiz. Gerade dadurch können die Beförderungsmöglichkeiten insgesamt verbessert werden.

Wir schaffen im Bereich des Justizvollzugs neue Stellen. Neben den 110 Stellen für die JVA Passau gibt es im Bereich der Fachdienststellen im Justizvollzug weitere Stellenverbesserungen, zum Beispiel 10 Fachdienststellen bei der JVA Hof, unter anderem für Psychologen, Lehrer, Geistliche und Sozialpädagogen, sowie 5 neue Planstellen für Krankenpfleger. Auch hier gibt es eine Verlängerung bzw. eine Streichung von 50 kw-Vermerken.

(Zuruf)

Zur Digitalisierung hat der Kollege

(Zuruf)

– jetzt habe ich das Wort – Steffen Vogel bereits Ausführungen gemacht.

Ich möchte noch einmal den Präventionsbereich ansprechen. Ich sehe hier gerade Beate Merk. Das Projekt "Kein Täter werden" haben wir vor über zehn Jahren auf den Weg gebracht, es gab viel Skepsis, es ist aber ein absolut erfolgreiches Projekt. Ich freue mich gerade deshalb ganz besonders darüber, dass hier erneut 350.000 Euro zur Verfügung stehen. Künftig werden auch die Mittel für Fachambulanzen auf 7,5 Millionen Euro aufgestockt. Uns war es zum Beispiel ganz besonders wichtig, Verbesserungen im Arbeitsbereich der Gerichtsvollzieher zu erreichen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Petra Guttenberger (CSU): Wir haben deshalb Stichschutzwesten angeschafft bzw. das Geld für deren Anschaffung bereitgestellt. Es wird die mobile Arbeit bei der Bewährungshilfe verbessert. Auch wird eine Nachwuchskampagne gestartet, um auch zukünftig Justizmitarbeiter zur Verfügung zu haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Petra Guttenberger (CSU): Meine Redezeit ist damit um. Ich hätte Ihnen gerne noch etwas über den Leitfaden erzählt, der den Kommunen bei Badestränden mehr Sicherheit gibt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, danke schön.

Petra Guttenberger (CSU): Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Dank an die Offizianten für die gute Vorbereitung unseres Rednerpults. – Das Wort hat nun der Staatsminister Georg Eisenreich.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 stand weltweit – damit natürlich auch bei uns in Bayern – im Zeichen der Corona-Pandemie. Corona hat auch bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den JVAs keine Ausnahme gemacht. Corona war – wie für alle – natürlich auch für uns eine große Herausforderung; denn die Justiz kann die Türen und Tore nicht schließen. Die Justiz muss immer funktionieren. Ich kann Ihnen sagen: Die Justiz hat auch funktioniert. Wir haben in Bayern eine starke, funktionierende Justiz.

Ich möchte an den Anfang meiner Rede deswegen meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bayerischen Justiz stellen, die immer – im letzten Jahr aber ganz besonders – großartigen Einsatz erbracht haben. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Herausforderungen werden in diesem Jahr nicht kleiner werden. Der Ein-Jahres-Haushalt für das Jahr 2021 stellt mit einem wirklich spürbaren Personalaufwuchs und mit hohen Beträgen für Investitionen, Bau und IT-Infrastruktur eine solide Basis für unsere Arbeit dar. Der Etat steigt um 170 Millionen Euro auf 2,74 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von rund 6,6 %. Das ist in diesen Zeiten wirklich großartig. Deshalb an dieser Stelle schon einmal mein herzlicher Dank an das Hohe Haus für die Unterstützung der bayerischen Justiz!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in den letzten Jahren – 2013 bis 2018 – bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften schon deutliche Stellenzuwächse zu verzeichnen gehabt; das ist ein Verdienst von Winfried Bausback. Wir haben 335 Stellen für Richter und Staatsanwälte erhalten. Im Nachtragshaushalt 2019/2020 haben wir dann noch mal zusätzliche

90 Stellen für Richter und Staatsanwälte erhalten. Wir haben damit bereits letztes Jahr den Pakt für den Rechtsstaat erfüllt. Wir haben den Pakt für den Rechtsstaat also bereits mit dem letzten Nachtragshaushalt – also bereits letztes Jahr – erfüllt.

Unsere Anliegen werden auch im jetzigen Entwurf wieder berücksichtigt. Ich möchte die Schaffung von 40 neuen Stellen mit Schwerpunkt im nicht richterlichen Bereich nennen. Es ist völlig richtig, dass wir nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch Unterstützungspersonal brauchen. Deswegen tut das den Gerichten und Staatsanwaltschaften gut.

Nennen möchte ich auch den Wegfall von über 120 kw-Vermerken. Das ist wirklich ein echter Erfolg, weil damit klar ist, dass die Stellen in unserem Haushalt bleiben werden. Wir bekommen im Rahmen des Artikels 6i des Haushaltsgesetzes auch Mittel für Stellenhebungen zur weiteren Verbesserung der Beförderungsstruktur. Das ist wirklich eine wertschätzende Anerkennung für diesen Bereich. Dafür auch an Sie meinen herzlichen Dank!

Wir brauchen für eine nachhaltige und effektive Struktur natürlich auch Personal in den JVAs. Die Justizvollzugsanstalten bilden in der Sicherheitsarchitektur den Schlussstein. Es ist deshalb wichtig, dass wir auch hier gut aufgestellt sind.

Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass das letzte Jahr gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den JVAs nicht leicht war. Wir haben in den JVAs ohnehin eine Klientel, die schwieriger wird. Dann kommt Corona mit den wirklich großen Herausforderungen dazu, die Gesundheit des Personals, aber auch der Gefangenen zu schützen. Ich finde es wirklich großartig, dass wir nicht nur gut ausgebildete, sondern auch hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Wir haben deswegen auch das letzte Jahr wirklich gut überstanden.

Wir haben im Justizvollzug bereits im Nachtragshaushalt 2019/2020 85 Planstellen und noch mal 15 Stellen aus Geldmitteln erhalten. Im jetzigen Entwurf bekommen wir für den bayerischen Justizvollzug noch mal 125 zusätzliche Planstellen. Das ist wirk-

lich eine große Unterstützung. Wir können damit den Bedarf für Hof decken. Wir können die personelle Ausstattung der neuen JVA in Passau vorbereiten. Wir haben es damit auch geschafft, dass wir das Personal im Krankenpflegedienst zumindest moderat aufstocken können.

Wir haben in diesem Bereich auch noch Verlängerungen, teilweise sogar Streichungen von 50 kw-Vermerken. Auch das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal. Ich habe es gesagt: Jede Streichung eines kw-Vermerks bedeutet, dass die Stelle sicher und dauerhaft bei uns bleibt.

Wir bauen auch – und zwar wirklich viel. Man sieht an einer beeindruckenden Zahl auch, dass es so bleiben wird. Wir bekommen in dem Entwurf einen Mittelaufwuchs im Hochbaubereich – Dotierung der Anlage S – mit einer Steigerung um 60 % auf nunmehr 126 Millionen Euro. Wir machen diese Steigerung von 60 %, weil uns die Investitionen in diesem Bereich wichtig sind.

Wir bauen die JVA Hof natürlich fertig. Wir sind in Passau bei der Errichtung der "Kombi-Anstalt" auf einem guten Weg. Wir treiben auch die Planungen für den Neubau der JVA in Marktredwitz voran. Im nächsten Doppelhaushalt wollen wir mit dem Bau beginnen.

Auch bei den Gerichtsgebäuden investieren wir viel. Das Strafjustizzentrum in München wurde erwähnt. Wir bauen auch an anderen Orten in Bayern – ein Neubau eines Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in Aschaffenburg –, und wir vergessen auch die kleineren Gerichtsstandorte nicht. Wir können alles, was bereits begonnen ist, fortsetzen. Wir können auch die Planungen für weitere Projekte in der Fläche vorantreiben. Diese zusätzlichen Mittel für den Justizstandort Bayern sind wirklich ein gutes Signal.

Das Thema Digitalisierung ist ein großer Schwerpunkt; denn wenn die IT nicht funktioniert, funktioniert die Justiz nicht. Mir ist das Thema Digitalisierung auch persönlich ein sehr, sehr wichtiges Anliegen. Wir sind im letzten Jahr gut durch die Pandemie gekom-

men, weil wir in diesen Bereich gut aufgestellt sind, auch wenn wir noch einiges tun müssen. In der Spitze konnten im letzten Jahr bereits über 5.500 Justizmitarbeiterinnen und Justizmitarbeiter der allgemeinen Justiz ihre Aufgaben im Homeoffice erledigen. Wir sind bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs auf einem wirklich guten Weg. Nächstes Jahr soll die Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs für alle professionellen Verfahrensbeteiligten verpflichtend werden. Wir sind dabei, die Einführung der E-Akte vorzubereiten, und weiten hier die Zahl der Pilotgerichte aus, an denen dies getestet wird. Wir werden in diesem Jahr bereits mit der Regeleinführung der E-Akte bei den Landgerichten beginnen. Wir sind dabei, die Möglichkeiten für Videoverhandlungen und Videovernehmungen massiv auszubauen. Ich kenne auch die Lage in Deutschland gut: Wir sind im Bereich der Digitalisierung eines der führenden Länder in ganz Deutschland, sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch hinsichtlich rechtspolitischer Initiativen.

Der Haushalt ist eine gute Grundlage, um all unsere Vorhaben weiter voranzubringen. Der Haushalt stärkt die bayerische Justiz. Wir haben es gehört: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Wir haben in Bayern einen starken Rechtsstaat. Wir haben eine starke Justiz. Die Justiz ist wichtig für die Sicherheit und die Freiheit der Menschen und auch für das Vertrauen der Menschen in den Staat. Dafür haben wir die notwendigen Mittel, wenn Sie das beschließen.

Zu meinen vielen rechtspolitischen Initiativen möchte ich heute nichts sagen. Ich habe diese alle Anfang des Jahres in einer schriftlichen Bilanz zusammengestellt und Ihnen zugeleitet.

Ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Haushalt und bedanke mich bei dem für mich zuständigen Rechts- und Verfassungsausschuss, aber auch beim Hohen Haus für die Wertschätzung und Unterstützung der bayerischen Justiz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Dazu hat sich Herr Kollege Toni Schuberl von den GRÜNEN gemeldet. Herr Schuberl, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich habe es in meiner Rede angesprochen: Wegen der Beschränkung der Besuchszeiten gibt es jetzt erweiterte Telefonzeiten und auch eine Skype-Möglichkeit. Hierzu gab es eine Petition, die 530 Inhaftierte allein aus der JVA Straubing eingereicht und unterstützt haben. Wie sieht Ihre Bilanz bezüglich dieser erweiterten Telefon- und Skype-Nutzung aus? Wie kann man dies in Zukunft auch bei normalen Besuchszeiten wieder kombiniert schaffen? Oder ist das aufgrund des Personals nicht machbar? Die Technik funktioniert offensichtlich. Hier scheint vieles möglich zu sein. Das würde mich interessieren.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Wir haben jetzt in Corona-Zeiten die große Aufgabe, die Gesundheit und das Leben der Bediensteten, aber auch der Gefangenen zu schützen. Deswegen haben wir im letzten Jahr viele Sicherungsmaßnahmen einleiten müssen. Eine davon war, den Besuch insbesondere dann, wenn die Inzidenzzahlen hoch waren, einzuschränken. Wir haben uns aber immer bemüht, ausgleichende Maßnahmen zu ergreifen, weil wir natürlich auch möchten, dass der Kontakt der Gefangenen zu ihren Familien erhalten bleibt und dass die Sozialkontakte erhalten bleiben. Deswegen haben wir uns im letzten Jahr bemüht, die Telefonie und zum Teil auch die Videotelefonie auszubauen. Wir haben viel in die Infrastruktur investiert. Wir werden das am Ende bewerten. Ich kenne die Petition und die Argumente. Wir werden am Ende bewerten, ob bzw. in welcher Form wir dies fortführen. Dies ist aber noch nicht entschieden, sondern wir führen dann eine Evaluation durch, wie es funktioniert hat. Natürlich gibt es auch Sicherheitsthemen. Dies – das steht auch so in unseren Presseantworten – soll nicht dazu dienen, dass jemand seine Flucht plant oder die Möglichkeiten dazu benutzt, auf Opfer oder – im Rahmen von Gerichtsverhandlungen – auf Zeugen einzuwirken. Das muss man sich also gut überlegen, aber wir werden am Ende evaluieren und entscheiden, wie wir damit weitermachen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12759 mit 18/12763, 18/12794 mit 18/12802, 18/12887, 18/12943, 18/13028 mit 18/13032 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14259. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14259 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Danke schön. – Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD, die SPD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Danke schön. – Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AFD, die SPD, die FDP und Herr Plenk (fraktionslos). – Ich denke, Sie sind auch daran interessiert, dass das Ministerium weiterarbeiten kann. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/14259 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13028 mit 18/13032 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 18/12759

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Offensive für den Rechtsstaat – Mittel für die Finanzierung von 450 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in der ordentlichen Gerichtbarkeit in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12760

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 18/12761

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Offensive für einen guten Behandlungsvollzug – Mittel für die Finanzierung von 464 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12762

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 18/12763

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 04 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12794

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12795

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Starke Justiz für Bayern – 50 neue Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12796

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Starke Justiz für Bayern – Echte Personalaufstockung in der Rechtspflege
   (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
   Drs. 18/12797

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern – Sicherheit von Justizgebäuden verbessern
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12798

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern – 80 neue Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
    (Kap. 04 04 Tit. 428 01)
    Drs. 18/12799

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern – Digitales Arbeiten in einer modernen Justiz
    (Kap. 04 04 Tit. 812 30 u. TG 99)
    Drs. 18/12800

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech-Kriminalität
    (Kap. 04 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/12801

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Starke Justiz für Bayern – 100 neue Stellen im Justizvollzug
    (Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)
    Drs. 18/12802

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entgelte für Postdienstleistungen
    (Kap. 04 04, Tit. 511 02)
    Drs. 18/12887

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit
    (Kap. 04 04 Tit. 427 01)
    Drs. 18/12943

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Alexander König
Abg. Katharina Schulze
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Christoph Maier
Abg. Ferdinand Mang
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Horst Arnold
Abg. Martin Hagen
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Florian Siekmann
Abg. Martin Böhm
Abg. Michael Hofmann
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Abg. Markus Plenk
Abg. Harald Güller

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/13026 und 18/13027)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12788 mit 18/12793)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12934 mit 18/12941)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12882 mit 18/12886)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Somit entfallen die bekannten Redezeiten auf die jeweiligen Fraktionen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass von der AfD-Fraktion zu deren Änderungsantrag auf Drucksache 18/12936, "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung", Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Alexander König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, gestatten Sie mir als erstem Redner heute Nachmittag, Ihnen für diesen würdevollen Trauerakt herzlich zu danken. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Wir schnaufen jetzt alle einmal durch und kommen wieder zum Tagesgeschäft, sprich zur Endberatung des Haushalts 2021.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, schon zu Beginn dieser Beratungen lässt sich mit Sicherheit sagen: Bayern bleibt das Land der soliden Finanzen, das Land der Investiti-

onen und das Land der Zukunftschancen.Der Haushalt 2021 gibt Sicherheit durch kraftvolle Investitionen, er steht für Stabilität und Verlässlichkeit, und er wirkt mit den Schwerpunkten Bildung, Wissenschaft und Forschung weit in die Zukunft – ein Füracker'scher Musterhaushalt insgesamt, mit den allerdings nicht zu vermeidenden Corona-Unsicherheiten.

Das Haushaltsvolumen steigt im Jahr 2021 auf 71,2 Milliarden Euro. Bereinigt um die coronabedingte Schuldenaufnahme für das Kapitel 13 19 – Sonderfonds Corona-Pandemie – in Höhe von maximal 8,3 Milliarden Euro handelt es sich um eine moderate Haushaltserhöhung von deutlich unter 3 %.

In der Debatte zum Doppelhaushalt 2019/2020 hat Herr Hartmann von den GRÜNEN noch massiv das Ausgabenwachstum kritisiert. Zu diesem Haushalt 2021 haben die GRÜNEN Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro beantragt sowie zur Finanzierung anderer Maßnahmen massive Kürzungen im Sozialbereich wie die Streichung des Familiengeldes in Höhe von 770 Millionen Euro und des Landespflegegeldes in Höhe von 414 Millionen Euro. Außerdem wurde von den GRÜNEN beantragt, einen Einnahmetitel für Einnahmen aus der Ausgabe von sogenannten Green Bonds in Höhe von einer Milliarde Euro zu veranschlagen. Die Milliarde sollte nach grüner Vorstellung für ökologische Projekte verwendet werden.

Allein diese Vorschläge würden eine Steigerung des Haushaltsvolumens um mehrere Milliarden Euro bedeuten, weshalb ich davon ausgehe, dass Ausgabenwachstum nicht mehr Ihr Kritikpunkt am Haushalt sein wird. Dafür spricht auch das Parteiprogramm der GRÜNEN zur Bundestagswahl, das in Konkurrenz zur SPD und der LINKEN auf höhere und neue Steuern, mehr Umverteilung, mehr Staatsanteil und damit auf ungehemmtes Ausgabenwachstum setzt, eine Politik zulasten der Jugend, der Zukunft und zulasten unseres Landes, eine Politik, die für uns, die CSU, weder im Bund und schon gar nicht in Bayern in Betracht kommt.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen, Kolleginnen und Kollegen, auf Stabilität und Verlässlichkeit. Diese wurde uns auch wieder durch ein erneutes Spitzenrating von Standard & Poor's bestätigt. Bayern erzielte als einziges Bundesland die Bestnote. Unser Dank gilt an der Stelle auch unserem Finanzminister Albert Füracker, der hierauf zu Recht stolz sein kann.

Natürlich, Kolleginnen und Kollegen, wird der Haushalt 2021 auch von der Corona-Pandemie geprägt. Wir hoffen, dass es der Bundesregierung, die für die Beschaffung des Impfstoffes zuständig ist und derzeit auch alleine Zugriff auf die Impfstoffe hat, gelingen möge, die Bestell- und Lieferengpässe zu überwinden, um damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die so dringend erforderliche Normalisierung unseres Lebens schnellstmöglich erreicht werden kann.

Bis dahin tun wir hier alles, um Leben zu retten, Menschen zu schützen, indem wir Medikamente, Schutzausrüstung, Schnelltests, Geräte, Ausrüstung usw. beschaffen, die Logistik für die Impfungen bereitstellen und auch Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz bezahlen. Insgesamt investieren wir in diesem Jahr für die Stärkung des Gesundheitsdienstes, wozu auch 500 zusätzliche Stellen gehören, 5,7 Milliarden Euro von der maximal vorgesehenen Neuverschuldung.

In danke an der Stelle, Kolleginnen und Kollegen, unserem Ministerpräsidenten Markus Söder, der unser Land trotz aller hier nicht zu vertretenden Unzulänglichkeiten geradlinig, sicher und verlässlich durch diese große Herausforderung steuert. Ich wünschte, alle notorischen Besserwisser ohne konkrete Gegenvorschläge könnten die ungeheure Verantwortung und Last, die auf Markus Söder tagtäglich ruht, auch nur einmal kurz spüren.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke aber auch unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der einen tollen Job macht, stellvertretend für alle Frauen und Männer, die nicht nur reden, sondern durch aktives Tun die täglichen Herausforderungen der Corona-Pandemie bewältigen.

Rechnerische Grundlage des Haushalts 2021 ist die Steuerschätzung vom November, die Steuermindereinnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro prognostiziert. Neue Schulden machen wir ausschließlich für coronabedingte Maßnahmen. Das heißt, wir halten an der Schuldenbremse fest. Mit uns gibt es kein Aufweichen der Schuldenbremse, noch nicht einmal für Investitionen, mit uns gibt es auch keine Green Bonds oder ähnliche Wechsel auf die Zukunft unserer Kinder. Wir stehen für generationengerechtes Haushalten und Wirtschaften. Das ist und bleibt das Markenzeichen der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wer solide wirtschaftet, Kolleginnen und Kollegen, wie wir das tun, der verfügt auch über eine nennenswerte Rücklage und kann dieser, wenn es, wie in diesem Jahr nötig ist, 2,1 Milliarden Euro entnehmen. Zusammen mit einer globalen Minderausgabe aller Ressorts über 538 Millionen gleichen wir den Haushalt 2021 aus. Der Haushalt 2021 ist ein ehrlicher Haushalt, der neben den zu erwartenden Steuereinnahmen aus dem Dreiklang aus coronabedingten Schulden, der Rücklagenentnahme und den Sparbeiträgen der Ressorts besteht.

Wir brauchen jedoch, Kolleginnen und Kollegen, keine neuen Steuern, wie die von Herrn Scholz, von den GRÜNEN und der LINKEN geforderte Vermögensteuer, deutliche Erhöhungen der Einkommensteuer für die sogenannten Besserverdienenden, wie jetzt auch von den GRÜNEN gefordert, und schnellere und höhere Belastungen unserer Wirtschaft, wie die im Wahlprogramm der GRÜNEN vorgesehene vorzeitige Erhöhung der CO_2-Abgabe.

Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit. Verlässlichkeit heißt auch, nicht ständig und willkürlich die Rahmenbedingungen zu verändern. Wir brauchen im Gegenteil steuerliche Impulse für unsere Wirtschaft und steuerliche Anreize für die Leistungsträger in diesem Land wie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, wenn wir gestärkt aus der Krise kommen wollen.

Seit der letzten Unternehmensteuerreform sind 13 Jahre vergangen. Seitdem hat die Welt um uns herum die Rahmenbedingungen verändert. Ein Exportland wie Deutschland muss darauf reagieren, wenn wir im Wettbewerb bestehen wollen. Deshalb heißt das Gebot der Stunde nicht Steuererhöhungen, sondern Anpassung der Steuersätze an die internationalen Wettbewerber. Wer glaubt, Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns in Deutschland eine grün-rot-rote Konsuminsel des Umverteilens leisten können, der wird ein wirtschaftspolitisches und damit auch haushaltspolitisches Fiasko erleben müssen, das sage ich Ihnen voraus.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht unser Weg. Wir setzen im Gegenteil auf Stabilität und auf kräftige Investitionen. Die Investitionsquote dieses Haushalts beträgt 14 %.

Auch unsere bayerischen Kommunen, die seit Jahren eine Investitionsquote von über 20 % haben, werden weiter kräftig investieren können, weil wir den kommunalen Finanzausgleich trotz rückläufiger Steuereinnahmen mit 10,36 Milliarden Euro auf Rekordniveau halten.

Gleichzeitig nimmt unser Haushalt 2021 entgegen manchen Erwartungen niemandem etwas weg – das ist ganz wichtig. Denn es wäre widersprüchlich, erst den Bürgern und Unternehmen zu helfen und ihnen dann wieder etwas wegzunehmen. Das gilt, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, namentlich auch für soziale Leistungen wie das Familiengeld und das Landespflegegeld – Leistungen, die die GRÜNEN den Menschen nicht gönnen.

Für Kindertageseinrichtungen sieht der Haushalt mittlerweile 2,85 Milliarden Euro vor. CSU und FREIE WÄHLER sind als Familienkoalition angetreten und stellen dies auch mit diesem Haushalt in der Corona-Pandemie unter Beweis. Wir unterstützen auch nicht nur die Institutionen und die Träger, sondern vor allem auch direkt und unmittelbar die einzelnen Menschen. 23,6 Milliarden Euro investieren wir insgesamt in Wis-

senschaft und Bildung. Die im Doppelhaushalt 2019/2020 gestaltete Hightech Agenda wird beschleunigt und um neue Projekte ergänzt.

Eine bestens ausgestattete Polizei mit weiteren 500 neuen Stellen ist für uns ebenso selbstverständlich wie ein gleichbleibend hoher Haushaltsansatz von 393 Millionen Euro für unsere Staatsstraßen, zusätzliches Geld für das 365-Euro-Jugendticket und den ÖPNV, 77 Millionen Euro für die bayerische Klimaschutzinitiative, 76 Millionen Euro für das Maßnahmenpaket Artenschutz und 83 Millionen Euro für die Stärkung des Tourismus in Bayern, um nur einige Beispiele zu nennen.Diese und viele weitere Einzelmaßnahmen, Kolleginnen und Kollegen, werden heute und in den nächsten beiden Tagen Gegenstand der Endberatungen sein.

Ich danke unserem Finanzminister Albert Füracker und seinem Haus für die Vorlage dieses wirklich soliden Haushalts. Mein Dank gilt ebenso unserem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die sorgfältige und zielorientierte Beratung.

Ob die Zahlen des Haushalts 2021, der nur ein Jahr umfasst, in Erfüllung gehen werden, hängt natürlich davon ab, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Wir hoffen, sicher miteinander, dass wir schnellstmöglich aus der Corona-Krise kommen, sich unser Leben und unser Wirtschaften normalisieren und wir dann auch das Zahlenwerk dieses Haushalts 2021 einhalten oder vielleicht sogar übertreffen können.

Verantwortliche Politik heißt in dieser Zeit nicht nur, um die besten Lösungen zu ringen, sondern auch Zuversicht auszustrahlen, Kolleginnen und Kollegen. Dafür steht unser Haushalt 2021: Zuversicht! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatshaushalt passt zu Markus Söder: Beim ersten Anblick erscheint er wuchtig im Auftreten, bei genauerem Hinsehen ist er aber ein Leichtgewicht; denn die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Freistaates Bayern fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr König, ich fand es ja nett, dass Sie anscheinend schon im Wahlkampfmodus sind und dass Sie den Großteil Ihrer Rede darauf verwendet haben, über unsere grünen Ideen für Investitionen in die Zukunft zu sprechen. Gerne führe ich das noch mal ein bisschen genauer aus, weil ich das Gefühl habe, Sie haben einige Sachen nicht konkret verstanden.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine Zukunftspartei, und deswegen haben wir einen Entwurf vorgelegt, der dafür sorgt, dass die Weichen in Bayern richtig gestellt werden – für Mensch und für Natur.

Lassen Sie mich mit der größten Herausforderung, der wir jetzt begegnen müssen, anfangen. Natürlich müssen wir die Corona-Krise bekämpfen. Aber die Klimakrise schläft währenddessen nicht. Wir sind schon mittendrin: Menschen sterben an Hitze, Dürre gibt es in Ober- und Unterfranken, Überschwemmungen in Niederbayern und zu warmes Grundwasser in ganz Bayern. Auch wenn sich Ihr Ministerpräsident immer gerne neben jeden Baum stellt,

(Zuruf)

wenn ein Fotograf danebensteht, zeigt doch Ihr Haushalt, dass Sie beim Thema "konsequenter Klimaschutz" nur in Trippelschritten vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Haushalt sinken zum Beispiel die Zusatzmittel zur energetischen Gebäudesanierung auf 25 Millionen Euro. Da stelle ich mal die Frage: Wie viele Gebäude wollen Sie denn dann mit dem Geld sanieren? Was ist mit den kommunalen Gebäuden?

Ihr Förderprogramm "Green Hospital" bzw. "Umweltfreundliches Krankenhaus" läuft einfach nur aus. So geht, Kolleginnen und Kollegen, kein konsequenter Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen hat meine Fraktion die Klima-Milliarde vorgeschlagen. Das ist der Kern unseres Haushaltsentwurfs. Diese Milliarde muss in konsequenten Klimaschutz fließen. Wir bauen damit die Nahwärmenetze aus, wir renaturieren die Moore, wir verbessern das Zugangebot, wir investieren in Elektromobilität und günstige ÖPNV-Tarife, wir bauen das Energiesystem der Zukunft, anstatt die saubere Windkraft, wie Sie mit Ihrer unsäglichen 10-H-Regelung, zu verhindern, wir sanieren öffentliche Gebäude energetisch, was übrigens ein richtiger Jobmotor für unser Handwerk ist, und wir legen einen ökologischen Transformationsfonds mit 300 Millionen Euro auf.

(Zuruf)

Damit werden mittelständische Unternehmen in Bayern bei der Ökologisierung ihrer Produkte und Prozesse bestmöglich unterstützt, damit diese den Strukturwandel zu mehr Nachhaltigkeit bewältigen können.

Diese bayerische Klima-Milliarde finanzieren wir aus bayerischen Green Bonds, also staatlichen Anleihen auf dem Markt für grüne Geldanlagen. Damit, und das ist doch das Schöne daran, können sich alle am staatlichen Klimaschutz beteiligen. Wir haben ein Win-win für beide Seiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir Ihre Vorschläge anschaue, dann muss ich wieder sagen, Sie geben überall ein bisschen Geld hin, aber Sie wagen sich nicht an den Umbau zu mehr

Nachhaltigkeit, und da müssen wir hin. Wir haben das Jahr 2021. Wir haben uns auf das Pariser Klimaabkommen verständigt. Das Pariser Klimaabkommen bedeutet, dass wir an jeder Stelle, an der wir Verantwortung tragen, in allen Sektoren CO_2 reduzieren müssen.

Was machen Sie beispielsweise beim Thema Radverkehr? – Da wollen Sie ganze 2 Millionen Euro für Radschnellwege ausgeben. Kurze Frage an Sie: Sie wollen schon mehr als einen halben Radschnellweg bauen, oder? Wenn Sie das wirklich wollen, dann müssten Sie dort klotzen und nicht kleckern. Wir haben ein Paket von rund 250 Millionen Euro für umweltfreundliche Mobilität, für Radelschnellwege, für den Bau von Radwegen und für Bike-and-Ride-Anlagen geschnürt. So geht der Mobilitätswandel in diesem Land!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns GRÜNE ist klar: Klimaschutz geht nur Hand in Hand mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Gerade in der Corona-Krise sehen wir doch wie durch ein Brennglas, wo es überall hakt. Da ist zum einen die kommunale Ebene, die ächzt und stöhnt, weil sie all die Aufgaben und zu wenig Steuereinnahmen hat. Da, finden wir, muss der Freistaat helfen. Wir möchten deswegen 300 Millionen Euro mehr für die Bezirke ausgeben, weil wir wissen, dass die Bezirke entscheidend für soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung, für eine gute Versorgungsstruktur von älteren Menschen und für Menschen mit psychischen Erkrankungen sind.

Wir finden es als GRÜNE auch falsch, dass Sie die Berufseinstiegsbegleitung für 3.500 Jugendliche mit Förderbedarf nicht weiter fördern wollen. Diese Koalition, meine Damen und Herren, lässt die Träger und die Jugendlichen einfach über die Klinge springen. Unser Antrag, den wir gemeinsam eingebracht haben, ist eine Brücke und eine Lösung für die Jugendlichen, die Träger und die Unternehmen, und ich erwarte da Zustimmung von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder hat es ja schon seit mehreren Jahren zu seinem Spezialgebiet erklärt, dass er gerne Geld über das Land verteilt. Dann kriegt er nämlich hier mal eine nette Pressekonferenz und dort mal ein nettes Pressebildchen. Aber der konkreten Sache hilft es wenig.

Nehmen wir als ein Beispiel die Kitas. Sie lassen sich mit Ihrem 100-Euro-Kita-Beitragszuschuss für alle, auch für Gutverdienerinnen und Gutverdiener, feiern. Aber seien wir doch mal ehrlich: Wenn wir eine gute Kita haben wollen, dann müssen wir doch in die Qualität der Kita investieren, nämlich in einen höheren Personalschlüssel und in eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher. Deswegen wollen wir GRÜNE 45 Millionen Euro im nächsten Jahr für mehr Qualität in Kitas ausgeben, anstatt den Beitragszuschuss weiter einkommensunabhängig zu bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich auf soziale Berufe schaue, muss ich nicht nur auf Erzieherinnen und Erzieher gucken. Da gucken wir mal auf die Arbeitsbedingungen der anderen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft: auf die Pflege. Anstatt die über 400 Millionen Euro für das Pflegegeld an alle auszuschütten, wollen wir GRÜNE in die Pflegeinfrastruktur, in die Ausbildung und in die Digitalisierung investieren. Das hilft dem Pflegefachpersonal, den Pflegenden und den Angehörigen. Gerade in der Corona-Krise sehen wir doch, wie dringend wir diese Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft brauchen.

Wenn wir schon über Corona reden, dann muss ich hier klar und deutlich sagen: Es ist doch ein Armutszeugnis, dass dieser wunderbare Freistaat oft noch so analog arbeitet. Noch immer fährt man in Bayern von Funkloch zu Funkloch. In vielen Gebieten ist Digitalunterricht nicht richtig möglich, weil die Breitbandverbindung fehlt oder die Leihgeräte immer noch nicht vor Ort sind. Auch Polizistinnen und Polizisten können nicht überall dort, wo es möglich wäre, Homeoffice machen, weil nicht genug Laptops vorhanden sind.

Die Gesundheitsämter haben nach einem Jahr Pandemie endlich eine einheitliche Software, aber sie nutzen sie nicht flächendeckend, weil die entscheidende Schnittstelle fehlt. Sorry; das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt nämlich vor allem, dass Markus Söder ein blendender Verkäufer ist: Er ist immer auf der Titelseite, immer im Fernsehen und hat immer einen passenden Spruch auf den Lippen. Sieht man sich aber das konkrete Handeln an, ob die Basics der Pandemiebekämpfung stimmen, muss man klar sagen: Sie funktionieren in diesem wunderbaren Freistaat Bayern nicht. Das ist mitten in einer globalen Pandemie fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um wieder über Innovationen und Investitionen in Innovationen zu reden: Deswegen legen wir in unserem Haushaltsentwurf einen Schwerpunkt auf Digitalisierung und Innovation. Neben den sinnvollen Investitionen in eine KI-Strategie und mehr Forschung sorgen wir zusätzlich für die Basics, die eigentlich längst laufen sollten, nämlich Glasfaseranschluss in jedem Haus, ausreichend Endgeräte sowie die passende Software und Hardware für eine digitale Verwaltung. Da muss aus grüner Sicht endlich geklotzt und darf nicht weiter gekleckert werden. Es ist einfach nur peinlich, wie Bayern im Jahr 2021 bei der Digitalisierung hinterherhinkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim aktuellen Einzelplan kann man auf jeden Fall feststellen, dass vieles in Bayern nicht so funktioniert, wie wir es gerne hätten. Auf die Eitelkeit von Markus Söder ist aber Verlass: Die Mittel für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit wurden noch einmal erhöht. Der Ansatz für den Besuch ausländischer Staatsgäste ist fünfmal so hoch wie im Jahr 2018. Ich frage mich die ganze Zeit, wer Sie in der Pandemie denn ständig besucht.

(Zuruf)

Die Ausgaben für Orden und Ehrenzeichen haben Sie gegenüber dem Jahr 2019 mehr als verdoppelt. Immer noch will Markus Söder bei sich mehr Personal: Die Zahl der Planstellen in der Staatskanzlei ist noch einmal um 30 % gestiegen. Ich bin mir sicher, dass die Herren und Damen dort super arbeiten, aber es stellt sich doch schon die Frage, ob es nicht besser wäre, die inhaltliche Arbeit in den Ministerien zu stärken.

(Zuruf)

Das wäre aus grüner Sicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich schon dabei bin, möchte ich noch ein paar Takte an die CSU-Fraktion richten. Ich weiß, dass Sie gerade damit beschäftigt sind, irgendwie Ihre Korruptionsaffäre in den Griff zu bekommen. Keine Sorge: Wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, bekommt die Justiz mehr Personal. Ich finde aber, das entbindet Sie nicht davon, gescheite Haushaltsarbeit zu machen.

Ich stelle fest: Sie haben nur die Fraktionsreserve von 60 Millionen Euro wild verteilt, den Gesamthaushalt aber unangetastet gelassen. Wie immer lassen Sie bei dem Thema die Söder-Regierung machen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde es schade; denn das Haushaltsrecht ist eigentlich die Königsdisziplin des Bayerischen Landtags.

An dieser Stelle deshalb ein herzliches Dankeschön an unsere haushaltspolitische Sprecherin Claudia Köhler sowie an Barbara Fuchs, Tim Pargent und Ludwig Hartmann, die für uns auch im Haushaltsausschuss sitzen. Im Gegensatz zu Ihnen zeigen sie, wie detailreiche Parlamentsarbeit auszusehen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Regierungsfraktionen, ich habe mir Ihre Anträge angesehen. Wenn Sie mal einen Antrag stellen, geben Sie 20.000 Euro an den antifeministischen Verein "Forum

Soziale Inklusion". Ich weiß nicht, ob irgendjemand von Ihnen einfach mal gegoogelt und sich diesen Verein angesehen hat; denn dann hätten Sie erkennen können, dass es sich um eine Männerrechtsbewegung handelt, die scheinheilig auf Gleichberechtigung macht, aber eigentlich nur auf mehr Rechte für Männer hinarbeitet und deswegen schon beim Bundesministerium abgeblitzt ist. Diese Gruppe wollen Sie unterstützen? – Aus grüner Sicht geht das gar nicht. Das hat mit dem Kampf für echte Gleichberechtigung nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann geben Sie noch symbolisch 20.000 Euro für den Wiederaufbau der Wave of Hope School im Flüchtlingscamp Kara Tepe auf Lesbos aus. Ich finde das ziemlich kleinlich; denn wenn Sie sich die Lage vor Ort einmal ansehen würden, wüssten Sie genauso gut wie ich, dass 20.000 Euro nicht helfen. Kinder werden dort von Ratten im Zelt angeknabbert. Es gibt keine Heizung. Es gibt kein warmes Wasser. Es wird immer wieder von Selbstmordversuchen berichtet.

Wenn die Staatsregierung wirklich helfen will, sollte sie endlich ein bayerisches Aufnahmeprogramm starten, das die GRÜNEN seit Monaten fordern. Holen Sie die höchst vulnerablen Menschen nach Bayern, denn es gibt so viele Kommunen, die aufnehmen und helfen wollen. Wir haben Platz. 20.000 Euro reichen dort ganz sicher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anhand dieser Beispiele sehen wir also, dass der Haushalt der Söder-Regierung seinem Namen alle Ehre macht. Er klingt zunächst wuchtig; blättert man aber durch die 5.400 Seiten, merkt man schnell, dass der Plan fehlt: Die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns, in die Infrastruktur, in den Klimaschutz sind mau.

Noch ist es aber nicht zu spät, denn wir führen jetzt drei Tage lang die Debatte. Sie können gerne unseren Änderungsanträgen für die Klimamilliarde und unsere Zu-

kunftsstrategie zustimmen; dann kann das noch etwas werden. Ich bin davon überzeugt: Wenn die Gesellschaft über sich hinauswächst, muss es auch diese Regierung tun. Dieser wunderbare Freistaat hat es verdient, besser regiert zu werden.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir gerade gehört? – Der Bayerische Ministerpräsident sei ein Leichtgewicht. Frau Kollegin Schulze, ich sage Ihnen: Sie waren heute im wahrsten Sinne des Wortes kurzatmig, und zwar nicht nur aufgrund Ihrer Intonation, sondern auch aufgrund der Inhalte, die Sie hier zum Besten gegeben haben. Sie behaupten, dass die GRÜNEN eine Zukunftspartei wären. Dazu kann ich Ihnen sagen: Ich kann mir etwas Besseres vorstellen als eine Zukunft mit Verbot und Verzicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Am Anfang einer jeden Haushaltsrede steht bei mir etwas, was Sie langweilig finden werden, ich aber für notwendig halte, nämlich der Dank an die vielen Menschen und Unternehmen in Bayern, die Steuern zahlen und dazu beitragen, dass wir in Bayern das Geld zielgerichtet ausgeben können, also so, wie wir es für richtig halten.

An dieser Stelle darf ich einen weiteren Dank an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an den Finanzminister Albert Füracker und an alle Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss richten, die in den letzten Wochen engagiert gearbeitet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Schulze, unterliege ich nicht der Hybris zu behaupten, dass alles, was wir in den Haushalt geschrieben haben, beantragt haben und mit Mehrheit beschließen werden, der Weisheit letzter Schluss ist.

(Zuruf)

Selbstverständlich gibt es Anträge der GRÜNEN, der SPD, der Oppositionsfraktionen, die durchaus bedenkenswert sind. Ich weiß aus Oppositionszeiten, dass es frustrierend ist, wenn die Anträge abgelehnt werden, aber sie sind nicht vergeblich, sondern die Diskussionsgrundlage für die Zukunft. Auf dieser Basis müssen wir selbstverständlich darüber nachdenken, ob das eine oder andere, das aus Ihren Reihen kommt, bedenkenswert für die Zukunft ist. Deswegen danke ich auch für alle Oppositionsanträge, weil sie die parlamentarische Debatte und unsere Diskussion bereichern. Sie machen die Entscheidungen dieses Hauses insgesamt besser.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt möchte ich mich an den Finanzminister wenden, beginne allerdings mit dem Ministerpräsidenten, der ein gutes Gespür für eine sinnvolle Karriereplanung hat; er hat nämlich rechtzeitig das Amt des Finanzministers gegen dasjenige des Ministerpräsidenten eingetauscht. In dieser Pandemie ist es kein Vergnügen, Finanzminister zu sein, sondern eine ganz herausfordernde und sehr schwere Aufgabe.

Ich bin der Meinung, lieber Albert Füracker: Es ist dir hervorragend gelungen, den Haushalt aufzustellen, vorzustellen und ihn mit uns zu diskutieren, um ihn in den anstehenden drei Tagen zur Vollendung zu bringen, sprich: zu einer Mehrheit im Parlament. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes noch: Wenn die Regierung Ausgaben tätigt, höre ich von der Opposition immer wieder, es handle sich um Geschenke. Sie können sagen, was Sie wollen; Sie sollten sich aber über die Wirkung im Klaren sein, wenn Sie sagen, die Eigenheimzu-

lage ist ein Geschenk oder gar ein Wahlgeschenk. Wenn Sie uns damit meinen: Uns können Sie damit nicht treffen. Sie treffen aber diejenigen, die diese Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, die sie benötigen, die damit ein Eigenheim errichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushalt heißt auch Steuerrecht. Gestatten Sie mir deshalb zwei, drei Sätze zu diesem Punkt. Dies wird ja im Bundestagswahlkampf und ab dem Herbst, wenn sich eine neue Regierung, unter welchen Vorzeichen auch immer, bildet, ein zentrales Thema sein. Es stimmt eben nicht, dass höhere Steuern gleich mehr Steuereinnahmen gleich mehr Gerechtigkeit bedeuten – das Gegenteil ist der Fall. Ich sage das jetzt ungern: Der letzte Kanzler, der eine große Steuersenkung vorgenommen hat, war Gerhard Schröder. Ich glaube, dass er damit zumindest nicht ganz falsch lag. Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft, Gift für die Konjunktur, Gift für die Leistungsträger, Gift für uns alle und bedeuten am Ende, dass wir weniger Geld zur Verfügung haben, um wichtige Dinge in der Gesellschaft zu richten, zu reparieren, anzuschieben und zu initiieren. Dies ist aber dringend notwendig, wenn wir Bayern zukunftsfähig halten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein zentraler Schwerpunkt ist die Generierung dauerhafter Einnahmen. Dies bedingt eine starke Wirtschaft. Deswegen war es richtig, dass diese Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, an der Spitze mit Markus Söder und Hubert Aiwanger, die Hightech Agenda ins Leben gerufen hat. Zu einer Zeit, als wir noch nicht von einer Pandemie gesprochen haben, haben wir schon vorausgedacht. Dies zeichnet uns aus. Wir haben eine Hightech Agenda ins Leben gerufen, während andere auf die Straße gegangen sind und die ältere Generation mit Sprüchen beschimpft haben wie: Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut. – Diejenigen haben auf unsere Väter und Großväter gezeigt und haben gesagt: Ihr habt unsere Welt ruiniert. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Unsere Väter und Großväter, unsere Mütter und Großmütter

haben dieses Land aufgebaut und haben dazu beigetragen, dass wir jetzt die Grundlage haben, um diese Pandemie zu überwinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir müssen aus dieser Pandemie schnell herauskommen; denn jede Woche, die wir im Lockdown verharren, ist eine Gefahr für die Wirtschaft und für die Gesellschaft. Impfen und Testen – das sind die Gebote der Zukunft, der nächsten Wochen und nächsten Tage. Ich appelliere an die Bundesregierung und an diejenigen, die in Berlin Verantwortung tragen: Das muss schneller gehen; das muss dynamischer gehen. Das kann nicht so lang dauern. Wir verheddern uns in Bürokratie. Wir begehen hausgemachte Fehler. Das darf nicht sein. Ich sage es ganz deutlich: Die Menschen draußen zeigen hohe Akzeptanz und haben großes Verständnis dafür, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, und sie haben uns auch den einen oder anderen Fehler verziehen. Wir stehen jetzt aber wirklich vor einer Bewährungsprobe. Wir müssen jetzt in die Gänge kommen; ansonsten verlieren wir die gesellschaftliche Akzeptanz. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz werden wir keine Politik betreiben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir alle miteinander im Bereich Impfen, im Bereich Testen und in der medizinischen Versorgung mit Dynamik ansetzen. Mit Klaus Holetschek haben wir einen engagierten Minister. Klaus Holetschek weiß, welche Möglichkeiten, welche Chancen, welche Aufgaben er hat. Er wird diese Aufgaben in den nächsten Wochen befriedigend und zufriedenstellend lösen, vorausgesetzt, er bekommt aus Berlin die entsprechenden Vorgaben und die entsprechenden Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe heute ist es, den Haushalt zu verabschieden, einen Zukunftshaushalt, einen Haushalt, der Bayern gut in die Zukunft führt. Wir brauchen das Wirtschaftssystem nicht umzubauen, wir müssen es aber fit für die Zukunft machen. Dazu gehört ganz zentral die Hightech Agenda. Dazu gehört aber

auch, dass wir zu unserer traditionellen Wirtschaft stehen und die Automobilindustrie nicht verteufeln, den Verbrenner nicht aus ideologischen Gründen verteufeln, nur weil man es gern anders hätte. Ganz ehrlich: Ein wenig Träumerei ist ja ganz recht, Frau Kollegin Schulze. Ich habe gehört, dass Sie gesagt haben: Wir sorgen in Bayern dafür, dass. – Na ja, vielleicht haben Sie den Mund sehr voll genommen. Momentan sind Sie in der Opposition und können Ratschläge geben; dafür sorgen, dass es in Bayern gut läuft, tun aber die Regierungsfraktionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sorgen dafür, dass es der Wirtschaft gut geht. Wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur insbesondere in den Regionen geschaffen wird. Ich weiß: Als wir in den Landtag kamen, haben wir noch andere Diskussionen geführt. Inzwischen sind wir uns in den Regierungsfraktionen ganz klar einig: Regionalität ist eine der großen Chancen, eine der großen Trumpfkarten des Freistaates. Wir sind eben nicht nur im Zentrum, in München stark, sondern auch in allen Regionen Bayerns, in Franken, in Schwaben, in Altbayern. Wir sind stark. Wir müssen aber auch etwas dafür tun. Deswegen investieren wir in Infrastruktur, in Verkehrsinfrastruktur. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ja, wir investieren auch in die Straße; denn der ÖPNV fährt nun einmal auf der Straße, und auch der Individualverkehr ist wichtig, wenn wir nicht wollen, dass alles in den Großraum München zieht und dadurch noch mehr Probleme entstehen. Wir stehen für ganz Bayern. Wir FREIEN WÄHLER stehen für Regionalität, seit wir hier im Landtag sind, und diese Regierungskoalition lebt das auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ja, Frau Schulze, Breitbandausbau ist ein Thema; das ist richtig. Da müssen wir besser werden – überhaupt keine Frage. Deswegen habe ich nicht ganz verstanden, dass man bei irgendwelchen Problemen mit Internet-Plattformen einem Kultusminister kurzsichtig die Schuld für Dinge in die Schuhe schieben will, die überall in Bayern und übrigens in ganz Deutschland nicht so laufen, wie sie anderswo laufen, weil wir insgesamt

Nachholbedarf haben. Das müssen wir auch angehen. Wir können uns nicht hinstellen und sagen, dass alles perfekt läuft; denn dann würden wir uns selbst überflüssig machen. – Nein, wir müssen selbstverständlich dort ansetzen, wo es notwendig ist. Der Breitbandausbau ist ganz sicher ein wichtiges Thema.

Ein wesentliches Thema ist auch die innere Sicherheit. Sie kommt mir in dieser Pandemie offen gestanden zu kurz. Deswegen an dieser Stelle auch ein ganz besonderer Dank an alle Sicherheitskräfte, die Polizei, aber auch an die innere Verwaltung, die meist ein gewisses Schattendasein führt. Auch sie hat einen wesentlichen Anteil daran, dass es in der Pandemie sehr gut geklappt hat. Wir investieren hier in mehr Personal. Wir wertschätzen unsere Polizei; wir wertschätzen unsere Sicherheitsbehörden. Wir sehen sie als sehr wichtig und sehr notwendig an. Ich glaube, dass das ein zentraler Punkt, ein Schwerpunkt bayerischer Politik war und ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir den Haushalt der Staatskanzlei diskutieren, müssen wir aber auf jeden Fall auch noch auf etwas eingehen, nämlich auf Bayern und seine internationalen Beziehungen. Hier nehme ich, Herr Staatsminister Dr. Herrmann, exemplarisch das Verhältnis Bayern – Tschechien in den Blick. Hier haben wir in Bayern Vorbildliches geleistet. Wir haben hier eine riesige Chance, die wir weiterentwickeln müssen.Ich durfte bei der Eröffnung der bayerischen Vertretung am 4. Dezember 2014 in Prag dabei sein. Das war ein bewegender Moment für alle diejenigen, die erlebt haben, dass es in der Nachbarschaft zwischen Bayern und Tschechien, verursacht durch den Nationalsozialismus und das Vertreibungsunrecht, jahrzehntelang geknirscht hat. Es gab einen ganz besonders Eisernen Vorhang.

Ich bin sehr dankbar dafür – dafür danke ich ganz persönlich auch dem früheren Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der sehr viel Anteil daran hat –, dass wir jetzt mit unseren tschechischen Nachbarn ein gutes und ausbaufähiges Verhältnis haben, das auf eine echte Freundschaft, auf wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen sowie auf

zwischenmenschliche Beziehung gerichtet ist. Das ist eine tolle Chance, die Bayern hier ergriffen hat und die sich in der Zukunft auch noch auszahlen wird.

Auch hier stehen wir, was die Verkehrsverbindungen betrifft, natürlich im Wort. Der Kollege Gotthardt ist sehr eifrig unterwegs, auch was die Zugverbindungen betrifft. Ich nenne nur das Stichwort "Wasserstoffzug München – Prag". Hier haben wir Chancen, die wir ergreifen müssen. Auch das gehört zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Punkt in dieser Krise ist auch der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dieser fällt nicht vom Himmel. Er ist natürlich auch einer guten Bildungslandschaft im Freistaat Bayern und einer Willkommenskultur geschuldet. Das sage ich jetzt an dieser Stelle auch in Richtung der Kollegen von der AfD. Es macht keinen Sinn, irgendwelche Anträge zu stellen, dass man kein Geld mehr für die Integration von Flüchtlingen, von Migranten ausgibt. Warum denn? – Das genaue Gegenteil ist doch der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in einer Sitzung, ich glaube, 15 Stunden lang, die ganze Nacht über ein Integrationsgesetz – Sie haben es "Leitkulturgesetz" genannt – debattiert. Ich glaube, die Debatte war theoretischer Natur. Der Freistaat Bayern hat etwas für die Integration getan. Die Menschen sind integriert. Der eine oder andere ist schon ein Leistungsträger in dieser Gesellschaft geworden. Sie sind Bestandteil unserer Gesellschaft. Das ist sehr positiv, sehr erfreulich und sehr gut. Es ist völlig daneben und völlig verfehlt, wenn man sagt: Da streichen wir das Geld. – Denn Sie erreichen dann das genaue Gegenteil von dem, was Sie möglicherweise, wenn ich Ihnen wohl will, wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich mit einem Appell schließen. Wir müssen uns auch um das Ehrenamt kümmern. Dies haben wir in diesem Haushalt entsprechend abgebildet; denn auch das Ehrenamt führt dazu, dass diese Gesellschaft zusammenhält – Menschen, die die Ärmel hochkrempeln und die sich nicht nur um sich selbst, sondern auch um andere

sorgen. Ich finde es großartig, was wir hier in Bayern für eine Kultur haben. Diese Kultur ist auch maßgeblich geprägt von den Menschen im Ehrenamt, die sehr viel Freizeit und sehr viel Idealismus in etwas einbringen, von dem wir alle profitieren. Meine Hoffnung ist, dass wir möglichst bald, möglichst schon im Sommer auch wieder real zusammenkommen und das genießen können, was die Ehrenamtlichen – ich nenne als Beispiele jetzt nur den Sport, die Kultur und die Musik – für uns leisten und für uns gestalten.

Mit dieser Hoffnung möchte ich auch die Hoffnung verbinden, dass Sie den einzelnen Haushalten und am Ende dem Haushalt des Freistaats Bayern des Bayerischen Landtags Ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach vor, dem ich das Wort erteile.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, ich würde Ihnen jetzt gerne zu Ihrer neuen Stelle als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gratulieren. Ich bin mir nur nicht ganz sicher, nachdem Sie jetzt mit Ihrem Wortbeitrag Ihren kompletten parlamentarischen Gestaltungsauftrag mehr oder weniger negiert haben, ob das überhaupt noch für eine Gratulation reicht. Aber ich möchte Sie trotzdem zu der neuen Rolle beglückwünschen und hoffe, dass Sie sie stärker wahrnehmen, als Sie das gerade geäußert haben.

Sie haben gesagt, die Anträge, die die Fraktionen einbringen, könnte man in der Zukunft, später einmal aufnehmen. Entschuldigung, wir als Parlament haben den Gestaltungsanspruch, auch die Haushaltshoheit wahrzunehmen. Gerade bei der Berufseinstiegsbegleitung geht es nur um 2,17 Millionen Euro. Das ist ein kleiner Betrag, aber er bedeutet für 3.500 Jugendliche die Zukunft. Wenn Ihnen die Zukunft wichtig ist, dann sollten Sie Ihre Rolle und Ihre Fraktion ernst nehmen und sich keine Sorgen um uns

machen. Machen Sie sich lieber Sorgen um den Gestaltungsanspruch als Parlamentsfraktion.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Fischbach, das Thema BerEb haben wir im letzten Ausschuss ausgiebig besprochen. Ich habe Ihnen damals gesagt: Es kann nicht angehen, dass Sie kurz vor knapp noch so einen Antrag hinwerfen. – Sie haben dieses Thema bei den Beratungen des Einzelplans nicht gebracht. Ich habe Ihnen auch gesagt – der Kollege Zellmeier hat es Ihnen ebenfalls gesagt –, dass wir diese Problematik lösen werden. Wir haben auch mit den Stimmen der FDP einen Auftrag an die Staatsregierung gerichtet. Diesen Auftrag wird die Staatsregierung wahrnehmen. Ich denke, das werden wir hinbekommen.

Ihre Gratulation nehme ich mit Dank entgegen. Ich würde mich freuen, wenn Sie im Haushaltsausschuss auch einmal solche Beratungen mitbekämen. Dann würden Sie sich diese Frage nämlich sparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Christoph Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben davon gesprochen, dass wir in Bayern eine besondere Form der Willkommenskultur hätten und die Integration bei uns dank der Leistungen der Bayerischen Staatsregierung und natürlich unter Beteiligung der FREIEN WÄHLER so gut gelungen sei. Das, was Sie hier aussprechen, ist schon ein Hohn.

Tatsache ist, dass die Bürger in Deutschland, insbesondere in Kaufbeuren, Ihre Form der Willkommenskultur nicht mögen. Im Juli 2018 fand in Kaufbeuren ein Bürgerentscheid zu der Frage statt, ob dort eine Moschee errichtet werden soll. Knapp 60 % der Kaufbeurer haben diesen Moscheebau abgelehnt. Meine Frage an Sie ist: In welcher Welt leben Sie eigentlich, wenn Sie von Willkommenskultur und gut gelungener Inte-

gration sprechen, wenn doch eine Mehrheit der Deutschen und auch die Mehrheit der Bürger in Kaufbeuren diese Form der Willkommenskultur und der Islamisierung nicht wollen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Maier, Sie sollten eigentlich mit Abstimmungsniederlagen umgehen können. Ich stehe dazu: Ich habe mich sehr engagiert für diese Moschee eingesetzt. Wir haben keine Mehrheit bekommen. Die Mehrheit hat das anders gesehen. Ob das allerdings darauf zurückzuführen ist, dass die Menschen in Kaufbeuren keine Moschee wollen, wage ich zu bezweifeln. Wir haben zwei islamische Gemeinden, die sehr aktiv sind und Gebetsräume haben. Ich bedauere nach wie vor, dass es nicht zu dem Moscheebau gekommen ist. Aber Mehrheiten muss man akzeptieren. Ich werde das tun. Die Menschen in Kaufbeuren werden das tun. Wenn ich meine letzten Wahlergebnisse anschaue, dann muss ich sagen, dass ich insgesamt politisch nicht ganz so schlecht liege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Ganz besonders grüße ich den schwarzen Klüngel unserer moralisch ach so integren CSU. In dieser Debatte geht es zum letzten Mal um den Haushaltsplan 2021. Wir haben im Haushaltsausschuss unsere Kritik vorgebracht und konstruktive Vorschläge eingebracht – freilich vergebens. Diese Debatte wird hieran nichts ändern. Die autokratische Regierung Söder hat ihre Entscheidung längst gefällt. Die Zuckerstückchen aus der Fraktionsreserve wurden auch schon verteilt. Dazu werde ich übermorgen noch sprechen.

In dieser Debatte geht es um den Einzelplan zur Staatskanzlei.Das ist der königliche Bunker von Herrn Ministerpräsident Söder. Den dazugehörigen Hofstaat hat Herr Söder noch einmal fürstlich aufstocken lassen. Für Herrn Söder ist es auch in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not, in der draußen Millionen Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, in der Hunderttausende fleißige und mutige Unternehmer vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen, selbstverständlich, dass seine Majestät den königlichen Hofstaat erneut aufbläht, frei nach dem Motto: Das Volk hat kein Brot und hungert, dann soll es doch Kuchen essen.

Geld ist aus Sicht von Herrn Söder schließlich genügend vorhanden. Man muss es nur aus dem Bürger herauspressen oder einfach noch ein paar Milliarden auf den Schuldenberg draufpacken. Im königlichen Bunker erntet Herr Söder für diese Entscheidung gewiss frenetischen Applaus. Auf diese völlig außer Kontrolle geratene Schuldenorgie werde ich ebenfalls übermorgen zu sprechen kommen.

Das aber vorneweg: Wissen Sie, was bei dieser Thematik der Unterschied zwischen Herrn Söder und König Ludwig II. ist? – Als man König Ludwig gestürzt hat, hat er für alle folgenden Generationen wunderschöne Schlösser hinterlassen, während bei Herrn Söder ein Trümmerfeld übrig bleiben wird.

(Beifall bei der AfD)

Während die Familie von König Ludwig II. sämtliche Schulden für den Schlösserbau an die Staatskasse zurückbezahlt hat, wird für Söders Schuldenwahn das Volk über viele Generationen aufkommen müssen. Sein Beiname wird vermutlich einmal "der große Zerstörer" lauten.

Konsequent haben Sie den Jugendaustausch kräftig gekürzt. Wo kämen wir denn hin, wenn Jugendliche im Ausland Alternativen zu Ihrer Lockdown-Politik kennenlernen würden? Schließlich muss nach Expertenrat, den Herr Söder auch so gerne befolgt, unsere Jugend in Angst und Schrecken gehalten werden. Kritik an dieser Politik stuft

der Chef des bayerischen Verfassungsschutzes gerne einmal als verfassungsfeindlich ein.

Bei diesem Stichwort kommen wir nun zum unangenehmen Teil der Rede. Nachdem ich den schwarzen Klüngel der CSU anfangs schon begrüßt habe, werde ich darauf auch eingehen. Mir geht es dabei nicht um die im Raum stehenden Straftaten, wie zum Beispiel die Straftat nach § 108e StGB, um die Bestechlichkeit von Mandatsträgern, auf die bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe steht. Ich respektiere die in Deutschland geltende Unschuldsvermutung. Mir geht es darum, dass es Abgeordnete gibt, die aus purer Gier den Hals nicht vollbekommen. Wir Landtagsabgeordnete werden wahrlich nicht schlecht bezahlt. Manchem scheint es aber nicht zu reichen. Nein, dann muss noch eine Extrawurst her. Man möchte noch ein zusätzliches G‘schäfterl machen, aber – pst! – nur nicht laut darüber reden. So kann man sich als Abgeordneter der CSU die Taschen mit Steuergeldern noch voller stopfen.

Jetzt soll aber alles transparent werden, und solche Geschäfte sollen laut Herrn Söder nicht mehr möglich sein. Er hat nun einen neuen Verhaltenskodex als neues Wundermittel gegen die traditionelle Vetternwirtschaft in der CSU propagiert. Glaubt man der Berichterstattung von "Monitor", gilt dieser Kodex erstaunlicherweise aber nur für Abgeordnete in höheren Positionen, also nicht für den Großteil der Abgeordneten der CSU-Fraktion. Das bedeutet nichts anderes, als dass die leisen Strippenzieher nach wie vor ihren Geschäften im Hintergrund nachgehen können.

Das zeigt, dass auch die jetzigen Skandale zu keiner Einsicht geführt haben. Im Gegenteil, Herr Söder streut der Bevölkerung wieder Sand in die Augen. Wenn jemand das Vertrauen in die demokratischen Strukturen zertrümmert, ist es der schwarze Filz der CSU mit ihrer mittlerweile langen Tradition von gebrochenen Wahlversprechen und Korruptionsskandalen. Das ist die einzige Tradition, mit der die CSU sehr traditionsverbunden ist.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir schon beim Thema fragwürdige Geldflüsse sind, muss ich feststellen: Ich habe mich immer gewundert, weshalb die CSU unter Herrn Söder alles auf die Energiewende und die E-Mobilität setzt, Milliarden nicht nur sinnlos zum Fenster hinauswirft, sondern auch dem Rückgrat unserer Wirtschaft, der herkömmlichen Automobil- und deren Zulieferindustrie, das Genick brechen würde.

Dann hat die Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktionsvorsitzenden, Frau Ebner-Steiner, bestätigt, dass die Baumüller Nürnberg GmbH für die Entwicklung der E-Mobilität Zuwendungen von über 680.000 Euro erhalten hat. Ich habe mich bei diesem Haushalt auch gefragt, weshalb wir kostbares Steuergeld in E-Busse investieren, die im Winter unbrauchbar und wirtschaftlich nicht rentabel sind. Dabei habe ich mir auch die Website der Baumüller-Gruppe angesehen, und siehe da: Diese Firma bietet doch tatsächlich E-Busse und anderen E-Mobilitätsschrott an.

Ich sage es wieder: Das wirft Fragen auf; Fragen, die aber eine volksferne Regierung nicht interessieren. Bezeichnend ist auch, dass der Herr Ministerpräsident bei dieser Debatte nicht anwesend ist. Seitdem wir wissen, dass uns Herr Söder mit einem Oster-Lockdown beglückt, bin ich gespannt, wie lange es dauert, bis wir den nächsten Nachtragshaushalt verabschieden müssen, weil das Geld erneut nicht reichen wird und Herr Söder noch weitere Generationen in seinen Schuldenturm einsperren wird.

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt ist Lobbyarbeit für die internationalen Konzerne ohne Nachhaltigkeit, ein Schuldenfiasko für viele, viele Generationen, eine Anbiederung der CSU und der FREIEN WÄHLER an die Ideologie der GRÜNEN und zuletzt ein weiterer schwerer Sargnagel für unseren verblassenden Wohlstand. Möge Herr Söder wie das Sandmännchen auch noch so viel Schlafsand streuen, wir, die AfD-Fraktion, werden diesen der Bevölkerung aus den Augen wischen und ihr reinen Wein einschenken. Verlassen Sie sich darauf.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die übertriebenen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner darf ich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Arnold, aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur AfD: Bevor Sie Sand aus den Augen wischen, sind es die Tränen, die das, was Sie an Pauschalismen verbreiten, herauswaschen. Diese Pauschalismen sind nämlich wirklich zum Weinen und dienen nicht einer sachlichen Debatte über diesen Haushalt.

Der Staatshaushalt 2021 ist ein besonderer und denkwürdiger Haushalt. Das ist uns allen klar. Er ist ein Krisenhaushalt in einer Krisensituation. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie, aber auch die Abmilderung ihrer Folgen die Haushalts- und Finanzpolitik dieses Freistaates bestimmen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, tragen den Kurs, entschieden gegen die Pandemie und deren Folgen vorzugehen, zumindest dem Grunde nach mit.

Herr König, eine Anmerkung am Rande. Sie haben gesagt: Auf die CSU ist Verlass. Meinen Sie die alte oder die neue?

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Bayern muss alles tun, um diese schwierige Situation zu überwinden und Unternehmen, selbstständige Existenzen und Arbeitsplätze zu erhalten. Bayern muss aber auch die bereits jetzt zu verzeichnenden Kollateralschäden in der Bevölkerung in den Griff bekommen und eindämmen. Wie notwendig dies alles ist, wird uns gerade in diesen Tagen angesichts der dritten Infektionswelle noch einmal deutlichst vor Augen geführt.

Auch in der Haushaltspolitik gilt daher: Wir müssen Zusammenhalt sichern, Zuversicht schaffen und Zukunft ermöglichen. Wohlgemerkt: Zukunft und nicht nur Gegenwart! Wenn wir uns darauf beschränken, vornehmlich akute Notsituationen zu lindern – als

Stichwort sage ich: auf Sicht fahren –, wird es uns nicht gelingen, diese Krise nachhaltig hinter uns zu lassen und die nötigen Impulse zu setzen.

Meine Damen, meine Herren, der aktuell vorliegende Haushaltsplan verträgt deshalb deutlich mehr Mut, Innovation und Perspektive.

(Beifall bei der SPD)

Das ist bedauerlich, denn wir, die SPD-Fraktion, haben in den vergangenen Wochen, als dieser Haushaltsplan beraten wurde, mit unseren Änderungsanträgen ganz konkrete Wege aufgezeigt. Es ist keine Floskel: Das ist politisch notwendig, denn die Krise birgt Chancen, und diese Chancen müssen wir mit diesem Haushalt nutzen. Deswegen sagen wir: Krisenhaushalt – Ja, notwendigerweise aber auch ein Haushalt mit Perspektive, mit einem sozial gerechten Pfad in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Daran mangelt es nach den Ausschussberatungen noch immer. Vier Punkte sind uns dabei besonders wichtig:

Erstens. Mobilität für alle, umweltgerecht und klimaschützend.

Zweitens. Bildungsmöglichkeiten auf der Höhe der Zeit, gerecht und digital.

Drittens. Eine soziale Infrastruktur, auf die sich jede und jeder verlassen kann, mit bezahlbarem Wohnraum und einer Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Ein Modernisierungsschub in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Meine Kollegen Harald Güller und Florian Ritter haben für die SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss von Anfang an deutlich gemacht, dass es fatal wäre, die damit verbundenen Potenziale einfach liegen zu lassen. Das wäre fatal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch fatal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ich nenne

das Beispiel Digitalisierung. Das ist nicht nur allgemein ein Megathema, sondern auch ein wichtiges Thema für das ganze Land und die Zukunft. Die Corona-Krise hat die Schwächen und Mängel in diesem Bereich schonungslos offengelegt, in den Schulen, an den Universitäten, in den Gesundheitsämtern, in den Verwaltungen, im Homeoffice und, bereichsübergreifend, im ländlichen Raum.

Die SPD-Landtagsfraktion hat daher bei den Haushaltsberatungen, aber auch weit vorher, entsprechende Initiativen eingebracht. Das war auch bei den vergangenen Haushalten der Fall. Seitdem haben sich die Versäumnisse der Staatsregierung leider mehr und mehr aufgestaut. Dazu drei Beispiele:

Erstens. Die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen hängen gerade in Bayern leider immer noch sehr stark vom wirtschaftlichen Status des Elternhauses ab. Dies setzt sich bei der digitalen Bildung schmerzlich fort. Deshalb ist eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Endgeräte und die Software dringend notwendig. Ich sage "totale Lernmittelfreiheit". Das bedeutet, dass jede Schülerin und jeder Schüler sowie jede Lehrkraft über ein eigenes Endgerät verfügen muss, das auch bespielbar ist.

Zweitens. Der digitale Lebensalltag von Kindern und Jugendlichen beschränkt sich nicht nur auf die Schule. Daher fordern wir mit einem weiteren Änderungsantrag einen Digitalisierungsfonds für die Jugendarbeit.

Die jüngsten veröffentlichten Studien zur Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen, bezogen auf ihre Gedanken- und Gefühlswelt, und die darin zu Tage getretenen Notlagen geben dazu dringendste Veranlassung; denn digitale Formate haben im Zuge der Corona-Pandemie auch für die Jugendarbeit in Bayern enorm an Bedeutung gewonnen. Die Jugendorganisationen haben oft mit viel Einsatz und in sehr kurzer Zeit digitale Angebote möglich gemacht. Allerdings ist die digitale Infrastruktur, beispielsweise WLAN-Kapazitäten und die Ausstattung mit digitalen Endgeräten, nicht flächende-

ckend vorhanden, gerade im ländlichen Raum. Daher unser wichtiger und dringender Vorschlag eines Digitalisierungsfonds.

Ein drittes Beispiel, die Arbeitswelt. Hier fordern wir ebenfalls in einem eigenen Änderungsantrag eine Homeoffice-Strategie 2021, hinterlegt mit Haushaltsmitteln, die den Digitalbonus ergänzen. Das Programm soll dem Aufbau und der Stärkung von Homeoffice-Arbeitsplätzen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst dienen. Auch Zuschüsse für Soft- und Hardwareanschaffungen sowie für vernetztes Arbeiten könnten aus diesem Programm bewilligt werden. Diese Homeoffice-Strategie 2021 ist im Übrigen ein typisches Beispiel dafür, wohin wir als SPD-Landtagsfraktion mit diesem Haushalt wollen; denn ein solches Programm leistet nicht nur einen unmittelbaren Beitrag zur Krisenbekämpfung, nein, diese Mittelbereitstellung für verbessertes Distanzarbeiten ist auch eine nachhaltige Investition in die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft und der Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Krise bekämpfen plus gerechte und nachhaltige Perspektiven schaffen, das muss in diesem Haushalt die Losung sein. Das gilt auch für weitere Themen, die ich eingangs erwähnt habe. So steht das Thema "bezahlbares Wohnen" nach wie vor auf unserer Agenda ganz oben. Der Bedarf steigt immer weiter. Der aktuelle Bewilligungsrahmen von etwa 660 Millionen Euro von Bundes- und Landesmitteln reicht keineswegs aus. Deswegen haben wir eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, beispielsweise für den gemeinwohlorientierten Bau von Wohnraum in Bayern, für besseres Bauen nach Corona, für Beschäftigtenwohnungen bei allen staatlichen Wohngebäuden und für einen Fonds für sicheres Wohnen in Bayern.

Sie werden jetzt sagen: Das sind Haushaltsmittel für den Wohnungsbau. In der Vergangenheit waren diese Mittel viel geringer, als sie es aktuell sind. – Ja, das stimmt schon. Man darf aber nicht verschweigen, dass es die CSU im Jahr 2017 war, damals noch in der Alleinregierung, die die Landesmittel für den Wohnungsbau halbiert hat.

Die Wahrheit ist: Die bayerischen Mittel und Anstrengungen reichen seit Jahren nicht ansatzweise aus. Noch einmal ganz deutlich: Es genügt einfach nicht, vom jahrelangen Tiefschlaf in einen leichten Dämmerzustand zu wechseln und dafür auch noch Applaus zu erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Begehen Sie bitte nicht den Fehler, die soziale Dimension bezahlbaren Wohnraums weiterhin zu unterschätzen. Das Gleiche gilt für das Thema Mobilität. Für uns ist klar: Mobilität ist Teilhabe. Corona hat den so dringend notwendigen Vormarsch des öffentlichen Personennahverkehrs leider ein ganzes Stück ausgebremst. Umso mehr gilt hier: Wir müssen jetzt die richtigen Weichen stellen, um die Mobilität für die Zukunft sicherzustellen, und zwar klimafreundlich und sozial gerecht. Deshalb haben wir ein 365-Euro-Ticket für alle jungen Menschen in Bayern jetzt und den Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für alle gefordert. Darüber hinaus fordern wir ein kostenloses Ticket für Schülerinnen, Schüler, Azubis und Studierende.

Wir nehmen aber auch andere Personengruppen in den Blick, nämlich die Seniorinnen und Senioren sowie die finanziell Bedürftigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich muss mich wundern: Unsere Forderungen nach einem kostenlosen Ticket für Seniorinnen und Senioren und einem kostenlosen Sozialticket für Bedürftige haben Sie in den Ausschussberatungen geradezu achselzuckend kommentiert und sich schließlich enthalten. Ist das ernsthaft Ihre Vorstellung von fairer Mobilität? Der ÖPNV soll nur für diejenigen sein, die es sich leisten können? – An einem solchen Abstimmungsverhalten wird deutlich, wer wirklich ein soziales Profil in der Politik hat und wer ein solches nur vorschützt, weil er das Thema gerade erst entdeckt hat.

(Beifall bei der SPD)

Soziale Perspektiven zu schaffen, ist nicht zum Nulltarif möglich. Wir sind uns dessen bewusst. Aber gerade in der jetzigen Situation ist das definitiv gut investiertes Geld.

Deswegen halten wir auch die staatliche Schuldenaufnahme für gerechtfertigt; denn die Erfahrung und die Geschichte zeigen: Aus einer ökonomischen Krise kann sich eine Volkswirtschaft nicht heraussparen; eine Volkswirtschaft muss sich aus einer ökonomischen Krise herauskämpfen und aus ihr herauswachsen. Die SPD-Fraktion legt allerdings nach wie vor größten Wert darauf, dass der Landtag bei der Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie umfassend beteiligt wird. Eines ist klar: Bei der Ausgaben- und der Zuschussgestaltung bedarf es gerade jetzt maximaler Transparenz.

(Beifall bei der SPD)

Der Landtag muss über die Abwicklung zeitnah informiert werden. Beides ist aus unserer Sicht ein absolutes Muss. Im Übrigen sollte man eines nicht verschweigen, was Sie nicht so gerne hören: Von den Gesamtausgaben des Fonds waren in den vergangenen Jahren 5,26 Milliarden Euro Bundesmittel und 3,57 Milliarden Euro Landesmittel. Prozentual kamen also ziemlich genau 60 % vom Bund, 40 % vom Land. Wenn sich also die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfraktionen bei diesen Haushaltsberatungen heute, morgen und übermorgen ihrer finanziellen Wohltaten rühmen, dann denken Sie an Olaf Scholz. Er hat die Feder geführt, die Sie sich schmückend an den Kopf stecken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Die SPD-Fraktion hält die grundsätzliche Positionierung des Staatshaushalts 2021 als Krisenhaushalt angesichts der Corona-Pandemie für nachvollziehbar und angemessen. Aber weiterführende Initiativen, die wir vorgelegt haben und die ich gerade noch einmal erläutert habe, sind dringend erforderlich.Leider wurde lediglich unser Änderungsantrag zur Verdoppelung der Vereinspauschale mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen hier im Haus angenommen. Danke schön, dass Sie uns hiermit zeigen, dass wir in dem Zusammenhang recht haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für die Vereine und den Sport in Bayern eine gute Neuigkeit. Wir brauchen aber für die Digitalisierung, die Bildung, die Mobilität, die soziale Infrastruktur und die Gesundheitsversorgung weitergehende Impulse, die sozial gerechte Perspektiven eröffnen. Wenn diese jetzt im Schlussspurt nicht mehr erfolgen, wenn Sie sich dem weiterhin versperren, dann wird der Haushalt seitens der SPD-Landtagsfraktion auf Ablehnung stoßen; denn dann ist dieser Haushalt ein Haushalt der verschenkten Potenziale. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Arnold, ich bedanke mich bei Ihnen. – Die Maske! – Ich darf dann den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Kollegen Martin Hagen, aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aussprache zum Einzelplan 02 der Staatskanzlei ist traditionell Aufhänger für eine Generaldebatte über die Politik der Regierung, also über die großen politischen Linien. Dass der Ministerpräsident, der zu diesem Einzelplan üblicherweise spricht, heute nicht mal im Parlament ist, diesen Debattenpunkt also schwänzt, dokumentiert ein mangelndes Interesse genau daran. In Zeiten des unionsinternen Wettstreits um die Kanzlerkandidatur sind ihm die Kameras in Berlin offenbar wichtiger als das Parlament in München, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dabei steht der Einzelplan 02 ja sinnbildlich für das Politikverständnis des Ministerpräsidenten. Schon im Doppelhaushalt 2019/2020 wurden insgesamt 132,5 neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen. Jetzt kommen noch mal 38 Stellen dazu.

Das ist, erstens, Zeugnis von Zentralisierung der Macht in der Regierung. Es ist ja kein Zufall, dass die Minister noch nie so sehr im Schatten des Ministerpräsidenten standen wie in der aktuellen Periode. Es ist, zweitens, auch Zeugnis der Ausdehnung der

Exekutivmacht zulasten der Legislative. Beispielhaft dafür steht das Gremium der Ministerpräsidentenkonferenz – ein Gremium, das in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist –, das momentan das mächtigste Gremium in unserem Staate ist.

So losgelöst von parlamentarischer Kontrolle, so losgelöst selbst vom eigenen Kabinett inklusive des Koalitionspartners, konnte ein Ministerpräsident in Bayern noch nie schalten und walten! Das ist verführerisch, das ist gefährlich, und wir sollten uns daran nicht gewöhnen!

(Beifall)

Wir sollten uns auch nicht an anderes, was in dieser Corona-Pandemie zunehmend normal geworden ist, gewöhnen: beispielsweise an den leichtfertigen Umgang mit Grundrechten. Wir sind in einer Situation und in einer Debatte, in der sich zunehmend derjenige rechtfertigen muss, der Grundrechte gewähren will, und nicht derjenige, der sie einschränken will. Andersrum sollte es sein!

Wir sollten uns auch nicht an den leichtfertigen Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gewöhnen. Das ist Geld, das zukünftige Generationen irgendwann als Schulden tilgen müssen. Wir sollten uns auch nicht an den immer tieferen Eingriff des Staates in die Wirtschaft gewöhnen. Wir müssen nach der Corona-Krise wieder in den Normalmodus zurück.

Eine große Herausforderung wird dann darin bestehen, den liberalen Charakter unseres Staates zu stärken. Eine große Herausforderung wird auch darin bestehen, Begehrlichkeiten, die jetzt in diesem Ausnahmezustand entstehen, abzuwehren.

Stichwort Klimaschutz: Es gibt in der Klimabewegung schon Stimmen, die die Corona-Krise und die Corona-Politik als Blaupause für die künftige Klimapolitik sehen. Dort sagt man: Schaut euch an, was plötzlich alles möglich ist! Schaut euch an, was die Bürger an Rechten und Freiheiten preiszugeben bereit sind!

Wir sagen: Nein! – Meine Damen und Herren, wir werden diese Menschheitsherausforderung Klimawandel nicht durch Einschränkung unserer Freiheit, nicht durch Verzicht und Selbstgeißelung, sondern nur durch technische Innovation und einen klugen ordnungspolitischen Rahmen, wie wir ihn mit dem Emissionshandel haben, bestehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Begehrlichkeiten wachsen auch in der Finanzpolitik. Die Corona-Krise hat natürlich dazu geführt, dass plötzlich bisher ungeahnte Summen mobilisiert werden konnten, die notwendig waren, um diese Krise zu meistern. Der Staat hat in dieser Krise aus dem Vollen geschöpft. Das war und ist auch richtig so. Er kann aber in schweren Zeiten nur dann aus dem Vollen schöpfen, wenn er in guten Zeiten Maß hält. Er kann es nur, wenn wir jetzt nicht das Gefühl haben: Mensch, jetzt regnet das Geld wie Manna vom Himmel – das können wir künftig auch für allerlei soziale Wohltaten nutzen.

Es ist deswegen falsch, dass in der Vergangenheit schon in den guten Zeiten Wahlgeschenke verteilt wurden, die nicht der Zukunftsfähigkeit unseres Landes dienten, sondern nur bestimmte Wählergruppen milde und gewogen stimmen sollten. Nach dem Verständnis der FDP ist unsere Haushaltspolitik den kommenden Generationen verpflichtet, denen verpflichtet – unseren Kindern und Enkelkindern –, die die Schulden mal zurückzahlen müssen. Wir wollen ihnen Chancen und keine Schulden vererben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen selber, dass die Regierung 2019 und 2020 einen Schönwetterhaushalt aufgestellt hat. Ich habe Ihnen das schon damals vorgeworfen. Das war eine Zeit, in der die dunklen Wolken am Himmel der Konjunktur schon sichtbar waren. Jetzt rächt sich, dass damals Ausgaben beschlossen wurden, die schon damals kaum aus den laufenden Einnahmen finanziert werden konnten. Diese Ausgaben bestehen jetzt, da die Einnahmen einbrechen und die Krise zusätzliche finanzielle Ressourcen erfordert, natürlich fort.

Sie haben in Ihrem Haushalt insgesamt zu viel konsumptive Ausgaben und zu wenig Investitionen. Das ist eine Schieflage; wir brauchen hier einen Paradigmenwechsel.

Der Staat – das ist leider keine neue Entwicklung – verzettelt sich immer mehr. Wir sehen jetzt in der Corona-Krise, wohin das geführt hat. – Statt eines schlanken, agilen Staates, der sich auf das Wesentliche konzentriert, haben wir einen fetten Staat – den teuersten, den wir jemals hatten –, der dann und dort, wenn und wo es darauf ankommt, kläglich versagt.

Der "SPIEGEL" schreibt in seiner aktuellen Ausgabe von Staatsversagen. Er titelt von Schimpf und Schande: "Die neue deutsche Unfähigkeit". – Genau das ist es. Wir müssen uns nur anschauen, wo wir beim Impfen stehen. Die Beschaffung von Impfstoff ist ein historisches Versagen – vielleicht das größte und folgenschwerste politische Versagen der vergangenen Jahrzehnte! Es setzt sich beim Testen, bei der Beschaffung von Schnelltests, beim Schutz von Altenheimen, der monatelang nicht geklappt hat, bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter, bei der App, bei der Auszahlung von Wirtschaftshilfen, die nicht funktioniert, fort.

Vor diesem Hintergrund ist doch die Forderung, die wir gerade von der linken Seite immer wieder hören, nach mehr Staat und weniger Markt geradezu irrwitzig. – Schauen wir uns doch mal an, was in dieser Krise geklappt hat und was nicht.

Die Privatwirtschaft hat einen Impfstoff in Rekordzeit entwickelt. Sie hat die Luca-App entwickelt. Wir können beim Discounter für 99 Cent FFP2-Masken und Schnelltests für 25 Euro im Fünferpack kaufen. Selbst zu Zeiten der Hamsterkäufe im Frühjahr waren die Regale an jedem nächsten Morgen wieder prall gefüllt.

Schauen wir uns dagegen an, wie der Staat – etwa bei der Ausstattung der Bürger mit FFP2-Masken durch das Gesundheitsministerium, was übrigens gegen die Empfehlung des Ministeriums von Minister Spahn durchgedrückt wurde – agiert: Für 9,3 Millionen Euro wurden Berechtigungsscheine gedruckt, die man dann für 27 Millionen Euro per Post an 34 Millionen Bürger geschickt hat, damit diese sich dann in den Apothe-

ken gegen 2 Euro Eigenbeteiligung sechs FFP2-Masken holen konnten, die man im Supermarkt mittlerweile für 99 Cent pro Stück erhält; die Apotheken bekommen vom Staat aber 6 Euro pro Stück vergütet. Meine Damen und Herren, jeder Unternehmer, der so agiert, wäre morgen insolvent.

(Beifall bei der FDP)

Momentan erleben wir eine ganz gefährliche Mischung. Auf der einen Seite versagt der Staat bei seinen Hausaufgaben. Auf der anderen Seite verlangt der Staat den Bürgern immer mehr ab, schränkt sie ein und gängelt sie an einigen Stellen auch. Wenn dann noch dazu kommt, was wir in den letzten Tagen und Wochen erlebt haben, wenn nämlich offenbar wird, dass es Abgeordnete aus den Reihen von CDU und CSU gibt, die diese Krise genutzt haben, um sich persönlich auch noch zu bereichern, dann führt das zu ganz gefährlicher Politikverdrossenheit. Meine Damen und Herren, dieser Politikverdrossenheit sollten wir entgegenwirken.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen einen Staat, der da stark ist, wo es drauf ankommt, einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben fokussiert. Wir brauchen einen Staat, der sich sonst aber aus Dingen raushält, die ihn nichts angehen, weil sie die Gesellschaft, die Bürger und die Privatwirtschaft besser können.

Wir werden nach der Krise ohnehin viel mit echten Kernaufgaben zu tun haben; denn es gibt viele ungelöste Probleme und Herausforderungen, die ohnehin da waren, durch die Krise aber noch verschärft wurden.

Sprechen wir über die Bildungschancen. Der Schul-Lockdown ist eine Katastrophe für die Schülerinnen und Schüler, insbesondere für die aus bildungsfernen Schichten. Er verschärft die Bildungsungerechtigkeit, die unser Bildungssystem ohnehin schon – gerade in Bayern – produziert hat. Wir werden nach der Krise gerade mit Blick auf Chancengerechtigkeit, aber auch mit Blick auf lebenslanges Lernen eine Bildungsoffensive

brauchen, weil es die technologischen Umbrüche erforderlich machen, dass sich die Menschen lebenslang fortbilden, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes standzuhalten.

Wir erleben es bei der Digitalisierung.Diese Krise hat deutlich gemacht, welche Defizite wir hier haben, gerade in der staatlichen Verwaltung, Stichwort Schulen, Stichwort Gesundheitsämter und Stichwort Beantragung von Soforthilfen via ausdruckbarem und zurückzufaxendem PDF-Dokument, wie es das Wirtschaftsministerium angeboten hat. Wir haben ein Digitalministerium ohne jegliche Kompetenzen, ohne Zuständigkeiten für die entscheidenden Angelpunkte, die es bei der Digitalisierung gibt, ein Digitalministerium, das ein reines Feigenblatt ist. Wir sehen es auch jetzt wieder am Haushalt: Der wichtigste Posten ist die Verleihung eines Computerspielepreises einmal im Jahr. Hier brauchen wir ganz klar mehr PS auf der Straße. Hier brauchen wir ein echtes Ministerium mit echten Kompetenzen für die Digitalpolitik.

(Beifall bei der FDP)

In der Wirtschaft erleben wir, dass sich Trends durch die Krise verschärfen, wie beispielsweise der Konzentrationsprozess im Einzelhandel oder in der Gastronomie. Die Vielfalt, gerade in unseren Innenstädten, ist bedroht. Ich fürchte, wir werden die eine oder andere Innenstadt nach dieser Krise nicht wiedererkennen; denn die Corona-Krise trifft gerade den kleinen, familiengeführten Mittelstand. In diese Lücke werden nach der Krise natürlich große Akteure springen.

Die Industrie befand sich in Bayern und in Deutschland schon vor der Corona-Krise tief in einer Rezession. Nach der Krise wird es entscheidend sein, die Standortbedingungen in unserem Land für wirtschaftliche Betätigung wieder drastisch zu verbessern, um aus dieser Krise auch wirtschaftlich zu wachsen. Dazu müssen wir Steuern senken und es attraktiv machen, hier zu investieren. Wir müssen Bürokratie abbauen. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, und wir brauchen ganz dringend eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Nächstes Jahr geht das letzte AKW in Bayern

vom Netz. Ich frage mich: Wo ist das Konzept der Bayerischen Staatsregierung, wie wir diese Lücke kompensieren? Wo ist das Konzept, wie wir auch bei wachsendem Strombedarf durch die Elektrifizierung des Verkehrs- und des Wärmesektors, die politisch gewollt ist, die Stromversorgung in den Zwanzigerjahren sicherstellen können?

Die großen Herausforderungen, sie gipfeln in den Zwanzigerjahren wahrscheinlich in einem Megatrend, nämlich dem demografischen Wandel. Dieser ist eine echte, sehr große Herausforderung, zum Beispiel für den Arbeitsmarkt. Um das einmal zu veranschaulichen: Im Jahr 2019 gab es in Bayern genauso viele Schulabsolventen wie Renteneintritte. Die Zahl der Schulabsolventen wird bis Mitte des Jahrzehnts leicht sinken. Die Zahl der Renteneintritte wird sich mehr als verdoppeln. Das bedeutet für unseren Arbeitsmarkt einen weiter verschärften Fachkräftemangel, dem wir durch bessere Bildung, gerade bessere berufliche Bildung, durch eine bessere Familienpolitik, um auch mehr Eltern die Erwerbsarbeit zu ermöglichen, durch eine längere Lebensarbeitszeit und natürlich auch durch Einwanderung begegnen müssen; denn Bayern ist auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand in den Zwanzigerjahren erhalten wollen.

Der demografische Wandel stellt eine riesige Herausforderung für unsere Sozialsysteme dar. Die Rentengeschenke der Großen Koalition waren genau das Gegenteil von dem, was wir wirklich brauchen. Sie werden uns in diesem Jahrzehnt teuer zu stehen kommen. Der demografische Wandel ist auch eine Herausforderung für den Staatshaushalt, und damit kommen wir wieder zum eigentlichen Punkt zurück; denn die Pensionslasten werden in diesem Jahrzehnt drastisch steigen, weil die "Babyboomer" auch in der Beamtenschaft in den Ruhestand gehen. Wir wissen, dass die Zuführung zum Pensionsfonds seit Jahren konstant zu niedrig ist. Ein Finanzminister mit dem Namen Markus Söder hat damals die Zuführung zum Pensionsfonds zugunsten der Schuldentilgung reduziert. Mittlerweile ist die Schuldentilgung vom Tisch. Der Pensionsfonds bleibt trotzdem weiterhin unzureichend gefüllt. – Sie stellen also mit jedem Jahr ungedeckte Schecks an künftige Pensionisten aus.

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Transparenz bezüglich der tatsächlichen Lasten, die im Finanzbereich in Zukunft vor uns liegen, und wir brauchen mehr Transparenz dahin gehend, wie Sie diese zu finanzieren gedenken. Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrzehnts, am Beginn der Zwanzigerjahre. Wir müssen die Zukunft in den Blick nehmen. Wir müssen das Bayern von morgen gestalten. Das, was Sie vorlegen, ist dafür leider zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Hagen. – Ich darf als nächsten Redner den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Josef Zellmeier, aufrufen. Bitte schön, Herr Vorsitzender.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist jetzt schon zum Haushalt 2021 gesagt worden. Ich will nicht alles wiederholen, aber auf ein paar Punkte eingehen, die meine Vorredner von sich gegeben haben. Zunächst einmal zum Grundsätzlichen: Wir haben nur einen Ein-Jahres-Haushalt. Das wissen Sie mittlerweile. Dies ist die richtige Reaktion darauf, dass die Zeiten unsicherer geworden sind. Das gilt für die Einnahmesituation, aber auch für die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Corona bestimmt natürlich auch weiterhin einen Teil unserer Haushaltspolitik. Wir wollen die solide Politik fortsetzen. Wir wollen die Menschen sicher durch die Pandemie führen, aber auch den Haushalt sicher und solide gestalten. Das ist das große Ziel der CSU und der Regierungskoalition. Deshalb wollen wir nicht nur über die nackten Zahlen reden, sondern auch über das, was dahintersteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine unverhältnismäßige Neuverschuldung, wie sie die Anträge der Opposition bedeuten würden, lehnen wir entschieden ab. Wir wissen alle, dass wir jetzt im zweiten Jahr neue Schulden brauchen – nach 15 Jahren, in denen wir ohne neue Schulden auskamen. Dies soll aber die Ausnahme und nicht die Regel sein. Die Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition und vor

allem von den GRÜNEN und der SPD, die Sie stellen, sind immer Anträge, die schon in der Vergangenheit zu deutlichen Mehrausgaben geführt hätten und nicht solide sind. Frau Kollegin Schulze spricht von Green Bonds: Was ist das denn anderes als eine versteckte Neuverschuldung? Man versucht hier, die Verfassung zu umgehen, indem man der Sache einen Namen gibt, der sich gut anhört. Grün ist momentan "in". Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie so vieles, was unter dem grünen Mäntelchen läuft, ist es nicht so, wie es aussieht. Hier könnte man noch einige andere Beispiele anführen. Deshalb ist ganz klar: Wir werden diesen Green Bonds niemals zustimmen, weil sie ein Irrweg sind und weil sie die Zukunft der jungen Generation belasten würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die GRÜNEN versuchen, an Stellen zu sparen, wo es den Menschen wehtut: Pflegegeld und Familiengeld. Das sind wichtige Aspekte. Ein Grundpfeiler der Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN ist die Unterstützung der Familien und der Pflegebedürftigen. Wir werden nicht dabei mitmachen, diese Dinge zu streichen, wie es die GRÜNEN gerne hätten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen hat Frau Kollegin Schulze auch noch erwähnt, dass wir für Radschnellwege zu wenig tun würden. Sie hat wahrscheinlich nicht mitbekommen, dass es dafür ein Förderprogramm des Bundes gibt, das sehr gut ist, das genutzt wird und das wir auch voll unterstützen, und dass wir im Haushaltsausschuss auch angeregt haben, die Förderbedingungen für die bayerischen Radschnellwege, die in der Kategorie etwas darunterliegen, anzupassen, damit die vorhandenen Mittel dafür – diese sind wirklich vorhanden – auch entsprechend von den Kommunen genutzt werden können.

Wir haben es im Übrigen – das ist, glaube ich, eine große Leistung, und hier danke ich insbesondere auch unserem Finanzminister Albert Füracker sehr herzlich – in beiden Pandemiejahren, in 2020 und 2021, geschafft, mit der Neuverschuldung auszukom-

men, die wir allein für das erste Jahr geplant hatten. Die 20 Milliarden Euro sind bei Weitem nicht verbraucht worden. Wir können den zweiten Teil – das sind 11,6 Milliarden Euro – in diesem Jahr bereitstellen. Das heißt, wir haben sorgsam gewirtschaftet, und wir haben auch dafür gesorgt, dass wir die 20 Milliarden Euro auch in diesem Haushalt nicht überschreiten werden. Das ist, glaube ich, ein Zeichen, dass wir für solide Aufgabenführung die Besten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steuereinnahmen sind geringer als in den Vorjahren, natürlich bedingt durch die Ausfälle, die wir in der Wirtschaft haben, aber auch durch steuerliche Erleichterungen für die Bürger, die auch berechtigt sind. Federführend hat die CSU viele Punkte durchgesetzt, die für die Menschen wichtig sind. Ich nenne die Verlängerung der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und in der Hotellerie. Dies ist ein sehr wichtiger Faktor, um vor allem dieser schwer gebeutelten Wirtschaftsbranche einen Neustart zu ermöglichen.

Es wird von allen anerkannt, dass hier ein wichtiger Faktor geschaffen worden ist, wir dies zuerst durchgesetzt und jetzt auch erreicht haben, dass es bis Ende 2022 verlängert wird, dass wir den Kinderbonus auch heuer haben. Ein sehr wichtiges Thema ist auch die Verdoppelung des steuerlichen Verlustrücktrags in 2020 und 2021. Hier hätten wir uns sogar noch mehr vorstellen können, als passiert ist; denn dies ist eine sehr wichtige Regelung für die Unternehmen, die in der Vergangenheit profitabel waren und sich jetzt durch Corona in der Krise befinden und die sich mit einem erweiterten und somit verlängerten Verlustrücktrag auch wieder einen Teil der Liquidität verschaffen können.Ich nenne außerdem die Homeoffice-Pauschale von 5 Euro pro Tag und vieles mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Steuerausfälle von 3,6 Milliarden Euro über die Neuverschuldung und darüber hinaus viele Dinge refinanzieren, die den Menschen direkt helfen, wie Impfzentren und Corona-Tests, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen. Dafür haben wir 8,3 Milliarden Euro im Sondertopf "Corona" bereitgestellt. Davon sind 2,4 Milliarden Euro für unvorhergesehene Dinge bestimmt, um

kurzfristig reagieren zu können. Wir haben durchgesetzt und erreicht, dass der Haushaltsausschuss künftig bei diesem noch nicht definierten Ausgaben-Pool zustimmen muss, bevor Ausgaben wirksam werden; 2,4 Milliarden Euro sind ja auch nicht wenig. Die Staatsregierung hat dies bereitwillig aufgenommen. Damit haben wir die Parlamentsrechte eindeutig gestärkt.

(Zuruf)

– Lieber Kollege Güller, ich schätze dich sehr, aber manchmal liegst du richtig daneben. Einen solchen Fall haben wir jetzt. Im vergangenen Jahr hatten wir eine Sondersituation. Keiner von uns wusste, was auf uns zukommt. Auch an der Schnelligkeit, mit der reagiert werden musste, sieht man, dass es im letzten Jahr richtig war, der Staatsregierung freie Hand zu geben. Wir haben durchgesetzt und erreicht, dass das im zweiten Jahr der Krise anders ist, auch weil wir als Haushälter mitbestimmen wollen. Das ist ganz klar.

(Beifall)

Oft ist auch der richtige Zeitpunkt entscheidend.

(Heiterkeit)

Es ist nicht nur entscheidend, was man sagt, sondern auch, wann man es sagt.

(Zurufe)

– Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber weil Kollege Arnold gerade dazwischenruft, sage ich: Die Vereinspauschale, die er vorhin angesprochen hat, war bereits eingetütet. Es ging nur noch um technische Fragen und darum, wie man es macht.

(Anhaltende Heiterkeit)

Im Nachhinein hat es sich fast als Fehler erwiesen, dass wir dem Begehr der SPD nachgegeben haben. Die SPD hat so getan, als ob sie die Verdoppelung der Vereinspauschale verursacht hätte. Das ist natürlich nicht so. Sie war bereits eingetütet. Wir haben uns auf euren Weg eingelassen; das ist richtig. Aber die Erhöhung der Vereinspauschale wäre mit und ohne euch gekommen, weil uns die Vereine und gerade die Sportvereine wichtig sind, die durch die Einschränkungen massiv zu leiden haben.

Wir brauchen eine zügige Erholung der Wirtschaft. Das ist ein ganz entscheidender Faktor, damit wir auch in Zukunft als Staat leistungsfähig sind. Denn ohne die Einnahmen aus der Wirtschaft und ohne die Einnahmen von den Steuerzahlern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern und den Landwirten könnten wir nicht agieren. Dem vom Kollegen Pohl Gesagten möchte ich noch hinzufügen: Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind diejenigen, die in diesem Lande anschaffen. Sie stellen das Geld bereit. Wer zahlt, schafft an. Man sollte sie nicht unnötig beuteln, sondern stärken, damit auch in Zukunft die Einnahmen fließen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 14 % Investitionsquote und 9,9 Milliarden Euro sind ganz wesentliche Faktoren, damit gerade die Wirtschaft nach der Krise wieder ins Laufen kommt. Ich hoffe, dass wir diese Zeit nach der Krise bald erleben.

Die Stärkung der Kommunen mit 10,3 Milliarden Euro ist eine herausragende Leistung, die man nicht unterschätzen darf. Die GRÜNEN sagen, den Kommunen müsste man noch mehr Gutes tun. Das ist erstens in Zeiten der Krise so nicht möglich, zweitens geht es den Kommunen in Ländern, in denen die GRÜNEN und Roten regiert haben, traditionell am schlechtesten. Das wissen wir alle. Den bayerischen Kommunen geht es dank unserer Politik seit vielen Jahren gut; das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Darum ärgert es mich auch, wenn einige sagen, in Bayern sei die digitale Infrastruktur nicht gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie ist gut. Sie ist vor allem sogar deutlich verbessert worden. Natürlich muss man auch die Unterschiede sehen. Wer von Verhältnissen wie in NRW spricht, wo wenig funktioniert, oder wie in anderen großen Ländern, die lange von der SPD regiert waren, der vergisst, dass diese Länder relativ dicht besiedelt sind, weshalb es für die Wirtschaft interessanter ist, Leitungen zu legen. Das ist so. In einem Flächenstaat wie Bayern ist dies nicht so interessant, weil die Menschen weiter auseinander wohnen. Deshalb hat der Freistaat Bayern ein Riesenprogramm aufgelegt. Wir wissen, dass der Staat in einem Flächenland etwas tun muss, weil es die Wirtschaft alleine nicht machen kann. Deswegen danke ich unserem Finanzminister dafür, dass er es so fortführt. Wir haben mehr investiert als alle anderen Bundesländer und Länder in Europa. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass es mit der Mobilfunkversorgung vor Ort schwierig ist. Jedem ist bekannt, dass oft diejenigen, die von Mobilfunkversorgung sprechen, diejenigen sind, die dann vor Ort dagegen sind. Hier verrate ich keine Geheimnisse. Jeder weiß, dass gerade die GRÜNEN in der ersten Reihe stehen, wenn es darum geht, gegen den Bau von Mobilfunkmasten zu demonstrieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Steuerzahlern weder durch Verbote noch durch übermäßige finanzielle Belastungen Daumenschrauben anlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, deshalb ist es uns auch wichtig, dass weiterhin Eigenheime gebaut werden können. Sie gehen immer zwei Wege: Der eine Weg ist, etwas zu verbieten. Wenn das nicht klappt, dann nehmen Sie den Leuten so viel Geld weg, dass sie nicht mehr bauen oder kaufen können. Das ist nicht unser Weg. Wir werden daran festhalten und auch in Zukunft dafür sorgen, dass den Menschen genug Geld bleibt, um ihre Träume zu verwirklichen.

Noch ein paar Worte zur Staatskanzlei: Neben der Generaldebatte gab es auch Kritik am Personalbedarf der Staatskanzlei, der natürlich coronabedingt höher ist. Das ist klar. In der Staatskanzlei wird extrem viel, extrem lange, weit über die üblichen Arbeitszeiten hinaus und auch am Wochenende gearbeitet. Wer glaubt, die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kritisieren zu dürfen, wenn es in einer Krise einen erhöhten Bedarf an Einstellungen gibt, der liegt völlig falsch. Das ist Kritik an der falschen Stelle. Das sei einmal gesagt. Wir brauchen hier mehr Personal, weil der Bedarf vorhanden ist, und nicht deshalb, weil es dem Ministerpräsidenten gefällt. Da liegen Sie völlig daneben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen ist der Etat der Staatskanzlei niedriger als der des Landtags, dies nur einmal zum Vergleich. Die Zahlen sagen noch gar nichts darüber aus, wie jemand arbeitet und eine Behörde funktioniert. Aber eines ist klar: In der Krise braucht man mehr Personal als vor und nach der Krise. Ich hoffe, dass wir künftig natürlich auch wieder etwas Personal reduzieren können. Das gilt nicht nur für den Bereich der Staatskanzlei. Es ist ein allgemeines Problem, dass wir den Personalbestand sehr ausbauen. – Wenn Sie aber etwas zu sagen hätten, Kollege Arnold, dann wäre das mit Sicherheit noch etwas mehr. Das ist nicht der richtige Weg, denn wir müssen auch das Verhältnis der Personalausgaben zum Gesamthaushalt im Blick haben.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zur Medienpolitik, die mir fast etwas zu kurz gekommen ist: Die Staatskanzlei ist federführend auch für die Medienpolitik zuständig. Ich erwähne hier die lokalen Rundfunk- und Fernsehanstalten, weil mir das persönlich auch sehr wichtig ist. Sie sorgen für eine hervorragende Berichterstattung in der Region über regionale Themen, berichten aber auch über die Arbeit, die wir hier im Landtag leisten. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen. Wir müssen dankbar sein, wenn beispielsweise Plenum.TV bei fast jeder Plenarsitzung

anwesend ist und unsere Stellungnahmen zu den aktuellen Themen auch in der Region verbreitet. Deshalb haben wir zu Recht die Mittel erhöht und sind bereit, weiter zu unterstützen, vor allem dann, wenn es um die Verbreitungsinfrastruktur geht, weil auch regional die Werbeeinahmen sehr unterschiedlich sind. Hinzu kommt die Tatsache, dass coronabedingt die Werbeeinnahmen zurückgegangen sind. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit, die die Staatskanzlei hervorragend managt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Dank sagen unserem Finanzminister Albert Füracker für die hervorragende Arbeit bei der Erstellung des Haushalts und natürlich unserem Ministerpräsidenten, der souverän durch die Krise führt, sowie Dr. Florian Herrmann als Leiter der Staatskanzlei, der ja auch am Schluss noch für die Staatskanzlei sprechen wird. Danke an Kollegen Pohl, unseren Koalitionspartner; wir arbeiten eng und gut zusammen. Danke allen Ausschussmitgliedern für die intensive Arbeit. Alle Ausschussmitglieder arbeiten sehr intensiv mit und bringen sich ein, auch wenn sie nicht immer die richtigen Ideen haben.

(Unruhe)

Zumindest sind sie fleißig; dafür sage ich Danke. Das muss man wirklich sagen. Der Haushalt der Staatskanzlei ist in vollem Umfang zustimmungsfähig. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung.

Davor erlaube ich mir als Vizepräsident, dem Haushaltsausschuss und allen, die hier mitwirken, parteiübergreifend herzlich zu danken. Ich habe dem Ausschuss selber angehört und weiß, wie viele Stunden an Sitzungen nötig sind, damit ein Haushalt verabschiedet werden kann. Ich wollte das gegenüber den Kollegen mal ausdrücklich aussprechen.

(Beifall)

Jetzt hat Herr Bergmüller das Wort. – Bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege und Ausschussvorsitzender Zellmeier, Sie haben vorher von einer Erholung der Wirtschaft gesprochen. Heute zitiere ich aus dem "SPIEGEL" den Chefvolkswirt Jörg Krämer von der Commerzbank: Nunmehr sei davon auszugehen, dass der Lockdown in der gegenwärtigen oder leicht abgeschwächten Form bis Ende Mai in Kraft bleibe. Dies entspricht einem Verlust von ungefähr zehn Milliarden Euro. Letztes Jahr um diese Zeit haben wir den 1. Nachtragshaushalt gehabt, und einen Monat später den 2. Nachtragshaushalt. Jetzt frage ich Sie: Schließen Sie bei weiterem, verlängertem Lockdown einen Nachtragshaushalt auf der Grundlage des jetzigen Haushaltsplanes aus?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Ich bin kein Hellseher. Ich wünsche mir keinen Nachtragshaushalt. Aber ausschließen kann ich ihn natürlich auch nicht, weil die Zeiten unsicher sind. Da muss man dann kurzfristig reagieren. Momentan sind wir gut aufgestellt. Was sein könnte, wenn die Pandemie und die Einschränkungen dadurch länger dauern, lässt sich momentan nicht vorhersagen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Damit ist der Beitrag von Herrn Vorsitzendem Zellmeier beendet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Es ist der Abgeordnete Florian Siekmann von den GRÜNEN. Kollege Siekmann, gleich dürfen Sie ans Rednerpult. Ich nutze auch heute die Gelegenheit, ganz besonders noch unter dem Eindruck des Gedenkaktes, den Offiziantinnen und Offizianten dafür zu danken, dass sie hier so darauf achten, dass wir nicht angesteckt werden. Vielen herzlichen Dank auch an die Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Wir beraten den Haushalt der Staatskanzlei, und damit beraten wir auch über die politische Koordination dieses Landes, nicht nur innerhalb Bayerns, sondern auch im Bund, in der Europäischen Union und sogar darüber hinaus. Knapp zwei Jahre ist die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu Europa nun her. Aber Europa sollte eben nicht nur vor den Europawahlen eine Rolle in dieser Regierung spielen, sondern auch beim täglichen Handeln. Im Angebot hatte der Ministerpräsident damals viele wohlklingende Ankündigungen: Mit den Nachbarstaaten wollte man eng zusammenarbeiten, insbesondere mit Österreich und Tschechien. Jetzt, zwei Jahre später, ist von diesen Ankündigungen nicht viel mehr geblieben als ein paar Fotosessions mit Sebastian Kurz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Die Situation in der Grenzregion ist angespannt. Seit Wochen können sich Paare und Familien mit Kindern nicht sehen. Fast täglich erreichen mich Anfragen von verzweifelten Lebenspartner*innen. Eine ist mir besonders in Erinnerung geblieben: Zwei Frauen, beide arbeiten in systemrelevanten Berufen, eine in Bayern, eine in Tirol, sie opfern sich in dieser Pandemie für unsere Gesellschaft auf, und dass sie sich am Wochenende kurz sehen bleibt ihnen verwehrt. Wie sich das anfühlen muss, möchte ich mir nicht ausmalen. Man fühlt sich zurückversetzt in die erste Welle der Pandemie. Statt Zusammenarbeit gab es damals Grenzschließungen. Mit nationalen Scheuklappen wurde gedacht und gehandelt. Es waren schwarze Tage für den Zusammenhalt in Europa. Danach gab es wieder Ankündigungen: Man wolle neue Grenzschließungen unter allen Umständen vermeiden, beteuerte die Staatskanzlei.

Und heute, ein Jahr nach der ersten Welle, überrollt uns die dritte Welle, und die Grenzen zu unseren Nachbarn sind erneut so gut wie dicht. Unser Vorschlag für eine bessere Koordination mit Tschechien und Österreich, die Einrichtung einer grenzüber-

schreitenden Taskforce, wurde seit letztem Jahr im Mai mehrmals abgelehnt, stattdessen wieder nur Beteuerungen und Ankündigungen. Auf Nachfrage stellen sich diese Beteuerungen als Luftnummern heraus: Die Testpflicht endet 2020, – Zitat aus der Antwort auf meine Anfrage: Nicht mit den verantwortlichen Stellen im Nachbarstaat abgesprochen. – Verschärfte Testpflicht Januar 2021: Eilige Gespräche erst, nachdem man die Maßnahme umgesetzt hatte, weil man plötzlich festgestellt hat, was für ein Chaos angerichtet wurde. Jetzt die stationären Grenzkontrollen Ende Februar 2021: Erst am Morgen der Umsetzung standen die völlig unzureichenden Ausnahmeregelungen fest. Von Koordination keine Spur, stattdessen Verunsicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da muss man sich doch fragen: Kann es so schwer sein, sich um eine gute Koordination mit unseren Nachbarn zu bemühen? Der Blick nach Baden-Württemberg zeigt: wöchentlicher Austausch mit der Schweiz; gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland und dem Bund wurde eine Taskforce mit Frankreich eingerichtet. Das Ergebnis: maßvolle Maßnahmen und auch Erfolge bei der Pandemie-Bekämpfung. So will ich das auch in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis hierhin wäre das alles mit wenigen Euro zu bewerkstelligen gewesen. Wir hätten überhaupt keine Haushaltsdebatte gebraucht. Beim Blick auf den Haushalt der Staatskanzlei muss man fast entsetzt feststellen: Der immer weiter aufgeblasene Apparat – und das wurde er schon vor der Krise, meine Damen und Herren, nicht erst durch Corona – hat sich als wahrlich wirkungslos erwiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer neue Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation mögen hübsche Bilder in herrschaftlicher Atmosphäre erzeugen. Sie liefern aber keine Lösung für die Probleme der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es scheitert nicht am Haushalt, den dieses Parlament beschließt, es scheitert am Willen der Regierung Söder, sich ihrer europapolitischen Verantwortung zu stellen. Es ist die Politik ewiger Ankündigungen und ausbleibender Ergebnisse, die sowohl die Abgeordneten in diesem Haus als auch die Menschen im Freistaat Bayern überstrapaziert.

Ausbleibende Ergebnisse finden sich im Haushalt der Staatskanzlei zur Genüge: Da wäre zum Beispiel die Stiftung zur Förderung des internationalen Jugendaustausches. Noch so eine Ankündigung: Jahr 2018, Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Bereits im vergangenen Jahr haben wir beantragt, dass die 30 Millionen Euro dem Bayerischen Jugendring zur Verfügung gestellt werden, wo es schon die Strukturen gibt, um internationalen Austausch zu fördern. Aber es muss aus Sicht der Regierung Söder eine weitere Stiftung sein. Das eignet sich auch besser für einen Fototermin. Leidtragende sind aber am Ende die jungen Menschen, die bis heute kaum die Chance auf eine internationale Erfahrung haben: Schüler*innen an Mittel- und Realschulen, Auszubildende. Wer nach der Krise einen kraftvollen Neustart für den Austausch will, der muss in bewährte Strukturen und Netzwerke statt in neue Stiftungen investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt bin ich bei den jungen Menschen, Herr Pohl, Herr König, die leiden nicht unter den Ausgaben von heute. Meine Generation leidet nicht unter den Ausgaben von heute, sie leidet unter den fehlenden Investitionen in die Zukunft. Haben Sie mal in den Freistaat geschaut? Sie schauen auf das kameralistische Papier: Einzahlungen, Auszahlungen. Ich schaue in den Freistaat. Und was sehe ich? – Ich sehe bröckelnde Infrastruktur, ich sehe lahme Digitalisierung, ich sehe verkümmerten Klimaschutz. Das ist es, was meiner Generation am Ende wirklich zu schaffen macht. Uns läuft die Zeit davon. Sie haben sich zu "Klimazielen 2030" verpflichtet.

(Zuruf)

Mit diesem Haushalt werden Sie nicht mal die Ziele erreichen, die die Bundesregierung vorgegeben hat,

(Beifall bei den GRÜNEN)

statt 50 %, 60 % oder 70 %, die wir eigentlich haben müssten. Das Einzige, was Ihnen zu unseren innovativen Vorschlägen – Investitionsregel für die Schuldenbremse, eine fairere Besteuerung für die Einkommen – einfällt, ist, sie zu verwerfen, ohne dass Sie selber einen einzigen Vorschlag machen, wie Sie die Modernisierung in diesem Land finanzieren und vorantreiben wollen.

(Zuruf)

Das geht mir und meiner Generation gehörig gegen den Strich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein paar letzte Worte, weil das Thema Steuern hier immer alle in die Höhe treibt. Es geht um eine faire Besteuerung, um eine angemessene Besteuerung. Der Grundfreibetrag für die kleinen und mittleren Einkommen soll steigen. Wissen Sie, was das Nettomedianeinkommen in Deutschland ist? – 1.950 Euro. Die Hälfte der Bevölkerung hat weniger. Um die geht es uns. Da müssen wir schauen, dass wir die Steuerlast runterbekommen. Dann ist es auch in Ordnung, wenn man die, die wirklich viel verdienen, die oberen ein oder zwei Prozent, dafür nach der Krise in die Verantwortung nimmt, um hier vernünftig zu starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ein letzter Rat an die Staatsregierung, den ich aus diesem Haushalt ziehe: Machen Sie doch einfach eines: Arbeiten Sie erst und verkünden Sie dann, anstatt ewig zu verkünden und dann nichts zu liefern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Siekmann. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende zu bedenken. Diese Sichtweise fehlt nicht nur dem Einzelplan 02, sondern sie ist dem gesamten Haushaltsplan fremd. Kein ordentlicher Kaufmann bürdet seinen Kindern Lasten durch unumkehrbare Verpflichtungen auf, und kein guter Kämmerer nutzt die Irrwege der Kameralistik, um sein Land in die Schattenverschuldung zu führen. Dieser Haushalt macht genau das. Der Ministerpräsident steht als Herr des Kämmerers dafür auch in direkter Verantwortung, obwohl er es heute vorgezogen hat, der Debatte nicht beizuwohnen.

"Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden." – Dieser Satz wird bisher nicht dem Staatsminister Füracker, sondern Richelieu zugeschrieben. Unser Haushalt liegt zum Glück offen. Aber das Verdecken wahrer Lasten durch die Ermächtigung zu immer höherer implizierter Staatsverschuldung ist nichts anderes als legales Tarnen und zugleich das Täuschen künftiger Generationen.

Nun ist der Einzelplan 02 nicht der größte, und es bedarf in Bayern immer guter Inspektorinnen und Räte. Allerdings ist es erklärungsbedürftig, wenn in der jetzigen Großwetterlage in der Staatskanzlei 15 neue Stellen von A 15 bis B 7 geschaffen werden. Warum baut man nicht das Personal im Innenministerium mit hoch qualifizierten Personen auf, um dort den Schützern unserer Verfassung auf die Finger zu schauen? – Ich meine die Regierungsschützer, die unbescholtene Bürger bespitzeln, aber selten in der Lage sind, islamistischen Terror auch wirklich zu erkennen.

Die 15 neuen Beamten verdienen im Schnitt 6.000 Euro pro Monat. Das sind für alle in Summe nach 40 Jahren Bezug und Pensionsbezug circa 44 Millionen Euro. Ein Konzern, der solche Pensionszusagen macht, muss dafür Rückstellungen bilden. Ältere von uns glauben, abgezinst wären das in etwa 30 Millionen Euro. Die Jüngeren wissen, dass Abzinsen mit Negativzinsen Aufzinsen bedeutet. Also müssen bei minus 0,5 % etwa 50 Millionen Euro zurückgestellt werden. Was steht davon im Haushaltsplan? – Nichts. Sie müssen das im Staatshaushalt auch nicht ausweisen. Aber darüber zu reden, hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun; denn diese 50 Millionen Euro sind im Lauf der Jahre 50 Millionen an Steuergeldern, die nicht anderweitig investiert werden können.

Unterziehen wir nun den Gesamthaushalt 2021 einer Analyse, kommen wir zu folgenden Zahlen: Von 2010 bis 2021 hat sich die Zahl der Beamtenstellen in Bayern gerundet von etwa 158.000 auf 258.000 gemehrt. Das sind 63 % Zuwachs in nur elf Jahren. Diese 258.000 tüchtigen Kolleginnen und Kollegen verdienen im Schnitt 4.000 Euro. Machen wir dieselbe Rechnung auf wie eben, dann sind wir bei einer validen Aussage von über 600.000 Milliarden Euro Schattenverschuldung nur aus diesem Bereich.

Diese halbe Billion ist Teil der Generationenbilanz. In den USA wird sie schon lange ermittelt und als volkswirtschaftliches Analyseinstrument anerkannt. Hierzulande wird sie den Bürgern verschwiegen. Zur Generationenbilanz gehören alle Ausgaben, für die ein Staat rechtswirksame Verpflichtungen eingeht, ohne entsprechende Rücklagen zu bilden. Für diese Ausgaben müssen später unsere Kinder geradestehen. Das sind die Ausgaben, die Sie gern verschweigen.

(Beifall bei der AfD)

Wie Kollege Hagen gerade erwähnte, stehen diese Ausgaben demografisch bedingt geringeren Steuervolumina entgegen.

Auch die Gesamtschau auf den Haushaltsplan betrübt. Zwar sollen in Summe nur etwa 5,5 % Personal zugebaut werden, aber im Licht des von Corona beschleunigten

wirtschaftlichen Niedergangs, der im Kern Auswuchs der staatsgelenkten Degeneration unser Automobilindustrie ist, ist auch mäßiger Zubau verantwortungslos.

Im Zentrum aller personalpolitischen Unwucht steht das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, und ich meine dabei nicht das dubiose Agieren alter Amigos, die ihrer goldenen Jugend eine diamantenes Alter folgen lassen wollten. Dort steigt die Anzahl planmäßiger Beamter in Jahresfrist um unvorstellbare 78 % von 199 auf 355. Gewiss sind dort wegen der hohen Arbeitsbelastung tüchtige Inspektoren genauso notwendig wie fleißige Amtfrauen. 40 von ihnen werden künftig von einem auf A 15 gebetteten Medizinaldirektor gelenkt. Von einem? – Nein, von 16! Diese 16 Medizinaldirektoren arbeiten unter Aufsicht eines der bisher vier mit B 6 vergüteten Ministerialdirigenten. Das meint man und sieht bei genauerem Hinschauen, dass sich die geplante Personalausstattung der obersten Spitze des Ministeriums auf nahezu wunderbare Weise von vier auf gleich acht hoch bezahlte Dirigenten verdoppelt hat.

Das mag jetzt lustig klingen, ist es aber nicht. Das ist bitterer Ernst; denn zwei unterschiedliche Sichtweisen stellen sich zur Diskussion. Entweder hat das Ministerium die bisher jährlich Tausenden Influenzatoten verschlafen und die armen, an multiresistenten Erregern verstorbenen Menschen ignoriert; dann gab es also bereits erhebliche Führungsdefizite, die nun bereinigt werden. Oder es herrscht blinder Aktionismus, der zwar nach außen einen bewegten Eindruck vermittelt, am Ende der Pandemie aber im hoch dotierten Büroschlaf enden wird. Möglicherweise bringen die neuen Ministerialdirigenten auch eine bis dato nicht bekannte Kompetenz beim Aushandeln der Maskenbeschaffung mit und helfen, ihr eigenes Salär an anderer Stelle gleichsam einzusparen. Zu wünschen wäre es.

(Beifall bei der AfD)

Keine dieser Perspektiven ist dazu geeignet, das Vertrauen unserer Bürger in Holetscheks Ministerium zu stärken. Vertrauen schaffen Sie nur noch, indem Sie sich dem von uns geforderten Untersuchungsausschuss stellen und alle Amigos nach Hause

schicken. Vertrauen gewinnen Sie zurück, wenn Sie auf eine Personalerweiterung in der Staatskanzlei verzichten und stattdessen fünfzig junge Polizeibeamten und -beamtinnen einstellen. Vertrauen gewinnen Sie zurück, wenn Sie sogenannten Wertebündnissen die Mittel entziehen und nicht länger Eine-Welt-Losbuden unterstützen.

(Zuruf)

Besonderen Vertrauensgewinn erreichen Sie, wenn Sie die Zahlung von Zuschüssen an links verortete Medien unterlassen, die bereits zur Auszeichnung von Hochstaplern hier in diesem Haus geführt haben. Das alles und viel mehr beinhalten unsere Änderungsanträge, für die wir um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. – Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Dann darf ich den nächsten Kollegen aufrufen. Dies ist der Abgeordnete Michael Hofmann. Bitte schön, Herr Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Zeit einen Plan vorzulegen, scheint doch etwas gewagt. Wenn wir alle zusammen eines wissen, dann das, dass im letzten Jahr viele Dinge überhaupt nicht eingetreten sind, die wir für sicher und klar vorhersehbar gehalten haben.Wir sind gleichwohl der Bayerische Landtag. Wir stellen selbstverständlich einen Plan auf, wie wir mit Steuergeldern umgehen. Dieser Haushaltsplan führt uns durch das kommende Jahr 2021. Wir brechen dabei mit einer guten und altbewährten Tradition, nämlich der Tradition, Doppelhaushalte aufzustellen.

Warum haben wir in der Vergangenheit Doppelhaushalte aufgestellt? – Weil sie für die Bevölkerung und für die Gruppen, für die wir zu sorgen haben, eine große Planbarkeit und Zuverlässigkeit ausstrahlen, weil wir nur noch mit einem Nachtragshaushalt kleinere Korrekturen vornehmen müssen.

Lieber Finanzminister, lieber Albert, ich respektiere ihn und gratuliere zu dem zunächst einmal als Schachzug empfundenen und inzwischen von allen einhellig und wie selbstverständlich anerkannten Ein-Jahres-Haushalt. Als wir das erste Mal von ihm gehört haben, haben nicht wenige geschluckt und gestutzt. Deswegen sage ich an der Stelle: Lieber Herr Finanzminister, ich glaube, es gibt niemanden, der der Meinung ist, dass im Moment der Job, den du hast bzw. den Sie haben, vergnügungsteuerpflichtig ist.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Lieber Albert, lieber Herr Finanzminister, das, was wir hier – –

(Zuruf)

– Wenn Sie allmählich Probleme mit Vornamen oder sonst irgendetwas haben, können Sie auch Karten lesen. Lassen Sie mich einfach meine Rede halten!

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Herr Prof. Hahn, ich gehe auf das, was Sie erzählen, nicht weiter ein.

Lieber Herr Finanzminister – –

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte.

Michael Hofmann (CSU): Sie unterstreichen im Grunde genommen ja nur das, was zumindest drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland inzwischen schon erkannt haben, nämlich dass es Ihnen nur darum geht, Rabatz zu machen, dass es Ihnen nur darum geht, ständig auf irgendetwas draufzuhauen, anstatt anständige Lösungen zu bieten.

(Beifall – Zuruf)

Sie kennen vielleicht den Spruch: Jemand, der nur einen Hammer als Werkzeug hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Herr Prof. Hahn, der Hammer, den Sie haben, ist verdammt groß, weil Sie überall nur Nägel sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Jetzt komme ich zurück auf den Plan und die Zuverlässigkeit. Der Herr Kollege König hat es bereits ausgeführt: Auch dieser Haushaltsplan ist trotz der Tatsache, dass er nur ein Jahr umfasst, von Zuverlässigkeit geprägt. Diejenigen, die es als Erste spüren, sind unsere Kommunen.

Wir haben den kommunalen Finanzausgleich auch weiterhin auf 10,36 Milliarden Euro belassen, auf einer Höhe, die es schon in der Vergangenheit, in einer Zeit voller Ungewissheit, unseren Kommunen ermöglicht hat, ihre Investitionen weiter zu tätigen. Das ist, weiß Gott, nicht selbstverständlich in einer Zeit, in der sich der Freistaat Bayern im vergangenen Jahr vorsorglich einen Kreditrahmen gegeben hat, um auf alle Unwägbarkeiten einzugehen.

Der Freistaat Bayern übernimmt auch die Last der Kommunen, indem wir auf unsere Weise Schulden machen. Man kann der kommunalen Familie an der Stelle sagen: Sie haben in uns einen wertvollen Mitstreiter, weil wir wissen, was wir an ihnen haben, weil wir wissen, dass wir ohne unsere Kommunen diesen Freistaat Bayern nicht hervorragend lenken können.

Gleichzeitig investieren wir auch weiterhin. Wir haben in diesem Haushalt eine Investitionsquote von 14 % – 9,9 Milliarden Euro. Ich glaube in diesem Zusammenhang, dass wir recht daran tun, auch weiterhin Investitionen zu tätigen, weil wir auf die Zukunft achten. Wenn wir auf die Zukunft achten – wir reden immer darüber, ob der Freistaat genug für die Zukunft tut –, möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Hightech Agenda genau darauf ausgelegt ist.

Wieso sind wir denn als Freistaat so stark im Vergleich zu anderen Bundesländern und zu Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland? – Wir sind so stark, weil schon diejenigen, die vor uns politische Verantwortung getragen haben, gewusst haben, dass man in Wissenschaft und Forschung investieren muss. Unsere Verteilung, unsere Stärke in der Region ist doch darin begründet, dass wir keinen Bezirk haben, in dem wir keine hervorragend ausgestatteten Universitäten und Technischen Hochschulen haben. Genau das ist doch der Punkt, dass wir in der Lage sind, wohnortnah und angepasst an die Entwicklungen und die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechende Forschungsmöglichkeiten zu bieten. Forschung ist doch der große Fortschritt, den wir haben, ist doch die große Möglichkeit, auf die Unwägbarkeiten zu reagieren und letzten Endes auch damit der Probleme, die auf uns zukommen, Herr zu werden.

Deswegen sage ich auch an die Kollegen der GRÜNEN, dass die Hightech Agenda ein Bestandteil und ein Baustein dafür sein wird, dass wir die Zukunft für uns gewinnen. Dass Sie nicht mit allem einverstanden sind, ist uns allgemein bekannt. Das war auch schon 1986 so, als die GRÜNEN erstmals in den Bayerischen Landtag eingezogen sind. Ich habe seitdem keine Rede der GRÜNEN gehört, in der sie nicht eine Philippika darüber losgelassen hätten, wie es denn mit dem Freistaat Bayern in fünf oder zehn Jahren letzten Endes bestellt sein wird.

Wir dürfen festhalten: Obwohl Sie seit 25 Jahren das Ende des Freistaats Bayern und seiner Blüte vorhersagen, haben wir den Fortschritt bei uns und den Vorsprung gegenüber allen anderen Bundesländern noch deutlich ausgebaut. Wir sind heilfroh, dass wir inzwischen – auch das darf man einmal sagen – keinen Länderfinanzausgleich der alten Prägung mehr haben; denn sonst würde zu diesem Finanzausgleich Baden-Württemberg noch ein bisschen beitragen, und den Rest würde der Freistaat Bayern einzahlen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD): Hamburg!)

– Hamburg, okay, ist natürlich mit seinen drei Millionen Einwohnern mit der Wirtschaft im Freistaat Bayern nicht zu vergleichen. Dem lieben Kollegen Arnold sei es aber gegönnt: Ja, auch Hamburg hätte ein bisschen etwas eingezahlt.

Wir sind uns aber einig: Der Freistaat Bayern hat den Länderfinanzausgleich in all den vergangenen Jahren finanziert, und wir würden das auch weiterhin machen. Von daher glaube ich, dass wir als Freistaat Bayern recht daran tun, in dem Zusammenhang die Politik fortzusetzen, die unsere Vorgänger hier gut bereitet haben.

Deswegen kann ich den Menschen draußen an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen: Hier wird verantwortungsvoll mit ihrem Geld umgegangen. Lassen Sie sich nicht von diesen Zersetzern verwirren, von denen, die nur davon etwas haben, dass es dem Land irgendwann einmal schlechter geht, um irgendwann selbst an die Regierung zu kommen.

Diese CSU, die jetzt mit den FREIEN WÄHLERN regiert, vorher allein oder auch mal mit der FDP, die allerdings rausgewählt worden ist,

(Zuruf: Das ist uns neu!)

hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass dieser Freistaat Bayern gut geführt wird. Das ist auch der Garant, dass er in Zukunft gut geführt wird. Wir setzen gerne auf Partner, auf die wir uns verlassen können. Wir setzen aber vor allem auf die Stärke dieses Freistaates und der Bevölkerung, der Unternehmerinnen und der Unternehmer sowie des ehrenamtlichen Engagements, weil das im Grunde das Wesen des Freistaats Bayern ausmacht. Wir sind mehr als nur ein Bundesland. Wir sind auch mehr als ein Freistaat. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Dieses Wort hat wohl noch nie so viel bedeutet wie in der gegenwärtigen Krise. Deswegen hoffe ich sehr, dass die Gesamtbevölkerung unseren Kurs mitträgt und wir gemeinsam durch die Krise kommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD macht eine Zwischenbemerkung.

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hofmann, jeder Zimmermann weiß, dass ein guter Nagel mehr hält als jede Schraube. Insofern bin ich hier über Ihre Metapher, die Sie uns zuschreiben, sehr glücklich. Das haben Sie glänzend gelöst.

Jetzt zur Sache. Sie haben gerade postuliert, dass nur 25 % uns vertrauen würden. Wir wissen natürlich aus Studien, dass 75 % Ihnen nicht mehr vertrauen. Lösen Sie das doch einmal mathematisch auf! Wie ist denn da der Unterschied? – Uns vertrauen 25 %, und Ihnen vertrauen 75 % nicht. Wie bekommen wir das auf einen Nenner?

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Böhm, es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen noch einmal genau zu erklären, was ich vorhin gesagt habe, da Sie mir vorhin nicht zugehört haben. Dass Sie in dem Zusammenhang gerade jedem Zimmerer mit dem, was Sie gesagt haben, die Schamesröte ins Gesicht getrieben haben, ist auch klar.

Lieber Herr Kollege Böhm, seien Sie mir nicht böse. Das, was Sie hier auch wieder betrieben haben, das, was auch der Kollege Mang vorhin in dem Zusammenhang betrieben hat, hat doch immer nur ein Ziel:Ihnen geht es doch nicht darum, dass es dem Land besser geht. Ihnen geht es auch nicht darum, dass es den Menschen besser geht; das wurde ja aus Ihrer Partei heraus hinlänglich unterstrichen. Sie haben nur ein Ziel: Unfrieden und Zwist zu streuen, damit die Menschen sich gegeneinander aufstacheln. Denn genau das ist es, was Extreme gern haben; davon profitieren sie. Seien Sie versichert: Je länger Sie im Freistaat Bayern bzw. hier im Bayerischen Landtag Reden halten, desto mehr erkennen alle anderen in diesem Freistaat, was Ihre wahre Intention ist. Ich mache mir darüber keine Sorgen. Reden Sie ruhig weiter; die Menschen erkennen Ihr wahres Gesicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. Der Kollege Hofmann hat zu Ende gesprochen. – Ich darf jetzt den für die Staatskanzlei zuständigen Staatsminister Dr. Florian Herrmann aufrufen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Rednerpult.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Haushaltsdebatte verwundert es natürlich nicht, dass ein und dasselbe Zahlenwerk so völlig unterschiedliche Reaktionen hervorruft. Ich möchte zu Beginn allen danken, die sich mit dem Haushalt des Freistaates Bayern intensiv befasst und dazu im Haushaltsausschuss, aber vor allem in der heutigen Debatte Stellung genommen haben.

Besonders danken möchte ich den beiden Kollegen König und Pohl. Sie haben sich wirklich mit der Architektur des Haushalts, mit den inhaltlichen Schwerpunkten auseinandergesetzt und sind daher völlig zu Recht zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich, wie Kollege König gesagt hat, um einen Haushalt der Zuversicht bzw. – Kollege Pohl – um einen Zukunftshaushalt handelt.

Ich danke auch dem Kollegen Zellmeier, dass er mit dem einen oder anderen Irrtum aufräumen konnte, der im Laufe der heutigen Debatte geäußert wurde.

Mir ist aufgefallen, dass der Kollege Arnold sich mit dem Haushalt intensiv auseinandergesetzt und eigenständige Vorschläge der SPD-Fraktion vorgelegt hat. Allerdings hatte ich schon bei der Hälfte Ihrer Ausführungen den Eindruck, dass Sie das Haushaltsvolumen von 100 Milliarden Euro überschritten haben, ohne irgendeinen Gegenfinanzierungsvorschlag vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Deshalb greift auch hier wieder der alte Vorwurf der mangelnden Solidität von SPD-Haushaltspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Oder, wie es ein Berühmter von uns einmal gesagt hat: Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an als ein Sozialdemokrat einen soliden Haushalt vor.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich will auch betonen, dass Frau Schulze nicht zu den Reihen derer gehört, die sich intensiv mit dem Haushalt bzw. dem vorliegenden Einzelplan beschäftigt haben. Ich weiß nicht, wo sie gerade ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, ja. Das ist ähnlich wie bei dem Kollegen Hagen. Er ist wieder da; das freut mich. Er war nämlich vorhin weg. Frau Schulze ist nicht da. Das bedauere ich sehr.

Ich bedaure es auch, dass sie insgesamt sehr hopplahopp über diesen Haushalt drübergegangen ist, um dann in erster Linie allgemeine Ausführungen zu bundespolitischen Grundsatz- bzw. Wahlkampfthemen zu machen. Das könnte man ihr noch nachsehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber ich muss auch ehrlich sagen: Die Ausführungen der Kollegin Schulze waren in Form und Inhalt völlig unangemessen. Ich habe erneut den bekannten Zweiklang erkannt. Wenn es in die Grundsatzdebatten geht, ist von den Rednern der Schulze-Fraktion immer derselbe Zweiklang zu hören: Zum einen wird das Land schlechtgeredet. Zum anderen werden Personen diffamiert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Art und Weise, wie die Kollegin Schulze in dieser Debatte den Ministerpräsidenten persönlich angegriffen und wie sie sich an ihm persönlich abgearbeitet hat, war in der Wortwahl und im Stil von einer Überheblichkeit geprägt, dass man wirklich sehr lange suchen muss, um ein vergleichbares Beispiel zu finden. Ich sage das sehr deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jede politische Auseinandersetzung, die man in der Sache führt, ist völlig berechtigt. Das ist gar kein Thema; dafür sind wir ja hier im Bayerischen Landtag. Dennoch ist es eine Frage des Stils, wie man miteinander umgeht. Ich stelle mir die Frage, wie Sie alle miteinander in der Schulze-Fraktion reagieren würden, wenn wir über jemanden von Ihnen in dieser herablassenden und aggressiven Art und Weise sprächen. Ich glaube, Sie wären sehr empört. Diese Empörung sollte Sie heute auch einmal treffen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen außerdem noch sagen: Gerade wenn es um das Thema Corona-Management geht, wundert es mich immer sehr, welche Grundsatzausführungen Sie hier machen, und ich frage mich, ob Sie diese Ausführungen genauso im Landtag von Baden-Württemberg tätigen würden; denn die Linie, die vom dortigen Ministerpräsidenten Kretschmann verfolgt wird, ist derjenigen, die wir hier verfolgen, sehr, sehr ähnlich. Die beiden Ministerpräsidenten haben ein sehr gutes Einvernehmen, was die grundsätzliche Linie und die Abstimmungen im Detail betrifft. Sie sollten sich also einmal überlegen, ob Sie die gleiche Rede auch in Baden-Württemberg halten würden oder ob das Ganze nur wieder Ausdruck der grünen Doppelmoral ist. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Hochmut kommt vor dem Fall!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Sachen Überheblichkeit, lieber Kollege Hagen, will ich auch Sie ansprechen. Denn dem Ministerpräsidenten Missachtung des Parlaments zu unterstellen, weil er heute hier nicht anwesend ist, schießt einfach über das Ziel hinaus. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Hinzu kommt die Art, in der Sie das nach außen transportieren wollen – wider besseres Wissen. Sie wissen genau, dass es in Deutschland wohl kaum einen anderen Mi-

nisterpräsidenten gibt, der häufiger im Parlament seines Landes ist. Nach mittlerweile zehn Regierungserklärungen steht morgen die elfte an, in der er Rede und Antwort stehen und seine bzw. unsere Politik erläutern, rechtfertigen, verteidigen wird. Den Vorwurf der Missachtung des Parlamentes kann man dem Bayerischen Ministerpräsidenten wirklich zuallerletzt machen. Das sollten auch Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Abgesehen davon, dass Sie das – ich will es noch einmal sagen – wider besseres Wissen tun, ist das eigentlich auch nicht Ihr Niveau; es verkauft sich halt sehr schön nach draußen. Nachdem auch Sie hier in erster Linie die großen bundespolitischen Themen bespielen, fragt man sich zum wiederholten Mal: Warum haben Sie dann 2017 nicht zugeschlagen, um mitzuregieren?

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der FDP)

Ich will nicht nochmals auf alle Punkte eingehen; denn darüber wurde ausführlich diskutiert.

Dieser Haushalt steht insgesamt – genauso wie unser ganzes Land – im Bann der Corona-Pandemie. Wir erleben die größte globale Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Auswirkungen sind nicht nur gesundheitlicher Art, sondern beeinträchtigen alle Bereiche des öffentlichen, des politischen, des wirtschaftlichen und des privaten Lebens. Es handelt sich eben um eine weltweite, äußerst komplexe Katastrophe, in der wir mittendrin stehen; wir sind mitten in dieser Lage.

Der Staat hat im Interesse und zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts selbstverständlich die Pflicht, diese Folgen durch erhöhte finanzielle Aufwendungen abzumildern. Die Situation wird

zusätzlich dadurch verschärft, dass aufgrund des coronabedingten Konjunktureinbruchs die staatlichen Einnahmen deutlich zurückgegangen sind.

In dieser Krise zahlen sich – natürlich – die jahrzehntelange finanzpolitische Solidität und Seriosität Bayerns aus. Es wird Bayern auch im Haushaltsjahr 2021 gelingen, Corona und seine Folgen wirkungsvoll zu bekämpfen, zugleich sinnvoll in die Zukunft unseres Landes zu investieren und dabei verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Ein Beleg dafür ist, dass trotz der Krise die Ratingagentur Standard & Poor's Bayern im vergangenen Jahr erneut das Spitzenrating Triple-A verliehen hat.

Die derzeitige Ausnahmesituation erschwert langfristige Planungen – leider. Wir müssen auch finanzpolitisch auf Sicht fahren. Deshalb verabschieden wir heuer keinen Doppelhaushalt.

Die drei wichtigsten Zahlen möchte ich in Erinnerung rufen: die Gesamtausgaben in Höhe von 71,2 Milliarden Euro, die Neuverschuldung, die sich für die Jahre 2020 und 2021 auf insgesamt 20 Milliarden Euro belaufen wird – diesen Rahmen wollen wir natürlich einhalten –, und, auch das ist wichtig, die Investitionsquote von 14 %. Letztere zeigt, dass wir Bayern auch in Zukunft gestalten wollen. 9,9 Milliarden Euro – das ist wirklich ein neues Rekordniveau der Investitionen. Finanzpolitik besteht eben nicht aus abstrakten Rechenkunststückchen, sondern in diesen Zahlen manifestiert sich politische Tatkraft.

Ich möchte Ihnen jetzt keinen allgemeinen Rundumschlag zumuten, sondern nur einzelne Punkte herausgreifen, die exemplarisch für die Zukunftskraft dieses Haushalts stehen, meine Damen und Herren. Es sind zwei Themen: Das eine ist die Corona-Pandemie, das andere der Klimawandel.

Corona ist überraschend, geradezu blitzartig über uns hereingebrochen. Entsprechend schnell mussten wir handeln, um wirksam Hilfe leisten zu können – zum einen zur Sicherung des Gesundheitssystems, zum anderen zur Stabilisierung unserer Wirt-

schaft. Deshalb haben wir gleich im Frühjahr 2020 den Sonderfonds Corona-Pandemie aufgelegt. Den Gesamtrahmen von 20 Milliarden Euro für beide Jahre – ich möchte das betonen – wollen und werden wir einhalten.Das entspricht nicht nur unseren Prinzipien einer seriösen Haushaltspolitik, das ist natürlich auch eine moralische Verpflichtung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Entsprechend gilt für alle Ressorts der Staatsregierung eine strikte Ausgabendisziplin.

Zum Neustart nach der Krise, und das halte ich für einmalig in Deutschland, soweit wir das überblicken, hat die Staatsregierung die Hightech Agenda neu aufgelegt und signifikant erweitert. Sie ist ein wesentlicher Baustein dieses Haushalts, und sie leistet Krisenbewältigung in doppelter Hinsicht. Zum einen sind die 3,5 Milliarden Euro, die wir in diese Technologieoffensive investieren, geradezu ein bayerisches Investitionsprogramm. Mit der Hightech Agenda plus haben wir dafür gesorgt, dass die Maßnahmen gerade jetzt noch schneller umgesetzt werden.

Mitten in der Krise setzen wir dieses Zeichen der Zuversicht. Wir lassen uns vom Coronavirus den Horizont nicht verstellen, sondern behalten die Zukunft im Blick. Dafür fördern wir eben Schlüsseltechnologien der Zukunft wie Luft- und Raumfahrt, künstliche Intelligenz, Life Sciences, Wasserstoff, Quantentechnologie und die Infektionsforschung. Allein für heuer sieht der Haushalt dafür Ausgaben in Höhe von 925 Millionen Euro und circa 1,46 Milliarden Euro Verpflichtungsermächtigungen vor. Diese Mittel kommen nicht nur wissenschaftlichen Einrichtungen zugute, sondern auch den Unternehmen, vor allem aus dem Bereich des Mittelstands. Diese werden vor allem von der digitalen Transformation profitieren, und die erhält durch die Hightech Agenda einen neuen Schub.

Das ist auch die Antwort auf die von Ihnen in den Raum gestellte Frage, Herr Kollege Siekmann, was denn das Ganze mit Ihrer Generation zu tun habe und welche Antworten und welche Lösungen der Haushalt dafür bereithalte. Sie vermissen das wahrscheinlich, weil Sie sich mit der Hightech Agenda nicht beschäftigt haben. Ich sage Ihnen auch: Das ist nicht die Antwort auf die Fragen Ihrer Generation. Wenn ich mir

Ihren Lebenslauf anschaue, dann sehe ich, dass Sie von den Leistungen und den Reformen der Staatsregierung der letzten 20 Jahre in Ihrem eigenen Lebenslauf sichtbar bereits profitiert haben. Sie konnten wirklich hoch qualifiziert an der LMU studieren oder auch Auslandsaufenthalte machen. Dadurch haben Sie bereits von den früheren Hightech-Offensiven in Ihrer eigenen Biografie profitiert. Bei der Hightech Agenda plus geht es um die nächsten Generationen, die von dem nächsten Schritt der Technologisierung und der Digitalisierung profitieren wollen. Dafür legen wir die Grundlage, und das ist die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich geben diese neuen Technologien auch die Antworten auf die Herausforderung des Klimaproblems. Beispielsweise sind unsere Investitionen in die Entwicklung von Cleantech ein aktiver Beitrag zur Emissionsreduzierung und dadurch natürlich zum Klimaschutz. Denn auch wenn Corona hoffentlich bald vorbei sein wird, wird uns der Klimawandel natürlich noch länger beschäftigen. Die Erderwärmung ist langfristig gesehen global die komplexeste Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Die Bewältigung dieses globalen Problems kann nur durch eine möglichst große Summe regionaler Lösungen erfolgen, auch hierzu leisten wir unseren Beitrag. Deshalb erhöhen wir neben den Mitteln für Maßnahmen der Hightech Agenda auch unsere Investitionen in den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, wenden für das Maßnahmenpaket Artenschutz samt Begleitgesetz insgesamt 76 Millionen Euro und für die Bayerische Klimaschutzoffensive 77 Millionen Euro auf.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, er ist auch eine moralische Verpflichtung gegenüber der nächsten Generation. Dieser Verantwortung werden wir auch im Bereich Bildung gerecht; denn im Haushalt sind die Bildungsausgaben mit 23,7 Milliarden Euro der mit Abstand höchste Posten. Das ist ein Drittel unserer Gesamtausgaben. Damit schaffen wir unter anderem 1.500 neue Stellen an unseren Schulen. Für die Kindertageseinrichtungen erhöhen wir die Förderung auf

fast 2,9 Milliarden Euro, um Eltern und Kommunen bei der Kinderbetreuung deutlich zu unterstützen.

Auch die traditionell hohe Unterstützung der Kommunen – das wurde zu Recht schon ausgeführt – bleibt in diesem Jahr beachtlich. Der kommunale Finanzausgleich steigt auf insgesamt 10,4 Milliarden Euro. Damit erreicht er trotz sinkender Einnahmen einen neuen Höchststand. Die Kommunen sind das Fundament unseres Staatsaufbaus, und das darf gerade in Krisenzeiten nicht bröckeln, weil hier die Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen ganz schnell und ganz unmittelbar spüren würden.

Krisenzeiten machen uns aber auch schmerzhaft bewusst, was für ein hohes Gut Sicherheit ist. Es ist der Urzweck eines Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Noch nie gab es bei der bayerischen Polizei so viele Stellen, nämlich 44.000. Allein in diesem Jahr gibt es 500 neue Stellen, und auf den Zeitraum von 2017 bis 2023 gesehen ist mit insgesamt 3.500 neuen Stellen eine insgesamt deutliche Stärkung zu verzeichnen. Das erkennen wir natürlich auch an der deutlichen Erhöhung des Polizeibudgets. Im Vergleich zum Jahr 2015 gibt es ein Plus von sage und schreibe 50 %. Allein im Jahr 2021 sehen wir 460 Millionen Euro als Einsatz- und Betriebsmittel vor. Sicherheit ist uns etwas wert, und ich bin mir sicher, dass außer dem Freistaat Bayern niemand solche Zahlen aufweisen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es wurde natürlich schon angesprochen, und deshalb komme ich zum Schluss dazu, dass in der Bayerischen Staatskanzlei die Fäden der Politik des Freistaats Bayerns zusammenlaufen. Die Staatskanzlei unterstützt den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung insgesamt bei der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben, in Bundes- und Europaangelegenheiten sowie in der Medienpolitik. Die europapolitischen Aufgaben werden durch die Kollegin Huml wahrgenommen. Wenn Sie, Herr Siekmann, eine Taskforce für die grenzübergreifende Zusammenarbeit suchen, dann

schauen Sie dort hin; sie sitzt dort. Sie ist die Taskforce für die Zusammenarbeit mit Tschechien, für die Zusammenarbeit mit all unseren anderen Partnerregionen, wenn sich nicht gerade der Ministerpräsident selbst darum kümmert. Gerade in den schwierigen Phasen der letzten Monate, in denen vieles mit unseren Nachbarn abzugleichen und abzustimmen war, wurde dies vom Freistaat Bayern in sehr verantwortungsvoller Weise durch viele Gespräche und Kontakte wahrgenommen.

(Zuruf)

Sie sollten nicht von Grenzschließungen sprechen, weil es die nicht gibt. Es sind Kontrollen, die mit der Bekämpfung des Coronavirus zu tun haben. Das ständige und erneute Verbringen des Virus muss durch entsprechende Kontrollen verhindert werden; denn die Menschen, die sich bewegen, die reisen, müssen negativ und dürfen nicht positiv getestet sein. Aber all diese Detailfragen, die Unterstützung anderer Länder mit Intensivbetten usw., brauchen wir jetzt nicht extra erwähnen. Es liegt Ihnen offenbar daran, selbst diesen Bereich unserer Politik schlechtzureden.

Gerade in der Corona-Pandemie ist die Staatskanzlei natürlich besonders gefordert. Wir haben ja, wie Sie wissen, diesen besonderen Koordinierungsstab Corona eingerichtet, der nach dem Spiegelprinzip zwanzig neue Stellen umfasst. Auch für den Bayerischen Ethikrat wurde in der Staatskanzlei eine Geschäftsstelle eingerichtet, die zusätzliches Personal erfordert.

Zu dieser ständigen Pauschalkritik an den Stellen, die von der Schulze-Fraktion, von der SPD und eigentlich von allen Oppositionsfraktionen kam,

(Zuruf)

will ich sehr deutlich machen, dass Sie sich an den Falschen abarbeiten. Sie können gerne die politische Spitze dieser Regierung kritisieren, Sie sollten aber aufhören, ständig zu behaupten, dass die Beamtinnen und Beamten in den Ministerien irgendwie überflüssig wären oder überflüssige Arbeit machen würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das fängt schon damit an, dass man ständig von "Apparat" spricht. Ich würde es gut finden, wenn

(Zuruf)

Sie die Beamtinnen und Beamten nicht immer als "Apparat" bezeichnen würden, sondern als das, was sie sind, nämlich als hoch qualifizierte und hoch leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienste des Freistaates Bayern, unserer gesamten Gesellschaft und unseres Gemeinwohls. Mir ist es wichtig, dies hier zu betonen, weil es von Ihnen immer wieder in Abrede gestellt wird. Ich habe es schon im Haushaltsausschuss erlebt, als ich Rede und Antwort für die einzelnen Stellen gestanden habe. Ich habe den Eindruck, dass die Hunderte von Stellen, die Sie alle zusätzlich fordern, in Ihren Augen die guten Stellen sind, für die man nicht genug Beamte haben kann, aber die Beamtinnen und Beamten, die da sind, die ihre Arbeit machen, die Hunderte von schriftlichen Anfragen beantworten, die Tausende von Anfragen zum Plenum beantworten, die die ganze Arbeit von früh bis spät selbstverständlich erledigen, überflüssig sind und unsinnige Dinge tun. Das ist eine Unverschämtheit. Das weise ich im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sage ich auch in Ihre Richtung, Herr Halbleib, weil der Kollege Arnold, der jetzt nicht da ist, das immer einfordert.

Glauben Sie eigentlich, diese Verordnungen schreiben sich von selbst? Glauben Sie eigentlich, die schreiben sich von selbst, wenn die Ministerpräsidenten Beschlüsse fassen,

(Zuruf)

wenn wir im Kabinett Entsprechendes umsetzen und wenn Sie dann sagen, wir hätten gerne morgen früh um neun oder um halb zehn

(Zuruf)

die fertige Verordnung? Dann kann ich Ihnen nur sagen, das müssen alles Leute machen, und die Leute, die diese Arbeit machen, sind nicht überflüssig.

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal nicht – –

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal lieber nicht an den Falschen ab.

(Zuruf)

Arbeiten Sie sich mal lieber nicht an den Falschen ab.

(Zurufe)

Ich weise abschließend darauf hin, meine Damen und Herren – –

(Zuruf)

– Nein, die Frage beantwortet sich eben nicht durch Ihre Beschimpfungen,

(Zuruf)

sondern allein durch den Hinweis auf die Tatsache, dass irgendjemand die Arbeit machen muss, und das sind die Beamten, die Sie für überflüssig halten. Das halten wir hier mal fest.

(Zuruf)

Wir haben auch noch einen anderen Politikbereich, nämlich den der Medienpolitik. Der Kollege Zellmeier hat darauf hingewiesen, die Medienpolitik ist auch in der Staatskanzlei angesiedelt.

(Zuruf)

Es ist ein Bereich, der gerade in letzter Zeit im Zuge der Pandemie an Bedeutung gewonnen hat, wie es der Kollege Zellmeier ausgeführt hat; denn gerade in dieser Phase müssen wir uns in zunehmendem Maße gegen die Verunsicherung vieler Menschen durch Fake News, durch Falschbehauptungen, durch unwahre Behauptungen in den Medien, vor allem in Social Media, wehren. Als Gegenpol brauchen wir die Medien, die wir als Qualitätsmedien bezeichnen. Sie nehmen mit qualifizierten Journalistinnen und Journalisten eine Einordnung dieser Überfülle an Informationen vor, die notwendig ist, um in einer freien und demokratischen Gesellschaft den Willensbildungsprozess in einer vernünftigen Art und Weise gestalten zu können.

Deshalb ist es uns wichtig, die qualitätvollen und vielfältigen Lokalfernsehsender aus dem Staatshaushalt zu fördern. Es waren eben auch massive wirtschaftliche Einbußen im Bereich der lokalen und regionalen Fernsehanbieter hinzunehmen, weil die Werbeeinnahmen dramatisch zurückgegangen sind. Wenn wir aber auf dieses flächendeckende TV-Angebot nach der Pandemie nicht verzichten wollen, sondern es eben sichern wollen, dann kommen wir um die Erhöhung der Haushaltsmittel um 2,5 Millionen Euro auf 15 Millionen Euro nicht herum. Ich halte es für gut, dass der Bayerische Landtag das auch so sieht. Insgesamt haben wir dann nämlich fast 30 Millionen Euro für die bayerische Medienförderung zur Verfügung. Dieses Geld ist gut investiert. Wir sehen, was gerade die Verquerdenker und andere anrichten.

Das Gesamtvolumen des Etats der Staatskanzlei erhöht sich insgesamt um 2,7 % auf insgesamt 131,6 Millionen Euro. Der Großteil dieses Mehrbedarfs ist auf die soeben dargestellte erhöhte Förderung hochwertiger lokaler Fernsehangebote zurückzuführen.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Hier erhalten wir mit 12 Millionen Euro unser starkes Engagement aufrecht.

BAYERN DIGITAL gilt auch für die Staatskanzlei. Deshalb investieren wir 2,5 Millionen Euro in die Verbesserung der baulichen IT-Infrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Dieser alte Satz bewahrheitet sich, wenn wir auf unseren Staatshaushalt des Jahres 2021 blicken. Trotz dieser Jahrhundertherausforderung müssen wir nicht auf Mangelverwaltung umstellen. Die Bayerische Staatsregierung beachtet die strengste Ausgabendisziplin und ist sich ihrer Verantwortung bewusst, auch den kommenden Generationen noch finanziellen Gestaltungsspielraum zu lassen. Deshalb werden wir weiterhin kraftvoll in die Zukunft unseres Landes investieren.

All das gewährleistet der Haushalt 2021: Zukunft und Zuversicht. – Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es sind zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen eingegangen. Die dritte angemeldete Bemerkung kann nicht zugelassen werden, weil sich aus der Fraktion bereits drei gemeldet haben. Als Ersten darf ich jetzt den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk um seinen Beitrag bitten.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, Sie haben viel gesagt, ohne wirklich viel zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt zu sprechen. Eine Corona-Pandemie, der Klimawandel oder eine Hightech Agenda haben wenig mit dem Budget für die Staatskanzlei oder für den Ministerpräsidenten zu tun. Aber Sie sprechen in dem Zusammenhang immer von Zuversicht und Zukunftshaushalt.

Sie haben ja das Budget für das Personal angesprochen: Verordnungen schreiben sich nicht von selbst. – Ich denke, weniger wäre oftmals mehr. Glauben Sie nicht, dass weniger und schlankere Verordnungen für die Bürger besser wären, oder ist das das, was Sie als Wurstvorrat bezeichnet haben?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Vielen Dank. – Mich verleitet Ihre Wortmeldung dazu, noch weitere Ausführungen zu einem Thema zu machen, das auch in unsere Zuständigkeit fällt, nämlich der Bürokratieabbau. Aber das erspare ich mir mit Blick auf die Dauer der heutigen Debatte. Das ist aber auch ein spannendes Thema, um das wir uns sehr intensiv kümmern.

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit komme ich zur nächsten Intervention. Herr Kollege Harald Güller, bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Staatsminister, nachdem Sie gesagt haben, Sie hatten bereits nach der Hälfte der Rede von Herrn Arnold den Eindruck, dass wir 100 Milliarden Euro ausgegeben haben, darf ich Sie aufklären, dass die SPD insgesamt 545 Millionen Euro bei einem 70-Milliarden-Euro-Haushalt vorgeschlagen hat. Damit könnten Sie Dinge wie 11 Millionen Euro für Lehrer für eine Ausbildungsoffensive, 26 Millionen Euro für Teamlehrkräfte, 10 Millionen Euro für inklusives Wohnen und sagenhafte 250.000 Euro für ein Lernmittelkonzept für Lehrerinnen und Lehrer finanzieren. Damit könnten Sie 10 Millionen Euro für die Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen und 20 Millionen Euro für Investitionen zur Förderung der bayerischen Krankenhäuser ausgeben. Damit sind 10 Millionen Euro für die Bayerische Eisenbahngesellschaft möglich, damit ein bisserl mehr Nahverkehr auf unseren Schienen ist, und Sie könnten mit sagenhaften 2,17 Millionen Euro auch noch 3.500 Jugendlichen den Berufseinstieg ermöglichen.

Wenn ich das alles zusammenzähle, sage ich Ihnen, das wäre gut angelegtes Geld, und da ist der Taschenrechner, den ich Ihnen gerne schenke, wenn Sie einen brauchen, noch nicht mit eingerechnet.

Sie versündigen sich mit diesem Haushalt an der Zukunftsfähigkeit Bayerns. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege Güller, ich glaube Ihnen ja, wenn Sie sagen, das ergibt die Summe, die Sie genannt haben. Dann ist es vermutlich der überragenden Rhetorik des Kollegen Arnold geschuldet, dass man meint, es sind 100 Milliarden Euro.

(Zuruf)

Auf der anderen Seite habe ich, glaube ich, zur Zukunftsfähigkeit des Haushalts die notwendigen Ausführungen gemacht und erläutert, worauf wir den Schwerpunkt setzen.

Ich gehe davon aus, dass die Detailpunkte Ihrer Anträge bei den Einzelplänen der unterschiedlichen Ministerien, die Sie angesprochen haben, noch einmal diskutiert werden. Aber die Zukunftsfähigkeit habe ich, glaube ich, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich im Laufe der weiteren zwei Tage noch davon überzeugen lassen würden und am Ende dem Haushalt zustimmen würden. Er vermittelt wirklich Zukunft und Zuversicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit sind die Zwischenbemerkungen auch erledigt, und die Aussprache ist geschlossen, weil nicht mehr Wortmeldungen eingegangen sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12788 mit 18/12793, 18/12882 mit 18/12886, 18/12934 mit 18/12941 sowie 18/13026 und 18/13027 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14199.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung" auf Drucksache 18/12936 in einfacher Form. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14199 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP, die AfD und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Weil sich alle gemeldet haben, haben wir keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Ein-

zelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die AfD. Stimmenthaltungen? – Herr Abgordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14199 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13026 und 18/13027 ihre Erledigung gefunden haben. Ich darf somit zur Zufriedenheit feststellen, dass die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen ist.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: keine nochmalige Stellenmehrung in der Staatskanzlei
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01 u. 428 01)
   Drs. 18/12788

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 02 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12789

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Für eine effektive Wirkungskontrolle in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit - Mittel für Entwicklungsevaluierungen bereitstellen!
   (Kap. 02 03 Tit. 526 11 u. 540 01)
   Drs. 18/12790

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Sustainable Development Goals in Bayern gemeinsam umsetzen - Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit Bürgerbeteiligung neu erarbeiten
   (Kap. 02 03 Tit. 526 23 u. 526 11)
   Drs. 18/12791

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Bayerischen Jugendring stärken statt Bayerisches Auslandsinstitut gründen
   (Kap. 02 03 Tit. 540 58 u. 684 58)
   Drs. 18/12792

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Umsetzung der Agenda 2030 in Bayern stärken
   (Kap 02 03 Tit. 682 53, 542 53 u. 685 53)
   Drs. 18/12793

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/12882

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Entgelte der Arbeitnehmer
   (Kap. 02 01 Tit. 428 01)
   Drs. 18/12883

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse
   (Kap. 02 02 Tit. 981 16)
   Drs. 18/12884

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
    (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
    Drs. 18/12885

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ehrenpatenschaften des Ministerpräsidenten
    (Kap. 02 03 Tit. 681 04)
    Drs. 18/12886

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
    (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12934

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
    (Kap. 02 01 Tit. 422 31)
    Drs. 18/12935

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
    (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
    Drs. 18/12936

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
    (Kap. 02 03 Tit. 540 54)
    Drs. 18/12937

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
    (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
    Drs. 18/12938

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
    (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
    Drs. 18/12939

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/12940

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gegen Fake-News - Zuschüsse für Veranstaltungen im Medienbereich
    (Kap. 02 05 Tit. 686 05)
    Drs. 18/12941

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12932 und 18/12933)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Einzelplan 01, die Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/12932 und 18/12933 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14198 zugrunde. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN [Anm.: Votum nachträglich korrigiert], der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen? – Kollege Plenk (fraktionslos). Es ist so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 1

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 01

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern (Kap. 01 01 Tit. 535 01)
   Drs. 18/12932

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Verbände, Vereine u. dgl. (Kap. 01 01 Tit. 686 05)
   Drs. 18/12933

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 11

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Auch hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Einzelplan 11 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14336 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einstimmig zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD, AfD und FDP. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Kollege Plenk (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14846**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Dem Einzelplan 03 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14251) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14848**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14318) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14850**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14202) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14852**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Dem Einzelplan 09 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14616) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14853**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14433) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14855**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14435) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.03.2021 **Drucksache** 18/**14857**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14203) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Patrick Friedl
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Gerald Pittner
Abg. Christian Klingen
Abg. Florian von Brunn
Abg. Christoph Skutella
Abg. Eric Beißwenger
Staatsminister Thorsten Glauber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13965 mit 18/13977)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13846 mit 18/13868)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13941 mit 18/13947)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13882 mit 18/13894)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13831 mit 18/13837)

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat ebenfalls 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13891 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Als ersten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Martin Bachhuber von der CSU-Fraktion aufrufen.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber, ich neige dazu zu sagen: Je später der Abend, desto schöner der Haushalt. In jedem Fall kann ich sagen: Der Einzelplan 12 ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass Umwelt, Naturschutz und Verbraucherschutz in Bayern eine herausragende Position haben. So ist das Ausgabevolumen des Haushalts des Umweltministeriums gegenüber 2020 um 2,2 % bzw. um 23,6 Millionen Euro auf über 1,11 Milliarden Euro gestiegen. Allein dies ist schon bemerkens-

wert, weil es zeigt, dass wir trotz Corona und den damit einhergehenden finanziellen Belastungen erneut ein klares Bekenntnis zum Schutz von Umwelt und Natur sowie zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ablegen.Dieser Jahreshaushalt 2021 enthält Ausgabenerhöhungen in folgenden wichtigen Bereichen: Zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest sind zusätzlich 9 Millionen Euro veranschlagt. Im Bereich der Wasserwirtschaft sind zusätzlich 5 Millionen Euro zur Umsetzung der Bayerischen Klimaoffensive und der Wasserversorgungsstrategie vorgesehen. Der Ansatz für Naturschutz und Landschaftspflege wird um insgesamt 3,6 Millionen Euro erhöht, insbesondere zur Ausweitung des Naturschutzes, zur Sicherung der Gebietsbetreuung durch den Bayerischen Naturschutzfonds, zur Biotopkartierung und Umsetzung von Natura 2000.

Für die gesetzlichen Leistungen der Tierkörperbeseitigung ist ein Mehrbedarf von 1,7 Millionen Euro veranschlagt. Für die Laborausstattung des neuen Standorts Bad Kissingen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind im Zuge von Behördenverlagerungen zusätzliche Mittel von 1,5 Millionen Euro vorgesehen. Auch das ist sehr positiv. Obwohl die Personalkosten mit einem Anteil von knapp 47 % den mit Abstand größten Posten bei den Ausgaben ausmachen, beträgt die Investitionsquote bei diesem Haushalt sage und schreibe 28,7 %. So lässt sich feststellen, dass es mit diesem Entwurf sehr gut möglich ist, die zentralen politischen Anliegen dieses Geschäftsbereiches zu realisieren.

Lassen Sie mich aber noch kurz auf zwei Punkte dieses Einzelplans zu sprechen kommen, für die künftig ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung stehen. Das neue Bayerische Gewässer-Aktionsprogramm 2030 schließt ab 2021 an das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus an. Es umfasst Investitionen in den Hochwasserschutz und damit kombinierte Maßnahmen zur Verbesserung der Sozialfunktion der Gewässer – sprich: Erlebbarkeit der Gewässer – sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerökologie.

Insgesamt werden mit EU-Mitteln, GAK-Mitteln und Mitteln Dritter sowie der Abwasserabgabe durch die Ansätze des Jahreshaushalts 2021 Investitionen in Höhe von rund 200 Millionen Euro ermöglicht. Allein 130 Millionen Euro steuert hier der Freistaat Bayern bei. Für die Förderung der Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen stehen im Haushaltsjahr 2021 gut über 100 Millionen Euro und damit 20 Millionen Euro mehr als 2020 zur Verfügung. Das ist für die Kommunen sicher sehr erfreulich. Zudem besteht die Möglichkeit, aus den für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen vorgesehenen Mitteln auch Zuweisungen für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen zu gewähren, also auf 40 % anzuheben. Das entspricht rund 36,1 Millionen Euro. Ich möchte nicht versäumen zu erwähnen, dass 72 neue Stellen geschaffen werden, damit die vielfältigen Aufgaben bewältigt werden können.

Es ist unstrittig, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten in diesem Bereich – ob im Umwelt- oder Naturschutz, im Hochwasserverbau, in der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung – sehr viel und Herausragendes geleistet haben. Diese Leistungen sind aber nur möglich, wenn dafür die erforderlichen Gelder vorhanden sind. Wir alle wissen: Umweltschutz, Naturschutz und Artenschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Aus diesem Grund hängt eine erfolgreiche Umweltpolitik auch immer maßgeblich von einer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik ab. Wir müssen hier also immer die Balance finden. Diese Korrelation ist ein Wesensmerkmal der bayerischen Politik. Damit sind wir in all den Jahren sehr gut gefahren.

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die wir in Bayern in den vergangenen Jahrzehnten gemacht haben, hat immer so viel Steuergelder in die Kassen gespült, dass davon immer auch die Umwelt und die Natur nachhaltig profitierten.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen wir weiterhin sehr genau darauf achten, dass es auch in den kommenden Jahren so bleibt. Die bayerische Umweltpolitik hat sich immer dadurch ausgezeichnet, dass wir mit Augenmaß agiert und versucht haben, mit den Menschen und

mit den Grundeigentümern Naturschutz zu betreiben. Dieses Augenmaß kennzeichnet auch diesen Einzelplan, der nicht nur überall dort Schwerpunkte setzt, wo dies erforderlich ist, sondern auch dort, wo es auch wirklich im Sinne von Natur und Umwelt ist. Wenn wir das von mir angesprochene Augenmaß in Zukunft beibehalten, bin ich mehr als zuversichtlich, dass es uns trotz Corona auch in den kommenden Jahren gelingen wird, dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz jene Mittel zukommen zu lassen, die es braucht, um unsere einzigartige Umwelt und unsere einzigartigen Lebensräume zu bewahren und den nachfolgenden Generationen eine intakte Natur und Umwelt sowie eine große Artenvielfalt zu hinterlassen.

Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12 und wünsche dem Minister und allen Mitarbeitern viel Glück bei der Umsetzung dieses Haushalts. Möge Bayern von Naturkatastrophen verschont bleiben!

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Patrick Friedl von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Umweltminister, lieber Thorsten Glauber, das Umweltministerium hat die Federführung bei dem Haushalt, der für die größten globalen Herausforderungen der wichtigste ist. Sie haben die Zuständigkeit für den Erhalt der Lebensgrundlagen und den Schutz des Klimas. Aufgabe ist es, wirksamen Klimaschutz und Klimaanpassung mit Natur-, Wasser- und Artenschutz zu verbinden. Das ist eine Mammutaufgabe, nachdem vorher ausschließlich 48 Jahre Umweltministerinnen und Umweltminister der CSU im Amt waren. Sie hatten jetzt zweieinhalb Jahre Zeit, den Umweltwelthaushalt zum Gradmesser für die Bedeutung dieser Schlüsselaufgabe zu machen. Man sieht, wie die Staatsregierung und die Regierungsfraktionen

dies wertschätzen. Jetzt, um 23:10 Uhr am Mittwochabend wird der Haushalt beraten, der es aus meiner Sicht verdient hätte, ganz vorne behandelt zu werden.

(Zuruf)

– Natürlich ist es Sache des Landtags.

Ich komme zum zweiten Punkt, also dazu, wo die Missachtung liegt. Die Missachtung liegt im Umfang

(Unruhe)

und darin, wie enttäuschend und mutlos dieser Haushalt ist.Es sind keine substanziellen Steigerungen darin, nur 2,2 %, haben wir gerade gehört. Es gibt keine erkennbare Schwerpunktsetzung, auch nicht beim Wasserschutz, und keine Abhilfe bei der angespannten Personalsituation. Die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Naturschutzbehörden, Wasserwirtschaftsämtern und im Landesamt für Umwelt hätten es verdient – sie arbeiten im Moment am Limit –, dass sie den Rücken mit zusätzlichen Stellen gestärkt bekommen. Es braucht keine lauen Nachbesserungen. Es braucht hier einen Befreiungsschlag.

Der Haushalt umfasst nur 1,6 %, also ein Sechzigstel, des Gesamthaushalts. Er steht für die Zukunftsaufgabe zur Verfügung. Sie könnten beweisen, dass mehr geht als unter einem Umwelt- und Finanzminister Söder. Aber ich habe den Eindruck, dass Ministerpräsident Söder genauso auf der Bremse steht, wie er es vorher tat. Es fehlen Milliardeninvestitionen; so ist Ihre eigene Analyse.

Sie haben in einer Regierungserklärung ein Regierungsprogramm mit dem Titel "Wasserzukunft Bayern 2050" vorgestellt. Ich denke, Sie hätten es besser "Wasserzukunft Bayern 2030" nennen sollen; denn mit 2050 signalisieren Sie: Die Ziele werden schon wieder ganz weit gesetzt. Sie haben mit der Biodiversitätsstrategie bewiesen, dass Ziele krachend verfehlt werden. Sie haben eine Biodiversitätsstrategie 2020 und alle Ziele verfehlt.

Herr Glauber, Sie haben es erkannt: Wasser ist ein lebenswichtiges Umweltgut. Wasser ist von herausragender Bedeutung. Das zeigt schon die Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000. Die hat Ihnen vorgegeben, das Grundwasser als Quelle für Trinkwasser sowie die Fließgewässer und Seen und auch die davon abhängigen Lebensräume zu schützen. Obwohl jetzt schon 20 Jahre ins Land gegangen sind, ist die Wasserrahmenrichtlinie nicht wirklich umgesetzt. Der gute ökologische Zustand ist kaum erreicht. 2015 hatten Sie 15 %. Das war der erste Zeitraum, in dem dies erreicht werden sollte. Auf eine Anfrage haben Sie erklärt: Bis 2027 erreichen wir es bei 32 % der Flusswasserkörper vielleicht. – Das heißt, 68 % sollen bis zum Ende des letzten Zeitraums nicht erreicht werden. Sie werden sich da genauso eine Klage einfangen, wie Sie das schon jetzt bei den FFH-Gebieten tun.

Die Klimaüberhitzung führt zu dramatischen Veränderungen im Wasserhaushalt. Hochwasserschutz, Schutz vor Sturzfluten, Niedrigwassermanagement und Trinkwasserversorgung sind die großen Herausforderungen. Auch dafür gibt es kaum zusätzliche Haushaltsmittel. Das Förderprogramm Sturzflutmanagement wurde gleich ganz in die RZWas übergeleitet. Für die vierte Reinigungsstufe gibt es keine extra Mittel.

Ich habe schon die Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie angesprochen. 104 FFH-Gebiete und 36 Vogelschutzgebiete haben noch nicht einmal Managementpläne. Das ist nach 28 Jahren FFH-Richtlinie und sage und schreibe 42 Jahren Vogelschutzrichtlinie ein Armutszeugnis. Da fehlen 43 %. Auch außerhalb der Schutzgebiete ist der Zustand der Natur alles andere als gut.

Das massive Insektensterben ist in Bayern belegt. Die Artenhilfsprogramme sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich komme aus Unterfranken. Schauen Sie sich einmal an, wie es dem Feldhamster geht und wie dessen Population zurückgeht. Sie erreichen die Ziele nicht. Ich habe es schon gesagt: Die Biodiversitätsstrategie wurde nicht im Ansatz eingehalten.

Wirksamer Naturschutz braucht Personal und Mittel. Die Mittel müssen zielgerichtet eingesetzt werden.

Schauen Sie sich die Moorrenaturierung an. Die hätte enorme positive Klimaeffekte. Aber es reicht nicht, 200 Moore in zehn Jahren zu renaturieren, wenn bei 5.000 Mooren in Bayern Handlungsbedarf besteht. Sie sprachen von einem Tresor für den Klimaschutz. Machen Sie den Tresor endlich für die Moore auf!

Die Mangelverwaltung im Umweltministerium hat auch dazu geführt, dass die Fachgrundlagen hoffnungslos veraltet sind. Rote Listen, Biotopkartierung, Artenschutzkartierung sowie Arten- und Biotopschutzprogramme sind 15, 20, 30 Jahre alt. Zum Teil existieren sie nicht einmal. Aktuelle Daten sind Mangelware.

Noch ein Wort zu den Lebensmittel- und Veterinärkontrollen. Gestern hat der Oberste Rechnungshof erneut Kritik geübt. Er bemängelt zu wenige Kontrollen und eine fehlende Analyse des Personalbedarfs. Genau das hat er auch schon vor fünf Jahren gesagt. Nehmen Sie sich das zu Herzen! Werden Sie endlich tätig, und statten Sie die Behörden ordentlich und bedarfsgerecht aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch einmal zum Klimawandel. Sie haben bei der Vorstellung des Klimareports gesagt – das hat mich sehr gefreut –, Sie wünschen sich, dass der Klimawandel und der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger an allererster Stelle steht. Dann tun Sie endlich etwas, und sagen Sie nicht nur Ihren frommen Wunsch!

Sie könnten die Hitzeaktionspläne unterstützen. Sie könnten endlich eine Koordinationsstelle Hitze am Landesamt für Gesundheit einrichten. Sie könnten wirksam die Kommunen unterstützen.

Die Klimaanpassung führt weiter ein Schattendasein bei Ihnen. Die Kommunen bekommen keine Unterstützung bei Klimaschäden. Sie bekommen auch wenig Mittel für blaue und grüne Infrastruktur.

Die Klimaüberhitzung wirkt sich massiv auf die Natur aus. Kälte- und feuchtigkeitsliebende Arten werden verschwinden, wenn sie keine Möglichkeit haben auszuweichen. Dafür braucht es aber wirksame Biotopverbünde und schnelle Maßnahmen zu ihrem Schutz. Und wieder landen wir bei der Moorrenaturierung und bei anderen wichtigen Maßnahmen.

Wir brauchen endlich ein Umweltministerium, das sich seiner Aufgaben bewusst ist und sich massiv für seine Belange einsetzt, also endlich einen Haushalt vorlegt, der erkennen lässt, dass die Dramatik von Klimaerhitzung, Flächenverlust, Wasserarmut, Dürre und Artenschwund real bei Ihnen angekommen ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sie haben unsere Änderungsanträge alle abgelehnt. Wir können nicht anders, als heute wieder Ihren Umwelthaushalt abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn. Bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Friedl, ich finde es schön, wenn sich Bürger und auch MdLs für Umwelt interessieren. Allerdings habe ich bei Ihrer Rede das Gefühl, dass Ihnen da irgendjemand etwas aufgeschrieben hat.

(Heiterkeit)

Sie sind, glaube ich, Jurist. Vielleicht sind Sie ein guter Jurist. Aber das, was Sie hier von sich gegeben haben, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen.

Sie haben vom Feldhamster in Mittelfranken und davon gesprochen, wie dessen Population zurückgehen würde. Haben Sie denn schon einmal einen Feldhamster im Feld gesehen?

Dann reden Sie hier die ganze Zeit auch von Klimaerhitzung und Klimaüberhitzung. Das sind Floskeln. Ich frage Sie einmal: Kennen Sie die aktuellen Klimadaten, wenn Sie diesen März mit den letzten 30 Jahren vergleichen? Das sind nämlich Klimawerte. Was schätzen Sie, wie die im Vergleich sind? – Ich werde es Ihnen sagen: Wir haben 2 Grad mehr stärkere Kälte, also tiefere Temperaturen, als es im Durchschnitt der Fall ist. Sie stellen sich hier hin und erzählen etwas von Dürre und Klimaüberhitzung. Das sind doch reine Floskeln.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Hahn, Sie nennen sich Professor und erzählen etwas von einem Monat beim Vergleich mit einer Klimaperiode. Dann nehmen Sie wenigstens einmal die letzten fünf Jahre. Das über 30 Jahre gemittelte Wetter ist das Klima. Das erzählen Sie jedes Mal. Sie meinen, dass zumindest wir das nicht verstehen könnten. Dann nehmen Sie doch die letzten fünf Jahre, und stellen Sie sie 30 Jahren, zum Beispiel dem Zeitraum von 1961 bis 1990, gegenüber! Zu welchem Ergebnis kommen Sie dann? – Zu über 2 Grad mehr.

Beim Feldhamster habe ich nicht von Mittelfranken gesprochen – dort gibt es ihn nämlich so gut wie nicht mehr –, sondern von Unterfranken. Das spricht für sich selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Damit rufe ich den nächsten Redner auf: Herrn Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich den Kollegen Friedl bestätigen. Es stimmt: In Unterfranken gibt es Feldhamster. Ich habe auch schon einen gesehen. Das war aber Zufall; dafür kann ich nichts. Aber es gibt sie tatsächlich.

Wir haben heute wirklich eine späte Stunde. Zu später Stunde verhandeln wir den Umwelthaushalt. Da kann man natürlich auf die Idee kommen, dass er auch die ent-

sprechende Priorität bei der Staatsregierung und bei der Bayernkoalition hat. Ich würde das anders sehen: Wir haben uns vom Wirtschaftshaushalt und die Regierungserklärung über das Innenministerium und den Bauhaushalt jetzt zum Umwelthaushalt gesteigert. Jetzt kommt das furiose Finale, nämlich ich.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit müsst ihr jetzt leben. Die Zahlen im Haushalt sage ich euch auch noch.

Zugegeben, eine Steigerung um 2,2 % ist nicht gerade die Welt. Das muss man jetzt einmal sagen, auch wenn ich hier die Regierungskoalition vertrete.Wir haben im Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr gesagt, dass schon 6,6 % zu wenig sind. Wir hatten das heute den ganzen Tag über zu allen Haushalten. Egal, welche Zahl im Spiel war, sie war immer zu klein.

Jetzt aber haben wir Corona-Zeiten. Der Kollege Friedl hat gerade völlig zu Recht gesagt: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Wir haben aber mit dem Corona-Problem ein akutes Gesundheitsproblem und können halt nicht alles gleichzeitig machen. Auch wenn wir uns das anders gewünscht hätten und ich es im letzten Jahr auch anders versprochen hatte, müssen wir in diesem Jahr die Prioritäten halt dort setzen, wo es am allermeisten brennt.

Klimaschutz, Naturschutz und Umweltschutz sind globale Aufgaben. Die Auswirkungen sind da strategisch und langfristig betrachtet sicher schlimmer; ich will das gar nicht verhehlen. Akut erreichten wir aber auch keine solche Verbesserung, wie wir sie gerne hätten. Wenn wir das Zwanzigfache einsetzen würden, würden wir im weltweiten Maßstab auch nicht die große Veränderung erreichen. Wir erreichen aber ganz viel, wenn wir die Gelder in großem Maßstab im Bereich der Corona-Pandemie und zur Verringerung der hier anfallenden Kosten einsetzen.

Die Bayernkoalition – die Staatsregierung – hat sich darauf geeinigt, dass auf jeden Fall keine Verringerung erfolgt. Das ist eingehalten.

Wir haben insgesamt zwar nur einen Aufschlag von 2,2 %. Wir können damit aber die wichtigsten Sachen und vor allem die wichtigsten konkreten Herausforderungen angehen. Kollege Bachhuber hat von der Afrikanischen Schweinepest gesprochen. Auch beginnen wir mit der Bayerischen Klimaoffensive. Wir finanzieren die Wasserversorgungsstrategie mit 5 Millionen Euro, den Naturschutz und die Landschaftspflege mit 3,6 Millionen Euro.

Damit sind die finanzpolitischen Spielräume aber fast schon ausgeschöpft. Wir geben insgesamt 28,7 % in die Investitionen. Zugegebenermaßen ist das verhältnismäßig auch etwas weniger als letztes Jahr. Wir erreichen mit diesem Hebel aber das grob geschätzt Zehnfache. Das muss man auch sehen.

Im Moment haben wir aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der Corona-Situation ja eher das Problem, dass wir das Geld ausgeben können. Es nützt ja nichts, wenn wir da Geld parken, das an anderer Stelle fehlt.

Wir haben in einzelnen Projekten – Sie haben dazu Peanuts gesagt – noch mal 3,35 Millionen Euro draufgelegt. Das ist in erster Linie im Bereich der Wasserprojekte für Weinbau und für Landwirtschaft. Das ist gerade für Maßnahmen in Franken, die dringend notwendig waren.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, Herr Halbleib, ich gebe zu, dass das ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Es ist aber der Beginn. Wir wollen mit diesem Projekt natürlich noch mehr anstoßen.

Natürlich ist uns – und mit Sicherheit auch den Kollegen der CSU und selbst dem Finanzminister – bewusst, dass da in den nächsten Jahren viel mehr erfolgen wird. Auch der Finanzminister hat die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und des Umweltministers gehört. Irgendwann muss da Geld rein. Gerade im Bereich Wasser kommen hohe Kosten auf uns zu. Sie kennen die Projekte aus Unterfranken ge-

nauso gut wie ich. Wir werden da nicht darum herumkommen. Die Pandemie wird zu Ende gehen, und dann müssen wir da halt anfangen.

Insgesamt können wir mit diesem Haushalt aufgrund der spezifischen Situation, die wir derzeit haben, aus meiner Sicht gut leben. Wir haben das Machbare reingebracht, das Wünschenswerte aber – das ist klar – nicht. Das Leben ist aber kein Wunschkonzert. Sie kennen das aus der Opposition. Wir kennen das aus der Regierung auch; so ist es nicht.

(Unruhe)

Aber, wie gesagt: Das Machbare ist drin.

Wir haben auch beim Personal immerhin einen Aufwuchs von 83 Stellen, die sich auf verschiedene Ämter verteilen. Das ist für ein Ministerium dieser Größe durchaus ein beachtlicher Aufwuchs. Das muss man sehen. Natürlich ist aber mehr machbar. Man muss aber auch ganz klar sagen, dass die Stellen nicht nur geschaffen werden, sondern auch besetzt werden müssen. Man braucht das entsprechende Personal. Das sind alles Beschäftigte mit Spezialkenntnissen, die nicht so ohne Weiteres in München in der S-Bahn nachwachsen. Die muss man erst einmal finden. Deswegen steht nur das Machbare, das, was wir auch erreichen können, drin.

Insgesamt bin ich der Meinung, dass unter Berücksichtigung all dieser Umstände dieser Haushalt sogar für die GRÜNEN zustimmungsfähig sein müsste. Wir mussten die ganzen Änderungsanträge einfach deshalb ablehnen, weil das natürlich wünschenswerte Wolkenkuckucksheime waren, die Gegenfinanzierung gefehlt hat oder sie unseren Zielsetzungen nicht entsprochen haben. Wir müssen halt einfach mal sehen, dass es nicht nur eindimensional das Problem Klima- und Umweltschutz gibt, sondern dass wir viele Probleme haben. Manchmal kollidiert – wir haben das vorhin gehört – der Klimaschutz mit dem Straßenbau; auch Straßenbau kann aber durchaus Umweltschutz sein. Das gilt im Übrigen auch für den Bahnbau, obwohl dieser gleichzeitig auch in die Umwelt eingreift. Wir haben das in vielen Bereichen. Deswegen sind natürlich auch in

vielen anderen Haushalten durchaus umwelt- und klimapolitische Gesichtspunkte enthalten.

Nachdem wir uns dem Ende nähern und es schon spät ist, bin ich der Meinung, dass ich Sie mit meinen Worten überzeugt haben müsste. Wenn nicht, nützt es eh nichts, wenn ich noch zwei Minuten rede. Ich bedanke mich deshalb für die Aufmerksamkeit und wünsche noch einen schönen Abend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nur noch mal der Hinweis und ganz allgemein gesprochen: Man muss seine Redezeit nicht unbedingt voll ausnutzen.

(Zuruf des Abgeordneten Gerald Pittner (FREIE WÄHLER))

– Herr Kollege, es war alles in Ordnung. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Umweltminister, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei den Offizianten bedanken, die jetzt um halb zwölf zu später Stunde noch tätig sind. Vielen Dank dafür, dass Sie hier die ganzen Desinfektionsmaßnahmen durchführen.

(Beifall)

Wieder einmal soll Symbolpolitik richten, was die Praxis nicht vermag. Das ist eine Symbolpolitik, die, wie immer, ihre negativen Umweltauswirkungen erst nach Jahren offenlegt. Auf grünen Spuren wandelnd betreibt die CSU mit ihrem vorliegenden Haushaltsplan mehr Greenwashing als echten Umweltschutz.

Ministerpräsident Söder wollte mit 100 Windrädern in bayerischen Staatsforsten vor Kurzem noch genau dieser Ideologie Ausdruck verleihen. Meine Damen und Herren, sehen Sie darin einen Umweltnutzen? – Wer in heißen Sommern der Austrocknung von Böden und Gewässern sinnvoll entgegenwirken will, der muss für mehr Wald und Hecken sorgen, statt gerade diese ökologisch und für das Mikroklima äußerst wichtigen Waldflächen für breite Zufahrtsschneisen und Windparks zu opfern.

(Beifall bei der AfD)

Unser Waldgesetz, wie es im Geiste wahren Umweltschutzes und der Verantwortung für unsere heimische Biodiversität entstanden ist,

(Zuruf)

haben Sie abgelehnt. – Klar, war ja auch von der AfD. Dies lässt tief in den schwarzgrünen Abgrund blicken,

(Zuruf)

auf den sich die CSU auch hier unaufhaltsam zubewegt. Die CSU stolpert in einer Abwärtsspirale der Unglaubwürdigkeit von Skandal zu Skandal. Folgt nach dem Maskenskandal nun das Umweltdebakel? – Ein Nüßlein ist ja schon geknackt, weitere werden möglicherweise folgen.

(Heiterkeit – Zurufe: Oje!)

Die Entwürfe der AfD sehen stattdessen praxisnahe Lösungen für reale Probleme vor. Wir halten den Deponierückbau und die Erschließung von Deponat, also ungenutzter Ressourcen, für sinnvoller als Klimapapiertiger. Durch die nachhaltige Beseitigung von Deponien und die gezielte Verwertung wertvoller Reststoffe wird auch ein ökologischer Nutzen erzielt. Das würde vor allem zu einer Rückgewinnung höherwertig nutzbarer Flächen führen, die, vor allem im urbanen Raum, sowohl für dringend benötigten Wohnraum als auch für Infrastrukturprojekte genutzt werden können.

Vor dem Hintergrund Hunderter Millionen, die, ohne dass jemand mit der Wimper zuckt, für ideologische Klimaschutzprojekte ausgegeben werden, wundert es doch, warum im weitaus sinnvolleren Bereich der Ressourcenschonung und des echten Umweltschutzes nichts Nennenswertes geschehen ist.

Die Energiewende ist als ein gescheitertes Unterfangen zu betrachten, da es sich bei objektiver Sicht lediglich um ein umweltfeindliches Subventionssystem handelt, das durch die staatliche EEG-Gesetzgebung ohne Rücksicht auf Verluste einfach von oben erlassen wurde.

(Beifall bei der AfD)

Der Wahnwitz derzeitiger Rechtsvorgaben zeigt sich besonders im Photovoltaiksektor, wo durch die bayerische Solaroffensive in absehbarer Zeit mehr Ressourcen auf dem Altar des Klimaschutzes geopfert werden sollen als in Bayern je zuvor. Mit dem Auslaufen der Förderung landet eine Unmenge an Solarmüll, für den es keine ausreichenden Entsorgungskonzepte gab und gibt, in den Deponien. Das geschieht ganz zur Freude Chinas, das nicht nur den weltweiten Photovoltaikmarkt dominiert.Vielmehr ist unsere Energiewende ein einziges chinesisches Wirtschaftsförderungsprogramm. Während unsere eigene Solarindustrie dahinsiecht, lassen wir in China munter produzieren, wo ganz sicher keine Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden.

Die Versorgungssicherheit unserer Industrie und unserer Verbraucher ist durch die starken Schwankungen im Energienetz nachhaltig gefährdet. Die Stromkosten haben sich für die Bürger seit Einführung des EEG mehr als verdoppelt. Das ist besonders Geringverdienern unzumutbar.

In ähnlich desolatem Zustand befinden sich unsere Tierheime. Viele sind veraltet und können kaum noch das Nötigste finanzieren, von Sanierungen oder modernen Gehegen ganz abgesehen. Leider ist der Freistaat Bayern, wenn es um diese Tierauffangeinrichtungen geht, mal wieder von erschreckender Ahnungslosigkeit, um nicht zu sagen Ignoranz befallen. Die verschiedenen Tierschutzeinrichtungen, meist gemein-

nützliger Vereine, können die im Zuge der Corona-Krise geschaffenen Finanzhilfen kaum beantragen. Ihnen fehlt die entsprechende Rechtsform, wie sie etwa auf das Gastgewerbe oder Kleinbetriebe zutrifft. Finanzielle Hilfe und vor allem eine regelmäßige Unterstützung sind also wichtiger denn je. Wir als AfD wollen auch hier durch sinnvollen Einsatz unserer Mittel für weitere Sanierungsprojekte die Situation zum Besseren wenden. Insbesondere jetzt, da die CSU an der kurzen grünen Leine gehalten wird, sollte sie sich unserer verwaisten Haustiere gegenüber solidarischer zeigen.

Wir lehnen den Haushaltsplan ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion setzt mit ihren Änderungsanträgen klare politische Schwerpunkte im Haushalt für die enorm wichtigen Bereiche Umwelt und Verbraucherschutz. Wir wollen mehr sozial gerechten Klimaschutz, wir wollen mehr Naturschutz, und wir wollen mehr Verbraucherschutz.

(Beifall bei der SPD)

Weil wir aber Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind, kämpfen wir auch in diesem Bereich für gute Arbeit und ordentliche Beschäftigung.

Stichwort Klimaschutz: Wir alle wissen, dass Klimaschutz und gerade die Verbindung von Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeit die wichtigste Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist. Wir haben aber, ehrlich gesagt, große und begründete Zweifel, dass diese Staatsregierung dazu bereit und in der Lage ist, sich dieser Herausforderung wirklich zu stellen. Seit 2006 ist es Ihnen nicht gelungen, die Treibhausgasemissionen Bayerns zu senken. Im Gegenteil: Bayern importiert dreckigen Braunkohlestrom und rechnet sich die Bilanz schön.

Den gleichen Etikettenschwindel erleben wir derzeit bei den von Ihnen selbst – aber nur von Ihnen selbst – viel gerühmten Klimaschutzmaßnahmen. Da ist alles Fassade mit wenig dahinter oder viel Wind um sehr wenig.

(Beifall bei der SPD)

Am deutlichsten wird das an den hundert Windrädern, die Sie im Staatswald bauen wollten, zumindest haben Sie das – glaube ich – vor eineinhalb Jahren großspurig angekündigt. Wie viele dieser Windräder sind bisher im Bau? – Kein einziges. Mehr muss man zu Ihrer Klimaschutzpolitik eigentlich nicht sagen.

Wir können uns aber angesichts der Klimakrise keine solche Polit-PR ohne echten Klimaschutzeffekt mehr leisten. Deswegen fordern wir eine unabhängige Studie – der Antrag liegt vor –, die die Klimaschutzmaßnahmen der Staatsregierung objektiv überprüft und die Defizite aufdeckt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen aber auch für sozialen Klimaschutz, und deswegen haben wir den Antrag gestellt, einkommensschwächere und stark belastete Haushalte durch einen Zuschuss für energiesparende Haushaltsgeräte zu unterstützen; denn gerade Haushalte mit niedrigeren Einkommen haben wenige finanzielle Möglichkeiten zum Energiesparen.

Ein wichtiger Bereich – es ist heute schon angeklungen – ist auch die Erhaltung und Renaturierung von Mooren. Hier könnten in erheblichem Umfang Treibhausgase eingespart werden. Aber leider lässt die Staatsregierung auch hier seit Jahren viele Möglichkeiten liegen. Es werden zwar, wie überall, vollmundig Programme verkündet, aber den Fortschritt gibt es nur im Schneckentempo, Herr Minister. Ich erwähne das Beispiel, dass bis letztes Jahr eigentlich 30 % der Moorflächen im Staatswald renaturiert werden sollten, die Staatsregierung aber für 2020 lediglich – ich zitiere – eine Renaturierungsaktivität von 18 % meldet. Was ist eigentlich eine "Renaturierungsaktivität"?

Wenn man im Ministerium zusammen Kaffee trinkt und über Renaturierung redet? Ich möchte das nur mal zur Disposition stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Stichwort Natur und Artenschutz – ein wichtiges Thema für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern; wir haben es beim Bienen-Volksbegehren gesehen. Wir wissen genau, dass der Rückgang von Biodiversität und das Artensterben eine große Gefahr für unsere Zukunft ist. Deswegen wollen wir mehr Geld für das Vertragsnaturschutzprogramm.

(Beifall bei der SPD)

Klima-, Umwelt- und Naturschutz bilden die Schwerpunkte unserer Anträge – den einen Teil. Der andere Teil ist der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Das ist sozialpolitisch enorm wichtig, aber es kann auch einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, zum Beispiel unser Änderungsantrag, Reparaturcafés in Bayern zu fördern. Das hilft beim Ressourcenschutz, verringert die Müllberge und hilft den Menschen, Geld zu sparen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch die Lebensmittelkontrollen und damit den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Bayern verbessern. Deswegen fordern wir mehr Stellen für die Lebensmittelchemie am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; denn das kann Verbraucherschutzskandale wie "Bayern-Ei" effektiv verhindern.

Wir leisten mit unseren Haushaltsanträgen auch einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verbraucherberatung in Bayern. Wir wollen mehr Geld für die Verbraucherzentrale und für den Verbraucherservice, und das gleich in mehreren Bereichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Erhöhung der Mittel insgesamt, aber wir brauchen auch mehr Mittel in den wichtigen Bereichen Telekommunikation, Internet und Finanzen. Das haben wir bei unseren Anträgen besonders berücksichtigt; denn hier haben die Bürgerinnen und Bürger besonders großen Unterstützungsbedarf.

Aber wir wollen es nicht nur bei der Beratung belassen, sondern die Verbraucherzentrale, gerade in diesen Bereichen, beim Rechtsschutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Deshalb ist es sehr wichtig – auch hier ein Änderungsantrag von uns –, dass wir das Prozesskostenbudget der Verbraucherzentrale erhöhen und verstetigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verbraucherzentrale übernimmt hier nämlich die wichtige Rolle des Verbraucheranwalts für die Bürgerinnen und Bürger, sei es bei Sammelklagen, sei es, wenn es darum geht, konsequent gegen unwirksame AGB oder zweifelhafte Geschäftspraktiken vorzugehen. Damit wird klar: Die SPD ist die Verbraucherschutzpartei in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir kümmern uns aber auch in diesem Bereich um die Beschäftigten, auch im Umweltbereich um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deswegen setzen wir uns mit Änderungsanträgen mit Nachdruck für gute Arbeit und ordentliche Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Bereich ein. Das heißt für uns: Schluss mit befristeten Arbeitsverhältnissen an den Wasserwirtschaftsämtern und am Landesamt für Umwelt!

(Beifall bei der SPD)

Diese Stellen müssen in ordentliche und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Hier hat der Freistaat aus unserer Sicht ganz klar eine soziale Verpflichtung gegenüber seinen Beschäftigten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Ach Gott!

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Hahn ist mein Name! "Gott" – so weit sind wir noch nicht, Herr von Brunn.

(Zurufe: Oh!)

Sie haben hier von Renaturierungsaktivitäten gesprochen und haben selber gesagt, Sie wüssten eigentlich nicht, was das ist, und vermuten, das wäre so etwas wie Kaffeetrinken im Ministerium. Mich verwundert nicht, dass Sie das nicht wissen.

Sie haben danach noch von Artenschutz gesprochen. Ich vermute mal, Sie wissen auch nicht, was Artenschutz ist. Ich möchte von Ihnen aber gerne mal hören – es gibt ja über hundert Definitionen von Arten –: Was sind denn Arten überhaupt? Vielleicht liefern Sie einfach mal die einfachste Definition: Was ist eine biologische Art? Mich würde interessieren, ob Sie das wissen. Sie sind ja Mitglied des Umweltausschusses.

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, ich weiß jetzt nicht, was Sie mit diesen schlaumeierischen Bemerkungen erreichen wollen. Mehr Wähler für Ihre rechtsradikale Partei gewinnen Sie damit sicherlich nicht.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella, FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Während der letzte Haushalt eine angemessene Mittelerhöhung erfahren hat, was auch mit der damals brennenden Aktualität des Themas zu tun gehabt haben dürfte, bleibt der aktuelle Haushalt auf dem ungefähr

gleichen Niveau. Aus der Sicht eines ausgeglichenen Haushalts begrüßen wir diese Entwicklung zwar durchaus, Kritik üben wir jedoch an der Schwerpunktsetzung.

Sicher sind Klimaschutz und Bestrebungen in diese Richtung der entscheidende Faktor. Allerdings befinden wir uns auf Landesebene, und umso wichtiger ist es unserer Ansicht nach, den Kommunen für ihre Anstrengungen zur Klimaanpassung und Infrastrukturertüchtigung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Starkregenvorsorge, Hitzeaktionspläne oder die vom Umweltminister oft zitierten Schwammstädte müssen eher jetzt als in zehn oder zwanzig Jahren eingerichtet werden.

Die Schwammstädte und der Regenrückhalt bringen mich auch gleich zur Wasserstrategie. Dazu wurde bereits auch an dieser Stelle viel angekündigt. Jedoch frage ich mich, ob die Einstellung von 5 Millionen Euro zur Förderung von pilothaften Investitionen für moderne und nachhaltige Bewässerungsinfrastrukturen in der Landwirtschaft und im Weinbau wirklich alles ist, was der Haushalt hergeben kann. Ihr Pilotprojekt für die Bewässerung umfasst gerade einmal drei zugelassene Bewerbungen, die bewertet, aufgestellt, umgesetzt und angemessen evaluiert werden müssen.

Dies frisst Ressourcen, Personal und vor allem Zeit, die wir im Wettlauf mit der Klimaerwärmung vor allem in Franken nicht mehr haben. Entlang des Mains und an den Hängen des Steigerwalds haben wir über 3.000 Winzerinnen und Winzer, viele von ihnen im Nebenerwerb. Wenn wir mit diesem Tempo weitermachen und alle paar Jahre drei Pilotprojekte in Franken etablieren, würde ich dem Umweltministerium vielleicht als Maskottchen die Weinbergschnecke vorschlagen. Herr Minister, der Ansatz ist da, aber beim Tempo müssen wir zulegen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es beim Klimareport gehört: Die Niederschlagsmenge in Bayern ist im Schnitt zwar gleichgeblieben, jedoch haben sich die Zeiten und auch die Intensität der Niederschläge verändert. Einen regelmäßigen unspektakulären Landregen, wie man ihn von früher kennt, wird es in Zukunft immer seltener geben. Wir müssen unsere

Kommunen, die Gewässer und die Landwirtschaft auf schwierige Zeiten vorbereiten, und wir müssen das alles schnell machen.

Auch für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die eigentlich bis 2027 vollzogen sein sollte, wurden keine zusätzlichen Mittel in adäquater Höhe eingestellt. Hier kann ich das Ministerium nur davor warnen, sich zurückzulehnen, nur weil andere Bundesländer und EU-Staaten ebenfalls Schwierigkeiten bei der Umsetzung haben. Es mag sein, dass die Frist bis 2027 nicht von allen Ländern einzuhalten ist. Jedoch müssen uns die Qualität unseres Wassers und der damit einhergehende Schutz der Artenvielfalt und der Biodiversität dazu ermuntern, hier eine Vorreiterrolle in Europa einzunehmen.

Trotz dieser Kritik halten wir den Haushalt insgesamt noch für zustimmungsfähig. Die Schwerpunkte sind auf Klimaschutz, Unterstützung und die Wasserstrategie gesetzt, jedoch erwarten wir eine angemessene und zügige Umsetzung dieser Schwerpunkte und werden hier auch nicht lockerlassen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist Herr Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns einig: Das wertvollste und am meisten geschätzte Gut in Bayern ist die Schönheit der Landschaft und der Reiz der Natur. Diese Ausgangssituation ist ein großes Geschenk an die Bevölkerung und an die Besucher Bayerns von eben dieser Natur. Wir merken es jedes Wochenende und zu jeder Urlaubszeit, wie sehr bei schönem Wetter die Natur gesucht wird. Hohe Lebensqualität in Bayern ist durch hohe Umweltstandards und hervorragende Gesundheitsvorsorge begründet.

Ziel ist der Erhalt dieser Lebensqualität mit folgenden Herausforderungen: Klimawandel eingrenzen, Anpassung gestalten, Artenvielfalt erhalten, Naturschönheit bewahren und Ressourcen schonen. Eine kluge und gute Umweltpolitik ist nicht nur Anwalt für die Natur, sondern auch für die Bevölkerung.

Eine der wichtigsten globalen Herausforderungen sind weiterhin der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Ein wirksamer Klimaschutz macht Bayern stark für die Zukunft. Deshalb werden seit 2008 mehr als 1 Milliarde Euro für die Reduktion von Treibhausgasen, für die Anpassung und die Forschung in bayerischen Klimapaketen eingesetzt. Deshalb treiben wir die Hightech Agenda voran, die in wichtigen Teilen auch auf Umwelt- und Klimaschutz und die Mobilität der Zukunft ausgerichtet ist. Deshalb setzen wir bayerische Klimaschutzanstrengungen auch und gerade in der Corona-Zeit fort. Der Klimawandel ist Fakt und längst in Bayern angekommen. Er ist – das muss ich leider sagen – spür- und messbar. In den letzten 90 Jahren ist die Temperatur um rund 1,1 Grad gestiegen, im Alpenraum in den letzten 100 Jahren sogar circa doppelt so stark wie im weltweiten Durchschnitt. Daher haben wir bereits 2014 das Bayerische Klimaschutzprogramm 2050 beschlossen. Mit diesem Programm hat die Staatsregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgelegt und gibt für die Umsetzung dieses Pakets jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag aus.

Haushaltsmittel für den Klimaschutz werden auch weiterhin kräftig erhöht. Der Bodenschutz spielt in Bayern schon immer eine zentrale Rolle. Als Lebensgrundlage für die zukünftigen Generationen bedarf der Boden unseres besonderen Schutzes. Bodenschutz betrifft eine Vielzahl von Fachbereichen und ist daher, so meine ich, als Querschnittsaufgabe zu sehen, die ein vernetztes Denken mit anderen Umweltaspekten fordert. Dabei sind Humuserhalt und Humusaufbau von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Landnutzung. Als wichtiger Indikator guter und gesunder Böden stellt der Humus gleichermaßen die Grundlage gesunder Böden sowie auch einen potenziellen Kohlenstoffspeicher, einen Faktor im Zusammenhang mit der CO_2-Vermeidung dar.

Klimaschutz ist Bodenschutz. Der Aufbau von 0,1 % Humus pro Hektar entspricht, abhängig von der Bodenart, etwa einer Bindung von drei bis sechs Tonnen CO_2 je Hektar. Kaum ein Sektor ist so direkt von den Folgen des Klimawandels betroffen wie die Land- und Forstwirtschaft. Gleichzeitig ist aber die Land- und die Forstwirtschaft ein wichtiger Teil der Lösung. Mit der Intensivierung der Forschung zur klimaangepassten und klimaschonenden Landwirtschaft, mit der weiteren Verstärkung der Förderung des Ökolandbaus in Bayern und mit der Entwicklung eines Moorbauernprogramms und eines Förderprogramms zum Humuserhalt und –aufbau setzen wir auch hier Impulse. Mehr als 16 Millionen Euro stehen jährlich im Haushalt des Umweltministeriums für Themenbereiche wie Bodenschutz, Altlasten und Geologie.

Wegen der fortgeschrittenen Stunde und weil mein Kollege Bachhuber die meisten Punkte schon angesprochen hat, will ich es nur noch ganz kurz nennen. Bayerns Fortschritte in der Luftreinhaltung können sich sehen lassen. Für die Forschung zum Ultrafeinstaub gibt Bayern aktuell 3 Millionen Euro aus. Bayern ist auch hier Vorreiter und treibt die Forschung voran. Zusätzlich werden derzeit vom Landesamt für Umwelt drei hochpräzise staatliche Ultrafeinstaubmessstationen errichtet. Die Kosten hierfür betragen rund 2 Millionen Euro.

Zum Wasser hat der Kollege schon sehr viel gesagt. Einen wichtigen Punkt möchte ich noch ansprechen, das Volksbegehren Plus. Beim Schutz der Natur ist es vor allem wichtig, Bürger, Kommunen und Landwirte mitzunehmen und mit den Menschen Naturschutz und Umweltschutz zu machen. Artenschutz ohne die Landwirte wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dabei kommt es mir vor allem auf gute Kommunikation und Beratung vor Ort an. Eine wesentliche Säule hierfür sind natürlich unsere neuen Biodiversitätsberater.

Einen letzten Punkt will ich noch ansprechen, die Afrikanische Schweinepest. Sie breitet sich in Deutschland bzw. in Europa immer weiter aus. Mit dem ersten Nachweis der

ASP in Deutschland im September 2020 hat Deutschland den Status seuchenfrei verloren. Ein Ausbruch der ASP bei Wildschweinen in Bayern würde aufgrund der EU-weit festgelegten Handelsbeschränkungen mit sehr hohen Verlusten und Kosten für die bayerische Land- und Fleischwirtschaft einhergehen. Bayern hat frühzeitig alle Maßnahmen vorbereitet, einen bayerischen Rahmenplan aufgestellt sowie ein ASP-Abwehrpaket beschlossen. Zunächst soll der Schwarzwildbestand reduziert werden. Die Aufwandsentschädigung für das Erlegen von Schwarzwild wurde in Bayern schon bisher zentral aufgelegt. Auch ein 350 Kilometer langer Zaun wurde bereitgestellt bzw. gebaut.

Um die Maßnahmen weiter voranzubringen und auszuweiten, werden zusätzlich 9 Millionen Euro bereitgestellt. Ich halte das schon für bemerkenswert.Es wird ein wichtiger Beitrag für den Erhalt der Landwirtschaft in Bayern und für die Unterstützung der Landkreise geleistet. Hier gilt mein Dank insbesondere der engagierten Jägerschaft, die die starke Bejagung des Schwarzwildes fortsetzt, sich dadurch in besonderer Weise für die Landwirtschaft einsetzt und den Schulterschluss sucht.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Das war eine Punktlandung. – Ich darf nun Staatsminister Glauber aufrufen.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Einzelplan 12 ist ein technischer Begriff, der aber im Prinzip Lebensqualität, die Zukunft Bayerns und das gute Leben in Bayern gestalten soll und muss. Es ist ein technischer und auch um zwölf Uhr abends ein ganz wichtiger Begriff. Ich bin dankbar, dass wir diese Leidenschaft in der Debatte auch abends um zwölf Uhr erkennen lassen und zeigen, dass uns das Thema wichtig ist. Sie werden in mir immer einen leidenschaftlichen Diskutanten um diese Themen haben.

Ich war lange genug Oppositionspolitiker, um zu wissen, was man in der Opposition alles so schön nonchalant fordern kann. Das geht ganz locker. Die Regierungsfraktionen haben in den letzten Jahren gezeigt, wie ernst das Thema genommen wird. Nimmt man jetzt nur die 2,2 % Mehrung in den Blick, dann wird man es sich in der Opposition – zumindest in der jetzigen Legislaturperiode – einfach machen. Denn wir waren im Jahr 2018 bei 902 Millionen Euro und sind jetzt bei 1,12 Milliarden Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie den Zuwachs einmal ausrechnen? – Das sind rund 220 Millionen Euro in drei Haushaltsjahren. Die Behauptung, wir als Staatsregierung wären an dieser Sache nicht dran und hätten keine Power, steht auf einem anderen Blatt Papier; das müssen Sie irgendwo anders ausgegraben haben, liebe Oppositionspolitiker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daseinsvorsorge lässt sich nicht von jetzt auf gleich realisieren. Wenn Kollege Friedl davon spricht, wir würden keine Schwerpunkte setzen, dann frage ich mich, was der Haushalt außer Schwerpunkten zeigt. Er zeigt eine ganz klare Strategie im Hinblick auf das Thema Wasser, eine klare Säule für das Thema Klima, eine ganz klare Säule für das Thema Natur- und Artenschutz und eine ganz klare Säule für das Thema Verbraucherschutz. Genau das ist die Aufgabe dieses Hauses und des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums. Wir treten letztlich dafür an, diese Zukunftsfragen zu klären und sicherzustellen. Wir gehen diese Herausforderungen mit Kraft an.

Ferner wurde die Schutzfunktion dieses Hauses vor ASP angesprochen. Man kann natürlich fragen, warum sich das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium um ein Nischenthema wie ASP kümmert. Schauen Sie doch einmal, wie das Nischenthema ASP Deutschland getroffen hat, wie Schweine- und Handelspreise nach unten gesunken sind und wie in Brandenburg plötzlich Feuer unterm Dach war. Was haben wir gemacht? – Noch bevor in Brandenburg der erste Fall aufgetreten ist, haben wir von Bayern aus versucht, den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, uns gemeinsam an der Ostgrenze Schutzmaßnahmen aufbauen zu lassen. Dem ist man nicht nähergetre-

ten. Irgendwann waren wir in Bayern so weit zu sagen, dass wir diesen Weg alleine gehen. Wir gehen diesen Weg mit Kraft alleine und lassen niemanden alleine.

Wir haben vor einem Jahr, als es noch keinen Fall in Deutschland gab, begonnen, uns den Schutzmaßnahmen zu widmen. Wir hatten ein Pandemie-Lager eingerichtet, das komplett mit Schutzausrüstung für eine Tierseuche gefüllt war. Dann kam die Corona-Pandemie. Gott sei Dank hat dieses Tierseuchen-Lager zur Verfügung gestanden, weil all diese Produkte aus dem Tierseuchen-Lager plötzlich zur Pandemie-Bekämpfung stark gefragt und im Einsatz waren. Wir haben dieses Pandemie-Lager natürlich nachgefüllt. Heute war das aber die Blaupause dafür zu fragen, was wir eigentlich zur Bewältigung der Corona-Pandemie brauchen.

(Unruhe)

Anhand des Falls ASP sieht man doch, dass dieses Ministerium nicht nur die ganz große Strategie, sondern letztendlich auch entstehende Herausforderungen sofort angehen kann. Wenn wir über Personal und Personalausstattung sprechen, dann kann man natürlich beim Thema Verbraucherschutz und Veterinärwesen immer über Personal diskutieren. In meiner Verantwortung haben wir rund 100 neue Stellen für Veterinärinnen und Veterinäre, für Veterinärassistentinnen und -assistenten sowie Lebensmittelkontrolleure geschaffen. Das sind rund 100 Stellen in zwei Jahren, Kolleginnen und Kollegen. Das müssen Sie erst einmal nachmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eines ist klar: Wer heute über die Zukunft spricht, muss sich jetzt sowohl über ein Lebensmittelkontrollkonzept 2030 als auch über ein Veterinärkonzept für Großtierpraxen Gedanken machen, denn im ländlichen Raum wird es immer schwieriger, für Großtierpraxen Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden. Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen voraus, dass wir in diesem Haus auch für Tierärztinnen und -ärzte eine Quote an Studienplätzen einführen werden, so wie wir eine Quote für Ärztinnen und Ärzte auf dem Land eingeführt haben. Das ist Daseinsvorsorge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir gehen diese Daseinsvorsorge mit unserem Strukturkonzept an, weil es am Ende des Tages unsere Aufgabe ist, auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe draußen weiterhin zu unterstützen. In unserem Flächenland Bayern setzen wir auf diese landwirtschaftlichen Strukturen und gemeinsame Wege.

Zum Thema Schutzfunktion und Gewerbeaufsicht: Es gibt 27 neue Stellen. Wir haben eine Pandemiegüter-Schutzstelle mit neuen Kolleginnen und Kollegen eingerichtet. Warum machen wir das? – Wir machen das, weil genau zur Zeit der Beschaffung plötzlich Masken, Infektionsmittel, Schutzbrillen und Schutzanzüge auf den Markt gekommen sind, die nicht gelabelt waren. Keiner wusste, ob die Produkte überhaupt eine Schutzfunktion hatten. Wir haben uns mit dieser neuen Zertifizierungsstelle für Pandemieprodukte wirklich ins Zeug gelegt und versuchen heute, den Schutz für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die solche Produkte kaufen, aufrechtzuerhalten.

Wir haben parallel zu der Herausforderung, eine Pandemie zu bewältigen, ein Riesenprogramm für Artenschutz und Artenvielfalt aufgelegt. Es ist eine große Herausforderung, ein solches Programm in die Fläche zu bringen. Wer glaubt, dass morgen beim Thema Artenschutz und Artenvielfalt alles gut wird, weil wir Stellen geschaffen und Geld eingelegt haben, dem sage ich: Das ist ein Marathonlauf.

(Unruhe)

Lassen Sie uns in fünf bis zehn Jahren bewerten, wohin wir gekommen sind, aber lassen Sie uns die Schritte, die wir eingeleitet haben, gehen. Wir haben 100 neue Stellen geschaffen. 2019 waren wir beim Vertragsnaturschutz und der Landschaftspflege bei 140 Millionen Euro; aktuell sind wir bei 204 Millionen Euro. Das zeigt doch, wie wir das Thema aufgebaut haben. In Pandemiezeiten ist es für uns natürlich schwierig, beim Thema Vertragsnaturschutz voranzukommen, obwohl die Kolleginnen und Kollegen jeden Tag rund um die Uhr daran arbeiten. Wir brauchen die Flächeneigentümer und Gespräche vor Ort. Das ist in der Pandemie viel schwieriger. Aber wir lassen nicht lo-

cker. Auch der Anstieg der Zahl von 85.000 Hektar auf 120.000 Hektar zeigt, wie wir hier vorangekommen sind. Wir lassen auch in der Pandemie nicht locker.

Wir haben beim Thema des ersten nationalen Naturmonuments einen wichtigen Baustein gesetzt. Wir haben mit dem größten Waldnationalpark und dem 50-jährigen Bestehen unseres Nationalparks Bayerischer Wald noch einmal eine Duftmarke gesetzt. In diesem Bereich sind wir aktuell mit der Frage beschäftigt, wie es mit der Artenvielfalt in den Kommunen weitergeht. Der Kollege Skutella hat vorhin völlig zu Recht angesprochen, dass wir die Kommunen bei allen Fragen brauchen. Wir brauchen sie beim Klimaschutz, bei der Nachhaltigkeit und bei der Artenvielfalt. Wir wollen also ein neues Programm "Blühende Kommune" auflegen. Wir werden rausgehen und die Kommunen überall in Bayern mit Starter-Kits mitnehmen. Wir wollen bei diesem Thema vorankommen.

Ich habe Ihnen im Klimareport vorgestellt, was es letztendlich bedeuten würde, wenn wir uns um das Thema nicht kümmern und am Ende des Jahres 2100 bei einer Klimaerwärmung von 4,8°C ankommen würden. Das geschieht aber nicht, weil wir das Pariser Ziel erfüllen werden. Diese Staatsregierung wird sich dem Thema widmen und es mit Kraft angehen. Die Investition von 1 Milliarde Euro im Bereich Klimaschutz ist angesprochen worden. Der Zehn-Punkte-Plan mit seinen 100 Maßnahmen zeigt auch, dass wir es angehen. Wir sind schon dabei, ein zweites Paket zu schnüren.

Hier ist auch das Thema Moorschutz angesprochen worden. Aber auch dort brauchen wir die Flächeneigentümer und die Abstimmung mit denjenigen, denen das Land gehört. Ich sage Ihnen: Wir werden in den nächsten vier bis sechs Wochen einen großen Aufschlag machen, wenn es die Pandemie zulässt. Sie werden sehen, dass wir beim Thema Moorschutz, Tresor und CO_2-Speichermoor wirklich liefern werden.

Lassen Sie mich noch als letztes das Thema Wasser ganz deutlich ansprechen. Warum ist das Wasser vielleicht noch nicht in der Form niedergeschrieben, wie man es sich vorstellt?Ja, weil aktuell eine Expertenkommission für uns tagt. Alle, die den

Haushalt anschauen, sehen: Von den 1,12 Milliarden Euro gehen rund 380 Millionen Euro zum Thema Wasser. Wir werden definitiv nach dem Abschluss der Expertenkommission bei dem Thema Wasser noch einmal nachlegen.

Zur Wasserzukunft Bayern 2050: Lieber Kollege Friedl, wissen Sie, wie die Donau-Main-Überleitung entstanden ist? Wissen Sie es? – Mit einem Beschluss im Jahr 1970 im Bayerischen Landtag. Der Bau wurde 1972 begonnen. Wissen Sie, wann er fertig war? – 1996. Zwanzig Jahre! Also, man muss jetzt letztendlich die Weichen für die Wasserzukunft Bayern stellen. Wir werden den Ertrag erst in 15 bis 20 Jahren ernten, aber die Entscheidungen werden jetzt getroffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lassen wir nicht locker und werden absolut liefern. Ich sage zum Thema Wasser auch: Wasser ist Leben. Da gibt es am Ende keine Diskussion.

Es ist ja auch angesprochen worden. Die bayerischen Landesteile sind hier völlig unterschiedlich betroffen. Wir haben in unseren Haushalt das Thema Trinkbrunnen aufgenommen. Wir wollen Wassertrinkbrunnen in die Fläche bringen. Jetzt kann man fragen: Warum Wassertrinkbrunnen in die Fläche bringen? – Weil ich erreichen möchte, dass Wasser keine Selbstverständlichkeit ist. Das hat keinen Wert. Wenn wir den Menschen über Trinkbrunnen klarmachen "Wasser ist Leben", dann wird auch der Umgang anders werden. Ich sage auch in diesem Haus voraus: Wir haben mit den RZWas die Grundlage dafür gelegt, dass die Wasserinfrastruktur in den Kommunen in Bayern – die Kommune wurde als Partner angesprochen – wirklich partnerschaftlich gut in die Zukunft geführt werden kann. Aber ich will immer wieder deutlich machen: Wasser als Lebensmittel ist ein verdammt günstiges Produkt. Es ist ein Lebensmittel. Kolleginnen und Kollegen, wir zahlen oft im Durchschnitt 2 Euro für 1.000 Liter dieses Lebensmittels.

Wir müssen uns alle darüber klar sein: Wenn wir mit diesem kostbaren Gut nicht besonders umgehen, leben wir auf Kosten kommender Generationen. Also lassen Sie

uns gemeinsam wirklich bei dem Thema Wasserzukunft Bayern einen guten Aufschlag leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte mich am Ende dieses langen Tages bei Ihnen bedanken, dass Sie noch um 12 Uhr am Abend dieser spannenden Debatte gelauscht haben. Herzlichen Dank dafür! Herzlichen Dank an das Hohe Haus. Ich sage auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium, an die Amtschefs und die Haushälter, die hervorragende Arbeit geleistet haben, herzlichen Dank. Ich sage herzlichen Dank an die nachgelagerten Behörden, angefangen bei unseren Nationalparks, bei den Wasserwirtschaftsämtern und beim LGL und beim LfU und der ANL und den anderen nachgelagerten Behörden. Ich sage herzlichen Dank dem Finanzministerium und dem Finanzminister für die konstruktiven Beratungen.

Auch wenn wir über die Häuser sprechen, muss ich sagen: Wir sind schon ein ganz besonderes Haus. Es gibt nur wenige Häuser, in denen Kernphysiker, Biologen, Bauingenieure, Geologen, Meteorologen, Juristen, Ärzte, Tierärzte, Verwaltungsfachkräfte, Architekten zusammenarbeiten. Wir haben alles. Ich sage ganz bewusst – das ist ein Werbeblock für das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium –: Wir sind eine bunte Truppe, aber wir haben jeden Tag eine gute Stimmung. Das ist letztendlich das, was die Arbeit ausmacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage noch einmal herzlichen Dank auch für die schnelle Beratung hier im Haushaltsausschuss. Ich glaube, ich war einer der wenigen Minister, die innerhalb des Zeitrahmens verhandelt wurden. Herzlichen Dank an den Haushaltsausschuss. Ich danke den Regierungsfraktionen bzw. allen Fraktionen, die diesem Haushalt zustimmen. Wir werden uns mit aller Kraft einsetzen, damit die Zukunft Bayerns gut gestaltet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte hier. Sie haben drei Zwischenbemerkungen.

(Unruhe)

Sie können jetzt die erste beantworten. Nein, bleiben Sie bitte da. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Thorsten Glauber! Du hast jetzt sehr engagiert geredet. Ich habe festgestellt, du hast länger zur Afrikanischen Schweinepest geredet als zur Jahrhundertherausforderung des Klimaschutzes.

(Unruhe)

Das zeigt auch etwas an, nämlich die falsche Prioritätensetzung und die fehlende Linie im Umweltministerium. Ich sehe, dass das Verkehrsministerium und das Wirtschaftsministerium entscheidende Felder des Klimaschutzes bespielen, ich würde mir aber von einem bayerischen Umweltminister wünschen, dass er hier wirklich ein Treiber ist. Das kann ich tatsächlich nicht erkennen, und das möchte ich jetzt gerne angesichts der Beratungen über den Haushalt einfach mitgeben, dass ich da vom Umweltministerium deutlich mehr erwarte angesichts der schlechten bayerischen Klimabilanz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe: Oh!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege von Brunn, Sie haben mit Sicherheit bemerkt: Ich habe eineinhalb Stunden über den Klimareport gesprochen. Sie sagen, ich engagiere mich nicht für dieses Thema. Dazu sage ich: Ich habe mich eineinhalb Stunden nur diesem einen Thema gewidmet. Das kann man machen, ich habe aber nicht vorgehabt, heute Abend eineinhalb Stunden über den Klimareport zu sprechen, weil ich es schon ausführlich getan habe.

Aber ich wollte damit zeigen: Dieses Ministerium hat viel mit Ordnungsrecht und letztendlich auch mit Herausforderungen in der Betreuung zu tun, zum Beispiel bei Seuchen, und kümmert sich um alles. Auch kleine Details werden in diesem Haus sorgfältig bearbeitet, und zwar mit einer Akribie, wie es sich gehört. Klein und Groß wird mit der gleichen Prämisse bearbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Friedl. Bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Wie immer.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nein, der Herr Hahn hat zurückgezogen.

(Zuruf: Oh!)

Nicht? – So wurde es mir gesagt. Pardon, Herr Friedl, ich revidiere: Als Zweiter hat sich der Prof. Hahn gemeldet. Der Prof. Hahn darf jetzt selbstverständlich seine Frage stellen. Anschließend kommt der Herr Friedl.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Minister Glauber, erst einmal vielen Dank für Ihre leidenschaftliche Rede hier. Ich habe es ja schon irgendwie vermisst. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Umwelt oder Sie im letzten Jahr während Corona ein bisschen in den Hintergrund getreten sind, aber das haben Sie heute versucht, ein bisschen wettzumachen, und das auch noch mit dem brisanten Thema der Afrikanischen Schweinepest. Tatsächlich haben Sie die bisher bekämpft. Sie haben hier auch die Wichtigkeit hervorgehoben, die diese Bekämpfung sozusagen für die Besiegung oder Bekämpfung der Corona-Pandemie haben kann. Ich bin also ganz erstaunt. Allerdings ist es da ja nicht ganz so erfolgreich.

Wir haben das heute auch gehört: Die Corona-Pandemie ist ja irgendwie noch nicht besiegt, und auch bei der Afrikanischen Schweinepest habe ich so meine Zweifel, dass Sie das hinbekommen, weil die Wildschweine – das Schwarzwild – sich weiter ausbreiten. Damit wächst die Gefahr. Das Ganze hängt mit der Energiewende zusammen. Wir haben ja sehr viele Maisfelder, die das protegieren. Insofern sind die Energiewende und diese Maisfelder kritisch zu sehen. Wie würden Sie das in Zukunft lösen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Zur Afrikanischen Schweinepest: Wir haben Drohnen im Einsatz zur Bejagung des Schwarzwilds. Wir haben die Zäune nach Tschechien, nach Thüringen und Sachsen geschlossen. Wir haben auch die Länder Brandenburg und Sachsen mit bayerischem Zaunmaterial ausgerüstet und wieder nachgekauft. Das zeigt, wie wir bei dem Thema unterwegs sind. Wir lassen die Landwirte die Bestände freitesten, unterstützen sie dabei und bezahlen das Freitesten für den Handel. Das zeigt die Wichtigkeit für die Landwirtschaft.

Weil Sie die Pandemiebekämpfung ansprechen, sage ich: Hätten wir dieses Pandemielager nicht gehabt, hätte dieses wertvolle Material in der ersten Welle der Pandemie in vielen Krankenhäusern und auch in Hilfseinrichtungen nicht zur Verfügung gestanden. Es hat unsere Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger geschützt. Gott sei Dank gab es dieses Pandemielager. Jetzt bauen wir für Pandemien anderer Art nach dem Vorbild des Tierseuchenlagers ein Pandemielager in Bayern auf beziehungsweise haben es aufgebaut. Das zeigt, wir waren genau auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nun die dritte Zwischenbemerkung. Herr Friedl, bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Umweltminister, sehr geehrter Herr Glauber, ich habe drei kleine Fragen.

(Zuruf: Oh nein!)

Die erste Frage betrifft das Wasserentnahmeentgelt. Haben Sie dazu Planungen? Sie haben davon gesprochen, wie wichtig es ist, dem Wasser einen Wert zu geben.

Die zweite Frage dreht sich um die Ausstattung der Wasserwirtschaftsämter. Sie sprachen von einer Beschleunigung der Ausweisung von Wasserschutzgebieten. Es fehlt einfach an Personal und an Geld. Was haben Sie da geplant?

Die dritte Frage bezieht sich auf die Hitze. Sie haben mir noch einmal kräftig zugenickt und auch gesagt, wie wichtig Ihnen die Hitze ist. Wann kommt eine Koordinierungsstelle im Landesamt für Gesundheit?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Beim Landesamt für Umwelt sind wir sehr, sehr gut aufgestellt. Da brauchen wir keine neuen Stellen zu schaffen. Wie gesagt, wir kümmern uns grundsätzlich um alle Herausforderungen.

Beim Thema Wasser und seinem Wert: Ich glaube, da ist jeder in seiner kommunalen Verantwortung mit gefragt. Ich bin derjenige, der hier appelliert, aber Sie alle entscheiden zu Hause mit, damit der Wert des Wassers so bewertet wird, wie er auch bewertet gehört. Ich freue mich auf all Ihre Reden, in denen Sie den Wert des Wassers in den Kommunalparlamenten sauber darstellen. Mit mir werden Sie immer einen Unterstützer dafür finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Personal: Wir haben die 650 Stellen bei den Wasserwirtschaftsämtern momentan in das Strukturkonzept "Wasserzukunft Bayern" mit einbezogen. Ich bin hier in guten Verhandlungen mit dem Finanzminister, damit wir die Entfristung für die

650 Stellen hinbekommen. Wenn man das Thema "Wasserzukunft Bayern" wirklich ernst nimmt, dann kann man hier nicht mit befristeten Stellen arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13831 mit 18/13837, 18/13846 mit 18/13868, 18/13882 mit 18/13894, 18/13941 mit 18/13947 und 18/13965 mit 18/13977 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14435.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen" auf der Drucksache 18/13891. Wie vorab angekündigt, hat die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 00:12 bis 00:15 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 00:15 bis 00:16 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Mit Ja haben 29 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 66 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltung: keine. – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/14435 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, FDP-Fraktion und der Abgeordnete Markus Plenk (fraktionslos). Nun zu den Gegenstimmen. Ich bitte, auch die Gegenstimmen durch Erheben anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussempfehlung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete

Markus Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/14435, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13965 mit 18/13977 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Ich wünsche einen guten Nachhauseweg um 00:20 Uhr. Bis morgen in der Früh um 9:00 Uhr! Danke, servus.

(Schluss: 00:20 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen (Kap. 12 09 TG 85 neuer Tit.) (Drucksache 18/13891)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	29	66	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 17

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
   (Kap. 12 02 Tit. 547 74)
   Drs. 18/13831
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Sonstige im Rahmen von Verbraucherschutzinitiativen
   (Kap. 12 03 Tit. 686 53)
   Drs. 18/13832
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
   (Kap. 12 04 Tit. 633 72)
   Drs. 18/13833
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erschwernisausgleich nach Art. 42 Abs. 1 BayNatSchG
   (Kap. 12 04 Tit. 683 72)
   Drs. 18/13834
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft und Ressourceneffizienz
   (Kap. 12 04 Tit. 685 79)
   Drs. 18/13835

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere für Grün- und Erholungsanlagen
   (Kap. 12 04 Tit. 883 73)
   Drs. 18/13836
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
   (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
   Drs. 18/13837
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz
   (Kap. 12 01 neuer Tit.)
   Drs. 18/13846
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verwaltungskostenpauschale für Umweltstationen
   (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
   Drs. 18/13847
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 12 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13848
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
    (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13849
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021,
    hier: Moorrenaturierung
    (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
    Drs. 18/13850
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13851

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13852
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13853
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik in der Umwelt
    (Kap. 12 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13854
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
    (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13855
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
    (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
    Drs. 18/13856
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss zu den Planungskosten für das Raubtier- und Exotenasyl in Ansbach-Wallersdorf
    (Kap. 12 08 neuer Tit. u. Tit. 893 03)
    Drs. 18/13857
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Abfederung coronabedingter Notlagen der Tierheime und Tierschutzvereine
    (Kap. 12 08 neuer Tit.)
    Drs. 18/13858
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landesamt für Umwelt – Entgelte der Arbeitnehmer
    (Kap. 12 09 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13859

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerisches Artenschutzzentrum – Sonstige Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben
    (Kap. 12 09 Tit. 459 84)
    Drs. 18/13860
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren
    (Kap. 12 09 Tit. 547 08)
    Drs. 18/13861
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Haushaltsmittel für Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München
    (Kap. 12 09 Tit. 812 04)
    Drs. 18/13862
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Einführung eines bayerischen Wasserentnahmeentgelts
    (Kap. 12 09 neuer Tit.)
    Drs. 18/13863
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Untersuchung und Sanierung von Altlasten mit polyfluorierten Tensiden
    (Kap. 12 09 neuer Tit.)
    Drs. 18/13864
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
    (Kap. 12 31 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13865
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
    (Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
    Drs. 18/13866
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet des Bodenschutzes, der Altlasten und der Geologie
    (Kap. 12 77 Tit. 883 81)
    Drs. 18/13867

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
    (Kap. 12 77 neuer Tit.)
    Drs. 18/13868
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
    (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
    Drs. 18/13882
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gegen die Wegwerfmentalität: Reparaturcafés fördern
    (Kap. 12 03 TG 52 neuer Tit.)
    Drs. 18/13883
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
    (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13884
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor
    (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13885
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verbraucherschutzberatung finanziell absichern
    (Kap 12 03 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13886
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Artenschutz und Klimaschutz ernst nehmen
    (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
    Drs. 18/13887
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Versprechen zum Moorschutz umsetzen
    (Kap. 12 04 TG 71 - 72 neuer Tit.)
    Drs. 18/13888

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unterstützung der Tierschutzorganisationen bei besonderen Notsituationen und Förderung des Katzenschutzes
    (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13889
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Streichung der Befristung der Stellen am Bayerischen Landesamt für Umwelt
    (Kap. 12 09 Tit. 428 01 und Tit. 428 11)
    Drs. 18/13890
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen
    (Kap. 12 09 TG 85 neuer Tit.)
    Drs. 18/13891
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte
    (Kap. 12 09 neuer Tit.)
    Drs. 18/13892
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Tasdelen u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 20 neuer Stellen
    (Kap. 12 23 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13893
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Streichung der Befristung der Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern
    (Kap. 12 77 Tit. 422 01, Tit. 428 70, Tit. 428 90, Tit. 428 91, Tit. 428 92)
    Drs. 18/13894
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
    (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
    Drs. 18/13941
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
    (Kap. 12 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13942

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen
    (Kap. 12 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13943
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Klimaschutzpreise
    (Kap. 12 04 Tit. 547 75)
    Drs. 18/13944
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landfill mining
    (Kap. 12 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
    Drs. 18/13945
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
    (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
    Drs. 18/13946
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landesagentur für Energie und Klimaschutz
    (Kap. 12 09 TG 85)
    Drs. 18/13947

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Georg Winter
Abg. Dr. Markus Büchler
Abg. Sebastian Körber
Abg. Bernhard Pohl
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Harald Güller
Abg. Jürgen Baumgärtner
Abg. Jürgen Mistol
Abg. Sandro Kirchner
Staatsministerin Kerstin Schreyer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13737 mit 18/13741 sowie 18/14457)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13343 mit 18/13371)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13651 mit 18/13661)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13599 mit 18/13607)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13244 mit 18/13276)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13604 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne hiermit die Aussprache. – Erster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Georg Winter. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir beraten den Etat unseres noch immer jungen Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. An dieser Stelle, Frau Staatsministerin, herzlichen Glückwunsch zum einjährigen Jubiläum im neuen Haus und weiterhin viel Erfolg bei den zahlreichen interessanten und wichtigen Herausforderungen in Ihrem anspruchsvollen Ressort!

Eine Reform, die sich in diesem Etat niederschlägt, ist der Verlust der Zuständigkeit für die Autobahnen. Damit geht ein Stück Mitspracherecht für Bayern verloren. Zu hoffen

bleibt nur, dass sich die neue Organisationsform positiv entwickelt und dass die Abläufe nicht zu mehr Bürokratie und weniger Flexibilität führen.

Trotz des Wegfalls der Autobahnen hat der Etat eine Steigerung von 7,6 % oder 309 Millionen Euro erfahren. Der Zuständigkeitsverlust bedeutet 100 Millionen Euro im Bereich Autobahn, der hier zunächst zu einer Reduzierung geführt hätte. Insgesamt umfasst der Etat 4,36 Milliarden Euro; das kann sich sehen lassen. Wo fließen diese zusätzlichen rund 400 Millionen Euro hin? – 280 Millionen Euro mehr Landesmittel gehen in die Wohnraumförderung. Wir haben dieses Jahr auch den höchsten bayerischen Bewilligungsrahmen, was die Landesmittel anbetrifft, nämlich 848 Millionen Euro insgesamt mit allen anderen Bereichen. Wir stocken die BayernHeim GmbH mit 150 Millionen Euro auf; Ziel ist hier, einmal eine halbe Milliarde Euro anzulegen. Wir haben eine weitere Steigerung bei der Städtebauförderung hinsichtlich der Abfinanzierung, nämlich 100 Millionen Euro Cash, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen, damit die Kommunen rechtzeitig ihr Geld bekommen. Wir geben mehr Geld im Bereich des ÖPNV und des SPNV aus; zum einen 44,4 Millionen Euro für neue Tarifstrukturen und weitere 50 Millionen Euro für das 365-Euro-Ticket.

Natürlich gibt es viele andere Herausforderungen im Ressort Wohnen, Bau und Verkehr. Hier möchte ich das Stichwort "Barrierefreiheit in Bayern" aufgreifen. In der Regierungserklärung 2013 wurde ein wichtiges Ziel, die Barrierefreiheit, für die Mitbürgerinnen und Mitbürger gesetzt. Hier haben wir wirklich noch Nachholbedarf. Da gibt es noch viel zu tun. Erfreulich ist, dass jetzt im Laufe der nächsten Jahre mit dem jüngsten Programm des Bundes in der Kategorie bis 1.000 Pendler 25 Projekte in Bayern barrierefrei werden. Es kommen weitere 13 Projekte hinzu, bei denen die Bahnhöfe umgestaltet werden. Für viele ist damit auch Barrierefreiheit verbunden.

In der Kategorie der 1.000 bis 4.000 Ein- und Aussteiger kamen nur zwei Projekte in Bayern zum Zuge; das ist nicht zufriedenstellend. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen kennen das. Das ist zu wenig und maximal nur der berüchtigte Tropfen auf den heißen Stein. Das kann nicht richtig sein. Man muss wissen, dass genau diese

Kategorie der 1.000 bis 4.000 Ein- und Aussteiger unsere Mobilitätsdrehscheiben im ländlichen Raum darstellen und damit eine ganz wichtige Bündelungsfunktion haben. Deswegen, Frau Ministerin, an dieser Stelle herzlichen Dank dafür, dass Sie beim Bundesverkehrsminister bereits nachgehakt und darauf aufmerksam gemacht haben, dass Ihnen das Tempo hier viel zu langsam ist. Danke, dass Sie auch die DB auffordern, im Rahmen ihrer vielen Budgets und Programme nach Alternativen zu suchen. Das ist richtig.

Von meiner Seite möchte ich noch darauf hinweisen, dass es jetzt entscheidend wäre, das Baurecht weiterzubetreiben, denn es könnte sein, dass wir ab Herbst auf die Idee kommen, in Deutschland doch noch mehr für Barrierefreiheit zu tun und in die Bahninfrastruktur zu investieren. Dann fehlt, wie so oft, das Baurecht. Dieses braucht Zeit und Geld. Wir haben hier positive Beispiele bei den Bundesfernstraßen. Wir hatten dort immer mehr Baurecht, und am Jahresende hieß es dann, die anderen Länder können das Geld nicht umsetzen. Wir konnten dann vorleisten und mehr Geld abrechnen. Deswegen lautet die Bitte, der Bundesverkehrsminister möge dafür sorgen, dass zumindest die Planungen bei diesen zehn Projekten weiterlaufen, damit wir mehr Baurecht schalten und dann auch mehr Geld in die Bahn investieren können. Das wäre hier die konkrete Anregung.

Wir haben ein paar erfreuliche Akzente im Bereich der Radwege setzen können. Meinen Dank auch der Opposition an dieser Stelle! Alle Anregungen der CSU wurden natürlich mit dem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, aber auch mit der Zustimmung der Opposition einstimmig beschlossen. In einzelnen Stichworten: Die Kombination von Radwegen mit Wirtschaftswegen hat zur Folge, dass wir Flächen sparen, hat aber auch zur Folge, dass wir die Breite herstellen müssen, um diese Mehrfachnutzung zu gewährleisten. Andererseits wissen die Insider, dass die Nachfrage auf den Radwegen – ob das E-Biker, Rennradfahrer, Lastenradfahrer oder Pendler sind – mittlerweile erfordert, dass man mehr als 2,50 Meter benötigt.

Die Radschnellwege haben wir vor ein paar Jahren in das Sonderbaulastprogramm aufgenommen. In den Richtlinien heißt es aber, Radschnellwege könnten angelegt werden, wenn ein Potential von mindestens 2.000 Fahrradfahrern pro Tag besteht. Das taugt maximal für München und Nürnberg, aber nicht für das übrige Bayern und nicht für unseren ländlichen Raum.

(Unruhe)

Deswegen lautet die Bitte an die Staatsregierung, die Richtlinie zu ändern und die "2.000" zu streichen. Wenn wir die Lücke zwischen 2,5 bis 4 Meter schließen können, dann sparen wir auch Flächen und machen nicht alle Wege 4 Meter breit, nur um die Förderung zu bekommen.

Ein Drittes betrifft die Kreuzungen. Wenn diese im Bereich von Schulen, Kindergärten oder anderswo liegen, haben wir durch unsere Beschlussfassung klargestellt, dass Kommunen hier eigenständig handeln können und somit die Möglichkeit haben, Verbesserungen umzusetzen, ohne auf andere Baulastträger warten zu müssen. Auch dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen.

Zum Abschluss sage ich den Kollegen Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, den beiden Vorsitzenden, den Referenten für die Mitwirkung und natürlich auch Frau Staatsministerin Schreyer und ihrem Haus, das immer für Anregungen offen ist und unterstützt, herzlichen Dank. Das gilt auch für den Herrn Finanzminister und seinem Haus; er ist im Moment nicht da, aber ich lobe ihn auch in Abwesenheit. Das wird ihm sicherlich übermittelt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Dr. Markus Büchler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Klimareport hat vor Kurzem gezeigt, dass wir uns, wenn wir so weitermachen wie bisher, zum Ende dieses Jahrhunderts in Bayern auf plus 4,8°C einstellen müssen, meine Damen und Herren. Eine Katastrophe für Mensch und Natur! Ende des Jahrhunderts hört sich vielleicht weit weg an, aber die Menschen, die heute geboren werden, werden das zum Großteil und mit hoher Wahrscheinlichkeit noch erleben. Wir tragen die Verantwortung dafür, wie unsere Kinder und Enkel am Ende des Jahrhunderts leben werden.

Der CO_2-Ausstoß muss schnell sinken, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel, zu dem wir uns in Paris verpflichtet haben, erreichen wollen. Beim Sorgenkind Verkehr sinkt der CO_2-Ausstoß jedoch nicht; er steigt sogar weiter an. Hier besteht der dringendste Handlungsbedarf darin, dass wir unsere Mobilität schnell klimaneutral organisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Blick auf Ihren Staatshaushalt sieht man, dass die Staatsregierung die Herausforderungen unserer Zeit offensichtlich nicht erkannt hat. Vor zwanzig Jahren hätte man die kleinen Verbesserungen, die Sie beim ÖPNV machen, wie zum Beispiel günstigere Tickets oder etwas mehr ÖPNV-Mittel, vielleicht noch als Fortschritt durchgehen lassen können, aber heute reicht das nicht. Angesichts der rasanten Klimaveränderung brauchen wir heutzutage dringend sehr viel mehr Tempo und mehr Einsatz für die Verkehrswende. – Frau Ministerin, wenn ich höre, dass Sie im Haushaltsausschuss ziemlich dreist sagen, Sie wollten eigentlich gar keine Mobilitätswende, weil Sie den Leuten nicht vorschreiben wollten, wie sie sich fortbewegen sollen, dann komme ich zu dem Schluss, dass Sie offensichtlich noch nicht ganz verstanden haben, worum es in dieser Debatte überhaupt geht. Es ist doch Ihre starrsinnige CSU-Autopolitik, die die Menschen momentan in weiten Teilen des Landes zum Autofahren nötigt, weil Sie keinen Plan und keine Idee haben, wie vernünftige Alternativen aussehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Seit sechzehn Jahren warten wir auf den gesetzlich vorgeschriebenen Schienennahverkehrsplan. Seit fast zwanzig Jahren warten wir auf den Gesamtverkehrsplan, der ebenfalls gesetzlich vorgeschrieben ist und eigentlich alle zwei Jahre aktualisiert werden muss. Aus solchen Plänen würde sich zum Beispiel ableiten, was man tun muss, um im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land die Verkehrsinfrastruktur auf Vordermann zu bringen, zum Beispiel beim rostigen Schienennetz, damit Sie den Bayerntakt, den Sie bewerben, auch wirklich einmal im ganzen Land fahren und den Stundentakt, den Sie versprechen, auch infrastrukturell überhaupt darstellen können. Am besten wird das auch noch mit elektrischem Strom anstatt Diesel betrieben. Das ist ebenso wie die Reaktivierung und das Einbeziehen aufgelassener Nebenstrecken ein wichtiges Thema. Der Bund hat für all diese Sachen sehr viel Geld bereitgestellt, aber der Staatsregierung fehlt es an Plänen und Konzepten, sodass wir Mittel gar nicht abrufen können, wie zum Beispiel bei den aufgewachsenen GVFG-Mitteln.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um Klimaschutz bei der Verkehrswende, sondern darum, dass immer mehr Menschen in der Stadt und erst recht auf dem Land Alternativen zum Auto wollen. Sie wollen es nicht mehr hinnehmen, dass Sie sie mit Ihrer einseitigen Straßenbaupolitik ins Auto zwingen. Immer mehr Leute wollen endlich Alternativen, wollen Bus und Bahn mit attraktiven Takten zu günstigen Preisen und ein sicheres und bequemes Radwegenetz, so wie es in anderen Bundesländern oder anderen Staaten entwickelt wird.

(Unruhe)

Deswegen schreiben wir nichts vor. Aber Sie schränken die Wahlfreiheit der Menschen ein, indem Sie den Straßenbau einseitig vorantreiben und Menschen ohne Auto im Regen stehen lassen.Wir jedenfalls wollen, dass die Menschen bequem zwischen Auto, zuverlässigen Öffis und sicherem Radl wählen können und dass alle Menschen

gut vorankommen, nicht nur die Hälfte der Bevölkerung, die ein Auto und einen Führerschein hat.

Mit unseren Änderungsanträgen können Sie die richtigen Zeichen setzen und für Klimaschutz und Verkehrswende die richtigen Hebel in Bewegung setzen. Stimmen Sie diesem zu, dann geht es vorwärts bei Klimaschutz und Verkehrswende!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Sebastian Körber von der FDP-Fraktion vor. Bitte, Herr Kollege Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Büchler, das veranlasst mich jetzt schon mal zu einer Nachfrage, wenn Sie sich so gegen das Auto stellen und sagen, man muss da bessere Lösungen anbieten.

Bayern ist ja ein sehr großes Flächenland. Jetzt kann man das aus München heraus mit dem doch sehr guten öffentlichen Personennahverkehr sicherlich anders sehen, aber was machen wir denn im ländlichen Raum, zum Beispiel bei mir in Oberfranken, im Landkreis Wunsiedel? Da gibt es leider nicht so viele ICE-Bahnhöfe. Die Busse des ÖPNV – zumindest die Busse, die ich kenne – fahren bei uns in Oberfranken auf der Straße. Ich habe noch nicht genau verstanden, wie wir das Problem lösen können oder den Herausforderungen nach grüner Philosophie gerecht werden können.

Im ländlichen Raum fahren fast zwei Drittel aller Menschen ausschließlich mit dem Auto. Wie lösen wir das denn? Der Radanteil ist dort unter 10 %. Was sind Ihre konkreten Lösungsvorschläge für den ÖPNV im ländlichen Raum?

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Wir lösen das durch ein sehr gutes Angebot der Bahn in der Fläche, zum Beispiel auch auf wieder reaktivierten Nebenstrecken, plus ein –

(Unruhe)

– wollen Sie es wissen, oder wollen Sie es nicht wissen? Hören Sie halt zu, dann erfahren Sie, wie das funktioniert! – gutes Busnetz in der ganzen Fläche mit einem Stundentakt von in der Früh bis in die Nacht. In sehr dünn besiedelten Gebieten lässt sich mit modern und digital vernetzten On-Demand-Rufbussen und Ruftaxi-Systemen hervorragend eine flächendeckende Erschließung gewährleisten. Sie brauchen bloß in die Schweiz schauen, wie das funktioniert.

(Lachen)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen! – Wie das zu machen ist, ist längst klar. Es fehlt allerdings an den Mitteln, die Sie im Straßenbau verbuddeln.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Büchler, habe ich da das Wort Lufttaxi gehört? Das wäre ja etwas ganz Neues. Da müsste ich Sie ja direkt loben. Ansonsten habe ich vernommen, dass Sie für die GRÜNEN wieder einmal dokumentiert haben, eine Ein-Thema-Partei zu sein. Aber nicht einmal dieses eine Thema Klimaschutz haben Sie richtig drauf, denn Sie wollen dieses Thema im Verkehr mit Verbot und Verzicht lösen.

Jetzt kann man sagen: Verbot und Verzicht sind sehr edel. Aber das ist eine ganz gefährliche Sackgasse. Wir lösen dieses Problem im Wirtschaftsministerium durch CO_2-neutrale Antriebe. Das ist der richtige Weg. Herr Kollege Dr. Büchler, ich sage Ihnen eines: Ein moderner Verbrennungsmotor hat allemal eine bessere CO_2-Bilanz als das Fortbewegen mit einem Ochsenkarren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Verkehr ist in der Tat – Herr Körber, da muss ich Ihnen uneingeschränkt recht geben – in einem Flächenland wie Bayern eine zentrale Frage der Infrastruktur, eine zentrale Frage der Herstellung gleichwertiger Le-

bensverhältnisse. Das ist eine wesentliche Zielsetzung dieser Koalition. Ich freue mich, dass Sie ebenso dieser Zielsetzung anhängen. Bei den GRÜNEN habe ich das so nicht vernommen.

Ich komme zu einem weiteren Thema, bei dem sich die GRÜNEN demaskieren, zumal in einem Wahljahr. Ich komme zum Wohnungsbau. Wir wissen: Wohnen ist nicht erst seit gestern, sondern seit vielen Jahren die entscheidende soziale Frage in Deutschland, aber insbesondere auch in Bayern, einem Land, das von Zuzug geprägt ist. Selbstverständlich ist es die Aufgabe der Politik, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, und zwar nicht mit irgendwelchen sozialistischen Enteignungsphantasien, wie sie in Berlin betrieben werden, sondern mit mehr Wohnungsbau. Ich freue mich, dass diese Koalition unter anderem in die Eigenheimzulage investiert.

Die Eigenheimzulage ist ein Instrument zur Schaffung von mehr Wohnraum und Eigentum für breite Bevölkerungsschichten. Hier verhelfen wir den Familien dazu, dass sie sich Eigenheime schaffen können. Wann läuft das aus? – Wir können es aktuell nicht weiter verlängern, aber ich nehme die Anregung gerne an. Wir werden es diskutieren, ob wir es bei besserer Haushaltslage – momentan haben wir natürlich mit Corona zu kämpfen – auch irgendwann einmal wieder auflegen.

Wir haben aber als Koalition dafür gesorgt, dass alle Anträge, die innerhalb der Frist bis 31. Dezember des letzten Jahres eingegangen sind, auch tatsächlich berücksichtigt werden. Wir hätten das nicht gewusst. Rechtlich gab es keinen Anspruch darauf. Aber wir haben gesagt: Wir halten selbstverständlich Wort, und wir wollen dieses Programm gut zu Ende führen, auch wenn es einen Betrag von 115 Millionen Euro zusätzlich kostet. Das war es uns wert, das ist es uns wert; denn Wohnungsbau hat bei uns einen ganz hohen Stellenwert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich meine einen Wohnungsbau, der menschengerecht ist und nicht ideologisch verbrämt, wie die Vorstellung von Herrn Hofreiter, der das Eigenheim verbieten will. Ich

muss schon sagen: Ich war nach der Wende ein halbes Jahr im Innenministerium von Thüringen. Ich habe damals die wunderhübschen Plattenbauten mit 18 Stockwerken in der Rigaer Straße in Erfurt, in Suhl und überall gesehen. Das ist eine "wunderbare Art zu wohnen". Nein, wir wollen das nicht, und trotzdem haben wir uns dem Flächensparen verschrieben.

Wir, das Bauministerium mit der Bauministerin und die gesamte Staatsregierung, finden intelligente Lösungen. Ich sage auch, weil hier Thorsten Glauber sitzt: Auch er hat Kompetenz, und selbstverständlich wird hier auch ressortübergreifend gearbeitet, denn die Mitglieder dieser Staatsregierung arbeiten gut und vertrauensvoll zum Wohle des Freistaats Bayern zusammen. Da werden die Kompetenzen gebündelt. Da gibt es keine Eifersüchteleien. Da wird gut gearbeitet, und da geht auch etwas voran.

Ich schaue jetzt wieder in die Reihen der GRÜNEN. Ich möchte durchaus konzedieren, dass es auch einen Vorteil hat, wenn man eine Ein-Thema-Partei ist; denn man wird dadurch sichtbarer. Wenn man aber irgendwann einmal Regierungsverantwortung übernehmen möchte – und davon träumen Sie ja permanent –, dann muss man die Probleme des ganzen Landes lösen und darf sich nicht nur auf ein ideologisches Thema fokussieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist gut, dass die Kompetenzen für Bauen, Wohnen und Verkehr einem einzigen Ministerium zugeordnet worden sind; denn diese Zukunftsaufgaben sind zu lösen.

Weil hier das Thema Schiene angesprochen wurde, sage ich: Ja, selbstverständlich werden wir beim Thema Barrierefreiheit einen Schritt weiterkommen, obwohl das ein Bundesthema ist. Das muss man auch einmal deutlich sagen. Eigentlich hätte es der Bund zu lösen. Aber wir krempeln die Ärmel hoch. Wir leisten hier Kofinanzierung. Wir haben das auch in der Vergangenheit mit Bayernpakt I und II schon getan. Wir werden auch versuchen, im nächsten Haushalt bei der Reaktivierung von Bahnen in der Region ein Stück weiterzukommen; denn auch das ist ein Teil eines vernünftigen Ver-

kehrskonzepts. Ich weiß, dass auch andere Fraktionen Sympathien dafür haben. Das wird man ein Stück weit auch interfraktionell angehen können.Ich hoffe, dass die entsprechenden Mittel im nächsten Haushalt zu verankern sind. Ich denke, insgesamt sind wir gut aufgestellt. Die Ministerin hat einen guten Haushalt vorgestellt, der unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Sebastian Körber für die FDP-Fraktion vor. – Bitte, Herr Kollege.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Pohl, Sie haben die GRÜNEN als eine Ein-Thema-Partei bezeichnet. Mich würde interessieren, für welches Thema aus diesem Ressort die FREIEN WÄHLER stehen. Bisher habe ich nämlich noch kein einziges Thema identifiziert. Vielleicht können Sie mir helfen?

Bleiben wir beim Thema Unterstützung für Wohnungseigentumsbildung. Sie haben gesagt, die Eigenheimzulage, dabei reden Sie von der bayerischen, ist sozusagen eine Aufstockung des Eigenkapitals. Die finden Sie eine gute Sache, aber die läuft aus. Was tun Sie denn jetzt, damit das Bauen günstiger wird, damit die Menschen Wohneigentum bilden können? Kommen Sie jetzt nicht mit dem Baukindergeld, das kann nicht jeder beantragen. Was machen Sie denn? Was ist denn das Thema der FREIEN WÄHLER, damit die Menschen in Bayern Wohneigentum bilden können, vielleicht sogar im ländlichen Raum? Was machen Sie denn da konkret?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Körber, Sie brauchen mir keine Antwort vorzugeben. Das Baukindergeld hätte ich gar nicht genannt. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns, seit wir im Bayerischen Landtag sind, ganz zentral dafür ein, dass Bayern in der Fläche gestärkt wird, dass wir die Regionen stärken. Das heißt natürlich auch, wenn wir Wirtschaft und Infrastruktur in die Regionen bringen, dann wird das Land entzerrt, dann wächst der Schmelztiegel München etwas weniger stark, weil

die Regionen stärker sind. Nachdem Sie aus Oberfranken kommen: Es ist noch gar nicht so lange her, da hat die Stadt Selb intensiv darüber nachgedacht, Gebäude zurückzubauen, weil sie ständig von der Schrumpfung bedroht war. Wir bringen die Menschen in die Fläche, und das allein führt dazu, dass Preise sinken, dass das Wohnen erträglicher, billiger, kostengünstiger und trotzdem attraktiv wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Winter hat die Zahlen im Wesentlichen genannt. Uns, der AfD, kommt die Wohnraum- und die Studentenwohnraumförderung zu kurz. Auch die Städtebauförderung ist gekürzt worden, was wir nicht verstehen und was wir auch nicht gut finden. Die Ausgaben für den ÖPNV sind gesteigert worden, das finden wir gut. Schienenpersonennahverkehr: 1,455 Milliarden Euro, da sind wir auch dabei.

Kommen wir zu den Aussagen meiner Kollegen vorhin, speziell zur Aussage von Herrn Kollegen Büchler und zu seinem Vorwurf an Frau Ministerin Schreyer. Das wirkt zwar jetzt etwas komisch, wenn ich sie als Vertreter der AfD-Fraktion verteidige, aber nachdem Sie die Mobilitätswende anprangern: Ja, ich glaube, die meisten bürgerlichen Parteien hier wollen einen ausgewogenen Individualverkehr. Die AfD setzt sich besonders dafür ein, weil der Individualverkehr auf dem Land eine besondere Bedeutung hat. Das Land draußen darf nicht abgehängt werden. Diese Systeme geben vor, dass heute alles ganz leicht über Schiene, Bus oder durch intelligente Lösungen funktionieren soll. Wir haben aber genügend ältere Personen, die nicht abgehängt werden dürfen. Der Verbrennermotor, den Sie vorhin gegeißelt haben, ist genau andersherum zu sehen: Es gibt nämlich intelligente Lösungen für die modernste Dieseltechnik. Wir

sind absolut gegen die neuen Forderungen der EU – die Sie, die GRÜNEN, natürlich sicherlich unterstützen werden –, die Verkehrswende bis 2030 weiter zu forcieren.

Eines ist uns bei dem ganzen Haushalt allerdings ein Dorn im Auge: Der Straßenbau, und das habe ich schon in der letzten Haushaltsdebatte angesprochen, ist drastisch unterfinanziert. In der Prioritätsstufe eins hinken wir um Jahre hinterher. Da brauchen wir wesentlich mehr Geld. Der Verkehr hängt natürlich mit der Infrastruktur zusammen, und die ist wichtig, auch für die Wohnungsbauproblematik; auf die komme ich gleich noch. Wir brauchen eine Stärkung des ländlichen Raums, um das Stadt-Land-Gefälle zu überwinden, um günstigen Wohnraum auch in der Stadt zu ermöglichen.

Für uns ist auch der Ausbau von wesentlichen Verkehrsstraßen wichtig, und zwar mit dem bestmöglichen Lärmschutz. In der Debatte im Verkehrsausschuss haben wir erlebt, was bei der A 94 mehr oder weniger alles schiefgelaufen ist. Da muss noch viel besser geplant werden, und der Lärmschutz muss schon im Vorfeld bestmöglich für die Bürger ausgebaut werden.

Die E-Mobilität wird aus unserer Sicht viel zu schöngeredet. Wir sind für einen ausgewogenen Energie-Antriebsmix. Wir sehen, wie ich vorhin schon gesagt habe, keine Notwendigkeit für eine Verteufelung der herkömmlichen Antriebsarten. Wir wollen uns jetzt auch bedanken, auch wenn das von uns als der AfD-Fraktion vielleicht komisch klingt. Es ist aber Fakt: Mein Kollege Andi Winhart und ich stehen für Rosenheim, und wir haben, ebenso wie Klaus Stöttner von der CSU, einen Antrag für Rosenheim eingereicht, die Verknüpfungspunkte zu untersuchen. Sicherlich wird Verkehrsministerin Schreyer das an den Bundesverkehrsminister weitergeleitet haben. Für uns im Inntal ist es ein ganz wesentlicher Punkt, dass die Brennerbasistunnelstrecke vollkommen untertunnelt wird und den größtmöglichen Lärmschutz für die Bürger bietet.

Wohnen und Bauen ist, das hat schon Herr Pohl gesagt, die zentrale soziale Herausforderung angesichts der steigenden Mieten, des knappen Wohnraums, der sinkenden Renten und der Altersarmut. Auch hier noch einmal einen Rückblick auf 2019. Damals

haben fast alle Fraktionen bei diesem Thema angeprangert, dass Herr Söder als Finanzminister 33.000 Wohnungen mehr oder weniger aus der Sozialbindung herausgenommen und verkauft hat. Damals hat er das BayernHeim-Projekt groß angekündigt. Was ist daraus geworden? Wir haben es in unserer Gemeinde selbst erlebt: Es ist ein Rohrkrepierer, aus unserer Sicht ein totgeborenes Kind.

Die Ursache für die Misere bei Wohnen, Bau und Verkehr ist die Wohnungsknappheit durch die vernachlässigte Infrastrukturpolitik der langjährigen Regierungsparteien. Wir haben eine enorme Baukostensteigerung, allein in den letzten zehn Jahren um 50 %. Allem voran geht die ganze Immobilienblase mit der Null-Zins-Politik, die wir in diesem kleinen Länderparlament nicht beeinflussen können, die auf EU-Ebene und weltweit dringend einer Korrektur bedarf. Betroffen sind Familien, Geringverdiener, aber auch Bürger weit in die Mittelschicht hinein. Heute können sich Polizisten und Facharbeiter in Ballungsräumen, in Metropolregionen keine vernünftige Wohnung mehr leisten. Da helfen auch keine sozialistisch geprägten Instrumente, das haben wir jetzt in Berlin gesehen. Der Mietenstopp ist genau kontraproduktiv.

Wir brauchen eine Entzerrung der Ballungsräume, eine Verdichtung durch höheres Bauen. Das haben wir bei der letzten Änderung der Bayerischen Bauordnung diskutiert. Und was ist die Folge? In zahlreichen Gemeinden wurde die Öffnungsklausel aus meiner Sicht missbraucht, genau der Gedanke, der von den meisten Parteien hier in der Bayerischen Bauordnung mitgetragen wurde. Städtetag und Gemeindetag haben konträr dazu ununterbrochen auf die Gemeinden eingehämmert, damit sie die Öffnungsklausel wahrnehmen, und sie haben Satzungen erlassen, die von Neid geprägt sind und den Wohnungsbau zusätzlich verhindern. Wir könnten nach neuesten Untersuchungen bis zu zwei Millionen durch Aufstockungen und durch Dachgeschossausbauten erreichen. Daran müssen wir noch arbeiten, genauso wie an der Digitalisierung der bayerischen Baubehörden. Auch da haben wir dringenden Nachholbedarf. Meine Schwiegertochter war in Amerika Architektin, die hat sich gewundert, dass wir noch mit Plänen arbeiten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. – Ich habe noch zwölf Sekunden.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Überzogen, Sie haben zwölf Sekunden überzogen. Das möchte ich schon noch richtigstellen.

(Heiterkeit)

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute zigmal und richtigerweise die Mottos gehört: "Testen, testen, testen" und "Impfen, impfen, impfen". Für den Haushalt des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr gilt ein anderes Motto, und das heißt: "Investieren, investieren, investieren." Wir müssen in eine gute Zukunft für Bayern investieren, und zwar auch in Jahren einer Krise.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen das Mantra der Schulden für spätere Generationen nicht nur auf Euro beziehen, sondern wir müssen endlich begreifen, dass die größte Schuld, die wir der nächsten Generation hinterlassen können, eine marode Infrastruktur ist, und zwar gerade beim Verkehr, bei Bauen und Wohnen. Übrigens, in Richtung GRÜNE: Das ist auch eine Schuld beim Klima und beim Umweltschutz, wenn wir hier nicht investieren, und zwar in alle Bereiche.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen brauchen wir in diesem Haushalt nach unserer Auffassung mutigere Schritte, mutigere Schritte im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schie-

nenpersonennahverkehrs. Wir brauchen ein 365-Euro-Jugendticket nicht nur in einzelnen Großstädten, sondern flächendeckend in Bayern,

(Beifall bei der SPD)

und zwar auch als Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wir brauchen mehr Investitionen durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft, damit sie mehr Verkehrsverbindungen bestellen kann. Wir brauchen mehr Investitionen zum Beispiel in ein Sozialticket und in ein Seniorenticket. Ich sage an dieser Stelle auch ganz klar, dass ich ein Stück weit von den GRÜNEN enttäuscht bin, die uns hier nicht unterstützen. Zu einem sozialen Nahverkehr gehört es auch, ein Senioren- und ein Sozialticket zu installieren. An dieser Stelle verstehe ich eine Enthaltung von euch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Daneben ist es auch unbedingt notwendig, im Bereich des Bauens und Wohnens mehr zu tun als bisher. Die Eigenheimzulage läuft jetzt aus. Das müssen auch CSU und FREIE WÄHLER zugeben: Die Eigenheimzulage hat tatsächlich nicht das gebracht, was ihr euch erwartet habt. Deswegen muss man jetzt umso kräftiger in die Wohnraumförderung investieren. Natürlich ist die BayernHeim eine Möglichkeit, um neuen Wohnraum in Bayern zu schaffen. Aber dazu muss man sie auch mit entsprechenden Finanzmitteln ausstatten, damit sie in den nächsten Jahren sehr viel aktiver werden kann als jetzt. Momentan ist sie schlicht und einfach eine Hülle und ein Versprechen, das Sie gegeben haben, das aber noch lange nicht umgesetzt ist. Deswegen ist kräftig über die BayernHeim zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber beim Wohnungsbau heißt es eben auch, dass wir zum Beispiel bei den Bedienstetenwohnungen für die Staatsbediensteten mehr tun müssen. Wir müssen auch einmal deutlich andere Wege gehen. Warum bauen wir denn nicht als Freistaat zum Bei-

spiel über die BayernHeim, über Siedlungswerke oder Studentenwerke einmal Wohnsiedlungen, wo alles zusammenkommt, sowohl der Studierendenwohnbau als auch der Staatsbedienstetenwohnbau als auch die Vergabe an die normalen Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch ein bisschen Sozialwohnbau? Das wäre eine Idee. Wir haben versucht, dafür Impulse zu geben, die Sie unglücklicherweise abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen in diesem Bereich auch einen Fonds "Sicheres Wohnen" – in Corona-Zeiten sicherlich das Thema, das auch Natascha Kohnen als unsere Landesvorsitzende nach vorne gebracht hat –, um Wohnungslosigkeit zu verhindern und auch um Vermieterinnen und Vermietern zu helfen; denn nicht nur große Konzerne vermieten, sondern auch einzelne Leute, die ihre Altersvorsorge auf eine vermietete Eigentumswohnung basiert haben.

Frau Ministerin Schreyer, es ist ja schön, wenn Sie auf Bundesebene Pressemitteilungen herausgeben und sagen: Ich habe mich auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass es einen solchen Fonds gibt. – Das können Sie machen. Aber wenn wir das hier in Bayern vorschlagen, dann erwarten wir von derselben Ministerin auch Unterstützung. Nicht nur in Berlin reden, sondern in Bayern handeln, das ist Ihr Job.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist auch ein Haushalt, der ein Stück weit die Unterschiede der Oppositionsparteien zeigt. Dass die FDP im Ausschuss unseren Anträgen für 365-Euro-Tickets nicht zustimmt, weil das Thema des Preises des Nahverkehrs kein Faktor sei, zeigt, wie weit Sie von der Realität entfernt sind. In Richtung der GRÜNEN sage ich: Natürlich ist es richtig, Radwege und Radschnellwege zu bauen. Aber 150 Millionen Euro im nächsten Jahr in Radwege zu investieren und zu sagen, dafür brauchen wir keine Staatsstraßen, das zeigt tatsächlich, dass Sie ein gutes Stück von der Realität weg sind. Auf diesen Staatsstraßen fährt nicht nur der

böse Individualverkehr mit Benzin- oder Dieselmotoren. Nein, darauf fährt auch der Individualverkehr mit Elektromotor. Darauf fährt auch der Bus, den wir hier alle gemeinsam in jedem Eck in Bayern fordern, und auf diesen Straßen fahren auch die Güterverkehre, die wir für eine ortsnahe Versorgung im Supermarkt und im Ortsladen fordern. Dafür brauchen wir intakte Staatsstraßen. Man sollte nicht das eine gegen das andere ausspielen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter!

Harald Güller (SPD): Eine letzte Bemerkung: Übrigens brauchen auch diese Radwege Fläche. Also reden Sie nicht immer nur vom "bösen Flächenfraß".

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, Ihre Rede jetzt zu beenden.

Harald Güller (SPD): Da dieser Haushalt all den Anforderungen nicht gerecht wird, werden wir ihn ablehnen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, sinnvolle Anträge der SPD anzunehmen. Auch diese Chance haben Sie wiederum vergeben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir zu den sinnvollen Anträgen. Vielen Dank für das Stichwort. Die FDP-Fraktion hat nämlich 33 Änderungsanträge vorgelegt, wie Sie es von uns als Serviceopposition gewohnt sind. Allein da war ein Einsparvolumen von 200 Millionen Euro drin. So konstruktiv sind wir eben. So sind Sie es von uns gewohnt. Die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen haben die Chance vertan, hier zukunftsfähige

Investitionen zu tätigen. Das ist natürlich sehr bedauerlich. Sie haben Ihre Chance nicht genutzt.

Ich will einmal exemplarisch vier dieser schwarzen Löcher herausgreifen, die den Steuerzahler sehr teuer zu stehen kommen werden. Da komme ich dann auch noch zum 365-Euro-Ticket, Kollege Güller. Das sind nämlich die Hypotheken, die Sie den Kindern und Enkelkindern Bayerns für die nächsten Jahrzehnte überlassen werden.

Punkt eins. Die BayernHeim ist angesprochen worden. Das ist an Peinlichkeit langsam nicht mehr zu überbieten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerin, bezugsfertig haben wir sage und schreibe 71 Wohneinheiten. Sie führen jetzt 150 Millionen Euro diesem Haushalt zu. 71 Wohneinheiten entsprechen genau 0,2 % von den damals 33.000 verkauften GBW-Wohneinheiten. Da muss ich schon sagen: Jedes privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen wäre längst bankrott, wenn es so arbeiten würde, wie Sie es in der BayernHeim für den Freistaat mit unserem Steuergeld machen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfraktionen. Das können die Wohnungsbaugesellschaften vor Ort besser; denn sie wissen, wie das vor Ort funktioniert. Dass die BayernHeim hier wirklich total versagt, ist ja offenkundig.

Punkt zwei betrifft das 365-Euro-Ticket, Kollege Güller. 50 Millionen Euro sollen hier jetzt zugeführt werden, und auch diese sind offenkundig falsch vergeben. Sie müssen schon erst genau zuhören, wenn Sie sagen, dass die FDP sehr weit von der Realität weg ist. Sie sind weit weg von den Realitäten in diesem Land. Sie sehen doch, in welchem Zustand die Infrastruktur ist. Ich brauche doch erst einmal das ganze Geld aus dem System der Infrastruktur, um die maroden Teile – das sind Ihre Worte – instand zu setzen. Dann kann ich mir nachher überlegen, wie ich ein Ticket clever bepreisen kann.

Nehmen Sie nur einmal den Großraum München. Da gibt es jetzt ein sogenanntes 365-Euro-Ticket für bestimmte Personengruppen, nicht für alle Personen, wie Sie es fordern. Wenn ich jetzt da nur mal die ersten vier Ringlein im Verkehrsverbund an-

schaue, hat das Jahresticket eigentlich über 600 Euro gekostet. Jetzt können Sie die Differenz ausrechnen und wie viel Geld uns im System fehlt. Das Entscheidende ist eben nicht nur der Preis. Damit mehr Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, kommt es darauf an, dass er bequem und verlässlich ist, dass es ein besseres Angebot und noch mehr Kapazitäten gibt. Auf diese entscheidende Frage haben wir immer hingewiesen.

Punkt drei, das Baukindergeld. Die Eigenheimzulage läuft ja Gott sei Dank aus. Sie ist natürlich auch völlig fehl am Platz. Hier gibt es viel cleverere Vorschläge, die wir als Freie Demokraten schon immer vorgetragen haben. Das ist liberale Eigentumsförderungspolitik. Wenn Sie endlich die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen würden, würden wir viel mehr erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Pohl, da können auch die FREIEN WÄHLER etwas lernen. Das ist nämlich zielgerichtet. Wie die FREIEN WÄHLER Wohneigentum fördern wollen, davon habe ich in Ihrem Vortrag leider nichts gehört. Das war einfach nur ausweichendes Erzählen über den ländlichen Raum. Das könnte ja Ihr eines Thema sein, wie Sie es den GRÜNEN vielleicht vorwerfen. Aber damit erreichen Sie jedenfalls nichts.

Punkt vier. Wir haben jetzt einen neuen zweiten Dienstsitz des Bauministeriums ausgewiesen, und zwar in Augsburg. Warum wir diesen brauchen, weiß man nicht genau. Das ist noch erklärungsbedürftig. Umweltfreundlich ist die Sache übrigens auch nicht, weil Sie dort durch das Betreiben von Symbolpolitik jetzt weitere Dienstreisen induzieren. Dieser Punkt ist wie die anderen von mir schon vorgetragenen Punkte ein schwarzes Loch und verschwendetes Geld.Zusammenfassend: Alleine hier haben wir eine Viertelmilliarde Euro, die wir anderweitig nutzen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, exemplarisch will ich noch ein paar wirklich sinnvolle Investitionen herausgreifen. Wir müssen mehr in die Digitalisierung investieren. Das betrifft den Mobilitätsbereich in der Infrastruktur; denn die Mobilität muss mit-

einander vernetzt werden. Dass hier immer diese Kämpfe – Rad kontra Auto – aufgezeigt werden, ist falsch. Lassen Sie uns das bitte, wie wir das in einem Konzept vorgeschlagen haben, miteinander vernetzen, Knotenpunkte stärken, gerne Fahrradstellplätze am Bahnhof einrichten, aber bitte auch Park-&-Ride-Plätze für das Auto. Das wäre eine sinnvolle Geschichte.

Wir müssen auch im Bauwesen mehr digitalisieren, Stichwort BIM.

Ich will noch einen Punkt herausgreifen, die IMBY, die Immobilien Freistaat Bayern. Frau Ministerin, dafür gibt es ja eigentlich einen Reformauftrag im Koalitionsvertrag. Bei dem, was die Immobilien Freistaat Bayern so abliefert – Stichwort: Deutsches Museum Nürnberg sowie andere Immobilienprojekte wie die Technische Universität in Nürnberg, den Himbeerpalast, den Obersalzberg, das OP-Zentrum in Erlangen –, findet ein Controlling der Baukosten in keiner Weise statt.

(Beifall bei der FDP)

Hunderte Millionen Euro Steuergeld werden hier verschwendet. Es ist eine Schande für den Freistaat, dass man hier nicht auf die Kosten achtet.

Frau Ministerin, bei der Bayerischen Bauordnung haben Sie ein Novellchen vorgelegt. Jetzt haben Sie ein Einzelplänchen vorgelegt. Das müssen wir ablehnen. Das ist völlig unambitioniert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Alfons Brandl. Herr Brandl, bitte.

(Alfons Brandl (CSU): Ich habe keine!)

– Nein? War das ein Irrtum?

(Alfons Brandl (CSU): Ja, das war ein Irrtum. Verzeihung!)

– Das war anscheinend ein Versehen.

Herr Körber, vielen Dank, dann können Sie auf Ihren Platz zurückgehen. Als nächsten Redner rufe ich Herrn Jürgen Baumgärtner, CSU-Fraktion, auf.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bauen, Wohnen und Verkehr gestalten heißt Zukunft gestalten. 300 Millionen Euro mehr, ein Aufwuchs um 8 %: Das ist ein starker Aufschlag für die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Büchler, ich habe Ihnen zugehört. Ich weiß nicht, worüber Sie gesprochen haben, aber über den bayerischen Staatshaushalt definitiv nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Schieneninfrastruktur ist Aufgabe des Bundes. Das habe ich Ihnen schon beim letzten Mal erklärt. Im ländlichen Raum kann kein Zug fahren. Da liegen keine Schienen. Warum liegen da keine Schienen? – Weil es ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen empfehle ich Ihnen dringend, mal diesen Raum, den S-Bahn-Bereich München, zu verlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Büchler (GRÜNE))

Ziehen Sie mal durch Bayern, schauen Sie sich mal die Realität an, verlassen Sie mal Ihr ideologisches Kartenhaus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es bringt auch nichts, wenn Sie bei jeder Ihrer Reden den Standort Bayern für die Automobilindustrie schlechtreden. Sie gefährden die Zukunft der nächsten Generation.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eigentlich bin ich irgendwie ganz dankbar, dass Sie heute wieder gesprochen haben. Sie haben die Maske wieder fallen lassen. Sie sind keine bürgerliche Kraft. Sie sind Linksideologen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Büchler (GRÜNE))

Sie waren es, Sie sind es, und Sie bleiben es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Güller, ich bin ein bisschen enttäuscht. Sie hätten zustimmen können. Denn so weit liegen wir nicht auseinander. Es tut mir ein bisschen weh, dass Sie die Eigenheimzulage nicht ganz so gut finden. 62.000 Anträge! Wissen Sie, ich komme aus einer Arbeiterfamilie. Da musste man die D-Mark noch umdrehen. 10.000 Euro sind für diese Gehaltsstufen ein Haufen Geld. Wir haben ganz vielen jungen Familien zum Eigenheim verholfen. Für die CSU gilt: Eigentum ist keine Schande, es ist unsere Zielsetzung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mein lieber Freund Körber, als Oberfranke hätte ich mir schon sehr gewünscht, dass man diese Ausgliederungen der Ministerien unterstützt. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt beispielsweise in Nürnberg eine Außenstelle des Gesundheitsministeriums haben, in der ganz viele oberfränkische junge Leute arbeiten. Das Zweite ist: Sie kommen ja vom Fach.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Da hätte ich mir beispielsweise schon gewünscht, dass Sie anerkennen, dass Kollegin Ministerin im Ministerium ein ganz hervorragendes Controlling in der Bauwirtschaft eingeführt hat. Das wird auch irgendwann Früchte tragen.

(Sebastian Körber (FDP): Wann denn? In zehn Jahren?)

– Sie wissen doch, wie das ist. Sie kommen doch aus der Branche. Mensch, um Himmels willen, ich muss mich schon wirklich fragen! Im Ausschuss sind Sie doch immer ganz umgänglich und ganz kooperativ. Nur wenn Sie in der Clique Ihrer Champagner-Etage sitzen, sind Sie ganz wesensverändert. Das muss ich schon mal sagen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke der Ministerin für ihr Engagement.

(Zuruf)

– Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern sind das eine. Unsere Ministerin lebt dieselbe Idee. Dafür danke ich ihr herzlich. Ich danke den fleißigen Geistern im Ministerium und in den nachgeordneten Behörden.

SPNV: 6 % mehr. Das ist ein toller Aufschlag. Bahninfrastruktur: 8 % mehr, 175 Millionen Euro. 350 Millionen Euro für die Staatsstraßen. Für die GRÜNEN: Davon sind 190 Millionen Euro für den Unterhalt und die Verbesserung. 360 Millionen Euro für die Wohnraumförderung. Meine Damen und Herren, auf eine Initiative der SPD hin – das will ich auch in dieser Deutlichkeit formulieren – haben wir die Gelder für den studentischen Wohnraum deutlich erhöht. Da sind wir noch nicht am Ziel, aber wir werden besser, Kollegin Kohnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In der Summe bin ich also sehr zufrieden. Das ist ein klares Bekenntnis zur Zukunft und ein gutes Fundament. Meine Damen und Herren, das ist nicht einseitig auf irgendwelche Verkehrsträger fokussiert, sondern die Summe und der Mix machen es aus. Es

gibt viele Wohnformen. Für uns ist Eigentum ein Ziel und keine Schande, auch Eigentum am Einfamilienwohnhaus, Kollege Büchler.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist Freiheit, das ist Verantwortung, das ist Sicherheit. – Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung für diesen hervorragenden Haushalt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Baumgärtner, vielen Dank für die lockere Rede um 22:25 Uhr. Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Herrn Jürgen Mistol von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Für viele Menschen, für viele Familien bis weit in die Mittelschicht hinein ist das wirklich eine Frage der Existenz. Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden wirtschaftlichen Folgen verdeutlichen einmal mehr, wie wichtig es ist, dass das Grundrecht auf Wohnen geschützt wird.

(Unruhe)

Ich würde mir wünschen, dass alle zuhören und die Lautstärke hier nicht so groß ist, damit Sie dann nicht irgendwelche Fragen stellen müssen, weil Sie es vielleicht nicht verstanden haben. – Danke schön.

In Zeiten von Lockdown und Ausgangsbeschränkungen ist das eigene Zuhause wichtiger denn je. Ich glaube, das ist uns selber erst einmal seit einem Jahr so richtig bewusst geworden. Doch zahlreiche Menschen haben, auch bedingt durch Kurzarbeit, ausbleibende Einnahmen, Sorgen und Schwierigkeiten, genau dieses Zuhause halten zu können. Die Zahl der einkommensschwachen Haushalte wird in den nächsten Jahren steigen. Um die Folgen von Krisen besser abfedern zu können, brauchen wir eine deutliche Stärkung und Ausweitung des gemeinwohlorientierten und sozialen Woh-

nungsbaus. Kurzum: Wir brauchen jährlich mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen, um den Bedarf decken zu können.

Nach einem Jahr mit Corona und den damit verbundenen Folgen vermisse ich eine solche Schwerpunktsetzung in Ihrem Haushaltsentwurf. Im Gegenteil: Man muss sagen, dass die Wohnungsbaupolitik der Staatsregierung schon mal besser war, Frau Ministerin. Die Zahl der geförderten Mietwohnungen ist im Freistaat seit 2019 wieder rückläufig. Da hatten wir mit dem Wohnungspakt tatsächlich mal eine Steigerung. Demnach gab es Ende 2019 in Bayern noch 136.000 Sozialwohnungen. Das waren etwa 1.250 weniger als im Vorjahr. Wurden 2019 noch 3.775 Mietwohnungen im Bayerischen Wohnungsbauförderprogramm gefördert, sind es 2020 gerade einmal 3.243. Insgesamt sind im letzten Jahr fast 4.000 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Lediglich im kommunalen Wohnungsbauförderprogramm steigt die Zahl der geförderten Mietwohnungen. Das heißt: Im Gegensatz zur Staatsregierung kommen die Kommunen ihrer verfassungsrechtlichen Verantwortung beim sozialen Wohnungsbau durchaus nach.

Die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim, das Prestigeprojekt unseres Ministerpräsidenten, hat bisher – Kollege Körber hat schon darauf hingewiesen – tatsächlich nur Wohnungen zugekauft, statt selbst Wohnungen zu errichten. Eigene Projekte sind erst auf dem Weg. Sie bedienen sich aus dem Topf der Wohnraumförderung, die anderen Unternehmen zugutekommen würde. Von der BayernHeim werden praktisch null Wohnungen zusätzlich geschaffen; das muss man einfach einmal so konstatieren. Im Jahr 2019 waren es insgesamt 79 Millionen Euro Fördermittel, die anderen Wohnungsbauunternehmen fehlten.

Kolleginnen und Kollegen, um den anhaltenden Problemen auf dem bayerischen Wohnungsmarkt begegnen zu können, brauchen wir bei der Wohnraumförderung einen klaren Fokus, aber keine Kaufzulagen in Form von Baukindergeld und Eigenheimzulage. Sie sind kostspielig; sie schaffen Fehlanreize, indem sie die Immobilienpreise weiter anheizen und lediglich zu Mitnahmeeffekten führen. Das sagen übrigens nicht nur

wir GRÜNEN, sondern das sagt auch das Deutsche Institut für Wirtschaft, das keine Vorfeldorganisation der GRÜNEN ist.

Stattdessen wollen wir GRÜNE nachhaltige, langfristige Investitionen in der Wohnraumförderung, um den Zugang zu Wohnraum, egal ob zur Miete oder im Eigentum, für alle Menschen im Freistaat zu verbessern. Stimmen Sie deshalb unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet? – Kollege Kirchner, das ist bei mir nicht angezeigt. – Herr Kirchner, bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Mistol, Sie haben angesprochen, dass Wohnraum gerade in Ballungszentren teuer ist. Wir haben gelernt, dass Angebot und Nachfrage den Preis gestalten. Sie haben jetzt gesagt, wenn jemand eine Eigentumswohnung kauft und diese selbst nutzt, führt dies auf dem Markt zu einer Verteuerung und macht die Finanzierung von Wohnungen unmöglich. Ich würde umgekehrt behaupten, dass, wenn man das Platzangebot reduziert, also das Bauland verringert oder die Möglichkeiten zum Bauen einschränkt, Grund und Bauen teurer werden. Wie stehen Sie dazu?

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Kirchner, wir können das, was den Flächenverbrauch betrifft, und das, was den Bedarf an Bauland angeht, in Einklang bringen. Wir werden in Zukunft gerade in den Ballungsräumen den Geschosswohnungsbau selbstverständlich präferieren müssen. Das machen übrigens Ihre Oberbürgermeister in den Städten, in denen die CSU Oberbürgermeister*innen stellt, auch, und das kann man schaffen.

Wir als GRÜNE haben unsere Vorschläge zur Eigenheimförderung deutlich gemacht. Sie können gerne googeln oder auf der Webseite des Bayerischen Landtags sehen,

was wir vorgeschlagen haben. Das ist eben nicht das Baukindergeld. Wir haben ähnlich wie die FDP gefordert, die Baunebenkosten zu senken. Daraus würde ein Schuh für eine tatsächliche Förderung des Eigenheims werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Staatsministerin Kerstin Schreyer auf.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand es ganz spannend, die unterschiedlichen Positionen zu hören; denn es war von Vorteil, dass bei jedem Punkt die eine Hälfte dafür und die andere dagegen war. Ich glaube, insofern sind wir wunderbar in der Mitte, um einen sehr guten und sehr gelungenen Haushalt vorlegen zu können. Ich möchte an dieser Stelle all den Haushälterinnen und Haushältern danken, mit denen wir im Ausschuss schön und gut diskutieren konnten. Das waren auch sehr konstruktive Beiträge. Insbesondere haben die Kollegen Winter, Pohl und Baumgärtner die Punkte schon sehr gut dargestellt. Deshalb werde ich jetzt nicht mehr in alle einzelnen Punkte einsteigen; denn dies war, wie ich glaube, schon sehr gut dargestellt.

Wir haben ein Plus von 9,6 % und stellen einen Haushalt im Umfang von 4,4 Milliarden Euro auf. Ich darf dies gar nicht so laut sagen, da der Herr Finanzminister sehr genau hinhört, wenn er das Wort Plus hört. Ich möchte an dieser Stelle Dankeschön sagen, weil ich weiß, dass dir, lieber Albert Füracker, auch klar ist, dass wir das Infrastrukturministerium zur Entwicklung dieses Landes sind. Es nützt nichts: Wir müssen darauf achten, dass die Straßen ordentlich sind, dass die Brücken ordentlich sind und dass wir Innovationen hinsichtlich Schiene und ÖPNV und alles, was dazugehört, vornehmen. Dies ist richtig, da wir bei uns im Ministerium den Verkehrsbereich, den Wohnbereich und den Baubereich haben.

Der Wohnbereich betrifft die soziale Frage der Zukunft. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir mit ganz viel Kraft investieren. Das Ziel muss nämlich sein, dass die Menschen in ganz Bayern leben können, und zwar ungeachtet ihres Alters und ihrer Lebensphase. Es geht darum, in ganz Bayern leben zu können. Deswegen ist es notwendig, die Bereiche Wohnen und Verkehr zu koppeln. Deswegen hat der Herr Ministerpräsident diese Bereiche in ein Ministerium zusammengeführt. Die erste Ministerin war Ilse Aigner; sie durfte das Ministerium aufbauen und durfte ihr Büro gerade noch kurz beziehen, bevor der Schritt zur Präsidentin stattfand. Sie hat das Ministerium zumindest noch gestaltet, bevor sie hier einziehen durfte. Dieses Ministerium ist ein sehr junges Ministerium. Es ist sehr klug, diese Bereiche zusammenzuführen, weil es um Zukunft geht. Ich bin sehr dankbar, dass ich diesem Ministerium vorstehen darf, es leiten darf, es organisieren darf. Ich danke an dieser Stelle auch ganz herzlich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich jeden Tag im Feuer stehen und dieses wunderschöne Land gestalten.

Ich bin ganz baff, dass ich als jemand, der aus dem Landkreis München kommt, Herrn Körber erklären soll, warum wir durchaus Ministerien auch außerhalb Münchens haben. – Ja, Herr Körber, ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir Außenstellen haben. Ja, ich glaube, dass die Ökologie gewährleistet ist; denn wenn wir unsere Außenstelle in Augsburg haben, sind die Menschen, die dort leben oder teilweise auch aus Franken jeden Tag oder jeden zweiten Tag Richtung München fahren würden, in Augsburg sehr gut aufgehoben, weil sie kürzere Fahrtstrecken haben. Wir siedeln ja niemanden von München nach Augsburg um, sondern diejenigen, die heutzutage schon so lange Anfahrtswege haben, können dann in ihrer Heimat arbeiten. Dies hat auch etwas mit Ökologie zu tun. Wir bekommen eben nicht künstlich Fahrstrecken hinzu. Das ist Ökologie.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir müssen darauf achten, überall kostengünstigen Wohnraum zu haben. Darüber haben wir gerade diskutiert. Gerade Corona wirkt mit Blick auf diese Fragestellung wie

ein Brennglas; denn wir haben jetzt die Chance, dass sich viele Menschen aufgrund Homeoffice die Frage stellen, wie oft sie tatsächlich noch fahren und vielleicht bewusst sagen: Ich möchte außerhalb wohnen, wenn die Digitalisierung und wenn die Verkehrsanbindung greifen. Wenn dies der Fall ist, wird sich vielleicht der eine oder andere im Zuge von Corona überlegen, ob es schön ist, in München in einer Zwei-Zimmer-Wohnung – Double Income No Kids – in Vollzeitarbeit zuhause zu sein – dies ist, ehrlich gesagt, auch eine Herausforderung für so manche Beziehung –, und das in einer Wohnung ohne Balkon und ohne Garten. Wenn man sonst vielleicht abends weggegangen oder ins Fitnessstudio gegangen ist, sitzt man jetzt zuhause. Dann wird plötzlich die Frage des Wohnens im ländlichen Raum eine ganz andere Qualität bekommen.

Wenn ich feststelle, dass ich vielleicht wirklich nur zweimal die Woche zum Arbeiten in eine Stadt fahren muss, weil ich den Rest digital erledigen kann, werde ich mir auch überlegen, ob ich nicht außerhalb wohnen möchte. Deshalb ist es wichtig, nicht nur in der Stadt, sondern auch außerhalb sowohl die Arbeit als auch den Wohnraum anzubieten. Genau deswegen hat der Ministerpräsident die Heimatstrategie entwickelt, und genau deswegen verlagern wir auch Arbeitsplätze. Der Staat kann doch nicht sagen: Ihr anderen, macht mal. Wir müssen mitmachen. Deswegen ist es sinnvoll und richtig, dass wir in Augsburg eine Außenstelle aufbauen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es gibt mehrere Punkte, wie wir das Wohnen anschieben können. Einiges wurde angesprochen. In der Kritik wurde immer wieder die Wohnungsbaugesellschaft Bayern-Heim genannt. Man muss sehen: Wir haben 2.900 Wohnungen in Planung. – Ja, es könnten immer mehr sein. Jeder, der vom Fach ist, weiß aber, dass nicht alles sofort klappt, wenn so etwas neu aufgebaut wird. Man muss die Grundstücke erwerben, man muss in Verhandlungen treten und so weiter. Dies alles passiert doch nicht in zwei Sekunden.

Die Wohnraumförderung wurde vorhin auch angesprochen. Ich möchte die Zahlen noch einmal in Erinnerung rufen. Wer dem Haushalt zustimmt, stimmt dafür, dass wir insgesamt, wenn wir alles zusammennehmen, 848,6 Millionen Euro zur Verfügung haben. Das ist eine Menge Holz. Deswegen ist es auch wichtig, dem Haushalt heute zuzustimmen. Wer sagt, der Staat soll mehr investieren, darf heute bei der Abstimmung freudig kundtun, dass er uns an dieser Stelle unterstützen möchte.

An dieser Stelle geht es um drei Punkte. Erstens ist das viel Geld, zweitens ist es richtig ausgegeben und drittens – das habe ich gerade schon gesagt – müssen wir Wohnen und Mobilität anders denken. Im Ballungsraum geht es darum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen; im ländlichen Raum geht es darum, dass die Menschen dort leben bleiben können. Das ist die große Herausforderung, die einen Spagat erfordert.Ich gebe zu: Als ich in dieses Ministerium gekommen bin, hätte ich mir nie gedacht, dass ich die Fragestellung habe, was wir für Städte tun müssen. Für mich war immer klar: Wir müssen den ländlichen Raum anschauen. Das werden wir weiterhin tun müssen; aber wir werden uns auch die veränderten Strukturen in den Städten anschauen müssen. Corona ist ein Stück weit ein Brennglas auch in Bezug auf die Frage, was mit Städten und was mit Innenstadt passiert, ohne dass wir vergessen dürfen, was wir im ländlichen Raum machen müssen.

Der Kollege Büchler hat vorhin dafür plädiert, dass wir eine Wahlfreiheit im Verkehrsbereich schaffen, indem wir den ÖPNV stärker ausbauen. Beim SPNV hat der Kollege Baumgärtner Ihnen schon erklärt, wer zuständig ist. Beim ÖPNV kann man durchaus auch darüber diskutieren, wer wo und wann wie zuständig ist. Aber ich stimme Ihnen zu: Wir müssen da immer weiter ausbauen. Der Unterschied zwischen uns beiden ist aber: Ich baue nicht gegen die Straße aus. Denn nach meiner Kenntnis fahren auch der Rufbus und das Sammeltaxi auf einer Straße. Im ländlichen Raum werden wir nicht jeden Weiler mit einer Schiene anbinden können. Genau das ist der Unterschied. Ich möchte Anregungen geben; ich möchte ein Angebot machen.

(Zuruf)

Ich glaube, dann wird der Bürger das Angebot, wenn es attraktiv ist, auch nutzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen aber auch die Lebenswirklichkeit des Einzelnen sehen. Jeder von uns lebt in einer anderen Lebensphase. Sie tun grad so, als ob jeder immer SPNV oder ÖPNV nutzen kann. Ich habe noch keinen Handwerker gesehen, der seine Ladung in die S-Bahn verladen hat. Ich habe ihn noch nicht gesehen, und es gibt ihn auch nicht. Deswegen muss ich eben ein breites Angebot machen, ohne immer das Auto zu verteufeln. Ich muss schauen, dass unser Angebot so gut ist, dass es der, der es nutzen kann, auch nutzen wird.

(Zuruf)

Ja, die Jüngeren haben ein völlig anderes Empfinden, wie sie die Verkehrswege diskutieren wollen. Wenn Sie mit den 15- bis 25-Jährigen reden – die haben ein anderes Ziel. Aber egal, welche Umfrage Sie nutzen: Im ländlichen Raum ist das Ziel eines jungen Menschen, der 18 wird, immer noch der Führerschein; im städtischen Bereich machen ihn viele gar nicht mehr, weil sie ein anderes Angebot haben. Das ist die Lebenswirklichkeit. Deswegen brauche ich nicht Straße gegen Schiene auszuspielen, sondern wir brauchen von allem etwas. Dieser Haushalt bietet Möglichkeiten an, die wir wirklich alle entsprechend unterstützen können und damit vorwärtskommen. Und ja, wenn ich beim Herrn Finanzminister bin, dann sage ich ihm natürlich, ich will immer noch ein Stück mehr. Das gehört jetzt zu meiner Arbeitsplatzbeschreibung. Aber die Wahrheit ist: Dieser Haushalt ist so richtig gut. Da braucht wirklich keiner rumzumeckern. Wir investieren viel Geld, und ich denke, es ist sinnvoll und richtig angebracht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei den Staatsstraßen war es gerade so nett. Der Herr Bergmüller sagt, 350 Millionen Euro sind zu wenig; der Herr Büchler sagt, es ist viel zu viel Geld. Einfach mal aufgelistet: Wenn wir 190 Millionen Euro in die Bestandserhaltung geben, dann ist das rich-

tig; denn es geht auch um Verkehrssicherheit. Die SPD hat vor Kurzem eine Pressemitteilung rausgegeben, dass wir in Bayern die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleisten würden.

(Zuruf)

Also müssten Sie jetzt flammend für unseren Haushalt stimmen; denn mit 350 Millionen Euro können wir wirklich absolut die Verkehrssicherheit gewährleisten. Wir schaffen entsprechende Ausbau- und Neubaumaßnahmen. Und ja, wir schaffen nicht alles auf einmal, aber ich glaube, wir kommen wirklich gut voran. Insofern ist es sinnvoll angelegtes Geld.

Wir machen auch im Bereich Radverkehr relativ viel. Wir hatten im Haushaltsausschuss eine spannende Debatte. Die Hälfte aller Strecken, die wir zurücklegen, ist bis zu fünf Kilometer lang. Insofern ist klar, dass der Radweg durchaus Sinn macht und dass wir uns alle mit dem Rad fortbewegen sollten. Vielleicht wäre das auch in Bezug auf die Gesundheit nicht schlecht. Unser Radwegebauprogramm von 2020 bis 2024 umfasst, wenn man das Geld von Bund und Land zusammenzählt, über 50 Millionen Euro im Jahr 2021. Wir kommen da auch sehr gut voran. Einen Haken gibt es dabei nur an einer Stelle: Wir können die Vorhaben manchmal gar nicht so schnell bauen, weil es an der Straße 20 Grundstückseigentümer gibt, mit denen allen man verhandeln muss. Dann kann es sein, dass wir durchaus länger diskutieren müssen, wenn einer nicht mag. Aber die Wahrheit ist auch: Manchmal haben wir vor Ort auch den Bund Naturschutz oder Ortsgruppen der GRÜNEN, die den Radweg gar nicht wollen. Ich danke für das Angebot im Haushaltsausschuss, liebe Kollegin Köhler. Wir hatten uns da unterhalten. Ich freue mich schon sehr, wenn ich dann mit meiner Liste kommen werde, in der steht, wo die GRÜNEN überall ein Bestandteil sind, weshalb wir ihn nicht bauen können. Ich baue da ganz fest auf euch, dass ihr mir dann helft, dass wir den Radweg dann realisieren können, wo er da ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Über die Novelle der Bayerischen Bauordnung haben wir hier schon recht oft diskutiert. Mein Vorgänger Hans Reichhart hat sie ja sehr gut auf den Weg gebracht. Dazu muss man nicht mehr sehr viel sagen, weil es wirklich gut funktioniert. Ja, der eine oder andere wird immer noch einen Optimierungsbedarf sehen.

(Zuruf)

Da kann man dann noch mal hinschauen.

Die Städtebauförderung wurde angesprochen: 162,5 Millionen Euro. Ich glaube, die Summe allein sagt schon, dass es gut läuft. Seit 50 Jahren ist das wirklich hervorragend aufgesetzt. Insofern müssen wir da nicht so viel sagen.

Ich würde gerne noch ansprechen, dass sich durch Corona die Frage der Innenstädte stark verändert hat. Ich habe einen Runden Tisch einberufen mit all den Spielern, die da in irgendeiner Form in Verbänden und Vereinen sind – Handelsverband natürlich –, und habe auch die Kollegen Bernd Sibler, Hubert Aiwanger und Gerhard Eck dabeigehabt. Wir werden diese Runde regelmäßig machen, um zu schauen, was sich in der Innenstadt verändert. Denn es nutzt nichts: Durch die Pandemie verändert sich das Gesicht, und wir werden neue Ideen entwickeln müssen, was wir mit den Innenstädten tun. Denn am Ende des Tages gilt: Wenn das erst mal leer ist, dann funktioniert es so nicht mehr. Da müssen wir konstruktiv und gut miteinander arbeiten von der Fragestellung "Wird es eine Art Erlebniswelt?" bis zur Fragestellung "Wie kann man den Handel dort attraktiv machen?". Gerade der Kollege Bernd Sibler sprüht vor Ideen, wie Kunst dazugeholt werden kann. Da ist relativ viel Musik drin. Das werden wir uns verstärkt anschauen, weil es wichtig ist, dass wir die Innenstädte auch im städtischen Bereich nicht ausbluten lassen.

Insofern kann ich nur sagen: Wir haben in diesem Haus ganz tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die all die vielen Punkte, die wir hier nur teilweise miteinander anreißen konnten, wirklich angehen. Wir haben große Herausforderungen, vor allem auch durch Corona. Sie alle können jetzt mithelfen, dass wir diese angehen können; denn

wenn Sie jetzt dem Haushalt zustimmen, dann haben wir hier ein großes Stück Arbeit für Bayern geleistet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Körber. Bitte.

Sebastian Körber (FDP): Frau Staatsministerin, zwei konkrete Nachfragen. Sie haben gerade davon gesprochen und ökologisch begründet, die Außenstelle Dienstsitz Augsburg wäre ein Vorteil, da weniger Menschen pendeln. Das würde aber bedeuten, sie hätten vorher in der Hauptstelle, sprich hier, in München, gearbeitet. Deshalb die Frage: Gibt es da Erkenntnisse, Studien oder Statistiken, dass die Menschen da gependelt sind? Warum gibt es dann keine Außenstelle in Bamberg oder in Würzburg?

Zweite Frage. Sie haben in einem Hörfunkinterview im Bayerischen Rundfunk – der Städtetag hat Sie in seinem Informationsbrief im Oktober 2020 zitiert – gesagt, dass allein die Kommunen für den Wohnungsbau zuständig seien. Diese Aussage verwundert mich. Ich glaube auch, sie ist falsch. Zumindest hat Ihr Ministerium im Ausschuss schon quasi dementiert. Daher meine Rückfrage: Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass die Förderung des Wohnungsbaus kein Landesthema ist? Und ich verbinde damit die Frage: Wie viele geförderte Wohnungen? Das ist Ihnen ja wichtig. Sie haben es "soziale Frage" genannt. Wie viele geförderte Wohnungen schaffen Sie denn konkret im Jahr 2020/2021? Kollege Mistol hat 79 Millionen Euro angesprochen, die die BayernHeim in Beschlag nimmt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende.

Sebastian Körber (FDP): Stimmen diese Zahlen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Frau Ministerin.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Wir haben, wie Sie wissen, nicht nur die BayernHeim, sondern wir haben auch das Siedlungswerk Nürnberg und die Stadibau. Wir schaffen an jeder Ecke eine verschiedene Anzahl von Wohnungen. Das wissen Sie auch. Ja, wir könnten immer mehr machen. Ich habe auch nichts dagegen, mehr zu machen. Vorher ist – ich weiß nicht mehr, ob es von Ihnen war – die Frage "Rückgang des sozialen Wohnungsbaus" angesprochen worden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Entscheidend ist "Bauen, bauen, bauen", so viel es irgend geht. Wir als Freistaat werden unserer Verantwortung gerecht, und die Kommunen werden ihr unterschiedlich gut gerecht. Das darf man auch benennen, wenn man verantwortungsvoll Politik macht, dass es Kommunen gibt, die das sehr gut machen, und andere. Sie merken das an vielen Stellen, wo Kommunen fleißig dabei sind, etwas zu machen; und es gibt die anderen. Die Kommunen haben an dieser Stelle eine mindestens so starke Aufgabe wie der Freistaat. Der Ministerpräsident hat damals zum einen den ersten Wohnungsgipfel gemacht und zum anderen bewusst dieses Ministerium geschaffen. Er hat dem Thema Wohnen einen besonderen Fokus gegeben. Das bitte ich schon allein durch diese Zusammenstellung zu sehen. Wohnen läuft nicht mehr irgendwo in einem Ministerium mit, sondern hat ein eigenes Ministerium. Die Themen "Wohnen, Bau, Verkehr" gehören zusammen. Sie wissen, dass das eine durchaus sehr kluge Entscheidung war.

(Zuruf)

Das Zweite: Sie haben zum Thema Augsburg gefragt. Wir haben, als wir in Augsburg angemietet haben, im Haus gefragt: Wer wohnt denn in der Nähe und möchte gerne in Augsburg arbeiten? –Bis jetzt sind dort ausschließlich Leute, die selbst gesagt haben, dass sie dort gerne leben würden, weil sie sich dadurch die Fahrtstrecke ersparen. Wir haben keine einzige Person dorthin versetzt. Es waren Anträge von Mitarbeitern aus dem Haus, die teilweise aus Franken oder aus Schwaben kommen und gesagt haben: Ich spare mir damit eine große Fahrstrecke. Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dadurch, dass sie vor Ort bleiben können, ein Geschenk gemacht. Sie wis-

sen, dass Augsburg in der Arbeitslosenquote immer etwas höher liegt. Deswegen ist es klug, dorthin zu gehen. Augsburg ist der richtige Ort. Ich bin sehr froh, dass wir diese Außenstelle haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13244 mit 18/13276, 18/13343 mit 18/13371, 18/13599 mit 18/13607, 18/13651 mit 18/13661, 18/13737 mit 18/13741 sowie 18/14457 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14616 zugrunde.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket" auf Drucksache 18/13604 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Wie vorab angekündigt, hat die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 22:51 bis 22:54 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 22:55 bis 22:56 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/13604 bekannt: Mit Ja haben 22, mit Nein

77 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht – Drucksache 18/14616 – genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist der Herr Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14616 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13737 mit 18/13741 und 18/14457 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 09 abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 16: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Öffentlicher Personennahverkehr - 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket (Kap. 09 06 TG 63 Tit. 633 63 u. 683 63) (Drucksache 18/13604)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	22	77	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 09 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/13244

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geschäftsbedarf, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände der Bibliothek
   (Kap. 09 01 Tit. 511 02)
   Drs. 18/13245

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Haltung von Dienstfahrzeugen
   (Kap. 09 01 Tit. 514 01)
   Drs. 18/13246

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
   (Kap. 09 01 Tit. 517 01)
   Drs. 18/13247

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
   (Kap. 09 01 Tit. 517 05)
   Drs. 18/13248

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
   (Kap. 09 01 Tit. 518 01)
   Drs. 18/13249

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
   (Kap. 09 01 Tit. 527 01)
   Drs. 18/13250

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
   (Kap. 09 01 Tit. 531 21)
   Drs. 18/13251

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Vermischte Verwaltungsausgaben
   (Kap. 09 01 Tit. 546 49)
   Drs. 18/13252

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
    (Kap. 09 01 Tit. 812 01)
    Drs. 18/13253

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände sowie sonstige Verwaltungskosten
    (Kap. 09 02 Tit. 511 01)
    Drs. 18/13254

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Reisekostenvergütungen
    (Kap. 09 02 Tit. 527 86)
    Drs. 18/13255

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Fachveröffentlichungen
    (Kap. 09 02 Tit. 531 11)
    Drs. 18/13256

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
    (Kap. 09 02 Tit. 532 11)
    Drs. 18/13257

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausgaben im Rahmen des Fachcontrollings
    (Kap. 09 03 Tit. 526 11)
    Drs. 18/13258

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen
    (Kap. 09 03 Tit. 533 01)
    Drs. 18/13259

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das „BIM Cluster Bayern“
    (Kap. 09 03 Tit. 686 70)
    Drs. 18/13260

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
    (Kap. 09 03 Tit. 701 61)
    Drs. 18/13261

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
    (Kap. 09 03 Tit. 701 62)
    Drs. 18/13262

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse zur Einführung der digitalen Baugenehmigung
    (Kap. 09 03 Tit. 883 70)
    Drs. 18/13263

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus
    (Kap. 09 04 Tit. 893 05)
    Drs. 18/13264

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
    (Kap. 09 06 Tit. 683 63)
    Drs. 18/13265

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets
    (Kap. 09 06 Tit. 633 63)
    Drs. 18/13266

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
    (Kap. 09 06 Tit. 883 60)
    Drs. 18/13267

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbünde für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
    (Kap. 09 06 Tit. 892 70)
    Drs. 18/13268

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionshilfen an kommunale und private Verkehrsunternehmen für Fahrzeuge des allgemeinen ÖPNV
    (Kap. 09 06 Tit. 893 60)
    Drs. 18/13269

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
    (Kap. 09 06 Tit. 894 70)
    Drs. 18/13270

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
    (Kap. 09 08 Tit. 883 03)
    Drs. 18/13271

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen
    (Kap. 09 08 Tit. 883 04)
    Drs. 18/13272

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen
    (Kap. 09 08 Tit. 883 05)
    Drs. 18/13273

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für Planung und Bau von Radschnellwegen
    (Kap. 09 08 Tit. 883 07)
    Drs. 18/13274

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH
    (Kap. 09 Anlage B Tit. 831 01)
    Drs. 18/13275

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Implementierung von BIM (Building Information Modeling) im staatlichen Hochbau
    (Kap. 09 40 Tit. 812 80)
    Drs. 18/13276

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 09 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13343

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: BIM Cluster – Projektförderung in der Digitalisierung des Bauens
    (Kap. 09 03 Tit. 686 70)
    Drs. 18/13344

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
    (Kap. 09 03 Tit. 701 60)
    Drs. 18/13345

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sanierung von Schwimmbädern
    (Kap. 09 03 Tit. 883 05)
    Drs. 18/13346

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Wohnraumförderung aufstocken
    (Kap. 09 04 Tit. 893 05 u. Tit. 863 69)
    Drs. 18/13347

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
    (Kap. 09 05 Tit. 883 88)
    Drs. 18/13348

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung von Tarifstrukturmaßnahmen und nachhaltigen Angeboten im ÖPNV
    (Kap. 09 06 Tit. 663 60)
    Drs. 18/13349

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen nach § 45a PBefG an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 09 06 Tit. 633 65)
    Drs. 18/13350

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen nach § 45a PBefG an Sonstige
    (Kap. 09 06 Tit. 683 65)
    Drs. 18/13351

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Radverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen
    (Kap. 09 06 Tit. 686 80)
    Drs. 18/13352

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 09 06 Tit. 883 80)
    Drs. 18/13353

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwendungen für nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur
    (Kap. 09 06 Tit. 892 54)
    Drs. 18/13354

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
    (Kap. 09 06 Tit. 894 70)
    Drs. 18/13355

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: 365-Euro-Jahresticket
    (Kap. 09 06 neue TG)
    Drs. 18/13356

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Förderung von Elektrobussen
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13357

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Vergabe von Leistungen zur Planung eines Radverkehrsnetzes für den Alltagsverkehr
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13358

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bau von Radschnellwegen
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13359

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13360

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13361

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Trassensicherungsverträge
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13362

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Züge bestellen
    (Kap. 09 07 Tit. 683 51)
    Drs. 18/13363

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen in den barrierefreien Ausbau von Eisenbahnstationen
(Kap. 09 07 Tit. 891 74)
Drs. 18/13364

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/13365

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Streckenreaktivierungen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/13366

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Keine Zuschüsse zum Ausbau des Allgäu Airports Memmingen
(Kap. 09 09 Tit. 892 60)
Drs. 18/13367

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/13368

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 09 40 Tit. 770 06)
Drs. 18/13369

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen – Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 773 70)
Drs. 18/13370

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Vergabe von Ingenieurleistungen – zentrale Sonderaufgaben des Straßenbaus sowie Telematik und Pilotprojekte im Straßenverkehr
    (Kap. 09 40 Tit. 775 70)
    Drs. 18/13371

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschungsprojekt Bauökologie und ressourcenschonendes Bauen
    (Kap. 09 03 Tit. 547 01)
    Drs. 18/13599

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gerade jetzt Investitionsstau stoppen: Förderung kommunaler Schwimmbäder ausbauen!
    (Kap. 09 03 Tit. 883 05)
    Drs. 18/13600

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Notwendige Investitionen in den gemeinwohlorientierten Bau von Wohnraum in Bayern
    (Kap. 09 04 Tit. 863 69)
    Drs. 18/13601

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Besseres Bauen nach Corona
    (Kap. 09 05 TG 91 neuer Tit.)
    Drs. 18/13602

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Konzept für Beschäftigtenwohnungen bei allen staatlichen Gebäuden
    (Kap. 09 05 TG 91 neuer Tit.)
    Drs. 18/13603

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket
    (Kap. 09 06 TG 63 Tit. 633 63 u. 683 63)
    Drs. 18/13604

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
    (Kap. 09 06 neue TG)
    Drs. 18/13605

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Sozialticket für Bedürftige
    (Kap. 09 06 neue TG)
    Drs. 18/13606

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Inge Aures u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerische Eisenbahngesellschaft – BEG
    (Kap. 09 07 Tit. 683 51)
    Drs. 18/13607

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Aufklärungsinitiative I – Sicher auf zwei Spuren – Für Transport- und Logistikunternehmen bzw. Unternehmen mit Fahrzeugpark über zehn Lkw mit mehr als 3,5 t über die Gefahren des Überholens auf zweispurigen Autobahnen
    (Kap. 09 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13651

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Aufklärungsinitiative II – Sicher Abbiegen – Für Transport- und Logistikunternehmen bzw. Unternehmen mit Fahrzeugparküber zehn Lkw mit mehr als 3,5t über die Gefahren des Abbiegens für Fußgänger und Radfahrer
    (Kap. 09 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13652

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I – Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
    (Kap. 09 03 Tit. 701 60)
    Drs. 18/13653

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
    (Kap. 09 03 Tit. 701 61)
    Drs. 18/13654

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
    (Kap. 09 03 Tit. 701 62)
    Drs. 18/13655

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds
    (Kap. 09 04 Tit. 883 01 u. Tit. 883 11)
    Drs. 18/13656

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
    (Kap. 09 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/13657

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Machbarkeitsstudie zur Möglichkeit einer unterirdischen Ausführung der Verknüpfungsstelle Niederaudorf im Nordzulauf zum Brennerbasistunnel
    (Kap. 09 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13658

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Elektrobusse I – Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
    (Kap. 09 08 Tit. 883 03)
    Drs. 18/13659

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Elektrobusse II – Haushaltsvermerk
    (Kap. 09 09 TG 80)
    Drs. 18/13660

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung des erhöhten Digitalisierungsbedarfs in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere von Wohnbauvorhaben
    (Kap. 09 40 neuer Tit.)
    Drs. 18/13661

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Steffen Vogel
Abg. Johannes Becher
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Richard Graupner
Abg. Klaus Adelt
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Holger Dremel
Abg. Gülseren Demirel
Staatsminister Joachim Herrmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13717 mit 18/13722)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13319 mit 18/13335)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13623 mit 18/13643)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13586 mit 18/13591)
Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/13592)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13239 und 18/13240)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Kollege Steffen Vogel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade weil innere Sicherheit, gerade weil Katastrophenschutz, gerade weil Rettungsdienste, Feuerwehren, unsere Vereine, der Sport, aber auch die Integration unserer zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger wichtige Schwerpunkte unserer Politik sind, gerade deshalb sehen wir trotz der Corona-Pandemie, trotz der zu erwartenden Mindereinnahmen, trotz der zu erwartenden angespannten Haushaltslage im Einzel-

plan 03 eine Steigerung um immerhin 400 Millionen Euro auf sage und schreibe 6,6 Milliarden Euro vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Innenministerium ist das Kommunalministerium. Gerade den Kommunen und den Landratsämtern kommt bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie eine ganz besondere Bedeutung zu. Deshalb werden wir im Rahmen des Paktes für die Gesundheit 112 Stellen bei den Landratsämtern und zwei neue Stellen bei den Regierungen schaffen, um den öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken.

Im Rahmen der Pandemiebekämpfung stellen wir 311 Millionen Euro für die Erstattung im Rahmen des Katastrophenfalls und 398 Millionen Euro für die Errichtung und den Betrieb der lokalen Teststrecken zur Verfügung. Damit übernimmt der Freistaat Bayern, damit übernehmen wir die Verantwortung, dass die Kommunen überall im Land unabhängig von der finanziellen Leistungskraft der jeweiligen Kommune den wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie vor Ort leisten können.

Ich danke im Namen meiner Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Testzentren, in den Krisenstäben der Landratsämter und in den Gesundheitsämtern, die sich in dieser schwierigen Zeit über die Maßen einbringen. Ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in schwierigen Zeiten halten wir Wort, auch gegenüber der kommunalen Ebene. Es war schon seit längerer Zeit zugesagt, dass jedes Jahr 70 neue Stellen an den Landratsämtern kommen, auch im nächsten Jahr, 22 davon für Amtstierärzte. Das zeigt, dass der Freistaat weiterhin Partner der Kommunen ist.

Ein wichtiger Bestandteil und Schwerpunkt der Arbeit des Innenministeriums ist die Integration. Mit 1,1 Milliarden Euro macht den größten Teil der Sachausgaben des Ein-

zelplans 03 die Integration von Zuwanderern und die Unterbringung von Asylbewerbern aus. Wir stehen als CSU und als Regierungsfraktionen dazu, dass wir die Menschen, die bei uns sind, ordnungsgemäß unterbringen. Das ist kein Wunschkonzert, sondern der Bedarf wird uns letztlich vorgegeben. Der führt dazu, dass wir im nächsten Jahr 118 Millionen Euro mehr ausgeben müssen. Aber auch die Beratung der Menschen, die zugewandert sind, lassen wir uns etwas kosten. Der Haushalt sieht im Jahr 2021 eine Steigerung von immerhin 3,4 Millionen Euro – 12,1 % – auf 31,3 Millionen Euro vor. Man sieht also: Der Freistaat Bayern kümmert sich um die Menschen, die zugewandert sind. Wir wollen einerseits die Integration unterstützen, andererseits aber auch die Durchsetzung des Asylrechts. Da kommt den Verwaltungsgerichten entscheidende Bedeutung zu. Es war ein Anliegen vieler, die gesagt haben: Die Verwaltungsgerichte müssen stärker bedacht werden. – Ich weise aber darauf hin, dass wir im Jahr 2017 45.000 Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten hatten, im Jahr 2020 nur 10.000. Das heißt, wir haben jetzt schon eine deutliche Entlastung. Wir haben eine ganze Vielzahl von Stellen geschaffen. 330 Stellen mit kw-Vermerk; keine Weiterführung. Im Rahmen dieses Haushalts werden diese kw-Vermerke gestrichen. Das heißt, trotz wahnsinnigen Rückgangs der Eingangszahlen bei den Verwaltungsgerichten erhalten wir die Personalstruktur aufrecht. Damit ist sichergestellt und gewährleistet, dass die Verwaltungsgerichte funktionieren und dass die entsprechenden Asylverfahren zügig abgeschlossen werden können. Ich werte das als großen Erfolg.

Ein weiterer Schwerpunkt: Katastrophenschutz und Feuerwehren. Die Feuerwehren leisten Unschätzbares. Über 300.000 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in unserem Land ehrenamtlich bei den Freiwilligen Feuerwehren. Stellt euch mal vor, wir müssten das als Staat alles selber bezahlen. Wir könnten uns das wahrscheinlich gar nicht leisten, wenn wir den Brandschutz nicht auch in die Hände der Ehrenamtlichen geben würden, sondern das Berufsfeuerwehren überlassen müssten. Dann würde das ein Vielfaches kosten. Wenn sich Menschen aber ehrenamtlich engagieren, dann brauchen sie auch eine gute Ausstattung, eine gute Ausrüstung. Da legen wir wieder entsprechend nach. 2020 war schon ein Rekordjahr bei der Feuerwehrförderung:

Fahrzeuge, Feuerwehrhäuser, Ausstattung. 2021 setzen wir diesen Kurs fort: 91 Millionen Euro, um 6,2 Millionen Euro mehr. Das ist ein absoluter Rekordwert.

Aber das eine ist die Ausstattung; das andere ist die Ausbildung. Da war in der Vergangenheit die Modernisierung der Feuerwehrschulen der Schwerpunkt. Da müssen wir weitermachen. Da brauchen wir auch die entsprechenden Lehrkräfte. Da bauen wir weiter aus mit 15,5 zusätzlichen Stellen. Man sieht also: Den Regierungsfraktionen ist die bestmögliche Aus- und Weiterbildung unserer ehrenamtlichen und hauptamtlichen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch schnell der Bereich der Rettungsdienste: 1,5 Millionen Euro für den Aufbau des Bayerischen Notfallregisters und – vor allem uns als CSU-Fraktion war das wichtig – 400.000 Euro für die Datenbank für die Defibrillatoren. Es ist unglaublich wichtig, dass die Menschen wissen – Initiative auch aus dem Gesundheitsausschuss –, wo die Defibrillatoren im Notfall sind, damit diese dann Menschen retten können; deshalb zum Ausbau dieser Datenbank diese 400.000 Euro.Natürlich führen wir auch das Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz 2020 mit 17 Millionen Euro entsprechend fort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein Land des Sports. Wir haben die zwei erfolgreichsten Fußballvereine Deutschlands mit dem FC Bayern München und dem Club. Der FC Bayern München ist der Verein, der die meisten Meisterschaften hat, der Club ist der Verein, der die meisten Aufstiege in die 1. Liga zu verzeichnen hat. Wir haben aber auch zigtausend Sportvereine und Schützenvereine. Was dort ehrenamtlich geleistet wird, ist unglaublich. Auch diese Vereine leiden in der Corona-Pandemie. Deshalb haben wir noch 20 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt und die Vereinspauschale verdoppelt. Insgesamt stellen wir für den Sport 110 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 12,7 Millionen Euro mehr als im Jahr 2020. Insgesamt stellen wir für Sportstätten 25 Millionen Euro zur Verfügung, davon 10 Millionen Euro für die Förderung von Sportstätten im strukturschwachen Raum. Wir unterstützen Großveranstal-

tungen; denn diese sind eine Werbung für den Sportstandort Bayern in der ganzen Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, der vorliegende Haushaltsplan ist grundsolide. Wir können damit weiterhin in die Sicherheit, aber auch in die Rahmenbedingungen der Menschen, die das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger schützen, investieren. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium und in den nachgelagerten Behörden. Sie leisten einfach Großartiges. Dieses Engagement müssen wir mit einer bestmöglichen Ausstattung unterstützen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Johannes Becher für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege Becher, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Innenministeriums wächst insgesamt leicht an. Sieht man in den Haushalt hinein, stellt man fest, der Kernbereich ist von Personalausgaben geprägt. Wir brauchen in Bayern eine leistungsfähige Verwaltung und möchten, dass alle Menschen in Bayern sicher und frei leben können. Für diese Balance, die ganz entscheidend ist, brauchen wir zum einen eine lebendige Zivilgesellschaft, zum anderen aber auch eine gut ausgestattete Infrastruktur. Dazu gehört auch eine gut ausgestattete Polizei.

Nichtsdestoweniger haben wir zu diesem Haushaltsentwurf zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Uns ist wichtig, dass die öffentlichen Gelder innovativ, angemessen und effizient eingesetzt werden. Hier würde unsere Fraktion andere Akzente setzen als die, die die Staatsregierung in ihrem Entwurf genannt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Innovation bei der Polizei wäre für uns zum Beispiel die Einführung einer virtuellen Polizeiwache, bei der jeder eine Anzeige erstatten kann. Das würde eine Chancengleichheit bringen, wenn jemand im Internet bepöbelt wird. Das wäre für uns eine Innovation. Für Sie bedeutet Innovation eher den Ausbau der bayerischen Kavallerie, der Reiterstaffel, die noch einmal 300.000 Euro erhalten soll. Diese Mittel hätten wir anders ausgegeben.

Angemessen ist für uns eine Stellenmehrung bei der Polizei. Ich nehme zur Kenntnis, dass bereits ein Aufwuchs geplant ist. Allerdings würden wir über den geplanten Ansatz hinausgehen und insbesondere einige Tarifbeschäftigte zur Entlastung der Verwaltung aufnehmen. Wir haben bei der Polizei sehr viele Überstunden. Hier tut Unterstützung not. Wir würden auch andere Budgets aufstocken, insbesondere für Fortbildungen. Ich fürchte, das Thema Cyberkriminalität wird uns in den nächsten Jahren noch sehr intensiv beschäftigen. Gerade bei diesem Thema sollte ein Fortbildungsschwerpunkt gesetzt werden. Auch die Investitionen in die EDV-Ausrüstung für das Homeoffice sollten deutlich ausgebaut werden.

Effizient wäre aus unserer Sicht die Vermeidung von Doppelstrukturen, aber auch das Ansiedeln von Aufgaben an der richtigen Stelle. Als Beispiel möchte ich das Themenfeld der Organisierten Kriminalität nennen, das derzeit beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Dieses Thema gehört nach unserer Auffassung zur Polizei. Wir haben die Umschichtung der entsprechenden Stellen zum Landeskriminalamt beantragt. Sie haben das abgelehnt. Ich habe dem Ausschussprotokoll entnommen, dass Sie das Landesamt für Verfassungsschutz als wesentlich für die Sicherheitsarchitektur in Bayern bezeichnet und große Ausführungen dazu gemacht haben. Umso erstaunlicher ist es, dass 130.000 Euro für Laptops nicht im Haushalt beinhaltet waren, sondern durch einen Antrag aus der Fraktionsreserve finanziert worden sind. Ich halte das zumindest für bemerkenswert.

Das Thema "Angemessene Ausstattungen" betrifft aber nicht nur den Bereich der Sicherheit, sondern auch andere Felder, insbesondere die unteren Staatsbehörden in den Landratsämtern, wo es seit vielen Jahren einen erheblichen Bedarf gibt. Ich möchte drei Beispiele nennen: Zum Veterinäramt hat der ORH klar gesagt, ich zitiere: "Der ORH sieht dringenden Optimierungsbedarf bei der Kontrolle der Nutztierhaltung. So erfüllen die Veterinärbehörden im Bereich Tiergesundheit die vom Verordnungsgeber vorgesehenen Mindestkontrollen nicht vollständig." – Wir erfüllen also nicht einmal die Mindestkontrollen. Mein lieber Mann, da besteht dringender Nachholbedarf. Bei unseren Veterinärämtern gehören deutlich mehr Stellen her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es bei unseren Gesundheitsämtern hinten und vorne fehlt, brauche ich nach diesem Jahr nicht weiter auszuführen. Auch bei den Naturschutzbehörden fehlt es schon seit vielen Jahren. Ich muss ganz klar sagen: Es reicht nicht, im Bayerischen Landtag Ziele und Gesetze zu beschließen. Wir brauchen konkrete Menschen und Köpfe, die diese Ziele umsetzen. Dafür benötigen wir im Haushalt entsprechende Stellen. Die haben wir einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt möchte ich feststellen: Innovativ, angemessen und effizient geht aus unserer Sicht anders. Wir hätten die Akzente anders gesetzt und werden daher diesem Haushaltsentwurf so nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir nach einem Jahr Pandemie zu-

nächst ein Wort des Dankes an all diejenigen, die einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, dass wir diese Pandemie insgesamt geordnet und gut bewältigen konnten. Das sind unsere Sicherheitsbehörden, allen voran die bayerische Polizei, aber auch die Innere Verwaltung und natürlich die Ehrenamtlichen, zum Beispiel bei der Feuerwehr. Ich bedanke mich aber auch bei allen anderen, die haupt- und ehrenamtlich im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es sehr interessant, wie wir heute, im Jahr 2021, über Polizeistellen diskutieren. Unser Innenminister Joachim Herrmann wird in elf Monaten der Rekordinnenminister des Freistaats Bayern sein. Dann wird es nämlich keinen geben, der länger Innenminister in Bayern war. Momentan ist das noch Dr. Günther Beckstein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich weise deswegen darauf hin, weil zu Beginn der Amtszeit von Herrn Herrmann noch eine ganz andere Situation bestand. Er musste sich nämlich mit dem Stoiber‘schen Spardiktat herumplagen, das auch vor der Polizei nicht haltgemacht hat. Jetzt können wir sagen: Die bayerische Polizei hat mit über 42.000 Beamten einen Stand erreicht, der dem entspricht, was die verantwortungsvolle Aufgabe der Polizei in Bayern erfordert.

Ich finde es sehr bemerkenswert, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN sagt, wir könnten uns noch mehr Polizei vorstellen. Erinnern wir uns an die Zeit vor zwanzig Jahren, da wäre das völlig undenkbar gewesen. Ich kann mich an meine Anfänge hier in diesem Hohen Haus erinnern. Damals haben sich Kolleginnen und Kollegen noch gerühmt, dass sie sich wegen eines Castortransports an irgendwelche Gleise gekettet haben. Die Zeiten haben sich erfreulicherweise geändert. Herr Kollege Hartmann weiß schon, dass ich ihn meine.

Herr Kollege Becher, ich nehme positiv zur Kenntnis, dass Sie ein sehr wichtiges Thema angesprochen haben, nämlich das Thema Cybercrime. Hier müssen wir etwas

tun. Wir haben auch etwas getan. Wir haben mit sehr kreativen Lösungen Beamte dafür bekommen. Gerade für das Thema Internet bekommt man nämlich nicht so ohne Weiteres einen Experten, der die Polizeilaufbahn einschlägt und die dort bestehende Besoldung akzeptiert. Deshalb mussten wir Zuschläge zahlen. Im Beamtenrecht ist das nicht einfach zu bewerkstelligen. Wir haben das getan. Das finde ich großartig.

Ich denke, Bayern kann sich bei der inneren Sicherheit nach wie vor sehen lassen. Bayern ist hier vorbildlich und herausragend. Das ist ein Standortfaktor für die Wirtschaft und die Menschen, die hierherkommen. Nicht ohne guten Grund kommen so viele Menschen aus anderen Teilen Deutschlands zu uns.

Damit komme ich zu den Menschen, die zu uns kommen: Das Innenministerium ist auch das Integrationsministerium.Ich denke daran, wie wir im Jahre 2015 – oder war es 2016? – über das Integrationsgesetz debattiert haben, und zwar eine ganze lange Nacht bis morgens früh um sieben Uhr. Wir haben uns die Argumente um die Ohren geschlagen. Was können wir jetzt sagen? – Die Integration funktioniert. Da finde ich es besonders bemerkenswert, dass hier in diesem Haus eine Fraktion die Gelder für Integration streichen will. Wenn ich jetzt bösartig wäre, müsste ich sagen: Sie wollen, dass die Integration nicht gelingt. Deshalb wollen Sie die Mittel zusammenstreichen, wohl wissend, dass das erstens der Sache und den Menschen nicht gerecht wird und dass es zweitens viel größere Probleme heraufbeschwört, als die Menschen, die zu uns kommen, gut zu integrieren.

Gestatten Sie mir am Schluss, noch einen Bereich, nämlich den des Sports anzusprechen. Mein ganz herzlicher Dank geht an Sie, Herr Staatsminister; denn Sie haben sich hier in besonderem Maße eingesetzt und sich vor allem in Berlin für den Teamsport beispielhaft dafür verwendet, dass bayerische Vereine im Eishockey, im Handball, im Basketball und im Volleyball nicht nur in den beiden obersten Profiligen, sondern auch in der 3. Liga Geld bekommen. Auch ich habe ein bissel dazu beigetragen. Wir haben das sehr gut gemanagt und damit auch diese Sportvereine und Sportarten

am Leben gehalten. Herzlichen Dank Ihnen, dem Amtschef und all denen, die in Ihrem Haus daran beteiligt waren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben dieses Jahr die Pauschale für die Vereine wiederum verdoppelt. Ich sage es ganz deutlich: Das war natürlich zwischen dem Kollegen Zellmeier und mir bereits im Dezember besprochen. Ich möchte aber überhaupt nicht verhehlen – das war so, lieber Kollege Arnold –, dass natürlich auch die SPD hierzu einen Antrag gestellt hat und sich auch hinter diesem gemeinsamen Ziel versammelt. Da muss man jetzt nicht "wir, wir, wir" sagen; denn das haben wir, alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses, gemeinsam gemacht. Auch das ist ein gutes Zeichen, dass wir hier zusammenstehen und dieses gemeinsame Signal an den Sport senden. Den Sportvereinen tut das gut.

Ich danke an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die gute Beratung, vor allem dieses Haushalts. Der Haushalt des Innenministers hat es verdient, dass man ihm zustimmt. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner für die AfD-Fraktion. Herr Graupner, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen "wuchtigen Aufschlag" nannte die CSU den vorgelegten Haushaltsplan. Das ist eine starke Dynamik und Entschlossenheit beschwörende Metaphorik. Aber inwieweit hält diese Metaphorik denn einem Realitätsabgleich stand? Insgesamt stiegen die Ausgaben im Einzelplan 03 gegenüber dem Vorjahr von rund 6,2 Milliarden Euro

auf jetzt 6,6 Milliarden Euro. Davon entfallen etwa zwei Drittel auf Personalausgaben; so weit, so unspektakulär.

Ja, es gibt im Haushalt Bereiche, an denen auch wir als Opposition wenig auszusetzen haben; seien es die Investitionen in den Katastrophen- und Brandschutz bei den Freiwilligen Feuerwehren oder seien es die Förderungen von Leistungssport und Sportvereinen in strukturschwachen Regionen.

Wie immer streicht die Staatsregierung auch ihre Bemühungen im Bereich der Polizei heraus. Das findet unsere Zustimmung; denn wir finden es nur folgerichtig, hier im besonderen Maße zu investieren, müssen doch unsere Polizeibeamten noch immer unter den Fehlern der massiven Einsparungen vergangener Jahre leiden. Aus Sicht der AfD-Fraktion sind aus diesem Grunde bei der Polizei weitere Stellenmehrungen, so wie von uns beantragt, unumgänglich. Unsere Polizeibeamten brauchen zudem bei ihrem täglichen Einsatz für unser aller Sicherheit die beste Ausrüstung und die besten infrastrukturellen Voraussetzungen. Der Ausbau der sogenannten Mobile Police fällt in diesen Bereich und findet dementsprechend auch unsere Zustimmung, auch wenn wir auf die modischen Anglizismen in diesem Zusammenhang durchaus verzichten können.

(Beifall bei der AfD)

Zwar steht Bayern bei der inneren Sicherheit im Bundesvergleich verhältnismäßig gut da. Dies verdanken wir aber vor allem der hervorragenden täglichen Arbeit unserer Beamten vor Ort. Aber auch die bestausgestattete und höchst motivierte Polizei kann nur bedingt die Symptome lindern, an denen Deutschland insgesamt, aber auch Bayern fundamental krankt. Das wird klar, schaut man auf die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für die Sachmittel.

Die Kosten für Integration und Asyl sind im Vergleich zu 2020 nochmals um – sage und schreibe – 100 Millionen Euro gestiegen. Warum dieser enorme Mittelaufwand, wo doch die Asylbewerberzahlen angeblich allerorts rückläufig sind? Die Antwort liegt

auf der Hand: In Deutschland gibt es derzeit circa 250.000 abgelehnte, vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber. In Bayern liegt diese Zahl immer noch bei weit über 30.000. Trotzdem ist gerade einmal eine armselige Zahl von 1.500 Abschiebungen pro Jahr zu verzeichnen. Auf deren freiwillige Ausreise zu setzen, wie es der Herr Innenminister öffentlichkeitswirksam praktiziert, ist in höchstem Maße blauäugig. Der Freistaat versagt hier auf der ganzen Linie. Deutschland, so weiß es der Volksmund, ist das Land, wo man mit unklarer Herkunft und illegaler Einreise eine gesicherte Zukunft hat. Die mit viel Geld und Zuwendung umsorgten Wohlstandswanderer wissen das ebenso. Diesen unhaltbaren Zuständen wollen Sie nach dem altbekannten, aber eben nicht bewährten Rezept des Noch-mehr-vom-selben entgegensteuern; das heißt: noch mehr Geld und noch mehr Zuwendung mit erwartbar gleichem, geringen Erfolg.

Wir von der AfD machen das nicht mit. Unsere Fraktion hat 20 Änderungsanträge eingebracht, welche die Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße stellen sollen.

(Beifall bei der AfD)

Das beginnt bei der Finanzierung des sogenannten Bündnisses für Toleranz mit seiner einseitigen Ausrichtung gegen Rechtsextremismus. Damit fördert es entgegen seiner Eigenbezeichnung Toleranz gerade nicht – im Gegenteil, man betreibt die Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung durch deren verleumderische Etikettierung als rechtsextrem oder als verschwörungstheoretisch. Wir fordern, die Ausgaben für derlei politkorrekten Budenzauber radikal zusammenzustreichen. Besser wäre das Geld beispielsweise bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgehoben. Dort sind deutschlandweit noch rund 250.000 Verfahren anhängig. Beinahe jedes zweite Verfahren fällt in den Asylbereich. Vor diesem Hintergrund ist eine Mittelkürzung, wie Sie sie vorhaben, genau der falsche Weg. Wir müssen hier im Gegenteil neue Planstellen schaffen.

Genauso unverantwortlich ist es, den Zuwanderer- und Integrationsfonds für noch mehr fragwürdige und im Zweifel nutzlose Beratungs-, Orientierungs- und Wertvermitt-

lungsangebote aufzustocken. Ich möchte Sie daran erinnern: Die Anerkennungsquote für Asylanten nach Artikel 16a des Grundgesetzes beträgt nicht einmal 2 %. Wenn also etwas aufgestockt werden muss, ist es die Anzahl der Rückführungen von abgelehnten und ausreisepflichtigen Personen. Wenn etwas aufgestockt werden muss, sind es die Haushaltsmittel, die diese Maßnahmen ermöglichen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion beantragt aus diesem Grunde zusätzliche 30 Millionen Euro, um den Abschiebeprozess zu beschleunigen. Die Mittel sollen zum Beispiel für Stellenmehrungen beim Landesamt für Asyl und Rückführungen, für Anmietungen neuer Räume oder zur Finanzierung neuer Hochbaumaßnahmen im Bereich der Abschiebehafteinrichtungen verwendet werden; denn der beste Asylbewerber ist immer noch der, welcher zu Hause bleibt oder zum Wohle und Aufbau seiner Heimat sobald wie nur möglich wieder in diese zurückkehrt. Sie haben recht, Ihre ausufernden Ausgaben im Bereich Asyl und sogenannter Integration sind ein wuchtiger Schlag, wie ich es zu Beginn zitiert habe, aber ein Schlag ins Gesicht des redlichen bayerischen Steuerzahlers. Auch aus diesem Grund lehnen wir Ihren Haushaltsentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist Herr Kollege Klaus Adelt für die SPD-Fraktion. Herr Kollege Adelt, Sie haben das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meinem Vorredner vernünftige Worte zu finden, ist nicht einfach. Es ist einfach nur gruselig, wie manche Leute mit Menschlichkeit und mit anderen Menschen umgehen. Da ist es wirklich sehr schwer, geeignete Worte zu finden, ohne ausfällig zu werden.

Die diesjährigen Haushaltsverhandlungen haben uns wieder einmal vor Augen geführt, wie man mit der Opposition und ihren konkreten Vorschlägen umgeht, ob die Vorschläge nun von den Roten, den Grünen oder den Gelben kommen. Das zeigt sich auch beim Einzelplan 03; denn von 26 Änderungsanträgen wurde nur ein einziger angenommen. Das ist der Antrag, den der Kollege Güller heftig verfochten hat, nämlich die Verdopplung der Vereinspauschale. Das finden wir gut.

Aber es ist so: Was nicht von der vermeintlich richtigen Seite des Hohen Hauses kommt, wird niedergebügelt und mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben etwas dazu zu sagen. Das ist nicht nur Kritik und immer ein Dagegensein, sondern konstruktiv.

Ich freue mich, dass der Kollege Pohl wieder im Haushaltsausschuss sitzt; denn jetzt bin ich gleich bei meinem Lieblingsthema, den Straßenausbaubeiträgen und den dazugehörigen ersetzenden Straßenausbaupauschalen. 64 Millionen Euro waren vorgesehen; die haben hinten und vorne nicht gereicht. Jetzt hat man das auf 85 Millionen Euro aufgestockt; jetzt kommen wir einigermaßen hin. Mit den Spitzenverbänden wurde vereinbart, noch 50 Millionen Euro draufzusatteln. Das wäre ein guter Schritt, hat aber einen großen Nachteil: Das Geld bekommen auch diejenigen Gemeinden, die es eigentlich gar nicht nötig hätten und die nie eine Straßenausbaubeitragssatzung, sondern immer genug Pulver gehabt haben, um das selbst zu finanzieren. Aber auch die bekommen das Geld.

(Beifall bei der SPD)

Man hat ein Instrument eingeführt, das sich Härtefallkommission nennt. Der Kollege Nussel ist nicht mehr da. Er ist ja Bekämpfer der Bürokratiemonster. Da hätte er ein Monster zu bekämpfen. 50 Millionen Euro und bis jetzt noch kein Bescheid! 14.500 Leute warten darauf. Es geht nichts voran. Und was macht man? – Man muss

die Zahl der Stellen erhöhen, damit man bis zum Jahresende fertig wird. Leute, wo sind wir denn? Das funktioniert doch hinten und vorne nicht.

Machen wir weiter: Bürgerbeteiligung. Immer mehr Bürger beteiligen sich zu Recht. Kommunen, Städte und Gemeinden bedürfen der Beratung. Wir haben deshalb gefordert, dass der Verein "Mehr Demokratie e. V. Landesverband Bayern" unterstützt wird; denn er ist ein wertvoller Berater für unsere Städte und Gemeinden im richtigen Umgang mit den Bürgern. Das halte ich gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Demokratisierung und des Engagements der Bürger für sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Thema Polizei. Herr Schmidbauer ist da. Ich kann mich noch gut an das Geknerre 2013/2014 erinnern, bis endlich mehr Polizisten eingestellt worden sind. Das war ein ewiger Kampf. Damals sind ja nicht einmal so viele eingestellt worden, wie in Pension geschickt worden sind. Endlich sind wir auf dem richtigen Weg.

Wir haben gefordert, den Polizeilichen Sozialen Dienst personell zu stärken, wie es notwendig ist. Es geht um neun zusätzliche Stellen. Wir reden auch über Gewalt gegen Polizisten. Polizisten, die Gewalt und Respektlosigkeit erfahren haben, könnten wesentlich besser unterstützt werden. Neun Stellen! Herr Minister Herrmann, der Jüngere, wir reden nicht von Wolkenkuckucksheimen mit 1 Milliarde Euro, sondern es ist überschaubar.

Feuerwehren. Es ist richtig: Feuerwehren bekommen mittlerweile gutes Geld. Minister Herrmann, der Ältere, hat bekannt gegeben, dass der Mittelabfluss sehr gut ist. Nichtsdestoweniger ist es für uns ein Unding, dass nur Neubauten gefördert werden und keine Sanierungen. Man könnte dadurch viel Geld sparen. Unser Antrag wurde abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

First Responder. Seit Jahren fordern wir deren finanzielle Unterstützung. Sie leisten eine hervorragende Arbeit, müssen sich aber aus Spenden und Mitteln der Kommunen finanzieren. Das halte ich für ein dickes Unding.

Integration von Zuwanderern. Das ist ein weites Feld und für uns ganz notwendig; denn wir brauchen Zuwanderer. Wir haben nicht die Bevölkerung bzw. den Nachwuchs, den wir später brauchen. Unser Antrag, die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte zu unterstützen und zu fördern, wurde abgelehnt, weil man gesagt hat, es wäre ein Novum, so etwas zu fördern. Ich halte das dennoch für wichtig. Gerade in Hof gibt es Sprengelschulen, in denen 90 % der Schülerinnen und Schüler Ausländer oder der deutschen Sprache nicht so mächtig sind. Dafür braucht es dringend eine Förderung. Das sind wertvolle Kinder, die wir unbedingt brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Projekte brauche ich nichts zu sagen. Die Leute werden drei Jahre hingehalten, und dann ist immer die Frage: Geht das Projekt weiter oder nicht? – Gute Arbeit muss verstetigt werden. Deshalb brauchen wir gerade in der Migrationsberatung eine Verstetigung der Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Der Einzelplan 03 des Haushaltsentwurfs enthält Licht – das gebe ich zu –, aber auch Schatten. Über diesen Schatten wollten die Regierungsfraktionen dieses Mal wieder nicht springen. Mit teils hanebüchenen Argumenten wurden unsere Anträge abgelehnt.

Von der Staatsregierung – wir haben es vorhin vom Kollegen Bausback gehört – wird immer der parteiübergreifende Schulterschluss gefordert. Das heißt in Bayern nichts anderes als blinder Gehorsam gegenüber der Regierungskoalition. Diesen blinden Gehorsam gibt es von uns nicht. Deshalb stimmen wir dem Haushaltsentwurf des Ein-

zelplans 03, auch wenn ein paar gute Sachen dabei sind – das lässt sich nicht leugnen –, nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Alexander Muthmann. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist sehr bewusst, dass insbesondere der Einzelplan 03 coronageprägt ist, dass vor allem auch die Tätigkeiten der Inneren Verwaltung, der Polizei durch die Pandemie mitbestimmt sind und dass Prioritätensetzungen auch davon geprägt werden. Das gilt in allen Bereichen. Das gilt vor allem auch bei der Frage der Herausforderungen.

Natürlich hätten wir, lieber Kollege Becher, die Debatten um Umschichtungen, um die angesprochenen Organisationsfragen und Priorisierungen sowie um die Frage der richtigen Form der Digitalisierung im Detail führen können. Auch ist unsere Haltung zur Reiterstaffel schon seit Jahren bekannt. Das alles will ich aber jetzt an dieser Stelle nicht weiterverfolgen und betonen. Vielmehr möchte ich ein paar andere Aspekte herausstellen.

Was beim Thema Feuerwehrschulen geschieht und allem, was damit zusammenhängt, nämlich der Aufwuchs beim Personal und die Entwicklung der Ausstattung, ist anerkennenswert. Wir werden uns aber im Laufe des Jahres sicherlich weiterhin mit der Qualität der Ausbildung und der Digitalisierung befassen müssen.

Das Thema Sport ist ebenfalls angesprochen worden. Auch wenn der Kollege Pohl die 20 Millionen Euro persönlich für sich in Anspruch nimmt, hat er doch vielfach Unterstützung erhalten. Ganz allein könnte das nicht einmal der Kollege Pohl schaffen. Das darf an dieser Stelle gesagt sein.

Uns allen ist die Bedeutung des Sports sehr bewusst. Ich glaube, dass wir mehr zu dem Bewusstsein kommen müssen, dass es da nicht so sehr um die Problembeschreibung geht, sondern dass der Sport auch Bestandteil der Lösung, auch aus der Pandemie heraus, sein kann, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, aber darüber hinaus sicherlich auch für die vielen Amateursportler.

Wenn man die Situation und die Tätigkeiten in der inneren Verwaltung anschaut, dann muss man durchaus sagen, dass sich da schon im letzten Jahr die Schwerpunktbildung, gerade mit Blick auf Krisenstäbe und auf die Gesundheitsämter, erheblich verändert hat. Auch im Jahr 2021 sind da weiter Antworten zu suchen.

Bemerkenswert ist, wie ich finde, Herr Minister – ich glaube, ich bin jetzt der fünfte oder sechste Redner –, dass das Problem der Personal- und der Sachausstattung bei der Polizei noch niemand wirklich problematisiert hat. Das ist sicherlich ein Ausdruck davon, dass auch weite Teile der Opposition der Meinung sind, dass das auf einem guten Weg ist. Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, im Rahmen eines coronageprägten Haushalts über noch mehr klassische Oppositionsideen zu diskutieren. Vielmehr geht es darum, mit den jetzt zur Verfügung stehenden Geldern – sowohl, was das Personal angeht, als auch, was die Sachausstattung angeht – optimal und effizient durch die Zeit zu kommen. Auch die Polizeiarbeit ist natürlich ganz intensiv durch die pandemiebedingten Herausforderungen geprägt.

Die Kriminalstatistik, die der Innenminister erst dieser Tage vorgelegt hat – das darf man an dieser Stelle auch einmal aus der Opposition heraus sagen –, ist durchaus ein Dokument erfolgreicher Polizeiarbeit in allen Bereichen. Man darf aber auch hinzufügen, dass die größte Gefährdung, die wir derzeit haben, gar nicht bei den Gewaltdelikten liegt, sondern dass die größte Gefährdung – auch für Leben und Gesundheit – eben die Corona-Pandemie darstellt.

Ich will da jetzt noch einen Punkt und einen Appell anbringen: Sehr geehrter Herr Minister, wir haben seit dem 09.12. einen landesweiten Katastrophenfall. Sie sind als

Chef des Innenministeriums der oberste Katastrophenschützer. Ich glaube, es gibt in der Katastrophe noch zusätzliche Aufgaben zu erfüllen. Wir wissen beide, dass es in einer Katastrophe auch darum geht, die Dinge möglichst effizient, gebündelt und möglichst schnell und auch praxisnah zu realisieren. In den nächsten Wochen wird der wichtigste Punkt sein, zu einer schnellen Impfung zu kommen. Der Ministerpräsident hat davon gesprochen, dass wir von der Mangelverwaltung zum Massenmanagement kommen müssen. Lassen Sie da auch die Hausärzte ein bisschen von der Leine und aus dem Regime der Impfverordnung heraus. Ich sage nur noch ganz kurz zum Landkreis Regen – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, trotz Landkreis Regen müssen Sie bitte zum Ende kommen.

Alexander Muthmann (FDP): – Ja, das mache ich. – Im Landkreis Regen hat eine Umfrage ergeben, dass alle Hausärzte gerne beim Impfen mitmachen. Es ginge dann auch schnell und effizient. Wir könnten viele Probleme lösen, wenn die Hausärzte die Impfung nicht wie derzeit bürokratisch abwickeln müssen, sondern sie so abwickeln können, wie wir es von den Hausärzten gewöhnt sind und wie wir es von den Hausärzten kennen: Es muss schnell gehen! Hierfür sind Sie als oberster Katastrophenschützer sicher der richtige Mann. Viel Erfolg an dieser Stelle.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Jetzt muss es wirklich schnell gehen.

Alexander Muthmann (FDP): Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion ist der nächste Redner der Abgeordnete Holger Dremel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Holger Dremel (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten über den Einzelplan 03; das ist der Haushalt des Innenministeriums. Wir beraten

dabei über mehr als 6,5 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von über 6 %. Das ist eine stattliche Summe.

Bayern ist Sicherheitsstandort, und Sicherheit ist für Bayern auch Standortfaktor. Zu Beginn meiner Rede will ich deshalb erst einmal allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch im Corona-Jahr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Kollegen Pohl und Muthmann haben es auch angesprochen: An der Spitze stehen zwei Herren, die für solide Politik und ein solides Innenministerium stehen. Ich glaube, die elf Monate schafft er noch. Herzlichen Dank an den Innenminister Joachim Herrmann und auch an seinen Staatssekretär Gerhard Eck. Danke, ihr macht gute Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist erfreulicherweise seit Langem das sicherste Land in Deutschland. Das ist bekannt. Kollege Muthmann hat es angesprochen. Uns wurde in der PKS vorgestellt, dass es in Bayern seit 41 Jahren die niedrigste Kriminalitätsbelastung und seit 26 Jahren die höchste Aufklärungsquote gibt. Das bedeutet, dass es nirgendwo sicherer ist und dass die Bürger nirgendwo eine höhere Sicherheit als bei uns in Bayern haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird und soll mit uns auch so bleiben.

Wir stärken die bayerische Polizei personell jährlich mit 500 neuen Polizeistellen. Es gibt einen Personalzuwachs. Es werden nicht nur die Pensionsabgänge ersetzt, sondern es kommen noch Stellen dazu. Derzeit haben wir 44.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. 2023 werden es im Höchststand dann insgesamt mehr als 45.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sein. Das ist eine stattliche Zahl.

Wir heben in diesem Einzelplan natürlich auch Stellen. Dafür sind 2 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 700.000 Euro mehr. Das bedeutet 350 Beförderungen oder Stellenhebungen.

Wir haben auch etwas für die Bausubstanz übrig. Im Bauhaushalt sind 85 Millionen Euro. Das sind 14 Millionen Euro mehr als beim letzten Mal.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, sagt die Kriminalstatistik – meine Vorredner haben das bereits angeschnitten –, dass Cybercrime die Kriminalität der Zukunft ist. Wir wollen uns darauf einstellen. Wir haben für die digitale Ausstattung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sehr viel bereitgestellt. Für Mobile Police gibt es 12,5 Millionen Euro. Wir haben die Digitalisierung auch in die Ausbildung integriert. Der Kollege hat vorhin gesagt, dass wir für 1,6 Millionen Euro neue Tablets, sogenannte Convertibles, für die jungen Auszubildenden beschaffen. Es ist richtig, dass wir hier bereits in der Ausbildung investieren.

Wir wollen in die digitalisierte Welt gut aufgestellt gehen. Wir stellen deshalb – neben dem Bund – auch für den Polizei-IT-Fonds selbst 6,4 Millionen Euro bereit.

Ich will sagen, dass auch der Digitalfunk mit 100 Millionen Euro eine große Position darstellt. Das ist eine Steigerung um 72 %. Aus meiner Sicht ist das ein richtiger Meilenstein.

Meine Damen und Herren, ich freue mich als oberfränkischer Landtagsabgeordneter auch darüber, dass in Oberfranken jetzt ein mobiles Forensiklabor auf vier Rädern getestet wird. Ein Unternehmen, das durch einen Cyberangriff attackiert wurde, kann so vor Ort aufgesucht werden. Tatortspuren und natürlich forensische Spuren werden gesichert. Auch das ist die Zukunft.

Wir investieren last but not least auch – wir haben den Bereich Integration schon angeschnitten – in die Polizei-App Lernen – Lehren – Helfen. Hierfür gibt es 100.000 Euro, um allgemeine Präventionsarbeit bei Flüchtlingen und Zuwanderern zu betreiben und um letztendlich die Kommunikation bei einem Erstzugriff zu verbessern.

Der Einzelplan 03 ist absolut zustimmungsfähig. Liebe Oppositionelle, wenn auch Sie der bayerischen Polizei helfen wollen, dann stimmen Sie diesem Haushalt zu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich denke, unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben das verdient.

(Zuruf)

Lieber Herr Becher, wir Regierungsfraktionen setzen die richtigen Akzente. Wir brauchen keine Onlinewache. Sie wollen keine Doppelstrukturen, möchten andererseits aber gern einen Polizeibeauftragten haben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Holger Dremel (CSU): Wir haben aber mit Michael Hofmann bereits einen Beauftragten für die Behörden. Ich denke also, dass wir gut ausgestattet sind. Kollege Graupner, die Polizei ist gut ausgestattet –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie jetzt bitten, tatsächlich zum Ende zu kommen.

Holger Dremel (CSU): – und aufgestellt. Asyldebatten haben hier keinen Platz. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Abgeordnete Gülseren Demirel die nächste Rednerin. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, dass Integration als Aufgabe und Thema des Innenministeriums behandelt wird, sagt, glaube ich, viel darüber aus, wie diese Staatsregierung – man sieht das auch an den Reden der Regierungsfraktionen – Integration definiert, nämlich als Problem der inneren Sicherheit.

Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, dass auch der Einzelplan diesem roten Faden folgt. Wir sagen aber: Integration ist nicht in erster Linie eine Frage von Ordnung und Sicherheit, sondern eine Frage der Teilhabe. Sie ist eine Frage der gleichen Rechte und der gleichen Chancen.

Es ist blanker Hohn, wenn man sich anschaut, was Sie in Ihrem Haushalt alles investieren, um gerade die Geflüchteten in Schach bzw. in den Ankereinrichtungen zu halten. Sie wollen in Ausgrenzung und Gefängnisse, in zentrale Ausländerbehörden und in Abschiebeflüge investieren, anstatt Menschen dazu zu befähigen, auf eigenen Beinen zu stehen, selbstständig ihren Lebensunterhalt zu verdienen und Teil unserer Gesellschaft zu sein.Ein Beispiel dazu: Ab 1. Januar dieses Jahres wurde der Eigenanteil für die Träger von Beratungsstellen mehr als verdoppelt. Wenn Sie die Beratungsstellen finanziell nicht besser fördern, wie von uns vorgeschlagen, dann besteht die Gefahr, dass sie geschlossen werden; denn die Träger können sich diesen hohen Eigenanteil nicht mehr leisten.

Zum anderen fallen Geflüchtete, die in keiner Anker-Einrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, oft komplett durch das Beratungsraster: die Geflüchteten im Rahmen des Resettlement-Programms. Die Kommunen werden damit alleingelassen.

Wir fordern die Regierungsfraktionen daher auf: Ändern Sie dies, schaffen Sie für die Geflüchteten aus diesem Programm Beratungsstellen, und unterstützen Sie die Asylsozialberatung in den Unterkünften!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und da ich gerade dabei bin, Ihnen Ihre blinden Flecken aufzuzeigen, Herr Staatsminister – wir mögen das ja sehr, jedes Mal –, sehr geehrte Kolleg*innen, auch von den Regierungsfraktionen: Einen riesigen blinden Fleck leisten Sie sich im Umgang mit Frauen, die kein Deutsch oder wenig Deutsch sprechen. Es braucht dringend ein eigenes Sprachförderprogramm für geflüchtete Frauen, bei dem die Anbieter verpflichtet

sind, auch Kinderbetreuung während der Kurse anzubieten. Bei einem Frauenanteil in den aktuellen Sprachkursen von gerade einmal 30 % müssen die Alarmglocken schrillen und muss ein Förderprogramm eingerichtet werden. Schaffen Sie Chancen, wo es keine gibt! Sichern Sie Teilhabe und Integration!

Teilhabe ist auch das Stichwort für eine weitere Lücke in Ihrem Haushalt, die gerade jetzt, in Zeiten von Corona, unverzeihlich ist: die Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete in Bayern haben immer noch keinen WLAN-Zugang zum Internet. Es ist gut, dass im Innenministerium endlich die Einsicht eingekehrt ist, dies zu ändern. Darüber sind wir froh; wir haben das sehr oft kritisiert.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Aber was fehlt, sind Taten. Wir haben einen Antrag gestellt, mit einer Projektförderung Refugees Online zu beauftragen. Obwohl Sie behaupten, mit Hochdruck daran zu arbeiten, wollen Sie das nicht machen. Ein Jahr Pandemie, und die Kinder in den Unterkünften sind von der digitalen Schulbildung ausgeschlossen. Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Integration.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Als Vertreter der Staatsregierung spricht nun Herr Staatsminister Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese insgesamt sehr sachliche Aussprache zu dem Haushaltsentwurf, wie er Ihnen vorliegt, der aus meiner Sicht insgesamt wirklich phänomenal ist: 6,6 Milliarden Euro für wahrlich zentrale Aufgaben unseres Landes, unserer Gesellschaft.

Ich bedanke mich zunächst ganz herzlich für die Beiträge der Kollegen Vogel, Pohl und Dremel. Sie haben nur absolut Richtiges gesagt; das muss ich nicht näher kommentieren. Dem muss ich schon gar nicht widersprechen, sondern da kann ich nur sagen: Genauso ist es. Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung dieses Haushaltes!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will mich auf fünf Punkte beschränken und Anmerkungen zu Themen machen, die von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesprochen worden sind.

Das eine ist natürlich ein herausragendes Thema für das Innenministerium: unsere Polizei. In der Tat haben wir es geschafft, die bayerische Polizei in den letzten über zehn Jahren kontinuierlich personell aufzubauen, sie noch besser auszustatten und auszurüsten. 2008 hatte die bayerische Polizei einen Personalumfang von 37.000. Mit diesem Haushalt sind es 44.000. Diese Koalition hat versprochen, dass in den nächsten beiden Jahren, 2022 und 2023, jeweils weitere 500 Stellen dazukommen. Dann werden wir 2023, wie versprochen, bei 45.000 sein. Im Verlauf von 13, 14 Jahren werden wir einen Aufwuchs von insgesamt 8.000 Stellen für die bayerische Polizei realisiert haben. Das ist deutschlandweit einmalig. Es war notwendig, es ist richtig. Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Finanzminister und beim Ministerpräsidenten, aber vor allem auch bei diesem Hohen Haus, dass dieser Kurs über die Jahre hinweg kontinuierlich so gefahren worden ist. Er ist notwendig angesichts der Herausforderungen.

Die bayerische Bevölkerung ist in all diesen Jahren gewachsen. Die Herausforderungen sind nicht weniger geworden. Aber es ist vor allen Dingen gelungen, in all diesen Jahren – was nicht selbstverständlich ist – die Spitzenposition Bayerns in der inneren Sicherheit zu halten. Auch im vergangenen Jahr 2020 war Bayern – die Zahlen liegen noch nicht von allen Ländern vor, aber es spricht alles dafür – nach der Kriminalitätsrate das sicherste aller 16 Bundesländer. Wir können keine hundertprozentige Sicherheit versprechen – das kann niemand auf dieser Welt seriös tun –, aber wir können

das Menschenmögliche tun, damit die Menschen in unserem Land so sicher wie irgend möglich leben können. Das ist unser Leitsatz, und den setzen wir um. Das gelingt der bayerischen Polizei auch sehr erfolgreich. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann nicht verstehen, Frau Kollegin Demirel, warum man zwischen Sicherheit und Ordnung auf der einen Seite und dem Themenfeld der Integration auf der anderen Seite einen Gegensatz konstruieren will und meint, das würde in einem Ministerium nicht zusammenpassen. Ich glaube, Sie tun den Menschen, die wir integrieren wollen, damit unrecht. Die meisten Menschen, jedenfalls die ich kenne, die sich hier integrieren wollen, sehen darin keinen Gegensatz zu Sicherheit und Ordnung in unserem Land. Sie freuen sich, dass sie in einem sicheren Land leben können. Die meisten von ihnen kommen nämlich aus Ländern, die wesentlich unsicherer sind als unser Land, und hier geht es ihnen besser als in den Herkunftsländern. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie ist denn die Realität der Integration nach all den Statistiken? – Die Politik lebt nicht nur von Statistiken, aber ein gewisser Gradmesser sind sie halt doch. Der Freistaat Bayern ist das Land der gelingenden Integration. In den letzten beiden Jahren wurden beispielsweise Gespensterdiskussionen über die 3-plus-2-Regelung, über die Ausbildungsduldung, geführt. Was besagen die Statistiken, wobei von allen Bundesländern die Zahlen vorliegen? – Kein anderes Bundesland hat in den letzten zwei Jahren so viele Ausbildungsduldungen ausgesprochen wie der Freistaat Bayern. Das ist das Thema Integration in unserem Land!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Woanders wird über Integration nur geredet, bei uns findet sie statt. Schauen Sie sich die aktuellen Arbeitsmarktstatistiken an! Das war vor Corona so, das ist auch jetzt, in

Corona-Zeiten, noch so. Schauen Sie sich an, wie es mit der Chance für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger auf einen Ausbildungsplatz aussieht! Dann werden Sie wiederum feststellen: Die niedrigste Arbeitslosenquote ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in ganz Deutschland haben wir im Freistaat Bayern. In keinem anderen Bundesland ist die Chance für ausländische Mitbürger, einen Arbeitsplatz zu bekommen und von eigener Hände Arbeit leben zu können, so gut wie in Bayern. Das ist die Realität! Das ist gelingende Integration in unserem Land! Nicht theoretisch darüber reden, sondern es praktisch umsetzen – das ist unser Ziel.

(Zuruf)

Ich will aber auch klar sagen, damit von anderer Seite keine Fake News kommen – ich will der AfD gar nicht vorwerfen, dass Sie das absichtlich getan haben, aber Sie haben das schief miteinander verglichen, Herr Abgeordneter Graupner –: Die Asylkosten, Unterbringung von Asylbewerbern etc. – nicht die Integrationskosten, dafür geben wir mehr Geld – betrugen im Jahr 2016 1,8 Milliarden Euro. Wir haben sie in diesem Haushalt 2021 auf 1,1 Milliarden Euro reduzieren können, weil wir insgesamt wesentlich mehr Ordnung in den Abläufen haben, weil der Neuzugang von Asylbewerbern deutlich rückläufig ist.Bitte erwecken Sie nicht den Eindruck, wir hätten die Steuerzahler höher belastet. Im Gegenteil, wir haben die Kosten für die Steuerzahler reduzieren können.

Sie bekommen anschließend oder spätestens morgen Früh nähere Erläuterungen der Eckpunkte des Haushalts für das Innenministerium in Ihre Fächer gelegt, weil die Verwaltungsgerichte angesprochen worden sind. Auch da scheinen irgendwelche Zahlen nicht ganz richtig betrachtet worden zu sein. Für die Verwaltungsgerichte sind allerdings auch aus dem Einzelplan 13 Stellen in den Einzelplan 03 umgeschichtet worden.

Tatsache für die Verwaltungsgerichte ist, dass wir im Jahr 2015 210 Richterstellen hatten. Mit dem Haushalt, den Sie anschließend, wie ich hoffe, beschließen werden,

haben wir 337 Richterstellen an den Verwaltungsgerichten. 2015 hatten wir 232 Stellen für nichtrichterliches Personal. Mit dem jetzt Ihnen vorliegenden Haushalt haben wir 338 Stellen für das nichtrichterliche Personal. Das heißt, wir bauen die Verwaltungsgerichte massiv aus. Wir haben an den Verwaltungsgerichten gestiegene Fallzahlen, deswegen ist der Ausbau auch notwendig. Aber auch hier gilt wiederum: Kein anderes Bundesland sorgt mit einer massiven personellen Verstärkung der Verwaltungsgerichte so wie wir dafür, dass die Verfahren nicht elendig verlängert werden, sondern dass wir wieder zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer kommen und dass der Verfahrensstau schon jetzt wieder abgebaut wird. Das ist die Realität an den Verwaltungsgerichten.

Ich bin dankbar dafür, dass auch der Sport positiv angesprochen worden ist. Der Sport ist erst im Jahr 2013 bzw. 2014 in das Innenministerium umressortiert worden. Wir hatten damals ein Haushaltsvolumen von 46 Millionen Euro für den Sport. Dies ist innerhalb von fünf Jahren auf 130 Millionen ausgebaut worden. Noch nie hat der Sport in Bayern so viel Geld bekommen, wie er mit dem Haushaltsentwurf für 2021 bekommen wird. Das ist gerade angesichts der Corona-Krise und der damit verbundenen besonderen Belastung für viele Sportvereine dringend notwendig. Das ist ein Kraftakt mit einer breiten Unterstützung des Landtags. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Bedanken möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts. Damit meine ich nicht nur das Ministerium, sondern den gesamten sogenannten nachgeordneten Bereich. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei, das gilt für die Verwaltungsgerichte, das gilt für die vielen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Inneren Verwaltung. Ganz besonders gilt das – das will ich unterstreichen – an der Spitze für unseren Staatssekretär Gerhard Eck, der eine super Arbeit leistet und mit dem ich eine wunderbare Zusammenarbeit habe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will aber auch die vielen Ehrenamtler, die zu unserem Geschäftsbereich gehören, erwähnen. Ich denke an die Tausende von Frauen und Männern, die in den Freiwilligen Feuerwehren und den Rettungsorganisationen aktiv sind. Ich nenne ausdrücklich aber auch diejenigen, die als Integrationshelfer usw. tätig sind, und viele andere mehr. Ich könnte noch viele weitere Beispiele nennen. Wir haben ein großartiges ehrenamtliches Engagement. In der Gesamtheit könnten wir die Aufgaben des Innenressorts gar nicht so wahrnehmen, wenn es nicht das großartige ehrenamtliche Engagement unzähliger Mitbürgerinnen und Mitbürger gäbe. Auch dafür ein ganz, ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Nur noch ein Punkt: Herr Kollege, wir sind uns zwar in der Zielrichtung einig, dass die Hausärzte intensiv mitimpfen sollen. Für die bin ich aber wirklich nicht zuständig. Für die Impfzentren bin ich auch nicht zuständig. Wir sind uns aber einig: Wir wollen beim Impfen weiter vorankommen. Wir werden in der Tat – das ist aber Sache des Gesundheitsministers – ab dem 1. April – das ist kein Aprilscherz – die Hausärzte intensiv mit einbinden. Dann wird das Impfen noch weiter vorangehen.

Ich bedanke mich schließlich auch ganz herzlich beim Finanzminister. Verhandlungen mit dem Finanzminister sind nie einfach. Insgesamt haben sie zu einem sehr seriösen Ergebnis geführt. Man spürt, dass auch der Finanzminister ein Herz für die Themen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und für alle anderen mit dem Innenministerium verbundenen Themen hat. Vielen Dank dafür! Vor allem bedanke ich mich aber jetzt schon bei der Landtagsmehrheit aus CSU und FREIEN WÄHLERN; denn die reden nicht nur g‘scheit daher, sondern werden jetzt diesen Haushalt auch tatsächlich beschließen. Vielen herzlichen Dank dafür und alles Gute. Wir wollen ein gutes Jahr daraus machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13239 mit 18/13240, 18/13319 mit 18/13335, 18/13586 mit 18/13592, 18/13623 mit 18/13643 und 18/13717 mit 18/13722 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14251.

Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14251 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich nun, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER und FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 10)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforder-

lichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist auch das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14251 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13717 mit 18/13722 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mittel zur Gewährung der Vereinspauschale
   (Kap. 03 03 Tit. 685 91)
   Drs. 18/13239
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten
   (Kap. 03 17 Tit. 511 96)
   Drs. 18/13240
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 03 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/13319
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung von Vereinen in strukturschwachen Regionen fortführen
   (Kap. 03 03 Tit. 893 91)
   Drs. 18/13320
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erhöhung der Förderabgabe
   (Kap. 03 08 Tit. 122 01)
   Drs. 18/13321
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Chefdigitallotsinnen und -digitallotsen in den Landratsämtern
   (Kap. 03 09 Tit. 422 01)
   Drs. 18/13322

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Neue Stellen für die Veterinärbehörden
   (Kap. 03 09 Tit. 422 01)
   Drs. 18/13323
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Personelle Stärkung der Gesundheitsämter vor Ort
   (Kap. 03 09 Tit. 422 01)
   Drs. 18/13324
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
   (Kap. 03 09 Tit. 422 01)
   Drs. 18/13325
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Aufnahme und Beratung von Resettlement-Geflüchtete besser unterstützen
    (Kap. 03 12 Tit. 633 52)
    Drs. 18/13326
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
    (Kap. 03 12 Tit. 684 58)
    Drs. 18/13327
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften ermöglichen
    (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
    Drs. 18/13328
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Personalumschichtung vom Landesamt für Verfassungsschutz zum Landeskriminalamt – Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyber-Kriminalität, von Rechtsextremismus und Organisierter Kriminalität
    (Kap. 03 15 Tit. 422 01 u. 534 01 sowie Kap. 03 17 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13329
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: 125 Stellen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei
    (Kap. 03 18 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13330

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Keine weitere Beschaffung von Pferden für die Reiterstaffeln
    (Kap 03 18 Tit. 511 24)
    Drs. 18/13331
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verstärkte Fortbildung bei der Polizei
    (Kap 03 18 Tit. 525 75)
    Drs. 18/13332
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Keine Finanzierung von Sicherheitswachten
    (Kap. 03 18 TG 76)
    Drs. 18/13333
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Virtuelle Polizeiwache
    (Kap. 03 18 neuer Tit.)
    Drs. 18/13334
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: EDV Ausstattung für mobiles Arbeiten bei der Polizei
    (Kap. 03 18 TG 99)
    Drs. 18/13335
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss für Mehr Demokratie e. V. Landesverband Bayern
    (Kap. 03 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/13586
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
    (Kap. 03 12 neue TG)
    Drs. 18/13587
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verbesserung des Personalstands beim Polizeilichen Sozialen Dienst der Bayerischen Polizei
    (Kap. 03 18 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13588

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern
    (Kap. 03 23 Tit. 883 02)
    Drs. 18/13589
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ersthelfergruppen unterstützen
    (Kap. 03 24 neuer Tit.)
    Drs. 18/13590
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausbau der Feuerwehrschulen
    (Kap. 03 26 Tit. 701 01)
    Drs. 18/13591
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. SPD,
    Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verbesserung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
    (Kap. 03 12 Tit. 684 54)
    Drs. 18/13592
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bündnis für Toleranz
    (Kap. 03 03 Tit. 547 07)
    Drs. 18/13623
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Abschiebekosten
    (Kap. 03 11 Tit. 533 01)
    Drs. 18/13624
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Abschiebungshafteinrichtungen
    (Kap. 03 11 TG 51)
    Drs. 18/13625
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
    (Kap. 03 06 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13626

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen II – Entgelte der Arbeitnehmer
    (Kap. 03 06 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13627
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen III – Landesamt für Asyl und Rückführungen – Personalausgaben
    (Kap. 03 11 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13628
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen IV – Landesamt für Asyl und Rückführungen – Entgelte für Arbeitnehmer
    (Kap. 03 11 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13629
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen V – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
    (Kap. 03 17 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13630
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen VI – Entgelte der Arbeitnehmer
    (Kap. 03 17 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13631
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Planstellen VII – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
    (Kap. 03 18 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13632
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan; 2021
    hier: Planstellen VIII – Entgelte der Arbeitnehmer
    (Kap. 03 18 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13633
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Ausgaben für Sicherheit
    (Kap. 03 13 Tit. 517 11)
    Drs. 18/13634

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale
    (Kap. 03 13 Tit. 633 10)
    Drs. 18/13635
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 03 13 Tit. 633 01)
    Drs. 18/13636
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Gemeinschaftsverpflegung
    (Kap. 03 13 Tit. 514 21)
    Drs. 18/13637
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Miete, Bewirtschaftung und Unterhalt der Grundstücke und Gebäude, Ausweichunterbringung
    (Kap. 03 13 Tit. 517 01, Tit. 517 05, Tit. 518 01, Tit. 519 01 und Tit. 533 02)
    Drs. 18/13638
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung
    (Kap. 03 13 Tit. 633 09)
    Drs. 18/13639
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Forschungsaufträge und Informationsmaterial
    (Kap. 03 13 Tit. 526 21 u. Tit. 531 21)
    Drs. 18/13640
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
    (Kap. 03 13 Tit. 671 01)
    Drs. 18/13641

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern
    (Kap. 03 12 TG 54 - 56)
    Drs. 18/13642
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
    (Kap. 03 12 TG 58)
    Drs. 18/13643

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Michael Hofmann
Abg. Gabriele Triebel
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Claudia Köhler
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Dr. Anne Cyron
Abg. Harald Güller
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Margit Wild
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo
Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 05

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13033 mit 18/13046)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12803 mit 18/12814)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12945 mit 18/12962)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/12764 mit 18/12768)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/12888)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion (Drs. 18/14462)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zu drei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Michael Hofmann von der CSU-Fraktion das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den größten Einzelplan des Haushalts; das ist der Einzelplan für Bildung. Bevor ich aber dazu komme, muss ich leider noch einmal auf das Thema Corona, im Speziellen auf die Diskussion zum Thema Impfen eingehen.

Ich glaube, es gibt bei uns niemanden, der sich nicht wünschen würde, dass man mehr und schneller impfen könnte. Es mag Sie vielleicht verwundern, ich möchte in dem Zusammenhang aber die Gelegenheit dazu nutzen, zwei Berufsgruppen speziell herauszuheben. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Erzieherinnen und Erziehern, bei den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern sowie bei unseren Polizeibeamten bedanken, die in einer Situation, in der auch sie auf Impfungen warten, vorbildliche Arbeitsauffassung zeigen. Sie wollen sich in dem Bereich nicht, wie manche Bildungsfunktionäre in diesem Land, aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ich habe schon gesagt, dass wir heute den größten Einzelplan beraten.

(Unruhe)

– Geht's bei den Kollegen der AfD, oder müssen wir unterbrechen, weil ihr wieder alles kaputt gemacht habt? Alles klar.

Wir beraten also den Einzelplan für Bildung. Er umfasst bei einem Gesamtetat von 71 Milliarden Euro 14,6 Milliarden Euro. Er entspricht also 20 %. Ich hoffe, dass die Rednerinnen und Redner nach mir das genauso sehen: Bei einem so großen Einzelplan hätten wir uns vielleicht ein wenig mehr Zeit als die üblichen 13 Minuten nehmen können. Das ist in dem Zusammenhang bei so einem großen Plan vielleicht mal eine Anregung; denn man kommt gar nicht dazu, alles zu erzählen, was sich in diesem Einzelplan so alles versteckt.

Natürlich ist der Einzelplan besonders personalkostenintensiv. 93 % der Kosten entfallen aufs Personal. Das ist aber natürlich auch ganz wichtig, denn wir brauchen natürlich unsere Lehrerinnen und Lehrer, die Bildung transportieren und gut an die Schülerinnen und Schüler weitergeben. Wir werden auch in diesem Jahr die Stellen um 1.525 Stellen erhöhen; allein 1.250 Stellen sind neue Lehrerstellen. Man darf allerdings auch dazu sagen, dass wir das, lieber Herr Kollege Waschler, schon über all die

Jahre hin machen. Wir haben seit dem Jahr 2008 bis jetzt zum Jahr 2021 insgesamt 18.600 neue Stellen geschaffen. Das ist also kein einmaliges Aufblinken, sondern wir tun das als Freistaat Bayern und taten das als CSU im Besonderen auch schon zu einer Zeit, in der wir noch nicht in Koalition waren.

Ich darf aber noch einmal ganz besonders darauf hinweisen, dass wir als CSU zusammen mit den FREIEN WÄHLERN an der einen oder anderen Stelle einen besonderen Akzent gesetzt haben. Wir haben bei den Privatschulen mit unserer Initiative noch 5,5 Millionen Euro an Schulgeldersatz draufgesattelt. Ich glaube, das ist eine ganz wesentliche Maßnahme, weil wir in unserem Bildungssystem – ich komme darauf noch einmal bei einem anderen Punkt – natürlich immer gerne den Wettbewerb wollen. Wenn wir Wettbewerb haben wollen, dann müssen natürlich auch die Privatschulen entsprechend ausgestattet werden. Ich danke deswegen all jenen, die dazu beigetragen haben, dass wir in diesen Bereich noch 5,5 Millionen Euro hineingesteckt haben.

Ich rede über den Einzelplan für Unterricht und Kultus. Das bedeutet, dass das Thema Kultus hier natürlich eine wesentliche Baustelle darstellt. Wir haben auch da im Zusammenhang mit dem Erinnerungsort Olympia-Attentat Fürstenfeldbruck durch Fraktionsinitiativen letzten Endes noch weitere 250.000 Euro vermerkt. Ich glaube, auch das ist ein ganz besonderes Zeichen für das Gedenken an 1972, als natürlich sehr viele Leid erfahren und mit Leid umgehen mussten. Ich glaube, das ist insbesondere ein schönes Zeichen für die deutsch-israelische Freundschaft, die dadurch noch einmal unterstrichen wird. Ich will an der Stelle aber auch sagen, dass damals auch ein bayerischer Polizeibeamter ums Leben gekommen ist.

Wir haben da natürlich auch einen Schwerpunkt gesetzt, der uns im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie wichtig ist. Wir dachten uns nämlich, dass es uns gar nicht schlecht anstünde, eine halbe Million Euro in den Etat mit aufzunehmen, um die Schulen und die Lehrkräfte zu unterstützen und besonders auszuzeichnen, die im Rahmen der Bewältigung der Pandemie innovative und kreative Ideen gebracht haben. Wir wurden dafür im Haushaltsausschuss sogar kritisiert, was ich nicht

ganz verstehen kann. Denn dieses Projekt zeigt ganz klar auf – ich denke, das ist wichtig –, was im bestehenden System überhaupt an kreativen Möglichkeiten drinsteckt.Wir alle wissen, dass es natürlich auch immer wieder auf den Lehrer und auf die Lehrerin ankommt. Genau das wollen wir herausstreichen, Stichwort Wettbewerb, das ich vorhin genannt habe. Wir wollen einen Wettbewerb der Ideen; wir wollen, dass Lehrkräfte, die mehr tun als ihre Pflicht, die auf völlig neue Ideen kommen und neue Wege gehen, dementsprechend eine Auszeichnung erhalten. Ich glaube, dass uns das sehr gut zu Gesicht steht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben in dem Bereich zur Unterstützung der Digitalisierung – ich hoffe, dass der Kollege Waschler, wenn ich ihm nicht zu viel Zeit nehme, noch darauf eingehen kann – mit dem Schuldigitalisierungsgipfel 67,8 Millionen Euro zusätzlich. Das zeigt, was bereits möglich ist. Wir wissen aber, dass wir noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen sind.

Ich darf an der Stelle aber auch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: An der einen oder anderen Stelle hätte man sich auch etwas mehr "Rahmenbedingungen" gewünscht, vielleicht auch etwas deutlicher und etwas klarer. Das ist in so einer Pandemie natürlich nicht ganz einfach. In den vielen Gesprächen, die ich mit Lehrkräften geführt habe, habe ich immer wieder deutlich gemacht, dass nicht jedes Schreiben – so muss man leider Gottes sagen –, das angekommen ist, für Klarheit gesorgt hat. Ich denke, auch das kann man – lieber Herr Minister – ganz gut miteinander verkaufen. Es schadet nichts – der Ministerpräsident hat es heute vorgemacht –, auch einmal einzugestehen, wenn in einer Pandemie etwas nicht so geglückt ist. Und da muss man sagen: Einige Schreiben gehören möglicherweise dazu, weil sie eher zur Verwirrung beigetragen haben.

Allerdings will ich auch ganz klar sagen: Wenn manche Kolleginnen oder Kollegen aus der Opposition feixen und vielleicht meinen, der arme Minister Piazolo könne gar

nichts dafür, denn er habe ja ein Ministerium übernommen, das jahrelang von der CSU geführt worden ist, und deswegen werden die einen oder anderen Probleme vielleicht auch damit zu tun haben, dass wir als CSU in dem Zusammenhang Verantwortung getragen haben,

(Zuruf)

dann sage ich Ihnen mal Folgendes, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Die Anträge, die Sie in den letzten Jahren in Zusammenhang mit dem Einzelplan für Unterricht und Kultus auf die Tagesordnung gesetzt haben, hätten im Rahmen der Bewältigung der Pandemie ebenfalls keine Situation herbeigeführt, die komplett problemlos gewesen wäre. Ich glaube, diese Feststellung gehört zu einer ehrlichen Diskussion. Auch Sie sind in den vergangenen Jahren nicht auf die Idee gekommen, dass wir einmal fast ein ganzes Schuljahr im Distanzunterricht würden verbringen müssen und dementsprechend die technischen Voraussetzungen vorhalten müssen, um das zu bewältigen. Diese Feststellung gehört zu einer ehrlichen Diskussion dazu.

(Widerspruch bei der SPD)

Da lasse ich Sie in dem Zusammenhang auch nicht aus. Sie tun immer so, als hätten Sie die grandiosen Ideen; stattdessen stehen Sie immer nur da und mäkeln herum wegen Dingen, auf die Sie vorher selbst nicht gekommen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch bei der SPD)

Von daher kann ich nur sagen: Dieser Einzelplan ist absolut zustimmungswürdig. Es wäre schön, wenn der eine oder die andere über seinen bzw. ihren ideologischen Schatten springen und diesen Einzelplan mittragen würde. – Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. Sie haben Ihrem Kollegen Prof. Dr. Waschler noch 3 Minuten und 58 Sekunden übrig gelassen. – Aber zunächst ist jetzt Frau Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN an der Reihe. Frau Kollegin Triebel, bitte.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushalt ist der erste, den wir im Wissen um die Corona-Pandemie aufstellen. Wir alle sehen die Auswirkungen der Pandemie auf das Bildungssystem. Versäumnisse der letzten Jahre kommen jetzt zum Tragen. So hat es uns schonungslos eingeholt, dass die Digitalisierung der Schulen von der CSU seit Jahren verschlafen wurde, Herr Hofmann.

Herr Minister Piazolo, Sie haben zu Recht letzte Woche bei der Vbw angemerkt, dass Sie für die Versäumnisse der letzten Jahre nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Aber leider haben auch Sie bis jetzt den Turbo nicht eingeschaltet. Es hat viel zu lang gedauert, bis Sie endlich eine finanzielle Mitverantwortung für IT-Administratoren der Schulen übernommen haben. Sie haben bei den Leihgeräten für Schüler*innen und Dienstgeräten für Lehrer*innen zu spät angeschoben. Die Lernplattform mebis hätte Ihnen fast den Kopf gekostet, weil Sie sie erst nach einem halben Jahr richtig zum Laufen bekommen haben.

Sie haben im Haushaltsausschuss geäußert, dass in dieser spannenden Zeit viel gestaltet werden könne. Ja, Herr Staatsminister, dann machen Sie doch endlich! Die Schulgemeinschaft wartet darauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die neu angeschaffte Hardware darf nach der Pandemie nicht in der Ecke verschwinden. Die Chancen für einen modernen Unterricht müssen jetzt genutzt werden. Die Ergebnisse der neuen Vbw-Studie zeigen es uns klar und deutlich: Schüler*innen wollen nicht nur Arbeitsblätter bearbeiten, sie wollen viele Möglichkeiten der Digitalisierung kennen und auch nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber dazu braucht es eine Lehrerschaft, die sie anleiten kann. Deswegen ist es für uns umso unverständlicher, dass Sie unseren Haushaltsvorschlag ablehnen, den Ansatz für die Lehrerbildung für digitale Fortbildung um 10 Millionen Euro zu erhöhen. Sie brüsten sich mit einer Stabsstelle in Dillingen. Ja, das ist ganz nett, Herr Staatsminister. Aber nicht nur einen Gang höher schalten, sondern endlich den versprochenen digitalen Turbo zünden! Das macht unser Bildungssystem erst zukunftsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu unseren Lehrerinnen und Lehrern. Lange haben Sie den Lehrermangel einfach ignoriert. Das Gutachten von Prof. Klemm zeigt: In Bayern werden in den nächsten Jahren jährlich bis zu 2.400 Lehrer*innen fehlen. Dass ihre 1.250 neuen Stellen eindeutig zu wenig sind, sieht auch ein Erstklässler im Corona-Schuljahr.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, Sie haben der Lehrerschaft hier schon viel gedankt, echte Wertschätzung sieht aber anders aus. Hören Sie endlich auf, den Weg zu einer gerechteren Bezahlung zu blockieren! A 13 muss für alle gelten. Lieber Herr Staatsminister, Sie sollten das so fordern, wie Sie das als Oppositionspolitiker gemacht haben. Ihre Stellenanhebung für wenige – 1.300 Lehrkräfte – ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. A 13 für alle – das ist gerecht und längst überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Personal sparen Sie, auch wenn es um Bildungsgerechtigkeit geht. Um unsere Schülerinnen und Schüler, vor allem aus benachteiligten Lebensverhältnissen, in ihrer psychosozialen Entwicklung zu unterstützen, braucht es an Schulen viel mehr multiprofessionelle Teams. Sie schaffen 100 neue Stellen für 6.400 Schulen. Auf 64 Schulen kommt eine neue Stelle. Was wollen Sie damit erreichen? Wir hatten Ihnen eine realistische Zahl genannt, die wir für diesen Bereich ausgeben wollen: 12,5 Millionen

Euro. Wenn Sie es mit der Bildungsgerechtigkeit wirklich ernst meinen, dann müssen Sie klotzen und dürfen nicht kleckern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen weiteren von Ihnen abgelehnten Antrag möchte ich besonders in den Fokus rücken, und zwar den zum Berufsbegleitungsprogramm. Es ist beschämend, dass Sie von den Regierungsfraktionen es nicht auf die Reihe bekommen, dieses erfolgreiche Programm weiterzuführen – ein Programm, das Tausenden von Schülern geholfen hat, einen Beruf zu ergreifen. Mit Ihrer Ablehnung ist eines klar: Die Rechnung zahlen die förderbedürftigen Schüler*innen und unsere Gesellschaft. Das ist Sparen an der falschen Stelle.

Ja, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, zwischen Reden und Handeln ist bei Ihnen ein großer Unterschied, vor allem bei der Chancengleichheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein weiteres plakatives Beispiel zum Thema Reden und Handeln, im Wahlkampf von Herrn Söder noch großzügig angekündigt, wenn es aber zum Schwur kommt, den Kopf einziehen:Es geht um die 15 versprochenen neuen Stellen für die Augsburger Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Wir wollen hierfür insgesamt zehn Stellen, um die wichtigen Themen Hetze im Netz und Friedensforschung zu verankern. Hier geht es um demokratische Bildung und um die Stärkung unserer Demokratie, die wir in Zeiten von Querdenkern und Vertrauensverlust gegenüber der Demokratie mehr denn je brauchen. Hier dürfen wir nicht mehr warten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gewartet haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, bereits viel zu lange bei einem der wichtigsten Orte für die Demokratiebildung. Die KZ-Gedenkstätte Dachau haben Sie über Jahre sträflich vernachlässigt. Ich frage Sie: Wie kann es sein, dass seit Jahren Anträge vonseiten der Gedenkstätte eingebracht wurden, die Bara-

cken aber bei Schnee wegen Einsturzgefahr gesperrt werden müssen? Wie kann es sein, dass Dachau trotz Ausgaberesten von insgesamt 6,5 Millionen Euro, die über die Jahre angesammelt wurden, und jetzt zusätzlich eingestellten Mitteln in Höhe von 7,5 Millionen Euro im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen gelassen wird? Es ist ein Skandal, dass vor allem Sie, die CSU, die wichtigste Gedenkstätte nach Auschwitz über die Jahre derart vernachlässigt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier könnten Sie, Herr Minister Piazolo, mit entschlossenem Handeln genauso wie bei der fairen Besoldung unserer Lehrkräfte, bei der Bildungsgerechtigkeit und bei der Digitalisierung Ihre Handschrift hinterlassen. Alles das kostet Geld, aber Geld, das sinnvoll investiert ist. Wirklich teuer ist schlechte Bildung.

Herr Staatsminister, Bildung ist ein weites Feld, um aus Fontanes Effi Briest zu zitieren. Wir und die Schulgemeinschaft warten nur darauf, dass Sie dieses Feld endlich richtig bestellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Triebel, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Frau Kollegin Triebel, Sie haben gerade das Programm, das jungen Menschen helfen soll, in Ausbildung zu kommen, angesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass der Haushaltsausschuss in seiner letzten Sitzung einstimmig einen Dringlichkeitsantrag verabschiedet hat, mit dem die Bayerische Staatsregierung aufgefordert wird, dieses Programm noch einmal zu prüfen und insbesondere dafür zu sorgen, dass es fortgesetzt werden kann? Ist Ihnen bekannt, dass der Antrag, über den Sie heute namentlich abstimmen wollen, gar nichts geholfen hätte? Es geht darin nämlich um Geld, das das Kultusministerium gar nicht ausgeben kann, weil es im Zusammenhang mit der Ausschreibung noch gar nicht verwendbar ist. Der Antrag geht

also komplett ins Leere. Ist Ihnen bekannt, dass das den Oppositionsparteien überhaupt nicht aufgefallen wäre, wenn es dazu nicht eine Petition gegeben hätte? Sie haben es überhaupt nicht mitbekommen. Tun Sie nicht so, als würden Ihnen diese jungen Menschen besonders am Herzen liegen. Sie haben es komplett übersehen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit, Herr Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Dass es das Kultusministerium auch übersehen hat, ist ärgerlich, wir arbeiten aber wenigstens daran, und zwar mit einem Mittel und auch einem Weg, der dafür sorgen wird, dass es funktioniert.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Hofmann, vielen Dank. – Frau Triebel, Sie haben das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Herr Kollege Hofmann, es war kein Dringlichkeitsantrag, und diesen Vorwurf muss ich ganz klar zurückweisen. Sie haben es nicht gemerkt, als Regierungsfraktion haben Sie aber die Pflicht, hier einzuschreiten und der Staatsregierung konkret zu sagen: Macht jetzt! Sie können das nicht auf die lange Bank schieben. Sie sind nur aufgrund unserer Intervention angeschoben worden, hier etwas zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Für die FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Tobias Gotthardt das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich gestern diese Rede im Homeoffice vorbereitet hatte, saß mit mir mein jüngster Sohn am Tisch. Johannes ist sieben Jahre alt, er besucht die erste Klasse und hatte "Mimi, die Lesemaus" vor sich. Seine beiden Brüder waren auf andere Schreibtische im Haus verteilt, ebenfalls im Homeschooling. Ich muss Ihnen sagen, das war für mich nicht nur als Vater, sondern auch als Politiker eine inspirierende Per-

spektive. Diese Perspektive führt einem sehr schnell vor Augen, worüber wir hier und heute reden, wofür wir arbeiten und worin wir investieren.

In nackten Zahlen ist der Haushalt des Kultusministeriums schnell erklärt: 14,1678 Milliarden Euro, das ist ein Plus von 430,4 Millionen Euro oder 3,1 %. Er umfasst 414 Seiten dicht bedrucktes Papier. Entscheidend ist aber, worin wir investieren. Wir investieren vor allem in unsere Kinder und Jugendlichen, also in die nächste Generation, und in ihre Bildung. Fast 95 % des Einzelplans fließen in den schulischen Bereich. Kurzum, wir investieren massiv in unsere Zukunft. Für mich ist das Kultusministerium deshalb auch zweifellos Bayerns Zukunftsministerium.

Uns ist wichtig, dass Bayern Bildungsland Nummer eins in Deutschland war, ist und bleibt. Jeder dritte Euro unseres Haushalts geht in Bildung und Wissenschaft. Kein anderes Bundesland investiert vergleichbar in die Bildung wie wir in Bayern. Wir halten an diesem Kurs fest.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das gilt auch und gerade in finanziell schwierigen Zeiten. Für unsere Bayernkoalition und unseren Kultusminister kann ich sagen: Wir sparen nicht an der Bildung, wir sparen nicht an unseren Kindern. Das zeigt sich auch oder gerade bei den Lehrkräften; das ist vorhin schon erwähnt worden. 5.000 neue Stellen haben wir in dieser Legislaturperiode versprochen. Auch in diesem Jahr schaffen wir wieder 1.525 neue Stellen, davon 1.250 Stellen für Lehrkräfte, 175 Stellen für Verwaltungsangestellte und 100 Stellen für das Projekt "Schule öffnet sich". Auch das ist ein guter Ansatz. Noch einmal: Bayern ist Bildungsland Nummer eins, und wir haben allen Grund dazu, darauf stolz zu sein, ohne uns aber nur eine Minute darauf auszuruhen. Wir arbeiten weiter, oder ganz konkret: Wir handeln.

Ich bin davon überzeugt, dass die Politik grundsätzlich von einem gesunden Maß an Selbstkritik und ehrlichem Austausch profitiert. Wir brauchen gerade in dieser für uns alle krisenhaften Zeit eine überlegte, ruhige Debatte. Ganz ehrlich, bei so manchem

bildungspolitischen Statement, das ich in den letzten Wochen gehört habe, möchte ich als Germanist manchmal doch gerne daran erinnern, dass Sätze in der deutschen Grammatik im Normalfall ein Satzzeichen am Ende haben. Es braucht weder 15 Ausrufezeichen noch durchgehende Großbuchstaben, um einen sachlichen bildungspolitischen Beitrag abzuliefern, egal ob aus politischen Kreisen oder aus den Verbänden. Ich wünsche mir, wenn ich es darf, Sachlichkeit in der Bildungsdiskussion. Das bringt uns alle, vor allem unsere Kinder, weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Noch einmal zurück zu den Schulen. Erlauben Sie mir an der Stelle jenseits des Haushalts einen ausdrücklichen Dank, ein Vergelts Gott an unsere 150.000 Lehrerinnen und Lehrer im Land für all das, was sie im Fernunterricht während der Pandemie schultern. Alles das, was sie und mit ihnen die Schülerinnen und Schüler und die Eltern in den letzten Monaten geleistet haben – als Vater weiß ich es selber –, ist alles andere als selbstverständlich. Es verdient unseren höchsten Respekt. Im Übrigen sind 3.000 vorgesehene Stellenhebungen mit einem Gesamtvolumen von 5 Millionen Euro jährlich ein weiterer und wichtiger Baustein in der Debatte um Lohngerechtigkeit an unseren Schulen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, neben den Investitionen in Mensch und Menschlichkeit ist der digitale Fortschritt an unseren Schulen ein weiterer großer Schwerpunkt dieses Haushalts, den wir auch nicht kleinreden sollten. Digitale Angebote und moderne Medien ergänzen die hervorragende Arbeit unserer Lehrkräfte, ohne sie aber zu ersetzen. Auch hier befinden wir uns ganz klar im Corona-Krisenmodus. Unsere Schulen haben wir im Schnellverfahren unterstützt, um jetzt für die für übrigens niemand – der Kollege hat es schon gesagt – vorhersehbare Corona-Situation gewappnet zu sein. Wir haben das angepackt, auch das sollten wir nicht kleinreden.

Klar ist aber auch: Das, was wir jetzt erleben, ist ein Moment, der irgendwann einmal wieder endet, ein Moment, dem die Rückkehr in einen normalen und doch sicherlich

anderen Unterricht folgt. Darauf bereiten wir uns hier und heute vor. Dafür entwickeln wir Strategien und Visionen, auch im Haushalt. Aus der Krise heraus müssen wir über die Krise hinauskommen.

Nur ein Beispiel: Allein in diesem Jahr investieren wir weitere 68 Millionen Euro in die Bayern-Cloud-Schule und die weitere IT-Ausstattung an unseren Schulen. Der Freistaat ist und bleibt damit ein verlässlicher Partner für die Sachaufwandsträger auf dem Weg zur weiteren Digitalisierung. Das gilt im Übrigen auch für die Videokonferenzlizenzen. Ich gehe davon aus, dass wir die erforderliche Ausschreibung rechtzeitig zu einem guten und bruchfreien Übergang führen werden.

Ein weiteres Versprechen gibt dieser Einzelplan ab: Wir lassen auf diesem schweren Weg durch die Corona-Krise niemanden fallen. Das zeigt sich übrigens auch an zusätzlichen 40 Millionen Euro – das war der Vorschlag des Ministerpräsidenten beim Jugendgipfel –, für die wir, wovon ich ausgehe, im Landtag mehrheitlich Unterstützung bekommen werden, damit wir diese Mittel freigeben können.Es zeigt sich auch in so wichtigen sozialen Projekten wie der Berufseinstiegsbegleitung in unseren Mittelschulen. Ich bin Kultusminister Piazolo, Sozialministerin Trautner, Finanzminister Füracker und allen Kolleginnen und Kollegen im Haushalts-, Bildungs- und Sozialausschuss dankbar, dass wir uns in den letzten Wochen wirklich gemeinsam, sachlich und lösungsorientiert über eine Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung Gedanken gemacht haben, um das möglich zu machen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir nach dem klaren Antrag des Haushaltsausschusses gemeinsam mit Kultus- und Sozialministerium eine tragfähige Lösung zur lückenlosen Fortsetzung der Einstiegsbegleitung finden werden; der Kultusminister hat bereits grünes Licht gegeben. Wir handeln!

Ich komme noch zu einem weiteren Schwerpunkt des Haushalts, der politischen Bildung und der Erwachsenenbildung. Als Verwaltungsrat schätze ich die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und ihre ambitionierte Neuausrichtung unter

der Leitung von Rupert Grübl sehr. Es freut mich umso mehr, dass wir die Mittel hier um ein Drittel auf 4,1 Millionen Euro erhöhen. Bei der Erwachsenenbildung ist es ähnlich; zum dritten Mal in Folge haben wir die Zuschüsse um weitere 5 Millionen Euro auf 42,2 Millionen Euro erhöht, um eine sinnvolle und finanzielle Untermauerung des Regelgeschäfts zu ermöglichen und gerade die Erwachsenenbildung im ländlichen Raum weiter zu stärken.

Unabhängig davon – auch diese Botschaft ist mir wichtig – haben wir die Notlage der Erwachsenenbildung im Lockdown im Blick. Wir sehen das Leid vieler Stiftungen, Vereine und Institute, die seit Monaten keine Bildungsveranstaltungen in Präsenz mehr anbieten können und dürfen. Auch hier lassen wir niemanden im Regen stehen. Wir sollten jenseits des ersten Rettungsschirms einen weiteren Schutzschild für die am schlimmsten betroffenen Einrichtungen überlegen und diskutieren. Unsere klare und trotzige Ansage lautet hier: Corona, du zerstörst uns unsere hochkarätige Bildungslandschaft in Bayern nicht!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt des Kultusministeriums setzt diese und weitere wichtige Akzente. Ich bitte und werbe um Ihre Unterstützung. Schaffen wir die finanzielle Grundlage für die beste Bildung in Bayern, für ein starkes Stück Zukunft für unser Land und für "Mimi die Lesemaus".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Ihre fünfzehn Ausrufezeichen haben drei Fragezeichen ausgelöst. – Die erste Zwischenbemerkung macht Frau Claudia Köhler für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Gotthardt, erst jetzt kam auf, dass die Ministerien bereits Anfang Dezember letzten Jahres ein Brief erreicht hat, wonach die Berufseinstiegsbegleitung auslaufen werde, wenn sich die Staatsregierung nicht darum kümmert. Sie haben uns in der letzten Ausschusssitzung daran erinnert,

dass auch wir das sehr spät gemerkt haben. Also sagen Sie uns bitte klipp und klar: Sollen wir Sie das ganze Jahr daran erinnern, welche Posten Sie im Etat aufstellen müssen und nicht übersehen dürfen? Im Ausschuss haben Sie gesagt, Sie würden sich rechtzeitig kümmern. Morgen ist die Deadline der Zweiten Lesung des Haushalts. Wie genau werden Sie bis morgen die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung sicherstellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, ich gehe auf den ersten Punkt ein, weil ich dabei war und das für meine Fraktion weiß. Wir haben bei der Beratung der ESF-Bavaria-Mittel die Rote Karte gezogen, als wir gesehen haben, dass die Berufseinstiegsbegleitung bei der Ausgestaltung in Zukunft fehlt. Wir haben dies erkannt, benannt und die Rote Karte gezeigt. Es gibt kein Versehen, Übersehen oder Ähnliches. Wir haben das als Fraktion im Bayerischen Landtag benannt.

Zum Antrag, den Sie gestellt haben: Wir reden jetzt vom nächsten Haushaltsjahr. Wenn Sie den Kollegen zugehört hätten,

(Zuruf)

dann hätten Sie übrigens auch im Haushaltsausschuss gehört, dass es nicht darum geht. Wir brauchen im nächsten Haushalt keine zusätzlichen Mittel.

(Zuruf)

Ihre 2,9 Millionen Euro, die Sie benannt haben, sind nicht notwendig. Wir werden eine Lösung für das Jahr 2022 finden.

(Zuruf)

Dafür ist es notwendig. Danach müssen wir darüber reden, wie wir eine weitere Finanzierung aus dem ESF-Bavaria garantieren können. Das ist der Vorschlag, den wir dis-

kutieren. Ich lasse mir und uns allen nicht unterstellen, wir hätten dauernd irgendetwas übersehen, nur, weil Sie jetzt einen Antrag eingebracht haben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ganz ehrlich, wir haben das im Blick.

(Zurufe – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung macht der Abgeordnete Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion. – Herr Bayerbach, Sie haben das Wort.

Markus Bayerbach (AfD): Vielen Dank, Kollege Gotthardt.

(Anhaltende Unruhe)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Lasst euch einfach überraschen. Das läuft weiter.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Bayerbach, jetzt dürfen Sie loslegen. Bitte sehr.

Markus Bayerbach (AfD): – Gut. – Herr Kollege Gotthardt, Sie haben gesagt: Bildung ist und war der Staatsregierung wichtig. Sie haben die vielen neuen Planstellen aufgezählt. Mit dem "war" habe ich ein kleines Problem. Wenn ich sehe, wie die Personalausstattung an Schulen in den letzten Jahren unter einem Finanzminister Söder kaputtgespart worden ist und wie man die Digitalisierung verschlafen hat, dann sage ich: Die jetzigen Planstellen sind schön, aber leider nicht mit qualifiziertem Personal zu hinterlegen. Wir müssen schauen, woher wir noch irgendwelche Leute kriegen. Die Team-Lehrer bemühen sich ohne Ende. Es kann aber wirklich nicht der Bildungsanspruch Bayerns sein, mit Team-Lehrern und nicht vollständig ausgebildeten Pädagogen zu arbeiten.

(Zuruf)

Ganz ehrlich, bitte senden Sie ein Signal an unsere Lehrer. Sie leisten wirklich Übermenschliches, und so toll sind die Rahmenbedingungen nicht. Ihre Rede hat das jetzt etwas verklärt. Das Signal nach draußen war fatal. Unsere Lehrer kommen auf dem Zahnfleisch daher.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Gotthardt, bitte.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Bayerbach, Sie müssen mir schon zuhören, wenn ich etwas sage. Ich habe klipp und klar gesagt, dass die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer in dieser Krise wirklich Herausragendes leisten. Ich habe dafür Vergelts Gott gesagt. Wenn Sie das nicht gehört haben, dann tut mir das leid.

Zur anderen Anmerkung in Sachen "Kaputtsparen" – Kollege Hofmann hat es dazwischengerufen: In den letzten zehn Jahren wurden über 18.000 Stellen geschaffen; in dieser Legislaturperiode wurde die Schaffung von jährlich 1.000 Stellen versprochen, also 5.000 zusätzlich geschaffene Stellen. Wir haben in diesem Jahr mit 1.525 Stellen deutlich mehr Stellen als versprochen geschaffen und sind über dem Soll. Ganz ehrlich, ich weiß nicht, wo Sie hier ein Kaputtsparen sehen. Ich sehe einen deutlichen Aufbau und das ist auch gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion macht die nächste Zwischenbemerkung.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Gotthardt, Sie und auch Ihr Vorredner von der CSU haben erwähnt, dass 68 Millionen Euro für die Bayern-Cloud und die Umsetzung des Schuldigitalisierungsgipfels vorgesehen sind. Ich erinnere mich: Es waren doch irgendwie einmal andere Summen, ungefähr 2 Milliarden Euro, im Gespräch. Selbst wenn die Hälfte des Geldes vom Bund kommt, dann bleibt immer noch etwas übrig. Auch wenn man wie ich nach einer beantworteten Anfrage feststellt, dass

noch Summen von BAYERN DIGITAL II, also Programmen von vor 2018, eingerechnet sind, dann waren bis 2024 trotzdem einmal 430 Millionen Euro für Bayern-Cloud-Schule und die Umsetzung des Schuldigitalisierungsgipfels vorgesehen. Dann müssten eigentlich etwas mehr als 68 Millionen Euro pro Jahr kommen. Das ist doch ein grobes Missverhältnis. Wie können Sie das erklären?

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Fischbach, das erkläre ich Ihnen als Haushälter. Das ist ganz einfach zu erklären. Wenn Sie ein Projekt aufbauen, dann brauchen Sie in den Jahren unterschiedliche Summen, um es aufzubauen und voranzubringen. Genaueres kann Ihnen nach mir aber der Minister erklären, der auch noch reden wird. Er hat detailliertes Wissen darüber, wie die Gelder verteilt sind. Machen Sie sich keine Sorgen! Wir investieren das, was wir brauchen. Wichtig ist, dass die Bayern-Cloud am Ende läuft.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn es am Ende billiger als geplant geht, dann ist es doch wunderbar.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Für die AfD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Anne Cyron das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Bildung ist ein Kernanliegen unserer Partei; denn Bildung ist Chancengerechtigkeit. Es ist ein Stück soziale Gerechtigkeit, und Bildung eröffnet den Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb setzen wir uns sowohl für die Förderung von spezifischen Bildungsprojekten für Menschen mit Behinderung, für die Förderung des Unterrichts von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf als auch für die Förderung hochbegabter und besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler ein und fordern eine

entsprechende Erhöhung der staatlichen Mittel, wie Sie aus unseren vorliegenden Anträgen sehen können.

Die starke Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg kann immer noch am besten durch staatliche Förderung gemildert werden, die somit einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leistet. Darüber hinaus hat die völlig verfehlte Corona-Politik der Staatsregierung eine neue Gruppe geschaffen, die einer ganz besonderen Förderung bedarf. Es sind die Kinder in Kita, Kindergarten und Schulen, die von den Zwangsmaßnahmen des bayerischen Kabinetts ganz besonders hart getroffen werden. Studien zum psychischen Zustand von Kindern und Jugendlichen belegen, wie gravierend die Langzeitfolgen in dieser Gruppe sein werden, denn die Corona-Politik hinterlässt tiefe Spuren im Seelenleben von Kindern und Jugendlichen.

Schule, die nur noch sporadisch stattfindet, falls sie überhaupt stattfindet, ist nicht mehr der Ort von Bildung. Sie ist ein Ort der Gängelung, der Maßregelung, der Quälerei und der Stigmatisierung geworden. Bildungspolitik ist dann gescheitert, wenn nicht mehr Freude am Wissen und Lernen verbreitet wird, sondern nur noch die Einhaltung von Hygieneregeln im Vordergrund steht, wenn Kontakte zwischen Kindern und Jugendlichen als todbringend und damit als Verbrechen gelten, wenn Distanz zwangsverordnet und es den Kindern unmöglich gemacht wird, Kontakte, Freundschaften und Beziehungen zu knüpfen.

(Beifall bei der AfD)

Das alles geschieht, obwohl es an Schulen und Kindergärten kein signifikantes Infektionsgeschehen gab oder gibt, obwohl es bisher keinen einzigen evidenzbasierten Nachweis der Bayerischen Staatsregierung gibt, dass all diese Maßnahmen geeignet sind, ein Infektionsgeschehen im richtigen Verhältnis zum Aufwand zu reduzieren.

Kinder dürfen ihr Kindsein, ihre Kindheit, nicht mehr leben mit allen negativen Folgen, die in den Studien über die Zunahme psychischer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen belegt sind. Deshalb fordern wir den verstärkten Einsatz von Mitteln für ein

Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen; denn je früher interveniert wird, umso besser wird es den Betroffenen gelingen, vielleicht noch zu etwas Normalität zurückzufinden. Hier steht die Politik in der Pflicht, den Schaden, den sie einer ganzen Generation junger Menschen zugefügt hat, zu beheben, soweit das bei traumatisierten Kindern überhaupt noch möglich ist.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern, verstärkt Mittel in die Begabtenförderung einzubringen, müssen wir doch immer noch eine starke soziale Selektivität im deutschen Bildungs- und Hochschulwesen feststellen. Die Beteiligungsquoten an Bildung sind an allen Stufen des Bildungssystems für Nichtakademikerkinder niedriger, und an allen Schwellen sind ihre Abgangsquoten höher. Hier wird intellektuelles Potenzial verschenkt; denn diese Zahlen sind nicht allein auf Leistungsunterschiede, sondern auf eingeschränkte Chancengleichheit zurückzuführen. Bildungschancen der Kinder hängen immer noch viel zu stark vom familiären Umfeld ab, von der frühzeitigen Förderung der kognitiven Fähigkeiten des Kindes. So haben Akademikerkinder eine doppelt so hohe Chance, die gymnasiale Oberstufe zu erreichen, wie Kinder von Nichtakademikern. So erlangen 45 % der Kinder mit mindestens einem Akademikerelternteil einen Mastergrad, 10 % den Doktortitel, aber nur 8 % der Kinder von Nichtakademikern erlangen den Mastergrad, 1 % den Doktorgrad. Die Chancen auf einen Doktortitel sind also ziemlich ungleich verteilt; denn ob Absolventen promovieren können, hängt zum beträchtlichen Teil von ihrer sozialen Herkunft ab.

Allen Kindern muss eine Chancengleichheit geboten werden. Es ist nötig, die kognitiven Fähigkeiten von Kindern möglichst früh zu erkennen, zu schulen und ihnen ein Mentorensystem im Rahmen einer Begabtenförderung zur Verfügung zu stellen. Exzellenz darf nicht nur sein, Exzellenz muss sein, um die Herausforderungen auf wissenschaftlichem Gebiet in unserer Zukunft bestehen zu können.

Wo sollen nun all die Mittel für diese genannten Projekte herkommen? – Nun, finanziert werden könnten diese Projekte durch eine Mittelumschichtung, zum Beispiel weg von den Zuwanderungs- und Integrationsfonds, weg von den parteinahen Stiftungen wie zum Beispiel der Europa Akademie, der Hanns-Seidel-Stiftung, der Georg-von-Vollmar-Akademie usw.

Ideologisierte parteinahe Stiftungen sollen doch bitte von den Parteien, aber nicht von den Steuerzahlern finanziert werden; denn abgesehen von der politischen Indoktrination erfüllen sie keinen Zweck, was die politische Bildung betrifft. Ein Mehrwert ist nicht erkennbar.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Dr. Cyron, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Frau Dr. Cyron, bitte bleiben Sie noch vorn. – Frau Dr. Cyron, bitte kommen Sie noch einmal ans Mikrofon, es gibt eine Intervention. Sie konnten das nicht hören, weil Ihre Fraktion stark applaudiert hat. – Die Intervention kommt von Frau Gabriele Triebel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin Cyron, ich glaube, Sie haben zum diesjährigen Haushalt zehn oder elf Anträge eingebracht, und zwar zur Streichung von Programmen für Kinder von geflüchteten Menschen, die bei uns in Bayern sind. Wie können Sie diese Anträge in Zusammenhang mit der Schulpflicht, die auch für diese Kinder gilt, und auch dem Menschenrecht auf Bildung vereinbaren? Sollen diese Kinder jetzt einfach nur hinten in der Klasse drinsitzen und irgendwie beaufsichtigt werden, oder stellen Sie sich vor, die Kinder aus der Klasse rauszunehmen? Wie vereinbaren Sie das mit der Schulpflicht, die hier gilt?

Dr. Anne Cyron (AfD): Wir können das sehr gut vereinbaren. Wir fordern nicht die vollkommene Streichung dieser Mittel. Wie fordern eine Mittelumschichtung. Wenn es hier besonders begabte, besonders leistungsstarke Kinder gibt, dann werden die si-

cher im Rahmen einer Begabtenförderung auch genauso mitgefördert wie alle Kinder auch.

(Beifall bei der AfD – Unruhe und Widerspruch bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Cyron, zynischer kann man nicht mehr mit jungen Menschen und Kindern umgehen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihren Anträgen ganz klar keine Umschichtung oder irgendetwas Ähnliches gefordert, sondern schlichtweg die Streichung jeglicher Unterstützung für Kinder mit Migrationshintergrund und für ausländische Kinder! Das haben Sie gefordert. Sie haben keine Begabtenförderung gefordert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zynisch und wirklich das Letzte!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Jetzt aber zum Thema. Ich gebe dem Kollegen Hofmann bei einem Punkt recht: Dieser Haushalt hätte eine längere Redezeit verlangt, aber nicht wegen des Umfangs, sondern wegen der Versäumnisse, die es aufzuzeigen gilt, und der Vorschläge zur Verbesserung, die es wenigstens von den demokratischen Oppositionsparteien gibt.

Die Corona-Krise liegt wie ein Brennglas auf dem Thema Bildung. Strukturelle Versäumnisse werden umso deutlicher. So wollten wir die Themen Personalausstattung an den Schulen – von Lehrerinnen und Lehrer könnten wir deutlich mehr brauchen –, Entlastung an Schulen durch Verwaltungskräfte oder auch multiprofessionelle Teams gestärkt haben.

Kollegen, wir brauchen gar nicht darüber zu reden, ob das ein CSU-Führungsproblem von früher war oder ein FREIE-WÄHLER-Führungsproblem des jetzigen Ministers ist.

Nein, das ist jetzt eine konsequente Fortführung Ihrer falschen Politik durch einen FREIE-WÄHLER-Minister. Beide Seiten sind schuld an dieser Situation.

(Beifall bei der SPD)

Das Brennglas liegt aber nicht nur auf der Personalsituation, sondern auch insbesondere auf dem Thema "Digitalisierung, Unterricht in einer digitalen Zeit". Sie tun so, als wäre die Digitalisierung erst in diesem Jahr, in einem Jahr mit Corona, wichtig geworden. Das ist natürlich falsch. Natürlich ist sie aber umso wichtiger geworden. Man sieht umso mehr, wo die Defizite sind. Aber ein Gesamtkonzept für die Digitalisierung ist bei Ihnen nicht einmal ansatzweise ersichtlich gewesen und konnte auch im letzten halben Jahr vom jetzigen Minister in keiner Weise nachgeliefert werden. Kolleginnen und Kollegen, das ist alles nicht überzeugend, was Sie hier geleistet haben.

Geräte für jeden Schüler und jede Schülerin sind genauso notwendig wie Geräte für Lehrerinnen und Lehrer. Was haben Sie da gemacht? – Sie schieben das Problem und alles auf die Schulen vor Ort. Wo haben Sie ein Gesamtkonzept, welche Geräte eingesetzt werden sollen? Wie haben die Geräte ausgestattet zu sein? Welche Art von Software wird eingesetzt? Welche Kommunikationssysteme und welches Konferenzsystem wird eingesetzt? – Es darf eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, wie gut Kinder ausgestattet sind und ob sie am Distanzunterricht teilnehmen können. Kolleginnen und Kollegen, das ist unser sozialdemokratischer Ansatz für eine ordentliche und gerechte Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wo sind Ihre Konzepte für Digitalisierung und in der Systemadministration? Nach unserer Auffassung müssen Systemadministratorinnen und Systemadministratoren nicht nur in der einzelnen Schule tätig sein, sondern sie müssen auch die Konnexität mit den Schülerinnen und Schülern, aber auch der Lehrergeräte herstellen. Sie lassen die Kommunen und die Landkreise, die Sachaufwandsträger sind, damit schlicht und einfach allein. Die finanzielle Überforderung der Kommunen führt dann dazu, dass das

ganze System nicht läuft und nicht ordentlich ausgestattet ist. Kolleginnen und Kollegen, deswegen haben wir hier entsprechende Anträge gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen natürlich auch eine Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungsoffensive. Aber auch das haben Sie im Ausschuss abgelehnt.

Wo wir gerade beim Ablehnen im Ausschuss sind: Was hier gerade zum Thema Berufseinstiegsbegleitung vom Kollegen Hofmann und dann in extenso vom Kollegen Gotthardt gesagt worden ist, spottet jeglicher Beschreibung.Das Problem ist doch ganz einfach: In diesem Jahr, im Herbst, kommen 3.500 Schülerinnen und Schüler. Sie müssen betreut werden, wenn ich das jetzige Konzept fortführen will, und zwar an den Förder- und an den Mittelschulen. Dazu muss ich jetzt ausschreiben. Dazu brauche ich jetzt Träger. Das haben Sie wohl vergessen, aber Sie haben gesagt: Nein, wir haben die Rote Karte gezeigt. – Die Ehrlichkeit, Herr Gotthardt, gebietet es doch zu fragen: Wo ist das Problem? Sie schieben das Problem doch zwischen Kultusministerium und Sozialministerium fröhlich hin und her.

(Beifall bei der SPD)

Beide sagen: Das wäre zwar notwendig, aber zahlen soll es der andere. – Dann haben Sie sich in den Ministerien nicht geeinigt, auf wessen Etat das geht. Darum geht es doch an dieser Stelle. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen. Deshalb, stimmen Sie doch schön und fröhlich namentlich über den Antrag der demokratischen Oppositionsparteien ab. Dann tun Sie zumindest eines und tun Buße, und reparieren Sie diesen Fehler in den nächsten Wochen. Geben Sie still und leise in die eine oder andere Position ein bisschen Geld hinein. Machen Sie zumindest das. Versündigen Sie sich nicht an diesen 3.500 jungen Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden mit diesem Haushalt gerade einmal den finanziellen Mindestanforderungen gerecht. Das ist zu wenig. Mittelmaß ist zu wenig für Bayern und seine Bürgerinnen und Bürger. Die SPD hat Impulse geliefert und sie in Haushaltsanträge gegossen. Sie haben diese Anträge abgelehnt. Deswegen lehnen wir Ihren zu kurz gesprungenen Haushaltsentwurf ebenfalls ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Matthias Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus! Ich bin der Meinung, wir können uns mit dem, was hier von der Staatsregierung vorgelegt worden ist, nicht zufriedengeben. Warum? – Vergegenwärtigen wir uns doch einfach nur die Realitäten, die hinter den ganzen Haushaltszahlen stehen. Es geht schließlich um die Rahmenbedingungen für über 150.000 Lehrkräfte in Bayern, also um die Menschen, die unsere Schülerinnen und Schüler prägen, die 1,6 Millionen Schülerinnen und Schüler, die wiederum unsere Zukunft prägen. Stellen wir uns also die Frage: Wird diese Bildungspolitik den Herausforderungen gerecht? Wird sie den Herausforderungen gerecht, vor denen unsere Schulen heute, in der Krise, aber auch in der Zukunft stehen?

Ich muss sagen, wenn ich den Betroffenen zuhöre, dann bekomme ich Zweifel. Ich bekomme Zweifel, wenn ich die Schülerin aus Würzburg höre, die sich gerade um die fairen Chancen bei ihrem Abschluss sorgt. Ihre Schule kämpft mit der Digitalisierung. Lange war kein guter Distanzunterricht möglich, die Technik fehlte, und der Internetanschluss war nicht gut genug. Dann gab es Probleme beim Wechselunterricht, weil hochwertiges digitales Unterrichtsmaterial fehlte. Nicht zuletzt gibt es einen Kultusminister, dem dafür das notwendige Verständnis und die Konzepte fehlen. So entstehen schreiende Ungerechtigkeiten, und zwar auch für die folgenden Jahrgänge. Wir, die FDP, haben daher schon vor Längerem einen Rechtsanspruch gefordert. Jeder sollte

das Recht auf ein digitales Endgerät zur schulischen Nutzung haben. Nur so kann heute Bildung funktionieren.

(Beifall bei der FDP)

Es sind große Herausforderungen, vor denen Ihre Regierungspolitik steht. An der bekomme ich auch Zweifel, wenn ich mit der Mutter aus Germering rede, die sich um die Belastung der Kinder sorgt. Den Kindern fehlen Sport, Wettbewerbe, Musizieren, das Schulorchester und vieles mehr. Die Kinder müssen auch einiges in sich hineinfressen. Langsam merkt man beispielsweise in der Notbetreuung schon die ersten psychischen Auffälligkeiten. Oder die Kinder mit Migrationshintergrund: Sie werden, so schildert mir diese Mutter, in diesem Lockdown nicht selten komplett abgehängt. Diesen Kindern bürden wir da eine unglaubliche Hypothek auf.

Wir brauchen doch Konzepte für die Zukunft, um etwas dagegen zu tun. Im Haushalt sind zum Beispiel Mittel für Ganztagsangebote vorgesehen. Das wäre ein Punkt für die Zukunft, um hier etwas zu machen. Diese Gelder werden aber nicht abgerufen, die werden eher noch abgezweigt oder eingezogen. Das hat auch der Oberste Rechnungshof erst kürzlich wieder berichtet. Also, was ist das für ein Haushaltsentwurf, mit dem uns die Staatsregierung eine scheinbar heile Welt vorgaukelt? – Auch hier hakt es, auch hier brauchen wir einen Rechtsanspruch.

Diese großen Herausforderungen gehen noch weiter. Ich zweifle an der Politik der Staatsregierung beispielsweise dann, wenn ich der Lehrerin aus Fürth zuhöre, die sich um die Gesundheit sorgt, und zwar nicht nur um ihre, um die von ihren Kolleginnen und Kollegen, sondern auch um die der Schülerinnen und Schüler. Da sind einige vorbelastet, einige haben häufig mit Risikopatienten Kontakt. Sie hat jetzt als Lehrerin ein erstes halbes Set Schnelltests bekommen. Sie hat mich aber gefragt: Was hilft es mir, wenn die Schüler noch nicht getestet sind? Außerdem tragen sie teilweise ihre Masken nicht richtig. Zum Thema Lüftungskonzept hat sie auch etwas gesagt, und das ist schon so eine Sache. Sie sagt nämlich: Die Fenster bleiben bei uns in der Regel offen,

weil ein Querlüften nicht möglich ist. – Das heißt, die Schülerinnen und Schüler sitzen also angesichts der herrschenden Temperaturen den ganzen Tag mit Decken im Klassenzimmer. Was ist das für ein untragbarer Zustand für ein Land wie Bayern? Sie fragt mich dann: Warum gibt es eigentlich keine Plexiglasscheiben und Luftfilter in den Klassenräumen? Wo bleibt die Fürsorgepflicht des Freistaats? – Das frage ich mich auch, wenn ich mir dieses Trauerspiel mit den Raumluftreinigern ansehe. Wir brauchen doch endlich eine funktionierende Förderung. Das wurde kurz vor Weihnachten überarbeitet, aber es reicht noch nicht, was im Haushalt dafür vorgesehen ist. Das ist viel zu wenig. Auch da müssen wir nachbessern; denn es sind große Herausforderungen, vor denen wir stehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles denke ich mir nicht aus. Das alles sind Personen mit Beispielen aus dem realen Leben. Diese Personen stehen wahrscheinlich stellvertretend für all diejenigen, die mit der aktuellen Lage an den Schulen zu kämpfen haben. Da ist das Vertrauen verloren gegangen. Ich frage schon: Wie viele Brandbriefe müssen die Schüler, müssen die Lehrer und die Eltern noch schreiben, bis die Staatsregierung endlich die richtigen Prioritäten bei der Bildung setzt? Die Schulen waren doch immer der ganze Stolz des Freistaats Bayern. Jeder dritte Euro des Haushalts, so hieß es immer, fließe in die Bildung. Das war der Maßstab.

(Zuruf: Immer noch!)

– Immer noch? – Schauen wir uns doch einmal Corona an. Wie ist es denn mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie? Genau für solche Herausforderungen, wie die, vor der wir gerade stehen, ist er doch gemacht gewesen. Kaum jeder hundertste Euro von den 20 Milliarden Euro, die der Bayerische Landtag bereitgestellt hat, wird in die Schulen gesteckt. Was ist das für ein Armutszeugnis? Kaum jeder hundertste Euro!

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

– Doch, wenn vom Corona-Haushalt mit seinen 20 Milliarden Euro noch nicht einmal 200 Millionen Euro genommen werden. Es gibt zwar einen Ministerpräsidenten, der groß ankündigt, der sich dann aber nicht kümmert, und einen Minister, der sich kümmern sollte, das aber nicht gebacken bekommt. Kaum einer ist so weit entfernt von den praktischen Problemen vor Ort wie unser Professor Piazolo aus München. Bei allem guten Willen, den ich Ihnen zugestehe, Herr Piazolo, aber dieser Entwurf dokumentiert doch eines: Den FREIEN WÄHLERN ist das Thema anscheinend nicht wichtig genug. Sie sind kein guter Anwalt für die Bildung in Bayern. Das muss aufhören. Bayern braucht nicht nur jemanden, der will, sondern jemanden, der kann, der macht und der hält, was er verspricht.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion. Herr Prof. Waschler, Ihr Kollege Hofmann hat Ihnen noch nicht einmal vier Minuten gegönnt. Drei Minuten 58 hat er Ihnen an Redezeit übrig gelassen.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mitnichten die Opposition beschimpfen, sondern ich werde mich rein auf die Fakten beziehen. Frau Kollegin Triebel, Sie haben von Versäumnissen gesprochen, von Schuldzuweisungen, und dies permanent. Sie haben die Schulwirklichkeit aber nicht richtig beschrieben; denn Sie behaupten, der Lehrermangel sei ignoriert worden. Warum werden denn dann beständig mehr Lehrer eingestellt, wie das die Kollegen Hofmann und Gotthardt dargelegt haben? Weshalb unterstellen Sie hier, völlig fehlerhaft, dass die Bezahlung ungerecht wäre? In Bayern verdienen die Lehrerinnen und Lehrer nachweisbar mehr als in allen anderen Ländern Deutschlands. Das sind Fakten.

Zur AfD darf ich nur feststellen: Derart menschenverachtende Positionen sollte man eigentlich nicht im Plenum des Bayerischen Landtags vortragen. Es ist bedauerlich

oder auch erstaunlich, muss man sagen, dass der Kollege, der dem Bildungsausschuss vorsteht, hier keinen einzigen Ton dazu sagen darf. Aber wie auch immer!

Herr Kollege Güller, Sie haben ebenfalls die Digitalisierung kritisiert und vor allem auch, dass eine Lehrerfortbildungsoffensive nicht vorhanden wäre. Sie sagten: "Es spottet jeder Beschreibung", wenn ich Sie richtig verstanden habe. Ich bin gespannt, wie Sie beim Gesamthaushalt abstimmen werden, denn gerade für die Lehrerfortbildung wurde eine ganze Menge auf den Weg gebracht, und das wird von den Lehrerinnen und Lehrern in Bayern auch hoch akzeptiert.

Ich danke ausdrücklich der Schulfamilie, Herr Kollege Fischbach. Sie haben eingefordert, dass Konzepte für die Zukunft da sein sollen. Die sind da, und zwar in jeder Hinsicht. In der Kürze der Zeit kann ich nur auf die Rahmenbedingungen verweisen, welche die Kollegen Hofmann und Gotthardt genannt haben.

Ich nenne jetzt nur Fakten zur Bewertung der bayerischen Qualität in der Bildung von außen. Bayern und seine Schüler haben nach dem Bildungsmonitor 2020 insgesamt Platz zwei knapp hinter Sachsen belegt. Platz eins wurde bei Vermeidung von Bildungsarmut, bei Integration und beruflicher Bildung belegt. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sagen, die Investition in Bildung wäre fehlerhaft gewesen, dann muss ich sagen, dass es genau anders war. Über Jahre und Jahrzehnte hinweg wurde hochqualitativ und richtig investiert. Bei einer steigenden Zahl von Schülern, die Abitur oder Mittlere Reife machen, konnte auch der Anteil von Schülern ohne Abschluss in Bayern von 8,5 % im Jahr 2003 auf den im bundesweiten Vergleich herausragenden Wert von 5,7 % im Jahr 2019 gesenkt werden.

Außerdem wurde bestätigt, dass das differenzierte und durchlässige bayerische Schulwesen Bildungsgerechtigkeit schafft, nämlich speziell in der Kombination mit einer homogeneren Zusammensetzung der Schulklassen nach kognitiven Fähigkeiten. Das führt nicht zu einer Verstärkung der Effekte der sozialen Herkunft, wie kritisiert wurde, sondern zu einer Zunahme der Leistungen in der Sekundarstufe. Das gilt vor

allem bei Kindern in Schulklassen mit geringerem Leistungsniveau, siehe die Studie von Hartmut Esser und Julian Seuring in "Zeitschrift für Soziologie", 2020.

In den restlichen 35 Sekunden sage ich noch, dass die Jugendarbeitslosenquote in Bayern im Dezember 2020 bei historischen 2,9 % lag. Wir haben einen Digitalisierungsschub in einem nie dagewesenen Umfang, mit allem was dazugehört, und allein 100 Stellen bei der Fortbildung im Bereich Digitalisierung, Herr Güller. Herr Kollege Dünkel, wir haben eine Fortsetzung seit 2011/2012 jährlich mit jeweils 100 zusätzlichen Stellen Inklusion. Wenn ich die auch von Herrn Kollegen Gotthardt erwähnte Erwachsenenbildung noch mitnehme, dann haben wir hier ebenfalls, wie man so schön sagt, aufgemörtelt und gesichert, auch in Pandemiezeiten. Der Rettungsschirm des Kabinetts für die Erwachsenenbildung hat hier sehr segensreich gewirkt. Keine dieser guten Einrichtungen wird akut von einer Schließung bedroht werden.

Herr Staatsminister Piazolo, Sie werden das sicher noch darlegen: Im Hinblick auf ein schulisches Förderprogramm für alle die Schüler, die eine zusätzliche Förderung in der Pandemie brauchen, ist man jetzt auch auf der sicheren Seite, und zwar gibt es Angebote im nächsten Halbjahr, das jetzt aktuell bis zum Schuljahresende läuft, in den Ferien und im ersten Halbjahr des Schuljahres 2021/2022.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Bayern ist auf einem guten Zukunftsweg, und zwar hoffentlich bald ohne Corona. Jetzt bin ich gespannt, ob die Opposition dem Einzelplan 05 zustimmen wird –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): – und dann natürlich auch dem Gesamthaushalt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie bekommen durch die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Margit Wild von der SPD-Fraktion noch eine Redezeitverlängerung.

Margit Wild (SPD): Lieber Kollege Gerhard Waschler, das ist immer alles sehr schön mit diesen vielen Zahlen und den vielen Millionen, die man für Bildung investiert. Das freut mich natürlich auch. Aber für mich ist die entscheidende Frage, ob die Gelder dann auch immer dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Ich finde schon, dass uns die jetzige Situation zeigt, dass dieses von euch so gelobte System durchaus Schwächen hat. Ich erwarte auch von einem Ministerium, dass es nicht nur reagiert, sondern agiert. Ich nehme als Beispiel die Lehrerversorgung. Ich bin jetzt seit mindestens zwölf Jahren im Bildungsbereich tätig und kann mich nicht erinnern, dass wir jemals eine ganz tolle Lehrer- und Unterrichtsversorgung hatten. Ich möchte schon daran erinnern, dass im letzten Jahr bereits pensionierte Lehrkräfte gebeten worden sind, doch wieder zu unterrichten. Dann hat man die Team-Lehrkräfte geholt, von denen ein Teil eine abgeschlossene Lehrerausbildung hat; ich glaube, es sind über hundert Personen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit!

Margit Wild (SPD): Man empfindet es nicht für nötig, dass man die dringend gebrauchten Lehrkräfte auch fest anstellt, um Chancengleichheit herzustellen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Wild.

Margit Wild (SPD): Zur Wahrheit gehört auch, dass man mal die rosarote Brille ablegt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler, bitte.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Geschätzte Kollegin Margit Wild, ich bedanke mich für die Steilvorlage. Jetzt habe ich 58 Sekunden, um es noch einmal darzulegen. Gerade in puncto Lehrermangel ist festzuhalten, dass Bayern von 2008 bis 2021 rund 18.600 zusätzliche Lehrerplanstellen bereitgestellt hat. Das heißt im Klartext: Die Betreuungsrelation wurde massiv verringert, und dadurch ist die Qualität des Unterrichts weiter gestiegen. Deswegen ist es nicht von uns als Regierungsfraktionen behauptet, sondern von unabhängigen Instituten von außen her bestätigt worden, wie ich dargestellt habe, dass die Schülerinnen und Schüler in Bayern die beste Aussicht auf einen überdurchschnittlich guten Lernerfolg haben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir deutschlandweit und – ich sage – auch von den meisten Ländern Europas beneidet, sofern sie unser Bildungswesen kennen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Waschler. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Prof. Piazolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 14,2 Milliarden Euro, eine halbe Milliarde mehr – noch nie gab es einen so großen Einzelhaushalt in Bayern. Ich nehme das Wort vom Kollegen Gotthardt auf: Ja, das ist auch gut so. Es geht um junge Menschen, Bildung und Zukunft, die wir prägen wollen. Deshalb sind wir das Zukunftsministerium in Bayern. Genauso ist es mit dem größten Einzelhaushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage es ganz deutlich: Wir haben als Opposition auch immer mehr gefordert. Das ist ja auch klar, dass man Anträge stellen kann. Aber dann das Schlechtreden! Ich wäre anstelle von SPD, GRÜNEN und FDP ganz still und bescheiden, wenn ich in die von Ihnen selbst verantworteten Bundesländer schaue. Da wäre ich ganz still, aber ganz still.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will nur die Zahl aufnehmen, die Herr Kollege Waschler gerade genannt hat. Sie stammen nicht von einem regierungsnahen Institut. Platz eins von allen Bundesländern, was die Chancengerechtigkeit im Bereich der Bildung angeht, hat Bayern und kein SPD-regiertes Land. Sie halten immer die Gerechtigkeit so hoch. Wo sind denn dann die Länder? – Frau Kollegin Triebel, ich muss es sagen: Baden-Württemberg, das einzige Land, das einen Ministerpräsidenten der GRÜNEN hat, ist in der Bildung in allen Ranglisten massiv zurückgefallen. Was dort passiert, ist traurig. Ich würde mich hier nicht hinstellen und auf Bayern zeigen und versuchen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

uns hier schlechtzumachen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP): Ablenkung!)

Das ist so. – Herr Fischbach, wunderbar, dass Sie es sagen! Wie sieht es denn in Nordrhein-Westfalen aus? Wie sieht es denn in Nordrhein-Westfalen mit der Digitalisierung aus?

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Dann stellen Sie sich hin und erzählen uns hier, dass Sie mit drei Leuten geredet haben, und die zitieren Sie. Das ist wirklich sehr schwach gewesen. Das muss ich einfach deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Schauen wir uns die Fakten an, den größten Haushalt, den es hier je gab. Ich kann da nur, und das will ich an dieser Stelle auch tun, dem Finanzminister Herrn Füracker für die gute Zusammenarbeit und dafür danken, dass dieses Geld möglich gemacht worden ist. Ich will aber an dieser Stelle auch betonen, dass es nicht unser Geld ist. Das ist nicht das Geld der Regierung, weder das des Kultusministers noch das des Finanz-

ministers. Wir reden und verfügen hier über das Geld der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Dafür möchte ich allen danken. Ich bin dafür dankbar, dass die bayerischen Bürgerinnen und Bürger auch so viel Geld erwirtschaftet haben. Das muss ein Land erst einmal erwirtschaftet haben, damit wir es in Bildung stecken können. Das haben wir gemacht. Wir senden hier ein starkes Zeichen aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nehmen wir mal die Stellen. Die Kollegen Hofmann, Waschler und Gotthardt haben es erwähnt. Wichtig ist nicht nur, dass es Stellen sind, sondern dass wir sie mit Köpfen hinterlegen, liebe Frau Kollegin Wild. Wenn ich mir da das SPD-regierte Berlin anschaue: Dort können bei den neuen Stellen 60 % eben nicht mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern besetzt werden. In Bayern ist das zum großen Teil der Fall, und zwar schon in den letzten Jahren und jetzt wieder.

Dort, wo wir dies in Grund-, Mittel- und Förderschulen nicht schaffen, haben wir noch die Chance auf eine Zweitqualifikation, weil wir Realschullehrer und auch Gymnasiallehrer entsprechend weiterbilden, damit sie dort tätig werden können. Das bedeutet, dass wir – und hier will ich noch mal eine Lanze brechen – hoch qualifizierte Lehrkräfte haben, die an den Hochschulen gut ausgebildet wurden, dann eine gute Ausbildung im Referendariat hatten und eine sehr, sehr gute Lehrerfortbildung haben.

Die Lehrer hier in diesem Land, diese Lehrkräfte beherrschen ihren Job, Frau Triebel. Ich lasse diese Lehrerschelte, die Sie geäußert haben, nicht gelten. Sie haben gesagt, unsere Lehrer seien nicht fortgebildet. Doch, sie sind fortgebildet. In der Digitalisierung haben wir eine Stabstelle errichtet. Wir haben neue Online-Module aufgestellt, die von mehr als 100.000 Lehrkräften besucht wurden. Jeden Nachmittag, auch heute, finden von 15 Uhr bis 18 Uhr E-Sessions statt. Das ist eine neue Idee dieser Stabstelle. Daran haben auch schon über 100.000 Lehrkräfte teilgenommen. Und Sie stellen sich

hin und behaupten, unsere Lehrkräfte hätten keine Fortbildung. Diese Lehrerschelte, die die GRÜNEN nicht zum ersten Mal betreiben, weise ich zurück!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will auch noch einmal verdeutlichen, dass unsere Lehrkräfte in den letzten Monaten Hervorragendes geleistet haben. Auf die Lehrer kommt es an. Sie haben das getan. Natürlich gibt es auch immer wieder Diskussionen und auch einmal den einen oder anderen Brief, weil Grenzen erreicht sind. Dies ist übrigens auch in anderen Berufen so. Wir befinden uns in einer Corona-Pandemie. Selbstverständlich diskutieren wir jetzt über das Testen an der Schule. Aber ich bin mir sicher, dass unsere Lehrkräfte auch diese Aufgabe bewältigen werden. Natürlich bereitet ihnen das Sorgen. Sie sind kein medizinisches Personal. Die Tests sollen sie jedoch auch gar nicht durchführen. Sie sollen eine Aufsicht beim Testen durchführen. Dazu gibt es die eine oder andere Frage. Dem muss man sich entsprechend annähern. Ich sage aber: Österreich hat es uns vorgemacht. Dort funktioniert es seit fünf Wochen und länger. Das Testen in der Schule funktioniert auch bei Grundschülern. Übrigens sitzen die Grundschüler in Österreich ohne Masken im Unterricht. Wir bieten hier eine höhere Sicherheit. Aber in Österreich funktioniert es, und ich bin sicher, dass es auch bei uns funktionieren wird. Am Anfang dauert es eben ein bisschen. Dann stellt man Fragen. Das ist auch normal.

Ich will einiges zur Digitalisierung sagen. Übrigens, weil die Umfrage, die Vbw-Studie erwähnt worden ist: Diese war eine sehr positive Studie für das bayerische Bildungssystem, sowohl im Jahr 2017 als auch 2019 und 2020. Vieles von dem, was wir in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben, konnte noch nicht berücksichtigt werden, weil die Studie im Sommer 2020 ihren Abschluss gefunden hat. Gerade bei der Digitalisierung war das enorm viel. Dies geschah übrigens zusammen mit den Kommunen, wenn ich hier nochmal die Lehrerdienstgeräte ansprechen darf. Herr Kollege Füracker und ich haben lange mit den Kommunen darüber verhandelt. Unter dem auf dem Schul-Digitalisierungsgipfel ausgerufenen "Digitalplan Schule" sowie der im De-

zember geschlossenen Begleiterklärung zu den Lehrerdienstgeräten stehen übrigens die Unterschriften aller kommunalen Spitzenverbände. Insofern ist das ein Gemeinschaftswerk. Die Kommunen in Bayern und die Staatsregierung sind daran beteiligt. Zusammen bringen wir enorm viel voran.

Lieber Herr Fischbach, ich lasse mir auch nicht gefallen, dass Sie hier die Kommunen schlechtreden. Dass Sie die Staatsregierung schlechtmachen, sind wir gewohnt. Aber dass Sie hier auch noch die Kommunen schlechtreden, hätte ich nicht erwartet.

(Zurufe)

Ich weiß zwar, dass der höchste kommunale FDP-Mandatsträger, der Oberbürgermeister von Landshut, nicht mehr FDP-Mitglied ist. Dies ist mir wohl bewusst. Übrigens ist er mit der Begründung aus der FDP ausgetreten, dass er sich in der Partei nicht mehr wohlfühlt, weil Sie die Kommunen immer so schlechtreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Selbstverständlich war der Distanzunterricht das große Thema. Ich kann hier keine Rede mehr halten, ohne das Wort mebis zu erwähnen. Heute hätte ich es gar nicht getan, aber es kam von Ihnen. – Nicht von Ihnen, Herr Fischbach, nein. – Natürlich war ein funktionierender Distanzunterricht nicht ab dem ersten Tag möglich. Aber wenn Sie sich die Entwicklung ansehen – das muss ich gar nicht uns zuschreiben, sondern ich schreibe es den Lehrkräften zu, auch mit der Unterstützung des Kultusministeriums und mit den Ideen, die wir dazu haben und weiterentwickelt haben –, erkennen Sie, dass unsere Lehrer in diesem gemeinsamen Zusammenspiel gezeigt haben, dass der Distanzunterricht funktioniert. Wenn Sie sich dies vergegenwärtigen, ist der Distanzunterricht gerade in den letzten Wochen und Monaten immer besser geworden. Es gibt sogar den einen oder anderen, der sagt: Ich möchte gar nicht mehr in die Präsenz, weil der Distanzunterricht sehr, sehr gut läuft. – Ich sage aber auch sehr deutlich: Präsenzunterricht kann man nicht ersetzen.

Nun ein Wort zur Berufseinstiegsbegleitung: Welche Aufregung darum und welche Falschmeldungen es jetzt dazu gibt! Warum soll das Kultusministerium nicht über das Programm Bescheid gewusst haben? – Selbstverständlich. Wir haben auch die entsprechenden Anträge gestellt. Natürlich! Sie glauben doch nicht, dass dem Kultusministerium ein solches Programm mit 3.500 Menschen entgeht. Wie man nur auf eine solche Idee kommen kann! Selbstverständlich ist das Programm auch im nächsten Jahr gesichert. Wir werden einladen, es wird stattfinden, und das Geld ist vorhanden. Das geht dann bis in das übernächste Jahr. Darüber werden wir uns unterhalten. Das tun wir auch. Dazu hat sich das Kultusministerium auch bereit erklärt. Es ist bereit, einen Teil der Finanzierung zu übernehmen. Jetzt müssen wir zusehen, wie wir in der Staatsregierung erreichen, dass die entsprechend Zuständigen auch ihren Teil übernehmen. Das schaffen wir zusammen. Dies gilt dann für das übernächste Jahr. Das ist ein wichtiges Programm. Selbstverständlich werden wir das zusammen sicherstellen.

Lassen Sie mich noch zu zwei oder drei Punkten kommen, die mir sehr am Herzen liegen. Was haben wir geschafft, gerade auch mit den Fraktionen? – Da gab es eine besondere Initiative der FREIEN WÄHLER zu Alltagskompetenzen. Das ist ein tolles Thema. Wir haben gesagt: Macht die Schulen noch praxisnäher, als sie es bereits sind. Das haben wir zusammen mit den Initiativen der Kollegen der CSU gemeinsam vorangebracht: Wir stärken Lebensökonomie und Alltagskompetenzen, gerade in Zeiten, in den viele jüngere Menschen sich für die Umwelt einsetzen, wo sie aber vielleicht nicht überall die Praxis kennen. Dieses Programm haben wir mit mehr als 5 Millionen Euro hinterlegt. Hier ist zu Corona-Zeiten vielleicht nicht alles möglich, aber wir werden sicherlich auch ein Leben nach Corona haben. Ähnliches gilt auch für die Erwachsenenbildung. Über die Erwachsenenbildung haben wir einen zweiten Rettungsschirm gespannt, um hier gegen Defizite abzusichern. Dieses Programm kann sich – meine sehr verehrten Damen und Herren – insgesamt sehen lassen.

Deshalb geht zum Abschluss mein Dank zum einen an die Regierungsfraktionen für die gute Zusammenarbeit. Ich will Herrn Hofmann noch einen Kurs im Lesen von KMS geben. Die sind übrigens sehr unterschiedlich.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Ja, Sie sind Jurist, Herr Hofmann, kein Pädagoge. Das werden wir gemeinsam gestalten. Natürlich kann man das immer noch besser machen. Wir machen uns im Kultusministerium sehr viele Gedanken darüber.

Mein Dank geht zum anderen auch an die Opposition. Ich war jetzt ein bisschen schärfer, aber es sind gute Ideen gekommen, nicht nur in den Haushaltsverhandlungen, sondern auch in der Pandemie. Es ist gut, dass sich hier gerade die demokratischen Fraktionen zusammentun und man versucht, Schritte gemeinsam zu entwickeln. Mein Dank gilt insbesondere den Mitarbeitern des Ministeriums. Man redet so viel darüber, am Limit zu sein. Viele sind dort am Limit. Noch nie wurde so viel gearbeitet wie in diesem Jahr. Das haben die Mitarbeiter des Ministeriums und die Behörden – der Amtschef Herr Graf ist hier – in bewundernswerter Art und Weise geleistet, trotz manchen Widerstands, der dann doch auch entgegenkam, und trotz – es ist erwähnt worden – mancher Brandbriefe. Das war eine tolle Leistung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein Dank geht zum Abschluss noch an die Schulgemeinschaft. Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Erwartungshaltungen. Schule steht im Fokus. Schule ist – das merken wir – einer der zentralen, vielleicht der zentralste und wichtigste Bereich unserer Gesellschaft, weil wir hier die Zukunft unserer jungen Menschen gestalten. Das, was die Lehrkräfte geleistet haben, was die Eltern geleistet haben, ist beeindruckend. Was die Schule anbetrifft, war es das schwierigste Jahr für die Eltern. Mein größtes Lob gilt den Schülerinnen und Schülern: Sie sind diejenigen, für die wir alles tun und für die wir diese Milliarden ausgeben. Sie haben sich in die-

sem Jahr nicht nur tapfer, sondern auch vorbildlich verhalten und trotz all dieser widrigen Bedingungen ihre Abschlüsse erzielt. Sie haben gelernt, auch im Distanzunterricht. Meinen hohen Respekt vor dieser Generation, vor diesen Schülern. Ich ziehe den Hut!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, gestern gab es den neuen Bericht des ORH. Darin wurde auch der Einzelplan 05 des Kultusministeriums genannt.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Darf ich um mehr Ruhe bitten?

Gabriele Triebel (GRÜNE): Im Haushalt des Kultusministeriums sind Ausgabereste in der digitalen Bildung vermerkt. Über die Jahre kumuliert sind das insgesamt 130,5 Millionen Euro, und zwar insbesondere zur Verbesserung der IT-Ausstattung. 2019 gab es dafür einen konkreten Haushaltsrest, also Mittel, die nicht abgerufen worden sind, von über 90 Millionen. Könnten Sie dazu bitte Stellung nehmen?

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bevor Sie antworten, möchte ich das Hohe Haus um etwas mehr Ruhe bitten. Es ist hier teilweise wirklich schwierig, die einzelnen Kolleginnen und Kollegen überhaupt zu verstehen. Wenn Sie glauben, dass Sie sich auf den Gängen besprechen müssen, tun Sie das bitte draußen. Durch die ganzen Abtrennungen ist jede Unterhaltung, die hier im Raum stattfindet, leider sehr störend. Ich habe gerade festgestellt, dass Sie kaum hören konnten,

was Frau Triebel sagte und auch bei uns war es relativ schlecht zu hören. – Danke schön. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank, Herr Präsident, auch für diese Intervention. Sie ist sehr hilfreich.

Ich will noch mal eine Zahl erwähnen, wenn es um Digitalisierung geht. Als ich 2018 begonnen habe, hatten wir in diesem Bereich ein bayerisches Programm – wir waren da auch Vorreiter – in Höhe von 212,5 Millionen Euro, über mehrere Jahre, die teils bereits im Haushalt ausgebracht sind oder schrittweise in den Folgejahren bereitgestellt werden. Dieser Einwand kam vorhin von Herrn Fischbach. Das geht immer über mehrere Jahre.

Bundesmittel dazugerechnet, verfügen wir inzwischen über eine Größenordnung von zwei Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Da kann und wird es immer Ausgabereste geben, auch bei einem Haushalt von jetzt 14 Milliarden. Ich bin übrigens dankbar für diesen Zuwachs. Dann werden wir – das tun wir immer – mit dem Finanzminister verhandeln. Er freut sich über den einen oder anderen Ausgaberest, der zurückfließt, aber er ist auch entsprechend großzügig bei dem einen oder anderen. – Na ja, er will alles zurückhaben, aber manchmal lässt er doch Übertragungen in das nächste Jahr zu, weil das beim Haushaltsvollzug normal ist. Das weiß auch jeder Haushälter. Es wird nicht alles bis zum letzten Cent ausgegeben, sondern es gibt auch bestimmte Reste. Ein Großteil davon ist ohnehin fest gebunden und wird nach der Umsetzung abfließen. Aber seien Sie versichert: Bei der Digitalisierung werden wir alles, was wir haben, nach Möglichkeit ausgeben. Ich weiß mich da im Ziel, die Bildung und insbesondere auch die digitale Bildung zu stärken, mit dem Finanzminister einig.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der Herr Finanzminister beschränkt sich auf Gesten, die machen keinen Lärm. Aber es kann auch sein, dass ich da hinten nicht gut zu verstehen bin. Ich habe die Kollegen gebeten, wenn sie sich in den Gängen un-

terhalten möchten, dies bitte in den Gängen außerhalb des Sitzungssaals zu tun. Ist das angekommen? – Ja.

Dann haben wir die nächste Zwischenbemerkung vom Kollegen Harald Güller, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Minister, erstens herzlichen Dank, dass Sie zumindest am Ende der Rede zugegeben haben, dass es doch auch einige positive Ansätze aus der demokratischen Opposition gibt. Leider haben Sie im ersten Teil Ihrer Rede einen Großteil der Zeit ein Stück weit damit verschwendet, das Mittelmaß der bayerischen Bildungspolitik mit anderen Bundesländern zu vergleichen und zu sagen: Da ist es ja noch viel schlimmer. – Das kann natürlich nicht unser Maßstab sein.

Wegen dieser Zeitverschwendung sind Sie auch ein Stück weit nicht dazu gekommen, das Thema Digitalisierung wirklich aufzugreifen. Ich gebe Ihnen deswegen noch mal die Chance. Ich habe Sie doch gefragt: Welche Geräte gibt es? Wie steht es mit der Lernmittelfreiheit? Wie steht es mit der Systemadministration? Welche Software, welche Kommunikationssysteme gibt es? Wie unterstützen Sie die Kommunen? Dies alles können Sie jetzt noch mal kurz ausführen. Der Kollege Ihrer Fraktion der FREIEN WÄHLER hat im Haushaltsausschuss mal gesagt: Diese Pläne liegen doch alle vor. Deswegen lehnen wir die Anträge der SPD ab.

Unglücklicherweise liegen die Pläne offensichtlich in irgendeiner Schublade; denn digital liegen sie nicht vor. Sie haben wahrscheinlich auch noch vergessen, wo der Schrank steht, in dem die Schublade ist. Jetzt haben Sie die Gelegenheit zu suchen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Lieber Herr Kollege Güller, leider haben Sie den Großteil Ihrer Redezeit damit verschwendet zu sagen, was angeblich in der bayerischen Bildungspolitik nicht gut läuft. Sie hätten nämlich die Chance gehabt, positive Beispiele zu nennen, wo Sie mal Ideen haben, die man auf-

nehmen kann. Insofern war das auch sehr schade. Es ist so: Ich kann Ihnen das reichhaltige und gute Digitalisierungskonzept des Ministeriums wirklich nicht in 38 Sekunden vortragen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Das können wir gerne machen. Ich bin gerne mal bereit, das hier auch länger auszuführen. Sonst sage ich es Ihnen ganz persönlich. Das ist nämlich ein sehr langes Programm, für das wir auch in diesem Jahr sehr viel Geld ausgeben. Ich hatte vorher über die zwei Milliarden Euro gesprochen, die wir in den nächsten Jahren dafür haben. Ich kann Ihnen lange über Lehrerdienstgeräte, über Schülerleihgeräte, über Wartung und Pflege berichten. Wir können über digitale Klassenzimmer reden, wir können über Fortbildung reden. Wir können über alle diese Dinge reden. Aber dann brauche ich auch wirklich eine halbe Stunde, um das in allen Einzelheiten zu erläutern. Das mache ich sehr gerne.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12764 mit 18/12768, 18/12803 mit 18/12814, 18/12888, 18/12945 mit 18/12962, 18/13033 mit 18/13046 und 18/14462 sowie die Beschlussempfehlungen mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14318 und 18/14609.

Zunächst ist über die drei Änderungsanträge der Opposition, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen. Vorab möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen dem jeweiligen Schluss der namentlichen Abstimmung und dem Beginn der nächsten namentlichen Abstimmung jeweils eine kurze Pause von circa

15 Sekunden liegen muss, damit das elektronische Abstimmungssystem wieder zur Verfügung steht.

Zuerst kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern sicherstellen" auf der Drucksache 18/14462. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Bitte verwenden Sie hierfür ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:17 bis 20:20 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Damit schließe ich die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag auf Drucksache 18/12765 betreffend "Einstieg in die Lernmittelfreiheit – Jede Schülerin und jeder Schüler braucht einen Laptop". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmung wird wieder elektronisch durchgeführt. – Sie merken schon, dass ich meine Stimme verlangsame, weil die 15 Sekunden noch nicht abgelaufen sind. Sie verwenden dann bitte wieder Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit beträgt dann zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:21 bis 20:23 Uhr)

Die zwei Minuten sind abgelaufen. Dann schließe ich auch diese Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den FDP-Änderungsantrag auf Drucksache 18/12888 betreffend "TG ‘88 Ausgaben für die Lernmittelfreiheit aufgrund der Art. 21, 22 und 46‘, (Kap. 05 03 neue Tit.)".

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zu Ablehnung. Die Abstimmung wird auch dieses Mal wieder elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie bitte wieder Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit dauert wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist hiermit freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:24 bis 20:26 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist abgelaufen, und ich schließe auch diese Abstimmung.

Über den Einzelplan kann erst abgestimmt werden, wenn die Abstimmungsergebnisse der namentlichen Abstimmungen vorliegen. Nachdem das noch nicht der Fall ist, unterbreche ich die Sitzung bis zum Vorliegen dieser Abstimmungsergebnisse kurz.

(Unterbrechung von 20:26 bis 20:28 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst zum interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern sicherstellen" auf Drucksache 18/14462. Mit Ja haben 29 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 67 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 9. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Zum SPD-Änderungsantrag betreffend "Einstieg in die Lernmittelfreiheit – Jede Schülerin und jeder Schüler braucht einen Laptop" auf Drucksache 18/12765: Mit Ja haben 24 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 83 Abgeordnete gestimmt; keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Zum FDP-Änderungsantrag betreffend "TG ‚88 Ausgaben für die Lernmittelfreiheit aufgrund der Art. 21, 22 und 46‘ (Kap. 05 03 neue Tit.)" auf Drucksache 18/12888: Mit Ja haben 6 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 76 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 25 Abgeordnete. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14318 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk.

Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushaltes 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14318 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13033 mit 18/13046 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplanes 05 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP, der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern sicherstellen (Kap. 05 04 TG 84 u. 13 06 Tit. 359 01)(Drucksache 18/14462)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin			X
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			X
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			X
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	29	67	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Einstieg in die Lernmittelfreiheit - Jede Schülerin und jeder Schüler braucht einen Laptop (Kap. 05 03 TG 88 neuer Tit.) (Drucksache 18/12765)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	24	83	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2021; hier: TG "88 Ausgaben für die Lernmittelfreiheit aufgrund der Art. 21, 22 und 46" (Kap. 05 03 neue Tit.) (Drucksache 18/12888)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			X
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			X
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			X
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			X
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa			X
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar			X
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			X
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus			X
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	6	76	25

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erzieherausbildung OptiPrax auch für Träger attraktiver gestalten – Refinanzierung von Praxisstellen unterstützen!
   (Kap. 05 03 Tit. 684 79)
   Drs. 18/12764

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Einstieg in die Lernmittelfreiheit – Jede Schülerin und jeder Schüler braucht einen Laptop
   (Kap. 05 03 TG 88 neuer Tit.)
   Drs. 18/12765

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Digitalisierung der Schulen – Systemadministration für jede einzelne Schule konzipieren
   (Kap. 05 03 neue TG)
   Drs. 18/12766

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Lehrerfortbildungsoffensive 2021
   (Kap. 05 04 TG 95)
   Drs. 18/12767

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Qualität sichern – Teamlehrkräfte und Schulassistenzen unbefristet einstellen
   (Kap. 05 21 neuer Tit.)
   Drs. 18/12768

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 05 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12803

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Lehrkräfte für den Schulsport fit machen
   (Kap. 05 04 Tit. 525 90)
   Drs. 18/12804

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Fortführung des Programms MINT-Netzwerk-Bayern
   (Kap. 05 04 TG 65)
   Drs. 18/12805

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Lehrkräftefortbildung im Bereich Digitalisierung
   (Kap. 05 04 TG 95)
   Drs. 18/12806

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Schulinternes Budget für Personal und Teamstunden
    (Kap. 05 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/12807

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Inklusionsregionen stärken
    (Kap. 05 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/12808

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Schulen in freier Trägerschaft in der Corona-Krise stärken
    (Kap. 05 04 neue TG)
    Drs. 18/12809

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kompensation coronabedingter Einnahmeausfälle an den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg
    (Kap. 05 05 TG 60)
    Drs. 18/12810

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Aufstockung der Staatsleistungen zur Sicherung jüdischer Einrichtungen und Synagogen in Bayern
    (Kap. 05 05 Tit. 684 02)
    Drs. 18/12811

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landeszentrale für politische Bildung stärken
    (Kap. 05 06 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12812

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Verwaltungskräfte für Grund- und Mittelschulen
    (Kap. 05 12 Tit. 428 01)
    Drs. 18/12813

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Einstieg in die Besoldung nach BesGr. A 13 für alle Grundschul- und Mittelschullehrkräfte
    (Kap. 05 12 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12814

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
    Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP),
    Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern sicherstellen
    (Kap. 05 04 TG 84 u. 13 06 Tit. 359 01)
    (Drs. 18/14462)

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: TG „88 Ausgaben für die Lernmittelfreiheit aufgrund der Art. 21, 22 und 46“
    (Kap. 05 03 neue Tit.)
    Drs. 18/12888

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkindern
    (Kap. 05 03 Tit. 633 06)
    Drs. 18/12945

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Gastschulbeiträge für die Beschulung von abgelehnten Asylbewerberkindern
    (Kap. 05 03 Tit. 633 05)
    Drs. 18/12946

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter
    (Kap. 05 12 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12947

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiter
    (Kap. 05 04 Tit. 428 15)
    Drs. 18/12948

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Lehrerstellen zur Beschulung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge
    (Kap. 05 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12949

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Zusätzliche Personalmittel zur Beschulung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge
    (Kap. 05 15 Tit. 428 14)
    Drs. 18/12950

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderung- und Integrationsfonds VII – Erstattungen an Sonstige für kooperative Vorklassen zum Berufsintegrationsjahr (BIJ/V) und des kooperativen Berufsvorbereitungsjahres (BIJ/k)
    (Kap. 05 15 Tit. 671 03)
    Drs. 18/12951

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII - Islamischer Unterricht
    (Kap. 05 12 Tit. 428 14)
    Drs. 18/12952

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Sprachfördermaßnahmen an weiterführenden Schulen
    (Kap. 05 04 Tit. 428 16)
    Drs. 18/12953

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Deutschklassen
    (Kap. 05 12 Tit. 429 01 und Kap. 05 12 Tit. 671 01)
    Drs. 18/12954

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XI – Berufsorientierung an Mittelschulen
    (Kap. 05 12 Tit. 427 60)
    Drs. 18/12955

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XII – Lehrerstellen für die Beschulung von Schülern mit Fluchthintergrund an Förderschulen, Realschulen und Gymnasien
    (Kap. 05 13 Tit. 422 01, Kap. 05 18 Tit. 422 01 und
    Kap. 05 19 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12956

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausgaben für das Kriseninterventions- und -bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen (KIBBS)
    (Kap. 05 04 Tit. 547 01)
    Drs. 18/12957

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse zur Förderung des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf (öffentliche Einrichtungen)
    (Kap. 05 04 Tit. 684 05)
    Drs. 18/12958

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an die Hanns-Seidel-Stiftung e. V., etc.
    (Kap. 05 05 Tit. 684 06)
    Drs. 18/12959

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an die Europäische Akademie in Bayern e. V. in München
    (Kap. 05 05 Tit. 684 07)
    Drs. 18/12960

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung von Bildungsprojekten für Menschen mit Behinderung
    (Kap. 05 05 Tit. 686 84)
    Drs. 18/12961

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung hochbegabter und besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler am Gymnasium
    (Kap. 05 19 Tit. 547 13)
    Drs. 18/12962

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Harald Kühn
Abg. Christina Haubrich
Abg. Susann Enders
Abg. Roland Magerl
Abg. Andreas Krahl
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Gudrun Brendel-Fischer
Abg. Bernhard Seidenath
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Martin Böhm
Abg. Raimund Swoboda
Erster Vizepräsident Karl Freller

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13058 mit 18/13073)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12846 mit 18/12858)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13001 mit 18/13004)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/12772 mit 18/12776)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12891 mit 18/12897)
Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion und Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12777 mit 18/12779)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/12776 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollege Harald Kühn von der CSU-Fraktion das Wort.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade in diesen Zeiten wird uns bewusst, dass Gesundheit für jeden Menschen das wichtigste Gut ist. Sie ist aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt von herausragender Bedeutung. Zunächst gilt meine Anteilnahme allen Opfern und Leidtragenden der Corona-Krise. Gleichzeitig danke ich

allen Mitbürgern, die durch ihr Engagement, in welcher Form auch immer, dazu beigetragen haben, die schwierige Situation zu verbessern.

Ich persönlich gehe davon aus, dass die Entscheidungen der Bundesregierung und der Landesregierungen seit einem Jahr jeweils auf der Basis von umfassenden wissenschaftlichen und medizinischen Empfehlungen erfolgten. Dabei wurde von Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel am 11. März 2020 ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass nur dadurch eine Überlastung des deutschen Gesundheitssystems und damit ein weit größerer Schaden für unser Land verhindert werden kann. Unter dieser Prämisse kam es zu tiefgreifenden gubernativen Verhältnismäßigkeitsentscheidungen.

Inzwischen müssen wir leider feststellen, dass es zunehmend Betroffene dieser Maßnahmen gibt. Das äußert sich in medizinischen, psychologischen, pädagogischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen. Deshalb habe ich persönlich Verständnis für diejenigen, die sich mit Fragen und Kritik an die entsprechenden Stellen wenden. Ich betone allerdings ausdrücklich: Das bezieht sich nicht auf Corona-Leugner; denn zu leugnen gibt es nichts. Das Virus bzw. entsprechende Mutationen sind da und werden uns voraussichtlich auch weiter begleiten. Daher muss ein Weg zu möglichst viel Normalität ohne andauernde Lockdowns gefunden werden.

Gerade in den vergangenen Monaten konnte konstatiert werden, dass wir eine leistungsfähige medizinische Versorgung haben, und zwar in der Stadt wie auf dem Land, mit einem effizienten System privater und öffentlicher Angebote. Durch den medizinischen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritt sowie das zunehmende Gesundheitsbewusstsein steigt die Lebenserwartung der Menschen und die Relevanz der Gesundheitswirtschaft. Die bayerische Gesundheitswirtschaft hat neben großen Versorgungsaufgaben eine enorme strukturpolitische Bedeutung – gerade für den ländlichen Raum. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 800.000 Menschen, die Bruttowertschöpfung beläuft sich auf ca. 50 Milliarden Euro.

Ein besonderer Kernbereich sind hier leistungsfähige Krankenhäuser. Insofern ist es erfreulich, dass wir für das Jahr 2021 zusammen mit den Kommunen im Krankenhausetat 643 Millionen Euro vorsehen können. Der Landesanteil am Krankenhauszukunftsfonds für die IT-Optimierung umfasst 180 von 600 Millionen Euro. Insgesamt haben wir also für unsere Kliniken rund 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie werden von der Staatsregierung im Einzelplan 13 Ansätze zur Verminderung der Auswirkungen dieser Krise für alle Ressorts in Höhe von ca. 7,4 Milliarden Euro veranschlagt.

Mit dem Einzelplan 14 für das Jahr 2021 wird ein wichtiger Beitrag dafür geleistet, dass den Menschen in Bayern vom Land weiterhin die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Regierungsentwurf hat ein Gesamtvolumen von rund 830 Millionen Euro, das sind fast 19 % mehr als im letzten Haushalt. Der Personalhaushalt hat eine Mehrung von 389 Stellen auf jetzt 1.344 Stellen erfahren, davon allein 45 Arztstellen. Damit wird auch die Handlungsfähigkeit der Gesundheitsbehörden vor Ort gestärkt.

Einige kurze Anmerkungen zum Sachhaushalt. Die Verbesserung der gesundheitlichen Situation im ländlichen Raum ist uns nach wie vor sehr wichtig. Ich erwähne stichpunktartig nur die Fortführung des Förderprogramms zur Steigerung der medizinischen Qualität in bayerischen Heilbädern und Kurorten, das Stipendienprogramm für Medizinstudenten, die Landarztprämie, die weiter erhöht wird, sowie ein neues Förderprogramm zur Unterstützung eines ausgeweiteten kommunalen Engagements in Höhe von 1,2 Millionen Euro. Die seit dem Jahr 2015 erfolgreich laufenden Gesundheitsregionen plus werden weiter fortgesetzt und gestärkt. Es sind fünf neue Gesundheitsregionen vorgesehen. Aktuell sind es jetzt 56. Insgesamt stehen im ländlichen Raum damit 16,5 Millionen Euro zur Verfügung, das ist ein Plus von 2,4 Millionen Euro.

Die Themen "Hebammen" und "Defizitausgleich der Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe" liegen uns ebenfalls sehr am Herzen. Deshalb haben wir dafür weitere 8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für die Digitalisierung der Krankenhäuser und

der Pflege sowie für Telematikanwendungen wenden wir insgesamt etwas mehr als 15 Millionen Euro auf.

Das Thema Pflege bleibt für uns weiterhin eine enorme gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung. Wir wollen mit einer Kampagne junge Menschen für diesen Beruf begeistern. Dabei geht es nicht nur ums Geld, sondern hier spielt auch die Wertschätzung eine ganz besonders große Rolle. Die Umsetzung des Pflegeberufegesetzes ist mit 72 Millionen Euro in diesem Haushalt ebenso verankert wie das Landespflegegeld mit rund 414 Millionen Euro. Die Finanzierung der Geschäftsstelle der Vereinigung der Pflegenden wird mit 1,8 Millionen Euro und das Investitionsprogramm für den Neu- und Ausbau der Altenheime mit 44 Millionen Euro sowie mit Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 20 Millionen Euro finanziert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ein selbstbestimmtes Leben kann jederzeit schnell enden, wenn eine entsprechende Situation eintritt. Deshalb sind für uns die Familienpflege und alle Angebote in diesem Bereich sehr wichtig. Dafür haben wir im Haushalt 6,7 Millionen Euro aufgewandt. Zur Förderung von Einzelprojekten, Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungen im Bereich der Pflege haben wir noch einmal 4,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für die Kurzzeitpflege und die Bayerische Demenzstrategie wenden wir 11,3 Millionen Euro auf.

Im Mittelpunkt all dieser Bemühungen steht der Mensch. Die Pflege und die Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind ein Gebot der Menschlichkeit. Deshalb sind für uns die Bereiche Palliativmedizin und Geriatrie wichtig. Dazu gab es auch einen entsprechenden Antrag im Vorfeld der Beratungen.

Im Haushalt 2021 werden auch eine ganze Reihe von Projekten und Maßnahmen zur Prävention und zum Gesundheitsschutz unterstützt. Diese reichen von Aids-Programmen über den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Sucht- und Drogentherapie bis zum Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz sowie eine Reihe von anderen Themen. Dafür sind im Haushalt rund 31 Millionen Euro verankert.

Gerade in dieser schwierigen Zeit zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten medizinischen Personals einschließlich privater Gesundheits- und Pflegeanbieter sowie sozialer Wohlfahrtsverbände. All diesen für das Funktionieren unseres Gesundheitssystems und unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei an dieser Stelle vielmals und herzlich gedankt.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke abschließend auch den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung, dem Herrn Ministerpräsidenten, dem neuen Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek und dem Amtschef Dr. Brechmann, stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen der Opposition für die stets konstruktiven und kritischen Beratungen, vor allem auch den Ausschussvorsitzenden Bernhard Seidenath und Josef Zellmeier für die fachliche und finanzielle Unterstützung.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist nun Frau Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Digitalisierung" ist wohl das Unwort des Jahres, zumindest bei der Staatsregierung. Seit Jahren gewinnt man den Eindruck, dass Sie sich beim Thema Digitalisierung wegducken. Digitalisierung ist kein Fluch. Digitalisierung kann und muss man gestalten, um nicht in Ausnahmesituationen wie jetzt nahezu handlungsunfähig zu sein.

Der Einzug der Digitalisierung im Gesundheitswesen birgt für alle Beteiligten unheimliche Chancen und Vorteile: Optimierung der Patientenversorgung, Verbesserung der

Diagnose, Therapie- und Nachsorgeangebote. Gleiches gilt für die Prävention. Kurzum: Neue Technologien können Effizienz und Qualität steigern und gleichzeitig auch noch Kosten senken.

Die von uns vorgeschlagenen zusätzlichen Mittel von 7 Millionen Euro hätten der Förderung der Investitionen im Bereich Digitalisierung und Telemedizin in Kliniken gedient. Auch hätten wir damit das Projekt "Virtuelles Krankenhaus" in Bayern vorantreiben können. Im öffentlichen Gesundheitsdienst haben wir in den letzten Jahren den Mangel an Digitalisierung am schmerzlichsten gespürt. Es ist bis heute nicht gelungen, einheitliche Schnittstellen und Systeme zu schaffen sowie entsprechende Standards durchgehend einzuhalten. Ich möchte hier nochmals an SORMAS erinnern.

Mehr Geld bräuchte es auch zur Stärkung der Gesundheitsämter vor Ort, die das Fundament des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind. Hier fällt ein Großteil der Arbeit an. Hier braucht es kein Brennglas mehr, hier brennt es längst. Unsere Gesundheitsämter brauchen jetzt – und zwar wirklich jetzt – eine personelle Aufstockung im ärztlichen Bereich, aber auch im nichtärztlichen Bereich.

Zudem knausern Sie auch noch bei der sektorenübergreifenden Versorgung, obwohl jeder sehen kann, dass in Bayern die medizinische Versorgung bereits jetzt an ihre Grenzen stößt. Die Zusammenarbeit von Hausärzten, Fachärzten, Krankenhäusern, Pflegediensten, Apotheken und anderen Leistungserbringern im Gesundheitswesen muss dringend verbessert werden. Wir brauchen endlich ein System, das wie eine Zahnradbahn funktioniert. Verpassen Sie hier nicht auch noch die Zeichen der Zeit. Gleiches gilt für die Ausstattung mobiler Praxisteams zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land. Auch hier brennt es gewaltig angesichts Fachkräftemangels, alternder Bevölkerung und wegbrechender Versorgungsstrukturen. Um uns für die Zukunft aufzustellen, müssen wir auf neue, innovative Konzepte setzen.

Bei uns GRÜNEN steht neben der ärztlichen Versorgung auch der nichtärztliche Bereich im Fokus. Dazu gehören auch die Hebammen. Es fällt uns wirklich schwer nach-

zuvollziehen, warum Sie der Erweiterung des Hebammenbonus und der Niederlassungsprämie nicht zugestimmt haben. Die Niederlassungsprämie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollte nicht nur für Berufseinsteigerinnen, sollten explizit auch für Rückkehrerinnen gelten, egal ob sie nach der Elternzeit wieder freiberuflich tätig sind oder nach Jahren wieder in ihren alten Beruf zurückkehren; denn auch sie brauchen wir ganz dringend.

Zum Stichwort Green Hospital: Mit Verlaub, wie Ernst ist es Ihnen mit der Erreichung der Klimaziele? Bedenkt man, dass ein altes Krankenhaus durchschnittlich so viel Energie wie eine Kleinstadt verbraucht und jährlich 600 Millionen Euro an Energie verschwendet, wäre eine Aufstockung um 30 Millionen Euro drin gewesen. Warum stocken Sie das Förderprogramm für etwas, das für Sie einst Ihr Leuchtturmprojekt gewesen ist, nicht einfach wieder auf? Wir GRÜNEN wünschen uns von der Staatsregierung mehr Entschlossenheit, mehr Mut und mehr Weitblick, um das Gesundheitssystem neu zu denken. Genügend Vorschläge haben wir Ihnen dazu geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin, Frau Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER, kann sich auf den Weg machen. Bitte schön, Frau Enders, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Gesundheitsfürsorge für die Menschen im Freistaat ist uns einiges wert. Das Haushaltsjahr 2021 sieht für unseren Freistaat ein Ausgabevolumen in Höhe von insgesamt 831 Millionen Euro vor, einschließlich Nachschublisten. Das heißt, dass die Ausgaben gegenüber dem Nachtragshaushalt 2020 in Höhe von 675,3 Millionen Euro um circa 23 % angestiegen sind. Das hat einen wichtigen Grund; denn die Corona-Pandemie fordert uns, menschlich, politisch und auch finanziell. Allein 1,2 Millionen Euro geben wir aktuell für unsere Kliniken aus. Weil wir Bayern so gut wie nur möglich durch diese Zeit bringen und in Zukunft besser aufgestellt wissen

wollen, schaffen wir im Gesundheitssektor 512 neue Stellen. Ein Großteil dieser Stellen betrifft das Gesundheitsministerium, das LGL und die Gesundheitsämter vor Ort. Das ist dringend notwendig und aufgrund der Corona-Pandemie dringend erforderlich.

Besonders wichtig ist, dass für die Ausbildungsvergütung der Pflegeberufe eine Zuweisung an den Ausgleichsfonds nach dem Pflegeberufegesetz erfolgt. Hierbei geht es um eine Erhöhung von 39,7 Millionen Euro. Persönlich möchte ich vor allem das bayerische Programm "PflegesoNah" betonen. Dieses Projekt bekommt mit 1,8 Millionen Euro weiter dringend nötiges Budget. Dieses Projekt kann aus meiner Sicht gar nicht genug Finanzmittel bekommen; denn "PflegesoNah" ist ein Meilenstein, der die pflegerische Infrastruktur in der Breite und vor allem auch in den Kommunen stärkt.

Mit der Finanzerweiterung wollen wir ferner die Versorgungsstrukturen stärken. Für uns als Regierungsfraktion ist klar, dass in Zukunft vor allem die demografischen Herausforderungen nicht weniger werden. Kurzzeitpflege, ambulante Wohngemeinschaften, Begegnungsstätten und viele weitere Projekte sind uns sehr wichtig. Dem Wunsch vieler Menschen, im gewohnten Lebensumfeld alt zu werden, wollen wir so Nachdruck verleihen. Wir müssen weiter die Rahmenbedingungen schaffen. Im Vordergrund steht dabei die Freiheit des Einzelnen, selbst zu entscheiden, wie er im Alter leben möchte: ob er in den eigenen vier Wänden alt werden möchte, die Unterstützung eines Pflegedienstes in Anspruch nehmen oder in einer Wohngruppe oder einem Pflegeheim leben möchte.

Für uns FREIE WÄHLER ist es des Weiteren wichtig, dass die medizinische Versorgung verbessert wird. Der zunehmende Mangel an Hausärzten, vor allem in ländlichen Regionen, macht innovative Versorgungsprojekte erforderlich. Im Rahmen des Projektes "Versorgungsassistent/in in der Hausarztpraxis" – abgekürzt VERAH – können sich medizinische Fachangestellte weiterqualifizieren, als Versorgungsassistent/in Hausbesuche übernehmen und den Hausarzt bei der wichtigen Versorgung, vor allem auch älterer und multimorbider Patienten, unterstützen. Das wollen wir weiter klar – natürlich auch finanziell – fördern.

Besonders am Herzen liegen uns die pflegenden Angehörigen. Sie sind eine wichtige Säule zur Bewältigung des demografischen Wandels. Sie sind aber auch einer enormen psychischen und physischen Belastung ausgesetzt. Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen im Bedarfsfall auf verlässliche und bezahlbare Unterstützungsleistungen sowie Pflegeeinrichtungen im gewohnten Lebensumfeld zurückgreifen können. Hierbei ist die Vernetzung auf kommunaler Ebene besonders bedeutsam. Ich könnte hier noch viele zahlreiche Projekte aufführen. Sie haben es bemerkt: Ich habe mir die kleinen Brocken herausgegriffen. Aber auch diese sind wichtig.

Sie sehen, dass Gesundheit und Pflege Lebensbereiche sind, die es gerade jetzt finanziell mehr als genug zu unterstützen gilt. Ein stabiler Haushalt und Sicherheit sind unerlässlich. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Einzelplan 14.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Magerl von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für Gesundheit und Pflege verfügt über ein Gesamtvolumen von um die 800 Millionen Euro. Die Milliardenkosten für die Corona-Pandemie laufen aber nicht mit hinein.

50 % der Kosten werden für das Landespflegegeld veranschlagt, also für das Wahlgeschenk 2018, um genau zu sein. Verstehen Sie mich nicht falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich gönne jedem Pflegebedürftigen in Bayern das Taschengeld. Indirekt ist es auch eine Wertschätzung der Lebensleistung der Menschen, sofern sie es denn zu Lebzeiten noch bekommen. Hier gab es ja reichlich Probleme mit der Antragsabarbeitung. Das haben wir an der Flut an Petitionen im Ausschuss gesehen.

Aber wenn ich mir vorstelle, was mit dem Geld alles bewegt werden könnte: keine defizitären Krankenhäuser in Bayern, Pflegekräfte, die auch finanziell wertgeschätzt wer-

den, menschenwürdige Pflege mit guter Personalausstattung in Heimen, aktive Entlastung der pflegenden Angehörigen, ein gutes Netz an haushaltsnahen Dienstleistungen usw. Ich glaube, das Geld wäre an manch anderer Stelle in Bayern besser aufgehoben, vielleicht endlich einmal für eine ganzheitlich gedachte Gesundheitsversorgung in Bayern statt für das übliche Stückwerk der Staatsregierung.

Auch in den vielen Änderungsanträgen zum Haushalt zeigt sich vor allem eines: Stückwerk. 50.000 Euro für pflegende Angehörige da, ein bisschen Bürgerbeteiligung dort. Manches Mal kann man sich überall im Haushalt des Eindrucks nicht erwehren, dass man dort einem Kommunalpolitiker etwas Gutes tun, da irgendeinen Kritiker beruhigen und dort so tun will, als hätte man ein Problem erkannt. Aber das ist nicht die Aufgabe der Politik. Die Aufgabe der Politik ist es, Konzepte und Kompromisse für alle Bürger zu finden, nicht nur für CSU-regierte Gemeinden. Dazu muss man sich schon fragen, ob nicht auch einmal ein Nein gegenüber Berlin helfen würde. Die Generalistik sehen viele kritisch.

Auch im Haushalt tun einem die Augen weh, wenn man 72 Millionen Euro in den Ausgleichsfonds fließen sieht. Wenn man von 200.000 Pflegekräften in Bayern ausgeht, wäre das allein ein Bonus von 360 Euro für jeden.

Aber Gesundheit ist immer mehr als nur Pflegekräfte. Das dürfen wir nicht vergessen. Heil- und Hilfsmittelerbringer, Reinigungskräfte, Hauswirtschafter, Medizintechniker usw. – alle wollen von irgendetwas leben, und alle sind absolut unabkömmlich für ein funktionierendes System. Gerade der Sparzwang bei Reinigungskräften in Kliniken steht immer wieder im Verdacht, multiresistente Erreger zu begünstigen.

Funktionierende Konzepte dagegen sehe ich bei der Staatsregierung nicht wirklich. Bei unseren Anträgen zu multiresistenten Erregern waren wir im Ausschuss schon überrascht, wenn man einmal vom hohen Ross abstieg und sich darüber unterhielt.

Beim Thema hohes Ross muss auch das Thema Corona kommen. Es gibt unzählige Maßnahmen, die so differenziert sind, dass kein Mensch sie mehr versteht. Zudem

kann auch niemand mehr evaluieren, was hilft und was nicht. War es die Ausgangssperre oder der geschlossene Buchladen, die Maskenpflicht oder einfach nur Söders Plenums-Placebo Pressekonferenzen?

Heute wurde nun der Höhepunkt der Inkompetenz erreicht. Nach einem wohl reinigenden Gewitter aus der Wirtschaft heißt das Motto nun: Vorwärts Männer, wir müssen zurück! – Das zeigt das Versagen Ihres sogenannten Krisenmanagements gnadenlos auf. Ihr Vertrauensbonus in der Bevölkerung ist nun wohl endgültig aufgebraucht.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben für den Haushalt eine Aufstockung der Taskforce Infektiologie gefordert, damit wenigstens einer in Bayern Ahnung hat – abgelehnt, logisch. Wieso Politik für das Volk oder zumindest sinnvolle Politik machen, wenn so manche Amigos zunächst damit beschäftigt sind, sich eine goldene Nase zu verdienen, und erst danach versuchen, ihren Laden aufzuräumen? – Wenn ich das viele Geld sehe, sage ich: Da hätte man vielleicht ein paar Euro für bessere Ideen einplanen können.

Es bleibt am Ende nur zu sagen: Der Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege ist sicher aufgeräumter als Ihre Corona-Maßnahmen. Aber wenn man sieht, dass das an manchen Stellen leider wieder nur Schaufensterpolitik und Flickwerk ist, dann muss man sagen: Schade um das viele Geld. Deshalb können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Magerl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Kollege Magerl, Sie haben zwei Stichworte geliefert. Das erste Stichwort war "hohes Ross", das zweite Stichwort war "Schaufensterpolitik". Nachdem Sie jetzt im Schweinsgalopp durch die Corona-Maßnahmen bei

einer Debatte zum Haushalt geritten sind, meine konkrete Frage: Wie viele Änderungsanträge zum Haushalt haben wir denn von der AfD-Fraktion in den Haushaltsberatungen überhaupt beraten?

Roland Magerl (AfD): Ich denke, das müssten Sie besser wissen als wir; denn von Ihrer Seite gibt es eigentlich nichts – –

(Zuruf: Vier!)

– Genau. – Was erwarten Sie, wenn jeder Antrag, egal – –

(Zuruf)

– Reden jetzt Sie, oder rede ich? – Jeder Antrag, der eingereicht wird, wird mit Arroganz abgeschmettert und nicht einmal durchgelesen. Das haben wir erst letzte Woche bei dem Gesetzentwurf gesehen. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

(Zuruf)

– Sie tun mir leid.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich bitte um einen Zwischenapplaus für unsere Offiziantinnen und Offizianten,

(Allgemeiner Beifall)

die oft schnell reagieren müssen, wenn die Redner wechseln.

Als nächste Rednerin spricht nun die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Gesundheitsminister hat kürzlich einen Reformplan für die Pflege vorgelegt, mit dem er an einigen Stellen zwar vielleicht hinter Spahn zurückbleibt und manches benennt, was es schon längst gibt. Aber es ist auch der eine oder andere

bemerkenswerte Sinneswandel mit drin. Das können wir leider nur an anderer Stelle besprechen, weil es nicht nur das betrifft, was uns hier in Bayern angeht. Aber darauf kommt es jetzt nun einmal an.

Wir können festhalten: Den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen ist am besten durch substanzielle finanzielle Entlastungen in Bayern und auch in der Zuständigkeit des Freistaats Bayern geholfen. Deswegen haben wir unsere Vorschläge, unser Antragspaket bewusst als Investitionsprogramm definiert, Investitionen in die gesundheitliche und soziale Infrastruktur.

Viele Themen haben nicht nur mit Corona zu tun. Aber jetzt in der Krise ist für alle die Bedeutung der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur für unsere gemeinsame Zukunft sichtbar geworden. Deswegen sind das auch keine konsumtiven Ausgaben, sondern das ist ein Investitionsprogramm. Es ist uns sehr wichtig, das so zu definieren.

Wir sehen drei Grundlagen: Erstens geht es um Investitionen in die Pflege, zweitens um Investitionen in die Krankenhäuser und drittens in den öffentlichen Gesundheitsdienst. Das sind die dringendsten Aufgaben, die wir heute herausgreifen wollen.

In die Zuständigkeit des Freistaats fällt insbesondere die Investitionskostenförderung, konkret: die Übernahme bzw. Wiederaufnahme von Investitionskosten für Neu- und Umbauten sowie für Modernisierungen in der Altenpflege. Seit dem Doppelhaushalt 2003/2004 bis zum Nachtragshaushalt 2020 gab es nahezu keine staatliche Förderung für notwendige Sanierungsmaßnahmen, abgesehen von zinsverbilligten Kapitaldarlehen.

Der Rückzug aus der Förderung hatte zur Folge, dass die Pflegesätze nach entsprechenden Baumaßnahmen für die Bewohnerinnen und Bewohner entsprechend angestiegen sind, und zwar deutlich. Derzeit muss man in Bayern im Durchschnitt 2.018 Euro im Monat an Eigenbeteiligung aufbringen. Das ist deutlich höher als der Bundesdurchschnitt. Auch wenn wir natürlich viel Wert auf den Ausbau der ambulan-

ten Versorgung legen, wird es auch immer einen hohen Bedarf bei den schwer Pflegebedürftigen in den Heimen geben.Es hat sich ein Investitionsstau gebildet. Wir fordern deshalb Jahr für Jahr immer wieder, der Verantwortung nachzukommen. In der Folge haben sich Kommunen zum Teil aus der Investitionskostenförderung für die ambulanten Pflegedienste zurückgezogen.

Den Pflegeeinrichtungen in Bayern entgehen jetzt in der Corona-Krise pandemiebedingt Vergütungen für Investitionen in Höhe von 80 Millionen Euro. Das ist einfach die Grundlage, die sie brauchen, besonders übrigens auch die gemeinnützigen Träger, die ja keine großen Rücklagen haben. Sie brauchen diese Grundlage, um unsere Versorgung aufrechterhalten zu können. Wir fordern deswegen auch hier eine speziell pandemiebedingte Aufstockung.

Wir wollen weitere Investitionen in die Pflegestützpunkte, in die Praxis der Pflegeausbildung und – ganz wichtig – auch in das Programm "PflegesoNah". In diesem Programm geht es darum, endlich ambulante und stationäre Versorgung zusammenzuführen. Viele pflegende Angehörige haben darauf sehnlich gewartet. Sie wissen, dass die pflegenden Angehörigen der größte und wichtigste Pflegedienst sind. Sie sind oft überfordert, verzweifelt und können nicht mehr. Ein Programm wie "PflegesoNah" ist da tatsächlich total wichtig. – Gut, dass wir es haben! Man muss es dann halt aber auch gescheit finanziell ausstatten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ist es so, dass die Gelder dafür bereits im März des vergangenen Haushaltsjahres aufgebraucht waren. Gerade mal 25 Anträge konnten positiv beschieden werden, 70 Anträge mussten, obwohl sehr gute Konzepte, die alle auch den Anforderungen genügt hatten, abgelehnt werden.

Die im Haushalt jetzt vorgesehene Aufstockung reicht also bei Weitem nicht aus. Es soll nur eine Aufstockung um 3,6 Millionen Euro geben. Wir würden knapp 130 Millionen Euro brauchen. Sie können daran die Dimension sehen.

Noch mal: Ohne die pflegenden Angehörigen geht es nicht. Ohne sie können wir in Bayern keine pflegerische Versorgung aufrechterhalten. Deswegen ist uns das ein so zentrales Anliegen.

Es geht uns aber auch um andere konkrete Investitionen in den Krankenhäusern. Auch dort ist es so: Was an Investitionskosten nicht gefördert wird, muss aus Eigenmitteln übernommen werden und kommt zum Teil aus den Behandlungspauschalen, also aus Mitteln, die eigentlich nicht dafür gedacht sind. Deswegen ist es so wichtig, dass der Freistaat seine hauptfinanzielle Verantwortung hier auch in der geforderten Höhe wahrnimmt.

Was die Investitionen in die soziale Infrastruktur angeht: Wir haben das Versprechen von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum bis 2023 nicht vergessen. Ganz speziell zur Barrierefreiheit in den Krankenhäusern hatten wir eine große Anhörung, in der uns konkret aufgezeigt worden ist, welche Maßnahmen wir tatsächlich brauchen. Wir haben hierzu einige Vorschläge für den Haushalt eingebracht.

Von den Betroffenen war nicht noch ein Runder Tisch gefordert worden. Wir haben die Problemanzeige. Jetzt geht es darum, tatsächlich umzusetzen und tatsächlich brauchbare Maßnahmen vorzulegen.

Das gilt auch für die Konversion von Komplexeinrichtungen. Man muss moderne und zeitgemäße Wohnformen tatsächlich so fördern, wie Sie es versprochen haben. Sie müssten sie eigentlich mit 20 Millionen Euro im Jahr fördern. So haben Sie das kurz vor der letzten Landtagswahl versprochen. Leider sind dafür im Haushalt wieder nur 10 Millionen Euro drin. Wir werden Ihnen da weiter auf die Finger sehen und dafür sorgen, dass Sie diese Versprechungen auch tatsächlich einlösen.

Das gilt auch für die Investitionen in den öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir werden sehr peinlich darauf achten, dass die zusätzlichen Stellen für den öffentlichen Gesundheitsdienst, die auch aus dem Bund-Länder-Pakt kommen, dort angesiedelt werden, wo sie wirklich gebraucht werden. Man soll hier nicht am Ende einen Wasserkopf fi-

nanzieren, von dem wir dann nicht wirklich was haben. Alle haben gemerkt, wie dringend wir den öffentlichen Gesundheitsdienst brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Und täglich grüßt das Murmeltier!" Liebe FREIE WÄHLER, liebe CSU, wenn Sie aus dieser Zeitschleife endlich herauskommen wollen, dann müssen Sie zum Beispiel die Abschaffung der Patienten- und Pflegebeauftragten auf den Weg bringen. Die Wirksamkeit der Beauftragten der Staatsregierung ist bisher kaum belegt. Die Kosten belaufen sich mittlerweile auf fast 2,5 Millionen Euro. Zudem wird mit den Beauftragten die vorgeschriebene Trennung zwischen Legislative und Exekutive untergraben.

(Beifall bei der FDP)

Es kommt zu Interessenkonflikten und gefährdet die Unabhängigkeit als Abgeordnete. Während die FREIEN WÄHLER – hören Sie bitte gut zu – die Beauftragten 2018 noch als Staatssekretäre light und Abhängige von Söders Gnaden bezeichnet hatten, sind sie mittlerweile selbst – zum Beispiel Herr Prof. Dr. Bauer als Patienten- und Pflegebeauftragter – in diesen Posten unterwegs. Wirkliche Akzente lassen auf sich warten.

(Beifall bei der FDP)

Weitere teure Symbolpolitik – hier sind wir wieder in der Zeitschleife, die verlassen werden sollte –, die kein Problem löst, betreiben Sie durch das Landespflegegeld. Das Landespflegegeld – einjährig 2.000 Euro bei Pflegegrad 2 – wird bedarfsunabhängig ausbezahlt. Sie können sich vielleicht vorstellen, was man mit diesem vielen Geld machen könnte. Wenn wir dieses Geld sinnvoll verwenden wollten, dann müsste es be-

darfsabhängig ausgegeben werden. Ich denke da zum Beispiel an das von Frau Waldmann angesprochene Thema "PflegesoNah". Dazu aber später.

Beklatschen und Danken ist zu wenig. Deswegen möchte ich Ihnen hier exemplarisch noch mal den einen oder anderen Antrag von uns nahebringen.

Zur "Anpassung des Förderschlüssels für Fachstellen für pflegende Angehörige": Alle Investitionen, die ich jetzt aufzähle, sind Investitionen in die Pflege. Wir wollen hier für das Jahr 2021 eine Erhöhung um 502.000 Euro erzielen. Wir brauchen in Bayern eine breit aufgestellte, flächendeckende Beratungsstruktur, um pflegenden Angehörigen bestmögliche individuelle Beratung zu ermöglichen.

Pflegende Angehörige übernehmen immer noch – zukünftig wird das hoffentlich auch so bleiben – den größten Anteil der Pflege und dürfen mit ihren Sorgen nicht alleingelassen werden; man denke hier an die Corona-Krise. Hier erreichen uns – ich denke, alle von Ihnen – regelmäßig E-Mails. Die pflegenden Angehörigen brauchen vor allem im Dschungel der Leistungen Hilfe, um die richtigen Entlastungsleistungen und -ansprüche zu erhalten. Die Förderung muss angepasst werden, da die Anzahl der Pflegebedürftigen in Bayern leider regelmäßig steigt. Der Gesetzgeber hat mehr und vielfältigere Angebote auf den Weg gebracht; damit ist auch der Beratungsbedarf gestiegen.

Thema Demenzfonds: Meiner Meinung nach ist die Zeit für Studien, Gutachten, Forschungsaufträge, Werbung usw. schon längst abgelaufen. Wir müssen in die Pötte kommen und diese Themen umsetzen. Wir wollen den Demenzfonds deshalb streichen und stattdessen einen Demenz- und Innovationsfonds auflegen. Das Ziel dieses Fonds muss anders ausgerichtet sein. Wir stellen uns hier in Bayern zum Beispiel Pilotprojekte, wie etwa Demenzdörfer, vor.

Bei "PflegesoNah" zielt ein gemeinsamer Antrag von SPD und FDP darauf ab, private, sonstige, öffentliche Unternehmen gemeinsam zu fördern. Hier geht es um die Verbesserung der Versorgungsstrukturen, der Pflegeinfrastruktur und der Pflegeforschung.

Mit dem Förderprogramm "PflegesoNah" soll die pflegerische Versorgung im sozialen Nahraum verbessert werden. Die Förderung der Investitionskosten soll zu einem höheren Anteil an Kurz-, Tages- und Nachtpflegeplätzen, Dauerpflegeplätzen sowie ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Begegnungsstätten führen; die Ausweitung wird dringend benötigt.

Dieses Förderprogramm ist wirklich ein Erfolgsprogramm. Frau Enders, die Erhöhung des Ansatzes durch die Regierungskoalition um 9 % – das sind 1,8 Millionen Euro – ist ein Witz. Wir benötigen circa 127 Millionen Euro. Alles andere lässt die Antragsteller mit unbewilligten und nicht anerkannten Anträgen zurück. Wir brauchen in diesem Zusammenhang finanzielle Hilfen für eine moderne und innovative Pflege- und Wohnform. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Brendel-Fischer. – Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Dr. Spitzer, Sie haben Ihre Wahrnehmung zu den Beauftragten der Staatsregierung hier kurz erläutert. Als Integrationsbeauftragte möchte ich erwidern, dass ich von Ihrer Seite bisher noch kein Interesse an meiner Arbeit verspürt habe. Vielleicht wäre es mal ganz gut, sich mit den Kolleginnen und Kollegen konkret auseinanderzusetzen, sie vielleicht auch mal in deren Alltag zu begleiten. Dann könnten Sie sich ein echtes Bild von der Realität machen, anstatt etwas zu erzählen, worüber Sie überhaupt nicht Bescheid wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zurufe: Oh!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Mein Schwerpunkt liegt auf Gesundheit und Pflege; das ist mein Thema. Dieses Thema ist riesig. Wir haben eine Pandemie ungeahnten Ausmaßes zu bewältigen; da kommen Sie mit Ihrem Thema, das sicherlich auch wichtig

ist. Seien Sie mir nicht böse: Ich habe aktuell andere Themen zu bearbeiten, ich habe andere Themen, um die ich mich kümmern muss. Ich gebe das aber gerne in meiner Fraktion weiter, damit auch Ihr Bereich von unserer Seite vielleicht mehr Anerkennung erfährt.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt keine Möglichkeit zur Nachfrage. Herr Dr. Spitzer, Sie sind fertig. Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona zeigt es uns eindringlich: Gesundheit ist das Wichtigste, privat wie politisch. Gesundheit ist das Fundament für alle weiteren Politikfelder. Hinzu kommt die Pflege als die größte humanitäre Herausforderung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte – ein elementares Themenfeld; denn an unserem Umgang mit den Schwächsten und den Pflegebedürftigen in der Gesellschaft zeigt sich die Menschlichkeit unserer Gesellschaft. Deshalb ist jeder Cent der 830,6 Millionen Euro, die für 2021 im Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege stehen, gut angelegt. Die Ausgaben steigen gegenüber dem Nachtragshaushalt 2020 um 155 Millionen Euro oder 23 % an. Hinzu kommen 512 neue Stellen für den Gesundheitsbereich. – Sehr geehrte Frau Haubrich, das haben Sie wahrscheinlich übersehen, aber der Öffentliche Gesundheitsdienst wird damit massiv gestärkt; es tut sich viel. Das wollte ich an Ihre Adresse noch mal kurz gesagt haben.

Die 830 Millionen Euro und die neuen Stellen sind ein weiterer großer Schritt auf dem Weg in Richtung unseres gemeinsamen Ziels, eine flächendeckende Versorgung passgenau mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen, Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, von Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen sicherzustellen.

Diese 830 Millionen Euro sind aber beileibe noch nicht alle Ausgaben für die Gesundheit; hinzu kommen noch die Ausgaben – Kollege Kühn hat es gesagt – für die Krankenhäuser: 643 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt; die Mittel aus dem Krankenhauszukunftsfonds kommen dann noch dazu. Wir haben daneben noch die Kosten für die Ausbildungen der Leistungserbringer in Berufsfachschulen und Universitäten, etwa für Ärzte, Apotheker oder Heilmittelerbringer, in den Haushalten von Kultus- und Wissenschaftsministerium. Dieser Milliardenbetrag ist eine tolle Visitenkarte für das gesunde und menschliche Bayern und ein guter Kapitalstock, um die Themen voranzubringen, die die Menschen in unserem Land bewegen wie kaum andere; denn Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

Die weitere effektive Bekämpfung der Corona-Pandemie ist das zentrale Thema unserer Zeit. Aber es bleiben auch die Dauerthemen. Sie sind durch Corona noch einmal deutlich zutage getreten: Das ist der Kampf gegen den Fachkräftemangel. Bei den Ärzten setzen wir einen Schwerpunkt mit der Amtsarztquote, bei der der erste Jahrgang jetzt im Wintersemester startet, bei den Pflegekräften mit einer Imagekampagne für die Pflege, bei den Hebammen mit zusätzlichen Studienplätzen für die Hebammen und auch bei den Heilmittelerbringern. Wir entlasten pflegende Angehörige, indem wir mehr Geld für die Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen ausgeben. Hier muss investiert werden. Bei den Altenpflegeeinrichtungen – das ist der Antrag, zu dem die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat – wird gerade viel auf Bundesebene diskutiert zur Pflegestrukturreform. Das ist auch gut so. Sie können doch nicht einfach so, wie Sie es hier gemacht haben, mal 20 Millionen Euro raushauen, ohne zu sagen, wofür. Da muss man ein Ziel haben, man braucht doch einen Plan. Der wird gerade diskutiert. Ob wir die Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen bei den Investitionskosten im ersten Jahr mit 100 Euro pro Monat entlasten, im zweiten Jahr mit 200 Euro, das muss ausgerechnet werden. Dann wird ein Schuh daraus. Es geht nicht so pauschal, wie in Ihrem Antrag, "Wir hauen da mal 20 Millionen Euro raus".

Wir fördern die Digitalisierung, wir stärken die Reha-Einrichtungen mit der Anbindung auch an die Telematik-Infrastruktur. Wir fördern eine Post-COVID-Rehabilitation. Wir legen ein bayerisches Modellprojekt – für mich ganz wichtig – zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Chronischen Fatigue-Syndrom auf. Das ist eine bisher vergessene Krankheit. Das ist ganz wichtig. Wir setzen einen Schwerpunkt auf Prävention und auf die Stärkung von Gesundheit. So bewilligen wir für den Aufbau und den Betrieb der Defibrillatoren-Datenbank weitere 400.000 Euro. Defibrillatoren können bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen Leben retten. Wir wollen, dass man sie im Fall des Falles auch findet.

Unsere Gesundheitsregionen plus und auch unsere Anstrengungen im Bereich der Demenz führen wir fort. Lieber Herr Dr. Spitzer, die Demenzstrategie ist gut. Sie haben vor allem gesagt, wo Sie streichen wollen. Im Bereich der Demenz ist das Geld hervorragend angelegt.

Der Einzelplan 14 ist also ein in den letzten Jahren deutlich gewachsener Einzelplan. Er ist einer der wichtigsten Einzelpläne – eines Fachministeriums, das nun ohnehin pandemiebedingt voll im Fokus steht, auf das sich alles zentriert, eines Ministeriums, das zudem durch den demografischen Wandel immer wichtiger wird und dessen Themen die Menschen besonders bewegen. Deswegen danke ich unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek für sein engagiertes und zupackendes Wirken für die Betroffenen.

(Beifall bei der CSU)

In diesen Dank schließe ich aber auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums an den beiden Standorten München und Nürnberg ein. Jeder einzelne Cent in diesem Haushaltsplan ist gerechtfertigt und gut angelegt. Das sage ich insbesondere an die Adresse der Opposition gerichtet. Wir werden dem Einzelplan 14 aus Überzeugung und mit Freude zustimmen. Ich bitte Sie, genau das auch zu tun. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Seidenath. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen: zunächst eine von Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Herr Kollege, darauf muss ich schon mal eingehen. Es kann nun keine Rede davon sein, dass wir einfach 20 Millionen Euro raushauen, die man sich irgendwo ausgedacht hat, sondern es geht hier um Investitionskosten für Ersatzneubau, für Sanierung, für Modernisierung. Es hat sich über die Jahre ein Investitionsstau ergeben. Das sind Kosten, die zum Teil schon entstanden und aufgelaufen sind. Wenn der Freistaat sie nicht übernimmt, dann werden sie am Ende auf die Bewohnerinnen und Bewohner, auf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen umgelegt. Das wollen wir vermeiden. Deswegen diese 20 Millionen Euro. Das ist nicht irgendwelches Geld, das rausgehauen wird, sondern es geht um dringend benötigte Investitionen.

Bernhard Seidenath (CSU): Frau Kollegin, die Pflegebedürftigen werden schon jetzt zu den Investitionen herangezogen. Der Pflegesatz setzt sich zusammen aus den Pflegekosten und aus den Unterkunfts- und Verpflegungskosten – die müssen sowieso bezahlt werden, das ist ganz klar; die Pflegekosten wollen wir auf 700 Euro deckeln –, und dann ist da noch der große Bereich der Investitionskosten. Auf Bundesebene wird gerade darüber nachgedacht – darüber können Sie mal mit den Kollegen in Berlin sprechen –, wie wir den am besten gestalten. Ich habe gerade gemeint, 100 Euro pro Monat für den Pflegebedürftigen sind ein guter Ansatz, wo der Freistaat Bayern oder die Länder insgesamt – das muss ja dann bundesweit geregelt werden – einsteigen könnten. Das ist alles noch im Fluss. Deswegen ist dieser Antrag einfach verfrüht. Er ist ziellos, er ist planlos. Er muss ein Konzept voraussetzen, das Sie bisher nicht kennen, das gerade erarbeitet wird. Deswegen müssen wir diesen Änderungsantrag wie schon im Haushaltsausschuss leider ablehnen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer zweiten Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion gemeldet.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, ich möchte den Punkt bezüglich des Demenzfonds klarstellen. Auf der einen Seite haben Sie recht: Wir streichen 500.000 Euro. Auf der anderen Seite fordern wir aber einen Innovations- und Demenzfonds für 5 Millionen Euro.Daher bitte ich Sie, ehrlich zu kommunizieren, dass wir zwar den einen Bereich streichen, dafür einen anderen aber deutlich aufstocken wollen.

Etwas enttäuscht bin ich darüber, dass wir im Gesundheitsausschuss beim Programm "PflegesoNah" zwar an einem Strang gezogen haben, dass jetzt aber nur diese mickrige Zahl – ich möchte nicht sagen Nullnummer – von plus 1,8 Millionen Euro herausgekommen ist, obwohl der Bedarf doch so viel höher ist.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Dr. Spitzer, Sie hätten dann auch unseren Demenzfonds loben können, den wir vor zwei Jahren mit großem Aufwand eingeführt haben, um die gesellschaftliche Teilhabe von Demenzerkrankten zu ermöglichen und zu fördern. Sie sagen, Sie wollen noch etwas aufstocken. Das ist Ihr gutes Recht. Wir müssen aber auch Schwerpunkte im Haushalt setzen. Ich meine, das Geld ist dort gut angelegt, weil Demenz die Menschen so sehr beschäftigt und belastet wie kaum eine andere Krankheit. Es gibt dazu Studien. Die erste Krankheit, die die Menschen am meisten belastet und bewegt, sind der Krebs und bösartige Neubildungen. Die zweite Erkrankung ist die Demenz. Deswegen ist jeder Cent, den wir für die Demenzstrategie ausgeben, gut angelegt. Dazu zählen nicht nur der Demenzfonds, sondern auch die Demenzpreise und die weiteren Ausgaben für die Demenzerkrankten. Deswegen ist dieses Geld wirklich gut angelegt. Schauen Sie es sich an. "PflegesoNah" ist wichtig. Deswegen fördern wir es auch. Der Haushalt insgesamt ist aus einem Guss. Ihm kann sehr gut zugestimmt werden. Bitte tun Sie das jetzt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Seidenath. – Nächster Redner ist der Kollege Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Staatsregierung! Zusammenfassend will ich schon vorweg sagen: Chance vertan! Was hätte denn dieser Haushalt für ein Feuerwerk sein können, lieber Herr Staatsminister? Wie sehnsüchtig haben nicht nur wir, die Opposition, darauf gewartet, dass endlich die Pflegefachkräfte strukturelle Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen bekommen? Dies hätten wir gerade nach den großartigen Ankündigungen von Ihnen, lieber Herr Holetschek, mit denen Sie jede Woche neue Ideen vorgestellt haben, seit Sie Minister sind, erwartet. Bei der konkreten Erfüllung Ihrer Ankündigungen und der Unterfütterung mit Haushaltsmitteln bleiben Sie anscheinend doch in Ihrer Rolle als Staatssekretär und damit auch bei Ihrem Motto vom November: Ja, ist denn ein herzliches Vergelts Gott im Freistaat Bayern nichts mehr wert?

Dabei wäre es gerade jetzt, nachdem die Pflegefachkräfte ein Jahr lang bis zum Umfallen gebuckelt haben, an der Zeit, dass Sie diesen Menschen nicht nur danken, sondern ihnen ganz konkret Hoffnung geben und ihnen eine Zukunft in ihrem Beruf anbieten, der für uns alle und alle Menschen in diesem Freistaat von maximaler Wichtigkeit ist. Warum? – Ich zitiere auch da wieder Sie: Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ausschließlich ein Umsetzungsproblem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie bleiben diesem Umsetzungsproblem auch im Haushalt verhaftet. Statt jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen, ihnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung, gut finanzierte Studienmöglichkeiten, multiprofessionelle Teams, freigestellte Praxisanleiter, Aussicht auf gute Arbeitsbedingungen und Vereinbarkeit von Beruf und dem Leben darum herum anzubieten, stehen Sie, Herr Seidenath, heute hier und erzählen uns, wie wichtig Imagefilme sind. Ich weiß, die Ehrenpflegas haben nicht Sie verbro-

chen, die bayerischen Herzwerker der Vergangenheit waren aber auch nicht besser. Ich bin gespannt auf die neue Kampagne. Nutzen Sie diese Chance.

Definitiv weg sind die riesigen Beträge des Gießkannen-Wahlkampfgeschenks der letzten Landtagswahl. Der Kollege Spitzer hat es schon vorweggenommen: das Landespflegegeld, ein Taschengeld für die einen im Freistaat, ein Tropfen auf den heißen Stein für die anderen. Bewilligt und ausgeschüttet wird es von einem wahnsinnigen Verwaltungswasserkopf. Der effektive Nutzen ist gleich null. Dabei gehört das Geld doch genau in die nachhaltigen Versorgungsmodelle, in die sektorenübergreifenden Initiativen, in die Beratungs- und Unterstützungsangebote. "PflegesoNah" und alles das ist gekommen. Community Health Nursing ist eine Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte. Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem der CSU-Fraktion, was ist aus der Pflegeplatzgarantie, die Markus Söder versprochen hat, geworden?

Abschließend noch ein Punkt, auf den Sie sicher schon gewartet haben, geschätzter Herr Minister. Ich will Sie auch nicht enttäuschen. Die Mittel für die Möchtegern-Selbstverwaltung der Pflegenden in Bayern kann man in meinen und unseren Augen locker einsparen. Wenn Sie der Profession Pflege den Stellenwert geben möchten, den sie verdient, brauchen wir eine echte Pflegeberufekammer. Das ist noch immer das Mittel der Wahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Minister, einen freundschaftlichen Rat geben, der von ganzem Herzen kommt: Lassen Sie die Pflegefachpersonen, die pflegenden Angehörigen und die Pflegebedürftigen bitte nicht so lange warten, bis Sie Ihr Umsetzungsproblem in den Griff bekommen haben und wir GRÜNE dann ab 2023 das Gesundheitsministerium übernommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung der Staatsminister Klaus Holetschek. – Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Andreas Krahl, über die Besetzung des Gesundheitsministeriums entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Ich bin davon überzeugt, dass sie die richtige Wahl treffen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir auch!)

Ich glaube, dass sie das honorieren werden, was wir tun.

Sie haben jetzt gerade einen Bereich angesprochen, der in Zukunft von zentraler Bedeutung sein wird. Gesundheit und Pflege werden das zentrale Thema der Zwanzigerjahre sein; davon bin ich felsenfest überzeugt. Auch wenn Sie das "Vergelts Gott" ein bisschen ins Abseits gestellt haben, will ich trotzdem allen, die auf den Stationen jetzt um Menschenleben kämpfen, die im ärztlichen Dienst tätig sind, die Pflege leisten, die im Ehrenamt tätig sind, danken. All denen will ich an dieser Stelle ein herzliches Vergelts Gott, Danke und großen Respekt zurufen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will auch denjenigen danken, die in unseren Gesundheitsämtern tätig sind, die gerade in diesen Tagen und Zeiten viel leisten und dabei oft ans Limit gehen. Auch denen will ich Danke sagen.

Ich weiß aber auch, dass es mit einem Dankeschön alleine nicht getan ist. Wir brauchen nachhaltige und durchgreifende Verbesserungen in der Pflege. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass uns die Pandemie auch die Chance bietet, jetzt die Situation zu verändern und mutig voranzugehen. Das hat nicht nur damit zu tun, wie wir den Haushalt gestalten. Es hat auch damit zu tun, worüber wir nachdenken, nämlich über den Menschen und nicht über die Finanzierungsmodelle. Es hat auch damit zu tun, wie wir in Zukunft in Berlin fordern, wie die Pflegereform gestaltet werden muss. Es

hat auch damit zu tun, welche Arbeitszeitmodelle wir in der Pflege anstoßen und wie wir die sektorenübergreifende Versorgung fördern. Das geht mir auch noch nicht weit genug, um ehrlich zu sein. Ich akzeptiere es auch nicht mehr, wenn behauptet wird, es scheitert daran, dass das Sozialgesetzbuch und die Finanzierungsmöglichkeiten das nicht hergeben. Das ist nicht mein Verständnis von Pflege. Wir müssen an die Menschen denken und nicht an die Finanzierungsoptionen. Das muss unser Ziel sein, und das muss uns gemeinsam in diesem Haus verbinden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie dürfen davon ausgehen, dass das Thema Pflege auf meiner politischen Agenda ganz oben steht und dass ich alles tun werde, damit wir gemeinsam Verbesserungen in der Pflege erreichen.

Ich will hier auch den Pflege- und Patientenbeauftragten einbeziehen, nachdem vorher etwas despektierlich über die Beauftragten gesprochen worden ist. Prof. Bauer leistet exzellente Arbeit. Das will ich an dieser Stelle ausdrücklich bestätigen und ihn von dieser Stelle aus auch grüßen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über Pflege reden, reden wir auch darüber, dass die Pflege zur Schicksalsfrage der Generationen wird. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir mit der nächsten Pflegereform in Berlin wirkliche Entlastungen und Vereinfachungen schaffen müssen. In diesem undurchsichtigen Dschungel kennt sich doch keiner mehr aus. Wir brauchen klare und flexible Budgets, die man wählen kann. Wir brauchen die medizinische Behandlungspflege, die vollständig übernommen wird. Wir brauchen Entlastungen. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. Lassen Sie uns in einen Wettbewerb um die besten Modelle für die Menschen draußen eintreten. Das biete ich Ihnen an. Wir brauchen die besten Vorschläge für die Menschen in unserem Land. Ich glaube, dass wir in diesem Wettbewerb der Ideen, wie man Pflege in der Zukunft organisiert, gut abschneiden.

Ich will den pflegenden Angehörigen noch einmal deutlich sagen, dass wir auch im Bereich der Kurzzeitpflege neue Plätze brauchen. Wir müssen Prämienmodelle verstärken und entbürokratisieren, wenn es um die Frage geht, wie wir Pflege in der Zukunft gestalten. Über 70 % der Pflegebedürftigen werden von pflegenden Angehörigen gepflegt; das ist immer noch der größte Pflegedienst, den wir haben.

Deswegen werden wir hier weiter Akzente setzen. Das Programm "PflegesoNah" hat schon 1.000 neue stationäre Pflegeplätze generiert. Wir werden auf diesem Weg weitergehen, kreative Ideen fördern und nicht mit Scheuklappen denken. Das Gebot der Stunde ist, einmal über das System hinauszugehen, meine Damen und Herren. Dafür müssen wir an dieser Stelle gemeinsam werben.

Lieber Bernhard Seidenath, ich habe immer sehr geschätzt, dass wir uns gerade im Ausschuss für Gesundheit und Pflege von anderen Ausschüssen abheben. Wir haben uns vereint gesehen und nicht in irgendwelchen kleinlichen parteipolitischen Debatten verloren, sondern haben im Großen und Ganzen für die Menschen draußen in unserem Land gearbeitet. Das sollte auch in Zukunft unser gemeinsamer Ansatz sein.

Wir werden auch das Thema der Krankenhäuser in den Fokus nehmen. Mit 643 Millionen Euro sind wir gut dabei und auf einem Höchststand bei der Krankenhausfinanzierung.

Wir müssen aber einmal überlegen, ob das andere Finanzierungssystem, das DRG-System, stimmt. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass sich dieses Modell der DRGs inzwischen überholt hat, nicht mehr zeitgemäß ist und es anders viel besser gehen könnte. Da müssen wir rangehen und überlegen, ob das heute noch zeitgemäß ist oder zumindest optimiert werden kann, um auch gerade die Krankenhausversorgung im ländlichen Raum besser zu machen. Ich will an dieser Stelle klipp und klar sagen: Die Pandemie stellt die Krankenhäuser vor eine riesige Herausforderung. Wenn die Ausgleichszahlungen in dieser Zeit nicht richtig und so kommen, dass sie den Krankenhäusern helfen, dann werde ich das in Berlin noch einmal sehr deutlich

zum Ausdruck bringen. Es kann nicht sein, dass die Pandemie dazu genutzt wird, um die Finanzierung von Krankenhäusern auf diesem Wege in irgendeine falsche Richtung zu lenken. Das werden wir in Berlin nicht durchgehen lassen. Das sage ich Ihnen klipp und klar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Krankenhäuser müssen in eine Diskussion um eine gute Versorgung in der Region eingebettet sein. Deswegen ist mir auch die Gesundheitsregion^{plus} wichtig. Das ist ein Modell der Zukunft, in dem wir von den Kommunen aus diese Dinge gemeinsam auf die Beine stellen und Pflege, gute Versorgung, Therapeuten und Ärzte zusammenbinden. Wir müssen den Kommunen neue Förderprogramme an die Hand geben, wie wir dies übrigens auch jetzt tun. Wir legen Modelle zu der Frage auf, wie wir Ärzte in den Kommunen halten und sie unterstützen können. Diese Themen bewegen die Menschen draußen. Dafür wollen wir mutig nach vorne gehen.

Die Digitalisierung ist ein ganz zentrales Thema, bei dem wir natürlich das eine oder andere noch besser machen können. Mich ärgert es auch, dass die Software SORMAS immer noch nicht funktioniert, um dies einmal deutlich zu sagen. Ich schreibe zum zweiten Mal an Jens Spahn, weil die Schnittstellen für SORMAS vom Bund herzustellen sind. Jetzt kann man sagen, wir seien mit dabei. Das sind wir auch; deswegen setzen wir uns ein. Deswegen wollen wir auch, dass SORMAS umgesetzt wird. Alle Gesundheitsämter haben das inzwischen implementiert. Wir brauchen aber die Schnittstellen, damit auch das Meldewesen klappt und keine Dubletten kommen.

Wir haben ein großes Programm für die Krankenhäuser mit 1,2 Milliarden Euro für die Digitalisierung. Auch das ist ein großer Aufschlag. Die Digitalisierung wird uns helfen, lieber Kollege Dr. Spitzer. Ich habe vor Kurzem für Care Regio einen Förderbescheid in Kempten übergeben dürfen, wo wir genau dieses Thema umsetzen: Digitalisierung nicht als Ersatz für Pflegekräfte, sondern als Unterstützung und Hilfe. So müssen wir auf diesem Weg weitergehen. Pflege Digital ist an der Hochschule Kempten angesie-

delt. Das ist ein Programm mit 20 Millionen Euro, das auch in der letzten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten enthalten war.

Das sind mutige und große Wege, die wir hier gemeinsam gehen. Das Landesamt für Pflege ist für mich eine ganz wichtige Institution. Ich will dieses Landesamt für Pflege umbauen. Es darf in Zukunft nicht nur eine Behörde sein, die Förderanträge verbescheidet. Es muss ein Thinktank für die Pflege von morgen werden. Es ist zentral und mir ganz wichtig, dass wir uns dort nach vorne bewegen

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

und neue Ideen entwickeln, die wir gemeinsam nach vorne bringen. Der ÖGD muss noch einmal explizit herausgehoben werden, weil er ein ganz wichtiges Thema für die Zukunft ist. Der Pakt für den ÖGD des Bundes mit über 3,1 Milliarden Euro schafft neue Stellen und neue Initiativen. Wir wollen auch diejenigen fördern, die jetzt schon da sind.

Ich danke dem Finanzminister herzlich für die gute Zusammenarbeit, auch wenn er immer wieder leidet, wenn wir mehr Geld wollen. – Lieber Albert Füracker, das ist aber gut angelegtes Geld, weil dieses Geld bei den Menschen ankommt. Wir wollen weitere Initiativen und Stellenhebungen, damit diejenigen besser bezahlt werden, die jetzt schon da sind, und damit die Perspektive da ist.

Der ÖGD wird aus meiner Sicht in Zukunft ein ganz wichtiger Bestandteil sein. Wir haben die Frage noch nicht endgültig beantwortet, wie der ÖGD aufgestellt wird und welche Aufgaben er erfüllt. Vielleicht müssen wir einmal über Schwerpunktämter nachdenken. Vielleicht müssen wir über neue Bereiche nachdenken, die wir gemeinsam und miteinander in die Zukunft bringen.

Deswegen bin ich überzeugt, dass dieser Haushalt ein guter und wichtiger Haushalt ist. Gesundheit und Pflege sind zentrale Themen. Corona ist die große Herausforderung. Das wird auch noch eine Zeit lang so bleiben.

Ich will allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal für die hervorragende Arbeit, die sie leisten, sehr herzlich danken. Auch sie gehen ans Limit. Das will ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben. Wir werden alles dafür tun, dass Gesundheit und Pflege im Mittelpunkt bleiben und wir uns nicht an der Bürokratie, sondern am Schicksal der Menschen orientieren. Sie sind betroffen. Ihnen wollen wir helfen. Ihnen fühlen wir uns verpflichtet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt drei Zwischenbemerkungen, die erste vom Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich beziehe mich heute noch einmal auf Ihren Stellenplan. Sie stocken in Ihrem Ministerium massiv Personal auf: Im Unterbau um 80 % – sicher berechtigt, im Mittelbau bei den Ministerialräten um 60 % und an der Spitze um unvorstellbare 100 %; statt vier gibt es künftig acht Dirigenten. Das ist entgegen jeder personalwirtschaftlichen Lehre. Man spricht von einer Personalpyramide; Sie schaffen hier eine Personaleieruhr. Unabhängig von der damit von Ihnen verantworteten und implizierten Staatsverschuldung stellt sich mir folgende Frage: Gab es bei Ihnen im Haus erhebliche Führungsdefizite, die jetzt in der Krise geschickt bereinigt werden, oder herrscht bei Ihnen vergleichsweise blinder Aktionismus, der nach der Pandemie, wenn es ganz dumm läuft, in hochdotiertem Büroschlaf mündet? Wenn Sie dazu bitte Stellung nehmen könnten.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich halte die Frage, die Sie hier stellen, gelinde gesagt, für eine Frechheit.

(Beifall bei der CSU)

Aber sie reiht sich in das ein, was wir von Ihnen gewohnt sind, nichts anderes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Gesundheit und Pflege stehen seit über einem Jahr vor großen Heraus- und Anforderungen. Wenn Sie wüssten, was Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter dort jeden Tag leisten, dann müssten Sie eigentlich vor diesem großartigen Engagement, das über alle Maßen hinausgeht, Ihren Hut ziehen. Wir verstärken vor allem Stellen beim Landesamt für Pflege. Wir verstärken Stellen beim LGL; dort sind sie gut angesiedelt. Wir bauen keinen Wasserkopf auf. Wir arbeiten für die Menschen in diesem Land. Das tun wir mit Nachdruck, weil es jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin ein Anliegen ist, in dieser Krise zu helfen und letztlich ihre Bürgerpflicht zu tun. Sie verstehen den Dienst, den sie im Ministerium verrichten, als einen Dienst im Sinne des Kümmerns um die Menschen in unserem Land, nichts anderes. Deswegen weise ich Ihre Bemerkung auf das Schärfste zurück.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Andreas Krahl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin ehrlich, ich hätte erwartet, dass Sie in einer Haushaltsdebatte auf die großen Kritikpunkte, wie das Landespflegegeld oder Ähnliches, eingehen. Sie haben mit dem DRG-System auf Bundesebene nun ein Fass aufgemacht, was prinzipiell – zumindest von meiner Seite her – erst einmal begrüßenswert ist. Was sind die konkreten Ziele? Man kann leicht sagen, man stelle das DRG-System in Frage. Was ist Ihr konkreter Ansatz? Wie stellen Sie sich eine Kostenfinanzierung von Bundesseite vor?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich kann natürlich auch zum Landespflegegeld Ausführungen machen. Die werden Sie aber nicht zufriedenstellen, weil wir bei diesem Thema einfach unterschiedlicher Meinung sind. Ich glaube immer noch, dass der Ansatz, den wir gewählt haben, ein guter und wichtiger Ansatz ist. Er hilft den Menschen in diesem Lande. Ich war übrigens auch einmal Bürgerbeauftragter und habe viele Menschen gesehen und gehört, die sich dafür bedankt haben, das Landespflegegeld bekommen zu haben.

Ich komme schon zu den DRGs; ich will dieser Frage nicht ausweichen. Es gibt aber noch kein Patentrezept für die Beantwortung dieser Frage.Aber wenn Sie mal die

DRGs und die Entwicklung betrachten – gleiches Geld für gleiche Leistung –, dann sehen Sie: Das passt nicht mehr. Wir sind inzwischen bei einer Ökonomisierung des Gesundheitssystems und der Krankenhäuser angekommen, in der das Personal als Kostentreiber angesehen wird, obwohl wir Ausgliederungen haben. Das will ich nicht. Ich wende mich gegen eine Ökonomisierung dieses Systems. Ich will ein System, das gerechter ist. Ich glaube, die DRG haben sich von dem, was einmal gut gemeint war, zu einem Instrument entwickelt, das heute nicht mehr hilft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Patentrezept habe ich nicht. Ich lade Sie aber zur Diskussion ein. – Wenn Sie 2023 Gesundheitsminister werden wollen, müssen Sie jetzt anfangen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Wir schauen jetzt auf das Jahr 2021. Eine weitere Intervention kommt vom fraktionslosen Kollegen Raimund Swoboda. Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Staatsminister Holetschek, Sie schauen in die Zukunft – das ist lobenswert – und kündigen an, dass Sie sich entsprechend besser vorbereiten wollen. Ich blicke in die Vergangenheit und habe gesehen, dass Krankenhausabbau und Privatisierung erfolgt sind. Wir haben sogar zu Anfang der Pandemie noch solche Tendenzen gehabt. Es hat sich gezeigt, dass das dann gefehlt hat.

Weil Sie so in die Zukunft schauen, frage ich: Haben Sie Mittel im Haushalt vorgehalten, um Kommunen, die Krankenhäuser betreiben, auch in die Lage zu versetzen, kurzfristig bei Pandemien – die werden uns ja in Zukunft öfter begleiten – eine stärkere Backup-Unterstützung zu geben, damit sie dann besser vorbereitet sind sowie personell und materiell in den Krankenhäusern in vertretbarer Zeit aufrüsten können, um etwa durch entsprechende Spezialkrankenhäuser eine Separierung von den Infizierten und anderen zu erreichen? Oder gibt es diese Überlegungen nicht?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Natürlich müssen wir die Lehren aus dieser Pandemie ziehen. Das ist doch selbstverständlich. Das gilt übrigens auch für Altenpflegeeinrichtungen und andere Einrichtungen, weil ich glaube, dass wir auch über die baulichen Veränderungen reden müssen. Zum Beispiel muss gefragt werden: Wo kann ich isolieren? Wie kann ich Eingangsräume anders gestalten? Das wird übrigens heute auch schon getan. Wenn man über Neubauprogramme oder Sanierungen redet, dann fließen diese Überlegungen mit ein. Ich habe vorher dargestellt: Die duale Krankenhausfinanzierung in Bayern ist mit 643 Millionen Euro auf einem Höchststand. Also auch da sind ja Mittel drin.

Natürlich müssen wir aus dieser Pandemie die Schlussfolgerung ziehen und für die Zukunft überlegen, wo wir das eine oder andere nachjustieren müssen. Das alles wird Geld kosten. Das ist ein entscheidendes Thema. Ich glaube aber, dass das gut investiertes Geld ist.

Auch das Geld, das der Bund jetzt in die Ausgleichszahlungen gibt, um die Strukturen der Häuser zu erhalten, ist gut investiertes Geld; denn wenn die Häuser oder auch die Reha-Einrichtungen und andere nicht überleben würden, die wir später dringend wieder brauchen werden – allein wenn ich an die Behandlung der Post-COVID-Patienten denke und viele andere Bereiche –, dann tun wir gut daran, als Reha-Land Nummer 1 – Bayern ist das – diese Krankenhausstrukturen weiter beizubehalten.

Ich möchte aber eine ehrliche Diskussion darüber haben, wie wir gute Versorgung in einer Region definieren. Was heißt gute Versorgung? Ist das die Pflege? Ist das zum Beispiel die Zusammenführung von stationärer und ambulanter Behandlung? Welche Rolle spielt das Krankenhaus? – Wir müssen da mutiger und anders denken. Da wird es einige geben, die solche Diskussionen nur schweren Herzens führen. Aber die brauchen wir jetzt mal. Wir brauchen sie im Sinne der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021. Es geht um den Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12772 mit 18/12779, 18/12846 mit 18/12858, 18/12891 mit 18/12897, 18/13001 mit 18/13004 und 18/13058 mit 18/13073 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14203.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen" auf Drucksache 18/12776.

Wie vorab angekündigt, hat die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:04 bis 14:07 Uhr)

Wenn Sie Ihre Stimmen und Ihre Stimmkarten abgegeben haben, schließe ich die Abstimmung. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 14:07 bis 14:09 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen" auf Drucksache 18/12776 bekannt: Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben

69 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 21. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14203 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD, der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich-

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, und der FDP. Gegenstimmen? – Gegenstimmen der AfD. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltungen der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/14203 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13058 mit 18/13073 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist damit abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie gehen nun in die Mittagspause und treffen uns hier um 15:00 Uhr zur Erklärung des Ministerpräsidenten wieder. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 14:12 bis 15:00 Uhr)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die tagesaktuellen Ereignisse haben den Zeitplan etwas verändert, aber wir möchten pünktlich um 15 Uhr beginnen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen (Kap. 14 04 TG 86) (Drucksache 18/12776)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			X
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			X
Busch Michael			
Celina Kerstin			X
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans			
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			X
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			X
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	12	69	21

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Barrierefreiheit in Krankenhäusern
   (Kap. 14 03 TG 77)
   Drs. 18/12772

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ausbau von Pflegestützpunkten
   (Kap. 14 04 Tit. 633 57)
   Drs. 18/12773

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung finanzieren
   (Kap. 14 04 TG 72)
   Drs. 18/12774

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
   (Kap. 14 04 TG 86)
   Drs. 18/12775

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen
   (Kap. 14 04 TG 86)
   Drs. 18/12776

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD,
   Albert Duin, Matthias Fischbach, Martin Hagen u. a. FDP
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 1
   (Kap. 14 04 Tit. 891 86)
   Drs. 18/12777

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD,
   Albert Duin, Matthias Fischbach, Martin Hagen u. a. FDP
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 2
   (Kap. 14 04 Tit. 892 86)
   Drs. 18/12778

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD,
   Albert Duin, Matthias Fischbach, Martin Hagen u. a. FDP
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „PflegesoNah“ 3
   (Kap. 14 04 Tit. 893 86)
   Drs. 18/12779

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 14 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12846

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung von Fahrdiensten, Pflegeexpertinnen und Pflegeexperten (APN – Advanced Practice Nursing) und Ausstattung für mobile Praxisteams zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land
    (Kap. 14 03 TG 64)
    Drs. 18/12847

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Modellprojekt Sektorenübergreifende Versorgung
    (Kap. 14 03 Tit. 686 64)
    Drs. 18/12848

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich
    (Kap. 14 03 TG 75)
    Drs. 18/12849

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erweiterung Hebammenbonus, Niederlassungsprämie Hebammen
    (Kap. 14 03 TG 87)
    Drs. 18/12850

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Green Hospital
    (Kap. 14 03 TG 90)
    Drs. 18/12851

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Verbesserung der Pflegeinfrastruktur und Förderung innovativer Konzepte
    (Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
    Drs. 18/12852

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung der Errichtung von Pflegeeinrichtungen für junge Pflegebedürftige
    (Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
    Drs. 18/12853

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Akademisierungsquote und wissenschaftliche Untermauerung in der Pflege stärken
    (Kap. 14 04 TG 71)
    Drs. 18/12854

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
    (Kap. 14 04 TG 82)
    Drs. 18/12855

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Abschaffen des Landespflegegelds
    (Kap. 14 04 TG 84)
    Drs. 18/12856

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digitale Betreuung von Menschen mit psychischer Erkrankung in medizinischer Rehabilitation
    (Kap. 14 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12857

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
    (Kap. 14 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12858

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
    (Kap. 14 01 Tit. 534 01)
    Drs. 18/12891

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Stipendienprogramm
    (Kap. 14 03 Tit. 686 65)
    Drs. 18/12892

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Studien, Gutachten, Forschungsaufträge und dgl.
    (Kap. 14 04 Tit. 526 76)
    Drs. 18/12893

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
    (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
    Drs. 18/12894

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 14 04 Tit. 684 57)
    Drs. 18/12895

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 14 04 Tit. 684 76)
    Drs. 18/12896

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
    (Kap. 14 40 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12897

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Vereinigung der Pflegenden
    (Kap. 14 04 TG 82)
    Drs. 18/13001

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gesundheitliche Klimaforschung
    (Kap. 14 05 Tit. 526 80)
    Drs. 18/13002

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erhöhung der Stellenzahl am Landesamt für Pflege
    (Kap. 14 23 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13003

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mittel für einen Ausbau der Task-Force Infektiologie
    (Kap. 14 23 TG 53 neuer Tit.)
    Drs. 18/13004

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Dr. Gerhard Hopp
Abg. Markus Plenk
Abg. Kerstin Celina
Abg. Johann Häusler
Abg. Ulrich Singer
Abg. Doris Rauscher
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Julika Sandt
Abg. Thomas Huber
Abg. Eva Lettenbauer
Staatsministerin Carolina Trautner

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

und

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13742 mit 18/13760)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13372 mit 18/13381)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13662 mit 18/13694)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13608 mit 18/13617)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13277 mit 18/13300)

Auch hier beträgt die Gesamtredezeit 45 Minuten mit der üblichen Aufteilung. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13617 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. – Als Erster hat der Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie gibt den Takt vor. Das sehen wir auch an der heutigen Tagesordnung, die aufgrund der aktuellen Ereignisse geändert werden musste. Es gibt wohl kaum einen Kollegen und kaum einen Menschen in Bayern, der von den Auswirkungen der Pandemie nicht betroffen ist und dessen Leben sich in den letzten Monaten nicht fundamental verändert hat. Wir alle miteinander wissen, dass wir an einer ganz entscheidenden, schwierigen und wichtigen Wegmarke in der Pandemie stehen, an der Zusammenhalt und Solidarität ganz besonders gefragt sind. Jeder Ein-

zelne ist gefordert, sich einzubringen, um die Krise zu bewältigen, zusammenzuhalten und gleichzeitig Abstand zu halten.

Gerade deshalb ist es ein gutes und wichtiges Signal, dass wir heute den Sozialhaushalt beraten und beschließen, einen Haushalt, der Mut macht. Er macht denjenigen Mut, die ganz besonders von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind, und er zeigt, dass wir trotz der großen finanziellen Belastungen infolge der Pandemie nicht bei denen sparen, die in der Pandemie einen ganz besonderen Beitrag leisten. Wir setzen ganz kraftvolle Akzente und Impulse im Sozialbereich.

Zum ersten Mal in der Geschichte Bayerns, Frau Sozialministerin, umfasst der Sozialhaushalt mehr als 7 Milliarden Euro. Als Familienkoalition – als solche verstehen wir uns – setzen wir den Schwerpunkt des Haushalts weiterhin auf den Kern unserer Gesellschaft, auf diejenigen, die jetzt einen ganz besonderen Beitrag leisten müssen, auf die Eltern, die Jugendlichen und die Kinder. Ich habe allerhöchsten Respekt vor den Leistungen der Eltern und der Kinder in den vergangenen Monaten. Als Vater von Kindern im Kindergarten- und im Grundschulalter weiß ich um die Sorgen der Eltern, um die Belastung, wenn zwischen Beruf, Familie und Homeschooling ein Spagat gemacht werden muss. Ich weiß um die Leistungen der Kinder, die für mich kleine Helden sind, die sich so verhalten, wie es ihnen niemand zugetraut hätte. Mein herzlicher Dank geht an alle Eltern in ganz Bayern: Das, was Sie leisten, verdient unseren Applaus und unsere Wertschätzung über die Fraktionsgrenzen hinweg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass wir in diesem Haushalt den Schwerpunkt bei den Familien setzen. Das gilt nicht nur für die Leistungen der Bundesebene – ich denke beispielsweise an die Kinderkrankentage –, sondern wir halten auch das ein, was versprochen wurde, wenn es um die Unterstützung der Familien geht. Über 4 Milliarden Euro – das sind 400 Millionen Euro mehr als noch 2020 und damit 60 % des Haushalts – entfallen auf Familienleistungen. Wir unterstützen die Städte und Gemein-

den massivst beim Ausbau der Betreuungsplätze. Seit 2008 wurden hierfür fast 2 Milliarden Euro bereitgestellt, davon über 1,2 Milliarden Euro an Landesmitteln für eine kommunale Aufgabe. Wir unterstützen die Kommunen bei der Betreuung der Kinder, die damit für die Familien einen ganz wertvollen Beitrag leisten. Unsere Ziele im Koalitionsvertrag haben wir schon seit Langem mehr als erfüllt.

Wir setzen deswegen auch den neuen Spielraum des Bundes mit dem Konjunkturpaket um. Das sind zusätzlich 140 Millionen Euro, die wir für den Ausbau von Betreuungsplätzen einsetzen. Das sind 73.500 Plätze insgesamt und 10.000 Hortplätze. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Dynamik kann kein anderes Bundesland vorweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Selbstverständlich investieren wir in Qualität. Allein für die Betriebskostenförderung stellen wir in diesem Jahr 2 Milliarden Euro bereit. Wir setzen auch Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz für Qualitätsverbesserungen ein.

(Zuruf)

– Hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie kommentieren, lieber Kollege. Wir setzen in diesem Jahr doppelt so viel wie im letzten Jahr für die Qualität ein. Das sind fast 90 Millionen Euro für die Verbesserung beim Verwaltungs- und Leitungsbonus, 27 Millionen Euro für die Tagespflege, 1,5 Millionen Euro für die pädagogischen Qualitätsbegleiter und über 1,7 Millionen Euro für die Digitalisierung. Das sind ganz wichtige Impulse der Ministerin.

Wir als CSU und in der Koalition stehen dazu, in einer dritten Säule die Erziehungsleistung der Eltern mit einem Beitragszuschuss und dem Krippengeld wertzuschätzen und anzuerkennen, wie es kein anderes Land in Deutschland tut. Mit dem bayerischen Familiengeld unterstützen wir Eltern direkt, meine Damen und Herren. Wir helfen Eltern und Paaren auch bei der Kinderwunschbehandlung. Das war schon 2019 ein klares Signal dieses Hauses. Nun erhöhen sich ganz konsequent die Mittel zur Kofinan-

zierung des Bundes auf 4 Millionen Euro. Hier stehen wir zu unseren Versprechen. Wir stehen zu den Eltern, meine Damen und Herren.

Liebe Kollegen, ich spreche nicht nur die Eltern und Kinder an, sondern auch die Jugendlichen, die ganz besonders von Kontaktbeschränkungen betroffen sind. Dabei spielt die bayerische Jugendarbeit eine ganz wichtige und entscheidende Rolle mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Helfern. Sie sind eine wichtige Stütze, um die Jugendarbeit auch in Zukunft erhalten zu können. Die Aufstockung des Ansatzes auf jetzt 34 Millionen Euro und auch die zusätzlichen Mittel beim Aktionsplan "Jugend" des Ministeriums waren ein ganz wichtiges Signal an die Jugendarbeit und den Bayerischen Jugendring, das ausdrückt: Wir sehen euch, wir stehen zu euch, wir wollen auch nach der Pandemie eine gute Jugendarbeit haben, und wir sehen eure Anliegen.

Auch beim Kinder- und Jugendgipfel vor wenigen Tagen wurden diese Anliegen besprochen. Wertschätzung für die Jugendarbeit ist wichtiger denn je. Ich danke dem Bayerischen Jugendring als Stütze und Pfeiler für eine demokratische, kraftvolle und selbstbewusste Jugend, meine Damen und Herren. Deswegen halte ich genauso wie meine Kollegen auch dagegen, wenn die AfD einmal mehr mit ihren Anträgen – liebe Kollegen, Sie könnten zuhören – die Axt an die Jugendarbeit im Ehrenamtsbereich legen will,

(Zuruf)

wenn sie dort kürzen will, wo andere etwas für eine demokratische Jugend leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Da werden wir an der Seite der Jugend stehen und der AfD entgegentreten.

Meine Damen und Herren, nicht allein der Staat steht für ein soziales Bayern ein, sondern auch die Menschen. Bayern wird von den Menschen getragen, die sich ehrenamtlich engagieren, von Freiwilligen und von Bürgern, die unsere Unterstützung benötigen. Auch da ist es richtig, die Mittel aufzustocken. Wir stocken sie auch beim

Bayerischen Landesbehindertenplan auf. Allein daran sehen wir, welch großen Bogen die Ministerin bei der Sozialpolitik spannen muss und ihn auch spannt.

Wir zeigen Solidarität mit denjenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Deswegen stehen wir nach wie vor bei denjenigen, die mit schwieriger Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau unseres Landes und geleistet haben, den Sudetendeutschen und Vertriebenen,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

die unser vierter Stamm und jetzt zur Brücke zu unserem Nachbarland Tschechien geworden sind. Sie übernehmen gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen unsere Beziehungen zu unserem Nachbarland Tschechien nicht einfacher geworden sind, eine wichtige Aufgabe. In unserem Haushalt unterstreichen wir, dass wir bei den Vertriebenen stehen.

Meine Damen und Herren, ich halte fest: Wir sind und bleiben ein Familienland, ein soziales Bayern, das vom Freistaat Bayern mit einer Rekordsumme von über 7 Milliarden Euro unterstützt wird. Ich gratuliere der Ministerin und Ihrem Haus zu guten, erfolgreichen und nachdrücklichen Verhandlungen für die Menschen in Bayern, für diejenigen, die unsere Unterstützung brauchen. Deswegen bedanke ich mich für Ihre Unterstützung in den Beratungen, bitte um Unterstützung des vorliegenden Haushaltes und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich gebe dem Kollegen Markus Plenk zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Hopp, Sie haben sich als Familienkoalition bezeichnet. Unter den aktuellen Umständen halte ich das für eine sehr gewagte These. Es ist recht und schön, den Sozialhaushalt zu erhöhen, aber es könnten auch Maßnahmen ergriffen werden, die den Steuerzahler nicht zusätzlich Geld kosten würden, beispiels-

weise Schulöffnungen und Sport im Freien für Kinder. Wie stehen Sie dazu? Kinder haben erwiesenermaßen keinen Einfluss auf das Pandemiegeschehen.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Kollege Plenk, Sie fallen in jeder Woche mit Ihren Zwischenbemerkungen auf und beweisen jedes Mal, dass Sie nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, in welcher pandemischen Lage wir sind. Letzteres finde ich sogar noch schlimmer. Jeder hier im Hohen Haus außer Ihnen und Ihren Kollegen arbeitet jeden Tag dafür, dass wir die Pandemie bewältigen und den Menschen eine Perspektive geben können. Das ist ein wichtiger Punkt. Gerade für mich als Vater gilt die Forderung doppelt und dreifach, dass wir unsere Kinder sicher in die Schule schicken können, dass wir sichere Testkonzepte erarbeiten, dass wir Schulen sichere Perspektiven bieten können, gerade für Kinder in der Herausforderung der Pandemie. Da sind ganz einfache und vorschnelle Lösungen, wie Sie sie vorschlagen, der falsche Weg.

Im Landkreis Cham bereiten wir zum Beispiel ein Modellprojekt vor, ein Testkonzept mit Gurgeltests. Wir müssen aber auch darauf achtgeben, wie sich die pandemische Lage entwickelt. Es ist nicht zielführend, wie Sie es tun, mit kurzen Zwischenrufen etwas zu fordern, was dann gerade die Gesundheit der Kinder beeinträchtigt. Wir wollen sicheren Schulunterricht, aber nicht, ohne irgendwelche andere Entwicklungen, sei es durch Mutationen oder auch bei der Auslastung der Krankenhäuser, in Betracht zu ziehen, so wie Sie es vorschlagen. Deswegen ist Ihr Zwischenruf vielleicht für Sie als Bilanz gut, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Gerhard Hopp (CSU): –, aber er trägt null Komma null dazu bei, die Pandemie zu bewältigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Es liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. – Als nächster Rednerin erteile ich Kollegin Celina für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich mir den Haushalt für Familie, Arbeit und Soziales angesehen habe, habe ich mich gefragt, wie man nach einem so außergewöhnlichen Jahr einen so gewöhnlichen Haushalt aufstellen kann mit so viel Geld, aber alten Rezepten, ohne Zukunftsvisionen, ohne die Chance zu ergreifen, die Eckpfeiler für eine solidarische und inklusive Gesellschaft zu setzen, und ohne die Krise als Chance zu begreifen und sie zu nutzen. Als ich den Haushaltsplan gelesen habe, habe ich mich in das Jahr 1993 in einen Kinosessel der Filmvorstellung "Und täglich grüßt das Murmeltier" zurückversetzt gefühlt. Für diejenigen, die diesen Film nicht kennen: Es geht um einen arroganten Wetteransager, der in einer Zeitschleife festsitzt und denselben Tag immer wieder erlebt.

Nach so vielen Haushaltsaufstellungen, die ich hier im Landtag miterlebt habe, fühle ich mich wie in Ihrer CSU-Zeitschleife gefangen; denn die CSU macht immer noch Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip, anstatt ein tragfähiges soziales Netz aufzuspannen, das die Menschen in Krisenzeiten auffängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das hätten wir aber 2021/2022 mehr denn je gebraucht. Kinder, Jugendliche, Familien, Menschen mit Behinderungen und Obdachlose sind in der Zuständigkeit der Sozialministerin. All diese Menschen hätten ein starkes soziales Netz gebrauchen können, sind aber vergessen worden. Es gibt zum Beispiel kaum Corona-Informationen in leichter Sprache oder in Gebärdensprache, Jugendliche werden nur als Schüler*innen verstanden und so weiter.

Der Haushaltsentwurf der Staatsregierung zeigt wieder einmal, dass kein Änderungswille da ist. Wir GRÜNE dagegen schlagen Ihnen vor, andere Wege zu gehen. Drei

Punkte sind mir besonders wichtig: mehr Inklusion durch Gehörlosengeld, mehr inklusiver Wohnraum und mehr Hilfe für Menschen, die finanziell in den Abgrund blicken und ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das alles sind Punkte, die der Markt nicht regelt und die politisch geregelt werden müssen. Aber politisch regeln Sie da seit Jahren wenig.

Ein Beispiel: Wir alle wissen, dass die lang anhaltende Corona-Krise dazu führt, dass Menschen ihre Miete nicht mehr zahlen können, weil sie schon immer knapp dran waren und die Einnahmenausfälle durch Corona das Fass zum Überlaufen bringen. Aber Menschen, die auf der Straße landen, haben kaum Chancen, den Weg zurück ins System sozialer Hilfen zu finden. Der Mangel an sozialem Wohnraum steigt und steigt, und Ihre Baupolitik zielt an den Wohnungs- und Obdachlosen vorbei. Auch Ihnen müsste es deshalb wichtig sein, die Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit als anerkannte und kompetente Beratungsstellen besser auszubauen und zu helfen, bevor die Menschen ihre Wohnung verlieren. Das ist Ihnen aber keine zusätzlichen 800.000 Euro wert. Dabei wäre hier jeder Euro gut angelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Zu einem solidarischen und inklusiven Bayern gehört auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Um Ihr 2013 aufgestelltes Programm "Bayern barrierefrei 2023" ist es schon seit Jahren ruhig geworden, und zwar viel zu ruhig. Manchmal glaube ich, es wäre Ihnen von der Staatsregierung am liebsten, wenn Herr Seehofer das Programm "Bayern barrierefrei 2023" nach Berlin mitgenommen hätte. Aber es bleibt Ihre Aufgabe. Packen Sie es doch endlich an! Die Zeit läuft.

Wir brauchen Inklusion und Solidarität, und zwar beim Wohnen, beim Arbeiten und im Alltagsleben. Wir brauchen einen großen Schritt vorwärts durch ein mutiges Programm hin zu mehr inklusivem Wohnraum, weg von großen abgetrennten Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderung nur in geschützten Räumen leben und ar-

beiten. Sie haben die Finanzierung vor der Landtagswahl 2018 versprochen und danach direkt wieder kleingeredet.

Auch Teilhabe durch Arbeit ist enorm wichtig. Dazu gibt es nur einen Weg, nämlich den Arbeitsplatz den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Dazu dient unser Antrag betreffend "Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung". Auch das lehnen Sie ab.

Zum Schluss bringt mich das Thema Gehörlosengeld zum Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" zurück. Versprochen haben Sie es 2011. Ich versichere Ihnen, ich werde so lange im Landtag bleiben, bis das Gehörlosengeld endlich eingeführt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Johann Häusler für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 des Haushaltsplans 2021 – ich will das im Gegensatz zu meiner Vorrednerin etwas differenzieren – spielt auf die Krisenzeiten an. Er geht insbesondere auf die Schwächeren in unserer Gesellschaft ein, auf die Kinder, auf die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, und berücksichtigt die Riesenherausforderungen, die auf unsere Familien zukommen. Die Familienpolitik – der Kollege Dr. Hopp hat es gerade gesagt – ist das zentrale Thema für diese Familienkoalition. Ich komme später darauf noch explizit zurück.

Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz wichtig. Da sind wir sehr stark gefordert. Wir wollen sie im Haushalt auch abbilden. Da müssen wir auch die Antworten finden. Der Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Sozialministeriums wird diesen Herausforderungen nach meinem Dafürhalten ganz bestimmt weitgehend gerecht.

Wenn man den Gesamthaushalt betrachtet – auch das gehört in dieser Stunde mit dazu –, dann stellen wir fest, dass er im Verhältnis sehr gut ausgestattet ist. Die Steuereinnahmen fallen rückblickend im Jahr 2020 und perspektivisch im Jahr 2021 um rund 7 Milliarden Euro geringer aus bzw. brechen ein. Das Gesamthaushaltsvolumen bleibt gegenüber dem letzten Jahr in etwa gleich oder wird nur einen kleinen Aufwuchs von rund 550 Millionen aufweisen. Das – im Vergleich zum Gesamthaushalt – Rekordvolumen des Einzelplans 10 von 7,03 Milliarden zeigt ganz deutlich, dass dieser Einzelplan eine ganz besondere Würdigung erfährt. Er erfährt diese Würdigung auch deshalb, weil wir hier einen Zuwachs von 6 % haben, also über 400 Millionen Euro.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einmal denjenigen Danke sagen, die das alles ermöglichen. Das sind in erster Linie diejenigen, die bei uns tagtäglich arbeiten. Das sind unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich schließe in diesen Dank auch all diejenigen mit ein, die tagtäglich sozial engagiert dafür arbeiten, dass es bei uns sozial gerecht zugeht und dass die Härten des Lebens soweit wie möglich abgemildert werden, und damit einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft leisten.

Ich habe gerade dargestellt, welche Ausmaße der Einzelplan in Zeiten von Corona, in einer Zeit rückläufiger Steuereinnahmen hat. Dieser Haushalt gewährt in dieser Zeit zusätzliche Leistungen. Darin werden freiwillige Leistungen aufgestockt. Ich nenne ein paar Beispiele: Wir haben in der Jugendhilfe die Mittel für die Erziehungsberatungsstellen um 2,5 Millionen Euro auf 14 Millionen Euro erhöht. Für die Jugendsozialarbeit an Schulen gab es ein Plus von 70 Stellen. Das staatliche Förderprogramm der beruflichen Bildung zum Thema Berufseinstiegsorientierung wurde mit zusätzlichen 1,5 Millionen fast verdoppelt. Die Ausbildungs- und Erziehungsberatung wurde um 1 Million aufgestockt. Im Ausschuss haben wir auch die Aufstockung der Förderung von Maß-

nahmen der assistierten Reproduktionsmedizin auf 4 Millionen Euro intensiv diskutiert und beschlossen. Die Mittel des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen wurde um ein Drittel angehoben, wenn man das einmal ausrechnen möchte. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen und die Verbesserung der Beratungsstrukturen für LGBTQ-Personen wird gefördert. Die Mittel der Frauenhäuser haben wir erhöht. Kassandra e.V. haben wir besser ausgestattet. Die Mittel der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen, der LAGE Bayern e.V., haben wir auf fast 3 Millionen Euro angehoben. Die Mittel der Tafel Bayern e.V. sind aufgestockt worden.

Das alles sind exemplarisch Haushaltsansätze, die zusammengenommen einen sehr starken sozialpolitischen Anstrich zeigen und genau das Gegenteil von dem beweisen, was gerade eben gesagt worden ist, nämlich dass wir in den Neunzigerjahren zurückgeblieben wären. Nein, wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Bereitstellung dieser Mittel ist auch Ausfluss intensiver und konstruktiver Beratungen im Sozialausschuss. Da sage ich ganz herzlich allen Dank, die da mitberaten haben. Auch der Vorsitzenden Doris Rauscher und dem Stellvertreter Thomas Huber sage ich ausdrücklich ganz herzlichen Dank. Wir haben oft emotional, aber doch immer sachlich zusammengearbeitet. Ganz herzlichen Dank für dieses konstruktive Miteinander!

Ich komme jetzt noch auf das Familienpaket zu sprechen, das im Zentrum des Haushalts steht. Im Familienpaket stecken 4,16 Milliarden Euro. Das heißt, 59,1 % des Gesamtvolumens entfallen auf die Familienförderung. Da haben wir einen Aufwuchs von 400 Millionen Euro. Das ist im Grunde der Gesamtaufwuchs des gesamten Einzelplans. Man muss sich das einmal vorstellen. Das ist genau die vorher erwähnte Antwort, die wir den Familien zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben müssen.

Die größten Posten sind nun mal die Kindertageseinrichtungen mit mittlerweile fast über 2,8 Milliarden Euro und die Betriebskostenförderung, die um zusätzlich 144 Millionen Euro angehoben wurde. Warum? – Weil wir das Betreuungsangebot ausgeweitet haben. Wo in Deutschland passiert das noch in diesem Umfang? Ich weise darauf hin, dass wir in diesem Haushaltsplan insgesamt rund 2 Milliarden Euro haben, die dem BayKiBiG zugeordnet sind. Aus der Opposition kommt immer der Hinweis auf das Gute-KiTa-Gesetz des Bundes, und es wird gesagt, es werde nichts für die Qualitätsverbesserung getan. Ich sage: Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf)

Ich sagte es ja gerade: Wir erhalten 157 Millionen Euro. Davon sind direkt 53,5 Millionen Euro für die Qualitätsverbesserung eingestellt. Diese sind aber mit Landesmitteln auf 119 Millionen Euro aufgestockt. Auf 119 Millionen Euro aufgestockt! Das ist mehr als das Doppelte des Vorjahres.

Wir haben 104 Millionen Euro für den Beitragszuschuss. Das ist richtig. Aber insgesamt haben wir für den Beitragszuschuss 500 Millionen Euro veranschlagt. Das heißt, das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Familienförderung ist, dass ich allen hier eine Chance gebe.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben 91 Millionen Euro für das bayerische Krippengeld obendrauf gesattelt. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze schlägt mit weiteren 89 Millionen Euro zu Buche. Davon haben wir für zwei Jahre in etwa 160 Millionen Euro vom Bund bekommen. Das deckt bei Weitem aber nicht diese Investitionen.

Ich verweise noch einmal auf das 4. Sonderinvestitionsprogramm. Wir haben hier noch einmal um 10.000 Plätze aufgestockt, noch einmal 140 Millionen Euro in die

Hand genommen, sodass wir dort jetzt 73.500 Plätze plus 10.000 zusätzliche Hortplätze zur Verfügung haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind doch familienpolitische Leistungen. Aber nicht nur daran will ich das messen, sondern auch an der Jugendsozialarbeit, an allen Bereichen der außerschulischen Förderung. Wir haben in der Jugendsozialarbeit 1.000 Stellen bei 1.300 Einsatzorten. Wir fördern 120 KoKi-Netzwerke. Wir fördern 180 Erziehungsberatungsstellen. Wir haben die Einstiegsbegleitung angesprochen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die bringen wir auf den Weg. Es gibt ja schon einen einstimmigen Beschluss im Haushaltsausschuss.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende, Sie kriegen aber noch eine Verlängerung, weil eine Zwischenbemerkung kommt.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – Ja richtig. –Sie sehen, wir sind da auf dem besten Weg, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Präsidentin Ilse Aigner: Das heißt aber, Sie müssen zum Schluss kommen.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – für ein starkes soziales Bayern. Deshalb bitte ich Sie alle um Unterstützung und Zustimmung zum Einzelplan 10.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Dann haben wir eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Singer.

Ulrich Singer (AfD): Lieber Herr Kollege Johann Häusler, Sie sehen sich als Teil einer Familienkoalition und haben wiederholt davon gesprochen, dass Sie sich in Ihrer Arbeit darum bemühen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Meines Erachtens haben wir in Bayern aber noch immer ein sehr, sehr großes Defizit, was eine echte Willkom-

menskultur für Kinder und Familien angeht. In Ihrer Rede habe ich den Teil vermisst, der darauf eingeht, wie Familie mit den aktuell staatlich verordneten Corona-Maßnahmen in Einklang zu bringen ist. Wie soll man Familie und den Dauerlockdown vereinbaren bei den sich täglich ändernden und vom Staat angeordneten Corona-Maßnahmen? Es gibt keinerlei Verlässlichkeit mehr. Jetzt wissen wir nicht einmal mehr, was nächste Woche ist. Kommt jetzt der Super-Lockdown an Ostern oder nicht? – Da ist anscheinend auch schon wieder eine neue Entscheidung getroffen worden. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Familie und Corona-Maßnahmen wirklich vereinbar werden?

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Singer, wir haben durchaus unterschiedliche Auffassungen. Uns geht es grundsätzlich darum, und da spreche ich für die gesamte Bayern-Koalition, die Familie zu schützen und die Kinder zu schützen. Das ist das höchste Gut, das wir haben. Dafür sind entsprechende Maßnahmen notwendig, und zwar sowohl in den Schulen als auch in den Kindergärten; denn die Prävention, die Vorsorge ist wichtig. Im Umkehrschluss würde es sonst nämlich heißen, dass das Ding an die Wand läuft, und dann fragen wir, wer verantwortlich ist. Diese Verantwortung können Sie sich gerne ans Bein binden, wir tun das aber nicht. Wir sind für die Prävention und für die Fürsorge. Das ist das Maß der Verantwortung, die wir hier für unsere Familien und für unsere Kinder vertreten, und ich glaube, dafür steht die große Mehrheit hier in diesem Plenum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Wir haben keine weitere Zwischenbemerkung. – Der nächste Redner ist dann Herr Kollege Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das gesamte letzte Jahr wurden wir im Rahmen einer Salamitaktik von einem Lockdown zum nächsten Lockdown und jetzt in einen Dauer-Lock-

down getrieben. Damit ist auch eine Planungsunsicherheit für unsere Familien verbunden. Mit Angst und Panik regiert die Staatsregierung derzeit von oben herab, und die Leidtragenden sind alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Freistaat, vor allem aber die Kinder, die Familien, die Senioren, die Menschen mit Behinderung. Es sind all jene, die es ohnehin nicht leicht im Leben haben.

Während sich einige Amigos von der CSU die Taschen mit Masken-Deals vollgestopft haben, hat sich die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag damit beschäftigt, wie man das von Ihnen verursachte Leid lindern kann und wie man unseren Mitbürgern durch den staatlich verordneten coronisierten Wahnsinn hindurchhelfen kann. Die Kinder und Jugendlichen leiden unter dem Dauer-Lockdown sehr, und zwar so sehr, dass inzwischen jedes dritte Kind – das muss man sich einmal vorstellen: jedes dritte Kind – psychische Probleme hat aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven, die vor allem durch Ihre gescheiterte Corona-Politik verursacht sind, die auf Isolation und auf stundenlanges Maskentragen setzt.

Herr Kollege Plenk hat vorhin einen guten Vorschlag gemacht. Was ist denn mit dem Sport im Freien, was ist denn damit? Was ist mit Maßnahmen, die das Immunsystem unserer Bürger auch wieder stärken würden? – Es geht einfach zu weit, wenn Kinder zunehmend Suizidgedanken in sich tragen. Wir fordern deshalb die Erhöhung des Etats für sozialpädiatrische Einrichtungen, um die durch die Corona-Maßnahmen geschädigten Kinder und Jugendlichen besser versorgen zu können. Wir fordern eine Erhöhung für die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Junge Menschen müssen besser unterstützt werden, um in diesen schweren Zeiten einen Platz in der Arbeitswelt und damit gleichzeitig ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Die Familien werden in der Krise im Regen stehen gelassen. Die Geburtenrate ging noch weiter zurück; denn die Menschen sind verunsichert. Wegen der staatlich verordneten Aussperrungen kommt es zu vielen Fällen existenzieller Not, und das oft in Verbindung mit beengtem Wohnraum unserer Familien. Das wiederum, geschätzte Kollegen, kann im Einzelfall zur Gewalt in Familien führen. Wir fordern deswegen auch eine

Erhöhung des Budgets zur Untersuchung von Gewalt in Familien während und wegen der Corona-Maßnahmen. Wir wollen die familiäre Eigenverantwortung der Eltern stärken, und wir wollen die Verantwortung, die die Familien hier in Bayern übernehmen, auch würdigen. Deswegen setzen wir uns für Familienerholung ein, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für das Müttergenesungswerk, für die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind" sowie für bezahlbaren Wohnraum für Frauen, die mit Kindern in Frauenhäusern leben.

Im Gegenzug und zum Schutz der ungeborenen Menschen fordern wir eine Kürzung der Förderung für den Verein "pro familia"; denn dieser Verein erachtet Abtreibungen als Menschenrecht und bietet selbst ambulante Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland an. Das stellt nach unserer Auffassung einen Interessenkonflikt dar, der mit einer neutralen Schwangerschaftsberatung nicht mehr vereinbar ist.

(Beifall bei der AfD)

Beim Schutz von älteren Menschen und von Risikogruppen hat die Staatsregierung kläglich versagt. Die Menschen müssen darüber hinaus einsam in Pflegeheimen sterben. Sie werden trotz der Impfung alleingelassen. Sie haben keine Erleichterungen erlebt. Wir fordern daher, die Betreuungsnetzwerke für alle Generationen sowie Modellprojekte für den Besuch von Kindern in Alten- und Seniorenheimen höher zu bezuschussen, damit auch dort wieder ein gemeinsames Sozialleben stattfinden kann.

Menschen mit Behinderung sind für Sie auf dem Papier von Bedeutung, aber nicht in der Realität. Das erlebe ich auch immer wieder im öffentlichen Verkehr: Menschen, die aufgrund eines ärztlichen Attestes, aufgrund ihrer Krankheit keine Masken tragen dürfen, werden in unseren U-Bahnen angegangen. Das erlebe ich regelmäßig. Auch dafür haben Sie die Verantwortung zu tragen. Menschen mit Behinderung leben nicht mehr selbstbestimmt aufgrund der überzogenen Corona-Maßnahmen. Genauso geht es anderen sozial schwachen Menschen.

Wir fordern daher die Förderung der von Ihnen durch die Corona-Maßnahmen massiv gebeutelten Tafeln. Wir fordern Beratungsangebote für Frauen und Männer, die der Prostitution nachgehen, sowie eine schnelle und effektive Beratung für Menschen, die aufgrund Ihrer Maßnahmen jetzt von der Insolvenz bedroht sind. Außerdem fordern wir eine Erhöhung der Mittel für die Träger der Obdachlosenhilfe. Wir wollen keine Kürzungen bei der Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Wir fordern die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung im Rahmen von Sonderprogrammen.

Weil das Thema nun auch klar an Bedeutung gewinnen wird, setzen wir uns bereits jetzt für eine Erhöhung des Budgets für den Ausgleich von Impfschäden ein. Das alles sind Themen, die weder für die Bundesregierung noch für die Staatsregierung eine Rolle zu spielen scheinen. Anstatt hier als Diener des Volkes ihre Aufgabe wahrzunehmen, nämlich den Schaden vom Volk abzuwenden, stürzen Sie uns momentan in die schlimmste Krise aller Zeiten und schrecken nicht vor enormen Kollateralschäden für unsere Bevölkerung zurück. All das geschieht doch ohne Not, ohne Logik und mit willkürlichen, sich täglich ändernden Maßnahmen. Nur wir setzen uns noch für unsere Menschen in diesem Land ein. Das belegen unsere Anträge zu diesem Haushalt für jeden sichtbar und völlig unzweideutig.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Carolina Trautner, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen und Umwälzungen, auch, aber nicht nur wegen der Corona-Pandemie. Viele der sozialen Problemlagen im Freistaat gab es schon vorher. Sie wurden durch Corona allerdings abermals verschärft. Nur ein paar Beispiele: Mehrkindfamilien und Alleinerziehende kommen schwerer durch die Pandemie als andere

Familien. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und von Menschen über 50 Jahren stieg gegenüber dem Februar 2020 um 29 %. Die Langzeitarbeitslosigkeit stieg sogar um 61 %. Das Projekt "Bayern barrierefrei" kommt einfach nicht wirklich vom Fleck. Die Kita-Qualität hinkt weit hinter dem Erforderlichen her.Seniorinnen und Senioren fühlen sich nach wie vor nicht wirklich ausreichend gehört. Viele Anlaufstellen und soziale Angebote zur Unterstützung der Menschen bewältigen die hohe Nachfrage nicht, die permanent an sie herangetragen wird. Noch dazu haben sie finanzielle Probleme.

Interessant finde ich schon, wie die CSU es schafft, sich all diese Dinge einfach schönzureden. Wir als SPD-Landtagsfraktion finden, dass der Freistaat darauf endlich mit wirklich klugen Maßnahmen und Investitionen reagieren muss.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Die zentralen Fragen für 2021 lauten: Wie kommen wir durch die Krise? Wie stehen wir nach der Krise da? Wie stellen wir uns unsere Zukunft vor? – Diese Fragen muss ein guter Sozialhaushalt eigentlich beantworten. Der vorgelegte Entwurf macht das aus unserer Sicht leider nicht. Er erfüllt nicht die Anforderungen an einen großen Wurf, im Gegenteil. Dieser Haushaltsentwurf bleibt weit hinter den Erwartungen, vor allem aber hinter den Notwendigkeiten zurück. Wieder gibt es keine Vision, nicht einmal ein Signal für einen Aufbruch. Den Status quo zu halten, reicht nicht.

Wir als SPD haben uns mit zahlreichen Änderungsvorschlägen eingebracht und Verbesserungen vorgeschlagen. Wir wollen echtes Engagement für Menschen mit Behinderung durch zusätzliches Geld zum Beispiel im Bereich Barrierefreiheit. Wir wollen einen Schub für Wohnraum für Menschen mit Behinderung.

Wir möchten mehr Unterstützung für Wohnungs- und Obdachlose; gerade zu Pandemiezeiten wurde es für sie nicht leichter. Wir wollen eine bessere Finanzierung der Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit; denn es ist evaluiert, dass diese Stellen eine erfolgreiche Arbeit leisten.

Wir wollen mehr Geld für eine bessere Jugendarbeit in unserem Land. Kolleginnen und Kollegen, Jugendpolitik heißt nicht, einen Jugendgipfel abzuhalten, und das war es dann. Taten müssen folgen, zum Beispiel in der besseren Ausstattung von Jugendsozialarbeit. Der Bedarf ist nämlich ungebrochen hoch.

Wir brauchen auch weiterhin die Unterstützung beim Übergang von der Schule zum Beruf. Deshalb fordern wir zum Beispiel auch, die Berufseinstiegsbegleitung fortzuführen und mit 2 Millionen Euro auszustatten, um circa 3.500 Jugendlichen jährlich zu helfen, den Übergang gut zu schaffen. Auch da wissen wir, dass die Erfolgsquote sehr hoch war.

(Beifall bei der SPD)

Geld dafür gibt es aber von der Staatsregierung nicht. Wir wollen den Fokus auch auf Familien in besonders schwierigen Lebenslagen lenken. Gerade Frauen kämpfen mit den Auswirkungen von Corona ganz besonders. Doch dazu findet sich auf den 272 Seiten nicht wirklich etwas.

Kolleginnen und Kollegen, am deutlichsten werden die fehlende Vision und der fehlende Blick in die Zukunft aber beim Thema Kindertagesbetreuung. Sie werfen auch heute mit großen Zahlen um sich. Stimmt, das hört sich immer sehr beeindruckend an. Aber es verschleiert schon ein wenig, wie schlecht es diesem Bereich wirklich geht, und das bezieht sich nicht auf das Engagement der Pädagoginnen und Pädagogen, sondern auf die Ausstattung.

Die hohen Zahlen drücken auch aus, wo Bayern stand und steht; denn Bayern – diesen Ländervergleich lassen Sie mich herstellen, nachdem ja bei der Finanzierung gern der Ländervergleich herangezogen wird – hatte da ordentlich aufzuholen und hat immer noch aufzuholen. Uns fehlen nämlich immer noch viele Betreuungsplätze, vor allem im Krippenbereich. Bildungschancen hängen gerade in Bayern nach wie vor unglaublich stark vom Wohnort und von der Familie ab.

Wir haben einen eklatanten Fachkräftemangel. Das Ministerium selbst rechnet in den nächsten Jahren mit 30.000 fehlenden Fachkräften. Als Heldinnen und Helden wurden die Erzieherinnen und Erzieher im Kitabereich kräftig beklatscht. Mit ihren Nöten und Anliegen wurden sie aber nicht gesehen, wieder nicht, auch nicht im Haushaltsplan. Es gibt keine substanzielle Aufstockung der Grundfinanzierung. Es gibt keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und es gibt auch keine bessere Leitungsfreistellung und keine Anhebung des Anstellungsschlüssels. Das sind nur ein paar Beispiele, um zum Ausdruck zu bringen, wo wir uns bewegen.

Ich bitte Sie noch einmal um Zustimmung zu unseren Anträgen heute hier im Plenum für einen modernen, sozialen und nachhaltigen Sozialhaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächste Rednerin spricht die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushalt ist immer eine große Chance, Mittel in die Hand zu nehmen, um etwas zu bewegen und Impulse zu geben, in diesem Fall für den wichtigen Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik. Was wir hier vorgelegt bekommen haben, ist aber nichts weiter als eine Fortschreibung dessen, was schon im letzten Jahr im Haushalt stand.

Allerdings gibt es einige bedenkliche Streichungen. Dazu gehören beispielsweise die fehlenden Mittel für die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern. Sie streichen Mittel für die Integration von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt und vor allen Dingen auch die Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung. Wir haben uns in den letzten Tagen sehr dafür eingesetzt und auch mit den GRÜNEN und der SPD dafür gekämpft, dass die Berufseinstiegsbegleitung wieder finanziert wird. Währenddessen sind die Vertreter der Regierungsfraktionen durch das ganze Land gezogen und haben hier ungedeckte Schecks aus ihren Fraktionsreserven verteilt, obwohl der Haushalt noch gar nicht verabschiedet ist.

Dann haben Sie sich noch überlegt, irgendwelche dubiosen Männervereine fördern zu wollen; das "Forum Soziale Inklusion e. V." ist der Meinung, dass am Diskurs der Bundesregierung ausschließlich Vertreter von Frauenverbänden und Interessenvertreter von Minderheiten beteiligt seien. Das klingt für mich eher wie ein Klub von Verschwörungstheoretikern, den Sie da unterstützen.

Immer noch gibt es ein Gerangel zwischen den Ministerien um die Berufseinstiegsbegleitung. Aber immerhin bewegt sich langsam ein bisschen etwas. Ohne das Kämpfen der drei demokratischen Oppositionsfraktionen hätte man hier jährlich über 3.000 Schüler im Regen stehen lassen. Ich kann nur dringend appellieren, dass Sie etwas tun, damit diese Schüler nicht durchs Raster fallen. Das sind gerade Schüler mit besonderem Förderbedarf, und die Berufseinstiegsbegleitung war ja bislang immer sehr erfolgreich.

Wir haben uns an die Arbeit gemacht und uns gefragt: Wie kann ein zukunftsfähiger Sozialhaushalt aussehen, der wirklich etwas voranbringt und mit dem wir Impulse setzen? – Wir nehmen dazu 300 Millionen Euro in die Hand, aber finanzieren alles sauber gegen.

Erstens. Statt herumzurennen und mit Familien- oder Krippengeld teure Gießkannenpolitik zu machen, setzen wir voll auf Qualität in der frühkindlichen Bildung. Beispiele dafür sind ein besserer Anstellungsschlüssel in den Kitas, eine Ausweitung von Opti-Prax, also der bezahlten und praxisnahen Ausbildung von Erziehern, die Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben, mehr Fortbildungen und Budgethoheit. Wir wollen auch, dass ein Entwicklungsstand erhoben wird, um Kinder vor der Einschulung wirklich individuell zu fördern. Weitere 61 Millionen Euro würden wir in den Ausbau der Krippen investieren, weil Bayern bei der Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren immer noch total rückständig ist.

Zweitens. Statt des Rückwärtsgangs der Staatsregierung fahren wir bei der Digitalisierung auf der Überholspur. Ich kann es nicht fassen, dass Sie ein "Zentrum für Medien-

kompetenz in der Frühpädagogik" ins Leben rufen und dieses dann völlig ausbluten lassen. Die meisten Stellen sind nach wie vor unbesetzt. Wir wollen eine vernünftige Finanzierung und haben entsprechende Anträge eingebracht. Wir setzen uns auch für Pilotprojekte für die Digitalisierung in der frühkindlichen Bildung ein.

Drittens. Der Kinderschutz ist ein wichtiger Baustein unseres Gesetzentwurfs. Wir wollen, dass eine Expertenkommission den Landtag auf dem Laufenden hält. Wir wollen auch, dass das Projekt "Trau dich!" an alle Schulen kommt. Dieses Projekt ist uns sehr wichtig, weil Kinder hier gestärkt werden. Hier wird ihnen gezeigt, wann Erwachsene Grenzen überschreiten und wo und wie sie sich dann melden können. Für den Kinderschutz nehmen wir gern Geld in die Hand.

Ein weiteres Thema ist das Thema Jugend. Wir wollen, dass der Bayerische Jugendring unterstützt wird. Wir wollen auch eine Mittelerhöhung, aber es geht natürlich letztendlich nicht nur ums Geld. Die Jugendarbeit hat noch kaum Öffnungsperspektiven. Da geht viel zu wenig voran, und Sie müssten viel mehr tun.

Das gilt auch für die Jugendsozialarbeit an den Schulen.Hier hat der Landkreistag schon vor Jahren 140 Stellen als Minimum gefordert. Auch wir fordern diese mit unseren Anträgen. Die CSU fordert nur 70 Stellen. Das ist zu wenig. Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist gerade jetzt nach dem Corona-Jahr wichtig. Soeben konnten wir in der Bertelsmann-Studie lesen, wie schwierig die Lage der Jugendlichen derzeit ist, dass sie psychische Probleme so massiv wie noch nie haben. Daher muss die Jugendsozialarbeit an Schulen gute Voraussetzungen erhalten und ordentlich stattfinden.

Was den Mittelzufluss für die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern anbelangt, wollen wir, dass weiterhin jährlich 2,5 Millionen Euro zugeschossen werden. Wir wollen aber auch nicht – und das ist unser letzter Punkt – durchgehen lassen, dass Sie in diversen Titeln schleichend immer wieder Mittel für unnötige Ausgaben erhöhen.

Wir stimmen Ihrem Entwurf nicht zu. Wir haben einen Gegenvorschlag vorgelegt. Dazu würde ich mich weiterhin über Ihre Unterstützung freuen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Hopp von der CSU-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Frau Kollegin Sandt, ich bin etwas ratlos, weil Sie wieder wie auch schon in den Ausschussberatungen angesprochen haben, die Mittel für die Stiftung Obdachlosenhilfe würden in diesem Haushalt gekürzt. Ich dachte eigentlich, ich hätte es gut erklärt. Vielleicht bin ich damit gescheitert. Ich hatte erläutert: Wir haben in den letzten zwei Jahren im Rahmen des letzten Doppelhaushalts die Mittel für eine Verbrauchsstiftung eingestellt. Die Mittel sind jetzt vorhanden und werden – wie bei einer Verbrauchsstiftung üblich – nun auch abgerufen. Deshalb ist es falsch, zu sagen, Mittel würden gekürzt. Eine Verbrauchsstiftung ist so angelegt, dass Geld eingesetzt wird. Dies ist in den letzten zwei Jahren geschehen. Das Geld wird jetzt abgerufen. Daher bin ich etwas verwirrt, weil Sie immer davon sprechen, die Mittel würden nun "gekürzt". Eine Verbrauchsstiftung funktioniert anders. Dort wird das Geld eingesetzt und dann Stück für Stück abgerufen. Das läuft sehr gut, wie bei den Ausschussberatungen auch erläutert wurde. Deswegen wundere ich mich darüber, dass Sie eine Kürzung der Mittel für die Obdachlosenhilfe zwei oder drei Mal angesprochen haben.

Julika Sandt (FDP): Dennoch denke ich – wir haben auch mit der Stiftung Obdachlosenhilfe gesprochen –, es ist gerade jetzt in dieser Zeit nicht sinnvoll, einmal mit großem Tamtam einen Betrag einzusetzen und überhaupt nicht aufzuzeigen, wie es in Zukunft langfristig weitergehen kann. Gerade jetzt in Zeiten der Corona-Krise wollen wir ein Zeichen für die Obdachlosen setzen. Deshalb habe ich auch persönlich einen großen Teil meiner Diätenerhöhung in die Stiftung Obdachlosenhilfe hineingegeben. Diese gestaltet tolle Projekte. Dort läuft sehr viel, aber es ist auch noch ein hoher Bedarf vorhanden. Wir sind der Meinung, die Stiftung könnte einen Zuschuss sehr, sehr

gut gebrauchen. Eigentlich ist es schade, dass man hier nur mit viel Tamtam einen einmaligen Beitrag leistet und dies nicht verstetigen möchte.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Huber von der CSU-Fraktion.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Kollegen Dr. Hopp und Herr Häusler haben bereits eindrucksvoll dargelegt, dass wir einen klaren Schwerpunkt auf ein soziales Bayern legen. Auch wenn ich hier etwas wiederhole: Die Zahlen sind nun einmal eine klare Ansage. Im Jahr 2021 steigt der Sozialhaushalt um 6 % erstmals auf über 7 Milliarden Euro. Das ist für ein Land mit über 13 Millionen Einwohnern eine echte Hausnummer, die so nicht selbstverständlich ist. Zu verdanken haben wir dies übrigens in erster Linie allen, die im Freistaat Steuern zahlen. Das will ich an dieser Stelle auch einmal ausdrücklich würdigen. Deswegen geht ein herzliches Vergelts Gott an alle Arbeitnehmer, aber auch an alle Mittelständler, Handwerker und Unternehmer, die die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und damit die Grundlage liefern, um auch die Menschen zu unterstützen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Schwerpunkt liegt – wie bereits gesagt – weiterhin bei den familienpolitischen Leistungen. Hierfür sind insgesamt über 4 Milliarden Euro vorgesehen. Das entspricht einem Zuwachs von über 400 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr sowie einem Anteil von 60 % des Sozialhaushalts. Damit untermauern wir auch sehr klar unseren Anspruch, das Familienland Nummer eins in Deutschland zu bleiben. Das ist ein deutliches Signal, liebe Kollegen! Wir geben dem Freistaat damit die Möglichkeit, in vielen Bereichen für viele unserer Menschen in Bayern etwas zu tun und dort zu helfen, wo Hilfe notwendig ist.

Ich möchte die Zahlen, die meine Kollegen schon genannt haben, jetzt aber nicht wiederholen, sondern nur auf ein paar ergänzende Punkte hinweisen. Die Befassung des

Landtags mit dem Haushalt bietet uns als CSU-Fraktion eine gute Möglichkeit, im sozialen Bereich Schwerpunkte zu setzen und eigene Initiativen zu starten, um den Menschen zu helfen, die unsere Hilfe brauchen. Über die Fraktionsinitiative unterstützen wir viele wertvolle Projekte. Ich möchte ein paar davon herausgreifen: Mir, aber auch unserer Ministerin Carolina Trautner, liegt der Ausbau und die Stärkung der aufsuchenden Erziehungsberatung besonders am Herzen. Bayernweit gibt es dazu 180 Erziehungsberatungsstellen und Außensprechstunden. Die Beratung leistet einen wertvollen Beitrag zur qualifizierten Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme. Dabei muss es Kindern, Jugendlichen und ihren Familien so leicht wie möglich gemacht werden, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade die Corona-Krise war und ist für viele Familien eine große Herausforderung, die in vielen Familien leider noch länger sozial und ökonomisch nachwirken wird. Daher ist es wichtig, die Strukturen dem steigenden Bedarf entsprechend gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern aufzustellen und anzupassen, um eine gute und gesunde Entwicklung der Kinder sicherzustellen und Kindeswohlgefährdungen insgesamt zu vermeiden. Deswegen möchten wir die Erziehungsberatung weiter stärken und dafür sorgen, dass sich Fachkräfte noch enger mit Kitas, Schulen, Kliniken und Frauenhäusern vernetzen und dort Sprechstunden anbieten können. Auf diese Art und Weise können die Beratungsstellen die betroffenen Eltern schnell und niedrigschwellig erreichen. Deshalb haben wir uns dafür starkgemacht, zusätzlich eine Million Euro für das entsprechende Förderprogramm der Staatsregierung bereitzustellen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Sozialpolitik sind die Belange von Menschen mit Behinderungen. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Die zentrale Idee der Inklusion ist es, dass Menschen mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und zusammenleben können. Ob beim Einkaufen, am Arbeitsplatz, in der Schule, auf Veranstaltungen, in Vereinen oder im Kreis der Familie: Jeder wird von der Gesellschaft so akzeptiert, wie er ist, und soll ein

Leben ohne Barrieren führen können. Deswegen haben wir auch die Mittel im Landesbehindertenplan um eine Million Euro aufgestockt.

Wir wollen die Menschen mit Hörbehinderung unterstützen, auch mit einer Kampagne, um die Verfügbarkeit von Dolmetscherleistungen für Betroffene zu verbessern. Seit dem Wintersemester 2015/2016 gibt es an der Hochschule Landshut den Studiengang Gebärdensprachdolmetschen. Mit einer Werbekampagne wollen wir intensiver auf diesen so wichtigen Studiengang hinweisen und dadurch die Zahl der Dolmetschenden erhöhen. Für diese Kampagnen stellen wir insgesamt 100.000 Euro bereit.

Die Förderung der Erinnerungskultur hat Herr Kollege Dr. Hopp schon angesprochen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch aufgrund des Umfangs der Rede kann ich nicht alle Initiativen nennen. Daneben stellen wir auch zusätzliche Mittel für die Unterstützungsmaßnahmen am Übergang von der Kita in die Schule bereit, für die sogenannten Schulstarthelfer, für die Stärkung des Bayerischen Aktionsplans "Jugend", für die Unterstützung der Tafeln und der Bahnhofsmission und zur Förderung des Ehrenamts, das der Kitt der Gesellschaft und des bürgerlichen Engagements ist.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Sozialhaushalt für die Menschen in Bayern vieles bewirken können. Ich möchte mich ausdrücklich bei unserer Ministerin für die gute Zusammenarbeit bedanken, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, bei meiner Kollegin Doris Rauscher für die gute Zusammenarbeit und ausdrücklich bei den vielen Menschen in unserem Land, die jeden Tag in den sozialen Berufen in Kindergärten, Jugendhilfeeinrichtungen, in der Jugendarbeit, in Pflegeheimen, Krankenhäusern und vielen weiteren Einrichtungen haupt- und ehrenamtlich für andere da sind und damit das soziale Gesicht Bayerns ausmachen. Herzlichen Dank! Gerade in der Corona-Pandemie arbeiten diese Menschen unter schwierigsten Bedingungen und zeigen jeden Tag aufs Neue, wie wichtig und wertschätzend ihre Arbeit für uns und unser Land ist. Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Eva Lettenbauer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushalt mit Zukunftspotenzial investiert kräftig in die Zukunft und in ein besseres Miteinander. Das Gegenteil ist beim Haushaltsentwurf quer durch die Bank der Fall. Blicken wir zuerst auf diejenigen, die unser Miteinander gerade besonders stützen: Frauen. 80 % der Krankenpfleger*innen sind Frauen und erhalten zu wenig Gehalt. Politisch geschaffene Strukturen machen es schwer, dass auch Männer mehr Sorgearbeit daheim leisten und endlich Gleichberechtigung herrscht. Wir brauchen dringend Fortschritt statt Rückschritt in der Gleichberechtigung und müssen in Bayern Frauen stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen fünfstelligen Betrag aus dem Landeshaushalt für einen Verein der Männerrechtsbewegung auszugeben, widerspricht dagegen jedem Engagement für Gleichberechtigung von Frauen in Bayern. Was für eine Farce! Der Zuschuss für den Verein "Soziale Inklusion e. V." muss gestrichen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht zu vergessen ist der Schutz von Frauen vor Gewalt. Deutschland hat 2017 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die Istanbul-Konvention, angenommen. Daher sind alle Bundesländer gefragt, nicht nur anzufangen, Gewaltschutz zu koordinieren, sondern auch zu monitoren und zu evaluieren. Wir beantragen deshalb eine Viertelmillion Euro für das Monitoring und die Evaluation des bayerischen Gewaltschutzes durch eine unabhängige Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Blicken wir aber auch auf die Kinder und Jugendlichen: Fast 70 % leiden unter Zukunftsängsten und finanziellen Sorgen. Eine Stütze für unsere Gesellschaft ist die vielfältige und lebendige Arbeit des Bayerischen Jugendrings und der Jugendarbeit in Bayern allgemein. Statt, wie die AfD es will, über die Hälfte der Gelder für den Bayerischen Jugendring zu streichen, fordern wir GRÜNE eine Million Euro mehr für den Bayerischen Jugendring, besonders für Austauschprogramme in Mittel-, Real- und Förderschulen.

Frau Staatsministerin, bekämpfen Sie endlich die massive Jugendarmut in Bayern! 320.000 junge Menschen leben in Armut, jeder fünfte junge Erwachsene, jeder sechste junge Mensch zwischen 14 und 17. Das ist ein Armutszeugnis für die Regierung und eine Schande. Wichtig ist zum Beispiel der erfolgreiche Abschluss von Schule und Ausbildung. Doch bei den 2018 zugesagten JaS-Stellen fangen Sie erst 2021 mit vorerst 70 Stellen an. Das ist viel zu wenig. Wir brauchen in allen Schulen, auch in den Berufsschulen, endlich ausreichend Sozialarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Blick auf den nächsten Haushaltsplan kann ich nicht fassen, dass Sozialministerin und Schulminister in diesen Zeiten der Berufseinstiegsbegleitung den Garaus machen wollen. Ministerin Trautner weiß seit Monaten Bescheid. Lassen Sie über 3.500 Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben jetzt nicht allein; stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung muss endlich die Kinder und Jugendlichen, die Familien unterstützen, die Unterstützung brauchen. Das haben wir beantragt. Statt Familiengeldzahlungen pauschal, ohne Bedarf, an alle auszuschütten, auch an die BMW-Managerin und den Abgeordneten, wollen wir das Familiengeld sozial staffeln und die Einsparungen von 320 Millionen Euro jährlich so investieren, dass die Hilfe direkt ankommt.

Sozialarbeit und Gewaltschutz habe ich genannt.

Wir wollen auch 45 Millionen Euro für mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas verwenden. Wir wollen den Fachkräftemangel in Bayern anpacken. Das sind die jetzt notwendigen Weichenstellungen. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu – für den sozialen Zusammenhalt in Bayern und für ein besseres Miteinander!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung die Staatsministerin Carolina Trautner.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen heute den Einzelplan 10, den Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zur abschließenden Beratung vorstellen. Es ist mir ein ganz großes Anliegen, allen, die in den vergangenen Wochen und Monaten daran gearbeitet haben, Danke zu sagen. Gemeinsam haben Sie in mehrfacher Hinsicht ein wertvolles Werk geschaffen. Herzlichen Dank fraktionsübergreifend allen Kolleginnen und Kollegen, die in den Gremien des Landtags mitgedacht, mitdiskutiert und mitgearbeitet haben. Herzlichen Dank den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den betroffenen Ressorts, neben meinem Haus insbesondere dem Finanzministerium und Herrn Finanzminister Füracker für die verantwortungsvolle und gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank auch für die Fachkompetenz, für die Erfahrung und auch für das Herzblut, das alle in diesen Haushaltsplan eingebracht haben.

Familie, Arbeit und Soziales: In der jüngeren Geschichte unseres Landes gibt es nur wenige Ereignisse, die das Leben der Menschen und damit diese drei Bereiche derart gefordert haben wie die Pandemie. Ich bin überzeugt: Die Menschen, die hinter diesen drei Lebensbereichen stehen, die Familie, Arbeit und Soziales ausmachen, müssen wir über Corona hinaus besonders achtsam im Blick behalten.

Unser Haushalt zeigt das ganz deutlich mit seiner Vielzahl von Hilfen und der Gesamtsumme, die in diesem Jahr erstmals in der Geschichte des Freistaats über 7 Milliarden Euro liegt. Wir geben damit – auch das wurde schon gesagt – über 6 % mehr Finanzmittel in die Lebensbereiche Familie, Arbeit und Soziales als im Vorjahr.

Ich denke, das ist gerade in diesen Zeiten ein überzeugendes und richtiges Zeichen an unsere Gesellschaft sowie an die Menschen, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen und auf unsere Solidarität vertrauen wollen. Trotz der erheblichen finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise spart der Freistaat nicht an seinem Sozialhaushalt, ganz im Gegenteil. Wir setzen starke Impulse der Solidarität und des Miteinanders und machen unseren Sozialstaat zukunftsfest.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Alle Menschen, von jung bis alt, können sich auf uns verlassen. Wir fangen sie auf und unterstützen sie, wo sie Sicherheit brauchen, gerade in diesen unsicheren Zeiten. Viele Menschen spüren die Auswirkungen der Corona-Krise besonders stark: Kinder, Jugendliche, Familien, Menschen mit Behinderung, Gewaltopfer oder auch Wohnungs- und Obdachlose.

Mit den Mitteln, die in unserem Haushalt zur Verfügung stehen, können wir ihnen helfen. Doch das allein wäre zu kurz gegriffen. Denn es geht nicht nur darum, wie wir die Corona-Pandemie bewältigen. Wir müssen über Corona hinaus denken und dürfen andere Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger nicht aus dem Blick verlieren. Gerade jetzt zeigt sich, dass wir froh und stolz sein können auf unser stabiles, starkes soziales Netz, das die Menschen zusammenhält und trägt.

Den Schwerpunkt in unserem Einzelplan bilden, wie schon in den zurückliegenden Jahren, die Familien. Wir wollen die familienpolitischen Leistungen um mehr als 400 Millionen Euro auf insgesamt rund 4,2 Milliarden Euro aufstocken. Der Großteil kommt der Kindertagesbetreuung zugute. Ganz oben auf der Agenda stehen der weitere Ausbau der Betreuungsplätze, eine noch bessere Qualität der frühkindlichen Bil-

dung und natürlich auch die finanzielle Unterstützung der Eltern. Denn Corona hat sehr eindrücklich und deutlich gezeigt, welche zentrale Bedeutung die Betreuung der Kinder für unser gesellschaftliches Leben hat. Unsere Jüngsten profitieren ihr Leben lang von einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung. Den Eltern hilft sie ganz entscheidend dabei, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

Beim Ausbau der Betreuungsplätze verstehen wir uns als Partner der Kommunen und entlasten sie erheblich. Allein zwischen den Jahren 2008 und 2020 haben wir mit Sonderinvestitionsprogrammen 1,9 Milliarden Euro bewilligt, zum Großteil aus Landesmitteln. Inklusive der Verlängerung, die wir letztes Jahr beschlossen haben, können wir zusätzlich insgesamt 73.500 Betreuungsplätze schaffen.

Natürlich ist auch die Qualität in der Kindertagesbetreuung wichtig. Dafür investieren wir in diesem Haushalt noch einmal 51 Millionen Euro mehr, um Personen für die Tagespflege fest anzustellen, um beispielsweise den Einsatz der pädagogischen Qualitätsbegleiterinnen und Qualitätsbegleiter auf die Kindertagespflege auszuweiten und natürlich auch, um den Leitungs- und Verwaltungsbonus zu gewähren. Wir alle wissen: Qualität braucht Fachkräfte. Das Personal in den Einrichtungen leistet jeden Tag wertvollste Arbeit. Es arbeitet mit und für unsere Kinder und damit an einer guten Zukunft für unsere Gesellschaft. Vergelts Gott dafür!

Wir brauchen dringend mehr Fachkräfte. Dies ist auch für mich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir haben einen Fünf-Punkte-Plan für mehr Fachkräfte und höhere Qualität, der genau hier ansetzt. Eine attraktive Ausbildung wird gerade mit neuen Aspekten auf den Weg gebracht. Wir wollen Quereinsteiger gewinnen und die Rahmenbedingungen in den Kitas verbessern. Natürlich legen wir auch Wert auf eine leistungsgerechte Bezahlung. Hierfür müssen wir aber die Tarifpartner mit ins Boot holen. Nicht zuletzt müssen wir das Ansehen der sozialen Berufe steigern und Kampagnen durchführen und Werbung für die sozialen Berufe machen, die wir – das haben wir in der Pandemie gesehen – noch viel zu wenig wertgeschätzt haben.

Wir setzen in der Kinderbetreuung auf Beitragsentlastung. Ja, das tun wir, weil wir die Eltern unterstützen wollen. Dies geschieht durch den Beitragszuschuss in Höhe von einer halben Milliarde Euro. Damit investieren wir in unsere Familien und in die frühkindliche Bildung unserer Kinder. Gerade in diesen schwierigen Zeiten stehen wir den Eltern zudem mit finanziellen Leistungen und flächendeckenden Beratungsangeboten für alle Lebenslagen zur Seite. Unsere Jugendämter, Erziehungsberatungsstellen, koordinierenden Kinderschutzstellen, Schwangerenberatung, Familienstützpunkte sowie Ehe- und Familienberatungsstellen leisten hier hervorragende Arbeit. Deshalb wollen wir beispielsweise die Erziehungsberatungsstellen mit aufsuchenden Angeboten weiter ausbauen und stärken.

Gerade aktuell sind die Familien besonders belastet und brauchen mehr denn je unsere Unterstützung. Kinder und Jugendliche leisten mit ihrer Solidarität und ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie, obwohl gerade sie von den Einschränkungen besonders hart getroffen werden. Da reicht ein einfaches Danke nicht aus. Allein für die Jugendarbeit stellen wir heuer so viele Mittel wie nie zuvor zur Verfügung. Mit dem diesjährigen Mittelaufwuchs erhöhen wir die Förderung des Bayerischen Jugendrings sowie des Instituts für Jugendarbeit und stärken vor allem die Teilhabe und Mitbestimmung der Jugendlichen.

Ich möchte, dass wir die Vorstellungen und Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen noch viel stärker berücksichtigen. Das ist auch Ziel unseres Aktionsplans "Jugend". Als Vorsitzende der Jugend-und Familienministerkonferenz in diesem Jahr habe ich mir das Thema Partizipation vorgenommen. Ich sage hier ganz deutlich: Ich vertraue auf die Jugend. Ich verlasse mich auf die Jugend. Sie weiß selbst am allerbesten, wie sie ihr Leben und damit die Zukunft gestalten möchte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir planen auch eine eigene Kinder- und Jugendkonferenz, die im Vorfeld der Jugend- und Familienministerkonferenz Forderungen erarbeiten und auf der JFMK vortragen

soll. Darüber hinaus haben wir für die Jugendhilfe, die Jugendsozialarbeit und den Jugendschutz mehr Mittel zur Verfügung. Damit können wir beispielsweise wichtige Maßnahmen wie die mehrfach erwähnte Jugendsozialarbeit an Schulen weiter voranbringen.

Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Regelstrukturen. Wir stärken sie ganz unabhängig von den Belastungen durch die Pandemie. Weil die Pandemie aber gerade Kinder und Jugendliche ganz besonders belastet, haben wir erst gestern im Kabinett zusätzlich ein umfassendes Unterstützungskonzept für Kinder und Jugendliche beschlossen. Mit zusätzlichen Ausbildungsakquisiteuren stärken wir den wichtigen Übergang von der Schule in den Beruf. Wir fördern digitale Streetworker und den beschleunigten Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen. Wir werden sie in diesem Jahr mit zusätzlichen 70 Stellen ausbauen; für das nächste Jahr sind in diesem Konzept auch schon 70 Stellen enthalten. Wir entwickeln digitale Formate weiter. Wir stärken die Medienkompetenz sowie den Jugendmedienschutz.

Wir wollen Kinder und Jugendliche sowie die Fachkräfte ganz gezielt unterstützen. Dabei wird klar: Unsere vorhandenen Regelstrukturen, die wir in den zurückliegenden Jahren aufbauen konnten, haben sich gerade auch in schwierigen Zeiten bewährt. Betroffene wie Experten bestätigen uns das immer wieder.

Menschen mit Behinderung sollen in der Mitte unserer Gesellschaft leben – mehr noch: Für uns alle soll es eine Selbstverständlichkeit werden, dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammen leben, zusammen arbeiten und zusammen ihre Freizeit verbringen können. Mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderung zu schaffen, ist mir ein besonderes Anliegen, denn auch Menschen mit Behinderung sollen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie bei ihrer Familie, im geschützten Rahmen einer Komplexeinrichtung oder in gemeindeintegrierten Wohnformen leben wollen. Deshalb will der Freistaat die Träger im Jahr 2021 mit 23,5 Millionen Euro aus dem Bayerischen Landesplan für Menschen mit Behinderung und mit weiteren 20 Millionen Euro

aus dem Sonderinvestitionsprogramm "Konversion von Komplexeinrichtungen" unterstützen.

Unverzichtbare Voraussetzung jeder Teilhabe ist für mich die Barrierefreiheit. Das Programm "Bayern barrierefrei" ist mir daher ein Herzensanliegen. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen, dass wir im Kabinettsausschuss gemeinsam unter dem Motto "Zwölf Ministerien, ein Ziel: barrierefrei zum Miteinander!" an dieser Aufgabe kraftvoll weiterarbeiten.

Eine besonders vulnerable Gruppe sind die Wohnungs- und Obdachlosen. Bereits im letzten Doppelhaushalt haben wir deshalb sehr viel Geld für den Aktionsplan "Hilfe bei Obdachlosigkeit" bereitgestellt. Wir wollen auch den Tafeln und den Bahnhofsmissionen bei der Bewältigung der Pandemie zusätzlich unter die Arme greifen. Die Tafeln bekommen dieses Jahr 150.000 Euro zusätzlich, um die Organisationsabläufe zu verbessern.

Auch das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen steht momentan vor großen Herausforderungen. Deshalb haben wir bereits im letzten Jahr zusätzliche Mittel, nämlich 900.000 Euro, für Mehraufwendungen aufgrund von Corona zur Verfügung gestellt.

Diese Schwerpunkte aus dem Haushalt kann ich Ihnen nur beispielhaft vorstellen. Meine Redezeit ist zu knapp, um allen Themen auch nur im Ansatz gerecht werden zu können. Beispielsweise konnte ich nicht die Senioren ansprechen, mit denen wir gerade gemeinsam die Initiative "SeniorenMitWirkung" gestartet haben, die Ehrenamtlichen, die gerade in der Pandemie Beeindruckendes geleistet haben, die ebenso geschichtsträchtige wie lebendige Vertriebenenpolitik oder das große Thema Arbeit. Gute Lösungen werden uns weiter fordern.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Arbeitgeber ebenso wie mit den Gewerkschaften. Wir stehen in einer großen Verantwortung.

Hinter den Maßnahmen und Zahlen stehen Menschen mit ihren Biographien und Lebensgeschichten, mit ihren vielen Sorgen und Nöten, aber auch mit Wünschen und Hoffnungen. Es sind Menschen, die nicht im Vordergrund stehen und sich auch nicht dort hindrängen, sondern jeden Tag aufs Neue versuchen, ihr Bestes zu geben, nicht selten unter ungünstigen Voraussetzungen und schwierigsten Bedingungen.

Hinter den vielen Maßnahmen und Zahlen im Einzelplan 10 stehen Menschen, die tagtäglich für andere da sind und genau darin ihren Lebenssinn gefunden haben, das Leben, nicht nur das eigene, jeden Tag gemeinsam ein bisschen besser zu machen. Schauen wir hin! Hören wir Ihnen zu! Kümmern wir uns um sie! Ich bin sicher, es ist aller Mühen wert, und wir tun gut daran.

Noch einmal herzlichen Dank allen, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben, und allen, die ihn dann für die Menschen vor Ort in Bayern mit Leben erfüllen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollegin Julika Sandt gemeldet. Bitte, Frau Sandt.

Julika Sandt (FDP): Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, wie wichtig es ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammen arbeiten können. Das ist richtig, und das sehen wir auch so. Ich will Sie etwas fragen. In Ihrem Vorschlag haben Sie bei den Zuschüssen an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen eine Kürzung um 1,5 Millionen Euro vorgesehen.Wir haben beantragt, diese Kürzung wieder rückgängig zu machen. Wie geht das zusammen mit Ihrer Forderung, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten?

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Wir unterstützen, wo wir nur können, an vielen Stellen. Zum Beispiel dient auch die Ausgleichsabgabe dazu, dass Arbeitgeber hier unterstützt werden. Wir haben aber auch noch andere Be-

reiche, wo wir Arbeitgeber unterstützen, damit sie Menschen mit Behinderung mitbeschäftigen. Da gibt es in unserem Haushalt unendlich viele Programme. Es ist ein großes Ziel, dass die Menschen mit Behinderung nicht nur in Werkstätten oder in Förderstätten, wo sie auch gute Arbeitsbedingungen haben, arbeiten, je nachdem, was sie möchten, sondern dass wir sie auch auf dem ersten Arbeitsmarkt unterbringen und unterstützen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2021 – das ist der Einzelplan 10 –, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13277 mit 18/13300, 18/13372 mit 18/13381, 18/13608 mit 18/13617, 18/13662 mit 18/13694 und 18/13742 mit 18/13760 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksachen 18/14433.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion "Für einen großen Wurf – mehr Qualität in bayerischen Kitas" auf Drucksache 18/13617 abstimmen. Wie vorab angekündigt, hat die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben. –

(Namentliche Abstimmung von 12:41 bis 12:44 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischendurch eine Information zum Sitzungsablauf: Wir werden nach diesem Tagesordnungspunkt noch einen weiteren Haushalt besprechen und beschließen. Das ist der Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege. Danach werden wir eine Mittagspause bis 15:00 Uhr machen. Um 15:00 Uhr beginnt dann die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Ich schließe die Abstimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Sitzung wird nun bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 12:45 bis 12:47 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wieder aufgenommen; denn ich habe ein Ergebnis. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion "Für einen großen Wurf – mehr Qualität in bayerischen Kitas" auf Drucksache 18/13617 bekannt: Mit Ja haben 21 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 74 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 18. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nachdem wir über diesen Änderungsantrag abgestimmt haben, können wir nun weitermachen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst. Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14433 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen bitte in der gleichen Weise anzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. – Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion der SPD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14433 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13742 mit 18/13760 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Für einen großen Wurf - mehr Qualität in bayerischen Kitas (Kap. 10 07 TG 88 - 94) (Drucksache 18/13617)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			X
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			X
Busch Michael			
Celina Kerstin			X
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa			X
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig			X
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina			X
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			X
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			X
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	21	74	18

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ausgaben für Sachverständige
   (Kap. 10 02 Tit. 526 11)
   Drs. 18/13277
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Ausgaben für Sachverständige
   (Kap. 10 02 Tit. 526 99)
   Drs. 18/13278
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
   (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/13279
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
   (Kap. 10 03 Tit. 683 87)
   Drs. 18/13280
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
   (Kap. 10 03 Tit. 698 72)
   Drs. 18/13281

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Veröffentlichungen, Informationsmaterial, Öffentlichkeitsarbeit, Kosten für Preisverleihungen
   (Kap. 10 05 Tit. 531 74)
   Drs. 18/13282
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Veranstaltungskosten
   (Kap. 10 05 Tit. 540 74)
   Drs. 18/13283
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen
   (Kap. 10 05 Tit. 893 01)
   Drs. 18/13284
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kosten der bzw. des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
   (Kap. 10 06 Tit. 536 01)
   Drs. 18/13285
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung heimatpolitischer Anliegen im Rahmen der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe
    (Kap. 10 06 Tit. 686 03)
    Drs. 18/13286
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten der bzw. des Beauftragten für das Ehrenamt
    (Kap. 10 07 Tit. 536 02)
    Drs. 18/13287
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Veranstaltungskosten
    (Kap. 10 07 Tit. 540 60)
    Drs. 18/13288
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe
    (Kap. 10 07 Tit. 547 74)
    Drs. 18/13289

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Digitalisierung
    (Kap. 10 07 Tit. 547 96)
    Drs. 18/13290
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
    (Kap. 10 07 Tit. 633 74)
    Drs. 18/13291
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
    (Kap. 10 07 Tit. 633 90)
    Drs. 18/13292
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen
    (Kap. 10 07 Tit. 633 91)
    Drs. 18/13293
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung
    (Kap. 10 07 Tit. 633 92)
    Drs. 18/13294
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz
    (Kap. 10 07 Tit. 681 02)
    Drs. 18/13295
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Landeserziehungsgeld
    (Kap. 10 07 Tit. 681 80)
    Drs. 18/13296
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerisches Krippengeld
    (Kap. 10 07 Tit. 681 91)
    Drs. 18/13297

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)
    (Kap. 10 07 Tit. 684 76)
    Drs. 18/13298
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Gleichstellung; Chancengerechtigkeit)
    (Kap. 10 07 Tit. 686 86)
    Drs. 18/13299
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entgelte der Arbeitnehmer
    (Kap. 10 67 Tit. 428 01)
    Drs. 18/13300
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 10 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/13372
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gehörlosengeld einführen
    (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
    Drs. 18/13373
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken!
    (Kap. 10 03 TG 72)
    Drs. 18/13374
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Inklusives Wohnen für Menschen mit Behinderung ausbauen, Konversion von Komplexeinrichtungen besser fördern
    (Kap. 10 05 Tit. 893 01)
    Drs. 18/13375
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
    (Kap. 10 07 Tit. 633 91)
    Drs. 18/13376

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
    (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
    Drs. 18/13377
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Familiengeld sozial staffeln
    (Kap. 10 07 Tit. 681 02)
    Drs. 18/13378
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerischen Jugendring stärken
    (Kap. 10 07 Tit. 685 78 u. neuer Tit.)
    Drs. 18/13379
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Monitoringstelle für die Umsetzung der Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention in Bayern
    (Kap. 10 07 TG 82)
    Drs. 18/13380
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderprogramm zur Stärkung der Kindertagespflege
    (Kap. 10 07 neuer Tit.)
    Drs. 18/13381
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Unterstützung für Menschen in besonderen Lebenslagen – Wohnungs- und obdachlose Menschen besser unterstützen
    (Kap. 10 03 TG 72 Tit. 684 72)
    Drs. 18/13608
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – barrierefreie Krankenhäuser auch für gehörlose Patientinnen und Patienten
    (Kap. 10 05 TG 78 – 79)
    Drs. 18/13609

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
    (Kap. 10 05 Tit. 893 01)
    Drs. 18/13610
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
    (Kap. 10 05 neue TG)
    Drs. 18/13611
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Unterstützung für Menschen in besonderen Lebenslagen – Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung stärken
    (Kap. 10 07 Tit. 633 01)
    Drs. 18/13612
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen – Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen
    (Kap. 10 07 Tit. 684 76)
    Drs. 18/13613
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen – mehr Angebote für Familien schaffen
    (Kap. 10 07 TG 73)
    Drs. 18/13614
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Geld für die Jugendarbeit in Bayern
    (Kap. 10 07 TG 78)
    Drs. 18/13615
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digitalisierungsfonds Jugendarbeit - Mehr Teilhabe für junge Menschen bayernweit
    (Kap. 10 07 TG 78 neuer Tit.)
    Drs. 18/13616

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Für einen großen Wurf – mehr Qualität in bayerischen Kitas
    (Kap. 10 07 TG 88 – 94)
    Drs. 18/13617
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 10 03 Tit. 633 73)
    Drs. 18/13662
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
    (Kap. 10 03 Tit. 671 89)
    Drs. 18/13663
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
    (Kap. 10 03 Tit. 671 95)
    Drs. 18/13664
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beihilfen
    (Kap. 10 03 Tit. 681 88)
    Drs. 18/13665
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
    (Kap. 10 03 Tit. 683 87)
    Drs. 18/13666
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 10 03 Tit. 684 72)
    Drs. 18/13667
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 10 03 Tit. 686 61)
    Drs. 18/13668

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 10 03 Tit. 893 72)
    Drs. 18/13669
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 10 05 Tit. 684 78)
    Drs. 18/13670
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
    (Kap. 10 05 Tit. 893 78)
    Drs. 18/13671
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten von Untersuchungen und dgl.
    (Kap. 10 07 Tit. 526 59)
    Drs. 18/13672
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten für Kosten von Untersuchungen u. dgl.
    (Kap. 10 07 Tit. 526 82)
    Drs. 18/13673
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) und der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF)
    (Kap. 10 07 Tit. 529 74)
    Drs. 18/13674
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
    (Kap. 10 07 Tit. 531 59)
    Drs. 18/13675
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kosten für die Weiterentwicklung des Familienpakts Bayern einschließlich der Kosten für die Fortsetzung des gemeinsamen Betriebs der Servicestelle
    (Kap. 10 07 Tit. 532 81)
    Drs. 18/13676

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erstattungen an Landkreise, kreisfreie Städte und Große Kreisstädte für konnexitätsbedingte Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes
    (Kap. 10 07 Tit. 633 02)
    Drs. 18/13677
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
    (Kap. 10 07 Tit. 633 03)
    Drs. 18/13678
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
    (Kap. 10 07 Tit. 633 04)
    Drs. 18/13679
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
    (Kap. 10 07 Tit. 633 06)
    Drs. 18/13680
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
    Drs. 18/13681
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
    (Kap. 10 07 Tit. 633 67)
    Drs. 18/13682
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Leistungen an natürliche Personen (Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie)
    (Kap. 10 07 Tit. 681 73)
    Drs. 18/13683

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 10 07 Tit. 684 62)
    Drs. 18/13684
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
    (Kap. 10 07 Tit. 684 67)
    Drs. 18/13685
69. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie)
    (Kap. 10 07 Tit. 684 73)
    Drs. 18/13686
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)
    (Kap. 10 07 Tit. 684 76)
    Drs. 18/13687
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung staatlich anerkannter Schwangerschaftsberatungsstellen nach Art. 14 BaySchwBerG
    (Kap. 10 07 Tit. 684 77)
    Drs. 18/13688
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 10 07 Tit. 684 78)
    Drs. 18/13689
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
    (Kap. 10 07 Tit. 685 78)
    Drs. 18/13690

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen (Schutz ungeborenes Leben; Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“)
    (Kap. 10 07 Tit. 685 84)
    Drs. 18/13691
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Gleichstellung; Chancengerechtigkeit)
    (Kap. 10 07 Tit. 686 86)
    Drs. 18/13692
76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben
    (Kap. 10 07 TG 82 neuer Tit.)
    Drs. 18/13693
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige (Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie)
    (Kap. 10 07 Tit. 893 73)
    Drs. 18/13694

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Hans Herold
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Gerd Mannes
Abg. Annette Karl
Abg. Albert Duin
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Josef Zellmeier
Staatsminister Hubert Aiwanger
Abg. Margit Wild

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 07

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13049 mit 18/13057)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12819 mit 18/12845)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12971 mit 18/13000)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/12769 mit 18/12771)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/12890)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Mehrzweck-Demonstrationsanlage der industriellen Biotechnologie (Kap. 07 03 Tit. 892 64) (Drs. 18/14710)

Letzterer Antrag wurde Ihnen vorab elektronisch übermittelt. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Die Verteilung erfolgt wie gehabt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Hans Herold für die CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Einzelplan 07 für unser Wirtschaftsministerium. Der Einzel-

plan 07 ist, wie ich meine, für den Staatshaushalt fast so etwas wie das Herz für den Menschen. Das heißt konkret: Wenn das Herz nicht hundertprozentig funktioniert, kann es dem Menschen nicht gut gehen, und wenn die Wirtschaft nicht gut funktioniert, kann es letztendlich auch der Gesellschaft nicht gut gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Einzelplan 07 gehört mit einem Haushaltsvolumen von 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2021 sicher nicht zu den größten Einzelplänen in Bayern, auch wenn er um rund 18 % angewachsen ist. Das möchte ich auch noch einmal ausdrücklich betonen: Er ist um 18 % angewachsen. Die Größe dieses Haushaltes entspricht in etwa der Größe des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums. Herr Kollege Kirchner wird den Einzelplan wirtschaftlich bewerten. Ich möchte ihn aus Haushaltssicht einordnen.

Natürlich hat die Corona-Krise insbesondere das Thema der fehlenden Steuereinnahmen ganz massiv aufgezeigt. Ich sage immer: Die Einnahmen bestimmen die Ausgaben, und nicht die Ausgaben die Einnahmen. Deswegen ist es aufgrund dieser Situation natürlich momentan notwendig, dass wir eine gewisse Verschuldung vornehmen und auch in die Rücklagen greifen. Die Bedeutung des Wirtschaftsetats ist gerade in Krisenzeiten nicht zu unterschätzen. So ist die bayerische Wirtschaft als Steuerzahler ein wesentlicher Faktor für einen stabilen Staatshaushalt. Ich möchte auch noch mal betonen: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen Sie alle.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

So wie wir sonst häufig dem Steuerzahler danken, dürfen wir hier durchaus auch den Unternehmen, Konzernen sowie den vielen Freiberuflern und Selbstständigen danken – und auch an sie denken –, die in Deutschland und in Bayern ihre Steuern zahlen und natürlich nach Corona gerne auch weiterhin mehr Steuern bezahlen würden. Auf die äußerst schwierige Situation in bestimmten Wirtschaftsbereichen, bedingt durch diese Corona-Pandemie, brauche ich nicht explizit einzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Einzelplan 07 setzt der Freistaat, wie ich meine, wichtige Impulse für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Wirtschaft. Der Schwerpunkt liegt natürlich insbesondere auf der Hightech Agenda, die mit der Hightech Agenda Plus noch um ein Konjunkturprogramm erweitert wird, wie Sie alle wissen. Das heißt konkret, dass bis zum Jahr 2025 investive Maßnahmen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro vorgesehen sind.

Ich möchte aber auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass für uns der Mittelstand logischerweise eine ganz wichtige Rolle spielt. Ich will darauf hinweisen, dass wir natürlich auch im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung entsprechend vorsorgen müssen. Ein ganz wichtiger Punkt ist für uns immer wieder auch die Unterstützung des Bereichs Tourismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, fest steht, dass die Hightech Agenda einen wesentlichen Beitrag liefern wird, um die großen Herausforderungen, die wir momentan haben, in wirtschaftlicher Hinsicht bewältigen zu können. Unsere zusätzlichen Maßnahmen, so die Hightech Agenda Plus, geben auch den zentralen bayerischen Themenfeldern einen konjunkturellen Schub. Das sind beispielsweise Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Digitalisierung und damit auch zentral der Einzelplan 07, über den wir heute diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums weist eine beeindruckende investive Quote in Höhe von 43 % aus. Das möchte ich noch mal ausdrücklich betonen: 43 %. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Das heißt konkret, dass die Personal- und Sachausgabenquote mit rund 8,7 % relativ niedrig ist. Nur ein Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sie liegt im Durchschnitt der Ressorts bei 37,4 %.

Nicht zu vergessen ist natürlich auch der 46 Milliarden Euro schwere BayernFonds, der als letzte Patrone von Corona gebeutelten Unternehmen helfen kann. Er wurde in einem großen Wurf, für den ich mich ganz herzlich bedanken möchte, kurzfristig mit

dem Zweiten Nachtragshaushalt 2020 aus der Taufe gehoben.Er hat sich, wie ich glaube, seitdem auch als funktionierendes und wirksames Instrument erwiesen, das seinen Zweck erfüllt.

Bevor ich die anderen wesentlichen Punkte meinen Kollegen, Herrn Pohl und Herrn Kirchner, überlasse, vielleicht noch ganz kurz zu den Beratungen im Haushaltsausschuss. Ich bin ja Mitglied des Haushaltsausschusses. Zum Einzelplan 07 wurden insgesamt 70 Anträge eingereicht; davon stammen 27 von den GRÜNEN. Nur die AfD stellte mit 30 Anträgen noch mehr Anträge.

Insbesondere von der Fraktion der GRÜNEN wurden gewaltige Mehrforderungen gestellt. Insgesamt forderten sie 464 Millionen Euro an zusätzlichen Ausgaben. Das wäre eine Steigerung um 29 % im Einzelplan 07. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist finanzpolitisch unseriös und auch nicht realistisch. Ich denke nur an den ökologischen Transformationsfonds, den sie mit 300 Millionen Euro ausstatten wollten. Dieser Fonds wäre nicht nur zu 100 % mit Schulden finanziert; nein, er würde auch doppelte Strukturen schaffen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass er unter einem Ökolabel doppelte Strukturen schafft. Bei der LfA gibt es nämlich bereits einen entsprechenden Transformationsfonds, mit dem auch ökologische Projekte gefördert werden können. Er existiert bereits. Deswegen braucht es auch keine weiteren Fonds.

Zur Gegenfinanzierung schlagen die GRÜNEN immer wieder Green Bonds vor, also Schulden für einen ökologischen Zweck. Als Haushaltspolitiker kann ich nur sagen: Die CSU steht zur Schuldenbremse. Sie verbietet neue Schulden, soweit sie nicht mit Corona in Verbindung stehen. Alles andere ist nach meiner Ansicht verfassungswidrig.

So viel in aller Kürze von meiner Seite –. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg*innen! Nach einem Jahr Corona-Pandemie und Monaten im Lockdown herrschen pure Verzweiflung und Existenzängste in vielen Unternehmen. Die Rücklagen und die Altersversorgung sind aufgebraucht. Auch die Mitarbeiter*innen sind in großer Angst. Ich habe großen Respekt vor allen, die dafür kämpfen, dass die Unternehmen weiter funktionieren. Allerdings: Planloses Öffnen der Wirtschaft – ohne Plan, ohne nachvollziehbare Begründungen und ohne Planungssicherheit – schadet mehr, als es nützt. Durchdachte Testkonzepte fehlen immer noch. Sicheres und dauerhaftes Öffnen ist nicht möglich. Bei Organisation und Tempo der Impfungen sind wir eben einfach das Schlusslicht.

Urlaubsflüge über Ostern versus verschärfter Lockdown zu Hause – das ist kaum mehr vermittelbar. Die Gastronomie hat sowieso keine Chance, Kunst und Kultur auch nicht. Jetzt kommen noch zwei Ruhetage über Ostern dazu. Wer bezahlt diese Tage? Sind das die Betriebe? An diesen Tagen gibt es kein Kurzarbeitergeld. Die Kurzarbeit muss ausgesetzt werden. Das bedeutet einen wahnsinnigen Verwaltungsaufwand. Die Leute im Homeoffice sind sowieso zu Hause. Werden denn die Sozialleistungen früher ausbezahlt, damit nicht alle am Samstag einkaufen gehen? – Also ehrlich: Diesen Gründonnerstag versteht draußen kein Mensch mehr. Das muss man einfach sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die meisten Betriebe, die Gastronomie und die Kulturbetriebe sind gut vorbereitet und ausgestattet, haben ausgefeilte Hygienekonzepte, aber es geht nichts weiter, weil die Staatsregierung versäumt hat, ausreichend Nachverfolgungsmöglichkeiten zu schaffen und Tests und Impfstoffe bereitzustellen. – Ja, auch in Bayern, und das nach einem Jahr.

Im gleichen Stil begegnet man auch den langfristigen Herausforderungen wie der Klimakrise, dem demografischen Wandel, der Ressourcenknappheit und vielem mehr. Dieser Haushalt des Wirtschaftsministeriums lässt nicht erkennen, dass Bayern einen Beitrag für den European Green Deal, für den Klimaschutz und für den so dringend notwendigen Umbau der Wirtschaft leisten will.

Wir GRÜNE haben Anträge mit dem Ziel gestellt, die politischen Rahmenbedingungen für eine ökologische Modernisierung und für nachhaltiges Wirtschaften zu setzen; denn nur so bleibt unser bayerischer Mittelstand auch in Zukunft das Rückgrat unserer Wirtschaft, und dieses brauchen wir dringend.

Ein deutlicher Rückgang ist auch bei den Existenzgründungen zu verzeichnen. Dabei wären gerade jetzt Neugründungen für die Dynamik der wirtschaftlichen Veränderung erforderlich. Die Staatsregierung verweigert uns aber den geforderten Existenzgründermonitor; Green Start-ups und Social Entrepeneurs haben keine guten Chancen auf Fördermöglichkeiten. Unsere Anträge hierzu wurden abgelehnt.

Auch wenn die letzten Umsätze der Fahrzeugindustrie und des Anlagen- und Maschinenbaus besser ausfallen als prognostiziert, läuft im Hintergrund ein massiver Abwanderungsprozess. Rund 70 % der Wertschöpfung wandern bereits ins Ausland ab. Dies ist für die KMU auf der zweiten und dritten Ebene fatal, die genau davon leben. – Und das sind richtig viele.

Wenn die Kurzarbeit in ihrer jetzigen Form endet, wird mir wirklich angst und bange; denn es wird zu Entlassungen kommen. Bei vielen gibt es diesbezüglich jetzt schon eine Ansage. Die subventionierten Forschungsvorhaben kommen nicht bei den KMU an. Unser ökologischer Transformationsfonds, der genau diese Lücke hätte schließen sollen, wurde leider auch abgelehnt. Der Förderdschungel ist unübersichtlich und gerade für kleine Betriebe nicht nutzbar.

Der letzte Sommer hat uns deutlich gezeigt, dass die Kommunen dringend Unterstützung bei der Besucherlenkung und bei den Klimaschutzmaßnahmen im Tourismus

brauchen. Nur bei nachhaltiger und klimaschonender Ausrichtung wird der Tourismusstandort Bayern langfristig erfolgreich sein.

Abschließend möchte ich noch einen Appell an unsere Staatsregierung richten: Vergessen wir bitte die Auszubildenden nicht. Der Abschlussjahrgang 2021 kämpft schon mit erschwerten Prüfungsbedingungen. Die Auszubildenden, die im September angefangen haben, werden in die Zwischenprüfungen gehen, ohne Grundkurse gehabt zu haben, weil diese nämlich derzeit nicht durchgeführt werden. Die Betriebe kürzen im Jahr 2021 ihr Lehrstellenangebot massiv. Dazu gibt es schon Warnrufe auf vielen Ebenen. Hier müssen wir überparteilich für Unterstützung sorgen.

Insgesamt gilt für alle diese Themen: Bitte schauen Sie genau hin. Bleiben Sie nicht an der Oberfläche. Wir brauchen präzise und genaue Arbeit und Maßnahmen, nicht ein Hin und Her und ein Auf und Ab.

Zum Abschluss noch einmal ehrlich: Den Gründonnerstag versteht kein Mensch, kein Unternehmer, nicht einmal die Mitarbeiter*innen. Ich habe dafür wirklich keine Worte mehr. Mich würde sehr interessieren, ob alle hier im Plenum damit einverstanden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Kollegin Fuchs. – Entschuldigung, dass wir hier hinten kleine Turbulenzen hatten. Ich nenne auch gleich den Grund, warum wir diskutieren mussten. In der Tagesordnung gibt es eine Verschiebung, über die wir auch noch mit Mehrheit beschließen müssen. Um 11:00 Uhr wird eine Ministerpräsidentenkonferenz-Schalte stattfinden. Deshalb kann der Ministerpräsident zu diesem Zeitpunkt wohl kaum die Regierungserklärung abhalten. Wir haben jetzt gerade darüber beraten, die Beratung der Einzelpläne 10 und 14 vorzuziehen, danach eine Mittagspause zu machen und nach der Mittagspause mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu beginnen. Wir schätzen, dass die Mittagspause um 13:45 Uhr beendet sein könnte. Ich bitte die Pressevertreterinnen und -vertreter um Nachsicht. Dies ist der aktuellen Situation geschuldet. Ich wollte Ihnen dies gleich mitteilen.

Jetzt stellt sich die Frage, ob es dagegen Einspruch gibt. Ich glaube aber, dass es Sinn macht. Der Ministerpräsident sollte schon dabei sein. Gibt es da Widerspruch, Herr Maier? – Sie haben Widerspruch eingelegt. Dann müssen wir abstimmen und mit Mehrheit beschließen.

Wer dafür ist, dass wir die Tagesordnung so ändern, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint eindeutig die Mehrheit zu sein. Gegenstimmen! – Das ist im Wesentlichen die AfD-Fraktion. Dann machen wir das also so: Die Beratung der Einzelpläne 10 und 14 wird vorgezogen. Ich bitte, die betreffenden Häuser darüber zu informieren, dass sich etwas verändert hat.

Jetzt hat Kollege Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Etat des Wirtschaftsministeriums ist ein zentraler Etat dieses Haushalts; denn – und ich komme jetzt gleich zur Corona-Pandemie – die Grundlage dafür, dass wir bislang gut durch die Krise gekommen sind, sind solide Staatsfinanzen und eine robuste Wirtschaft. Dafür sind die Staatsminister Füracker und Aiwanger zuständig, die bislang einen hervorragenden Job gemacht haben und uns vor der Krise gut aufgestellt und gut durch die Krise gebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die aktuelle Situation ansehen, dann muss ich allerdings sagen: Wir müssen jetzt Druck auf Berlin ausüben, damit hier einige Dinge richtig laufen. Wir setzen das, was wir letztes Jahr hervorragend gemacht haben, ein Stück weit aufs Spiel durch Nachlässigkeiten beim Impfen, beim Testen und in den letzten Monaten auch bei den Vorgaben zur Auszahlung von Zuschüssen. Herzlichen Dank an unseren Staatsminister Hubert Aiwanger, dass er hier wirklich auf die Tube drückt, damit diese Versäumnisse einigermaßen ausgeglichen werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Fuchs, ich möchte der Generaldebatte über die Regierungserklärung nicht vorgreifen; aber manches, was Sie gesagt haben, kann ich nachvollziehen. Sagen wir es mal diplomatisch so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Haushalt des Wirtschaftsministers hat einen zentralen Punkt. Das ist die Hightech Agenda Plus. Das war eine wirklich geniale Idee der Bayerischen Staatsregierung. Dr. Markus Söder und Hubert Aiwanger haben das vor dieser Pandemie eingetütet und haben gesagt: Wir müssen Bayern zukunftsfest machen. – Den Vorsprung, den Bayern deutschlandweit und weltweit als Wirtschaftsstandort hat, müssen wir sichern; denn eine starke Wirtschaft ist die Voraussetzung dafür, dass wir uns all das leisten können, was wir uns leisten wollen und was auch notwendig ist im Bereich Soziales, Gesellschaft, Zusammenhalt und auch – Frau Kollegin Fuchs, jetzt komme ich zu Ihrem Thema – beim Thema Klimaschutz, beim Thema Ökologie. Die GRÜNEN sind – das ist leider so – eine Ein-Themen-Partei. Aber, Frau Kollegin Fuchs, ich kann Ihnen zumindest bestätigen, dass Sie in vielen Bereichen weiter denken. Das haben die Beratungen gezeigt. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen.

Mit der Hightech Agenda Plus – 1,5 Milliarden Euro für die Jahre 2020 bis 2025 – machen wir einen wichtigen und wuchtigen Aufschlag. Hier wird zielgerichtet Geld investiert in künstliche Intelligenz, in Luft- und Raumfahrt – das sage ich hier nur beispielhaft, weil das eine Fraktionsinitiative der FREIEN WÄHLER war –, BayLu 25, der Leichtbauinitiative im Bereich Luft- und Raumfahrt. Das ist ein Baustein. Ich nenne die KI-Werkstatt Schwaben, KI-Werkstatt Augsburg. Dort investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Wir investieren auch in Klimaschutz. Wir investieren in CO_2-neutrale Mobilität; denn nicht Verzicht und Verbot, wie die GRÜNEN das gerne hätten, sind die Lösung, sondern technologischer Fortschritt. Wir haben die Voraussetzungen, aber wir haben auch die Verpflichtung, mit unserer Technologie hier deutschlandweit und weltweit etwas voranzubringen; denn Klimaschutz kann man nicht allein im Freistaat, kann man nicht allein in Deutschland machen, sondern den muss man weltweit voranbrin-

gen. Hier können wir durch unseren technologischen Fortschritt etwas leisten, wovon die ganze Welt profitiert, wodurch wir ein Problem global lösen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch – das ist der zweite wesentliche Punkt – schauen, dass wir nach Corona stark sind und stark bleiben. Deswegen war ein ganz wichtiger gesetzgeberischer Akt des letzten Jahres der Aufbau des Bayern-Fonds mit 46 Milliarden Euro, um krisengeschüttelten Unternehmen durch die Krise zu helfen und sie am Leben zu erhalten, aber auch um den Einfluss ausländischer Investoren zurückzudrängen und die technologische Kernkompetenz hier im Land zu halten. Das ist wesentlich; das ist wichtig.

Wir als FREIE WÄHLER sind natürlich sehr daran interessiert, die Regionen zu stärken. Wir sind der Meinung – das sieht die gesamte Staatsregierung so –, dass Bayern durch die Regionen stark ist, also nicht so, wie die alte Doktrin lautete: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest ist Bayernliga. Nein, Bayern ist in den Regionen stark. Dafür steht auch unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, und das zeigt auch unser Haushalt. Wir müssen zusehen, dass wir in den Bereichen, wo es gerade in der Krise Verwerfungen gab, nachlegen: im Bereich des Tourismus, in der Gastronomie und Hotellerie. Wir werden durchsetzen, dass die Mehrwertsteuersätze niedrig bleiben. Das Thema hatten wir lange vor der Krise schon auf die Agenda gehoben. Jetzt haben wir es geschafft mit den reduzierten Mehrwertsteuersätzen. Wir müssen aber auch etwas für den Präsenzhandel tun. Der ist das Gesicht unserer Städte und unserer Gemeinden. Das ist Kommunikation. Natürlich wird es den Internethandel geben; aber wir müssen auch schauen, dass der örtliche Einzelhandel und nicht nur Amazon überlebt. Es ist unsere Aufgabe, wenn wir aus dieser Pandemie herauskommen, dass wir Strukturen, die wir aufgebaut haben, nicht in Gefahr bringen und nicht zerstören.

Der Wirtschaftshaushalt ist gut durchdacht, gut aufgestellt. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte zum Einzelplan 07 für das Wirtschaftsministerium werde ich auf drei Punkte besonders eingehen: Erstens auf die Folgen der Corona-Einschränkungen, zweitens auf den langfristigen Trend der bayerischen Wirtschaft und drittens auf den Haushaltsplan mit unseren Änderungsanträgen.

Die Staatsregierung hat bei der sogenannten Corona-Politik längst jedes Augenmaß verloren. Mit den willkürlichen Inzidenzwerten und einer daraus resultierenden Lockdown-Politik fährt die Staatsregierung die bayerische Wirtschaft an die Wand. Der Lockdown kostet die Wirtschaft alleine für den Zeitraum von November 2020 bis April 2021 rund 40 Milliarden Euro. Das sind 3.000 Euro pro Einwohner. Das bayerische Inlandsprodukt ist im letzten Jahr um 6,5 % geschrumpft. Jedes zehnte Unternehmen in Bayern ist von Insolvenz bedroht. Man muss sich die Frage stellen, ob es sich noch um einen verhältnismäßigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit handelt. Söder begeht vor unseren Augen einen wirtschaftspolitischen Amoklauf. Offensichtlich will man die mittelständischen Einzelhändler zugunsten von globalen Großkonzernen zerstören. Das scheint der Staatsregierung völlig gleichgültig zu sein. Ich fordere die Staatsregierung hier auf, die Betriebe schnell wieder zu öffnen. Herr Aiwanger, sprechen Sie nicht nur über Öffnungen – handeln Sie! Diesen Lockdown am Gründonnerstag versteht kein Mensch.

Damit komme ich zur Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der Staatsregierung. Die bayerische Wirtschaft verliert seit Jahren an Konkurrenzfähigkeit. Seit einem Jahrzehnt schwächelt die Dynamik der Firmengründungen. Bayern und Deutschland haben weltweit die höchsten Strompreise und die höchsten Unternehmensteuern.Immer mehr Bürokratie, eine verantwortungslose Geldpolitik und jetzt der unverhältnismäßige

Lockdown führen zwangsläufig zu einer steigenden Zahl von leistungsschwachen Unternehmen. Das ist keine gute Voraussetzung für die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Langfristig droht die Abwanderung ganzer Industriezweige. Es ist kein Wunder, dass die Wertschöpfung und die Umsatzdynamik im Herzstück unserer Wirtschaft, der bayerischen Automobilindustrie, seit 2018 rückläufig sind. Das geplante Verbot des Verbrennungsmotors und die im Haushaltsplan festgelegte einseitige Förderung der E-Mobilität werden uns in den nächsten Jahren Tausende hoch qualifizierte Arbeitsplätze kosten. Von den Entlassungen lesen wir schon wöchentlich in der Zeitung.

Nun zum Einzelplan 07, der im Jahr 2021 rund 1,6 Milliarden Euro umfasst. Hier fällt besonders die Erhöhung der Mittel für die sogenannte Hightech Agenda auf. Die bereitgestellten Gelder wurden von 136 Millionen Euro auf 322 Millionen Euro erhöht. Eigentlich ist das eine gute Sache. Aber leider ist die Hightech Agenda ein typisches Schaufensterprojekt. Großmäulig soll Bayern in wichtigen Technologiebereichen an die Weltspitze geführt werden. Aber ein wesentlicher Punkt dieser Agenda ist die Sanierung von Hochschulgebäuden. Langfristig sollen hierfür 600 Millionen Euro investiert werden. Statt Forschung zu Künstlicher Intelligenz und Mobilfunk zu betreiben, müssen zunächst Hochschuldächer und Toiletten saniert werden, Altlasten der CSU-Politik.

Natürlich unterstützt die AfD, dass der Freistaat mehr Geld in Forschung und Hochtechnologie investiert. Der Einzelplan stellt aber auch erhebliche Mittel für unwirtschaftliche und vermeintlich grüne Technologien zur Verfügung. Warum schließt sich die Staatsregierung der wirtschaftlichen Unvernunft der Ökosozialisten an? Mit dem 10.000-Häuser-Programm sollen Wohnungen mit unwirtschaftlichen Batteriespeichern ausgerüstet werden. Ferner sind für unwirtschaftliche und ökologisch fragwürdige Projekte der Elektromobilität zusätzliche Millionenbeträge vorgesehen.

Wir schlagen vor, Positionen für den ideologischen Klimaschutz zu streichen. Die frei werdenden Gelder wollen wir vollständig in die Hochschulen und die Wirtschaftsförde-

rung investieren. Dazu kurz zu unseren Änderungsanträgen: Für einen Wachstumsfonds fordern wir 80 Millionen Euro zusätzlich. Wir fordern außerdem Fördermittel für die Erforschung neuer Mobilitätslösungen und synthetischer Kraftstoffe. Damit wollen wir die hoch entwickelte Wertschöpfungskette in der Automobilindustrie erhalten. Zur Zukunftsorientierung fordern wir, dass der Standard zur Erforschung der Kernenergie erhalten bleibt. Neue Technologien wie der Dual-Fluid-Reaktor ermöglichen die Entsorgung der radioaktiven Abfälle bei gleichzeitiger Erzeugung von Strom. Das ist eine ökonomisch-ökologisch sinnvolle Lösung und besser als der Bau eines kostspieligen Endlagers.

Wir wollen Fördergelder für KMU und Solo-Selbstständige, da diese von der Corona-Politik der Staatsregierung besonders betroffen sind. Schließlich fordern wir noch eine deutliche Erhöhung der Förderung von Start-ups. Zur Förderung von Firmengründungen haben wir bereits zahlreiche Anträge in den Landtag eingebracht, die alle abgelehnt wurden. Leider wurde dieses Versäumnis auch im Rahmen der Haushaltsplanung nicht behoben. Wir lehnen den Haushaltsentwurf wegen seiner falschen Prioritätensetzung ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht als Nächste Frau Kollegin Annette Karl.

(Beifall)

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Herausforderungen im Bereich Wirtschaft und Energie sind sehr groß. Wir wissen alle, viele Unternehmen kämpfen ums Überleben. Es findet ein großer Strukturwandel statt. Wir brauchen deshalb einen Wirtschaftsminister, der sich dem stellt, der Konzepte entwickelt und diese im Kabinett umsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir nicht brauchen, ist ein Weltmeister der leeren Versprechungen, jemand, der immer freitags als brüllender bayerischer Löwe vor irgendeinem Verband alles verspricht, diesmal sogar garniert mit der unterirdischen Bemerkung: Wer getestet in ein Seniorenheim darf, muss auch in eine Kneipe dürfen. Dann folgt die Ministerpräsidentenkonferenz und darauf eine Sitzung des bayerischen Kabinetts. Bei der Pressekonferenz ist dann der Löwe wieder zum miauenden Kätzchen mutiert, das allem zustimmt. Eine Stunde später folgt dann die nächste Verwandlung. Jetzt ist er der Vorsitzende der FREIEN WÄHLER, der sich bei Facebook über den, ich zitiere, "stumpfsinnigen Lockdown" rund um Ostern beschwert. Liebe Leute, so geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Was die Wirtschaft braucht, ist Planbarkeit und Verlässlichkeit, auch beim zuständigen Minister. Wir müssen Langfristfolgen von Corona auf Wirtschaft und Arbeit in den Blick nehmen und für uns die Konsequenzen daraus ziehen. Das Corona-Management nur auf die Wahl zwischen Lockdown einerseits und Öffnungen mit Kontrollverlust über die Infektionen andererseits zu beschränken, ist absolut unzureichend. Das Corona-Management muss mehrdimensional und proaktiv sein. Test-, Nachverfolgungs- und Grüne-Zonen-Strategien sind hier von zentraler Bedeutung.

Konkrete Konzepte zur Unterstützung besonders betroffener Branchen, auch nach Ostern, und zur Wiederbelebung der Innenstädte müssen jetzt durchdacht und entwickelt werden. Ebenso hat Corona die Herausforderungen der Transformation in vielen Industriebereichen verschärft. Viele Arbeitnehmer sind betroffen. Es gibt große Qualifizierungsbedarfe. Außerdem drohen Arbeitsplatzverluste und Werkschließungen. Deshalb muss das "Zukunftsforum Automobil" zu einem "Zukunftsforum Arbeitsplätze in der Industrie" weiterentwickelt werden. Das ist wahrhaft ein großes Einsatzfeld für Wirtschaftsminister Aiwanger und seine Kollegen im Kabinett.

Im Wirtschaftshaushalt gibt es einen großen Schwerpunkt bei Forschung und Entwicklung. Das ist gut; denn der Staat sowie die Unternehmen investieren seit Jahren zu wenig. Die Investitionskraft nimmt stetig ab. In der Begründung der Mittelerhöhung ist viel von Hightech und Spitzenforschung die Rede. Die Krise hat aber gezeigt: Wir müssen uns auch um den Digitalisierungsgrad in der Breite der Wirtschaft kümmern. In diesem Zusammenhang haben wir einen Antrag zum Digitalbonus gestellt.

Eine ähnliche Stoßrichtung hat unser Haushaltsantrag zur Homeoffice-Strategie. Die Krise hat hier zwar vieles beschleunigt, aber für einen nachhaltigen Wandel brauchen wir eine Herangehensweise, die auch Aspekte wie Mitarbeiterführung, Unternehmensstrukturen und Unternehmensprozesse sowie Arbeitsschutz berücksichtigt. Insgesamt muss das Wirtschaftsministerium mehr strategischen Support für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in unserer Heimat leisten. Wie könnten zum Beispiel Forschung und Entwicklung die sozialökologische Umwandlung der Wirtschaft beschleunigen und unterstützen?

Ich komme jetzt zum Thema Energie. Die Mittel im Haushalt für die Beförderung der Energiewende werden um 10 Millionen Euro erhöht. Das ist okay. Aber auch bei der Energie muss staatliches Handeln mehr sein als Reden und Alibipolitik. Die Energiewende braucht großes Engagement und Überzeugungskraft; denn letztendlich sind wir zum Gelingen verdammt, weil der Atomausstieg und der Kohleausstieg fix sind, auch wenn das einige Ewiggestrige immer wieder abstreiten. Populismus hilft uns hier nicht weiter.

Wie sieht die Realität aus? – Die Stromtrassen haben ein großes Akzeptanzproblem, was auch daran liegt, dass der Minister vor Ort dagegen und im Bundesrat in Berlin dafür ist. Die Anhörung im Landtag zum Thema "Stromspeicher" in der letzten Woche hat aber sehr deutlich gemacht, dass wir beides brauchen, nämlich so weit wie möglich eine dezentrale Erzeugung und die Stromtrassen; denn der Energieverbrauch wird durch die E-Mobilität und die Digitalisierung massiv steigen.

Der Ausbau der Windkraft in Bayern ist praktisch zum Erliegen gekommen. Auch die Windkraftkümmerer ändern daran faktisch nichts. Sie sind wie weiße Salbe: Sie sehen gut aus, aber nutzen überhaupt nichts. Die vollmundige Ankündigung, 100 Windräder in den Staatsforsten zu errichten, ist nach zwei Gutachten und 100.000 Euro an Ausgaben so weit gediehen, dass keinerlei Potenzial für Windräder in den Staatsforsten gesehen wird. Auch das war ein kompletter Schuss in den Ofen. Wir sagen: Weg mit der 10-H-Regelung und endlich eine Verordnung für die finanzielle Beteiligung der Kommunen an diesen Projekten!

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema PV gibt es ein ähnliches Desaster. Angekündigt wurde eine PV-Pflicht für Neubauten im Gewerbe. Diese Pflicht soll ab dem Jahr 2021 gelten, für Private sollte sie 2022 eingeführt werden. Diese Regelung wird verschoben und verzögert. Bei der Landesentwicklung gilt es jetzt, endlich die Herausforderungen Klimaschutz und Flächensparen im LEP vernünftig zu verankern. Sie sehen, es gibt viel zu tun. Wir brauchen weniger populistische Parolen, dafür aber mehr Nachdenken und vernünftige Konzepte. Ich habe dazu ausreichende Anregungen gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist der Herr Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Liebe Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie viele Telefonate Sie seit gestern schon geführt haben. Ich weiß nicht, wie viele E-Mails Sie schon bekommen haben.

(Zurufe)

– Mikro? Hört man mich? Wackelkontakt? Ist es so besser? – So ist es besser, okay.

Ich weiß nicht, wie viele Telefonate Sie gestern und heute schon geführt haben. Ich weiß nicht, wie viele E-Mails Sie von allen möglichen verzweifelten Leuten schon bekommen haben.

Ich selber bin Mittelständler. Aber ich habe einen produzierenden Betrieb und bin somit nicht betroffen. Zum ersten Mal trifft es mich nächste Woche, nämlich am Donnerstag, an einem quasi angeordneten Feiertag, an dem ich entweder arbeiten lasse – aber dann par ordre du mufti tatsächlich Feiertagszuschläge zahlen soll – oder die Leute zuhause lasse. Lassen wir tatsächlich in ganz Deutschland diesen Donnerstag ausfallen, haben wir damit einen Einbruch des Bruttoinlandsproduktes von 0,4 %. Das entspricht 10 Milliarden Euro. Ich finde, das ist ein Haufen Geld. Das muss erst mal wieder erwirtschaftet werden. Ich mache mir wahnsinnig große Sorgen um unsere Wirtschaft und speziell um die soziale Marktwirtschaft.

Ich mache mir auch Sorgen, dass das Vertrauen des Mittelstands in die Politik immer mehr verloren geht. Ich habe das Problem, dass wir tatsächlich das Vertrauen der Solo-Selbstständigen und der Freiberufler verlieren. Wir brauchen diese Leute, weil sie das Fundament des Staates darstellen. – Ich merke schon, der Kollege da vorne mault bereits, weil ich nicht auf den Einzelplan eingehe. Es ist immer ganz clever, da von hinten zu kommen.

Eines ist klar: Die Bewältigung dieser Krise ist hinterher ganz sicherlich nicht das Verdienst der Politik. Wenn, dann ist es ein Verdienst der Leute draußen, der Wirtschaft, der kleinen Mittelständler und der Unternehmen, die mitgemacht haben.

Wir bekommen gerade mit, dass die Erklärung des Ministerpräsidenten verschoben worden ist, weil es eine ganz schnelle – noch eine ganz schnelle! – MPK gibt. Wieder einmal werden Entscheidungen schnell, präzise, aber falsch getroffen. Da bin ich mir absolut sicher.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube nicht, dass wir auf diese Art groß weiterkommen. Seit Monaten wird versprochen, dass das Impfen klappt. Da haben wir ein Versagen auf der ganzen Linie. Im letzten Jahr hat doch nichts funktioniert. Das ist ein totaler Wahnsinn. Jetzt soll in den Betrieben zweimal in der Woche getestet werden. Das soll für diese Betriebe kostenfrei sein. Ist das im Haushalt alles berücksichtigt? – Das denke ich nicht. Ich glaube, dass der Haushaltsplan, wenn wir die Pandemie nicht hätten, hinsichtlich Solidität wahrscheinlich ganz okay wäre. Man könnte hier oder dort Einwände vorbringen. Aber die Pandemie überdeckt eben alles.

Nächste Woche werden die Menschen am Mittwoch in den Lebensmittelläden Schlange stehen. Am Samstag früh wird es zugehen – mein Gott! Das möchte ich nicht mitmachen. Ich schätze, dass diese Entscheidung heute wieder einkassiert wird –, das ist das Verrückte –, weil endlich die Einsicht kommt. Reden Sie überhaupt noch mit Menschen, die draußen auf der Straße sind oder in den Unternehmen arbeiten? Ich glaube nicht.

Von der Pandemie werden die Probleme in der Schlüsselindustrie, etwa in der Kfz-Branche unheimlich überdeckt. Annette Karl hat es eben gesagt. Auf diesem Gebiet werden wir eine Menge Probleme bekommen. Im Moment überdeckt die Pandemie alles.

Die Pandemie überdeckt zusätzlich die Herausforderungen betreffend die Zukunft der Energieversorgung. Kollege König, wir waren letzte Woche gemeinsam bei der Expertenanhörung. Nachdem zehn Experten über die Zukunft der Speicher mindestens zehn Meinungen vertreten haben, haben Sie zum Schluss gefragt: Sollen wir uns da die beste Idee heraussuchen? Ich weiß nicht, ob wir da weiterkommen. Das wird ein wichtiges Thema der Zukunft sein; denn wir brauchen unbedingt eine gesicherte Energie, eine preisgünstige Energie und auf alle Fälle die Automobilindustrie. Ich glaube, dass die Automobilindustrie eine Zukunft hat, auch mit Verbrennermotoren, aber dann mit alternativen Kraftstoffen. Das wird kommen. Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass die Wirtschaft die Freiheit hat, sich zu entfalten und

für uns zu arbeiten; denn wir können eigentlich nur reagieren, wenn uns die Wirtschaft eine Idee gibt.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns muss auch in Zukunft unbedingt gesichert sein. Wir können hier nur dann in Ruhe, gut und mit gutem Gewissen arbeiten und jeden Monat unser Geld beziehen, wenn wir es auch zulassen, dass draußen den Leuten im Tourismus, in der Wirtschaft, in der Gastronomie wieder eine Perspektive gegeben wird, damit sie wieder arbeiten und ihren Lebensunterhalt selber verdienen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischendurch will ich nur kurz informieren, dass vonseiten der Opposition die Bitte gekommen ist, die Mittagspause möglicherweise zu verlängern, um gegebenenfalls Fraktionssitzungen durchführen zu können. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten, sobald wir da etwas Klarheit haben. Damit Sie schon Bescheid wissen, grob zur Zeitplanung: Nach der jetzigen Zeitrechnung wären wir bei einer halben Stunde Mittagspause bereits bei 14 Uhr. Wenn wir eine Stunde Mittagspause haben, wäre es 14.30 Uhr.

Als Nächster hat Herr Kollege Sandro Kirchner für die CSU-Fraktion das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sollten schon ein bisschen abrüsten, wenn wir versuchen, hier die Corona-Politik in den Mittelpunkt der Haushaltsberatungen zu stellen.

Lieber Herr Kollege Duin, an die FDP und an dich gerichtet: Ihr habt euch vor der Verantwortung gedrückt. Zudem seid ihr bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit drei Landesregierungen vertreten. Gleiches, Frau Kollegin Fuchs, gilt für die GRÜNEN, die in elf Landesregierungen vertreten sind. Die SPD ist in der Bundesregierung vertreten. Selbst die FREIEN WÄHLER sind bei uns in der Landesregierung und unterstützen

bei einstimmigen Kabinettsbeschlüssen auch diesen Weg. Das sollten wir bitte alle in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei der CSU)

Was die AfD betrifft, empfehle ich jedem, die Sendung "heute journal update" von gestern Abend, in der auch Alice Weidel dabei war, anzuschauen. In dieser Sendung wurde Alice Weidel im Rahmen eines Interviews gefragt, wie die AfD die Corona-Politik gestalten würde. Das Ganze war, so darf ich sagen, auf der einen Seite sehr lustig, aber auf der anderen Seite auch sehr traurig; denn Weidel ist jede Antwort schuldig geblieben. Das Chaos ist entsprechend vorprogrammiert. Den Link zu diesem Interview können Sie gerne auf der Homepage des ZDF nachsehen.

Kommen wir auf den Einzelplan 07 zu sprechen. Ich darf schon sagen, wie es auch Herr Kollege Herold dargestellt hat, dass wir uns zwar mitten in der Pandemie befinden, dass aber der Einzelplan 07 aufzeigt: Der Freistaat Bayern nimmt auch die Zukunft in den Fokus. Trotz Pandemie ist dieser Haushalt um 18 % gestiegen und ist Geld für Forschung und Innovationen zur Verfügung gestellt worden. Die außeruniversitäre Forschung wird begleitet. Auch für die Transformation, die für unseren Mittelstand wichtig ist, werden Mittel bereitgestellt. Gestern war der Automobilgipfel. Es ist sehr, sehr wichtig, dass für diesen Bereich Gelder zur Verfügung gestellt werden. Ferner geht es um Förderungen im Handwerk, um die Aus- und Weiterbildung, um Geld für unsere internationalen Netzwerke und unsere Botschaften, wie ich die Auslandsvertretungen immer gerne nenne, um auch im Ausland für unseren Mittelstand entsprechend neue Märkte erschließen oder vorhandene behaupten zu können.

Die Hightech Agenda, insbesondere die Hightech Agenda Plus wurde bereits vom Kollegen Pohl angesprochen. Dort hat die Bayerische Staatsregierung einen sehr tollen Aufschlag gemacht, der nochmals mit sehr viel Geld ausgestattet worden ist, gemacht. Während andere Länder wegen der Pandemie Investitionen zurückfahren, steigt der Freistaat Bayern kraftvoll ein und baut die Zukunftsthemen betreffend Grundsteine

oder Fundamente für Künstliche Intelligenz, attraktive Fertigung, Quantencomputing, Luft- und Raumfahrt, Cleantech Wasserstoff und eben auch für andere Bereiche aus.

Lassen Sie mich kurz den Wasserstoff ansprechen. Das ist ein wichtiger Punkt; denn auf der einen Seite wurde Bayerns Klimafreundlichkeit angesprochen. Auf der anderen Seite haben wir damit mit Blick auf den großen Energiehunger ein Instrument, um neben Energieversorgung, Know-how und Technologie auch Märkte erschließen zu können. Deswegen war das Kick-off, das wir in Bayern mit einem Wasserstoffzentrum, mit kleinen FuE-Förderungen und mit der im Haushalt besonders abgebildeten Tankstelleninfrastruktur haben, ein guter erster Aufschlag. Aber natürlich müssen wir bereits jetzt, in die Zukunft gerichtet, die entsprechenden Gebiete angesichts der Fördermittel, die uns der Bund zur Verfügung stellt, maximal erschließen. Es gilt auch, dass wir für unsere Projekte – H2.Bayern, H2 Wunsiedel und was es alles gibt – richtig zugreifen und damit große Aufschläge machen. Das heißt: noch mehr Geld für Kompetenz und vor allem für Mehrwert bereitstellen.

Auch die Start-up-Unternehmen in Bayern sind für uns wichtig. Entgegen der vorhergehenden Feststellungen ist Bayern ein Gründerland, und zwar ein besonderes Gründerland. In der Vergangenheit hat Bayern bereits sehr viel Geld für die Gründungen von neuen Unternehmen und für Innovationen bereitgestellt. Aber wir mussten feststellen: Wir sind bislang immer daran gescheitert, dass diese Unternehmen in der zweiten Finanzierungsphase kein Geld mehr bekommen haben und entsprechend das Nachsehen hatten.Dieser Haushalt bildet mit dem Scale-up-Fonds weitere Geldmittel ab, damit die Unternehmen diese Phase überbrücken können und dann Gott sei Dank auch die Chance haben, in Bayern zu bleiben und Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung für die Zukunft abzubilden.

An dieser Stelle – das kommt in unseren Diskussionen immer zu kurz – darf das Handwerk nicht vergessen werden. Wir investieren mit diesem Haushalt sehr viel in die Aus- und Weiterbildung im Handwerk, in die Modernisierung des Handwerks und auch in die Transformation für die Digitalisierung. Das Handwerk und der Mittelstand

sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Deswegen ist es wichtig, dass wir ihre Zukunft auch entsprechend begleiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf die Fraktionsreserve ansprechen, mit der wir mit dem Projekt "Digitale Einkaufsstadt" einen Akzent für die Modernisierung des Einzelhandels gerade für kleine und mittlere Städte gesetzt haben. Zu nennen ist hier auch das Projekt Hightech in der Medizin mit dem Helmholtz-Institut in Würzburg, um eine Einzelanalyse, kombiniert mit Künstlicher Intelligenz, für die Früherkennung von schweren Krankheiten möglich zu machen.

Was bei dieser ganzen Diskussion neben dem Haushalt viel wichtiger ist, ist auch der Standort, den wir bestimmen müssen – der Standortfaktor Deutschland und der Standortfaktor Bayern. Wir reden viel über die Corona-Pandemie. Richtig, da muss es endlich gelingen, die Unternehmen wieder auf Kurs zu bringen sowie Wertschöpfung und Wachstum zu generieren. Aber damit uns das gelingt, müssen wir endlich auch die Rahmenbedingungen auf Bundesebene schaffen. Da ist mein großer Appell an den Wirtschaftsminister, bei Wirtschaftsministerkonferenzen, aber natürlich auch bei den Schnittstellen nicht müde zu werden.

Die Unternehmensteuern müssen dringend angepasst werden. Im internationalen Wettbewerb, in dem der Steuersatz bei ungefähr 23 % liegt, haben wir mit 30 %, bei Personenunternehmen teilweise sogar mit 48 % das große Nachsehen. Wir müssen auch das begleiten.

Die Liquidität für Unternehmen ist wichtig, gerade um in dieser Phase wieder durchstarten zu können. Deswegen brauchen wir den Verlustrücktrag, Erleichterungen für Familienunternehmen bei der Erbschaftsteuer oder auch ein Belastungsmoratorium, um genau zu prüfen, ob wir es unseren Unternehmerinnen und Unternehmern zumuten können, neue Belastungen zu tragen, oder ob es vielleicht auch andere Möglichkeiten gibt, was Dokumentationspflichten, gesetzliche Rahmenbedingungen und na-

türlich die Entbürokratisierung betrifft, die der Kollege Nussel nicht müde wird zu fordern. Er kommt mir manchmal vor wie Don Quichotte, weil uns zwar viele Schwächen bekannt sind, auch durch die Praxischecks, die uns Walter Nussel aufzeigt, wir aber nicht in der Lage sind, Dinge zu eliminieren.

Meine Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle feststellen: Mit diesem Haushalt zeigt Bayern wieder einmal, dass es sehr gut aufgestellt ist, die Zukunft vor Augen hat und diese gestalten will. Aber der Bund muss endlich die steuerlichen und auch finanziellen Weichen stellen, damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmer und Unternehmen gewährleistet ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Kirchner, ich muss jetzt auf Ihre äußerst unsachliche Bemerkung von eben reagieren. Sie sind gar nicht auf unsere Änderungsanträge eingegangen, sondern haben über ein Interview mit Alice Weidel von gestern gesprochen, das ich nicht kenne. Das ist nicht zielführend.

Ich möchte Ihnen jetzt noch ein paar Fragen stellen: Warum haben Sie alle Änderungsanträge abgelehnt? Ich nenne nur die Fördermittel für die Erforschung neuer Mobilitätslösungen, einen Wachstumsfonds, die zukunftsorientierte Forschung zur Kernenergie sowie die Förderung für KMU und Solo-Selbstständige. Wenn Sie einmal erklären würden, warum Sie die abgelehnt haben. Denn im Grunde genommen – das habe ich vorhin ausgeführt – sind sehr viele, ich sage einmal, klimaideologische Punkte von der CSU zwischenzeitlich aufgenommen worden, die aus unserer Sicht nicht wertschöpfend sind. Wir haben gesagt: Wir wollen statt in ideologische Projekte lieber in Wirtschaftsförderung und Hochschule investieren. – Können Sie dazu noch etwas ausführen statt zu polemisieren?

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Mannes, jetzt muss ich schon ein bisschen schmunzeln. Sie stellen hier Unsachlichkeit in den Raum. Dabei habe ich nur ganz sachlich auf das tolle Interview von Frau Weidel hingewiesen, das Sie zum Schmunzeln bringen wird.

(Zuruf)

Die Anträge hat der Kollege Herold – er ist ja Mitglied im Haushaltsausschuss – erläutert. Wir, Herr Kollege Mannes, treffen uns immer im Wirtschaftsausschuss. Wenn ich Ihre Anträge sehe, die Sie im Wirtschaftsausschuss einbringen, dann kann ich mir schon sehr gut vorstellen, dass es im Haushaltsausschuss ähnlich ist. Dort sind zwar die Überschriften immer gut und populistisch gewählt, aber inhaltlich ist es dann doch sehr seicht und dünnbrettbohrig. Insofern kann ich mir vorstellen, dass diese Anträge keine Substanz haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kern unseres grünen Haushaltsplans ist die Investition von 1 Milliarde Euro in den Klimaschutz. Mit dieser grünen Klimamilliarde wollen wir das Energiesystem der Zukunft gestalten, Moore renaturieren, ökologische Landwirtschaft und öffentlichen Nahverkehr fördern sowie Schulen und öffentliche Gebäude sanieren. Finanziert wird das Ganze über Green Bonds, die morgen von meinem Kollegen Tim Pargent noch näher dargestellt werden. Das ist nachhaltige, grüne, zukunftsgerichtete Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Einzelplan 07 sollte den wesentlichen Baustein zu dem Energiesystem der Zukunft beitragen. Wir haben hierzu konkrete Haushaltsanträge gestellt, die bisher leider

alle abgelehnt wurden. Die Staatsregierung setzt völlig falsche Anreize. Wir sehen das beispielhaft am 10.000-Häuser-Programm. Es ist jetzt auf ein Mitnahmeprogramm für Hausspeicher reduziert worden. Letzte Woche bei der Anhörung zum Thema Speicher haben wir gehört, dass das wenig sinnvoll ist.

Minister Aiwanger fördert nach persönlichen Vorlieben. PV-Speicher und Holzheizungen sollen gefördert werden, obwohl schon der Bund Holzheizungen mit 45 % fördert – insofern ist es ein totaler Blödsinn, das auch noch in Bayern zu fördern –, und natürlich Wasserstoff. Dahinter steht kein Konzept, sondern reine Vorlieben. Herr Aiwanger liest anscheinend nicht die Zeitungen. Alle sagen, es geht in Richtung E-Mobilität. Selbst die Lkw-Hersteller sagen ganz klar, es geht in Richtung E-Mobilität, um die EU-Flottenziele einzuhalten. Im Haushalt sehen wir dann 11,25 Millionen Euro für Wasserstofftankstellen und nicht einmal die Hälfte für E–Tankstellen.

Unser Konzept ist genau andersherum. Wir wollen andere Prioritäten setzen. Wir wollen zusätzlich ein Standortkonzept für Ladeinfrastruktur für Bayern. So bringen wir saubere Mobilität in Bayern voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesen falschen Ansätzen in der Zukunft kommt jetzt auch noch, dass Minister Aiwanger funktionierende Programme und Institutionen einstampft und zerschlägt. Das ZAE, das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung, macht seit dreißig Jahren einen Superjob. Es wird zerschlagen und aufgegliedert. C.A.R.M.E.N. und LandSchafftEnergie – ein tolles und geniales Programm – werden zerschlagen. Die Stellen werden nicht weiter gefördert. Glauben Sie denn, dass wir, wenn wir Institutionen zerschlagen, die sich am Markt etabliert haben, die Energiewende schaffen und sie zeitgerecht umsetzen können? – So funktioniert es definitiv nicht, Herr Aiwanger!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen den Turbo einschalten. Deshalb unsere Klimamilliarde, deshalb unsere zahlreichen Anträge zur Energiewende, deshalb unsere Anträge zum nachhaltigen Tourismus, anstatt Investitionen in Schneekanonen. Deshalb unsere Anträge zur guten Landesplanung. Wir sagen: Die Regionalen Planungsverbände müssen gestärkt werden. Sie brauchen mehr Personal; denn genau dort passiert auch die Energiewende. Sie muss vor Ort umgesetzt werden.

Das alles fehlt in diesem Haushalt. Deswegen lehnen wir ihn ab. Wir sagen ganz klar: Wir brauchen hier mehr für den Klimaschutz. Wir brauchen die Klimamilliarde.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie haben Gelegenheit, gleich noch länger zu sprechen, weil es eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Zellmeier gibt.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich habe eine Frage. Sie sprechen von Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung. Sie kritisieren die Streichung der Stellen in Straubing. Ich möchte jetzt noch etwas zu dem Antrag bezüglich der Mehrzweckdemoanlage in Straubing sagen. Sie haben den Antrag ja abgeändert, weil Sie erkannt haben, dass er ein Fehler war. Aber dann hätten Sie doch den ersten Antrag zurückziehen sollen; denn jetzt nur 7,5 statt 8 Millionen Euro zu streichen, ist der falsche Weg. Bitte sehen Sie ein: Das ist nicht der richtige Weg. Dabei geht es um Zukunftsorientierung, die wir auch mit Geld und nicht nur mit warmen Worten hinterlegen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt haben Sie noch eine Minute Redezeit.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Zellmeier, wenn absehbar ist, dass Investitionen in einem Haushaltsjahr nicht getätigt werden können – genau das ist bei dem angesprochenen Projekt der Fall –, dann macht es auch keinen Sinn, dies im Haushalt mitzuziehen. In diesem Haushalt werden einfach die falschen Schwerpunkte gesetzt. Warum werden beispielsweise die Stellen bei LandSchafftEnergie in der gleichen Re-

gion nicht besetzt? Das sind junge Leute. Sie sind optimal aufgestellt und haben genau das richtige Thema. Die arbeiten seit zehn Jahren in diesem Bereich, und dann heißt es, dass das Projekt nicht verlängert wird. Das ist die völlig falsche Zielsetzung.

Wir brauchen regionale Energieagenturen in allen Landkreisen. Wir haben jetzt mit LENK in Regensburg einen Kopf; das ist okay. Wir müssen dies aber in die Fläche bringen. Hierfür gibt es keinerlei Investitionen. Hier werden falsche Anreize gesetzt. Es wird mal hier ein wenig gefördert, mal da. Herr Aiwanger macht das rein nach Vorliebe. Wir kennen es von ihm, dass er mal rein in die Kartoffeln, mal raus aus den Kartoffeln geht. Wir brauchen hier klare Rahmenbedingungen.

Das Beispiel, das Sie gerade genannt haben, zeigt wieder, dass hier keine Konsistenz im Haushalt ist. So schaffen wir die Energiewende nicht! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Zu abschließenden Bemerkungen hat der Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für die lebhafte Debatte zum Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums. Verbinden wir damit einen Blick auf die aktuelle Corona-Lage: Wie beeinflusst diese die Wirtschaftslage? – Vielleicht deutlich mehr als der eine oder andere kleine Punkt im Haushalt. Ich werde einige Punkte aufzählen. Sie haben die gesammelten Werke vor sich. In wenigen Minuten kann man die ganzen Zahlen gar nicht runterbeten.

Trotzdem zur großen Einordnung: 1,6 Milliarden Euro, 18 % mehr als der letzte Haushalt; 43 % gehen davon in den investiven Bereich, nur 8,7 % sind Personal- und Sachkosten. Besonders hervorzuheben ist der Themenkomplex Hightech Agenda mit 1,5 Milliarden Euro bis 2025 und rund 200 Millionen Euro allein in diesem Jahr 2021.

Ich glaube, das ist bundesweit einmalig. Kein anderes Bundesland setzt – trotz oder vielleicht wegen Corona – so wie Bayern auf Hightech. Es war ein Glücksfall, dass wir hier die Weichen schon vor Corona gestellt haben, sodass jetzt schon viele Projekte am Laufen sind, die wir anderweitig vielleicht gar nicht so schnell hätten aufs Gleis setzen können. Ich bin der Überzeugung, dass Bayern in Zukunft nur dann seinen Wohlstand sichern kann, wenn wir bei Themen wie künstlicher Intelligenz, Additiver Fertigung, Bioökonomie, Wasserstoff, Batterietechnik, in den gesamten Forschungsbereichen der Fraunhofer-Institute und so weiter vorne mit dabei sind.

Wir sind hier bundesweit einmalig. Jetzt kommen noch Quantencomputer und Quantentechnik dazu. Wir investieren auch im Bereich der Luft- und Raumfahrt sehr stark in die Forschung. Sie wissen, dass wir in Bayern in diesem Bereich 30.000 Arbeitsplätze haben; diese leiden momentan aufgrund des rückläufigen Flugaufkommens natürlich massiv unter Auftragseinbrüchen. Wir müssen hier die Weichen dafür stellen, dass das Flugzeug der Zukunft klimakorrekt mit E-Fuels, mit Wasserstoff usw. betrieben wird. Die Flotten müssen umgerüstet werden. Selbiges gilt für den Bereich von Lkw und Auto.

Ich will hier die ideologische Debatte um Batterie oder Wasserstoff gar nicht weiterführen. Meine Damen und Herren, beide werden sich im Auto und im Lkw der Zukunft die Hand geben müssen. Wir hoffen, dass in Bayern heuer noch – mehrere Firmen in Bayern arbeiten daran – der erste wasserstoffbetriebene Lkw, zumindest als Pilotprojekt, vom Band laufen wird. Hier ist die Brennstoffzelle in Kombination mit der Batterie wichtig. Deshalb fördern und unterstützen wir beides. Ich will das eine gar nicht gegen das andere ausspielen.

Ich sehe hierin auch die Antwort der Staatsregierung auf ideologische Klimadebatten. Wir wollen weder in der Luft noch auf der Straße auf Mobilität verzichten, sondern diese Dinge in Bayern mit modernen, klimakorrekten Antrieben und Arbeitsplätzen vorantreiben.

Ich stelle mich gerne auch der grünen Debatte um Schneekanonen und Seilbahnen. Meine Damen und Herren, alle wären froh, wenn wir diese Einrichtungen zeitnah wieder in Gang setzen und den Menschen Urlaubsgefühl in der Heimat geben könnten. Wir wären froh, wenn die Menschen zum Skifahren nicht weiß Gott wohin fahren müssten, sondern das zu Hause tun könnten. Wir investieren deswegen auch weiterhin in die Modernisierung der Seilbahninfrastruktur. Hier werden keine – so stellen Sie es gerne dar – neuen Breschen in die Wälder geschlagen, sondern wir ersetzen alte dieselbetriebene Aggregate durch moderne Aggregate. Wir tun was für den Umweltschutz und die Ökologie – Sie reden nur davon!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, ich kann das auch gerne mit dem Hinweis auf den Ausbau der erneuerbaren Energien untermauern. Kein Land der Bundesrepublik Deutschland ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien nur annähernd so erfolgreich wie Bayern. Das gilt vor allem auch für die letzten Jahre,

(Zuruf)

seitdem wir dieses Photovoltaik-Speicherprogramm vorangebracht und die Freiflächenverordnung ausgeweitet haben. Ein Viertel der bundesweit installierten PV-Leistung wird in Bayern installiert. 50 % der Freiflächenleistung werden in Bayern installiert.

(Zuruf)

Baden-Württemberg liegt hier nur bei der Hälfte des bayerischen Wertes. Sie diskutieren dann darüber, verpflichtend vorzuschreiben, was wir mit guten Förderprogrammen erreichen, bei denen wir die Menschen mitnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir brauchen uns hier also nichts vormachen zu lassen. Wir sind auch in puncto Wasserstoff bundesweit führend. Wir hoffen, das bundesweit einmalige Technologie- und Innovationszentrum Wasserstofftechnologie nach Bayern zu bekommen, weil wir gute Vorarbeit geleistet haben und gute Standorte präsentieren können.

Wir vergessen auch den Themenkomplex Tourismus nicht. Ich leite vom Thema Seilbahninfrastruktur und dergleichen jetzt dazu über. Die Seilbahninfrastruktur wird eben vor Ort gebraucht. In letzter Zeit haben ja gerade die Ökologen aufgeschrien, weil sich die Menschen durch Besucherlenkung eben nicht mehr an den Lifts aufhalten, sondern mit der Stirnlampe querfeld- und querwaldein marschieren. Unsere Tourismuskonzepte haben also Sinn.

Wir hoffen natürlich, den Tourismus in Bayern weiter zukunftsfähig aufstellen zu können. Deshalb wurde auch das Zentrum für Digitalisierung im Tourismus in Waldkirchen gegründet, mit dem wir die Modelle der Digitalisierung vollumfänglich für den Tourismus nutzen wollen. Damit bekommen wir die Besucherlenkung schon zeitnah über die Ostertage richtig hin –. Das also zu diesen Themen.

Wir wollen den Themenkomplex Handwerk nicht vergessen. Hier wird viel in die Schulen und in den Digi-Bonus investiert. Wir sind unseren Handwerkern dafür dankbar, dass sie in diesen schwierigen Zeiten auch die Ausbildungsplätze aufrechterhalten und in Zeiten Ausbildung anbieten, in denen andere keine Perspektive mehr finden. Deshalb ist uns das bayerische Handwerk so wichtig.

Dazu gehört auch der Ausbau der Mobilfunkversorgung, damit die Wirtschaft in der Fläche funktionieren kann. Auch hier gibt es bayernweit ein einmaliges Mobilfunkförderprogramm, das mittlerweile vier andere Bundesländer kopieren. Der Bund wartet jetzt mit einem Programm auf, das aber noch nicht ganz durchschaubar ist.

Wir sind unterwegs und haben in diesem Zusammenhang mittlerweile an die tausend eigenwirtschaftliche Ausbauvorhaben der drei Telekommunikationsanbieter erreicht, mit denen ich in regelmäßigen Videoschalten bin. Vor Kurzem, vor wenigen Tagen erst

gab es die letzte, die nächste wird in ein paar Tagen folgen. Dort bitten wir die Telekommunikationsanbieter inständig darum, den eigenwirtschaftlichen Ausbau voranzubringen, damit wir nicht mit Hunderten Millionen aus Landesmitteln fördern müssen. Was die Telekommunikationsanbieter tun, passiert von selbst und relativ unbemerkt. Die Versorgungsauflagen wurden jetzt weitgehend erfüllt. Wir kommen hier also deutlich voran. Die Handwerker und auch die sonstigen Nutzer draußen danken es uns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, zu Autoindustrie und Maschinenbau, der Kernindustrie Bayerns: Wir sind glücklich darüber, dass sich die Zahlen in der letzten Zeit stabilisiert haben. Wir hatten schon bessere Zahlen. In allerletzter Zeit geht es wieder retour, weil bei vielen Verbrauchern einfach eine gewisse Perspektivlosigkeit einsetzt nach dem Motto "Kauf ich mir zeitnah überhaupt noch ein neues Auto, wenn ich nicht weiß, ob ich nicht in Kürze arbeitslos bin? – Hier müssen wir ganz klar gegenhalten.

Ein paar Sätze dazu: Wir haben in Bayern knapp 8 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Davon haben über 2 Millionen zumindest zeitweise Kurzarbeit in Anspruch genommen. Das war wichtig; großer Dank hier an die Bundesregierung! Ich schimpfe nicht nur in Richtung Berlin, sondern ich lobe auch, wo es angebracht ist. An dieser Stelle ist es angebracht.

Meine Damen und Herren, Danke sage ich auch an die Bundesregierung für eine Vielzahl von Wirtschaftsförderprogrammen. Natürlich kann man immer sagen, dass das hätte schneller gehen können und müssen. Aus bayerischer Sicht kann ich sagen, dass wir hier tun, was wir tun können. Großer Dank an die IHK München und Oberbayern! Wir sind bei den Auszahlungsquoten und der Auszahlungsgeschwindigkeit aller Wirtschaftsförderprogramme mit Abstand führend. Was von Berlin endlich kommt, wird bei uns schnellstens umgesetzt.

Vorhin sind von der SPD Angriffe auf die FREIEN WÄHLER gekommen, wir hätten zu wenig Ideen und würden bei der Corona-Pandemie strategische Fehler machen. Ich

erinnere Sie daran, dass Sie Teil der Bundesregierung sind, die uns gestern früh das Thema Gründonnerstag usw. präsentiert hat.

(Zuruf)

Das haben nicht wir erfunden, sondern das kam von Berlin. Ich hoffe, dass die aktuelle Ministerpräsidentenkonferenz Einsehen und Vernunft hat und diese Gründonnerstagslösung gekippt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sehen, dass hierfür einfach sehr viel Geld ausgegeben werden muss. Wenn es am Ende Steuergeld des Bundes ist, um Betriebe für diesen einen Tag zu entschädigen, stehen Aufwand und Nutzen in keinem sinnvollen Verhältnis. Wir stehen zu Infektionsschutzmaßnahmen und zum Herunterfahren des öffentlichen Lebens an passenden Tagen; aber ich hoffe, dass diese Gründonnerstagsregelung wieder zurückgenommen wird. Der Gründonnerstag fällt auf den 1. April; nicht dass am Ende die Ministerpräsidentenrunde noch die "Gründonnerstagsrunde" genannt wird. Das sollte an der Stelle anders gesehen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, genauso ist es mit dem Ostersamstag. Ich sage hier ganz klar: Wir hören hier massive Rufe von Bauernmärkten, wo man Angst hat, Lebensmittel nicht verkaufen zu können. Hier brauchen wir also relativ schnell Planungssicherheit. Deshalb der Appell an die Bundesregierung: Macht uns sinnvolle Vorschläge, dann können wir in Bayern sinnvoll damit umgehen.

Wir wollen und werden sinnvoll damit umgehen und wollen für die Zukunft die Teststrategie implementieren, um endlich Öffnungskonzepte zu ermöglichen, die wir bisher nicht hatten. Wir hatten vor Monaten noch nicht so viele Corona-Schnelltests; die werden jetzt mehr. Ich bin hier in Absprache mit Kollegen Holetschek, dem ich für die gute Zusammenarbeit danke. Wir sind mit Walter Nussel, unserem Entbürokratisierungs-

beauftragten, in enger Abstimmung. Wir brauchen hier, egal ob es die Außengastronomie ist oder Kur- und Heilbäder sind usw., Lösungen, um auch bei höheren Inzidenzen aus dieser Lockdown-Falle, aus dieser Inzidenz-Falle herauszukommen.

Ich wiederhole, ohne das auf die leichte Schulter zu nehmen: Wir haben leider Gottes aufgrund der Mutationen zuletzt auch wieder steigende Belegungszahlen in den Kliniken. Die Zahl der belegten Intensivbetten war schon herunten auf 400. Anfang des Jahres lag sie bei 900. Jetzt ist sie wieder auf strammem Kurs Richtung 600, geht also wieder nach oben. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und können nicht sagen: Der Wirtschaft ginge es so gut, wenn wir nichts täten. – Viele Länder haben probiert, nichts zu tun und Corona zu ignorieren; sie wurden dann von den Zahlen massiv eingeholt. Die dadurch verursachten Schäden in der Wirtschaft sind dann noch größer.

Also hier die klare Botschaft: Wir müssen die Dinge ernst nehmen, nach vorne planen mit dem Ziel, aus Corona herauszukommen, auch durch Testen, und hoffen, dass wir mit unserer Impfstrategie die Zahlen senken können.

Danke sage ich an alle politisch Wohlgesinnten, die diesen Haushalt für das Wirtschaftsministerium mittragen. Es ist ein durchdachter Haushalt. Das mehr auszugebende Geld wird in der bayerischen Wirtschaft dringend gebraucht; es ist dort gut angelegt. Es wird dazu führen, dass wir weiter innovativ und wettbewerbsfähig bleiben, dass wir weiterhin Wohlstand sichern. Deshalb danke ich den Unterstützern und vor allem den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die es uns überhaupt ermöglichen, in Milliardenhöhe wieder in die Zukunft des Standortes zu investieren.

Bayern ist auf dem richtigen Weg. Wenn wir in den nächsten Wochen Stück für Stück aus Corona herauskommen, werden wir zu alter Stärke zurückkehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen vier Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Josef Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Staatsminister, einige wenige Worte: Vielen Dank für die klare Positionierung, auch zur Mehrzweck-Demonstrationsanlage in Straubing, welche die GRÜNEN streichen wollen. Jetzt versuchen die GRÜNEN vom eigenen Versagen abzulenken, indem sie das Thema C.A.R.M.E.N aufgreifen. Herr Staatsminister, es wäre schön, wenn Sie unser gemeinsames Bemühen einmal klar darstellen würden, dass wir die Stellen erhalten wollen; in Straubing wird sehr darauf gewartet, dass die Beschäftigten eine Perspektive haben.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Danke, Herr Kollege Zellmeier, für diese Zwischenbemerkung. Wir stehen zunächst mal für diese Mehrzweck-Demonstrationsanlage – immerhin ein Haushaltstitel in Höhe von 40 Millionen Euro über die Jahre verteilt, den die GRÜNEN infrage stellen. Wir stehen für den "BioCubator" vor Ort, und wir stehen auch für diese 12 Stellen bei "LandSchafftVerbindung" [sic]. Meine Damen und Herren, es ist natürlich so, dass wir hier draußen die Begrenzung hatten, dass die Stellen auf zehn Jahre befristet waren. Es ist nun mal das Problem befristet bezahlter Stellen, dass sie am Ende zur Diskussion stehen. Wir kämpfen auf alle Fälle dafür, und ich hoffe, den Haushaltsausschussvorsitzenden an meiner Seite zu haben, damit wir diese Stellen dort verlängern können; sie sind sinnvoll. Aber so sind nun mal die Regularien, dass man begrenzt zur Verfügung stehende Stellen nicht mit einem Fingerschnippen verlängern kann, sondern man braucht das notwendige Geld dazu. Ich gehe davon aus, dass wir das organisieren werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben im Haushalt zum Thema der Mehrzweck-Demonstrationsanlage nichts sagen können. Sie sind erst durch unsere Intervention darauf gekommen. Es ist auch vielsagend, dass Sie nicht

einmal den richtigen Namen kennen. Er lautet nicht "LandSchafftVerbindung", sondern "LandSchafftEnergie". Herr Minister, was Sie da sagen, hat wirklich keinerlei Grundlage. Sagen Sie doch einmal genau, wie Sie die Stellen retten wollen!

Zu den Schneekanonen: Haben Sie den Klimareport des Umweltministeriums gelesen? – 4,8°C mehr! Sie aber wollen weiter Schneekanonen fördern.

Zur Windkraft sagen Sie: Ja, wir sind beim Ausbau auf einem guten Weg. – Das ist lächerlich! Nicht einmal die Evaluation ist vorgelegt. Es ist wirklich gar nichts da. Sie stehen eigentlich nackt vor uns, und Sie setzen die vollkommen falschen Prioritäten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Lieber Kollege, ich habe hier nur 13 Minuten Redezeit und nicht 130 Minuten.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

Ich habe diese Mehrzweck-Demonstrationsanlage angesprochen.

Die Stellen von "LandSchafftEnergie" werden verlängert, ich kämpfe zumindest dafür. Sie sagen, das sei nicht klar. Natürlich ist das nicht klar. Wenn Stellen befristet geschaffen werden, ist nicht automatisch klar, ob sie am Ende verlängert werden. Normalerweise werden Stellen dann sogar eingezogen; aber die politische Praxis zeigt, dass der Druck dann einfach so groß wird, doch wieder Gründe zu finden, um sie zu verlängern. Der Finanzminister wird schon wieder mit den Zähnen knirschen, wenn er das hört. Aber ihm geht es auch nicht anders: Er kann auch nicht zaubern.

Noch mal: Sie haben meine Zusage, ich kämpfe für diese Stellen, weil wir nicht wollen, dass "LandSchafftEnergie" ausläuft. Wir brauchen diese Koordinationsstelle weiterhin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Dann haben wir die Zwischenbemerkung des Kollegen Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, jetzt muss ich nachfragen zum Thema Corona-Politik; Sie haben das etwas ausgeführt. Vor einiger Zeit hat sich ein südbayerisches Mittelstandsnetzwerk von ungefähr 2.500 Unternehmen gegründet, die 31.000 Arbeitsplätze repräsentieren. Die haben ein sofortiges Ende des Lockdowns gefordert. Können Sie uns kurz darlegen, wie Sie sich als Wirtschaftsminister die Öffnungsschritte vorstellen? Wofür stehen Sie? Leider machen Sie und die FREIEN WÄHLER in der Presse immer Ankündigungen, vertreten in der Staatsregierung aber eine andere Politik. Wenn Sie das noch mal kurz ausführen könnten. – Danke schön.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich glaube, dass Sie die Hierarchien in Deutschland mittlerweile verstehen. Auch Sie kündigen etwas an und können es dann nicht umsetzen. Ich bin nicht Frau Merkel

(Heiterkeit)

oder führender Organisator der Ministerpräsidentenrunde, sondern muss zur Kenntnis nehmen, was dort beschlossen wird.

(Zuruf)

Ich hatte mir erhofft, dass wir zu diesen Osterfeiertagen die Öffnung der Ferienwohnungen bei negativem Corona-Test bekommen. Das war bis zuletzt eigentlich auch absehbar, ist dann aber plötzlich doch nicht gekommen. Ich hätte mir das gewünscht. Jetzt wird der Wunsch wieder in die Zukunft, auf den 12. April, geschoben. Ich hoffe, dass diese Erleichterungen wenigstens ab 12. April kommen; ich hoffe, dass die Außengastronomie öffnen kann; ich hoffe, dass wir diese Beschlüsse für den Handel umsetzen können, weil wir hier jetzt den Beschluss gefasst haben für den 12. April.

(Zuruf)

Sollten die Zahlen aber wieder völlig in die andere Richtung laufen, kann ich heute für nichts garantieren. Ich sage noch mal: Ich bin in Berlin nicht die entscheidende Figur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die letzte Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Margit Wild.

Margit Wild (SPD): Herr Minister Aiwanger, bei allem Wohlwollen fällt es mir dennoch schwer, bei Ihnen eine klare Linie zu erkennen. Ihr Ressort ist eines der verantwortungsvollsten und wichtigsten in Bayern. Die Leute achten auch darauf, was Sie sagen. Finden Sie es manchmal auch sehr populistisch? Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht, wenn Sie immer wieder mit Angabe eines genauen Datums sagen: Da wird die Gastronomie aufgemacht, da soll man wieder reisen können und das ist nicht gut und das ist nicht gut. Finden Sie nicht auch, dass die Leute ohnehin schon sehr verunsichert sind? Wäre es manchmal nicht klüger, manchmal in Absprache mit Ihrem Partner eine einheitliche Aussage, eine klare Ansage zu machen? Es ist doch immer wieder mühsam. Sie machen den Mund weit auf, blasen Ihre Backen auf, dann kommt aber nur ein schwacher Pfiff heraus. Das halte ich für verantwortungslos und populistisch. Warum machen Sie das so?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich mache das deshalb, damit die Bundesregierung eine klare Zeitvorgabe hat. Vor einiger Zeit habe ich gesagt, ich hätte zu Ostern gerne die Öffnung der Ferienwohnungen. Schwarz-Rot macht das aber nicht. Davon kann ich mich nicht absetzen. Wenn wir heute beschließen, dass wir am 12. April die Außengastronomie öffnen, dann ist das ein klares Datum. Ich bin überzeugt davon, dass das besser ist, statt diese Daten nicht zu setzen und zu sagen: Schau'n mer mal, dann sehen wir es schon. Das ist mir zu wenig. Lieber setze ich ein Datum und kann es dann nicht einhalten, als nur nebulöse Ankündigungen zu machen. Ich wiederhole: Ich tue, was ich tun kann. Sie könnten über die SPD mehr erreichen als wir FREIE WÄHLER, tun es in Berlin aber nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12769 mit 18/12771, 18/12819 mit 18/12845, 18/12890, 18/12971 mit 18/13000, 18/13049 mit 18/13057, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14202 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuschuss zur Errichtung einer Mehrzweck-Demonstrationsanlage der industriellen Biotechnologie" auf der Drucksache 18/14710.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuschuss zur Errichtung einer Mehrzweck-Demonstrationsanlage der industriellen Biotechnologie" in der Fassung des zum Plenum eingereichten Änderungsantrags auf der Drucksache 18/14710 in einfacher Form abzustimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fassung des zum Plenum eingereichten Änderungsantrags auf der Drucksache 18/14710 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Wer ist dagegen? – Die FREIEN WÄHLER, CSU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07 selbst. Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14202 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind FREIE WÄHLER, CSU und die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Danke schön. Gegenstimmen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Ich sehe keine. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14202 weise

ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13049 mit 18/13057 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 07 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Allgemeine Wirtschaftsförderung: Förderung von dezentralen und mittelständischen Schlachtstrukturen!
   (Kap. 07 03 TG 51 - 52)
   Drs. 18/12769

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Digitalbonus
   (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
   Drs. 18/12770

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: „Homeoffice-Strategie 2021“
   (Kap. 07 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12771

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Textilrecycling am Standort Augsburg
   (Kap. 07 02 Tit. 526 11)
   Drs. 18/12819

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse zur Förderung von FuE-Verbundvorhaben und sonstiger Vorhaben der Bayerischen Luftfahrtindustrie (BayLu25)
   (Kap. 07 02 Tit. 686 59)
   Drs. 18/12820

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kürzung der Zuschüsse zu Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen und der Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
   (Kap. 07 02 Tit. 839 83 u. Kap. 07 04 Tit. 893 78)
   Drs. 18/12821

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE)
   (Kap. 07 02 Tit. 883 83)
   Drs. 18/12822

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung von betrieblicher Ladeinfrastruktur für Mitarbeitende
   (Kap. 07 02 Tit. 892 86)
   Drs. 18/12823

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Prioritäten setzen: Elektromobilität vor Wasserstoff - Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur
   (Kap. 07 02 TG 82 - 87 Tit. 892 86 u. 893 87)
   Drs. 18/12824

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 07 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/12825

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Existenzgründungsmonitor
    (Kap. 07 03 Tit. 683 13)
    Drs. 18/12826

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Synthetische Kraftstoffe als Lückenschließer
    (Kap. 07 03 Tit. 683 63)
    Drs. 18/12827

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerisches Zentrum für Angewandte Energieforschung e. V. (ZAE Bayern) erhalten
    (Kap 07 03 Tit. 686 60)
    Drs. 18/12828

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss zur Errichtung einer Mehrzweck-Demonstrationsanlage der industriellen Biotechnologie
    (Kap. 07 03 Tit. 892 64)
    Drs. 18/12829

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beton-Recyclingforschung voranbringen – EDF-Technologie fördern
    (Kap. 07 03 Tit. 893 71)
    Drs. 18/12830

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Standortkonzept für den Aufbau einer Ladesäuleninfrastruktur in jedem bayerischen Landkreis
    (Kap. 07 03 TG 98)
    Drs. 18/12831

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unabhängige Forschungsfolgenabschätzung stärken
    (Kap. 07 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/12832

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Barbara Fuchs u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ökologischer Transformationsfonds für kleine und mittelständische Unternehmen
    (Kap. 07 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/12833

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Kunststoff-Recycling fördern – Fitnessprogramm ReBayPlast am Kunststoffzentrum Würzburg SKZ
    (Kap. 07 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/12834

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus einschließlich Saisonverlängerung
    (Kap. 07 04 TG 78 – 79 neuer Tit. „Nachhaltige Mobilität am Urlaubsort“)
    Drs. 18/12835

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse an Kommunen für Beratung und Erarbeitung von Konzepten zur Besucherlenkung
    (Kap. 07 04 TG 78 – 79 neuer Tit.)
    Drs. 18/12836

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms
    (Kap. 07 05 Tit. 892 75)
    Drs. 18/12837

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
    (Kap. 07 05 Tit. 893 75)
    Drs. 18/12838

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderprogramm Kommunale Klimaschutzmanagerinnen und -manager
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12839

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderprogramm Kommunale Flächenmanagerinnen und -manager
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12840

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Energieagenturen in allen Landkreisen
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12841

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderprogramm Nahwärmenetze und Sanierungsfahrpläne
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12842

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderprogramm Energiesystem der Zukunft
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12843

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung zu Indikatoren für gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12844

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Austausch von alten Haushaltsgeräten für einkommensschwache Haushalte
    (Kap. 07 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12845

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
    (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
    Drs. 18/12890

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: KMU I - Zuwendung zur Errichtung eines Wachstumsfonds und Scale-up-Fonds für Beteiligungen an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase und zur Bereitstellung von Wagniskapital
    (Kap. 07 02 Tit. 686 82)
    Drs. 18/12971

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: KMU II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern durch Beratung und Fortbildung sowie Finanzierung gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Gründungsdynamik und des Gründungsklimas
    (Kap. 07 03 Tit. 683 13)
    Drs. 18/12972

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: KMU III – Zuschüsse zur Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen sowie von Maßnahmen in der Vorgründungsphase
    (Kap. 07 03 Tit. 683 64)
    Drs. 18/12973

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
    (Kap. 07 02 Tit. 892 86)
    Drs. 18/12974

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mobilität I – Zuschüsse zu Projekten der Initiative „Fahrzeugtechnologie von morgen“
    (Kap. 07 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/12975

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mobilität II – Zuschüsse zur Errichtung von Wasserstofftankstellen
    (Kap. 07 02 Tit. 893 87)
    Drs. 18/12976

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mobilität III – Zuschüsse zu Projekten im Bereich „Mobilität der Zukunft“ (Energieförderung)
    (Kap. 07 02 Tit. 893 86)
    Drs. 18/12977

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mobilität IV - Zuschüsse für Investitionen bei Forschungsvorhaben und sonstige Vorhaben im Bereich Wasserstoff- und Batterietechnologie
    (Kap. 07 02 Tit. 892 60)
    Drs. 18/12978

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mobilität V – Zuschüsse zu Projekten im Bereich „Mobilität der Zukunft“ (Technologieförderung)
    (Kap. 07 02 Tit. 686 86)
    Drs. 18/12979

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digital I – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
    (Kap. 07 03 Tit. 683 01)
    Drs. 18/12980

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digital II – Zuschüsse zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieprojekten zur Digitalisierung Bayerns
    (Kap. 07 03 Titel 685 69)
    Drs. 18/12981

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digital III –Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien
    (Kap. 07 03 Tit. 686 69)
    Drs. 18/12982

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digital IV – Zweckgebundene Zuwendungen zum Ausbau und zur Verbesserung der Finanzierung von Innovations- und Digitalisierungsvorhaben sowie von innovativen Unternehmen
    (Kap. 07 02 Tit. 891 84)
    Drs. 18/12983

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digital V – Zuschüsse zur Durchführung des Förderprogramms Digitalbonus für KMU
    (Kap. 07 02 Tit. 683 84)
    Drs. 18/12984

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Digital VI – Zuschüsse und sonstige Ausgaben im Bereich 6. Generation Mobilfunk
    (Kap. 07 02 Tit. 883 74)
    Drs. 18/12985

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Medizin I – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Medizintechnik in Bayern
    (Kap. 07 03 Tit. 686 68)
    Drs. 18/12986

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Medizin II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen im Bereich der Medizintechnik in Bayern
    (Kap. 07 03 Tit. 893 68)
    Drs. 18/12987

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung und Entwicklung (F&E) I – Zuschüsse für Investitionen zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung
    (Kap. 07 03 Tit. 893 62)
    Drs. 18/12988

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung und Entwicklung (F&E) II – Zuschüsse zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung
    (Kap. 07 03 Tit. 686 63)
    Drs. 18/12989

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung und Entwicklung (F&E) III – Zuschüsse zur Durchführung des F&T-Programms „Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe“
    (Kap. 07 03 Tit. 686 62)
    Drs. 18/12990

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung und Entwicklung (F&E) IV – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von technologieorientierten und/oder digitalen Unternehmensgründungen, Netzwerkaktivitäten und Maßnahmen in der Vorgründungsphase
    (Kap. 07 02 Tit. 683 82)
    Drs. 18/12991

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Intergrationsfonds – Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Fachkräfteversorgung der bayerischen Wirtschaft
    (Kap. 07 03 Tit. 686 55)
    Drs. 18/12992

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Gründerland Bayern“
    (Kap. 07 03 Tit. 686 65)
    Drs. 18/12993

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Tourismuskampagne: Neue Regionen entdecken
    (Kap. 07 04 TG 78 neuer Tit.)
    Drs. 18/12994

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Imagekampagne „Pro Auto“
    (Kap. 07 04 neuer Tit.)
    Drs. 18/12995

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Energiewende I - Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
    (Kap. 07 05 Tit. 686 75)
    Drs. 18/12996

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Energiewende II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz
    (Kap. 07 05 Tit. 893 75)
    Drs. 18/12997

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Energiewende III – Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung und Einführung neuer Technologien (Bayer. Technologieförderungsprogramm)
    (Kap. 07 03 Tit. 893 65)
    Drs. 18/12998

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss zur Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors
    (Kap. 07 05 TG 75 – 78 neuer Tit.)
    Drs. 18/12999

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10 000-Häuser-Programms
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)
Drs. 18/13000

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14849**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14200) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14851**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14308) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14856**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14617) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

– die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen,
– den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14858**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14611) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14859**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2021;
Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Dem Einzelplan 16 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 18/14252) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14861**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 18/**11600**, 18/**14662**

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 – HG 2021)

Beschluss zum Haushaltsgesetz 2021

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Hans Herold
Abg. Claudia Köhler
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Bernhard Pohl
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Harald Güller
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Anne Franke
Abg. Tim Pargent
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Ernst Weidenbusch
Staatsminister Albert Füracker

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 23 bis 25** zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021) (Drs. 18/11599)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

(Drs. 18/13980)

und

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13978 und 18/14184)

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drs. 18/13900)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13869 mit 18/13881)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/13948)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13895 mit 18/13899 und 18/13901 mit 18/13905)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13838 mit 18/13845)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021) (Drs. 18/11600)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/13997)

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drs. 18/13998)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13983 mit 18/13990)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/13996)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13991 mit 18/13995)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13981 und 18/13982)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 119 Minuten vereinbart.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich Ihnen bekannt, dass zu drei Änderungsanträgen zum Einzelplan 13 namentliche Abstimmung beantragt wurde. Konkret handelt es sich hierbei um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 18/13903, und die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion, Drucksachen 18/13842 und 18/13844.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich werfen wir im Rahmen der

Schlussdebatte nun einen Blick auf unsere Kommunen. Wir alle sind ja auch Kommunalpolitiker und haben logischerweise auch Verantwortung für unsere Kommunen draußen vor Ort.

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, unserem Kollegen Josef Zellmeier, bedanken, ebenso aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Ich denke, wir machen über alle Fraktionen hinweg eine gute Arbeit; wir arbeiten trotz unterschiedlicher Meinungen sehr gut zusammen. Herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Da darf man ruhig klatschen; das ist richtig.

Ein ganz besonderer Dank geht an unseren bayerischen Finanzminister, Albert Füracker, mit seinem gesamten Team. – Lieber Albert, herzlichen Dank für diese großartige Arbeit, die hier zum Wohle des Freistaates Bayern geleistet wird! Ich muss wirklich sagen: Insbesondere die Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden trägt natürlich dazu bei, dass hier auch immer wieder beachtliche Ergebnisse erzielt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, sagen zu können: Unsere bayerischen Kommunen stehen deutschlandweit auch dank dieser konstruktiven Zusammenarbeit sehr gut da.

Ich möchte ein paar Aussagen insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich für das Haushaltsjahr 2021 machen. Beim kommunalen Finanzausgleich – FAG – haben sich in den Ausschussberatungen nur kleinere Änderungen ergeben. Das heißt konkret: Die Gesamtsumme liegt bei 10,36 Milliarden Euro. Es bleibt bei der bereits bekannten Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und auch bei der Erhöhung ihrer Finanzkraft, beispielsweise durch weiterhin hohe Schlüsselzuweisungen. Diese liegen für das Jahr 2021 bei rund 3,9 Milliarden Euro.

Ich möchte auch deutlich darauf hinweisen: Trotz der schwierigen Corona-Situation gehen diese Zuweisungen nur moderat, um 3 %, zurück, denn der Freistaat Bayern unterstützt natürlich unsere Kommunen immer wieder in bester Art und Weise.

(Zuruf)

Zu erwähnen ist angesichts dieser Situation der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage.

(Zuruf)

Davon werden die Kommunen, die Städte und Gemeinden in Bayern, natürlich ebenfalls dauerhaft profitieren – ich betone ausdrücklich: dauerhaft. Die Schlüsselzuweisungen, die ich eben schon erwähnte, liegen immer noch über dem bereits hohen Niveau von 2019.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns als Kommunalpolitiker, aber gerade als Landespolitiker ist die Arbeit unserer Bezirke ein wichtiger Bestandteil. Die Zuweisungen an unsere Bezirke steigen um 15 Millionen Euro auf insgesamt 706 Millionen Euro. Auch dadurch entlasten wir unsere Landkreise sowie auch die Gemeinden als Umlagezahler; zudem stabilisieren wir die kommunalen Haushalte.

Ich möchte ganz kurz auf einen Antrag der GRÜNEN eingehen. Diese sprechen sich für Zuweisungen an die Bezirke in Höhe von einer Milliarde Euro aus. Er steht damit in einer Reihe von GRÜNEN-Anträgen, die irrsinnige – wirklich irrsinnige! – Mehrausgaben verursachen würden. Ich sage es immer wieder, meine sehr geehrten Damen und Herren – das habe ich auch in meiner Zeit als Bürgermeister gelernt –: Wir brauchen weiterhin eine solide Finanzsituation bei uns im Freistaat Bayern. Und ich sage auch: In Zukunft müssen die Einnahmen wieder über die Ausgaben bestimmen und nicht die Ausgaben über die Einnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir steigern im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden die Zuweisungen an die Bezirke gegenüber 2020, wie schon ge-

sagt, um 2,2 %. Die Bezirke profitieren vor allem von der Kompensation der Gewerbesteuer im Volumen von rund 2,4 Milliarden Euro im vergangenen Jahr, und zwar auch deswegen, weil sie auch umlagefähig ist.

Als Kommunalpolitiker, aber natürlich auch und insbesondere als Landespolitiker freut mich ganz besonders, dass es uns wieder gelungen ist, die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungsanlagen zu stärken. Das sage ich ganz bewusst als jemand, der im ländlichen Raum Verantwortung hat; es ist, meine ich, eine ganz, ganz wichtige Entscheidung. Das heißt konkret: Der Ansatz steigt im Jahr 2021 um 20 Millionen Euro auf insgesamt 90,25 Millionen Euro. Ich möchte es wiederholen: Das kommt vor allem den kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute. Diese Mittel können auch, wie ihr alle wisst, für Wasserversorgungsanlagen verwendet werden. Die Grenze hierfür wird von bisher 20 Millionen Euro auf einen prozentualen Anteil von 40 % angehoben.

Auch das möchte ich erwähnen: Die Mittel für den kommunalen Hochbau – das ist für uns vor Ort ja auch eine ganz wichtige Angelegenheit – steigen um 50 Millionen Euro auf insgesamt 650 Millionen Euro.

Aus dem Ansatz für Bedarfs- und Stabilisierungsmaßnahmen stehen 10 Millionen Euro für die Unterstützung von Kur- und Fremdenverkehrsorten zur Verfügung. Das sage ich ganz bewusst als jemand, der aus einem solchen Bereich kommt. Die konkreten Kriterien der Verteilung werden in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Oppositionsfraktionen beklagen chronisch zu wenig Geld bei den Kommunen und fordern einen höheren Satz am Steuerverbund oder zusätzliche Entlastungen in der Kinderbetreuung. Ich persönlich vermisse bei Ihnen ein klares Bekenntnis – das sage ich ganz ehrlich und habe es auch im Ausschuss schon öfter gesagt, dass der Freistaat Bayern nicht alle Einnahmenrückgänge bei den Kommunen wird ausgleichen können. Die reinen Zahlen belegen kein Vertei-

lungsdefizit zulasten der Kommunen. Die Einnahmenzuwächse bei den Kommunen in den Jahren 2010 bis 2019 liegen bei 50,8 %, der Ausgabenzuwachs im gleichen Zeitraum bei nur 48,2 %. Ein sehr, sehr wichtiger Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch der Hinweis auf die Investitionsquote der Kommunen. Sie lag im Jahr 2019 bei 24,7 %, die des Freistaates Bayern bei 11,8 %. Ich denke, daran sieht man sehr deutlich die Situation unserer Kommunen.

Abschließend möchte ich noch anmerken, meine sehr verehrten Damen und Herren: Unser kommunaler Finanzausgleich verbessert auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen und stärkt wiederum die Investitionskraft. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Sicherlich sind unsere bayerischen Kommunen ein starker Pfeiler im aktuellen Kampf gegen das Coronavirus, wofür ich mich noch einmal ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere auch unserer Landratsämter, bedanken möchte. Ich trage selbst quasi Verantwortung in diesem Bereich und sehe natürlich, welch gute und wichtige Arbeit gerade auch in diesem Bereich derzeit geleistet wird. Doch auch auf sie werden in den nächsten Jahren logischerweise starke finanzielle Einbußen zukommen. Mehr denn je müssen der Freistaat Bayern und seine Kommunen schon heute und auch in Zukunft entsprechend zusammenstehen. Deswegen bitte ich Sie alle um Zustimmung zum FAG-Änderungsgesetz.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals ein herzliches Dankeschön, auch für die gute Zusammenarbeit, insbesondere in unserem Ausschuss. – Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Herold. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Claudia Köhler das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst geht mein Dank an das Ausschussbüro, an das Plenarreferat und an die Ressorts für alle Vorbereitungen. Ohne sie hätten wir die über 700 Änderungsan-

träge nicht debattieren können. Danke an Sie, Herr Vorsitzender Zellmeier, und danke an Sie, Herr Finanzminister. Bei aller Kritik in der Sache haben wir Debatten geführt. Das ist für unsere Demokratie wichtiger denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Puh, können wir alle nur sagen, über 71 Milliarden Euro ausgegeben! Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Herbst, also vor der Vorlage des Entwurfs, haben wir GRÜNE Pläne für eine Infrastrukturinvestitionsoffensive vorgelegt; denn damit hätte der Haushaltsentwurf nicht nur gesessen, sondern er hätte Bayern für die Zeit nach der Pandemie aufgerüstet. Jahr für Jahr müssen wir mitverfolgen, dass wir nirgends fit genug sind, um einen Stresstest zu bestehen. Gesundheitsämter büßen dafür, dass die Digitalisierung bisher weitgehend ignoriert wurde. SORMAS, Impfanmeldung heute den ganzen Tag im Radio, Impfportal, Dokumentationen, wer schon geimpft wurde, wo die Ansteckungsherde liegen – ein einziges großes Fiasko. Bis heute wurde auch keine unserer Anfragen dazu ausreichend beantwortet. Sogar Ihre eigenen Landräte schimpfen schon laut.

Damit sind wir auch gleich im Einzelplan 16 gelandet, dem Digitalministerium. Weil in allen Ressorts dringender Aufholbedarf besteht, sind wir mit dem Vorschlag einer Taskforce aus dem Digitalministerium – mein Kollege hat es vorhin vorgeschlagen – in die Verhandlungen gegangen. Ein kompetentes Team aus dem jungen, modernen Digitalministerium, das in die einzelnen Ressorts geht, vor Ort Lösungen schafft, aber vor Ort kein großes Personal bindet. – Abgelehnt, braucht es nicht, alles paletti. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Wir sehen alle – und der ORH-Bericht hat es diese Woche auch noch einmal bestätigt: Die Ressorts sind alleine überfordert. Sie lassen sogar bewilligte Mittel liegen. Das Kultusministerium hat zum Beispiel 130 Millionen Euro Ausgabereste für Digitalisierung übrig. Sie schaffen es alleine nicht. Überall, wo wir hinsehen, herrschen Flickschusterei und Hinterherhinken. Wir wollten mit unseren Anträgen den Sanierungsstau, zum Beispiel in den Hochschulen, angehen. Was macht die Koalition? – Die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN bessert über

das berühmte "Spielgeld", die Fraktionsreserve, häppchenweise nach. Masterstudiengang "Autonomes Fahren" in Coburg, "Lebensmittel- und Verpackungstechnologie" in Kempten, Laborgebäude, Gerätebeschaffung, sogar Profilbildung – dies alles wird aus der Fraktionsreserve bezahlt. Ich bitte Sie! Das gehört doch in den Haushaltsentwurf, wenn man in der ersten Liga der Universitäten mitspielen möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es passt ins Schema. Woche für Woche erfolgt eine große Ankündigung: Hightech, KI, Matrix, Nano, Super-duper und was weiß ich noch, aber dann keine Berücksichtigung, wenn das Ministerium den Etat aufstellt. Sie schwindeln die Hightech Agenda Plus sogar in den Corona-Fonds, nicht in den zuständigen Etat für Wissenschaft und Forschung. Wir haben schon bei der Vorlage kritisiert, dass das nicht geht. Auch das stand diese Woche im ORH-Bericht. Korrigieren Sie es heute noch schnellstens! Das brauchen wir für die Transparenz und Klarheit eines seriösen Haushalts.

Wie gehen Sie mit der größten Herausforderung dieses Jahrhunderts um? Mehr Hitzetage, mehr Tropennächte – der Klimawandel trifft uns jetzt schon heftiger als angenommen. Hören Sie den Weckruf Klimareport? – Wir haben die Klimaschutz-Milliarde eingeplant. Wir planen bis zum Jahr 2022 10 Millionen Euro für die Renaturierung der Moore, 25 Millionen – –

(Zuruf)

– Sie hatten im Ausschuss Gelegenheit, etwas einzubringen. Dort ist aber nichts gekommen. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Klimaschutzmilliarde umfasst die Renaturierung der Moore, den Schutz des Bodens und des Trinkwassers, die ökologische Landwirtschaft, 80 Millionen für den Ausbau von Nahwärmenetzen und 80 Millionen für das Förderprogramm "Energiesystem der Zukunft". – Was die Anpassung unserer Kommunen an Starkwetterereignisse,

an Dürre und an Stürme betrifft, nützt es nichts, gebetsmühlenartig auf die kommunale Zuständigkeit zu verweisen, Herr Herold. Hier geht es auch überhaupt nicht um Einnahmerückgänge, die wir ausgleichen wollen. Hier geht es um gestiegene Aufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gesundheitssystem knirscht es auch an allen Ecken und Enden. Corona hat diesen Zustand noch verschärft und sichtbar gemacht. Die Kliniken sind am Limit, die Pflege ist am Limit, das Personal schlägt Alarm, Kostendruck statt Patientenwohl, und das bei einer alternden Gesellschaft. Unsere Vorschläge waren: Pflegestützpunkte, Ausbildung, Digitalisierung, Gesamtkonzeptionen und Richtungsänderungen, nicht nur kleine Unterstützungsbeträge im eigenen Stimmkreis. Gestern hat der Gesundheitsminister große Reformen angekündigt. Ich bitte Sie aber, gehen Sie diese auch endlich an! Sie sind doch schon sehr lange am Ruder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gleiche Bild zeigt sich bei sozialer Gerechtigkeit. Die Opposition will mit wegweisenden Programmen die Obdachlosigkeit an sich eindämmen. Die Koalition gibt für 169 Tafeln in Bayern 150.000 Euro und für 13 Bahnhofsmissionen insgesamt 10.000 Euro. Das ist "Klein-Klein-Kleckerles", wie Sie selbst gesagt haben.Wissen Sie eigentlich, dass 320.000 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren von Armut betroffen sind? Wissen Sie, dass Jugendliche mit ihren kleinen Geschwistern in die Vesperkirchen für eine warme Mahlzeit kommen, mitten in Bayern? – Sonderprogramme reichen da nicht mehr, wenn man ernsthaft eine Perspektive bieten will.

Die junge Generation, ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft – das alles steht auf dem Wartegleis. In der Pandemie werden sie darauf reduziert, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und Azubis zu sein. Ihre persönliche Entwicklung interessiert Sie anscheinend gar nicht. Keine Bewegung, keine Kontakte – wie sollen sich da Kinder und Jugendliche gut und gesund entwickeln?

Mit Verlaub: Das Grundproblem in allen Ressorts ist, dass die Regierungsfraktionen einfach nicht den Mut haben, zu gestalten und wirklich etwas am Haushaltsentwurf zu ändern. Ich bin der Meinung, da traut sich vor Ort jeder Gemeinderat mehr. Wenn man bei über 70 Milliarden Euro Haushaltsvolumen 60 Millionen Euro Fraktionsreserve – das ist nicht einmal 1 Promille – auf 90 Stimmkreise und auch noch zwei Fraktionen verteilt, dann kann nicht viel herauskommen. Dann braucht man aber auch keine Haushaltsberatungen vorzutäuschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zur Chancengerechtigkeit. In der Pandemie ist Teilhabe wichtiger denn je geworden – für die Demokratie, für den sozialen Zusammenhalt und damit auch für die Wirtschaft. Diejenigen, die es schon vorher schwer gehabt werden, werden jetzt abgehängt – in der Schule, in der Ausbildung und in der Arbeit. Wenn die Chancengerechtigkeit nicht gewahrt ist, dann ist das nicht nur gesellschaftlich brisant und ungerecht, das ist volkswirtschaftlich auch dumm.

Teilhabe heißt zum Beispiel, mehr Mittel für Qualität, Zeit und Fortbildung für die Kinderbetreuung und die dort Mitarbeitenden bereitzustellen. Unsere 45 Millionen Euro allein für die Qualität in der Kita-Betreuung wären ein Zeichen und ein wenig mehr als Ihr ständiges bloßes Vergelts Gott dem Personal gegenüber.

Wir wollen mehr Arbeitsstellen und die Ausstattung für Menschen mit Behinderungen. Wir haben wieder einmal das längst fällige Gehörlosengeld eingebracht, das viele auch in der Pandemie davor bewahrt hätte, so lange von wichtigen Test- und Impfinformationen abgehängt zu sein.

Gerade jetzt, da Schule so im Fokus steht und sich die Verbände derart rege an der Diskussion beteiligen – da darf es auch einmal Streit geben, finde ich –, sollten wir endlich die Chance nutzen und Grundsätzliches auf den Weg bringen. Wie viele Probleme im Präsenzunterricht hätten wir vermeiden können, wenn wir – das haben wir

jahrelang, wenn nicht jahrzehntelang gefordert – schon vorher kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte und mehr Platz für die Kinder gehabt hätten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Unterfranken sind in diesem Schuljahr bereits jetzt die Mittel für Drittkräfte vollumfänglich ausgeschöpft. Ich bin gespannt, ob dafür ein Plan in der Schublade liegt.

Aber der Hammer ist – das wurde heute richtig klar –, dass Sie in so einer Zeit der Pandemie die Berufseinstiegsbegleitung hängen lassen. Das ist ein super erfolgreiches Programm für Jugendliche mit schwierigstem Hintergrund. 3.500 Jugendliche pro Jahr! Sie geizen wegen 2,17 Millionen Euro, die es heuer ermöglicht hätten, das Programm nahtlos fortzuführen, bis eine grundsätzliche Lösung gefunden ist. Sie haben die Kompetenz in den Ministerien für Soziales und Kultus hin- und hergeschoben. Bei diesem Pingpongspiel ist gar keine Lösung herausgekommen. Sie haben gesagt, die Staatsregierung solle sich etwas überlegen. Das ist ein Alibibeschluss. Ich habe heute die Anfrage zum Plenum beantwortet bekommen: Dieses Programm läuft aus. Das ist eine Unverschämtheit, nicht nur den Trägern gegenüber, sondern auch den Jugendlichen gegenüber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hatte tatsächlich bis gestern fest daran geglaubt, dass Sie noch eine Lösung finden und in diesen Haushaltstagen schnell auf den Weg bringen.

Aber es gibt so manche Überraschungen. Ich habe gehört, Sie planen gar keine Verkehrswende. Ich kann Ihnen sagen: wir schon, und zwar mit 25 Millionen Euro für die Elektromobilität und 50 Millionen zur Verbesserung des Zugangebots. Es braucht Schienenwege, Elektrifizierung, Elektrobusse, Verkehrsverbünde, günstige Tarife, Radschnellwege, Bike-and-ride-Anlagen und, und, und. So gelingt dann auch eine Wende, aber nicht so, wie Sie das angehen bzw. nicht angehen. Im Gegenteil: Sie haben eine rechtzeitige Transformation in der Autoindustrie auch noch ausgebremst

mit Ihrer Devise: Macht nur weiter so! – Jetzt versuchen alle noch schnell das Ruder herumzureißen.

Die Kunst- und Kulturindustrie ist die nächste Baustelle. Hier haben wir genauso viele Beschäftigte, nämlich 400.000 in ganz Bayern. Das ist die dritte Stelle bei den Branchen bei der Bruttowertschöpfung. Meistens bleibt sie bei Kunst und Kultur sogar in Bayern, von der gesellschaftlichen Aufgabe ganz zu schweigen. Musik, Theater, Kino – alle in dieser Branche arbeitenden Menschen haben Sie am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

Unsere Vorschläge unterstützen die bayerische Wirtschaft, weil wir Rahmen setzen und eine Richtung vorgeben müssen, die dann für lange Jahre tragfähig bleibt und worauf man sich verlassen kann. Wir brauchen klare Strukturen und Förderungen für eine nachhaltige, für eine ökologische Ausrichtung – eigentlich das Gegenteil von dem Hü und Hott der vergangenen Monate.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie geben viel Geld aus. Das würden wir auch, mit der Klimamilliarde wahrscheinlich sogar noch mehr. Allerdings wären unsere Investitionen zukunftsgerichtet. Sie geben jedoch viel Geld aus, ohne strukturell etwas zu ändern. Damit müssen wir bzw. unsere Kinder neben Corona, Konjunktur, Klima und sozialem Zusammenhalt auch noch Haushaltsprobleme lösen.

Die Rückzahlung der Corona-Schulden wird ein Kraftakt. Die Pensionspflichten steigen dazu. Die Rücklage schrumpft. Die Bürgschaftsrisiken steigen ebenfalls. Die Altschulden und Landesbank-Schulden haben wir auch noch, leider auch keinen Plan zur Tilgung. Eigentlich ist es skandalös, wie viel Geld Sie diesmal ausgeben, nicht um etwas zu verbessern, sondern nur um besser auszusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht in den Wahlkampf. Aber unsere Herausforderungen und Probleme sind nicht rhetorisch zu lösen. Wir brauchen einen ausgereiften Plan für ganz Bayern. Wir brauchen Erfolge, die man auch außerhalb von Talkshows spürt. Wir müssen jetzt in die Umsetzung kommen. In solch schwierigen Zeiten erwar-

te ich Teamwork, eine vernünftige Zusammenarbeit aller demokratischen Fraktionen und das zeitnahe Aufgreifen Erfolg versprechender Lösungen, auch wenn diese von der Opposition kommen. Das erwarten alle Menschen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen, auch wenn Sie ihn heute noch ablehnen: Unser Plan liegt auf dem Tisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden der AfD, Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Kollegin Köhler, Ihnen von den GRÜNEN fällt meistens nichts anderes ein, als immer noch mehr Geld für den sogenannten Klimaschutz zu fordern. Ich sage Ihnen eines: Sie können das Klima mit Geld überhaupt nicht verändern, auch wenn Sie jedes Mal von den Menschen immer mehr Geld einsacken. Wir haben in diesem Jahr schon eine Steigerung des Spritpreises um 25 Cent, wenn Sie einmal auf die Tanksäulen schauen. Ihr Kollege Büchler hat jüngst noch weitere 25 Cent gefordert. Gestern hat er auch noch Lufttaxis und Luftbusse gefordert. Ehrlich gesagt: Wenn man etwas über die Fliegerei weiß, dann das, dass sie sehr energieaufwendig ist. Ich halte das für überhaupt keine Lösung.

Meiner Meinung nach sollten Sie sich einmal die realistischen Klimawerte anschauen. Im Januar: 2 Grad unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre. Im März: 2 Grad kälter als der Durchschnitt der letzten 30 Jahre. Mich verwundert Ihre Ideologie nicht.

Ich frage Sie eines ganz klar: Wer soll das alles in Deutschland in Zukunft bezahlen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Professor, zu den Statistiken: Schon gestern hat Ihnen mein Kollege Friedl gesagt, wie gelogen – anders kann man es nicht nennen – und falsch gerechnet das ist.

Das andere Problem ist doch: Es geht gar nicht mehr nur um die Begrenzung, die wir versprochen haben und die wir einhalten müssen. Inzwischen geht es um Klimaanpassung, um das Fitmachen unserer Kommunen und Städte, damit sie den Temperaturanstieg und die Starkwetterereignisse überhaupt aushalten.Ich weiß nicht, wo Sie wohnen; aber auf der einen Seite erleben wir Überschwemmungen, Starkregenereignisse, Stürme, auf der anderen Seite Dürre. Wir haben Programme drin, damit der Weinanbau und der Obstanbau weiter florieren können. Das ist doch die Aufgabe. Da müssen wir die Kommunen unterstützen, weil die jetzt schon ächzen. Da muss man ein wenig Vorsorge treffen, auch wenn Sie den Leuten immer vorgaukeln wollen, das soll alles so bleiben, wie es ist. Das bleibt halt nicht so, nur weil man es sich wünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn Dank sagen an den Finanzminister und sein Haus. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: In der Krise zeigt sich, wen man brauchen kann und wen man nicht brauchen kann. Lieber Albert Füracker, du hast diese Bewährungsprobe glänzend bestanden. Ich ziehe den Hut vor dir und sage: In der Krise waren wir mit dir gut auf Kurs und haben diese schwere Zeit gut gemeistert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Ausgerechnet vom Krisenleugner kommt jetzt der Zwischenruf "Wir sind mitten in der Krise."

(Zuruf)

Da würde ich schon mal sagen: Überlegen Sie, wo Sie stehen! Heute da, morgen dort,

(Zuruf)

eine größere Beliebigkeit habe ich in diesen Tagen nicht mitbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf in meinen Dank auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss einschließen, allen voran dich, lieber Josef Zellmeier: wieder mal sehr souverän, in Rekordzeit, aber trotzdem mit genügend Intensität. Die Beratungen waren fundiert; die Beratungen waren gut. Wir haben sie zu einem guten Ende geführt. Ich möchte gleich den Kolleginnen und Kollegen aus den Oppositionsfraktionen etwas sagen, was ich zu Beginn dieser Debatte am vergangenen Dienstag bereits gesagt habe: Ja, Sie haben viele Anträge gestellt, und die meisten Anträge sind abgelehnt worden. Ich weiß, das ist nicht erfreulich. Aber alle Anträge, die Sie gestellt haben, wurden intensiv diskutiert, und die sind nicht vom Tisch. Das eine oder andere wird im nächsten Haushalt auftauchen.

(Zuruf)

Sie haben hier Ansätze zur Diskussion, zur Weiterentwicklung gegeben. Aber es ist nun einmal die Systematik, dass man Oppositionsanträge – man mag das bedauern oder nicht – nicht in den Haushalt aufnimmt, sondern dass man von dem ausgeht, was der Finanzminister vorlegt.

Liebe Frau Kollegin Köhler, Sie haben gesagt, dass sich die Regierungsfraktionen auf 60 Millionen Euro verzwergen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt!)

Diese Sicht ist allerdings sehr naiv.

(Zuruf)

Wir haben den Haushalt natürlich gemeinsam mit der Staatsregierung vorberaten und diskutiert und da unsere Schwerpunkte und unseren Wunsch als Gesetzgeber eingebracht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort "Mut" tauchte auf, Frau Köhler. Ich lasse mich hier nicht von Ihnen locken. Was heißt denn "Mut"? – Wir haben den Mut, Kurs zu halten. Wir haben den Mut, eine solide Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahre, nein, der letzten Jahrzehnte, weiterzuführen. Das muss man hier wirklich sagen. Bayern hat in den letzten Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen – Stichwort Landesbank – eine sehr solide Haushalts- und Finanzpolitik betrieben. Wir setzen das fort. Wir setzen auf eine solide Haushalts- und Finanzpolitik und auf eine Wirtschaftspolitik, die uns dazu befähigt, einen Rekordhaushalt aufzustellen und diesen auch zu stemmen. Frau Kollegin, was meinen Sie denn mit "Mut"? – Sie meinen mit "Mut" nur, dass wir Ihren Vorstellungen folgen sollen. Aber das sage ich Ihnen: Wer den Karren immer weiter nach links lenkt, der landet schnell im Straßengraben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Pandemie hat uns einiges aufgezeigt, zunächst einmal, dass wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten richtig lagen, und zwar nicht nur politisch, sondern auch mit unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das von einigen von Ihnen immer wieder in Zweifel gezogen wird. Man meint, dass man da eine Art dritten Weg zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus bräuchte, die einen mehr Richtung Sozialismus orientiert, die anderen nennen das ökosoziale Marktwirtschaft und Ähnliches. Nein, wir lagen mit unserer sozialen Marktwirtschaft sehr richtig und haben deswegen ein gutes Fundament für die Krise gehabt, sowohl wirtschafts- als auch finanzpolitisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ja, wir sind krisenfest, und auch unsere Gesellschaft ist krisenfest, weil unsere Gesellschaft zusammenhält. Warum hält unsere Gesellschaft zusammen? – Weil wir in Bayern eine Mitmach- und Willkommenskultur haben, auch wenn das von dem einen oder anderen von Ihnen nicht so gesehen wird. Wir wertschätzen andere Menschen, egal wie. Bei uns braucht man, um eine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, kein Gendern oder sonst etwas. Für uns zählt der Mensch. Das haben wir auch mit diesem Haushalt wieder deutlich gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und wo zählt der Mensch, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wo wird der Zusammenhalt gestärkt? – Vor allem auf der kommunalen Ebene. Der Kollege Herold weiß das sehr genau. Er war lange genug Bürgermeister. Wir können hier im Landtag beschließen, was wir wollen; im Bundestag können sie beschließen, was sie wollen. Die Gesetze, die Vorschriften und die Programme müssen umgesetzt werden. Ich schaue da zu Manfred Eibl. Er hat das als Bürgermeister in Perlesreut viele Jahre vorbildlich gemacht und dafür viele Preise eingeheimst. Ich sage nur: Wir wissen, dass die Kommunen stark sind und das umsetzen, was wir hier beschließen. Deswegen haben sie einen kommunalen Finanzausgleich mit einem erneuten Rekordvolumen von über zehn Milliarden Euro verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

– Aber ich sage auch, weil der Kollege Adelt schon wieder dazwischenruft: Lieber Kollege Adelt, wir sind im Freistaat Bayern nicht für alles zuständig. Es gibt auch Zuständigkeiten, die wir zu beachten haben. Das heißt nicht: Alles zu uns; wir haben es ja, wir zahlen es ja! – Der Kollege Muthmann nickt wissend. Auch er verfügt über eine lange kommunalpolitische Erfahrung. Ja, wir dürfen nicht immer "Hier!" schreien, sondern wir müssen auch sagen: Was ihr vor Ort zu machen habt, das müsst ihr auch tun. Wenn wir dann etwas tun, dann wollen wir auch, dass das entsprechend umgesetzt wird. – Nein, wir müssen aufpassen, und wir müssen auch gegenüber dem Bund auf-

passen, dass wir nicht immer sagen: Jawohl, wir zahlen. – Auch der Bund muss seine Hausaufgaben machen.

Herr Staatsminister, Sie haben es heute Vormittag bereits gesagt. Es kann auch nicht angehen, dass man große Versprechungen macht, und dann warten die Menschen. Irgendwann haben sie das Versprechen zwar nicht vergessen, aber sie glauben nicht mehr daran, dass dieses Versprechen erfüllt wird. So kann man kein Vertrauen gewinnen, und Vertrauen ist die wichtigste Währung in einer derartigen Krise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und deswegen geht von hier aus, vom Bayerischen Landtag aus der Ruf nach Berlin: Machen Sie bitte Ihre Hausaufgaben! – Ich rede vom Impfen, ich rede von der Zulassung von Tests und davon, dass man Zusagen zeitnah einhalten muss.

Ich weiß, dann wird wieder kommen: "Die EU hat …" – Auch das ist ein Thema, das man hier einmal mit zwei Sätzen streifen muss. Ich glaube, wir sind fast alle überzeugte Europäer – so hoffe ich zumindest. Aber die Europäische Union hat in den letzten Monaten deutlich Vertrauen verspielt. Ich sage ganz deutlich: Die Briten sind aus der Europäischen Union ausgetreten, und ich möchte ungern, dass Großbritannien in ein paar Jahren sagt, es war besser so. Eigentlich müssten wir großen Ehrgeiz haben zu sagen: Liebe Engländer, ihr habt den größten Fehler eures Lebens gemacht. – Aber dann müssen wir uns auch am Riemen reißen; dann darf so eine Panne wie bei der Impfstoffbeschaffung nicht mehr passieren. Und dann darf es uns auch nicht passieren, dass der Beamtenapparat erst mal irgendwelche Wettbewerbsvorschriften rauf und runter wälzt, wenn Berlin in einer Krise nach Brüssel meldet, wir wollen und müssen unterstützen, der dann auch noch sagt, ein bisschen was geben wir, und erst wenn der Teig geknetet ist, nach Monaten, kommt die Zusage, und wir sind handlungsfähig. – So habe ich mir Europa nicht vorgestellt. Europa soll ein Motor sein und keine Bremse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir FREIEN WÄHLER haben klare Schwerpunkte gesetzt, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner. Die Hightech Agenda für den Freistaat Bayern ist eine Zukunftswährung. Sie führt dazu, dass wir auch in der Zukunft über starke Einnahmen verfügen werden. Wir machen Bayern zukunftsfest. Das ist halt der Unterschied zwischen der Bayernkoalition und den GRÜNEN.

Die GRÜNEN haben ein Zukunftsmodell, das auf den beiden "V"s aufbaut: Verbot und Verzicht. Sie meinen, mit Verbot und Verzicht kommen wir weiter. Nein, ich sage Ihnen – und jetzt schwinge ich mal Ihre moralische Keule, die jeden Widerspruch und jede andere Meinung nicht duldet –: Mit Ihrer Verbots- und Verzichtspolitik versündigen Sie sich an der Menschheit. Wir haben in Bayern die Möglichkeit, wir haben das technische Know-how, um mitzuhelfen, die Probleme, die die ganze Welt betreffen, zum Beispiel den Klimaschutz, zu lösen. Wir haben die Voraussetzungen dafür. Aber dann müssen wir, wie wir das mit der Hightech Agenda tun, die bayerische Wirtschaft auch entsprechend stärken, anstatt darüber zu reden, ob man eine Flugscham braucht, ob man noch Fleisch essen darf oder ob man noch mit dem Pkw von A nach B fahren darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Mobilitätswende! Das Flugtaxi ist eine ganz charmante Geschichte. Auch dazu leisten wir einen Beitrag; "BayLu25" haben wir mit weiteren 10 Millionen Euro ausgestattet. Aber das Flugtaxi wird ganz sicher nicht das Massenverkehrsmittel der Zukunft sein. Stellen Sie sich einmal bildlich vor, wie das denn ausschauen soll. Nein, wir müssen nach wie vor auf einen guten Dreiklang mit Individualverkehr setzen, also auf die Straße und natürlich auch auf die Schiene. Sie werden mir aber nicht weismachen wollen, dass man eine Schienenanbindung von Osterzell nach Wildsteig legen muss – jetzt kann sich jeder seinen eigenen Regierungsbezirk aussuchen –, das hätte keinen Sinn. Wir wollen allerdings im ländlichen Raum Bahnen reaktivieren. Das haben wir uns für die Zukunft vorgenommen. Wir wollen dabei auch im Bayerischen Wald den

einen oder anderen Akzent setzen. Das werden wir mit dem Koalitionspartner verhandeln. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns dabei das eine oder andere gelingt. Natürlich muss es in ein finanzielles Gesamtkonzept passen, das ist doch klar. Aber das sind Dinge, die wirklich wichtig sind. Wir meinen Regionalität und reden nicht nur darüber wie die GRÜNEN, die dann aber sagen, jede Behördenverlagerung sei Teufelswerk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben auch einen Schwerpunkt in der Bildung gesetzt, und zwar nicht erst, seit wir den Kultusminister stellen, sondern schon seit 2008. Frau Kollegin Köhler, es ist Ihrer Aufmerksamkeit vielleicht entgangen, aber die Zahl der Lehrer wurde in den letzten 12 Jahren ganz erheblich erhöht, auch die Zahl der Lehrer pro Kinder – sonst kommt wieder der Einwand, dass Bayern insgesamt gewachsen ist.

Wir werden auch unserer Verantwortung für das größte soziale Thema der Gegenwart gerecht: bezahlbarer Wohnraum. Da geht es halt auch nicht mit dem Modell zu sagen, die Eigenheimzulage ist sowieso nichts, und außerdem geht ein freistehendes Eigenheim auf gar keinen Fall. – Zumindest Herr Hofreiter sieht das so; ich weiß nicht, ob das alle bei Ihnen so sehen. Wahrscheinlich haben Sie die alte DDR im Kopf mit den schönen 15-stöckigen Plattenbauten. Ich sage nur: Erfurt, Rigaer Straße, oder Suhl – wunderwunderschön! Aber das ist nicht unsere Vorstellung davon, wie wir die Leute wohnen lassen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben den Mut, in die Fläche zu fördern. Wir haben auch den Mut gehabt, allen Menschen etwas zu geben, als wir zum Beispiel die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, und zwar nicht nur für die Menschen mit einem ganz schmalen Einkommen, sondern für alle. Wir sind für alle Menschen da und nicht nur für einen Teil der Gesellschaft. Steuerpolitik und Finanzpolitik heißt nicht, einigen Wenigen etwas weg-

zunehmen und einigen Wenigen etwas zu geben, sondern man muss immer das Gesamte im Auge haben. Das haben wir.

Dieser Haushaltsentwurf ist gut austariert; er setzt die richtigen Schwerpunkte und – darauf bin ich ein Stück weit stolz – er setzt die Schwerpunkte, die die FREIEN WÄHLER seit 12 Jahren zu ihren Schwerpunkten gemacht haben, aber natürlich auch die Schwerpunkte, die seitens der CSU gesetzt wurden; denn wir sind schließlich eine Koalition. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir arbeiten erfolgreich zusammen. Das mag dem einen oder anderen nicht so ganz in den Kram passen, aber ich finde es unglaublich mutig, in der heutigen Zeit zu sagen: Jawohl, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wir sehen zwar da und dort noch Nachholbedarf – der Breitbandausbau wurde heute Vormittag angesprochen –, das eine oder andere müssen wir verbessern. Wie heißt es so schön? Das Gute ist der Feind des Besseren.

Wir halten Kurs. Bayern ist ein Land, das sich sehen lassen kann. Ich glaube, was hier auf dem Tisch liegt – sehr geehrter Herr Finanzminister, das haben Sie gut vorgelegt, wir haben es gut weiterentwickelt –, ist in vollem Umfang zustimmungsfähig und verdient Anerkennung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege Pohl. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Claudia Köhler. Bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Pohl, zuerst möchte ich ein Missverständnis aufklären. Sie haben das akustisch schon gestern Abend falsch verstanden. Mein Kollege Dr. Büchler hat beim Thema Mobilität vom Rufbus und vom Ruftaxi im ländlichen Raum gesprochen. Weil Ihnen so etwas unbekannt ist, haben Sie "Flugtaxi" verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit)

Da verwechseln Sie uns. Wir geben hier aber gerne Nachhilfe, worum es sich handelt.

Ich hätte trotzdem gerne eine konkrete Antwort. Sie haben sich auf meine Vorlage bezogen und von Verbot und Verzicht gesprochen. Das hat mich doch berührt. Haben Sie vielleicht nicht zugehört? Wo habe ich von Verbot und Verzicht gesprochen? Da bitte ich Sie doch um Aufklärung.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Verbot und Verzicht sind das, was die Ideologie der GRÜNEN durchzieht. Deswegen habe ich das bei dem einen oder anderen Punkt angesprochen. Aber danke, dass Sie mir noch die Minute geben. Ich habe etwas vergessen; denn Sie haben die Berufseinstiegsbegleitung – BerEb – angesprochen. Frau Kollegin Köhler, das fand ich ein absolutes Highlight. Es gab einen Regierungsentwurf, in dem das nicht drin war. Es gab zum Haushalt Änderungsanträge, in denen dies nicht drin war. Kurz vor knapp haben Sie einen Antrag hingeworfen nach dem Motto: Liebe Freunde, jetzt gebt einfach mal zwei Millionen Euro. Wie Sie inzwischen wissen, werden diese zwei Millionen Euro gar nicht gebraucht; wenn, dann wird eine Verpflichtungsermächtigung gebraucht. Wir haben im Ausschuss mit Ihren Stimmen einstimmig beschlossen, dass die Staatsregierung dieses Problem lösen soll, und zwar nicht hoppla hopp, sondern vernünftig finanziert. Das wird die Staatsregierung auch tun. Diese Kritik ist völlig unangebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser letzten Debatte geht es um den Einzelplan 13, um die Allgemeine Finanzverwaltung und um die begleitenden Gesetze zum Haushalt 2021.

Herr Kollege Arnold von der SPD, Sie haben sich in der Eingangsrede darüber beschwert, dass unsere Kritik am Haushaltsplan pauschal sei. Herr Kollege, wenn etwas

"schal" war, dann Ihre Kritik als Oppositionspartei. Nicht nur die AfD hat festgestellt, dass die SPD des Kampfes für die kleinen Leute müde ist. Aber keine Sorge, dafür gibt es jetzt uns, die Alternative für Deutschland. Wir sind der Anwalt des kleinen Mannes. Als Anwalt des bayerischen Steuerzahlers haben wir diesen Plan genau unter die Lupe genommen; denn schließlich ist es dessen Geld, das Herr Söder für linksgrüne Ideologien verprasst.

Aber um die jetzige Schuldenrechnung mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie zu verstehen, müssen wir auch die Vergangenheit etwas betrachten. Der letzte Haushalt war von Rekordsteuereinnahmen geprägt, die von den Rekordausgaben eines Herrn Söder noch übertroffen wurden – eines verantwortungslosen Ministerpräsidenten, der in den fetten Jahren trotz unserer Warnungen nicht sparen wollte. Daher hat die Regierung die ursprünglich geplante Schuldentilgung de facto gestoppt, sodass die Staatsverschuldung im letzten Jahr vor Corona bei knapp 27 Milliarden Euro lag. Mit Corona hat die Regierung den Corona-Sonderfonds aufgelegt und mit 20 Milliarden Euro ausgestattet, um die Krise bewältigen zu können. Von diesem Fonds wurden bereits wegen Steuerausfällen und für Ausgaben zur Krisenbewältigung laut Soll-Plan insgesamt 9,4 Milliarden Euro verbraucht. So bleiben für eine weitere Verschuldung aus dem Fonds 10,6 Milliarden Euro übrig – so weit einfache Mathematik.

Dementsprechend wurde die Verschuldung über den Corona-Sonderfonds im Haushaltsplan bis zum letzten Heller ausgereizt. Zugleich wurde im Entwurf des Haushaltsgesetzes festgelegt, dass die Finanzierung der krisenbedingten Sonderbedarfe den Kreditrahmen von 20 Milliarden Euro nicht überschreiten und nicht erhöht werden darf. Das halten wir einmal fest. Die Grenze liegt bei 20 Milliarden Euro, die sich die Regierung mit diesem Gesetz selbst setzt.

Der ORH hat diesen Haushaltsplan geprüft und bisher zumindest an der Berechnung der Neuverschuldung keine Beanstandungen geäußert. Auf seine übrige Kritik komme ich später zu sprechen. Dann kam kurz vor Schluss eine sogenannte Nachschubliste reingeflattert. Nachschublisten enthalten in der Regel kleinere Korrekturen, etwa von

Schreib- oder Formfehlern. Aber in dieser Nachschubliste tauchte dann eine neue Schuldenaufnahme in Höhe einer weiteren Milliarde Euro auf. Das ist der Knackpunkt. Von dieser weiteren Milliarde hatte der ORH keine Kenntnis, als er damals den Plan geprüft hat; denn diese war im Haushaltsplan ursprünglich nicht enthalten.

Ich habe bereits bei der letzten Debatte nachgefragt, warum die Regierung nun eine weitere Milliarde aufnimmt; denn damit überschreitet die Regierung rechnerisch den Kreditrahmen. Dazu hat uns bis jetzt keiner eine Erklärung geliefert.

(Zuruf)

– Herr Minister, das können Sie dann gerne aufklären, weil es mich schon interessieren würde, wie das rechnerisch passiert.

(Zuruf)

– Die Zahlen sind da. Herr Kollege Weidenbusch, ich verstehe es. Sie können mir es auch gerne nochmals erklären.

Damit steht fest: Das Gesetz, das heute beschlossen wird und den Rahmen auf 20 Milliarden Euro festschreibt, setzt sich über diesen Rahmen selbst hinweg.

(Beifall bei der AfD)

Die Koalition wird also heute ein Gesetz der Regierung verabschieden, das gegen sich selbst verstößt. Ich bin gespannt, wie der ORH diesen Teil bewerten wird; denn die Haushaltsplanung sieht definitiv anders aus.

(Zuruf)

– Sie können es dann selber darlegen. Sie müssen jetzt hier nicht schreien. Aber die Soll-Planung sieht so aus. Die Neuverschuldung beläuft sich also auf 21 Milliarden Euro und nicht auf 20 Milliarden Euro.

Jetzt kommen wir aber noch auf die Kritik des ORH zu sprechen; denn mit den Mitteln des Corona-Sonderfonds sollen 400 Millionen Euro für die von Söder durchgesetzte Hightech Agenda verwendet werden. Zitat des ORH: "Nicht überzeugt ist der ORH, dass die im Entwurf zum Haushaltsgesetz 2021 enthaltenen 400 Millionen Euro für die Hightech Agenda Bayern Plus unmittelbar mit der Not der COVID-19-Pandemie begründet werden können". Der ORH drückt sich wie gewohnt sehr zurückhaltend und höflich aus. Daher verwende ich eine klare Sprache.

Herr Söder – es ist schade, dass er mal wieder nicht da ist –, dieses Geld, das Sie für Ihre Hightech Agenda verwenden wollen, war dafür gedacht, die durch Ihre Lockdowns entstandene Not abzumildern, also um zum Beispiel die kleinen Unternehmer, die mit einem faktischen Berufsverbot belegt sind, vor dem Ruin zu bewahren, nicht um die Mittel eigensüchtig zur Selbstprofilierung zu missbrauchen.

Zuletzt komme ich auf den Schattenhaushalt zu sprechen. Die Regierung hat mit dem BayernFonds ein Instrument geschaffen, das der Haushaltsplanung entzogen ist. Sie hat diesen Fonds mit einer Kreditermächtigung von 20 Milliarden Euro ausgestattet sowie weitere Bürgschaftsrahmen und Gewährleistungsermächtigungen in Höhe von 26 Milliarden Euro vorgesehen. Dieser Fonds beinhaltet also ein Volumen von insgesamt 46 Milliarden Euro. Dieser Fonds wird von der Finanzagentur, einer privatgesellschaftlichen GmbH verwaltet, und für deren Verbindlichkeit haftet der Freistaat. Der Freistaat sind letztendlich wir, die Bürger.

Rechnen wir einmal zusammen: Die Ausgangsverschuldung beträgt 27 Milliarden Euro, die Neuverschuldung 21 Milliarden Euro. Das heißt, die Verschuldung steigt auf mindestens 48 Milliarden Euro. Sollte das gesamte Volumen des BayernFonds fällig werden, steigt die Verschuldung auf sage und schreibe 94 Milliarden Euro. Ich prognostiziere Folgendes: Mit den weiteren Lockdowns werden die Steuerausfälle weiter zunehmen und noch mehr Unternehmer Hilfe brauchen. Daher bin ich mir leider sicher, dass Sie uns alle eher früher als später hier wieder versammeln werden, um den nächsten Nachtragshaushalt zu verabschieden und um Söders wahres Leuchtturm-

projekt, den größten Schuldenturm in der Geschichte Bayerns, noch höher aufzustecken. Wer hätte gedacht, dass unser geliebtes Bayern, was die Neuverschuldung angeht, einmal Deutscher Meister werden wird. Das ist kein Titel, auf den unsere Kinder einmal mit Stolz blicken werden.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die übertriebenen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Harald Güller, SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Dezember 2020 haben wir hier im Rahmen der Ersten Lesung den Entwurf des Haushalts diskutiert. Ich habe für die SPD-Fraktion ganz klar signalisiert, dass wir bereit sind, diesen Krisenhaushalt 2021 und zunächst einmal die Maßnahmen, die in diesem Jahr notwendig sind und die wir aus Pandemiegründen sofort treffen müssen, mitzutragen.Wir waren bereit, ihn mitzutragen, wenn Sie bereit sind, in den Verhandlungen zum Haushalt diese ausgestreckte Hand entgegenzunehmen und mit uns zusammen zu schauen, an welchen Stellen der Haushalt noch verbessert werden kann und wo zusätzliche Impulse beim Investieren gesetzt werden können. Wir sind jetzt 50 Stunden Ausschussberatung, 740 Anträge und 3 Tage Plenarberatung weiter. Was ist passiert? – Sie haben selbst etwas mehr als 140 Anträge eingebracht, mit denen Sie die 60 Millionen Euro, die Sie als "Fraktionsreserve" vom Finanzminister bekommen haben, für Projekte ausgegeben haben, die schlampigerweise von den Ministerien vorher vergessen wurden oder ich habe ja eher den Verdacht, für Projekte ausgegeben haben, die Sie extra in den Ministerien ausgespart haben, damit es regionale Presseerklärungen der Kolleginnen und Kollegen geben kann.

(Beifall bei der SPD)

Da sind nette Dinge dabei, zum Beispiel eine Surfwelle in Augsburg für 200.000 Euro. Ja, als Augsburger bin ich dafür. Alle regionalen Abgeordneten, die etwas von Sport verstehen, werden da sagen: Das ist eine tolle Sache. Mir braucht aber keiner zu erzählen, dass eine solche Maßnahme im Rahmen eines 71-Milliarden-Euro-Haushalts nicht früher eingebracht werden kann, wenn sie denn so sinnvoll ist.

Dann sind auch kleine Beiträge dabei wie das "Forum Soziale Inklusion", ein ausdrücklich antifeministischer Verein. In Berlin gibt es einen massiven Streit darüber, ob die Gelder ausbezahlt werden. Ich weiß nicht, wer Ihnen diesen Floh ins Ohr gesetzt hat. Sie gewähren diesem Verein noch einmal symbolisch 20.000 Euro. Ich weiß nicht, ob das eine intelligente Idee war, dies in die Presseerklärungen der CSU reinzuschreiben.

Und dann gibt es doch tatsächlich einen Antrag, den Sie angenommen haben, nämlich die Vereinspauschale für unsere Sportvereine von 20 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro zu verdoppeln. Darüber, wie das war und wie Sie sich gewunden haben, einen Antrag der SPD anzunehmen, kann man eine Glosse schreiben. Der Sportminister hat nicht gesagt, dass das eine Idee der SPD war und dass auch die FDP einen entsprechenden Antrag gestellt hat, er hat aber unglücklicherweise gesagt, die Staatsregierung hätte dies schon seit Weihnachten in der Planung gehabt, wäre aber noch nicht dazu gekommen. Sie wollten den Antrag der SPD im Ausschuss eigentlich noch ablehnen, haben aber dann im Ausschuss gemerkt, dass Sie sich damit endgültig der Lächerlichkeit preisgeben würden. Wir haben uns dann darauf geeinigt, dass ein paar Kommas geändert werden und dass die Koalitionsparteien und die demokratischen Oppositionsparteien auf unseren Antrag draufgeschrieben werden dürfen. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen worden. Herzlichen Dank für dieses Entgegenkommen im Sinne des Sports!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Ich habe die demokratischen Parteien gemeint. Herr Hahn, da waren Sie nicht gemeint. Das haben Sie vollkommen richtig erkannt, dass Sie mit dem Begriff "demokratische Parteien" nicht gemeint sind.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende ging es noch um diese 2,17 Millionen Euro für die Berufseinstiegsbegleitung. Herr Kollege Pohl hat gesagt, wir hätten dies kurz vor dem Ende der Diskussion "hingeworfen". Zehn Minuten später haben wir einem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER über 114 Millionen Euro zugestimmt, die gebraucht wurden, um die Eigenheimzulage des letzten Jahres noch abfinanzieren zu können. Erzählen Sie uns deshalb bitte nicht, dass 2,17 Millionen Euro falsch sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin ganz sicher: Das Programm wird am Ende des Tages, weil es so sinnvoll ist und weil die Opposition und die Petenten so viel Druck gemacht haben, fortgesetzt werden. Sie werden ihm einen anderen Namen geben und sich drei Mal winden, um eine andere Finanzierung zu finden. Ich prophezeie Ihnen aber: Sie werden nicht drum herumkommen, diesen 3.500 jungen Menschen im Herbst dieses Jahres zu helfen. Das ist ein Erfolg der Petition, und das ist ein Erfolg unseres Antrags, auch wenn Sie ihn heute wieder in namentlicher Abstimmung abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten gab es unglaublich wenig Bewegung. Die SPD hat Ihnen durch Anträge vier Themenbereiche nähergebracht, die ihr besonders am Herzen liegen. Diese Themenbereiche sind die Mobilität für alle, Digitalisierung und Bildung, soziale Infrastruktur mit den Unterpunkten Wohnen, Wohnfonds, Bauen und Kitas sowie das Thema Gesundheit mit den Unterpunkten Krankenhauswesen, Pflegeeinrichtungen und öffentlicher Gesundheitsdienst. Wir sind davon überzeugt, dass sich der Staat aus einer Krise wie der gegenwärtigen nicht heraussparen kann. Der Staat muss sich aus einer

Krise herausinvestieren. Sie sprechen immer von Schulden für die nächste Generation. Die größte Schuld, die wir der kommenden Generation hinterlassen könnten, wäre eine marode Infrastruktur. Deshalb müssen wir in diese genannten Bereiche investieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren bei all diesen Themen aber nicht bereit, mit uns gemeinsam die Weichen für eine gute Zukunft und für einen Weg aus der Krise zu stellen. Sie waren beim Thema Mobilität nicht bereit, den Weg zu einem flächendeckenden 365-Euro-Ticket für alle Jugendlichen in Bayern, nicht nur in einzelnen Großstädten, zu gehen. Sie waren nicht bereit, ein Sozialticket oder ein Ticket für die Seniorinnen und Senioren einzuführen. Sie waren nicht bereit, mehr öffentlichen Personennahverkehr durch Busse und auf der Schiene zu schaffen. Sie waren nicht bereit, Digitalisierungs- und Bildungsmöglichkeiten für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, zu realisieren. Sie waren nicht einmal bereit, 250.000 Euro für ein Konzept der digitalen Lernmittelfreiheit auszugeben, das dann in den nächsten Jahren mit allen Parteien dieses Hauses hätte umgesetzt werden können. Sie waren nicht bereit, sich einen Millimeter zu bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Themen soziale Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum haben Sie sich nicht bewegt. Das Gleiche gilt auch für die Forderung nach Schaffung eines Fonds für sicheres Wohnen, mit dem Wohnungslosigkeit verhindert werden sollte. Die Ministerin hat in Pressemitteilungen erklärt, das sollte in Berlin gemacht werden. Wo wir jedoch selbst handeln können, in unserem eigenen Haushalt, stimmen Sie mit Nein. Nach unserer Auffassung ist das zu wenig für eine Zustimmung zu diesem Haushalt.

Herr Füracker hat noch eins draufgesetzt und heute Morgen bei der Diskussion zum Einzelplan 06 des Finanzministeriums erklärt: Ich weiß nicht, wo man in diesem Haushalt noch mehr machen kann. – Das zeigt, dass Sie nicht bereit sind, die Weichen

richtig zu stellen. Ich sage ausdrücklich: Natürlich haben wir nicht erwartet, dass Sie jede unserer Initiativen eins zu eins übernehmen. Natürlich haben wir nicht erwartet, dass Sie alle unsere Anträge aufnehmen. Wir hätten aber erwartet, dass mit uns diskutiert wird. Auch von den anderen Oppositionsfraktionen gibt es interessante Anträge. Wir sollten darüber diskutieren, wie wir diesen Freistaat gemeinsam nach vorne bringen können. Dazu sind Sie nicht bereit.

Herr Kollege Pohl, was Sie hier abgeliefert haben, war selbstgefällig. Sie haben erklärt: Wir werden das in unsere Überlegungen einbeziehen. Sie werden die eine oder andere Ihrer Ideen in den nächsten Jahren im Haushalt wiederfinden. – Kolleginnen und Kollegen, genau das haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern nicht verdient. Die Koalitionsfraktionen kupfern nur ab und verschleppen die Themen über Jahre. Die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass wir in diesem Parlament und im Ausschuss gemeinsam darum ringen, die besten Ergebnisse für sie zu erzielen. Dazu gehört es auch, Ideen von anderen aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch kurz zum Haushaltsgesetz kommen. Ich denke, wir sollten in den nächsten Jahren noch einmal in aller Ruhe über das Thema Personal und Personalstärke diskutieren. Im Rahmen von Haushaltsberatungen ist es schwierig, die Stellenpläne der einzelnen Ministerien durchzugehen und festzustellen, an welcher Stelle Umsetzungen notwendig sind, wo eingespart werden kann und an welchen Stellen deutlich mehr Personal notwendig ist.Es ist aber natürlich nicht der richtige Weg, dass der Personalkörper immer größer wird und wir feststellen, dass er insbesondere in der Staatskanzlei und an der Spitze der Ministerien größer wird. Wir müssen schauen, dass die Personalstellen dort sind, wo sie am effektivsten sind. Ob die Stellen in der Staatskanzlei zur permanenten Kontrolle der anderen Ministerien richtig eingesetzt sind, darf ich an dieser Stelle schon einmal mit einem Fragezeichen versehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Einzelplan 13 darf ich aber auch ausdrücklich feststellen, dass man dieses Jahr mit der Fortführung des Corona-Sonderfonds, der letztes Jahr beschlossen wurde – – Das waren einmal 10 Milliarden Euro, dann noch einmal 10 Milliarden Euro. Sie wissen, dass die SPD den ersten 10 Milliarden auf jeden Fall zugestimmt hat, weil diese in der damaligen Lage schnell zur Verfügung stehen mussten. Bei den zweiten 10 Milliarden Euro waren wir, weil sie nicht einzeln zugewiesen waren, sehr kritisch. Wir haben auch gesagt, es wäre genügend Zeit, das Parlament zu beteiligen.

Sie haben das weit von sich gewiesen und uns an der Stelle, weil wir dem Haushalt nicht zugestimmt haben, so ziemlich alles geheißen, was nicht im Gesangsbuch steht. Das Ergebnis im letzten Jahr war, dass Sie nicht einmal die ersten 10 Milliarden Euro gebraucht haben.

(Zuruf)

Weil wir vorhin gerade wieder eine große Schelte in Richtung Berlin gehört haben: Sie haben die 10 Milliarden Euro auch deshalb nicht gebraucht, weil 60 % der Leistungen, die eigentlich aus dem aus dem Corona-Fonds vorgesehen waren, vom Bund, von der Bundesregierung, vom Bundeshaushalt und vom Bundesgesetzgeber, übernommen worden sind. Dort sind wir alle ja, zumindest wir als SPD und Sie als CSU, beteiligt. Das gehört zur Wahrheit schon auch dazu.

Der Fonds wird heuer auf jeden Fall anders verwaltet. Es ist völlig richtig, dass man Handlungsfreiheit braucht. Der Ministerrat muss Beschlüsse fassen können. Die gehen dann aber ins Parlament und werden im Parlament noch einmal diskutiert. Das Geld wird von uns freigegeben. Das ist der richtige Weg, den wir uns schon voriges Jahr gewünscht hätten. Danke, dass Sie an dieser Stelle gelernt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss noch das Thema Finanzausgleichsänderungsgesetz. Wir werden uns an dieser Stelle enthalten. Ich glaube, wir als Parlament haben den Weg, dass die kommunalen Spitzenverbände das zunächst auf dem stillen Weg mit der Staatsregierung ausmachen, zu akzeptieren. Ich glaube aber auch, die kommunalen Spitzenverbände wären ganz gut beraten, alle Parteien in diesem Haus stärker einzubeziehen. Sie hätten dann vielleicht auch mehr und bessere Ergebnisse.

Ich nenne eine Stelle, an der es mir eindeutig zu wenig ist. Wir werden uns deswegen enthalten. Das ist das Thema Ausstattung der Bezirke. Es ist gesagt worden, dass es 15 Millionen Euro mehr und damit jetzt 706 Millionen Euro gibt. Das klingt viel. Wer sich aber – viele von uns in diesem Hause sind Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen – die Situation genau anschaut, der weiß, dass auf die Bezirke in den nächsten Jahren im Sozialbereich – im Bereich der Inklusion und im Bereich der Behinderung – derartige Ausgaben zukommen, was den Landkreisen und kreisfreien Städten massiv auf die Füße fallen wird, wenn wir als Freistaat nicht deutlich mehr Geld geben.

Ich glaube deswegen, dass man an dieser Stelle mehr hätte tun müssen. Wir werden uns deswegen an dieser Stelle enthalten. Ich sage noch einmal, dass die kommunalen Spitzenverbände gut beraten wären, dieses Thema besser und stärker als bisher zu adressieren. Ich sage das auch als Kreisrat des Landkreises Augsburg.

Kolleginnen und Kollegen, zusammengefasst ist das wegen der Finanzausstattung, die wir in diesem Freistaat unzweifelhaft haben und an der die SPD überhaupt nichts zu kritisieren hat, ein starker Haushalt. Der Haushalt hätte aber deutlich stärker sein können, wenn Sie bereit gewesen wären, auch unsere Anträge ein Stück weit aufzunehmen. Sie waren dazu nicht bereit. Dieser Haushalt bleibt deswegen weit, weit, weit hinter den Möglichkeiten Bayerns zurück. Das ist schade, das ist schlecht und verdient die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Güller, bitte bleiben Sie noch da. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Harald Güller, nimm bitte zur Kenntnis, dass das der Haushalt des Freistaats Bayern, des Parlaments und damit der Haushalt von uns allen ist.

Erstens. Wenn ich sage, dass Ideen später mit Wertschätzung übernommen werden können, hat das nichts mit Abkupfern und schon gar nichts mit Selbstgefälligkeit, sondern mit Respekt zu tun.

Zweitens. Selbstverständlich haben Kollege Zellmeier und ich – das ist nachweisbar – die Vereinspauschale bereits am 3. Februar angekündigt. Ich habe auch gesagt, dass ich davon ausgehe, dass der Kollege Güller einen ähnlichen Antrag stellen wird. Selbstverständlich könnt ihr sagen, dass auch ihr euren Anteil an dieser Vereinspauschale habt. Ihr habt dem ja auch zugestimmt. Punkt!

Drittens. Berufseinstiegsbegleitung – BerEB –: Das war einfach nicht solide. Das ist ein Antrag auf 2,17 Millionen. Man braucht das Geld nicht. Man braucht die Verpflichtungsermächtigung. Es geht eben nicht, dass man in ein oder zwei Wochen etwas hinrotzt und dann glaubt, dass man dafür Zustimmung bekommt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Eigenheimzulage war über Wochen durchkalkuliert. Wir haben das dann auch mit entsprechender Gegenfinanzierung beschlossen; das andere eben nicht!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Güller, bitte.

Harald Güller (SPD): Erstens noch einmal zu den 114 Millionen Euro, die "wochenlang durchkalkuliert" waren: Auf den Tisch des Haushaltsausschusses sind sie mit Beginn der Sitzung gekommen; zwei Stunden später sind sie dann beschlossen worden.

Zweitens. Wir haben die 2,17 Millionen Euro eindeutig mit spitzer Feder berechnet.

Drittens. Man sollte unseren Antrag – den Antrag von SPD, GRÜNEN und FDP –, bevor man ihn ablehnt, zumindest gelesen haben. Da steht nämlich das Wort "Verpflichtungsermächtigung" groß und mächtig drin. Da ist auch ein zweistelliger Millionenbetrag enthalten, und zwar der, den wir für zwei Jahre Finanzierung des Projekts brauchen. Entschuldigung! Schade, dass ihr Anträge, bevor ihr sie formelhaft ablehnt, nicht einmal komplett durchlest. Das beweist aber, was ich gerade vorhin gesagt habe. Das ist – sorry – selbstgefällig.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben, wie im Vorjahr, wieder einen sehr unbestimmten Haushalt vor uns. Er ist deshalb unbestimmt, weil da immer noch Milliardenbeträge drin sind, von denen wir nicht genau wissen, ob und wofür wir sie ausgeben werden oder werden ausgeben müssen. Es ist deshalb absolut richtig, dass wir nur über einen Einjahreshaushalt reden.

Wir begrüßen grundsätzlich auch, dass es über die 20 Milliarden hinaus, die wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, keine weiteren Schulden gibt. Ich habe in der Ersten Lesung schon gesagt, dass ich es nach wie vor für eine geschickte Formulierung halte, davon zu reden, es gebe keine neuen Schulden. Natürlich sind es neue Schulden. Es sind ja Schulden in diesem Haushalt. Sie gehen aber eben nicht über das hinaus, was wir schon im letzten Jahr geplant hatten.

Es ist auch richtig, dass die Schuldenaufnahme auf den gesetzlich definierten Notfall beschränkt wird und wir von weiteren Schulden absehen. Genauso richtig ist – ich sage das jetzt ausdrücklich –, dass die Idee mit den Green Bonds kein Gehör gefunden hat; hier ist weder ein Notfall gegeben, noch ist es sinnvoll, bei der Schuldenaufnahme ökologische Aspekte einzubeziehen.

Ich hätte mir allerdings bei der Rückzahlung der Schulden schon ein bisschen mehr Ehrgeiz erwartet. Die Tranche für 2021 soll ja erst ein Jahr später zurückgezahlt werden. Ich glaube, dass wir schon ein bisschen mehr Mut haben und uns eine Verpflichtung auferlegen sollten. Wir haben gegenüber der nachfolgenden Generation eine Verantwortung und sollten die Rückzahlung auf keinen Fall weiter hinausschieben. Ich glaube, es geht hier um finanzielle Gerechtigkeit für die nächste Generation, der wir uns unbedingt verpflichtet fühlen sollten.

Die Rücklagen werden etwas angegriffen. Das ist auch völlig in Ordnung. Rücklagen werden schließlich dafür angespart, dass man sie in schlechten Zeiten verwendet. Wir sind sogar der Meinung, dass man sie stärker verwenden sollte. Wahrscheinlich hält man einfach das Pulver für den nächsten Wahlkampf trocken. Dafür sind aber Rücklagen nicht gedacht.

Zu den Pensionsrückstellungen – ich habe es schon mehrfach erwähnt – gab es eine Vereinbarung, dass man die Zufuhr zu den Pensionsrückstellungen reduziert, um die Schuldentilgung voranzubringen. Die Schuldentilgung ist faktisch auf null zurückgefahren. Ich glaube, es werden nur noch 50 Millionen pro Jahr getilgt. Eigentlich ist damit dieser Deal hinfällig, den man damals gemacht hat. Wir haben ausdrücklich beispielsweise 10 Millionen eingefordert, um zu zeigen, was allein der Aufbau neuer Stellen für die Pensionsrücklagen bedeutet. Eigentlich müssten wir sehr viel mehr dem Pensionsfonds zuführen. Wir haben dazu eine Anfrage gestellt, haben aber leider überhaupt keine Antwort dazu bekommen, was die Staatsregierung erwartet, was künftig kommen wird, geschweige denn, wie sie es bezahlen will und welche Pensionsverpflichtungen in den nächsten Jahren kommen werden. Jede normale Firma kann überhaupt

keinen Jahresabschluss vorlegen, wenn sie kein Pensionsgutachten vorlegt. Der bayerische Staat kann es aber offenbar.

Der Corona-Sonderfonds wird aus meiner Sicht als Steinbruch missbraucht. Wir haben es bei zahlreichen Anträgen gesehen. Die Kollegen haben es teilweise schon vorgetragen. Unter Aufbietung mancher rhetorischer Tricks hat man versucht, die eine oder andere Ausgabe als coronabedingt unterzubringen. Das absolute Highlight ist die Hightech Agenda Plus, die aus dem Corona-Sonderfonds finanziert wird. Das ist keine Trickserei mehr, das ist haushalterisch illegal. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit werden dadurch eindeutig verletzt. Das ist eine Zweckentfremdung der Fondsmittel. Das sieht übrigens der ORH genauso, aber der bestätigt mich sowieso in vielen Punkten.

Der Corona-Fonds ist im Einzelplan 13 enthalten. Auch darüber kann man sich streiten, ob das richtig ist, ob das, was da geplant ist, wirklich verbindlich ist. Teilweise steht es nur in Kommentaren. Ich meine schon, dass es richtig wäre, diese Ausgaben in den jeweiligen Einzelhaushalten auszuweisen. Verfassungsrechtlich gibt es durchaus Bedenken, ob alles das so richtig ausgewiesen ist.

Jetzt haben wir die Maßgabe, dass der Haushaltsausschuss darüber entscheiden soll, wenn aus diesem Resttopf noch Mittel vergeben werden sollen. Ich bin echt gespannt darauf, wie gut das wirklich funktioniert oder ob das nur eine Pseudoeinbindung ist. Wird dann noch richtig diskutiert, oder müssen wir zum Schluss alles nur noch abnicken? Diese Gefahr sehe ich als groß an.

Schauen wir einmal auf die Ausgabenseite. Die FDP-Fraktion fordert schon seit Langem, dass wir den Fokus viel stärker auf die Ausgabenseite richten sollten, weil wir immer nur über die Einnahmenseite diskutieren. Die Ausgabenseite gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten, ist immer etwas unangenehmer.

Ich habe nur zwei Posten herausgegriffen. Das eine sind die Baukosten. In den Hochbauvorlagen haben wir teilweise exorbitante Summen. Das fängt mit Kostensteigerun-

gen im Projektverlauf an. Dagegen hilft uns auch das veränderte Controlling nur sehr bedingt. Teilweise habe ich den Eindruck, dass in den Kosten Zuschläge enthalten sind, die man einem normalen Unternehmer niemals zumuten würde. Dem Staat gegenüber schlägt man noch eine Position obendrauf. Die Planungsverfahren dauern an. Mit dem Kostencontrolling könnte man, glaube ich, eine ganze Menge einsparen. Auch dazu gibt es eine fast gleichlautende Stellungnahme des ORH.

Ein besonderes Thema möchte ich auch noch einmal ansprechen. Ich bin auch gerne bereit, mich belehren zu lassen, wenn ich etwas falsch sehe. Wir haben vor einigen Jahren von Finanzminister Söder gehört, der Länderfinanzausgleich sei eine Zumutung für Bayern, dieser müsste geändert werden, es gehe auf keinen Fall mehr, dass wir weiterhin so viel bezahlen. Tatsächlich wurde das Verfahren geändert. Auf der Seite des Bundesfinanzministeriums steht, dass wir 2018 nach der alten Methode 6,67 Milliarden bezahlt haben. 2019 haben wir auch nach der alten Methode 6,7 Milliarden bezahlt. 2020 haben wir nach der neuen Methode 7,7 Milliarden bezahlt. Wir bezahlen mehr, als wir vorher bezahlen mussten. Ich lasse mich gerne belehren, Herr Finanzminister, aber das verstehe ich nicht. Das steht auf der Seite des Bundesfinanzministeriums. Vielleicht müssten wir nach der alten Methode noch mehr bezahlen. Das will ich gar nicht bestreiten. Eine Ersparnis sehe ich darin aber nicht.

Lassen Sie mich noch kurz darlegen, welche Vorstellungen ich davon habe, wie ein Haushaltsentwurf wirklich aussehen sollte. Dazu noch einmal ein Kommentar: Ich habe mit richtigem Genuss am Dienstag den Jahresbericht des ORH gelesen. Dort steht teilweise fast wörtlich das, was wir schon immer gefordert haben. Insbesondere wird eine zielorientierte Ausgabenpolitik darin gefordert. Ich muss festlegen, welches Ziel ich habe, welche Maßnahmen ich ergreife und wie ich das Ziel tatsächlich erreiche. Ich muss prüfen, ob ich das Ziel erreicht habe. Wir haben dazu sogar einen Änderungsvorschlag zum Haushaltsgesetz gemacht. Dieser ist zwar abgelehnt worden, aber ich fand es bemerkenswert – den Satz habe ich mir angestrichen –, was Kollege Herold gesagt hat. Jetzt ist er gar nicht da, das ist schade. Er hat diesen Vorschlag

zwar auch abgelehnt, aber er hat gesagt, bei passender Gelegenheit sollten wir einmal über die mit dem Änderungsantrag unterbreiteten Vorschläge diskutieren. Ich habe das als ganz großes Lob verstanden. Ich hoffe, dass Sie auf dieses Angebot auch tatsächlich zurückkommen.

Wir sollten mit dem Geld des Steuerzahlers sehr viel effizienter und transparenter sowie nachhaltig im Sinne der Generationengerechtigkeit umgehen. Alle diese Forderungen können Sie fast wörtlich im ORH-Bericht nachlesen. Wir haben auch versucht, diese Kriterien bei unseren Änderungsanträgen zu berücksichtigen. Wir haben versucht zu definieren, was wir wollen und wie wir es erreichen können. Darüber, wie mit Oppositionsanträgen umgegangen wird, ist schon hinreichend diskutiert worden.

An der Stelle möchte ich einen Dank ausbringen. Ich danke dem Haushaltsausschuss quer durch alle Fraktionen. Ich danke auch Herrn Zellmeier, der immer wieder versucht hat, die hitzigen Gemüter etwas zusammenzuführen. Ich danke auch dem Ausschussbüro, das teilweise auch kurzfristige Änderungen noch vorgelegt hat. Ich danke ganz bewusst auch dem Finanzministerium, das am Schluss schon einen recht guten Vorschlag gemacht hat, auch wenn wir manche Schwerpunkte völlig anders setzen würden.

Für uns ist der Haushalt einfach viel zu wenig nachhaltig, weil wir die Belastungen für die nachfolgenden Generationen nicht so gering wie möglich halten. Die Ausgabenpolitik würden wir grundsätzlich völlig neu ausrichten. Deshalb werden wir dem Einzelplan 13 und dem Haushaltsgesetz nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Damit darf ich als nächsten Redner Herrn Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion aufrufen. Herr Ausschussvorsitzender, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir zur Schlussbilanz unserer Haushaltsberatungen, zunächst im Einzelplan 13 und anschließend im FAG und im Haushaltsgesetz.

Der Einzelplan 13 ist ein echtes Schwergewicht. Das weiß man nicht immer. Wenn man die Einnahmenseite anschaut, dann ist er das Schwergewicht. coronabedingt ist er aber auch auf der Ausgabenseite ein Schwergewicht. Zu den Schwerpunkten, die wir gesetzt haben, haben uns die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition gesagt, was sie alles gerne anders gemacht hätten. Dazu muss man sagen: Wir setzen die Schwerpunkte schon richtig. Wenn wir das Gefühl hätten, es wäre nicht so, würden wir Ihren Anträgen natürlich zustimmen. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir Sicherheit, Verlässlichkeit und Stabilität mit Investitionen in die Zukunft verbinden. Das hat die Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN schon immer ausgezeichnet.

Wir haben ein klares Ziel. Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik ist eine Erfindung der CSU, lieber Kollege Kaltenhauser, und nicht der FDP. In Zeiten, als die FDP noch flächendeckend regiert hat, hat sie immer wieder bewiesen, dass Nachhaltigkeit im Finanzwesen nicht ihre Stärke ist, auch wenn es nach außen immer so dargestellt wird.

Der Kollege Güller hat gesagt, wir hätten doch den einen oder anderen Antrag annehmen können. Einem Antrag, nämlich dem Antrag zur Vereinspauschale, haben wir auch zugestimmt. Das Ergebnis haben wir gesehen. Das hatten wir doch schon alles eingeplant. Wir waren großzügig, und ihr habt es als euren Erfolg verkauft. Euer Vorschlag war richtig, aber wir hätten eure Hilfe nicht gebraucht, wir hätten es selber auch gekonnt. Wir wollten nur einmal nicht so sein. Im Endeffekt sieht man aber, was dabei herauskommt. Darauf will ich aber jetzt nicht weiter eingehen, ich komme im Laufe meiner Rede noch darauf zurück.

Wir setzen auf Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit vielen Jahren ist es schon immer das Motto der CSU, dass wir Zukunft gestalten wollen, und dazu brauchen wir Spielräume.

Bevor ich zu den inhaltlichen Ausführungen komme, lassen Sie mich Danke sagen. Ich danke allen, die in der jetzigen schwierigen Zeit, in der Corona-Zeit, als Ärzte, als Pflegekräfte, aber auch als Kassiererinnen im Supermarkt standhalten, für uns Tag und Nacht da sind und sich von der Pandemie nicht beeindrucken lassen. Danke auch denjenigen, die den Haushalt vorbereitet haben. Danke dir, lieber Albert Füracker als unserem Finanzminister, mit deinem Haus, deinem Amtschef und deinem Abteilungsleiter, Herrn Kazmaier, den ich ausdrücklich auch erwähnen möchte, für die hervorragende Arbeit.Es ist eine wahre Glanzleistung, das alles in eine Form zu gießen, sodass es für uns als Mehrheitsfraktionen akzeptabel ist. Denn man muss eines sagen: In dieser schwierigen Zeit sind nicht alle Dinge möglich, die man sich gerne so vorstellt.

Ich danke natürlich auch allen, die im Ausschuss tätig sind: meiner Stellvertreterin Frau Köhler, allen Fraktionssprechern und allen Ausschussmitgliedern. Im Haushaltsausschuss ist die Zusammenarbeit schon sehr gut. Wir sind uns nicht immer einig, aber das kann man auch nicht erwarten. Das wäre im Sinne der Demokratie auch nicht einmal erstrebenswert, dass wir uns immer einig wären; denn Opposition bedeutet auch, Alternativen aufzuzeigen. Das tun Sie. Hin und wieder haben Sie vielleicht recht, aber in der Regel haben wir recht.

(Heiterkeit)

Darum gehen auch die Abstimmungen so aus, wie sie ausgegangen sind. Insbesondere danke ich dem Ausschussbüro; ich möchte Frau Wichtermann-Robl, Frau Bergbauer-Schlenzger und Herrn Treitner namentlich nennen, die für uns alle perfekte Arbeit leisten. Auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, hier stellvertretend Herrn Dr. Raeder, danke ich. Denn dass in den Fraktionsgeschäftsstel-

len gute Vorarbeit geleistet wird, ist ganz entscheidend. Das geschieht in allen Fraktionen. Dafür ein Dankeschön!

(Allgemeiner Beifall)

Wenn Sie alle jetzt die Frage stellen, was die Regierungsfraktionen noch am Haushalt verändert haben, dann wird immer die sogenannte Fraktionsreserve mit 60 Millionen Euro zitiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt hat sich auf Antrag der Regierungsfraktionen schon noch mehr verändert: Die Eigenheimzulage ist bereits genannt worden; das ist ja nicht ohne. Wir bestimmen natürlich auch im Vorfeld mit, was uns wichtig ist. – Lieber Kollege Herold, es ist dir besonders wichtig, dass es zum Beispiel bei den Staatsstraßen einen Betrag in einer Größenordnung gibt, wie dies noch nie der Fall war. Wir haben auf dem Land großen Nachholbedarf. Das ist auch unserer Schwerpunktsetzung in den Regierungsfraktionen zu verdanken, weil wir natürlich nicht alles nachbessern wollen. Wir wollen es vorweg in die Beratungen einbringen. Ich danke auch Albert Füracker dafür, dass er unsere Vorschläge immer bereitwillig aufnimmt. "Bereitwillig" ist immer relativ; denn auch intern gibt es Diskussionen. Wir kommen aber immer wieder gut zusammen, weil wir die gleiche Stoß- und Zielrichtung haben.

Mit 71 Milliarden Euro ist das durchaus ein respektabler Haushalt, der zweithöchste in der Geschichte des Freistaats. Nur im letzten Jahr war der Ansatz coronabedingt höher. Man sieht: Corona verlangt uns in finanzieller Hinsicht viel ab. Darum müssen wir auch an der rechten Stelle sparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, eure Anträge kosten sehr oft sehr viel Geld; wenn ihr dann einmal sparen wollt, dann meistens an der falschen Stelle. Wie gesagt, wir können euren Vorschlägen deshalb nicht nachkommen. Ich kann nur eines sagen: Wir werden auch in Zukunft auf die Finanzen und die Nachhaltigkeit achten, denn Nachhaltigkeit ist nicht nur im Umweltbereich wichtig.

An dieser Stelle darf ich einmal dem bayerischen Steuerzahler Danke sagen. Denn er ist es, der uns hier im Haus das Arbeiten ermöglicht. Er ermöglicht uns, viel Geld zu verteilen, weil der bayerische Steuerzahler – ob das der Arbeitnehmer, der Unternehmer oder der Landwirt ist – fleißig ist, viel erwirtschaftet und weil damit auch der Rubel rollt. Er rollt in Bayern besser als in jedem anderen Bundesland. Ich sage vor allem unserem bayerischen Mittelstand ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir bleiben das Land der soliden Finanzen. Das zeigt sich an der Kreditermächtigung. Vorher wurde gesagt, man hätte gleich gewusst, dass die 20 Milliarden Euro im Vorjahr nicht gebraucht würden. Wir waren uns da nicht so sicher, und wir wussten auch nicht, wie viel der Bund übernimmt. Dass wir durchsetzen konnten, dass der Bund so viele Kosten übernimmt, war auch ein hartes Stück Arbeit unseres Finanzministers und der CSU in Berlin. Wir sind der Meinung: Es ist richtig, dass der Bund die Kosten übernimmt. Der Bund partizipiert von den höheren Steuereinnahmen, die wir in Bayern erwirtschaften, überdurchschnittlich. Das muss man auch einmal sagen. Wenn höhere Anteile übernommen werden, dann ist das auch gut für uns, weil wir mehr Spielraum haben, und es ist folgerichtig, weil der Bund in vielen dieser Punkte den Hut aufhat und damit auch die Folgen abdecken muss.

Aber wer kann behaupten, dass er das in dieser Form vor einem Jahr schon gewusst hat? Wir haben es nicht gewusst. Die Opposition ist meist schlauer, aber der Bürger weiß, dass wir hier durchaus seriös kalkulieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Übrigen trotz der Neuverschuldung – das waren im letzten Jahr 7,2 Milliarden Euro, und ich bin dankbar, dass es nur ein gutes Drittel dessen war, was wir eingeplant hatten – eine insgesamt niedrige Verschuldung. Die Zinsbelastung im Haushalt beträgt 0,7 %. Bei den anderen Ländern liegt sie bei 1,8 %. Wir haben nur ein Drittel der Verschuldung der anderen Bundesländer. In den westdeutschen Flächen-

ländern sind es 7.877 Euro pro Kopf; bei uns sind es 2.597 Euro, was ein Drittel dessen ist – das muss man sich einmal vor Augen halten –, obwohl wir viele Schulden aufgrund der Notsituation gemacht haben. Das zeigt doch, dass wir in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben, dass wir sparsam waren und dass wir Rücklagen angelegt haben. – Lieber Kollege Kaltenhauser, das haben wir nicht für Wahlkampfzwecke getan. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf die Idee kommen. Bis zu den Wahlen dauert es noch zweieinhalb Jahre.

(Unruhe)

Wir haben das getan, weil wir die mittelfristige Finanzplanung unseres Finanzministers lesen können. Lieber Kollege Kaltenhauser, wir sehen, dass es in den nächsten Jahren nicht so gut ausschaut, außer, es käme wie damals nach der Finanzmarktkrise ein Wunder und die Steuereinnahmen stiegen steil an. Das wünschen wir uns, aber wir wissen es nicht. Wir müssen Vorsorge treffen, indem wir die Rücklagen dort schonen, wo es geht. Trotzdem setzen wir 2,1 Milliarden Euro aus der Rücklage zusätzlich zu den jetzt neu aufgenommenen Schulden ein.

Im Übrigen hat die Rating-Agentur Standard & Poor's Bayern als einzigem deutschen Bundesland wieder einmal die Bestnote erteilt, hat unsere Reserven, die Schuldentilgung der Vergangenheit und die Tatsache, dass wir bis zum letzten Jahr, über fünfzehn Jahre hinweg, keine neuen Schulden gemacht haben, gewürdigt. Das ist ein Markenzeichen der CSU. Wir haben es auch bundesweit durchgesetzt. Deshalb stehen wir zur Schuldenbremse und wollen sie nicht aufweichen. In Krisenjahren dürfen wir das, aber nicht generell. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt komme ich zu den GRÜNEN: In Ihren Änderungsanträgen fordern Sie bei einer zweifelhaften Gegenfinanzierung, den Green Bonds, Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Kollege Pohl, dem ich als Koalitionspartner extra danken möchte und mit dem ich im Ausschuss hervorragend zusammenarbeite, hat es ausgeführt. Es

ist unsolide, unseriös, verstößt gegen die Schuldenbremse, ist verfassungswidrig und eine verdeckte Verschuldung unter dem Mäntelchen eines schönen Namens. Es ist natürlich ein englischer Name, weil es sich dann immer besser anhört. Nennt man es dazu noch grün, dann strahlen viele Kinderaugen. Aber es ist nicht so. Das geht auf Kosten der jungen Generation, denn diese Schulden müssen zurückbezahlt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Generationengerechtigkeit war uns schon immer wichtig. Dabei geht es einerseits um die Ökologie, um die Umwelt, andererseits aber auch sehr stark um die finanzielle Generationengerechtigkeit.

Ich habe vonseiten der GRÜNEN gehört, die Verkehrswende komme in Bayern nicht voran. Doch, sie kommt voran. Natürlich müssen wir auch dabei immer schauen, was finanzierbar ist. Aber sie kommt voran. Wir tun in diesem Bereich sehr viel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir sind auch nicht ideologisch unterwegs. Wir wissen, dass wir auch die Straße und den Pkw brauchen; wir wissen, dass der Verbrennungsmotor noch über einen längeren Zeitraum notwendig sein wird. Wir sind eben nicht ideologisch. Wir wollen die Zukunft möglichst offen gestalten und nicht einseitige Wege gehen, wie Sie es tun.

Für die Unwägbarkeiten der Pandemie haben wir den Haushaltsansatz im Rahmen einer Nachschubliste auf 2,4 Milliarden Euro, also fast um eine Milliarde Euro, erhöht. Das ist ein gewaltiger Betrag, der – so könnte man meinen – zur freien Verfügung steht. Das tut er natürlich nicht. Hier wird von der Staatsregierung sorgsam abgewogen, und wir als Haushälter bestimmen mit, ob die Mittel ausgegeben werden dürfen. Das war eine originäre Idee von uns. Wir haben das im Vorfeld mit der Staatsregierung besprochen; sie hat es bereitwillig übernommen. Dafür möchte ich auch noch einmal Danke sagen. Hätte sie es nicht übernommen, hätten wir es wahrscheinlich trotzdem durchgesetzt, weil es uns wichtig ist und weil wir mitbestimmen wollen.

Heuer ist der rechte Zeitpunkt dafür, denn jetzt haben wir mehr Erfahrung. Jetzt wissen wir mehr, haben etwas mehr Vorlauf und können damit natürlich den Haushaltsausschuss beteiligen. – Lieber Herr Güller, damals war das nicht so; da war es nicht möglich. Bei meiner ersten Rede am Dienstag habe ich schon gesagt, dass ihr manchmal schon das Richtige sagt, aber nicht immer zum richtigen Zeitpunkt.

(Unruhe)

Beides muss zusammenkommen.

Im Übrigen sind der Verwendung der Corona-Mittel durch die Verfassung enge Grenzen gesetzt. Man kann nicht alles, was uns gerade einfällt, durch die coronabedingte Schuldenaufnahme finanzieren. Das wollen wir auch nicht. Natürlich gibt es da einen Spielraum. Ich bin auch der Meinung, diesen Spielraum sollten wir nutzen, denn wir wissen nicht, wie sich die finanzielle Situation in den nächsten Jahren entwickelt. Wenn Corona, hoffentlich bald, vorbei ist, dann werden wir sicher darüber diskutieren müssen, wie wir die Steuerrückgänge kompensieren, die wir haben und die uns mit Sicherheit länger begleiten werden. Da brauchen wir dann jeden Euro in der Rücklage. Wenn wir die Rücklage schonen können, indem wir manche Dinge über den Corona-Fonds finanzieren, dann ist das der richtige Weg.

Wir haben eine globale Minderausgabe vorgesehen: 538 Millionen Euro. Das ist ein gewaltiger Batzen. Da müssen die Ministerien ringen, um sie aufzubringen. Es ist aber auch ein Mittel, um die Reste etwas geringer zu gestalten, wie das der Oberste Rechnungshof auch immer wieder anmahnt.

Diese globale Minderausgabe haben wir um 38 Millionen Euro erhöht, um die Eigenheimzulage zu finanzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu möchte ich schon noch ein paar Worte sagen. Herr Kollege Güller und auch Frau Kollegin Köhler haben das mit der Berufseinstiegsbegleitung verglichen. Das kann man nicht vergleichen. Die Begleitung junger Menschen in den Beruf ist uns natürlich sehr, sehr wichtig. Hier geht es aber darum, dass ein Programm, das durch den Europäischen Sozialfonds –

ESF – kofinanziert wurde, ausgelaufen ist, weil die ESF-Mittel nicht mehr gegeben sind. Hier hat sich die Frage gestellt, ob der Freistaat Bayern die Finanzierung mit frischem Geld übernimmt. Diese Frage ist nicht beantwortet. Hier hat die Staatsregierung noch eine Aufgabe vor sich, das ist richtig. Ich sage Ihnen aber eines: Die Eigenheimzulage war von Anfang an begrenzt, und zwar bis Ende 2020. Wir wollten einen Impuls für die Schaffung von Eigenheimen geben. Die Eigenheimquote ist in Deutschland und in Bayern niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Das hat spezifische historische Gründe. Beispielsweise hatten auch die Heimatvertriebenen kein Eigenheim, als sie hier ankamen. Es gibt dafür viele Gründe, wie gesagt. Wir wollen diese Quote aber steigern, weil uns das Eigenheim, das Einfamilienhaus wichtig ist. Dafür haben wir ein begrenztes Programm aufgelegt. Dieses Programm ist so gut gelaufen, dass die BayernLabo uns zum Schluss mitgeteilt hat: Wir haben mehr Anträge, als Geld bereitgestellt worden ist. – Wir haben dann dafür gesorgt, dass die Familien, die darauf vertraut haben, dieses Geld auch in Empfang nehmen können. Das heißt, wir haben hier ein Programm – ich würde es einmal so sagen – qualifiziert beendet. Wir sind damit den Wünschen aller nachgekommen, die darauf vertraut haben. Sie hingegen wollen ein Programm mit Landesmitteln erstmalig beginnen. Man muss sehen, das ist ein klarer Unterschied, denn dabei geht es um frisches Geld, während es hier darum geht, etwas zu Ende zu führen, was wir versprochen haben, was wir auch halten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie argumentieren immer gegen die Eigenheimzulage und gegen den Bau von Eigenheimen und Einfamilienhäusern. Damit liegen Sie falsch, denn ein Großteil Ihrer Wähler wohnt nämlich in Einfamilienhäusern. Und auch das sollte man einmal deutlich sagen: Wer dagegen argumentiert, der tut das in alter sozialistischer Manier. Als Kind und Jugendlicher war ich jedes Jahr eine Woche in DDR-Ferien bei meinem Onkel in Halle an der Saale. Ich weiß, wie diese Wohnsilos ausgeschaut haben. So etwas wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen Flächen sparen, indem wir den Innenraum besser nutzen, aber wir wollen das Eigenheim, die Eigentumswohnung, das Einfamilienhaus nicht verdrängen. Das bleibt für uns wichtig, und darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Vereinspauschale: Das ist eine wirklich wichtige Geschichte. 17.000 Sport- und Schützenvereine werden unbürokratisch unterstützt. Dass das unbürokratisch geschieht, ist dabei ganz, ganz wichtig. Wir wollen auch nicht jeden einzelnen Verein abfragen. Bei 17.000 stelle man sich die Bürokratie vor! Wir hatten die Verdoppelung der Pauschale geplant, wir haben die Mittel bereitgestellt, und – ich habe es vorher schon erwähnt – dazu hätten wir die SPD nicht gebraucht. Es war aber nicht falsch, was ihr gemacht habt. Da brauchst du jetzt nicht unzufrieden zu sein, Harald; wir schätzen deine Arbeit durchaus.

(Heiterkeit)

Es ärgert mich aber schon ein bisschen, wenn die SPD immer so tut, als ob sie es erfunden hätte. Ihr seid eben auch mitgeschwommen im großen Strom. Da waren wir uns auch alle einig.

Im Übrigen kann ich auch die Kritik an den Fraktionsinitiativen nicht verstehen. Die Fraktionsinitiativen setzen örtliche Schwerpunkte. Wir haben große Brocken im Haushalt, und das sind wirklich große Brocken, zum Beispiel die Bildung mit einem Drittel. Das ist ein Riesenbrocken. Sicherheit, ein Riesenbrocken, 500 neue Stellen bei der Polizei. Viele neue Stellen für die Bildung. Dann setzen wir auch örtliche Schwerpunkte. Da fragen wir vorher nicht im Ministerium, ob wir das tun dürfen. Das hätten manche Ministerien vielleicht gerne. Wir machen das aus eigenem Wissen und Können.

Wenn ich jetzt einmal die Surfwelle ansprechen darf – ich weiß, Herr Kollege Güller ist ein bisschen neidisch, weil er nicht selbst darauf gekommen ist, dass man das unterstützen könnte –: Es ist eine gute Idee, das machen wir gerne. Das spielt in deiner Re-

gion, Kollege Güller. Du und Johannes Hintersberger, ihr werdet dort in nächster Zeit mal surfen, habt ihr gesagt. Ich schaue gerne zu.

(Heiterkeit)

Ich darf noch etwas erwähnen, denn das ist mir als Stimmkreisabgeordnetem von Straubing sehr wichtig. Das ist keine Fraktionsinitiative. Es befinden sich auch 10 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung für das historische Rathaus in Straubing im Haushalt, und zwar im Einzelplan 13. Wir wollen den Wiederaufbau mitfinanzieren, weil das neue Rathaus mehr kostet als die Versicherung zahlt. Es wird kein komplett neues Rathaus, die Außenmauern stehen noch, aber der Bestandsschutz ist weg, den der Altbau hatte. Ich will ausdrücklich Markus Söder und Albert Füracker Danke sagen, dass die Zusage vom Vorjahr nun im Haushalt widergespiegelt ist.

Die Investitionsquote ist weit überdurchschnittlich und fast doppelt so hoch wie bei den anderen westdeutschen Flächenländern. Wir machen viel für die Familien, wir machen sehr viel für die Gesundheit. Allein 5,7 Milliarden Euro geben wir für Medikamente, Schutzausrüstung, Schnelltests, Impfungen etc. aus.

Alles andere will ich jetzt kurz zusammenfassen, damit ich Kollegen Weidenbusch nicht die Zeit wegnehme. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im BayernFonds tun wir viel, um die Unternehmen zu stützen, die coronabedingt Schwierigkeiten haben. Das ist Gott sei Dank kein Massenphänomen, aber das gibt es. Wir haben diesen Fonds gut ausgestattet. Deshalb will ich hier auch einmal Danke sagen, zumal ich in Personalunion den Vorsitz der Kontrollkommission BayernFonds innehaben darf. Ich sage Danke für die gute Arbeit, die dort fraktionsübergreifend geleistet wird, und für die Vertraulichkeit, die gewahrt wird. Sie ist ganz wichtig. Noch ein Wort: Auch dafür haben wir 46 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen wie auch an Garantien bereitgestellt. Das zeigt, wie wichtig uns der bayerische Mittelstand ist. Das ist der Hauptadressat für die Hilfen.

Ich danke also allen, die mitgewirkt haben und wünsche mir, dass wir eine möglichst große Zustimmung zu unserem Haushalt bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Zellmeier, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung: Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Allen Außenstehenden ist jetzt klargeworden: Dass die CSU hier die Vereinspauschale so oft erwähnt, zeigt, wie weh es euch tut, einen Antrag von jemand anderem anzunehmen. Ich möchte jetzt nur noch etwas zur Wahrheit und zur Klarheit sagen. Lieber Josef Zellmeier, am 3. März 2021 hat die SPD eine Presseerklärung herausgegeben, in der es heißt: Die Landtagsfraktion ist erfreut; Sportminister Herrmann hat dies heute im Innenausschuss bekannt gegeben; die SPD hat dies schon mehrfach gefordert und dazu Änderungsanträge gestellt; auf dieser Basis hat der Haushaltsausschuss heute Nägel mit Köpfen gemacht und in einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen die Verdoppelung beschlossen.

Was dabei herauskommt, wenn man so fair ist, das sieht man an der Presseerklärung der CSU vom 04.03.2021, also einen Tag später. Da heißt es: Auf Initiative der CSU-Fraktion wurde die Vereinspauschale verdoppelt. Diesem Wunsch der Fraktion hat das Kabinett heute – am 04.03.2021! – entsprechend zugestimmt. – So heißt es, nachdem der Landtag am Vortag unserem Antrag zugestimmt hat. Wo hier Wahrheit und Klarheit sind, das ist ja wohl klar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Güller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Harald Güller (SPD): Diese Pressemitteilung finde ich schäbig.

Josef Zellmeier (CSU): Lieber Herr Kollege Güller, ich glaube, ihr habt auch die Vereine angeschrieben, so viel ich gehört habe. In der Pressemitteilung mag das von der SPD durchaus korrekt geschildert worden sein. Vor Ort ist aber der Eindruck entstanden, als ob das eure Idee gewesen wäre. Wir machen das nicht, alle Vereine anzuschreiben. Wenn wir aber ehrlich sind, darf man schon sagen: Es war so vorgesehen. Der Innenminister als der für Sport zuständige Minister hatte das im Rahmen des Kapitels 13 19 – da gehört es auch hin – im Corona-Topf vorgesehen gehabt. Wir hätten das genauso gut in dem Verfahren der Konsultation machen können, das heißt, dass wir dann zustimmen. So war es auch geplant. Nun haben wir es halt anders gemacht, und daran wart ihr auch beteiligt. Ich habe ja schon gesagt, ich würdige eure Leistung, aber sie ist jetzt nicht so solitär. Man hätte nicht alle Vereine anschreiben müssen, denn das erweckt schon einen anderen Eindruck als die Pressemitteilung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Frau Anne Franke, bitte.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Kollege Zellmeier, Sie haben hier zum wiederholten Male das Wort "Einfamilienhaus" in einem sehr komischen Kontext fallen lassen. Ich möchte daran erinnern: In der Enquetekommission 2013 zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern wurde bereits parteiübergreifend festgestellt, dass das Einfamilienhaus nicht die zukünftige Wohnform ist. Ich weiß nicht, ob Sie da dabei waren oder ob Sie sich noch in irgendeiner Form daran erinnern. Vielleicht können Sie sich ja daran erinnern, dass man bereits damals festgestellt hat: Es kann nicht einfach so weitergehen, man sollte sich langsam über andere Wohnformen Gedanken machen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Zellmeier, bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Das ist eine sehr eigenwillige Interpretation, der, glaube ich, alle anderen Fraktionen widersprechen. Ich war selber in der Kommission nicht dabei, aber so kann ich mich daran nicht erinnern. Diese Interpretation ist mit Sicherheit falsch.

Lassen Sie mich eines sagen: Warum ziehen viele Menschen aus den Städten in den ländlichen Raum? – Weil man sich dort ein Einfamilienhaus leisten kann. In Großstädten ist das ja eh nur den ganz begüterten Menschen möglich, also für Ihre Klientel, nicht für unsere.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Deshalb sei an dieser Stelle einmal gesagt: Wir wollen es vielen ermöglichen, aufs Land zu ziehen, weil das Land auch junge Familien braucht. Klar, die Städte haben Attraktivität. Dort gibt es mehr Arbeitsplätze. Das ist klar. Auf dem Land haben Sie aber eine größere Auswahl an Familienwohnungen. Das sollten wir doch alles an der richtigen Stelle sehen, nämlich als Vorteil und nicht als Nachteil.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Zellmeier. Das war‘s. Sie sind an der Stelle fertig. – Der nächste Redner ist Herr Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ausschussvorsitzender! Ich möchte ein kurzes Fazit ziehen; denn nach der Haushaltsberatung ist gerade bei einem Einjahreshaushalt gleich wieder vor der Haushaltsberatung.

Jetzt zum Ende der Beratungen muss man schon sagen: Wir sind etwas ernüchtert, dass es auch diesmal nicht gelungen ist, aus den alten Ritualen der Haushaltsberatungen auszubrechen. Die Regierungsfraktionen loben den Etat der eigenen Staatsregierung über den grünen Klee. Das ist okay. Das ist ihre Arbeit. Wenn dann die Opposition wagt, wiederum ihrer Arbeit nachzugehen, die Staatsregierung zu kritisieren, dann gibt es die altbekannten Reflexe, die man während der letzten drei Tage gut beobachten konnte. Einer davon ist der Bundesländervergleich, wobei man sich die Bundesländer herauszieht, die gerade passen. Das ist okay.

Das Zweite sind dann Vorwürfe, die der Opposition unterstellt und entkräftet werden, bzw. Vorwürfe, die gar nicht gemacht wurden. Das Schönste war heute der Sozialismus-Vorwurf. Ich wusste gar nicht, dass die FREIEN WÄHLER auch die soziale Marktwirtschaft erfunden haben. Gut, da werde ich beim nächsten Mal noch mal aufpassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das noch nicht reicht, dann wird der Opposition vorgeworfen, sie würde das Land schlechtreden: Dabei verwechseln sich die Staatsregierung oder die Regierungsfraktionen aber scheinbar selber mit dem ganzen Land. Wenn wir die Staatsregierung kritisieren, dann kritisieren wir wirklich nur die Staatsregierung und keineswegs den ganzen Freistaat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einmal will ich es aber noch inhaltlich mit dem Thema der Kommunalfinanzen probieren, die in diesen Beratungen auch mit dabei sind und mir in den bisherigen Wortmeldungen zu kurz kamen.

Ich gebe durchaus zu: Das FAG kommt mit 10 Milliarden Euro durchaus wuchtig daher. Die Staatsregierung und der Finanzminister tun gut daran, zu betonen, welche kommunalen Aufgaben der Staat fördert. Das ist formal korrekt, nur muss man dann reinen Tisch machen und klar sagen, welche staatlichen Aufgaben die Kommunen im Moment tragen. Ich erwähne nur das Beispiel der kommunalen Schulen. Eine Anfrage von uns hat ergeben, dass für über die Hälfte von mehr als 300 Schulen in kommunaler Trägerschaft in unserem Land Verstaatlichungsanträge vorliegen. Aber das Kulturministerium erwägt mit Blick auf Haushaltsrisiken und aus Kostengründen nicht, einem einzigen stattzugeben.

Das FAG und der finanzielle Brocken können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stimmung auf manchen kommunalen Ebenen nicht so gut ist, wie sie zurzeit sein könnte. Ein Beispiel sind die Bezirke. In den Bezirkstagen und in den Verwaltungen ist

die Stimmung wirklich schlecht. Die Bezirke merken, welche Landes- und auch Bundesaufgaben sie zunehmend wahrnehmen müssen. Die zusätzlichen 15 Millionen Euro sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein; denn gerade während der Corona-Zeit sind die Kosten in den Kliniken und für die Einrichtungen der Bezirke deutlich gestiegen.

Ein zweiter Punkt, bei dem die Kommunen im letzten Jahr gut gefahren sind, ist der Gewerbesteuerausgleich. Hier herrscht jetzt Unsicherheit, weil die Kommunen natürlich Entscheidungen treffen müssen, welche Investitionen sie in den nächsten Jahren angehen sollen. Da wäre es gut gewesen, schon jetzt, wenigstens für dieses Jahr, zu klären, wie es weitergeht, ob es wieder einen Ausgleich gibt oder ob der Freistaat zumindest sagt: Auch wir geben wieder unseren 50-prozentigen Ausgleich bei der Gewerbesteuer. Das wäre ein gutes Signal gewesen. – Aber das ist jetzt nicht dabei, und damit erzeugen wir eine gewisse Unsicherheit bei unseren Kommunen.

Ich kann bei den Kommunalfinanzen zwar viel Fortschreibung erkennen, aber nur wenige neue Impulse, die wir mit unseren Haushaltsanträgen, insbesondere zum Klimaschutz, gesetzt haben, auch zur Förderung des Klimaschutzes in unseren Kommunen.

Wie haben wir das finanziert? – Mit den sogenannten Green Bonds. Dem Vorwurf, das seien verdeckte Schulden, will ich ausdrücklich widersprechen. Das sind ganz offene Schulden. Verdeckte Schulden macht man in Schattenhaushalten, in Beteiligungen oder anderswo. Aber wir haben das als ganz normale Verschuldung mit Tilgungsplan beantragt. Von verdeckten Schulden kann keine Rede sein.

Wer das für verfassungsrechtlich bedenklich hält und als mit der Schuldenbremse nicht vereinbar ansieht, der verkennt die wirtschaftlichen Chancen von Investitionen in den Klimaschutz; denn diese Klimamilliarde ist ein Konjunkturmotor, ein Konjunkturmotor für unser Handwerk. Dafür ist sie gedacht. Wenn ich dann sehe, dass auch Teile der Hightech Agenda Plus über Schulden finanziert werden, die genau den gleichen Zweck haben, nämlich aus der konjunkturellen Delle wieder herauszukommen, dann

muss ich sagen: Ihr Vorwurf, die Klimamilliarde sei verfassungswidrig, kann dann einfach nicht stimmen, sonst wäre auch die Finanzierung der Hightech Agenda Plus über Schulden verfassungsrechtlich bedenklich. Ich denke, beides wäre zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise durchaus möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprechen gerne von soliden Staatsfinanzen. Das mag ja richtig sein. Ich meine aber, wenn die Klimaschulden und die Kosten, die die Klimakrise uns bringt, am Ende höher sind als das, was uns die Bekämpfung der Klimakrise heute kostet, dann machen wir mit der Zukunft in unserem Land ein schlechtes Geschäft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann sagen: Nach den Haushaltsberatungen ist vor den Haushaltsberatungen. Ich kann nur hoffen, dass im nächsten Haushalt zum Thema Investitionen in den Klimaschutz und in unsere Infrastruktur noch mehr Impulse enthalten sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Beratungen heute werfen ihre Schatten auf Corona und die Bundestagswahl voraus. Da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen, wenn jemand hier den Bogen weiter spannt.

Natürlich ist es richtig, jetzt, zum Schluss der dreitägigen Beratungen, auch zurückzublicken. Fangen wir mit der Rede des Finanzministers Füracker in der Ersten Lesung am 09.12.2020 an. Da war noch von Rücklagen in Höhe von 8 Milliarden Euro die

Rede. Heute Vormittag hat er das Zitat verwendet: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. – Das ist vollkommen richtig. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Damals hat der Bayerische Rundfunk, das Fernsehen, gesagt, durch den weiteren Lockdown, der damals schon im Raum stand, würde der Haushaltsentwurf obsolet, das Virus sei unkalkulierbar. – Dann hat der Finanzminister gesagt: Wir müssten eigentlich mit den 20 Milliarden Euro auskommen.Er sagt dann des Weiteren, Kürzungen wären bei 70 Milliarden Euro Haushaltsvolumen nicht notwendig, und wir sollten doch mit Zustimmung darauf regieren.

Dann hat zu Beginn des Plenums am 23.03. als erster Debattenredner der finanzpolitische Experte der CSU, Herr König – ich sehe ihn gerade nicht –, davon gesprochen, dass 5,7 Milliarden Euro in den Gesundheitsdienst wandern. Ziemlich zum Schluss hat er etwas Wichtiges gesagt: Wir wollen keinem etwas wegnehmen. – Das geht nur, wenn hier auf Pump gearbeitet wird. Mein Kollege hat es schon gesagt. Später werden dann im Bericht des Obersten Rechnungshofes doch Mittel aus diesen 20 Milliarden Euro eingesetzt, um kaum jemandem etwas wegzunehmen. Warum wohl? – Weil jede Stimme zur Bundestagswahl zählt. Man darf niemandem wehtun.

Letztes Jahr habe ich einen Vorschlag unterbreitet, schon als die ersten zwei großen Brocken des Nachtragshaushalts verabschiedet worden sind. Denken wir denn nicht darüber nach, wie man es auch in den Kommunen macht, in den Ressorts Kürzungen vorzunehmen? – Das wurde dann pauschal abgetan; das sei nicht notwendig.

Was sagte die GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze? – "Wir sind die Zukunftspartei für Mensch und Natur." – Arbeitsplätze gäbe es nur über den Klimaschutz. – In diesem Raum war letztes Jahr eine Anhörung; dort hat der Vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt klipp und klar gesagt, dass hier mit diesem übertriebenen Klimaschutz Existenzen und Arbeitsplätze vernichtet werden. Der Klimaschutz kommt von der EU und wird von den GRÜNEN wie eine Monstranz behandelt und auch hier in jeder Sitzung eingebracht. In jedem Wirtschaftsausschuss ist irgendein Antrag

dabei, mit dem unsere Wirtschaft umgestaltet werden soll. Natürlich spielen auch die Green Bonds usw. eine Rolle. Das knüpft nahtlos an die Vorgaben der EU an, immer nur Kredite auszugeben – in dem Fall sind es Anleihen – oder Finanzierungen zu tätigen, wenn die dahinterstehende Bedingung erfüllt ist: Ihr müsst die Vorgaben des Klimaschutzes erfüllen. – Wie gesagt, die Vbw hat es deutlich angesprochen, aber auch die IHK etc.

Die Klimamilliarde ist heute von der haushaltspolitischen Sprecherin Claudia Köhler wiederholt angesprochen worden. Das ist wichtig in einer Zeit, in der viele Leute sparen und einen Obulus entrichten müssen an der Tankstelle, wie es der Kollege Hahn schon gesagt hat, und für alle möglichen neuen Steuern. Interessant war dann noch ihre Aussage, ihr seien die 20.000 Euro für die Hilfe in Lesbos zu wenig. Nein, sie will natürlich alle möglichen Flüchtlinge hier aufnehmen über die Städte, die es angeboten haben, ohne die Konsequenzen zu bedenken, ohne zu bedenken, wie unser Haushalt dann auf Landesebene und in den Kommunen beansprucht wird. Aber das ist ja kein Thema, weil das Ideologie ist.

(Beifall bei der AfD)

Herr finanzpolitischer Sprecher der FREIEN WÄHLER Pohl, interessant ist, dass Sie letztes Mal den Ex-Kanzler Schröder für die große Steuerreform als die größte Reform der letzten Zeit gelobt haben. Ich frage mich, warum Sie eigentlich hier kein Konzept vorgelegt haben, wenn Ihnen das so wichtig ist. Nein, Sie verteidigen die von Herrn Güller – und ich glaube auch schon von den GRÜNEN – angesprochene Streichung der 2,17 Millionen Euro für die Berufseinstiegsförderung. Das verstehen wir auch nicht. Da hätten Sie leicht einmal über Ihren Schatten springen und klare Kante zeigen können. Dann hätten Sie die Förderung halt aus Bayern finanziert.

(Zuruf: Das geht nicht!)

Jetzt gibt es aber eine interessante Aussage. Im Wahlkampf 2018 hat der FREIE-WÄHLER-Spitzenkandidat und heutige Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt: Wir wol-

len einen anderen Stil in der Parlamentsberatung einbringen, sodass auch Anträge der Opposition Berücksichtigung finden, wenn sie gut sind. – Nach der heutigen Debatte hat man das Gefühl, dass kein einziger Antrag außer dieser Aufstockung der Vereinspauschale von 20 auf 40 Millionen Euro überhaupt gut genug ist.

Bei einem Gespräch hat einmal jemand gesagt – der Herr Rinderspacher war auch dabei, Sie können es ja gegebenenfalls noch bestätigen –: Wie kommt ihr eigentlich als SPD damit zurecht, dass ihr vierzig Jahre in der Opposition seid und überhaupt kein Antrag durchgeht? – Dann hat er sich daran erinnert, dass ab und zu mal ein Antrag durchgeht. Das ist nicht die Kultur, die von Herrn Aiwanger in der Regierung versprochen worden ist. Vielmehr beugt er sich dem Placet der Regierungskoalition. Es ist immer schade, wenn das vorher Gesagte nachher keine Rolle mehr spielt.

Heute früh kam in "B5 aktuell" die wichtige Meldung, dass die positive Verbrauchererwartung in weite Ferne gerückt sei. Das ist eine Mitteilung der GfK. Was bedeutet das? – Der Konsum ist natürlich rückläufig. Vorher wurde schon einmal erwähnt – ich glaube, Herr Zellmeier hat es gesagt –, dass damit auch nicht zu erwarten ist, dass sich die Steuereinnahmen so schnell wie nach der Finanzkrise erholen. Wir müssen also wirklich für die Zukunft vorsichtig hantieren.

11 Milliarden Euro sind Gott sei Dank übrig geblieben von den 20 Milliarden Euro aus der letzten Reserve des Nachtragshaushalts – so nenne ich das jetzt mal. Herr Zellmeier, Sie haben heute früh im Radio zum Besten gegeben, dass daraus auch die Digitalisierung richtigerweise vorangebracht wird. Sie haben aber auch etwas erwähnt, was uns wichtig ist, nämlich dass mehr in Straßenbau investiert werden sollte. Warum machen Sie es dann nicht?

Das ist die von den GRÜNEN anders verstandene Infrastruktur. Die GRÜNEN würden natürlich niemals in den Straßenbau investieren. Ich kann mich an meinen Vorvorgänger in meiner Heimatgemeinde erinnern, der schon 1980 gesagt hat, dass immer viel zu wenig in den Staatsstraßenbau investiert wird. Er hat sich damals erlaubt, das in

der damaligen CSU-Fraktion mehrmals anzusprechen. Daraufhin war er einfach nicht mehr so beliebt. Wir haben übrigens schon bei der Haushaltsdebatte 2019 angesprochen, dass der Staatsstraßenbau unterfinanziert ist.

"Reserven für grüne Ideologie im Klima" war wieder das Thema der GRÜNEN-Vertreterin Claudia Köhler. Wenn man die ganze Haushaltsdebatte verfolgt, könnte man meinen, dass die CSU und die GRÜNEN wie Teufel und Weihwasser wären. Aber wir werden es im Herbst noch erleben, dass CDU/CSU mit den GRÜNEN koalieren, weil sie sonst keine Machtoptionen mehr haben, oder die FDP springt dann ein. Nach heutigen Umfragewerten wären sie die bürgerliche Alternative in einer Koalition von SPD und GRÜNEN.

Zurzeit ist die Situation so. Die Situation und die zukünftige Entwicklung sind bedenklich. In der Haushaltspolitik hängt alles zusammen: Gesundheitspolitik, Corona, Wirtschaft und die Auswirkungen. Ein weiterer Lockdown verursacht gewaltige Kosten. Wir haben 40 Milliarden Euro Kosten in Bayern durch den Lockdown von November bis April. Wer glaubt, dass die großen Öffnungen nach dem 12. April eine Änderung bringen? – Das wird auf den Haushalt durchschlagen. Deswegen wird es schwierig, einen Nachtragshaushalt zu vermeiden, wenn die Corona-Politik nicht geändert wird.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Bergmüller. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Herr Ritter, Sie sind sich darüber im Klaren, wie viel Redezeit Sie noch haben? Nehmen Sie sie wahr? – Nein; okay. Dann darf ich zum nächsten Redner übergehen. Nächster Redner ist Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, der Wunsch des Wirtschaftsministers Aiwanger, dass Anträge der Opposition mehr berücksichtigt werden, stammt, glaube ich, aus einer Zeit, als die FREIEN WÄHLER

noch in der Opposition waren. Zum jetzigen Zeitpunkt ist er jedenfalls eher nicht mehr so deutlich zu verspüren.

Ich will wohl bloß noch ein paar Takte zum kommunalen Finanzausgleich für dieses Jahr sagen. Da müssen wir uns auch der Rahmenbedingungen bewusst sein. Zunächst einmal ist ja schon schlicht der Umstand, dass wir nur einen Einjahreshaushalt beraten und beschließen, ein deutliches Zeichen der Unsicherheit, einfach weil die weitere Entwicklung noch nicht so klar absehbar ist.Das gilt für den Freistaat, das gilt aber natürlich auch für die Kommunen und deren Finanzierungsquellen, insbesondere auch für die Einkommensteuerbeteiligung und die Gewerbesteuer. Dass der Freistaat, dass wir insgesamt auch in diesem Jahr, wie ich finde, in ganz beachtlichem Umfang die Kommunen stützen und unterstützen, ist keine Selbstverständlichkeit; es ist aber wichtig, und es ist auch richtig.

Dass das natürlich im Zusammenhang mit dem Gewerbesteuerausgleich auch an- und eingerechnet wird in Bezug auf die umlagefinanzierten Haushalte der Landkreise und Bezirke, ist aus Sicht der Gemeinden vielleicht nicht besonders toll; es ist aber im Sinne der – im wahrsten Sinne des Wortes – ausgleichenden Gerechtigkeit unverzichtbar und insoweit auch zwingend notwendig, um das Gesamtsystem richtig zu erhalten.

Wir hatten sowohl für den Freistaat als auch für die Kommunen zehn fette Jahre, die mit der Corona-Pandemie nun zu Ende gegangen sind, und wir wissen nicht genau, ob nun magere Jahre kommen werden und wie viele es sein werden. Auf diesen Punkt möchte ich hinweisen und hierzu noch ein paar Aspekte anführen.

Es ist schon vom Kollegen Pargent gesagt worden, dass nach dem Haushalt vor dem Haushalt ist, und wir können jetzt sicherlich schon absehen, dass dieser Haushalt mit diesem kommunalen Finanzausgleich – den wir für richtig halten und insoweit auch mittragen – auch Anlass sein muss, Überlegungen anzustellen, wie es, auch mit Blick auf die Kommunen, im Jahr 2022 weitergehen kann und weitergehen muss. Da muss

man schon noch mal einige Aspekte in Erinnerung rufen, so die Frage der Entwicklung, die Frage, wie es denn mit der Gewerbesteuer, mit der Einkommensteuer ausschaut. Das ist schon nicht mehr so ganz klar.

Hinzu kommt, dass wir – und das trifft auch die Kommunen ganz erheblich – mit steigenden Sozialleistungen zu rechnen haben, gerade auch – niemand wünscht sich das; es steht aber zu befürchten – beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe, wo die einen oder anderen zusätzlichen Aufgaben auf uns und auf die Kommunen zukommen werden. Das ist eine Gemengelage, die eine Vorbereitung – in vorsichtiger Vorgehensweise – erforderlich macht.

Dass wir in den letzten Jahren in großem Umfang auch Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen ausgewiesen haben, signalisiert, glaube ich, schon auch, dass der kommunale Finanzausgleich als solcher noch nicht überall dauerhaft zu zufriedenstellenden Lösungen führt. Noch immer gibt es in Bayern eine ganze Reihe von Kommunen, von Gemeinden, die im normalen Finanzausgleich ihre finanzielle Tragfähigkeit nicht ausreichend darstellen können. Insoweit müssen wir auch da noch mal über entsprechende Korrekturen nachdenken.

Ein weiterer Punkt ist – damit muss ich mit Blick auf die Uhr auch schon enden –, dass wir auch die Förderprogramme endlich einmal überarbeiten müssen

(Beifall bei der FDP)

und dass wir uns, sehr geehrter Herr Finanzminister, auch darüber Gedanken machen sollten, ob man zusätzlich und verstärkt Anreize hinsichtlich kommunaler Kooperationen, kommunaler Zusammenarbeit schaffen sollte; denn es gibt viele Aufgabenfelder, die die 2.056 Gemeinden in Bayern nicht mehr jeweils allein für sich bewerkstelligen können.

In diesem Sinne: In diesem Jahr Zustimmung, aber in dem Wissen, dass es erhebliche Aufgaben gibt, um auch für das Jahr 2022 ausreichend vorbereitet zu sein – auch im Interesse der Kommunen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Muthmann. – Der nächste Redner ist Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt, den wir gleich endgültig beschließen – ich glaube, kaum jemals hat die Aussage von Blaise Pascal von vor fast 400 Jahren in dem Buch "Pensées" mehr gestimmt: "Wenn du Gott zum Lachen bringen willst, erzähle ihm von deinen Plänen."

Angesichts einer Pandemie, glaube ich, muss man einfach wissen, dass das, was wir geplant haben und jetzt beschließen, alles höchst volatil ist. Wenn die Inzidenzzahlen, die Ansteckungszahlen beispielsweise in 14 Tagen wieder hochklettern auf 300 oder darüber, dann werden wir vieles von dem Geld, das in diesen Plänen steht, nicht ausgeben können, weil das, wofür wir es ausgeben wollen, gar nicht stattfindet. Auf der anderen Seite werden wir vielleicht Milliardenbeträge brauchen, um Probleme zu lösen, von denen wir heute noch gar nicht wissen, dass sie pandemiebedingt auftreten.

Insofern haben wir uns viel Mühe gegeben, wie immer, aber ob es die Realität erreichen wird, ob es so viel mit der Realität zu tun hat wie sonst, weiß niemand von uns. Erste Folge davon war ja auch, dass wir von der Doppelhaushaltsaufstellung abgegangen sind zum Einzelhaushalt.

Jetzt sage ich mal: Dann haben wir im Herbst eine Bundestagswahl, deren Ergebnis für uns natürlich auch von massivem Einfluss sein kann. Ich kann mich gut erinnern an 1998 bis 2005; hätten wir nicht in Bayern mit Milliardenaufwand korrigiert, was in die-

ser Zeit in Berlin – oder damals ja noch Bonn – falsch gelaufen ist, dann würde doch Bayern nicht so dastehen wie jetzt.

Und es ist doch nicht ausgeschlossen, dass wir solchen Herausforderungen ab 26. September wieder ausgesetzt sind. Dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als uns zu erinnern, was wir in dieser Zeit – Edmund Stoiber – mit der "Zukunftsinitiative Bayern", mit dem Einsatz der Mittel aus der Verwertung von Möglichkeiten, gemacht haben – mit Milliarden. Und wir werden gegebenenfalls wieder korrigieren müssen, was Berlin verbockt. Das ist ja gar nicht ausgeschlossen.

Ich muss ganz ehrlich sagen, bevor Sie da glauben, ich lebe nicht in der Realität: Wir müssen ja jetzt schon mit bayerischem Geld einiges korrigieren, was Berlin verbockt – und das, obwohl wir uns als CSU von dem Vorwurf nicht freimachen können, an der Regierung in Berlin sogar beteiligt zu sein. Insofern stehen spannende Aufgaben vor uns.

(Zuruf)

Stellen Sie sich doch nur mal vor, wir wollen tatsächlich unser Test- und Impfkonzept qualifiziert umsetzen. Dann brauchen wir kurzfristigst, wenn wir uns nicht weiter auf Berlin und auf Brüssel verlassen wollen, 25 Millionen Impfdosen – 25 Millionen Impfdosen! Wenn wir dafür eine Lizenz erwerben, wenn wir die selber produzieren, wenn wir die einkaufen wollen, dann sind wir bei dem aktuellen Preismix, den es da auf dem Markt gibt – das kann man ja nachlesen; die belgische Gesundheitsministerin hat ja die Zahlen veröffentlicht –, bei ungefähr 150 Millionen, die wir brauchen, um uns selber mit Impfstoff zu versorgen. Da ist das Durchimpfen noch gar nicht eingerechnet. Aber da ist halt die Frage, ob das nicht ohnehin aus den Krankenkassen teilweise mitbezahlt wird, wenn wir es in den Hausarztpraxen machen.

(Zuruf von der AfD)

– Warum wollen Sie eigentlich dauernd bei Themen mitreden, von denen Sie sagen, dass es sie gar nicht gibt? Ich habe vernommen, dass es Sie stört,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

wenn Menschen irgendwo aus der Welt bei uns zu Gast sind. Wahrscheinlich würden Sie, wenn Sie es sich zu sagen trauten, auch noch darauf bestehen, dass die in letzter Priorität geimpft werden. Deswegen bin ich auch nicht bereit, mich mit Ihnen weiter darüber auseinanderzusetzen; denn das, was wir in den Haushaltsberatungen dazu von Ihren Vertretern erlebt haben, war schäbig genug; das war eine Zumutung genug, und das ist eines Parlaments unwürdig.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Sie geplant haben, aus dieser Pandemie Profit zu ziehen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Über Ihre aktuellen Umfragewerte lacht der liebe Gott wirklich. Denn der Plan ist schiefgegangen. Gott sei Dank machen die Menschen nicht jeden populistischen Unsinn mit und jede schräge Forderung.

(Beifall)

Wer soll Ihnen eigentlich noch glauben, dass Sie nicht den Klimawandel leugnen, sondern den menschengemachten Klimawandel? Ja, wahrscheinlich ist der Klimawandel so vom Himmel gefallen. So stellen Sie sich das vor. Da hat irgendjemand gedacht, jetzt machen wir mal ein bisschen Klimawandel. Damit haben die Menschen nichts zu tun; denn wir produzieren ja keine Abgase, wir produzieren ja keine Abfälle, wir produzieren ja keinerlei Dinge, die auf das Klima Einfluss haben. Wahrscheinlich haben Sie in der Ewigkeit nicht so Recht, weil am Übergang von der Eiszeit zu dem, was danach kam, und zu jetzt die Autoindustrie wahrscheinlich gar nicht beteiligt war.

(Zuruf von der AfD)

Insofern können Sie das für sich gerne beanspruchen. Aber sonst können Sie relativ wenig für sich beanspruchen. Herunterzurechnen, ob es am einzelnen Tag wärmer oder kälter ist, und das für die eigene Klimadebatte dann als Argument nutzen zu wollen, ist nicht sonderlich durchdacht. Aber darauf kommen Sie vielleicht noch, wenn Sie sich die Zahlen einmal auf Dauer anschauen.

Also, ich möchte abschließend sagen: Mit Ausnahme der AfD-Fraktion, die in dieser Haushaltsberatung von Anfang bis Ende unsäglich unterwegs war, haben wir es dann doch miteinander geschafft, ein Zahlenwerk aufzustellen. Wir hoffen alle miteinander, dass wir mit dem Geld, das wir einnehmen, das, was wir brauchen, bezahlen können, dass wir auskommen. Ich glaube, man kann schon sagen: Der demokratische Konsens, bei allem Streit um einzelne Punkte, besteht in diesem Haus. Das tut er Gott sei Dank. Deswegen sage ich: Glücklich vorwärtsschauen, schauen, dass wir die Dinge lösen, staunen, wenn es funktioniert, und als Demokraten zusammenhalten gegen alle anderen!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Weidenbusch, bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mang. Herr Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege Weidenbusch, ich habe Sie noch nie so dünnhäutig wie heute erlebt. Vorneweg möchte ich diese Gelegenheit kurz nutzen und mich auch beim Ausschussbüro für die neutrale, sachliche und faire Zusammenarbeit bedanken.

Sie haben von einem Zahlenwerk gesprochen. Auf die Zahlen möchte ich jetzt noch einmal zu sprechen kommen. Wir haben den Corona-Sonderfonds. 9,4 Milliarden Euro haben wir laut Soll-Plan bereits verbraucht. Wenn ich mir diese Nachschubliste anschaue, dann steht hier: bisherig 10,6. Das macht dann genau gerundet 20. Dann kommen aber noch einmal 9,89 Millionen, also nochmal eine Milliarde hinzu. Dann bin

ich rechnerisch bei 21 Milliarden. Im Haushaltsgesetz steht in der Begründung zu Artikel 2a zur Kreditermächtigung zur Finanzierung von Kapitel 13 19 zur Corona-Pandemie:

> Die Finanzierung der krisenbedingten Sonderbedarfe 2021 in Höhe von nunmehr insgesamt 10,7 Mrd. € bewegt sich dabei innerhalb des bisherigen und nicht weiter erhöhten Gesamtkreditrahmens 2020 in Höhe von 20 Mrd. €.

Jetzt würde ich gerne mal wissen, wo hier das Zahlenwerk sein soll. Erläutern Sie mir das doch bitte einmal.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Staatsminister Albert Füracker: Ich erklär's ihm dann!)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege, ich gebe Ihnen als Syndikus des Lotto-Toto-Fachverbands den guten Rat: Nehmen Sie den Zahlensalat, den Sie gerade produziert haben, spielen Sie damit Lotto! Vielleicht gewinnen Sie etwas.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich danke für drei Tage sehr sachliche und anstrengende Haushaltsberatungen mit dem einen oder anderen Bonmot dazwischen. Das ist auch gut, sonst wären drei Tage nur mit Zahlen kompliziert. Zum Schluss haben wir gesehen, wie kompliziert es ist, Zahlen zu lesen, diese auch zu verstehen und dann noch richtig zu interpretieren. Ich habe dafür Verständnis, Herr Mang. Ich versuche, Ihnen das zu erklären, aber ich möchte Ihnen auch sagen: Ich habe damals bei der Einbringung des Haushalts im De-

zember, als das hier begann, darauf hingewiesen, dass das, was ich vorstelle, das momentane Planungsoptimum ist. Wir haben dieses Planungsoptimum bis zum heutigen Tag etwas verfeinert. Ich erkläre gleich, was sich geändert hat.

Aber ich schließe mich Herrn Kollegen Weidenbusch an: Wenn ich heute ein Versprechen abgeben könnte, wie sich die nächsten Monate entwickeln werden, müsste ich nicht als Finanzminister darben, sondern würde in diesem Land große Geschäfte als Hellseher machen. Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich heute nur das präsentiere, was man nach bestem Wissen und Gewissen vorlegen kann.

Das gesamte Zahlenwerk hat jetzt einen weiten Weg genommen. Wir haben Haushaltsverhandlungen geführt; dann hat mein Haus – Herr Kazmaier, dafür danke ich ausdrücklich Ihnen und der ganzen Abteilung Haushalt – ein Werk vorgelegt, das 16 Einzelpläne, 244 Kapitel und 17.000 Titel über 71,2 Milliarden umfasst, und so niedergeschrieben, dass es hinterher stimmig ist. Dafür sehr herzlichen Dank! Ich danke natürlich allen, die sich in den Ausschüssen damit befasst haben, insbesondere dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Zellmeier und seiner Stellvertreterin Frau Köhler. Ich bin als Finanzminister kraft meiner Aufgaben sehr mit dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und dessen Vorsitzenden Wolfgang Fackler verbunden sowie mit Sandro Kirchner als Vorsitzendem des Wirtschaftsausschusses, in dem ich erst kürzlich war, aber natürlich auch mit allen anderen Ausschüssen.

Ich weiß, wir versuchen, mit diesem Haushalt ein Gemeinschaftswerk zu schaffen. Deswegen geht mein sehr herzlicher Dank an alle, die daran in großer Sachlichkeit mitgewirkt haben. Auch sind, glaube ich, über 700 Änderungsanträge im Haushaltsausschuss beraten worden. Auch dies ist ein Rekord. Alles, was wir hier tun, meine Damen und Herren, passiert nicht irgendwo im stillen Kämmerchen, sondern wird beobachtet von der Öffentlichkeit, der medialen Welt und allen, die sich dafür interessieren.

Deswegen hat es überhaupt keinen Sinn, Herr Mang, zu glauben, wir würden hier etwas verstecken und plötzlich wären es 21 Milliarden Euro. Das ist das – und dies kläre ich gleich zu Anfang auf –, was man nicht so genau kalkulieren kann, in diesem Fall sogar etwas Erfreuliches. Das hat nämlich damit zu tun, dass sich am Jahresende im Vergleich zur Novembersteuerschätzung herausgestellt hat, dass wir im Jahr 2020 wahrscheinlich fast eine Milliarde – zwischen 800 und 900 Millionen – weniger Steuermindereinnahmen haben werden, als wir zunächst dachten. Das ist eigentlich eine sehr positive Botschaft. Deshalb mussten wir die Steuerersatzleistung im Haushalt 2020 nur für gut 2,6 Milliarden Euro vorsehen und nicht für 900 Millionen mehr. Hieraus errechnet sich das. Ich habe mir dann erlaubt, die 900 Millionen im Haushalt 2021 genauso wie die anderen Milliarden, die wir im Fonds noch nicht gebraucht haben, wieder zu etatisieren, sodass wir jetzt 900 Millionen Euro mehr in diesem Etat haben. Wo zunächst 1,5 Milliarden vorhanden waren, stehen jetzt 2,4 Milliarden bereit. Das ist der Betrag, der im Kapitel 13 19 steht, worüber der Haushaltsausschuss verfügen kann, falls die Corona-Pandemie größere Ausgaben erfordert, als wir es alle miteinander hoffen. In der Summe sind es wieder 20 Milliarden.

Also haben wir im Jahr 2020 weniger ausgegeben, weil die Steuereinnahmen nicht ganz so schlecht waren, wie zunächst prognostiziert. Dafür haben wir im Jahr 2021 jetzt mehr Möglichkeiten. Aber ich kann Ihnen auch gleich sagen, dass die Steuerschätzung im November 2020 für das Jahr 2021, auf der nun all das fußt, natürlich noch vorgenommen wurde, bevor der Lockdown im Winter wieder begann, sodass ich hier eine erneute Unsicherheit habe, die ich einfach nicht einkalkulieren kann. Aber ich finde es zunächst einmal positiv, dass wir nach all den Planungen, jedenfalls aufgrund der Steuerschätzung im November, in diesem Fonds jetzt noch über 2,4 Milliarden Euro als "freie" Mittel haben. Ich weiß auch: Es ist nicht mein Ziel, das Geld auszugeben – null Komma null. Es war nie mein Ziel, 20 Milliarden auszugeben. Die Kalkulation war so, Herr Dr. Kaltenhauser, damit wir das Jahr über safe sind. Sie sagen, das war viel zu viel. Wenn wir vom Bund jedoch weniger erhalten hätten, hätten wir das Geld gebraucht. Ich wusste das damals nicht. So ist dies auch ein Wiederspruch. Ich

bin froh, dass der Bund so viel gezahlt hat. Das ist überhaupt kein Thema. Das habe ich nie verschwiegen. Der Bund ist bei den Wirtschaftshilfen in der Tat sehr stark eingestiegen. Andererseits hat es aber auch sehr lange gedauert, bis das Geld über den Winter vom Bund kam und vom Wirtschaftsministerium ausgezahlt werden konnte.

Wie es auch immer sein mag, daher kommt diese Zahl. Es bleibt dabei: Am Ende des Jahres 2021 werden wir höchstens 20 Milliarden Euro mehr geplante Schulden haben, als wir sie im Jahr 2019 hatten. Im Übrigen bin ich darauf auch stolz. Sie haben erzählt, was wir alles an Schulden machten, haben alles aufaddiert. Manchmal haben dies auch Journalisten getan. Zum Beispiel haben sie die 26 Milliarden Garantien des BayernFonds und die 20 Milliarden Möglichkeiten, die wir hätten, Schulden für Beteiligungen aufzunehmen, als 46 Milliarden Schulden des Freistaats Bayern angesetzt.Jetzt sage ich Ihnen eines: Wenn ich sehe, was bisher für den BayernFonds nötig war und was an Anträgen hereinkommt, dann deutet im Moment nichts darauf hin, dass wir höhere Milliardenbeträge im BayernFonds kapitalisieren müssen, um Unternehmen zu stützen. Die Antragsmöglichkeit beim BayernFonds ist für das restliche Jahr 2021 verlängert worden, sodass noch vieles kommen kann. Aber ich weiß es nicht. Das ist letztlich eine Sicherheit, die mit 46 Milliarden Euro von manchen zu unseren Schulden addiert wird. Die 46 Milliarden Euro sind weder geplant noch gemacht. Wenn ich das nicht und auch keine Million davon als Schulden machen muss, umso besser.

Schulden haben wir bisher in Höhe von genau 7,2 Milliarden Euro gemacht, die wir notwendigerweise brauchten. Darin sind schon gut 2,6 Milliarden Euro an Steuermindereinnahmen eingerechnet, die wir 2020 hatten. Für 2021 haben wir die Steuermindereinnahmen wieder angesetzt. Gerechnet ist hier mit 3,6 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wir werden ja nicht nur von uns selbst beobachtet; es schauen auch andere darauf. Standard & Poor’s hat uns vor 14 Tagen wieder bescheinigt: Triple A mit besonders guten Aussichten, was den bayerischen Haushalt anbelangt. Freuen wir uns einmal! Denn von 16 Bundesländern hat diese Bewertung genau

ein einziges Bundesland erhalten. Welches? – Der Freistaat Bayern. Seien wir doch einmal froh darüber!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch der viel zitierte ORH ist in seinen einleitenden Bemerkungen in dem Geheft, das wir bekommen haben, nicht umhingekommen zu schreiben: Die Haushaltsführung in Bayern ist geordnet. – Es ist nicht so, dass es hier große Probleme gibt und wir Sorgen haben müssten, dass es Bayern nicht mehr gebe.

Meine Damen und Herren, vor welchem Hintergrund sage ich das? – Ich habe es heute früh schon einmal gesagt und erinnere noch einmal daran: Wir alle sagen, die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg ist jetzt. In der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg bescheinigt uns Standard & Poor's Triple A mit positivem Ausblick. Der ORH spricht von einer geordneten Haushaltsführung.

Wir haben von den 20 Milliarden Euro 7 Milliarden Euro gebraucht. Ich weiß, dass wir das andere nicht gespart haben. Manche glauben ohnehin, nicht vorhandenes Geld auszugeben sei Sparen. Das weiß ich schon. Den Unterschied kenne ich gut. Aber, meine Damen und Herren, wir haben noch Möglichkeiten.

Wir sind vor der Krise mit etwa 27 Milliarden Euro Schulden gestartet. Ich habe jetzt gehört, man solle sich nicht immer mit anderen vergleichen. Das tue ich auch nicht. Das ist eigentlich auch nicht notwendig, weil wir so gut sind, dass wir den Vergleich mit niemandem zu scheuen brauchen. Aber ich will das trotzdem in Erinnerung rufen. Ich glaube, Herr Mang hat das Ende des Bayernlandes wegen höchster Verschuldung ausgerufen.

Vor der Krise waren es bei uns 27 Milliarden Euro, in Baden-Württemberg 45 Milliarden Euro und in Nordrhein-Westfalen mehr als 170 Milliarden Euro. Wir holen diese beiden Länder nicht ein, weil zumindest Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2020 wieder mehr Schulden gemacht hat als Bayern. Der Kollege Lienenkämper hat sich

25 Milliarden Euro Kreditermächtigungen geben lassen. Auch Kollegin Sitzmann hat in Baden-Württemberg Geld gebraucht. Insofern war die Chance, dass wir auf 45 Milliarden Euro kommen, nicht gegeben. Wir stehen jetzt bei gut 34 Milliarden Euro und nicht bei 40 Milliarden Euro. Wir versuchen auch in diesem Haushalt – ich sage das noch einmal – damit auszukommen.

Brauchen wir einen Nachtragshaushalt? – Herr Bergmüller, Sie sind ein hervorragender Prophet. Egal, ob Sie das prophezeien oder nicht: Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass ich keinen brauche. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das nicht mein Ziel ist. Wir haben gar keine Zeit, weil wir schon jetzt mit dem Haushalt 2022 beginnen. Das ist der nächste Schritt. Wir beraten den Haushalt 2022, den wir rechtzeitig vorlegen wollen, damit ich nicht immer geschimpft werde, wenn ich spät dran bin und der Haushaltsausschuss dankenswerterweise oft auch die Fristen verkürzt. Ich weiß auch das zu schätzen. Aber auch da müssen wir in dieser krisenhaften Zeit durch.

Diesen Nachtragshaushalt, Herr Bergmüller, bestimmt nicht der bayerische Finanzminister, sondern den können wir nur dann machen, wenn der Bayerische Landtag dies zulässt. Wenn die jetzt zur Verfügung stehenden 2,4 Milliarden Euro durch den Haushaltsausschuss, für was auch immer, für die Pandemiebekämpfung, ausgegeben worden sind und wir plötzlich mehr bräuchten, dann kann ich nur fragen, ob auch der Haushaltsausschuss der Meinung ist, wir könnten einen Nachtragshaushalt vorlegen. Wenn er das nicht so sieht, dann werde ich das auch nicht machen. Das kann ich Ihnen sagen.

Insofern: Das weiß ich nicht. Das ist nicht mein Ziel. Ich kann es nicht ausschließen, gehe aber nicht davon aus. Für das Protokoll: nichts zugesagt.

Was ist im Jahr 2021 ganz entscheidend? – Das sind natürlich die Steuereinnahmen, die wir noch nicht kennen. Die Mai-Steuerschätzung steht an. Auf ihr wird der Haushalt 2022 fußen müssen. Das ist eine komplizierte Angelegenheit, weil auch ich im Mai

noch nicht weiß, was sich in diesem Jahr alles noch entwickelt. Aber da strengen wir uns dann wieder an.

Das Zweite ist natürlich der Verlauf der Pandemie. Sie hat uns fest im Griff. Wir alle haben uns doch nicht zum Ziel gesetzt, Herr Bergmüller, dass wir sagen: Wir wollen niemandem wehtun. – Aber es ist doch einfach nicht logisch zu sagen: Wir helfen mit riesigen Wirtschaftshilfen den Unternehmen, den Volkshochschulen, den Sportvereinen, wem auch immer. Wir helfen überall, weil wir eine große Krise haben, und gleichzeitig nehme ich in meinem Haushalt wieder Geld für genau diese Einrichtungen heraus. Das ist eine Logik, die bei mir einfach noch nicht angekommen ist, nicht weil ich Schulden machen möchte, sondern weil es keinen Sinn hat, den Leuten in krisenhaften Zeiten das wegzunehmen, was ich ihnen dann wieder gebe.

Wir haben im Übrigen das getan, was für die bayerische Wirtschaft am wirksamsten überhaupt ist – das wird manchmal vergessen. Am wirksamsten ist immer, Geld bei den Unternehmen zu lassen und es ihnen gar nicht erst wegzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen vermelden, dass die bayerische Steuerverwaltung Bürgern und Unternehmen seit März 2020 bei über 400.000 Anträgen Liquidität gelassen hat, in dem wir Umsatzsteuersondervorauszahlungen erstattet, Steuervorauszahlungen herabgesetzt und Steuerzahlungen gestundet haben, mittlerweile in Höhe von 8,5 Milliarden Euro. Man kann natürlich sagen: Das müssen sie ja doch zahlen. – Ja, aber erst viel später und die Vorauszahlungen nur dann, wenn sie entgegen der Erwartung doch Gewinne gemacht haben. Sie müssen die Vorauszahlung im Ergebnis nicht zahlen, wenn keine Gewinne gemacht wurden. Insofern ist diese Liquidität in den Unternehmen das wirksamste Instrument überhaupt, um ihnen in dieser Krise zu helfen. Das haben wir in Bayern in unglaublicher Weise getan.

(Beifall bei der CSU)

Wir kämpfen weiter. Wir kämpfen dafür, dass wir auch beim Verlustrücktrag nicht nur den Betrag nach oben bekommen, sondern auch noch die Fristen verlängern können. Das alles haben wir mehrfach in Berlin vorgelegt. Ich sage jetzt nicht, meine lieben Freunde von der SPD, wer in Berlin dagegen ist. Ich will da gar nicht herumstänkern; sonst stellt ihr dann wieder Zwischenfragen und findet irgendetwas, wogegen wir gestimmt haben.

(Heiterkeit)

Ich kann nur appellieren: Der Verlustrücktrag bringt natürlich Liquidität in die Unternehmen zurück, die sie zunächst selbst erwirtschaftet haben.

Das sind Dinge, die wir in der Krise wieder und weiter diskutieren müssen und bei denen wir in Berlin weiter aktiv sind, auch bei der Frage der Erbschaftsteuer für Unternehmen. Für alles, was wir hier tun können, setzen wir uns massiv ein.

Ich will Ihnen noch einmal sagen, dass diese Pandemie noch nicht vorbei ist und wir nicht genau wissen, was noch auf uns zukommt.

Was tun wir noch dagegen? – Wir investieren. Auch das ist etwas ganz Entscheidendes. Wir investieren gegen diese Krise. Im Übrigen ist bemerkenswert, dass wir im Baubereich zum Glück keine großen Einbrüche – jedenfalls für mich noch nicht wahrnehmbar – im Auftragsbestand haben. Im Bauhandwerk gibt es offensichtlich noch immer gut gefüllte Auftragsbücher. Das ist anders als 2008, als wir mit Konjunkturpaketen in Bayern Baumaßnahmen anschieben mussten. Im Moment haben wir sogar das Problem, im Baubereich auf relativ hohe Baukosten zu stoßen. Trotzdem investieren wir weiter, damit hier nichts passiert. Wir wollen ja die Baukonjunktur auch nicht abwürgen. Dass wir in diesem Bereich investiv unterwegs sind, ist, glaube ich, richtig. Wir haben für die HTA als unserem Beschleunigungsprogramm für die Konjunktur 0,4 Milliarden Euro etatisiert und in den Haushalten angelegt, Herr Dr. Kaltenhauser. Im Einzelplan 15 beispielsweise ist HTA Plus abgebildet, aber natürlich finanziert über Kapitel 13 19.

Man kann durchaus darüber streiten. Die einen sagen: Ja, wir müssen investieren, weil wir eine Krise haben. – Wir haben jetzt Investitionen krisenbedingt massiv vorgezogen. Deswegen haben wir das auch abgebildet. Das ist im Übrigen genau das, was Herr Pargent sagt: Lasst uns eine Klimamilliarde machen! – Wenn wir eine Klimamilliarde machen, Herr Pargent, dann muss ich das Geld am Kapitalmarkt besorgen. Egal, ob ich das als Green Bond oder als normal kapitalisierten Kredit mache, bezüglich der Wirkung ist das letztlich dasselbe. Das Einzige, bei dem wir uns hinsichtlich der Wirkung nicht einig sind, ist die Tatsache, dass wir sagen: Ich darf nach der Schuldenbremse in der Verfassung ausschließlich für pandemiebedingte Ausgaben Kredite aufnehmen. – Wenn ich das aber wegen der Rettung des Klimas mache, dann ist die Frage, ob das pandemiebedingt ist, nicht sofort beantwortet. Wir werden uns über diese Fragen ohnehin noch unterhalten; denn das Klima, das Wasser, all die Dinge, die damit zu tun haben, werden uns natürlich beschäftigen, ob wir das wollen oder nicht.Da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen. Nur eines ist auch klar, liebe SPD: Harald Güller, ich habe gesagt, in dem Rahmen dieser 71 Milliarden Euro kann man nicht mehr machen. Ihr sagt ganz offen: Weg mit der Schuldenbremse, dann können wir investieren. – Das sage ich im Moment nicht, weil ich hier als Minister verfassungstreu sein muss. Aber, meine Damen und Herren, zu glauben, dass wir weitere Milliarden für alle möglichen neuen Aufgaben ausgeben können, das aus den normalen Haushalten heraussparen können und dabei noch die Schuldenbremse einhalten, wer solche Vorschläge macht, der muss sich deren Wirkung bewusst sein.

Wer sagt, dass die Schuldenbremse bleiben muss, der muss auch eine solche Politik machen, dass die Schuldenbremse bleibt. Wer sagt, wir müssen darüber hinaus investieren, der muss sagen: Die Schuldenbremse ist nicht zu halten. – Deswegen ist es nicht ganz so einfach zu sagen: Machen wir mal eine Klimamilliarde, passt alles. – Aber eines ist klar: Wir in der Christlich-Sozialen Union und auch in unserer Bayernkoalition wissen sehr genau, dass die Frage "Klima" en vogue ist und notwendigerweise beantwortet werden muss. Dafür gibt es am Schluss keinen Impfstoff. Da brauchen wir

uns nichts vormachen. Aber es ist halt nicht ganz so einfach; es gibt hier keinen Hebel, den man umlegt, und dann ist das Problem des Klimaschutzes gelöst.

(Zuruf)

Aber wenn ihr, lieber Herr Bergmüller und viele Freunde, denen ich bei der AfD immer zuhöre, das oft sogar bestreitet, dann fällt mir manchmal ein, dass mir mal ein alter Mann auf dem Dorf gesagt hat: Füracker, früher war es viel schöner. Da hat es noch gar kein Klima gegeben. – So ähnlich ist das bei euch.

(Heiterkeit)

Es hat früher ein Klima gegeben, und das gibt es auch jetzt, und wir müssen die Antworten geben. Das tun wir, und deswegen wird diese Debatte weitergehen. Ich will es nur sagen: Wenn wir über Staatsfinanzierung diskutieren, werden diese Fragen beantwortet werden müssen. Im Moment ist die Schuldenbremse gegeben. Deshalb ist unser Rahmen gesteckt, und es stellt sich die Frage: Können wir das in diesem Rahmen tun? – Wir haben im Übrigen für Klima- und Artenschutz zwei Mal rund 77 Millionen Euro drin. Es ist nicht so, dass wir in Zeiten der Pandemie diese Aufgaben vernachlässigen würden.

Deswegen sind wir ganz gut unterwegs, mit Augenmaß. Wir haben faktisch keine neuen Kredite. Ich weiß, dass man in der medialen Welt sagt, Kredite, die 2021 aufgenommen werden, sind neue Kredite. Das ist klar; das kann man nicht anders titulieren. Aber Fakt ist: Wir nehmen 2020 und 2021 insgesamt nicht mehr Kredite auf, als für 2020 zunächst schon geplant waren. Das sind diese 20 Milliarden Euro. Ob wir sie brauchen, bestimmen zum Schluss die Pandemie und der Haushaltsausschuss.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Haushalt darüber hinaus auch das berühmte Sparen abgebildet. Herr Bergmüller, die Ressorts müssen 538 Millionen Euro aus den Ansätzen, die sie sich erstritten haben, zurückgeben. Das ist für jedes Ressort festgelegt.

(Zuruf)

Diese 538 Millionen Euro sind der Beitrag, der geleistet wird, um zu rechtfertigen, dass wir Schulden machen. Wir nehmen auch fast 2 Milliarden Euro aus der Rücklage. Die Rücklage von 10 Milliarden Euro, die wir hatten, ist auf 8 Milliarden Euro und dann auf 6 Milliarden abgeschmolzen. Wir tragen damit den Vorgaben Rechnung, die da lauten: Ihr könnt nicht nur Schulden machen. – Wir machen Schulden, entnehmen aber auch aus der Rücklage und diktieren den Ressorts diese Einsparung von 538 Millionen Euro. Das machen Sie heute, wenn Sie dem gesamten Haushalt zustimmen.

Auch da kommt die Frage nach dem Länderfinanzausgleich. Herr Dr. Kaltenhauser, Sie müssen sich damit noch einmal intensiver auseinandersetzen. Wir haben ab 2020 einen Finanzkraftausgleich über Umsatzsteuer, der den Länderfinanzausgleich und den Umsatzsteuervorwegausgleich ersetzt. Der Länderfinanzausgleich in klassischer Form ist nicht mehr existent. Deswegen sind 2019 und 2020 nur dann korrekt vergleichbar, wenn man in 2019 neben dem Länderfinanzausgleich auch den Umsatzsteuervorwegausgleich berücksichtigt. Wenn man das tut, dann sind es bilanziell für 2018 9,27 Milliarden Euro gewesen, für 2019 9,1 Milliarden Euro und für 2020 7,7 Milliarden Euro. Die Ersparnis aus dem Länderfinanzausgleich schlägt, wie ich es oft dargestellt habe, beim bayerischen Haushalt deswegen nicht in der Dimension auf, weil die Kommunen über den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage den Großteil davon behalten können und diese nicht mehr bezahlen müssen. Als kommunalfreundliches Land haben wir uns dazu entschieden, das zu tun. Deswegen müssen wir uns daran immer wieder miteinander erinnern. Wir sind also nicht diejenigen, die das verbockt haben, sondern es müssen aus Bayern heraus – so kann man es korrekt formulieren – rund eineinhalb Milliarden Euro weniger in das System des Länderfinanzausgleichs eingebracht werden als vorher. Auch darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Ich glaube, die GRÜNEN haben es gesagt, dass Familiengeld und Pflegegeld gestrichen werden müssten. – Meine Damen und Herren, wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. In dieser Situation, in der viele die größten Sorgen haben – Pandemie, Kin-

der; all die Diskussionen die ich jetzt drei Tage lang verfolgt habe, und ich habe mir das alles genau angehört –, auch noch zu sagen, jetzt streichen wir euch das Familiengeld – ich weiß nicht, ob das so ein kluger Vorschlag ist, auch wenn ich als Finanzminister natürlich Sympathien für weniger Ausgaben habe. Aber jetzt bei Sozialleistungen zu sparen und danach neue Sozialleistungen zu fordern, ist kein so kluges Konzept, das wesentlich von dem abweichen würde, was wir uns ohnehin leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, es geht um Rekorde: um Rekordinvestitionen von 9,9 Milliarden Euro, Rekordinvestitionen in die Bildung von 23,6 Milliarden Euro, in die Gesundheit von 5,7 Milliarden Euro, in Recht und Gesetz und Sicherheit von 7,3 Milliarden Euro sowie 10,3 Milliarden Euro Finanzausgleichsleistungen für die Kommunen. Es ist bemerkenswert, dass wir nach den Personalausgaben, die der Staat hat, als zweitgrößten Ausgabenposten was haben? – Überweisungen an die Kommunen. Dass wir den kommunalen Finanzausgleich für 2020 bezahlen konnten, hatte auch damit zu tun, dass wir uns über das Kapitel 13 19 Geld besorgen konnten. Hätte ich mir die ausgefallenen Steuereinnahmen nicht am Kapitalmarkt besorgen können, hätte ich nicht den Sonderfonds aus Kapitel 13 19 für andere Ausgaben gehabt, dann hätten wir den Kommunen eigentlich sagen müssen: Wir haben jetzt zehn Prozent oder fünf Prozent oder acht Prozent weniger Steuereinnahmen, deswegen können wir den kommunalen Finanzausgleich nicht in der Höhe zahlen.

Das haben wir aber getan. Wir haben 10,3 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich bezahlt. Wir haben Breitband bezahlt. Wir haben all die Zusagen eingehalten. Ich gebe deutlich über 2 Milliarden Euro im Bereich der Betreuung von Kindern aus. Was hier in den letzten Jahren alles aufgewachsen ist – Stichwort BayKiBiG –, ist sensationell. Schauen Sie sich einmal die Aufwüchse an! Wir haben überall, auch hier, Wort gehalten, und wir haben darüber hinaus den Kommunen geholfen, die Steuerausfälle bei der Gewerbesteuer zu kompensieren, und zwar zu 100 %, mithilfe des

Bundes. Ich sage es ganz offen: Ja, es war gut, dass wir das getan haben. Aber es gab auch viel Unverständnis. Es gab auch in der kommunalen Familie viel Unverständnis. Dort haben manche gesagt: Jetzt zahlst du denen, die in den letzten Jahren sowieso so viel Geld durch die Gewerbesteuer hatten, das viele Geld, und wir, die keine Gewerbesteuer hatten, haben jetzt auch irgendeinen Ausfall und bekommen nichts.

Meine Damen und Herren, der Bund hat gesagt, er macht eine Gewerbesteuererstattung, wenn die Länder das zu 50 % kofinanzieren. In unserem Fall waren es geschätzt 2,4 Milliarden Euro mit der Folge, dass der Bund dann nach Verrechnung mit dem Länderfinanzausgleich, die sofort vorweggenommen wurde, 1,1 Milliarden davon zahlt und wir schon 1,3 Milliarden Euro zahlen müssen. Neben dem, was wir noch für den ÖPNV im Bereich der Kommunen gemacht haben –mehrere Hundert Millionen Euro, für den Katastrophenschutz haben wir nichts verlangt, und im Frühjahr haben wir noch die Kindergartenbeiträge zu 100 % erstattet – sind wir auf insgesamt rund 2 Milliarden Euro im Jahr 2020 gekommen, die wir wiederum aus dem Kapitel 13 19 finanzieren mussten. Da bitte ich um Verständnis, dass nicht mehr möglich war.

Es hat sich dann aber im Dezember noch der positive Effekt auch für die Kommunen eingestellt, die keine Gewerbesteuerausfälle hatten, weil es in Bayern in Wirklichkeit nur 2,18 Milliarden Euro an Gewerbesteuerausfällen waren. Wir hatten zugesagt, dass die Differenz zwischen 2,18 Milliarden Euro und 2,4 Milliarden Euro über einen Nachschlag zur Schlüsselzuweisung des Jahres 2020 ausgereicht wird. Das waren 8 % Zuschlag zu Schlüsselzuweisungen auch für Kommunen, die gar nicht mehr damit gerechnet haben, noch mal Mittel zu bekommen. Das war auch für diejenigen, die etwas finanzschwächer sind, ein Nachschlag, der passend zu Weihnachten daherkam.

Wenn ich alles addiere, haben wir als Freistaat Bayern im Jahr 2020 etwa 3 Milliarden Euro Schulden gemacht, um alle Zusagen an die Kommunen einhalten zu können und ÖPNV- und Gewerbesteuerersatz vornehmen zu können, und der Bund hat auch 2 Milliarden Euro Schulden gemacht. Er hat darüber hinaus noch die rund 250 Millio-

nen Euro für die Unterbringung ersetzt, wie Sie wissen. Das heißt, Bund und Land haben im Jahr 2020 5 Milliarden Euro Schulden gemacht zugunsten der bayerischen Kommunen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt erwarte ich nicht jeden Tag eine Wallfahrt von den bayerischen Kommunen zum Finanzminister; aber lassen Sie sich doch bitte von niemandem einreden, die bayerischen Kommunen wären vom Freistaat Bayern schlecht behandelt worden! Lassen Sie sich das doch nicht einreden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Und bei den Bezirken ist es so – Herr Pargent, Sie haben das thematisiert –, dass die Bezirksumlagesätze seit 2012 sogar gesunken sind. In 2012 lagen sie durchschnittlich bei 23,7 %, und jetzt sind sie bei 21,35 %. Es ist also nicht so, dass die Bezirksumlagesätze in den letzten Jahren in Analogie zu den vermehrten Aufgaben überdimensional gestiegen wären, sondern sie sind sogar gesunken.

Die 15 Millionen Euro, die wir jetzt geben, sind das eine; den Bezirken hilft auch, dass wir bei der Gewerbesteuererstattung die Beträge, die an die Kommunen ausgereicht wurden, in die Umlagekraft mit einrechnen, sodass beim gleichen Hebesatz das Geld weitergeht. Und wir haben durch den kommunalen Finanzausgleich in 2021, der immerhin um 70 Millionen Euro höher ist als 2020, trotz größter Krise, und natürlich auch durch die Umlagesystematik die Möglichkeit, dass sich die Bezirke finanzieren.

Ich bin mit den Bezirken, dem Bezirkstagspräsidenten und den Leuten, die da Politik machen, in Kontakt. Die kommunale Familie hat viel Geld bekommen. Dass dann innerhalb der kommunalen Familie das Geld durch Umlageveränderungen möglicherweise anders verteilt wird, ist halt mal drin. Aber das hat nicht die Dimension, dass die Bezirke ihre Umlagesätze plötzlich um mehrere Prozent anheben müssten. So sind wir bei Weitem nicht aufgestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

– Herr Bergmüller, da hilft auch Schreien nicht. Das ist so, glauben Sie mir das! Das ist wirklich so. Das sind Zahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

– Herr Bergmüller, Franz Josef Strauß hat gesagt: Generäle können Sie anschreien, Zahlen nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Die Zahlen stimmen. Ob man 2021 den gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Gewerbesteuerausgleich wieder macht, weiß ich noch nicht. Warum weiß ich das nicht? – Weil ich der erste Länderfinanzminister war, der sich in Berlin dafür eingesetzt hat, zusammen mit dem Ministerpräsidenten, dass der Bund wieder einen Gewerbesteuerausgleich macht. Jetzt will ich nicht wieder parteipolitisch werden, weil im Moment alles so friedlich ist. Aber Olaf Scholz sagt: Wir haben schon genug gezahlt für die bayerischen Kommunen, dafür sind wir nicht zuständig. Er möchte lieber ein Entschuldungsprogramm für Kommunen machen, die hohe Kassenkredite haben. Das lehne ich wiederum ab; denn in Bayern gibt es kaum Kommunen, die hohe Kassenkredite haben. Ich bin nicht bereit, dass der Bund zig Milliarden in anderen Bundesländern finanziert, wobei wir mitzahlen, wenn davon kein Geld nach Bayern kommt. Deswegen sage ich: Okay, lieber Bund, gib uns wieder Geld, du musst das nicht als Gewerbesteuerausgleich machen, du kannst es uns auch in anderer Weise zur Verfügung stellen, dann können wir in Bayern das wieder kofinanzieren. – Dazu bin ich bereit. Ich werde, wenn der Bund einen Vorschlag macht, dem Kabinett und dem Haushaltsausschuss vorschlagen, dass wir das kofinanzieren. Aber jetzt sozusagen in Vorleistung zu gehen und den Bund zu ermuntern, nichts mehr zu machen? Ich weiß nicht, wie lange man das im Wahljahr durchhält, wenn man Bundeskanzler werden will. Das werden wir sehen. Im Moment kann ich jedenfalls nichts zusagen. Wir machen das davon abhängig, was der Bund tut.

Ich bin mit den Spitzenverbänden wegen dieser Fragen im Gespräch. Im Juli haben wir ein Spitzengespräch. Ich gehe davon aus, dass sich bis dahin die Dinge etwas lichten.

Meine Damen und Herren, ganz zum Schluss: Es ist kein Sparhaushalt. Es ist ein Zukunftshaushalt. Es ist in der Krise das Beste, was man vorlegen kann. Ich glaube nicht, dass man auch bei noch so viel Beschau der Dinge im Rahmen der Gelder, die jetzt eingeplant sind, noch mehr tun könnte. Wenn man noch mehr Schulden macht, ist es anders; dann kann man immer noch mehr verteilen. Ich habe erklärt, weswegen das aus meiner Sicht kompliziert ist.

Ich danke allen, die mitgeholfen haben, dass wir heute hier stehen. Wir sind jetzt kurz davor, ein großes Werk zu vollenden. Ich danke allen, die jetzt zustimmen werden. Ich bitte die, die es ablehnen werden, um Verständnis dafür, dass ich mich bei meiner Landtagsfraktion und bei den FREIEN WÄHLERN bedanke, die höchstwahrscheinlich – was ich so gehört habe – diesem Haushalt zustimmen werden. Dafür danke ich ausdrücklich. Wenn sich seitens der Oppositionsparteien noch jemand durchringen kann, dieses tolle Werk zu unterstützen, kann er das machen. Ich kann Sie dazu nur ermuntern. So gehen wir dann gut durch die Krise.

Wir machen Hightech und Heimatpflege. Wir haben in beiden Bereichen viel Geld. Wir schauen, dass wir die Familien unterstützen. Wir stehen an der Seite der Kommunen. Mit solider Haushaltsführung gehen wir durch eine komplizierte Zukunft. Wir sollten als Freistaat Bayern dafür sorgen, dass wir unser Gesicht bewahren. Das tun wir auch.

Ich will jetzt nicht mehr über die Landwirtschaft oder über die Umwelt reden. In der Landwirtschaft habe ich auch eine gewisse Lebenserfahrung. Was ich da wieder alles gehört habe, was wir da alles tun. Ich habe zur Kollegin Kaniber gesagt: Wenn ich das gewusst hätte, was ich dir alles an Geld gegeben habe, dann hätte ich es mir noch einmal überlegt. Ich habe als bayerischer Finanzminister – das gilt aber auch für die Bayerische Staatsregierung und den Herrn Ministerpräsidenten, das kann ich hier aus-

drücklich sagen – ein großes Herz für die Landwirtschaft. Wir tun hier einiges, was andere nicht tun.

Wir digitalisieren dieses Land, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein wunderbares Land. Dieses wunderbare Land gilt es jetzt weiter durch diese Krise zu führen. Seien wir stolz darauf, seien wir selbstbewusst und freuen wir uns, dass es uns besser geht als anderen! Wir haben uns das selbst erarbeitet. Es ist nicht so, dass uns irgendjemand irgendetwas schenkt. Diese harte Arbeit zahlt sich jetzt aus. Diese harte Arbeit müssen wir fortsetzen. Dass dazu ein gewisser Streit gehört, akzeptiere ich. Dass er in fairen Debatten abläuft, wie ich das heute und in den letzten Tagen empfunden habe, freut mich.

Ich danke allen, die sich durchringen können, und ich bitte alle und jeden, an seiner Stelle das Maximale zu tun, damit wir auch nächstes Jahr wieder einen so guten Haushalt aufstellen können und nächstes Jahr nicht sagen: Hätten wir lieber wieder die Probleme vom letzten Jahr.

In diesem Sinne: Ganz herzlichen Dank! Ich freue mich, Herr Kazmaier, wenn wir das Hohe Haus gleich mit einem genehmigten Haushalt verlassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Herr Ferdinand Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, ich danke Ihnen für Ihre sachliche Antwort, die der Kollege Weidenbusch entweder nicht geben wollte oder nicht geben konnte. Ich habe nur eine Anmerkung dazu.

Dieser Haushaltsplan beruht auf einer Soll-Rechnung. Ihre Erklärung für diese zusätzliche Milliarde beruht auf einer möglichen Ist-Rechnung, und die liegt dem Haushaltsplan eben nicht zugrunde. Darauf fußt ursprünglich meine Kritik.

Gefreut hat mich Ihr Ausblick für 2021, dass Sie schon jetzt mit der Planung anfangen. Das war die Ursache für die Konsultationsverfahren, die wir hatten, wo wir schon über die Rechtsgrundlage diskutiert haben. Mit dem jetzigen Beschluss werden sie im Nachhinein legitimiert. Ich hoffe, dass Sie in Ihren Planungen nicht unterbrochen werden. Das würde bedeuten, dass wir doch noch einen Nachtragshaushalt haben werden.

Damit möchte ich es bewenden lassen.

(Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Mang, danke, dass Sie mir Zustimmung zu dem Haushalt signalisieren. Überzeugen Sie doch Ihre ganze Fraktion, dann sind wir noch ein paar mehr.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 18/11599, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13980 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14622 zugrunde.

Vorweg ist über den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13980 abzustimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsan-

trag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/11599 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme mit der Maßgabe, dass den Artikeln 18 und 21 jeweils ein Absatz 4 angefügt wird.Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung zum Gesetzentwurf mit diesen Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/14622.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen und so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die gleiche Abstimmung wie vorher. Das brauche ich im Einzelnen nicht zu wiederholen. Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13838 mit 18/13845, 18/13869 mit 18/13881, 18/13895 mit 18/13905, 18/13948, 18/13978 und 18/14184 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14617.

Zunächst ist über die drei Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen.

Ich komme zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Fonds für sicheres Wohnen in Bayern" auf der Drucksache 18/13903. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie bitte hierfür Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:22 bis 19:25 Uhr)

Ich frage jetzt bewusst nach: Haben alle ihre Stimme absenden können? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist die Abstimmung beendet.

Bevor wir jetzt zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen, müssen wir etwas warten, damit sich das System sozusagen erholen kann, bis wir die neue Abstimmung durchführen können. Das dauert nicht lange. –

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13842. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag ebenfalls zur Ablehnung.

Die Abstimmung wird wieder elektronisch, natürlich wieder mit dem Abstimmungsgerät, durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:26 bis 19:28 Uhr)

Ich frage auch hier noch einmal: Haben alle abgestimmt? – Das scheint so zu sein. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich fahre nun mit der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13844 fort. Auch dieser Änderungsantrag wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmung wird ebenfalls wieder elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie hierfür bitte Ihr Abstimmungsgerät! Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:30 bis 19:32 Uhr)

Sind alle Stimmen abgesendet? – Das scheint so zu sein. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen unterbrochen.

(Unterbrechung von 19:32 bis 19:34 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Fonds für sicheres Wohnen in Bayern" auf Drucksache 18/13903. Mit Ja haben 21, mit Nein 66 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13842: Mit Ja haben 26, mit Nein 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Damit kommen wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13844. Mit Ja haben 26, mit Nein 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14617 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/14617.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP sowie Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14617 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13900, 18/13978 und 18/14184 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/11600, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13981 mit 18/13998 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14662 zugrunde.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 eingereichten Änderungsanträge, die in den Ausschüssen abgelehnt wurden, im Rahmen einer Gesamtabstimmung abgestimmt werden soll.

Vorweg ist jedoch gesondert über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen" auf Drucksache 18/13992 abzustimmen, da hier unterschiedliche Voten innerhalb einer Fraktion vorliegen. Der

federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13992 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD sowie Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun ist noch über die weiteren, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge abzustimmen. Wie bereits erwähnt, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass dies im Rahmen einer Gesamtabstimmung erfolgen soll, und zwar jeweils unter Zugrundelegung des Votums des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration. Ich lasse daher so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13981 mit 18/13996, mit Ausnahme der Drucksache 18/13992, mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils endberatenden Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, die FDP und die AfD. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/11600. Dazu empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen ebenfalls zugestimmt. Ich verweise insoweit auf

die Drucksache 18/14662. Ergänzend wird im neu gefassten Artikel 14 Absatz 2 die Nummer 2 wie folgt gefasst: "2. Art. 8a, 10, 10a und 12 am 1. Mai 2021."

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE-WÄHLER-Fraktion, CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der CSU. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist das so beschlossen. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13997 und 18/13998 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Landtagspräsidentin, ich danke Ihnen allen ganz herzlich für Ihren Einsatz und den Rednerinnen und Rednern für ihre zum Teil sehr engagierten, empathischen, zum Teil auch ganz lustigen, fröhlichen Wortmeldungen und Einwendungen. Mein Dankeschön gilt natürlich auch dem Landtagsamt, den Offizianten und Offiziantinnen,

(Allgemeiner Beifall)

dem Team von P I, natürlich auch den Stenografen und den vielen ungenannten Helferinnen und Helfern im Hintergrund.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt auch den Sanitätern, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Pforte und der Gaststätte. Ohne deren Engagement wäre das alles nicht so reibungslos möglich gewesen.

Ich wünsche Ihnen jetzt trotz dieser schwierigen Zeiten einen geruhsamen Osterurlaub oder -aufenthalt.

(Heiterkeit)

Sie wissen, man kann seinen Urlaub auch auf dem eigenen Balkon verbringen. Gerade wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden sicher ein Vorbild sein. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:44 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 24: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Fonds für sicheres Wohnen in Bayern (Kap. 13 19 neuer Tit.) (Drucksache 18/13903)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	21	66	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 24: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2021; hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (Kap. 13 19 Tit. 883 96) (Drucksache 18/13842)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	26	61	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 24: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2021; hier: Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (Kap. 13 19 Tit. 893 96) (Drucksache 18/13844)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	26	61	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu den Tagesordnungspunkten 23 bis 25

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Bayerischen Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021
(Drs. 18/11599)

II. zum Einzelplan 13 und
(Drs. 18/14617)

III. zum Haushaltsgesetz 2021
(Drs. 18/11600)

I. Bayerisches Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021

Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)
(Drs. 18/11599)

Drs. 18/13980

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
   (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
   Drs. 18/13838

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
   (Kap. 13 06 Tit. 359 01)
   Drs. 18/13839

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Schuldenaufnahme am Kreditmarkt
   (Kap. 13 19 Tit. 325 51)
   Drs. 18/13840

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung von Schnelltests
   (Kap. 13 19 Tit. 514 65)
   Drs. 18/13841

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen
   (Kap. 13 19 Tit. 883 96)
   Drs. 18/13842

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser für Investitionen
   (Kap. 13 19 Tit. 891 57)
   Drs. 18/13843

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen
   (Kap. 13 19 Tit. 893 96)
   Drs. 18/13844

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuführungen an den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRücklG
   (Kap. 13 20 Tit. 919 61)
   Drs. 18/13845

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs streichen und einsparen
   (Kap. 13 03 Tit. 883 05)
   Drs. 18/13869

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs streichen und einsparen
    (Kap. 13 10 Tit. 883 08)
    Drs. 18/13870

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: verstärkter Resteeinzug
    (Kap. 13 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/13871

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Keine Beteiligung des Freistaates Bayern als Gesellschafter am Flughafen Memmingen
    (Kap. 13 05 Tit. 831 84)
    Drs. 18/13872

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: sogenannte „Fraktionsreserve“ streichen
    (Kap. 13 06 Tit. 893 06)
    Drs. 18/13873

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ökologische Investitionen über Green Bonds ermöglichen
    (Kap. 13 06 neuer Tit.)
    Drs. 18/13874

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Soziale Teilhabe sichern – Bezirke angemessen ausstatten
    (Kap. 13 10 Tit. 633 08)
    Drs. 18/13875

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
    (Kap. 13 10 Tit. 633 81)
    Drs. 18/13876

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Umschichtung der Zuweisungen nach dem BayGVFG zugunsten des ÖPNV
    (Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
    Drs. 18/13877

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren, mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen
    (Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)
    Drs. 18/13878

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 13 10 Tit. 883 81)
    Drs. 18/13879

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
    (Kap. 13 10 neuer Tit.)
    Drs. 18/13880

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sonnenstrom auf allen Schuldächern
    (Kap. 13 10 neuer Tit.)
    Drs. 18/13881

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Haushaltsmittel zur Deckung von Investitionen in die Zukunft des Freistaates
    (Kap. 13 06 Tit. 359 01 und Kap. 13 60 Tit. 325 52)
    Drs. 18/13895

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Aufstockung der Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen, Verbraucherschutz sowie die Heimaufsicht gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 BayFAG
    (Kap. 13 10 Tit. 633 02)
    Drs. 18/13896

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Solide Förderung für Bayerische Krankenhäuser
    (Kap. 13 10 Tit. 891 72)
    Drs. 18/13897

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – pandemiebedingter Ausfall von Investitionskosten in der Pflege
    (Kap. 13 19 TG 60 - 65)
    Drs. 18/13898

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Laptops – Umfassende Ausstattung mit Lehrerdienstgeräten und Schülerleihgeräten
    (Kap. 13 19 TG 95)
    Drs. 18/13899

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Stark und solidarisch in der Pandemie – die bayerischen Sportverbände und den Nachwuchsleistungssport nicht alleine lassen
    (Kap. 13 19 TG 86 neuer Tit.)
    Drs. 18/13901

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Umfassende Konzeption für Telearbeit im öffentlichen Dienst in Bayern
    (Kap. 13 19 neuer Tit.)
    Drs. 18/13902

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Fonds für sicheres Wohnen in Bayern
    (Kap. 13 19 neuer Tit.)
    Drs. 18/13903

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Existenz der Jugendwohnheime für Berufsschülerinnen und Berufsschüler sichern
    (Kap. 13 19 neuer Tit.)
    Drs. 18/13904

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mehr Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen im Freistaat – Ausarbeitung und Formulierung eines bayerischen Konjunkturprogramms (Kap. 13 19 neuer Tit.)
    Drs. 18/13905

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung des Zuwanderungs- und Integrationsfonds (Kap. 13 06 Tit. 359 01)
    Drs. 18/13948

III. Haushaltsgesetz 2021

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Grundsatz „Zielorientierter Ausgaben mit Wirkung“ im Haushaltsgesetz implementieren (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13981

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Abbau der Schulden durch Coronakrise vorziehen (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13982

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Green Bonds in Bayern ermöglichen (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13983

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Änderung Art. 6c, Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13984

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: A 13 für alle Lehrkräfte - Einstieg zum Schuljahr 2021/2022 (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13985

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13986

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Änderung des Familiengeldgesetzes
   (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13987

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Änderung des Pflegegeldgesetzes
   (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13988

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
   hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
   (Drs. 18/11600)
   Drs. 18/13989

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
    (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13990

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
    (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13991

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen
    (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13992

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperren
    (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13993

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2021) - Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13994

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Verdoppelung der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13995

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    zum Gesetzentwurf zur Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
    hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung (Drs. 18/11600)
    Drs. 18/13996

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Dr. Gerhard Hopp
Abg. Gerd Mannes
Abg. Benjamin Adjei
Abg. Gerald Pittner
Abg. Florian Ritter
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Susanne Kurz
Staatsministerin Judith Gerlach
Abg. Volkmar Halbleib
Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 16

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13761 mit 18/13764)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13382 mit 18/13384)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13695 mit 18/13712)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13618 und 18/13619)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13301 mit 18/13304)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen zu diesem Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wiederum 45 Minuten. Die Redezeiten dürften Ihnen mittlerweile bekannt sein: CSU 13 Minuten, GRÜNE 8 Minuten, FREIE WÄHLER 7 Minuten, AfD und SPD jeweils 6 Minuten, FDP 5 Minuten, Staatsregierung 13 Minuten; die fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils 2 Minuten Redezeit.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass auf Wunsch der AfD-Fraktion über zwei Änderungsanträge einzeln abgestimmt werden soll.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Hopp von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Dritter Tag der Haushaltsberatungen, wir gehen langsam in die Zielkurve, nach anstrengenden Beratungen und Auseinandersetzungen. Ich glaube, bei jedem Einzelplan war es gleich, haben die

allgemeine Situation und die Pandemie mitgeschwungen. Dieses Thema beschäftigt uns momentan stark. Das ist auch bei diesem Haushalt, dem Einzelplan 16, dem Haushalt für Digitales, der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man neigt vielleicht gerade in diesen nicht einfachen, ja schwierigen Wochen dazu, eher das zu sehen, was nicht läuft, was nicht funktioniert. Aber stellen Sie sich doch einmal kurz vor, wir wären nicht heute, sondern vor 30 Jahren in dieser Pandemie. Vieles, was jetzt mit hybridem Arbeiten, mit Videokonferenzen oder auch mit Homeoffice, aber auch mit Homeschooling, das seit Januar doch sehr gut läuft, wie wir die letzten Tage bei den Beratungen zum Bildungshaushalt gesehen haben, möglich ist, wäre damals undenkbar gewesen. Bei allen Problemen und Herausforderungen hat die Pandemie zu einem Digitalisierungsschub geführt. Damit sind wir auch schon beim Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Digitalministeriums.

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung durchdringt jeden Lebensbereich. Sie bietet Möglichkeiten, gerade jetzt in der Pandemie. Sie ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe. Wir sehen gerade jetzt, dass es entscheidend und richtig war, im Jahr 2018 gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung etwas Neues zu wagen und ein Digitalministerium einzurichten. Andere Länder haben das nicht getan. Wir haben nicht nur ein Digitalministerium neu etabliert, sondern es wurde ganz konsequent als Strategie- und Querschnittsministerium eingerichtet. Das Haus wurde als Start-up komplett neu aufgestellt und als Thinktank im bayerischen Kabinett entwickelt, das die Anliegen der Digitalisierung einbringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, von der FDP und von den GRÜNEN beispielsweise, ich habe heute Vormittag bei den Beratungen zugehört. Sie melden sich immer wieder mit Vorschlägen zu Wort. Ich habe nach wie vor den Eindruck, Sie haben die Idee unseres Ansatzes nicht verstanden. Wir wollten das Kabinett eben nicht um ein klassisches Ressort erweitern, sondern eben genau ein Strategie- und Querschnittsministerium einführen. Es kann gerade in dieser Zeit einen konkreten

Mehrwert liefern. Das Ministerium kann Know-how bieten, das nicht nur bayernweit, sondern deutschlandweit anerkannt ist.

Ich wundere mich über manche Aussagen von Ihnen, auch in der Presse, in den letzten Wochen und Monaten, in denen Sie die herausragende Leistung der Ministerin, aber auch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Ministerium nicht wertschätzen und nicht anerkennen, welche Rolle das Ministerium hat und welchen Mehrwert es bringt.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der Ministerin und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die in den letzten Jahren mitgeholfen haben, ein neues Haus aufzubauen, und die sich in der Krise mit ganz konkreten Beispielen einbringen. – Keine Angst, auch ich werde Beispiele bringen. – Herzlichen Dank für diese großartige Gemeinschaftsleistung!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann auch belegen und unterstreichen, dass das Digitalministerium dahingehend wichtige Impulse gesetzt hat: erstens, wie wir es schaffen, als Top-Region mit der Welt mitzuhalten, zweitens, wie wir als Staat und drittens auch als Gesellschaft mit Digitalisierung umgehen wollen und umgehen werden. Wir wissen um die Bedeutung der Digitalisierung im internationalen Wettbewerb. Wie sich der Wirtschaftsstandort Bayern entwickelt, zeigt sich bei Zukunftstechnologien, etwa bei der künstlichen Intelligenz und bei Blockchain. Wir haben eben mit dem Wissenschaftsminister den Wissenschaftshaushalt verabschiedet. Dabei wurden genau diese Themen angesprochen, beispielsweise die KI-Strategie, bei der das Ministerium für Digitales ganz konkrete Impulse geliefert hat.

Die bayerische Blockchain-Initiative des Wirtschaftsministeriums wurde auch mit Input aus dem Digitalministerium gestartet. Impulse kamen auch zur Hightech Agenda und zur Hightech Agenda Plus, die wir jetzt in der Krise verstärken und deren Maßnahmen wir vorziehen. Das Digitalministerium macht hierzu ganz konkrete Vorschläge und

bringt sich als Querschnittsministerium und Strategieministerium ein, als das es konzipiert wurde. Es bringt sich zum Beispiel mit der Initiative "Smart Bavaria" ein, die die digitale Verwaltung in den Mittelpunkt nimmt. Die digitale Verwaltung ist das digitale Gesicht des Landes. Sie ist die digitale Teilhabe der Bürger, für die Bürger mit den Bürgern, und spielt hier die entscheidende Rolle. Deswegen war es ein guter Schritt des Digitalministeriums, dass es in den letzten Jahren zu dem Ansprechpartner bei E-Government geworden ist, dass es hier Digitalisierung greifbar und deren Vorteil erlebbar macht und hier konkrete Vorschläge bringt und umsetzt.

Sie kennen die BayernApp. Ich habe sie heruntergeladen. Auch Sie haben sie sicherlich nicht nur auf das Smartphone heruntergeladen, sondern auch schon genutzt, weil es ein Mehrwert ist, digitale Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Genau das wurde gemeinsam im Kontakt mit den Bürgern, der Verwaltung und Digitalisierungslaboren erarbeitet. Es war der Ansatz des Digitalministeriums, hier konkrete Mehrwerte zu schaffen.

Das gilt auch für die Kommunen. Das Förderprogramm "Digitales Rathaus" ist ein Erfolgsmodell, das fortgesetzt wird und bei kommunalen Angeboten Unterstützung bietet.

Was die Corona-App jetzt in der Krise betrifft, ist konkret die Frage: Wie entwickeln wir die Corona-App weiter? Auch hierzu leistet das Digitalministerium einen Beitrag. Ein konkretes Beispiel ist die App "Darfichrein", die zusammen mit der AKDB entwickelt wurde. Insofern geht es jetzt um die Frage: Wie gehen wir weiter vor? Nehmen wir die "Luca"-App? Nehmen wir also diesen Beitrag?

Ich glaube, wir sind gut beraten, hier mit dem Digitalministerium weiterhin einen ganz starken neuen Player in der Staatsregierung zu haben, der sich konkret einbringt und den Blick auf neue Zukunftstechnologien richtet. Ein Beispiel ist die Extended Reality, ebenfalls eine Querschnittstechnologie, die bereits 2019 unter dem Dach "XR Bavaria" auf den Weg gebracht wurde. Dabei wurden neue kreative Projekte, Entwickler und

neue Produkte zusammengebracht. Das Maßnahmenprojekt "Virtuelle Realität" mit "XR HUB Bavaria" wurde also nicht nur angekündigt, sondern in München, Nürnberg und Würzburg auch umgesetzt. Darum geht es uns. Bei der Beratung des Wissenschaftsetats wurde bereits angesprochen, dass wir Bildung und Forschung mit der Wirtschaft zusammenbringen, dass wir also in die Anwendung kommen, das Ganze transferieren, um auch in Zukunft gute, hochwertige Arbeitsplätze anzubieten.

Auch die von Ihnen und anderen Fraktionen manchmal belächelten Bereiche Filmförderung und Games-Förderung bieten einen Mehrwert und sind ein Standortfaktor für den Freistaat Bayern.

Liebe Kollegen von der AfD, wenn Sie Kritik an der Filmförderung äußern, unterschätzen Sie den Wert dieses Standorts München, wenn es darum geht, Innovation und Arbeitsplätze zusammenzubringen, auch mit Blick auf seine Bedeutung als weltweit agierender Standort. Zunächst habe ich gedacht: Gut, Sie haben sich Gedanken zum Haushalt gemacht und ein Dutzend Anträge zur Filmförderung gestellt. Aber Sie haben immer mit gleichlautenden Begründungen Richtung Gremienfilm im Prinzip die komplette Streichung der Filmförderung angeregt. Sie gehen immer gleich vor. Ähnlich ist es beim Bayerischen Jugendring: Wenn Ihnen eine Meinung nicht passt, dann werden die Mittel und Förderungen gestrichen. Sie würden quasi die Axt an die Mittel, wie sie die Stadt München erhält, anlegen. Allein die internationale Filmförderung bringt jeden Euro, den wir hier einsetzen, mehr als fünffach zurück. Wir stehen zu den Filmstandorten München und Bayern. Deswegen werden wir als Freistaat Bayern auch in Zukunft für die Filmförderung einstehen.

Unsere Digitalministerin vertritt diesen Bereich sehr stark. Deswegen erhält sie in der Koalition selbstverständlich unsere Unterstützung, auch mit eigenen Anträgen, die der Kollege Kirchner vertreten wird. Das Digitalministerium hat mit über 120 Planstellen und über 100 Millionen Euro einen hervorragenden Haushalt. Es arbeitet für die Digitalisierung in Bayern und bringt sich ein. Es hat nicht die Pauschalkritik, die ich aus den Haushaltsberatungen kenne, sondern unsere Unterstützung verdient. Das Kabi-

nett wurde um einen neuen Player erweitert, der kein klassisches Ressort darstellt, sondern Zukunft denkt, neu denkt, querdenkt und sich einbringt.

Daher vielen Dank an die Ministerin Judith Gerlach, an ihr Team und an alle Mitarbeiter, die sich hier mit neuen Ideen einbringen. Ich gratuliere zur Arbeit der letzten Jahre. Judith Gerlach legt einen hervorragenden Haushalt vor. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und bitte Sie um Zustimmung zu unserem Haushalt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Ich bitte Sie, Herr Dr. Hopp, am Rednerpult zu bleiben. Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Bemerkung kommt vom Abgeordneten Mannes von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr Dr. Hopp, Sie sind jetzt aus dem Loben nicht mehr herausgekommen. Wir sehen dies anders. Ich erkläre, warum. Vielleicht können Sie mich auch berichtigen.

Gelegentlich stelle ich auch Anfragen an das Digitalministerium. Ich sage Ihnen ein paar Zahlen: Seit Oktober 2019 sind nur 1,4 % der bis 2024 vorgesehenen Mittel für die Hightech Agenda ausgegeben worden. Erst 49 von 1.000 geplanten Professuren im Bereich Digitalisierung sind geschaffen worden.

Was das E-Government betrifft, wurden bisher im Rahmen des Programms "Bayern Digital" nur 11 % ausgegeben. Deswegen verstehe ich es nicht, dass Sie alles so loben; denn die Zahlen zeigen, dass hier offensichtlich eine Rückständigkeit besteht. Sie planen etwas, aber es wird nicht umgesetzt. Woran liegt das?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Zum einen glaube ich, dass Ihre Frage auch dem geschuldet ist, dass Sie wahrscheinlich eben nicht da waren; denn wir haben vorhin den Wissenschaftsetat mit der Hightech Agenda, die bereits in der Umsetzung ist, beschlossen. Sie waren wahrscheinlich draußen, haben sich aber Ihre Frage vorher

aufgeschrieben. Wir sind hier in der Umsetzung, die Professuren sind ausgeschrieben und werden besetzt, im Übrigen in Bayern genauso wie im Rest Deutschlands.

Herr Mannes, Ihre Anfragen sind daher das eine. Die Realität ist das andere. Es wäre gut, wenn Sie einmal aufpassen würden, wie der Haushalt abläuft und wie die Umsetzung funktioniert. Vielleicht bereiten Sie sich auf die nächsten Anfragen besser vor.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben eine weitere Anfrage vom Kollegen Benjamin Adjei. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Hopp. Sie haben gerade gesagt, es habe wegen Corona einen starken Digitalisierungsschub gegeben. Es ist schon die Frage: Was hat in der Zeit das Staatsministerium gemacht, um vor allem die Digitalisierung in der Pandemiebekämpfung voranzutreiben? Was ist da jenseits einer komplett gescheiterten Software konkret gemacht worden, die sie entwickelt haben, die aber überhaupt nicht auf die Anforderungen der Gesundheitsämter ausgelegt ist? Beispielsweise ist eine automatische Bescheiderstellung und Ähnliches nicht möglich.

Sie haben auch die Corona-Warn-App angesprochen. Welche Weiterentwicklung ist insofern vom bayerischen Ministerium angeregt worden? Denn die Corona-Warn-App ist leider nicht weiterentwickelt worden, obwohl es beispielsweise vom Chaos-Computer-Club ausreichend Vorschläge gab, die auch wir GRÜNEN unterstützt haben. Da ist leider bisher nichts passiert. Die Clustererkennung ist erst jetzt für Mitte April angekündigt worden, obwohl wir sie schon im Oktober gefordert haben.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Vielen Dank für Ihre Frage. Wir haben zwei Möglichkeiten: Wir könnten uns beschweren, wie Sie es immer tun, dass die Corona-Warn-App im Bund nicht funktioniert. Oder wir könnten uns selbst Gedanken machen – das ist die zweite Variante, die die Ministerin gewählt hat –, welche Apps denn funktionieren. Die "Darfichrein"-App, die von ihr entwickelt wurde, bietet uns Möglichkeiten. Das wird jetzt

eingebracht. Vielleicht ist es der Weg, den wir wählen können. Genau das bezeichnet, dass wir auf dem richtigen Weg sind, mit dem Digitalministerium auf Landesebene einen eigenen Player zu haben, der sich bei der Digitalisierung einbringt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Dann ist Ihr Beitrag beendet. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Adjei aufrufen. Sie können Ihren Beitrag gleich fortsetzen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gut zwei Jahren haben wir hier in Bayern ein Digitalministerium. Ich kann mich noch gut an die damalige Debatte erinnern.

Herr Kollege Dr. Hopp, eigentlich habe ich bereits damals einiges Ihrer heutigen Rede gehört. Sie haben damals wie heute gesagt, dass das Digitalministerium künftig die Denkfabrik der Staatsregierung sein werde. Sie haben es als "Thinktank" bezeichnet.Als wir auf die Probleme hingewiesen haben, die wir bei der Struktur, bei der Organisation und beim Aufbau gesehen haben, haben Sie, wie auch heute wieder, gesagt, wir als Opposition hätten den Ansatz der Staatsregierung nicht wirklich verstanden. Da stimme ich Ihnen sogar zu. Ich habe diesen Ansatz bis heute nicht verstanden. Das Kuriose ist aber: Mit meiner Unwissenheit bin ich nicht allein. Auch ein Großteil der Ministerinnen und Minister hat diesen Ansatz nicht verstanden. Das beste Beispiel ist Herr Kultusminister Prof. Dr. Piazolo. Als Digitalministerin Gerlach den Vorschlag gemacht hat, die Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter in die Schulen zu entsenden, kam eine pampige und patzige Gegen-Pressemitteilung des Kultusministers, dass dies überhaupt keinen Sinn mache und dass die Digitalministerin beim nächsten Mal bei ihm vorstellig werden sollte, bevor sie irgendwelche Vorschläge einbringt.

Im letzten Jahr haben wir gesehen, dass das Kultusministerium die Beratung durch das Digitalministerium mehr als nötig hätte. Hinter uns liegt ein Jahr Corona-Pandemie, das durch Pleiten, Pech und Pannen, vor allem bei der Digitalisierung, gekennzeichnet war. Wir haben ein Komplettversagen des Kultusministers beim Thema "Digi-

talisierung des Schulunterrichts" erlebt, nachdem er die Digitalministerin und ihre Vorschläge zum Mond gejagt hat.

Gesundheitsministerin Huml und Gesundheitsminister Holetschek haben es monatelang nicht für notwendig erachtet, die Gesundheitsämter zu digitalisieren.

Im Digitalministerium können noch so viele engagierte Menschen sitzen, die Vorschläge und Ideen entwickeln, wenn im Kabinett 17 von 18 Köpfe keinen wirklichen Bock auf die Digitalisierung haben und kein Problembewusstsein für das eigene Ressort entwickeln. In dieser Situation rennt Frau Gerlach am Schluss jedes Mal ins Leere.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist, dass sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung gezwungen sieht, zuzugeben, dass das Thema Digitalisierung doch nicht ganz so läuft, wie man sich das vorgestellt hat, und komplett neu aufgestellt werden muss, und das zwei Jahre, nachdem diese Neuaufstellung durch die Schaffung des Digitalministeriums stattgefunden hat. Ehrlich gesagt, das ist eine ziemliche Bankrotterklärung für die Arbeit der Staatsregierung.

Ich finde es gut, dass diese Reform endlich passieren soll. Ich habe diese Struktur bereits zu Beginn nicht für sinnvoll gehalten. Jetzt bin ich gespannt, ob wirklich etwas passieren wird. Die CSU kündigt immer gern Reformen an, um unliebsame Themen wegzuschieben. Hier ist die Umstrukturierung wirklich nötig. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident aktiv wird und diese Umstrukturierung endlich vornimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben wirklich viele Probleme. Wir haben eine digitale Infrastruktur wie in den Entwicklungsländern. Wir haben Gesundheitsämter, deren Kommunikationsmittel aus der Steinzeit stammen. Außerdem haben wir ein Schulsystem, das von der Digitalisierung so weit entfernt ist, wie CSU-Abgeordnete von Transparenz bei Nebentätigkeiten. Wir haben schließlich Fachministerinnen und

Fachminister im Kabinett, die dies alles nicht wahrhaben wollen und die so tun, als gäbe es im eigenen Ressort beim Thema Digitalisierung keinen Handlungsbedarf.

Um diese Schwächen, insbesondere die Schwächen bei der Koordinierung, anzugehen, haben wir Anträge eingebracht, mit denen wir genau diese Koordinierung stärken wollen. Wir fordern beispielsweise Digitallotsinnen und Digitallotsen in den Landratsämtern, um die Digitalisierung von unten her zu forcieren und zu stärken. Wir fordern eine Digital-Taskforce im Digitalministerium, um die Fachressorts dort zu unterstützen, wo diese selbst überfordert sind. Eines lässt sich aber leider nicht beantragen, das ist ein Digital Mindchange in den Köpfen der Ministerinnen und Minister. Solange das Thema Digitalisierung nicht in allen 18 Köpfen der Staatsregierung angekommen ist, wird sie am Ende nicht funktionieren.

Ich erspare mir jetzt den Spaß, auf die Details des Haushalts einzugehen, denn da hat sich nicht wirklich etwas verändert. Sie können sich einfach die Rede von vor zwei Jahren anhören: 125 Stellen, 100 Millionen Euro, 43 Seiten Haushalt inklusive Deckblatt und Leerblättern dazwischen. Von einem umfassenden Aufbau, den Sie in der Vergangenheit versprochen haben, ist, ehrlich gesagt, nicht wirklich viel zu sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sollten Sie wirklich vorhaben, die Digitalisierung in Bayern voranzubringen, dann konzentrieren Sie sich erst einmal auf die Basics, bevor Sie, wie immer, den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Es gibt viele digitale Probleme, die wir in diesem Land haben, jenseits von Hightech Agenda und Spitzenforschung. Wir brauchen Glasfaseranschlüsse in jedem Haus, die Digitalisierung von Behörden und Rathäusern, virtuelle Polizeiwachen, digitalen Unterricht und virtuelle Arzttermine. Das sind die Themen, die die Menschen vor Ort direkt betreffen und bewegen. Auf diesen Feldern hinken wir mittlerweile anderen Ländern meilenweit hinterher. Packen Sie diese Probleme bitte endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN aufrufen.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Ansage an Herrn Kollegen Adjei: Es ist sicherlich richtig, dass in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, auch in diesem Hohen Hause, der erforderliche "Digital Mindchange" noch nicht in vollem Umfang angekommen sein mag. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Das Problem ist aber, und das machen die GRÜNEN bei vielen Punkten falsch: Den kann man nicht verordnen. Er muss von unten wachsen. Er muss aus der Gesellschaft, vom Einzelnen, vom Bürger kommen. Nur so geht es. Ich kann mich zwar hinstellen und den Menschen sagen: Du musst jetzt anders denken! – Aber das wird keinen Erfolg haben.

Ich kann Herrn Kollegen Dr. Hopp nur beipflichten: Das Digitalministerium ist von der Bayernkoalition anders aufgestellt worden als das, was Sie wollen. Dieses Ministerium soll ein Thinktank sein und zukunftsorientiert arbeiten. Das Digitalministerium soll in vielen Bereichen ein Vordenker sein, zum Beispiel beim IT-Recht, beim IT-Controlling, bei ethischen Fragen der Digitalisierung und bei der Festlegung von Digitalstandards und Strategien für die digitale Verwaltung. Es soll sich aber nicht um die praktische Ausführung kümmern. Das Digitalministerium steht zwischen dem Wissenschaftsministerium als Basis sowie dem Wirtschaftsministerium und den anderen Fachministerien als Ausführenden. Es soll eben nicht die Kabel oder die Glasfaser verlegen. Alles, was man sieht, gehört in die Fachministerien und die Fachbehörden. Für alles, was man nicht sieht, ist das Digitalministerium zuständig. Das sind die Dinge, die im Kopf stattfinden. Das könnte man, im weiteren Sinne, mit "Digital Mindchange" bezeichnen.

Viele Leute in der Verwaltung denken nur in Tonnagen und Kabelmetern. Natürlich brauchen wir eine flächendeckende Breitbandverkabelung. Das ist gar keine Frage. Wir brauchen einen flächendeckenden Mobilfunk. Ich selbst komme aus dem ländlichen Raum. Da kann ich auch mein Leid klagen. Es ist nicht überall so schön, wie das der Herr Finanzminister heute dargestellt hat. Wir haben in Bayern Funklöcher und

langsames Internet. Das ist aber nicht das Problem des Digitalministeriums. Die Hauptaufgaben des Digitalministeriums liegen bei der Kollaboration, also der Zusammenarbeit, bei der Konsultation und beim Hereinholen von Expertise. Das sehen wir auch am Haushalt. Viele Haushaltsgelder fließen in die Expertise Dritter. Dort wird überlegt, was alles getan werden kann.

Der nächste Punkt. Wir haben in Deutschland ein Mehrebenensystem bei der Verwaltung. Manche sagen, das ist ein Problem, andere sagen, das ist ein Vorteil. Wir haben den Bund, die Bundesländer und die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb ist es bei uns nicht einfach, von oben nach unten durchzuregieren. Das kann man als Nachteil ansehen, zum Beispiel, wenn man die Verbots- und Gebotspolitik als das Maß aller Dinge ansieht. Man kann das aber auch als Vorteil sehen. Herr Adjei, ich glaube, Sie waren auch dabei, als die BIDT-Strategiestudie vorgestellt wurde. In Deutschland gibt es in den verschiedenen Regierungen der Länder und des Bundes mannigfaltige Formen der Organisation der Digitalisierung. Eine geringe Anzahl der Bundesländer hat dafür eigene Ministerien eingerichtet. Andere haben für dieses Thema Abteilungen in ihren Staatskanzleien mit einem eigenen Ansprechpartner geschaffen. In einigen Bundesländern sind damit Haushaltsrechte verbunden, in anderen nicht. In einigen Ländern haben die Einrichtungen technische Einflussmöglichkeiten, in anderen nicht.

Der Vorteil unserer Strategie ist, dass sich um die Fachanwendung die Fachministerien kümmern sollen und nur die große strategische Ausrichtung die Aufgabe des Digitalministeriums ist. Es wäre auch ein Witz, wenn mir irgendein Informatiker ein Scheidungsurteil programmieren würde, das ich dann anzuwenden habe. Da käme nicht viel dabei heraus. Umgekehrt käme genauso wenig dabei heraus, wenn ich als Jurist ein Programm schreiben würde. Die Frage ist, wie man das zusammenbringt. Man könnte zum Beispiel ein Riesenministerium bilden. Solche Ministerien sind aber in der Vergangenheit immer gescheitert.Oder man setzt es als Querschnittsministerium daneben und muss dann natürlich hoffen – ein bisschen Hoffnung ist, das muss man ganz klar sagen, immer dabei –, dass dann in der Zusammenarbeit etwas funktioniert.

Deswegen hinkt Ihr Beispiel vom Kultusministerium natürlich ganz gewaltig. Natürlich war der Kultusminister nicht begeistert, dass jemand von außen reinredet. Darüber ist niemand je begeistert. Wenn Sie zu mir kämen und mir sagten, wie man alles besser macht, wäre ich vielleicht auch nicht begeistert. Aber es hat ja geklappt. Das ist der Unterschied.

(Zuruf)

– Was heißt da, nach einem halben Jahr oder einem Dreivierteljahr? – Das war im Winter. Entschuldigung, vor einem Jahr wusste man noch nicht, dass die Pandemie kommen wird. Vor einem Jahr hat keiner daran gedacht, dass Homeschooling und Homeoffice einmal das Maß aller Dinge sein würden.

(Zurufe)

Natürlich hat da vieles an Struktur und Infrastruktur gefehlt. Dass die Infrastruktur fehlt, ist aber nicht das Problem des Digitalministeriums.

(Zuruf)

Wir haben die Probleme doch relativ gut gelöst.

(Zuruf)

Auch im Winter, als alle geschrien haben, dass mebis und Sonstiges nicht funktioniere, ist das Problem gelöst worden. Jetzt kann man sagen: Wir hätten es letztes Jahr lösen sollen, dann wäre es gar nicht entstanden. – Das ist richtig. Aber letztes Jahr hat außer den GRÜNEN leider keiner von dem Problem gewusst, weil eben zumindest uns FREIEN WÄHLERN etwa drei Millimeter zur göttlichen Ebene fehlen; deswegen können wir nicht so weit in die Zukunft schauen, welche Probleme kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir können die Probleme erst dann lösen, wenn sie entstehen.

Das haben wir dann auch getan, als das Problem aufgetreten war, und zwar gemeinsam mit dem Digitalministerium. Natürlich stelle auch ich persönlich mir vor, dass da, gerade hinsichtlich der strategischen Ausrichtung, noch viel mehr passiert: Wie sieht die digitale Verwaltung der Zukunft aus? Welche OZG-Zugangsmöglichkeiten wird es geben? – Da fehlt es an vielen Stellen im Vergleich zu anderen Ländern noch weit. Aber wo klappt es denn hervorragend? – In den kleinen Ländern, die flächenmäßig nicht so aufgestellt sind wie wir.

(Zuruf)

– In Lettland zum Beispiel, ja wunderbar! Die Letten haben aber auf einem ganz anderen Niveau angefangen und sind in relativ kurzer Zeit mit viel Geld sicherlich sehr weit gekommen. Wir fangen auf einem ganz anderen Niveau an, haben ein Riesenland und auch noch die ostdeutschen Bundesländer hintendran, die im Übrigen in vielen Bereichen, etwa bei der Breitbandverkabelung etc., weiter sind als wir.

Jetzt leuchtet die Redezeitanzeige rot auf. – Ich hoffe, ich konnte darstellen, dass all das, was mein Vorredner gesagt hat, eigentlich an der Sache vorbeigeht. Unser Haushalt ist ein guter Entwurf für die Zukunft. Ich bitte deswegen darum, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Pittner. Ich bitte Sie, noch dazubleiben. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Adjei.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich habe ja danach gerufen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Genau, Herr Kollege, Sie haben wirklich danach gerufen. – Ich stelle mir aber jetzt schon eine Frage: Frau Staatsministerin Gerlach hat vor der Corona-Pandemie das Kultusministerium darauf hingewiesen, dass beim Thema Digitalisierung etwas passieren und reformiert werden muss; es ging da tatsächlich eher um das Inhaltliche als um das Organisatorische. Sofort kam es zu einer Abwehrreaktion von Ihrem FREIE-WÄHLER-Kultusminister, der Nein sagte und sich nicht darum

kümmern wollte. Es kann sein, dass das an den Fraktionszugehörigkeiten oder woran auch immer liegt. Aber die Frage ist doch, wie Sie sicherstellen wollen, dass Ihre Minister die Hinweise und Ideen, die aus dem Digitalministerium kommen, dann auch umsetzen, und zwar bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich muss das jetzt nicht sicherstellen. Ich kann mir aber schon – ich war nicht dabei und kann es also nicht aus eigener Kenntnis beurteilen – vorstellen, wie das passiert ist.

Wenn Sie einen Bildungspolitiker vor einem Jahr gefragt hätten, ob er Distanz- oder Wechselunterricht jemals als sinnvolle Alternative zu Präsenzunterricht ansehen würde, wenn man die digitalen Möglichkeiten hierfür vorhalten würde, dann hätte dieser Bildungspolitiker Sie ausgelacht. Ich habe das selber auf verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen und auch in politischen Diskussionen mitgekriegt.

Auch waren die Programme wie mebis und die ganze andere Kollaborationssoftware auf ganz andere Interessen ausgelegt. Das, was wir jetzt brauchen, hatte damals niemand als Ziel im Kopf. Wenn man das nicht als Ziel im Kopf hat, braucht man es natürlich auch nicht. Deswegen wurde es auch abgelehnt.

Das Problem ist auch nicht gleich am Anfang entstanden, weil wir zu Beginn der Corona-Zeit das ganz andere Problem der Sicherung der Unversehrtheit und Gesundheit der Bevölkerung hatten. Im Sommer und Herbst hat man dann gemerkt: Hoppla, das geht ja weiter, das wird nicht so, wie man sich das am Anfang vorgestellt hat, das wird nicht nach einem halben Jahr vorbei sein. Dann sind die Probleme halt aufgepoppt. Also mussten wir die Probleme in Angriff nehmen. Also wurde es dann auch gemacht.

Man kann jetzt sagen, dass das holprig war und schneller hätte gehen müssen. Ich kann das nicht beurteilen, weil ich noch kein Programm geschrieben habe. Das ist im Übrigen auch kein Problem der Digitalministerin; die muss kein Programm schreiben. Auch der Kultusminister muss kein Programm schreiben.

Aber das Problem wurde doch in Angriff genommen und aus meiner Sicht – nach dem, was ich kenne – auch halbwegs befriedigend gelöst.

(Beifall eines Abgeordneten)

– Immerhin, einer klatscht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, Herr Pittner, dann ist Ihr Beitrag beendet. Für Sie ist keine Zwischenbemerkung mehr angemeldet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte zum Einzelplan 16 für das Digitalministerium möchte ich besonders auf zwei Punkte eingehen: erstens auf das Digitalministerium und den Stand der Digitalisierung in Bayern, zweitens auf den Haushaltsplan und unsere Änderungsanträge.

Künstliche Intelligenz, digitale Geschäftsideen, Denkfabrik, Bayern als Spitzenstandort in Sachen Digitalisierung – mit solch großen Worten wurde zur neuen Legislaturperiode das neue Digitalministerium geschaffen.

Herr Hopp, seien Sie ehrlich! Von den großmäuligen Versprechungen des Ministerpräsidenten ist nicht viel übrig geblieben. Das Digitalministerium hat zu wenig Kompetenzen, um in der Digitalisierung handlungsfähig zu sein. Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat ist für den Breitbandausbau zuständig, das Staatsministerium der Justiz für die Cybersicherheit, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus für den digitalen Distanzunterricht.

Frau Gerlach, Sie sprachen noch vor einem Jahr davon, dass das neue Digitalministerium ein Teilchenbeschleuniger der Digitalisierung sei. – Wo ist der Schub in der Digi-

talisierung in Bayern während der Corona-Krise geblieben? Die Corona-Krise hat doch eindrucksvoll gezeigt, dass wir in Bayern hinterherhinken. Es wurden Spickzettel, Faxgeräte und Excel-Tabellen anstelle eines professionellen IT-Systems verwendet. Auch der Digitalunterricht funktioniert nicht besonders gut. Telemedizin? – Fehlanzeige. Corona-App? – Funktioniert auch nicht.

(Zuruf)

– Doch, das stimmt. Ich mache das daheim mit meinen Kindern.

(Zuruf)

Die Corona-App funktioniert nicht besonders gut.

Man muss noch einmal sagen, dass Bayern im Digitalisierungsindex der Telekom zum Netzausbau im Vergleich mit anderen Bundesländern nur Durchschnitt ist. Das Digitalministerium hat gerade mal eine einzige Verordnung zu E-Government erarbeitet. Nur die Hälfte der Kommunen in Bayern hat tatsächlich mit der Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie begonnen.

Noch einmal zu meiner Anfrage: Ich muss einfach noch einmal sagen, dass bisher 1,4 % der bis 2024 für die Hightech Agenda in Bayern vorgesehenen Mittel ausgegeben wurden. Im Bereich Digitalisierung sind erst 49 der 1.000 geplanten Professuren geschaffen worden. Noch mal zum Bereich E-Government: Von "Bayern Digital" wurden bisher nur 11 % der Mittel abgerufen.

Diese Versäumnisse wirken sich doch auch negativ auf die bayerische Wirtschaft aus. Der stationäre und mittelständische Einzelhandel geht am Corona-Lockdown zugrunde. Die Technologiegiganten wie der weltgrößte Onlinehändler Amazon, Facebook und Apple sind doch die großen Gewinner der Corona-Krise. Sie verbuchen drastische Gewinnsprünge – so wie übrigens auch einige CSU-Abgeordnete.

Wir haben in die Ausschüsse viele Anträge eingebracht, um dieser Wild-West-Digitalisierung besser entgegenzuwirken. Diese bezogen sich auf die Sicherheit von Cloud-Dienstleistungen, auf den Schutz vor Industriespionage, auf die Offenlegung von Algorithmeneffekten und auf die faire Besteuerung von Internetgiganten oder auf den Erhalt des Wettbewerbs zum Schutz der Verbraucher.

Jetzt zum Haushalt 2021, Einzelplan 16: Es stimmt, dass wir die geplanten 28 Millionen Euro für die linksradikal unterwanderte Filmförderung streichen wollen. Das gehört nicht in den Bereich der Digitalisierung. Wir lehnen diesen Haushaltstitel ab.

Vor zwei Jahren wurde noch vom Gaming-Standort Bayern gesprochen.Heute sind noch 6,5 Millionen Förderung übrig geblieben. Zur Nachbesserung dieser dürftigen Gaming-Ambitionen haben wir zahlreiche Anträge zur elektronischen Spieleindustrie eingebracht. Außerdem fordern wir einen Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte. Hier wollen wir eine Aufstockung des Haushaltstitels um mehr als drei Millionen. Wir fordern auch eine verstärkte Förderung für digitale Anwendungssysteme, Public-Key-Infrastruktur, Cybersicherheit und Cloud-Dienstleistungen. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung zur virtuellen Realität wollen wir zwei Millionen zusätzlich investieren. Für die Blockchain-Strategie 3.0 in Bayern fordern wir fünf Millionen Euro an zusätzlichen Fördermitteln.

Und zum Schluss: Das Digitalministerium muss endlich die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen voranbringen. Deshalb fordern wir, die AfD, in unseren Änderungsanträgen zusätzlich 12 Milliarden Euro für E-Government. Den vorliegenden Haushaltsentwurf müssen wir wegen falscher Prioritätensetzung ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mannes. – Ich sehe keine Zwischenbemerkungen. Dann darf ich den Kollegen Florian Ritter ans Rednerpult bitten. Herr Kollege Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang noch eine Vorbemerkung zu einem Thema machen, das hier noch nicht so sehr angeschnitten worden ist. Das Ministerium heißt zwar Digitalministerium, es ist aber auch ein Ministerium für Filmförderung. Die Filmförderung ist mit Sicherheit auch wirtschaftlich ein wichtiger Bereich. Wir, die SPD, können dem Ministerium durchaus gute Arbeit in diesem Bereich bescheinigen, auch wenn wir der Meinung sind, dass man die Schwerpunkte ein bisschen mehr auf die weniger kommerziell erfolgreichen Filme oder auf Dokumentationen setzen könnte. Prinzipiell gibt es aber zu diesem Tätigkeitsbereich des Ministeriums sehr viel Zustimmung.

Das Ministerium heißt aber nun einmal Digitalministerium; das soll sein Schwerpunkt sein, und das ist auch der Schwerpunkt der heutigen Debatte. Wenn man sich über Digitalisierung unterhält, muss man sich nicht nur über das Digitalministerium, sondern über den gesamten Zustand der Digitalisierung in Bayern unterhalten. Dazu ist sehr viel gesagt worden. Seit ich 2003 in dieses Haus gekommen bin, ist der Begriff der Digitalisierung immer wieder verwendet worden. Schon 2003 wurden digitale Bürgerdienste usw. versprochen. So hat sich dieses Thema durchgezogen. Nur wer es sich genauer angeschaut hat, hat gemerkt, dass hinter dieser Digitalisierung mehr Schein als Sein war.

Die Corona-Pandemie war tatsächlich die Nagelprobe für alle diese Behauptungen, und das Ergebnis war, wie wir heute feststellen müssen, tatsächlich ernüchternd. Die Liste der Versäumnisse der letzten 15 Jahre ist lang, und dieses ernüchternde Ergebnis ist tatsächlich auch ein Ergebnis dieser fachlichen Zersplitterung, die heute schon angesprochen worden ist. Die Bedeutung der Hochgeschwindigkeitsnetze für die gesamte Landesentwicklung wurde viel zu spät erkannt. Jahrelang wurde auf unzulängliche Technologien beim Netzausbau gesetzt, statt flächendeckend Glasfaser zu priorisieren. Auch das ist ein Ergebnis dieser Zersplitterung.

Die digitale Ausstattung der Schulen wurde verschlafen. Der Kollege Pittner hat gesagt, dies alles habe keiner wissen können. Deshalb frage ich Sie: Wo waren Sie ei-

gentlich in den letzten Jahren, als wir hier über die Digitalisierung der Schulen gesprochen haben? Wir haben doch darüber gesprochen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie von den Mehrheitsfraktionen alle miteinander mit stolz geschwellter Brust gesagt haben: Ja, wir haben doch ein teildigitalisiertes Klassenzimmer; denn dort steht ein Beamer drin. Leute, das ist tatsächlich nicht die Digitalisierung, über die wir diskutiert haben und die notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen sich nicht dahinter zu verstecken, dass keiner Corona hat vorhersehen können. Diese Diskussionen haben wir geführt. Wir haben auch darüber diskutiert, dass es keine pädagogischen und didaktischen Konzepte und keine brauchbare Software für digital gestütztes Lernen und keine Geräte für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler gibt. An den Schulen gibt es keinen ausreichenden technischen Support – auch darüber haben wir diskutiert – und auch keine ausreichende Lehrer*innenfortbildung für digital gestütztes Lernen.

Für die seit 2003 vom damaligen Verwaltungsreformminister Huber angekündigten digitalen Bürgerdienste gibt es mittlerweile eine App, über die man in erster Linie PDF-Formate herunterladen kann. Das ist keine Digitalisierung und kein E-Government.

(Beifall bei der SPD)

Die digitale Einkaufsstadt, eine Onlineplattform für regionalen Einzelhandel und Dienstleistungen, ist nach wie vor nur ein Modellprojekt mit einzelnen Anwendungen, statt dass man daraus ein Förderprogramm für ganz Bayern macht. Das wäre wirklich keine Raketenwissenschaft, und das wäre auch umsetzbar.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht jetzt ein starkes handlungs- und durchsetzungsfähiges Digitalministerium. Dass wir das nicht haben, ist weder der Ministerin noch den Beschäftigten im Ministerium anzulasten. Das ist das Ergebnis einer Politik,

für die die Digitalisierung zu allererst einmal ein Marketingbegriff für die politische Selbstvermarktung ist.

(Beifall bei der SPD)

Digitalisierung bedeutet Arbeit, Schaffung von Infrastruktur, Bereitstellen von digitalen Diensten, Erarbeitung von Konzepten und Investitionen in die Zukunft. Forschung in diesem Bereich ist gut. Die Ergebnisse der Forschung müssen aber auch in Bayern zur Anwendung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ernsthafte Ziele kann man mit dieser Zersplitterung weder definieren noch verfolgen oder erreichen. Wir brauchen tatsächlich eine Bündelung der Zuständigkeiten in einem starken, handlungs- und durchsetzungsfähigen Digitalministerium. Es muss insbesondere auch im Hinblick auf den Ausbau einer leistungsfähigen Glasfaserinfrastruktur und flächendeckender und leistungsfähiger Breitbandverbindungen handlungs- und durchsetzungsfähig sein. Es muss den bayerischen Mittelstand, den regionalen Handel und das Handwerk bei der digitalen Transformation unterstützen. Es muss selbstständige Inhaber und Inhaberinnen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Aneignung von digitaler Kompetenz und digitalem Know-how unterstützen. Diese Aufgaben wären eigentlich zu erledigen. Das Digitalministerium kann das nicht leisten, weil niemand will, dass das Digitalministerium das leistet. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein eigenständiges Digitalministerium hatte sich die FDP-Fraktion bei der letzten Landtagswahl im Interesse unseres Landes so sehr gewünscht. Bekommen

haben wir ein Ministerium mit dem Namen "Ministerium für Digitales". Um gleich dem Vorwurf vorzubeugen, wir würden diesen Namen falsch verstehen, habe ich in der Geschäftsverteilung nachgeschaut, was wir bei diesem Digitalministerium eigentlich finden sollten.

Erstens heißt es in der Geschäftsverteilung: "Digitalisierung Bayerns: Grundsatzfragen und Koordinierung" und "Zukunft der Digitalisierung: Grundsatzfragen und Koordinierung". Das setzt natürlich voraus, dass diejenigen, die zu koordinieren sind, auch mitspielen. Bei dem, was ich aus manchen Ministerien höre, habe ich daran Zweifel. Dort ist man zwar freundlich, lässt sich aber im Prinzip nicht dreinreden und will schon gar nichts abgeben.

"Digitale Verwaltung" steht in der Geschäftsverteilung. Dazu gehören aber nicht die digitale Erschließung, die Technik der digitalen Verwaltung, die staatlichen Rechenzentren, die staatliche Kommunikationsinfrastruktur, die Sicherheit der Informationstechnik und die Unterstützung der Kommunen in der digitalen Verwaltung. Wenn ich mir anschaue, was bei der BayernApp passiert ist, frage ich mich, ob da schon die Zuständigkeit überschritten wurde, weil das gar nicht richtig als Aufgabe definiert ist.

"IT-Recht, Lizenzmanagement" ist als Aufgabe genannt. Wenn ich die Diskussion im Kultusministerium verfolge, ob man Microsoft Teams, Zoom oder Sonstiges einsetzt, stelle ich fest: Das haben die mehr oder weniger allein gemacht.

"Ressortübergreifendes IT-Controlling" – Schauen Sie sich einmal den ORH-Bericht an, wie viele IT-Projekte aus dem Ruder laufen. Was passiert da?

Bei der Filmpolitik, Filmförderung und Games ist ein ordentlicher und relativ großer Teil im Vergleich zum sonstigen Haushalt enthalten. Schaut man sich das aber insgesamt an, dann würde ich das eher als Ministerium zur Film- und Kinoförderung mit eigener EDV-Abteilung bezeichnen.

Das Digitalministerium setzt sich vor allem als oberstes Ziel, ein Thinktank zu sein. Was ist da bitte passiert? – Es sind zwar Mittel enthalten, aber welche externen Berater sind hinzugezogen worden? Was sind die Ergebnisse? Es ist noch gar nichts nach außen gedrungen. Wir haben einmal eine Anfrage gestellt, wie viel dort tatsächlich aktiv passiert ist. Die Antwort war doch sehr ernüchternd. Insbesondere das Bayerische E-Government-Gesetz war schon mehrfach angekündigt. Das möchte ich einmal aufgreifen. Bis jetzt ist mir noch nicht einmal ein Referentenentwurf oder Ähnliches bekannt.

Was hat das Digitalministerium zur Bewältigung der Corona-Pandemie beigetragen? Wo hat sich das Ministerium bei der digitalen Pandemie-Bekämpfung eingemischt? Ich meine damit nicht nur, wenn es danach gefragt wird, sondern wo es sich aktiv einmischt, einbringt und richtig aufdrängt; denn ein solches Ministerium kann nur so überhaupt funktionieren, wenn es als Querschnittsministerium angelegt ist.

Ein weiteres Beispiel ist das Onlinezugangsgesetz. Das hat Bayern fast verpasst und ist gerade noch so auf den Zug aufgesprungen, wie ich mir letztens erst einmal habe erklären lassen. Ansonsten wären die anderen Länder möglicherweise mit ihren Aufgaben vorneweg gelaufen.

Es gibt bestimmte Themen, die durch alle Raster fallen, weil sie nicht einem zentralen Digitalministerium zugeordnet sind. Dabei sind die sozialen Auswirkungen, die die digitale Transformation mit sich bringt, ein ganz wichtiger Punkt. Sie sind weder im Sozialhaushalt noch im Bildungshaushalt noch im Digitalhaushalt zu finden. Was macht die digitale Transformation mit der Familie? Was macht das mit den Vereinen, mit der Kultur und mit der privaten Kommunikation? All das ändert sich. Es wird überhaupt nichts angegangen. Ich sage nicht, dass man das vorschreiben muss, aber man muss sich doch einmal damit beschäftigen und sagen, was man tatsächlich ändern will. Die persönlichen Begegnungen fehlen; Corona steigert das Ganze noch. Das ist nirgendwo und in keinem Teilhaushalt hinterlegt.

In Bezug auf diese und auf andere Punkte gibt es in diesem Ministerium keine klare Strategie. Das muss ich ganz klar sagen. Das mag an der Konstruktion liegen. Ich behaupte nicht, dass die Leute im Ministerium schlecht sind; vielleicht haben sie keine Chance. Das will ich gar nicht beurteilen. Fakt ist, dass Bayern hier ganz eindeutig etwas fehlt. Die wesentlichen Handlungsfelder der Digitalpolitik liegen alle in anderen Ressorts. Dem Anspruch eines Thinktanks ist das Ministerium definitiv nicht gerecht geworden. Auch in der Corona-Krise wurden keine Akzente gesetzt. Der einzig erkennbare Schwerpunkt war die Kino- und Spieleförderung. Hin und wieder gab es eine App, wobei ich zu der BayernApp noch sagen muss: Sie ist zwar schön, aber nur ein erster Schritt. Das funktioniert erst dann richtig, wenn auch tatsächlich die einzelnen Kommunen digitalisiert sind und vollelektronisch laufen. Diese kleine Oberfläche bringt uns überhaupt nicht vorwärts.

Wir brauchen ein echtes Digitalministerium, das die großen Probleme der Zukunft mit Nachdruck anpackt und sich auch in der Staatsregierung durchsetzen kann. Solange wir das nicht erreichen, ist das Ganze ein Feigenblatt für die gesamte Regierung. Deshalb können wir diesem Teilhaushalt auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Sandro Kirchner das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Corona war der Weckruf und hat schonungslos aufgezeigt, was die Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung sind. Wir haben es vorhin schon gehört. Als unser Ministerpräsident hier stand, hat auch er gesagt, es sei schon komisch, dass wir im Bereich der Hightech Weltspitze, vorne mit dabei und federführend seien, aber Alltagskompetenzen an der einen oder anderen Stelle nicht verfügbar seien.

Digitalisierung ist ein Megathema unserer Zeit. Es tangiert die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Bildung, Forschung und Kultur. Wir haben eine Riesenquer-

schnittsaufgabe. Jedes Ressort bildet auch bei uns in vielen Bereichen Digitalisierung ab, und es ist eine große Aufgabe, diese Themen zu bündeln. Wir haben es vorhin schon von den Vorrednern gehört. In Anbetracht dessen ist das Ministerium für Digitales prädestiniert für diese Aufgabe, um diesen Querschnitt zusammenzufassen und zu koordinieren.

Beim Hören des einen oder anderen Redebeitrags musste ich schon etwas schmunzeln. Herr Ritter, bei allem Respekt, aber ich hätte mir heute Frau Karl am Rednerpult gewünscht, die bei uns im Ausschuss für Digitales dabei ist. Dann hätte sie eindrucksvoll aufzeigen können, wie die Infrastruktur in Bayern abgebildet ist, wie Bayern mit einem neuen und in Europa einmaligen Förderprogramm für den Gigabit-Ausbau federführend ist und vieles mehr.

Ich bin schon etwas verwundert, dass Sie, wenn Sie über Equipment sprechen, das für Digitalisierung notwendig ist, auch die Schulen ansprechen. Sie vergessen wohl, dass dafür Geld bereitgestellt worden ist, das im vergangenen und im aktuellen Haushalt enthalten ist. Es hätte aber von den Sachaufwandsträgern abgerufen werden müssen. Dabei fällt mir ein: Ab und zu kommen Lehrer nach einer neuen Anstellung auf einen zu und fragen, ob man helfen könne. Es kam ein Lehrer zu mir, der sagte, er sei in Nürnberg gelandet. Das sei eine Katastrophe. In unserem schönen Landkreis Bad Kissingen sei der Sachaufwandsträger dahinter gewesen; in der Stadt Nürnberg muss es eine Katastrophe gewesen sein. Ich weiß nicht, was die SPD-Regierung an der Spitze zu diesem Zeitpunkt gemacht hat.

(Zuruf)

Kommen wir zur digitalen Administration, zum E-Government. Natürlich ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen abgesteckt werden. Es ist wichtig, dass dafür auch gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene gesetzt werden. Herr Kaltenhauser, Sie haben gesagt, Bayern sei zu spät auf den Zug aufgesprungen. Ich erinnere mich, dass es gerade unsere Ministerin ist, die diese Kompetenz auf Bundesebene einbringt

und viele Komponenten des E-Governments stellvertretend für viele Länder abbilden, darstellen und entsprechend umsetzen darf.

Beim Blick auf das E-Government fallen mir auch die Corona-Hilfsmaßnahmen ein. Wir haben festgestellt, dass die IHK mit den uns durch E-Government angebotenen Tools diese Zahlungen Gott sei Dank sehr unkompliziert und schnell abwickeln kann, sofern sie vom Bund kommen. Auch dort sind die Dinge vorhanden.

Man hört, es passiere nichts. Ich habe einmal nachgeschaut. Es gibt das Programm "Digitales Rathaus" und Digitalisierungslotsen. Es gibt auch eine Taskforce; sie wird auf der einen Seite über das Ministerium selbst, auf der anderen Seite durch das Digital-Kabinett abgebildet und am Ende auch beim Digital-Gipfel. In der heutigen Heimatzeitung habe ich eine Pressemitteilung gelesen, die verkündet, dass der Landkreis zusammen mit vielen anderen Landkreisen Bayerns Geld und einen digitalen Werkzeugkasten bekomme, um seine Verwaltung digital ausrichten zu können. Wenn hier jemand behauptet, es tue sich nichts, dann ist das ein Märchen und geht tatsächlich am Thema vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit der digitalen Verwaltung gehen Kompetenzen einher. Deswegen haben wir das als Fraktion gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN nach unseren Möglichkeiten unterstützt. Wir wollen diesen eher knappen Haushalt unterstützen und über Digital.Campus Bayern eine Qualifizierungsplattform bereitstellen, damit Qualifizierung stattfinden und Know-how aufgebaut werden kann, das unseren Kommunen oder politischen Ebenen in Gänze zur Verfügung gestellt werden kann.

Kollege Hopp hat etwas länger gebraucht, weshalb keine Zeit mehr übrig ist. Ich hätte noch viel sagen können. Wichtig ist aber, dass wir bei der ganzen Digitalisierung auch die Schwächeren und die Älteren, die mitgenommen werden müssen, nicht vergessen dürfen. Die Ministerin ist irgendwie schon als Manager zu verstehen mit dem Anspruch, auch die anderen Ministerien entsprechend anzuschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kirchner, Sie bekommen durch zwei Zwischenbemerkungen eine Redezeitverlängerung. – Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Ich bin natürlich kollegial und geben Ihnen eine Redezeitverlängerung zum Thema E-Government. Es tut sich nicht nichts, aber es tut sich wenig. Ich habe es in Günzburg selbst ausprobiert; dort sind nur ganz wenige Applikationen tatsächlich verfügbar. Ungefähr die Hälfte der bayerischen Kommunen haben eine Digitalisierungsstrategie. Das habe ich in meiner Rede ausgeführt. Noch einmal zur Antwort auf meine Frage zum Programm BAYERN DIGITAL, bei dem 11 % der Mittel abgerufen wurden. Da ist noch viel Luft nach oben. Woran liegt es, dass wir nicht schnell genug im Bereich E-Government vorankommen?

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Mannes, Sie sind Mitglied des Fachausschusses und müssten es eigentlich besser wissen. Deswegen verstehe ich die Frage an dieser Stelle nicht.

Die Antwort zur ersten Frage: Sie sind Schwabe, vielleicht spart man in Günzburg noch ein bisschen an der digitalen Umsetzung. Es ist aber klar, dass der Fahrplan bis 2023 ausgelegt ist. Meine Heimatkommune zum Beispiel geht die Dinge sehr aktiv an und schafft Angebote.Man müsste also vor Ort nachfragen. Das können Sie als Abgeordneter in der Region auch tun.

Sie fragen, wie viel von dem Geld ausgegeben worden ist. Wenn das für Sie der Maßstab dafür ist, was bereits umgesetzt wurde, dann stelle ich Ihnen die Frage: Wenn Sie ein Haus bauen, bezahlen Sie die Summe für das ganze Haus schon dann, wenn das Fundament gegossen wird, oder beginnen Sie, das Haus zu bauen, und bezahlen in Etappen entsprechend dem Baufortschritt? So muss man das hier verstehen: Die Strategie ist auf einen Zeitraum ausgelegt; die Strategie ist auf diese Legislaturperiode

ausgelegt. Insofern muss man dann am Ende schauen, was angekommen ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die angekündigten Dinge dann umgesetzt sein werden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Kirchner, Sie haben mich vorhin zitiert. Dazu möchte ich etwas richtigstellen, und ich möchte auch eine Nachfrage dazu stellen. Ich habe mich auf das Onlinezugangsgesetz bezogen, bei dem Bayern gerade noch auf den Zug aufgesprungen ist. Es gab eine Verteilung unter den Ländern, definitiv, und da hat sich Bayern als eines der letzten Länder gemeldet. Ich behaupte, Bayern hat daraufhin ein relativ unattraktives Gebiet abbekommen. Man hatte wohl lange Zeit gedacht, man macht das Ganze allein und ist damit nicht betroffen. Oder wie sehen Sie das? Warum hat sich Bayern da erst sehr spät eingebracht?

Sandro Kirchner (CSU): Ich habe Sie nicht falsch zitiert, sondern ich habe Ihre Anmerkung, die Sie als Unterton in Ihrer Rede haben mitschwingen lassen, nämlich dass Bayern die Dinge verschläft, zum Anlass genommen, um Ihnen aufzuzeigen, dass es andere Bereiche gibt, in denen Bayern sehr proaktiv und auf der Bundesebene sogar federführend ist. Sie sagen, Bayern sei zuletzt auf den Zug aufgesprungen; ich weiß nicht, welche Wertigkeit diese Aussage haben soll. Schließlich gibt es doch den Spruch: Die Letzten werden die Ersten sein. – Entscheidend ist doch die Qualität. Die Ministerin wird ihre Ausführungen noch machen und aufzeigen, dass Bayern sehr aktiv ist. Ich bin der Meinung, das ist es doch, was letztlich wichtig ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Kirchner. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susanne Kurz für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): "Denkfabrik" – Das haben wir schon öfter gehört. Vielleicht sollten Sie überlegen, ob Sie Ihre Homepage anpassen, damit wir nicht alle auf die falschen Ideen kommen. Man sucht sonst nämlich im Etat nach Zukunft, wenn man so

etwas liest. Auch ich habe gesucht, und ich fand zum Beispiel eine Million Euro für ein Forschungs- und Anwenderzentrum "Virtuelle Realität Bayern". Die Forscher*innen und Anwender*innen, die dort arbeiten dürfen, können ihr Handwerkszeug dazu aber leider nicht in Bayern lernen, denn Ihre Regierung hat es trotz ihres Versprechens 2019 nicht geschafft, die Ausbildung von kreativen Führungskräften für Visuelle Effekte – VFX – an der Hochschule für Fernsehen und Film zu verstetigen. Nachwuchs? – Das sollen mal die anderen Bundesländer machen.

Noch immer gibt es keine klaren Anreize für Filmproduktionen, die klimafreundlich, also zukunftsfähig arbeiten möchten. Freilich, Green Shooting ist förderfähig, es gibt auch ein paar Workshops zum Thema, aber was hat die vorbildlich grün drehende Filmproduktion von ihrem Engagement? – Rein gar nichts.

Zukunft für Kinos – das ist besonders lustig – wollen Sie nämlich hinbekommen mit einer Million Euro für "Kino at Home". Damit sollen in Bayern Filmtheater am Streaming-Markt teilhaben können. Ich gratuliere der CSU ganz herzlich zu dieser hervorragenden Idee! Schade nur, dass die Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen diese Idee schon vor fünf Jahren hatte. "Kino on Demand" heißt es in NRW, damals war die Staatskanzlei übrigens noch rot-grün besetzt. Auch viele bayerische Kinos profitieren längst von "Kino on Demand". Wenn Sie das Geld der bayerischen Steuerzahler*innen sinnvoll ausgeben wollen, dann denken Sie in Ihrer Denkfabrik lieber scharf nach, ob eine Zerstückelung des Kino-on-Demand-Marktes wirklich erfolgversprechend ist. Wenn Sie zum gleichen Ergebnis kommen wie wir GRÜNEN, dann unterstützen Sie doch die bestehende Lösung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorausdenken? – Dabei wäre ganz wichtig, ganz generell einmal über die Strukturen der Filmförderung nachzudenken. Spätestens seit der Blutgrätsche zum Rundfunkbeitrag in Sachsen-Anhalt sehen wir, Filmförderung hier in Bayern funktioniert nur mit öffentlich-rechtlichen Mitteln. Der FilmFernsehFonds Bayern hat als Gesellschafter unter

anderem die Bayerische Landeszentrale für neue Medien und den Bayerischen Rundfunk. Das sind also wichtige Partner der Kino-Koproduktion. Die Filmförderung könnte also zusammenbrechen, wenn es keine öffentlich-rechtlichen Medien mehr gibt. Spätestens wenn eine Mittelstandsunion ein Papier zur Fusion von ARD und ZDF publiziert, erwarte ich von einem CSU-geführten Ministerium, dass alle Alarmglocken schrillen. Resiliente Strukturen aufbauen, statt einfach nur im Querschnitt zu verwalten – die Zukunft der Denkfabrik beginnt heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Kollegin Kurz. – Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Judith Gerlach das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken. Ich weiß, es steckt sehr viel Arbeit dahinter, sich intensiv mit einem Haushalt zu beschäftigen und dazu konstruktive Vorschläge zu machen. Uns zu begleiten, uns ein Fundament zu geben, mit dem wir dann auch arbeiten können, das macht sehr viel Arbeit. Ich möchte mich insbesondere bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses bedanken, insbesondere bei den Fachberichterstattern, mit denen wir immer wieder im Austausch stehen. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken, weil sie wirklich großes Engagement einbringen. Insbesondere möchte ich Herrn Gerhard Hopp nennen, der im ständigen Austausch mit uns ist. Er ist auch über den Haushalt hinaus immer sehr interessiert und engagiert am Thema. Es freut uns natürlich sehr, dass das Thema so getragen und unterstützt wird. Ebenso bedanke ich mich bei Sandro Kirchner, der gerade den Digital Campus angesprochen hat. Wir haben große Unterstützung aus den Reihen der CSU, aber auch von den FREIEN WÄHLERN erfahren, die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu befähigen und auf dem Weg zu begleiten hin zum digitalen Mindset, das wir in den Unternehmen und Behörden brauchen, von dem wir heute schon gehört haben.

Zwar zuletzt genannt, aber mit Sicherheit am wichtigsten ist unser Finanzminister Albert Füracker, bei dem ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken möchte. Er hilft uns dabei, Bayern ein Stück weit digitaler zu machen. Er trägt das mit. Er hat auch die vielen Haushaltsverhandlungen mitgetragen. Da bin ich schließlich nicht alleine. Deshalb auch an dich, lieber Albert: herzlichen Dank!

Im Grunde genommen haben wir jetzt ein Fundament, um die tägliche Arbeit fortzuführen, auf das wir aufbauen können. Ich glaube, im letzten Jahr war es für alle aufgrund der Corona-Pandemie nicht gerade einfach, die neuen Herausforderungen, die dazukamen, zu bewerkstelligen und die bestehenden Projekte weiterzuführen und fristgerecht auf den Weg zu bringen.

Wir haben in den letzten Monaten aber auch gesehen – das wurde uns sehr stark vor Augen geführt – wo es noch Defizite gibt, wo noch Lücken sind, wo man noch mehr machen kann und wo Digitalisierung eine große Rolle spielt. Digitalisierung gehört auch zweifellos zu den Hebeln, die Dinge zu verändern und besser voranzutreiben. Ich glaube, auch dadurch hat sich die Zustimmung in der Gesellschaft erhöht, in den Unternehmen, in den Ministerien, in der Verwaltung. Man hat gemerkt, Digitalisierung ist kein Nice-to-have, man kann sie nicht einfach mit einem kleinen Projekt machen, sondern sie ist ein Must-have. Ich glaube, das wird uns in den nächsten Monaten bei der Überzeugungsarbeit sehr helfen, um einen Strukturwechsel voranzubringen.

Wir haben gut 101 Millionen Euro für das Jahr 2021. Sie helfen uns, das bestehende Aufgabenspektrum sicherzustellen, aber wir können damit auch neue Bereiche der Digitalisierung erschließen. Jeder Euro bringt uns auf dem Weg der Digitalisierung ein Stück weiter.

Die Mittel sind das eine, das andere sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Ganze erst mit Leben erfüllen. Sie nehmen jedes Projekt, jeden Leuchtturm, jede Aktion und auch andere mit. Sie kümmern sich und erwecken damit in vielen Bereichen die Digitalisierung erst zum Leben. Im Grunde genommen ist das das Wichtigste. Zu-

gegeben, wir sind kein Ministerium mit dicken, großen Förderschecks. Wir sehen uns aber als Thinktank und auch als schlanke und agile Einheit, die man einsetzen kann, die dann zur Stelle ist, wenn sie gebraucht wird.

Das haben wir auch während der Corona-Zeit so gemacht. So haben wir zum Beispiel im Gesundheitsministerium geholfen. Noch heute sind Mitarbeiter abgestellt für das Bayerische Impfmanagement gegen Corona – BayIMCO –, um Unterstützung zu leisten. So sehen wir uns auch, wir wollen unterstützend tätig sein. Trotzdem haben wir die Projekte, die wir uns für diese Zeit vorgenommen haben, zu Ende führen können. Wir haben sie fristgerecht auf den Weg gebracht, obwohl ständig neue Aufgaben dazukamen. Es gab Anforderungen, auf die wir oft kurzfristig reagieren mussten. Ich finde es schon toll, dass da so viel Motivation, aber auch Antrieb bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben ist. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.Bei uns heißt es immer so schön: Der Mensch im Mittelpunkt der Digitalisierung. Ich bin froh, dass das nicht nur irgendein Slogan ist, der dahingesagt wird, sondern dass das in Herz und Kopf übergegangen ist und auch von allen so gelebt wird. Das ist schön. Deswegen blicke ich auch motiviert und optimistisch in das neue Haushaltsjahr, weil einfach viele spannende Dinge anstehen.

Vom Thema digitale Verwaltung haben wir heute schon ein paar Mal etwas gehört. Es ist uns wirklich extrem wichtig, dass wir da vorankommen. Im Grunde genommen ist es uns deshalb so wichtig, weil sich ein moderner Staat nur als modern darstellen kann, wenn auch die Verwaltung modern und digital ist und wenn die Menschen dort ein Angebot bekommen, das sie auch selbstverständlich im privaten Bereich haben, aber vielleicht heute noch nicht im Bereich der Verwaltung. Die Verwaltung ist aber das Gesicht hin zum Bürger. Deswegen müssen wir da viel digitaler und serviceorientierter werden.

Wir möchten in den bayerischen Gemeinden, den Landkreisen und Bezirken, die für den Ausbau ihrer Online-Dienste zuständig sind, dabei helfen, zum Beispiel auch durch unser Förderprogramm "Digitales Rathaus", dass dort ein Strauß von Verwal-

tungsdienstleistungen zur Verfügung gestellt werden kann. Wir möchten auch durch Digitallotsen, die vorhin gewünscht wurden, helfen. Mehr geht mit Sicherheit immer. Wir haben heute schon Digitallotsen, die ausgebildet werden, die wieder in die Kommunen, in die Verwaltungen zurückgeschickt werden, die dann wiederum andere motivieren und Fürsprecher für die Digitalisierung in der Verwaltung selbst sein sollen.

Wir haben seit dem Start vor einem Jahr bis jetzt zum Programm "Digitales Rathaus" 700 Anträge bekommen und greifen den Kommunen tatkräftig unter die Arme. Wir haben dafür in diesem Jahr 10,7 Millionen Euro vorgesehen.

Auch mit der App, die vorhin schon angesprochen worden ist, mit der BayernApp, wollen wir ein Angebot schaffen, um die mobile Verwaltung voranzubringen. Wir sind mit ihr wirklich Vorreiter in Deutschland. Das gibt es noch nicht. Ja, es ist die Version 1.0, und ja, man kann noch nicht alle Anträge in dieser App abrufen, aber so ist es auch nicht gedacht. Digitale Verwaltung muss so funktionieren, dass wir am Ende ein großes Puzzle haben, das vervollständigt werden muss. Wir müssen aber jetzt schon mit ganz vielen Puzzleteilen anfangen, auch wenn diese noch nicht fertig sind. Ich kann aber nicht immer darauf warten, dass alles bis auf den letzten Antrag durchdigitalisiert ist, bis ich dann anfange, mir Gedanken darüber zu machen, wie das jeweilige Angebot für die jeweiligen Bürgerinnen und Bürger aussieht. Deswegen war die App so wichtig und hat durchaus – das haben wir gemerkt – noch einmal richtig Schwung reingebracht, weil natürlich jeder dabei sein will und vor Ort auch tolle Angebote haben will.

Deswegen kann ich es, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehen, wenn – ich glaube von der FDP – gesagt wird: OZG verschlafen. Ich glaube, da ist gerade extrem viel Schwung drin, und es passiert gerade sehr viel. Ich merke auch, dass die Motivation viel breiter gestreut ist und viel mehr Leute willig sind, dabei zu sein und mitzumachen.

Sandro Kirchner hat die Werkzeugkästen angesprochen. Das sind jetzt schon die Werkzeugkästen 2.0. Wir gehen ins zweite Jahr. Dreimal mehr Landkreise als beim ersten Mal machen jetzt mit. Man sieht: Das Programm zieht.

Wir begleiten die Registermodernisierung in Deutschland. Wir machen das Unternehmenskonto von Bayern aus für ganz Deutschland. Das wird vor allem für die Wirtschaft wirklich ein Game Changer sein, die wahnsinnig viele Kontakte hin zur Verwaltung hat, natürlich mehr Kontakte als sie der einzelne Bürger hat.

Beim Mobile Government – ich habe gerade von der BayernApp gesprochen – wird es natürlich wichtig sein – Bayern bringt sich auch da ein –, dass ich mich ausweisen kann mit dem neuen Personalausweis – nPA –, den wir jetzt im Kartenformat haben, aber den wir in der Wallet auf dem Handy brauchen. Auch da sind wir mit dem Bund zusammen unterwegs. Das geht, wie ich finde, gut voran.

Genauso ist es bei den Top-Leistungen. Wir haben uns im letzten Jahr mit dem OZG, mit den Verwaltungsdienstleistungen, die digitalisiert werden müssen, nicht einfach ins Blaue hineinbegeben, sondern haben diejenigen identifiziert, die häufiger von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Wir wollen, dass Fortschritte spürbar werden, dass da Fortschritte zu verzeichnen sind und dass es da weitergeht. Wir haben es trotz Corona und allem Drum und Dran zum Glück geschafft, 55 Top-Leistungen zur Verfügung zu stellen. Diese können jetzt aktiviert werden. Ich weiß, dass viele Kommunen da schon unterwegs sind, um das voranzutreiben und die Leistungen anzubieten. Dass in der digitalen Verwaltung etwas vorangeht, merken die Leute vor Ort nur dann, wenn das Ganze vor Ort auch angeboten wird.

Der Digital.Campus Bayern ist für mich wichtig. Sandro Kirchner hat ihn auch angesprochen. Es wird entscheidend sein, dass wir auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Menschen in der Verwaltung, für die Digitalisierung begeistern und befähigen, bei dem Prozess mit dabei zu sein und wirklich Effizienz und Erleichterung zu generieren. Deswegen sage ich jetzt schon vielen Dank dafür, dass wir jetzt mit den

760.000 Euro die ersten Projekte einplanen können, um damit wirklich Know-how zu stärken und digitales Mindset voranzubringen.

Das Unternehmenskonto ist mir auch noch wichtig – ich hatte das eben schon angesprochen – vor allem deswegen, weil wir nicht unterschätzen dürfen, wie viele Kontakte ein Bürger und wie viele Kontakte ein Unternehmer bzw. eine Unternehmerin mit der Verwaltung hat. Wir müssen da zwingend mehr Angebote machen, und zwar nicht nur mit einzelnen Verwaltungsdienstleistungen, die digitalisiert werden, sondern tatsächlich mit einer Plattform, also einem "Single Point of Contact", sodass der Unternehmer ganz genau weiß, er hat auf dieser Plattform alle Unterlagen zur Verfügung und kann dort seine Anträge stellen.

Wir haben uns in der Verwaltung selbst künstliche Intelligenz angeschaut und uns gefragt, wo wir das noch weiterbringen können. Das wird weiterhin ein Thema sein.

Natürlich denken wir auch an das Thema Blockchain. Das Bavarian Center for Block-Chain bündelt das Know-how der Staatsregierung. Da haben wir schon Pilotprojekte, die wir ausweiten wollen. Wir wollen an dem Thema dranbleiben, weil wir uns durchaus in einigen Bereichen viel versprechen. Fälschungssichere IHK-Zeugnisse haben wir in den Bereich ja schon auf den Weg gebracht.

Eine weitere wichtige Kernaufgabe meines Hauses sehe ich für dieses Jahr darin, die digitale Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden da einen weitgefächerten Strauß anbieten. Das geht über einen Hackathon zu der Frage, wie wir digitale Barrieren abbauen können, bis hin zu unserem Digitalpreis, der ein Schlaglicht darauf werfen soll, was es eigentlich schon für tolle Möglichkeiten gibt, die vielleicht noch nicht finanziert oder nicht bekannt sind und die wir dann ein bisschen pushen wollen.

Aber auch die Digitalisierung des Vereinslebens ist anzusprechen. Unsere Vereine hatten durchaus in den letzten Monaten eine sehr harte Zeit. Sie müssen sich viel digitaler aufstellen. Da wollen wir sie an insgesamt 21 Standorten mit "Digital verein(t)"

unterstützen. Wir wollen dafür sorgen, dort mehr Know-how und vor allem Unterstützung und Hilfestellungen anbieten zu können.

Die audiovisuellen Medien möchte ich noch erwähnen. Klar, bei Film, Kino, Games und virtuellen Welten liegen in der Pandemie Licht und Schatten dicht beieinander. Die Games-Industrie hatte Rekorde zu verzeichnen; denen ging es gut, genauso wie Streaming-Plattformen, Kinos und Filmfestivals hingegen nicht. Deswegen möchte ich mich hier noch einmal ganz ausdrücklich bedanken, dass wir 46 Millionen Euro an Corona-Sondermitteln bekommen haben, um diese Bereiche zu stabilisieren und jetzt auch weiterhin stabilisieren zu können, weil sie nicht öffnen können. Wenn sie die Hilfen nicht hätten, hätten sie große Probleme. Wir haben auch die Kino-Anlaufhilfe, die Anlauffonds I und II und die Produktionsmehrkostenförderung. Das alles führt dazu, dass wir die Filmproduktion unterstützen und dafür sorgen können, dass diese Zeit besser überwunden werden kann und dass Arbeitsplätze gesichert werden und Unternehmen stabilisiert werden können. Ich bin sehr froh darüber, dass wir dieses Geld bekommen haben.

Im XR-Bereich, der immer wichtiger wird, haben wir unsere XR-Hubs in München, Nürnberg und Würzburg, die in Bayern dann auch gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft arbeiten und Projekte auf den Weg bringen. Aber auch unsere XR-Förderung wird immer wichtiger. Viele Projekte sprießen aus dem Boden und sind es wert, dass auf sie der Fokus gerichtet wird.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die Uhr gebe ich nur einen kurzen Einblick in die Agenda. Mir war es wichtig, weniger über die Zuständigkeiten von mir zu reden, als vielmehr ein Schlaglicht darauf zu richten, was wichtig ist und was wir uns für das neue Jahr bzw. das neue Haushaltsjahr vorgenommen haben. Wir sind sehr motiviert an den Sachen dran, die wir verändern können und wollen, und bringen uns gerne bei den anderen ein. Wir schlagen keinem die Tür vor der Nase zu. Ich glaube, auch die Opposition kann von uns sagen, dass wir da sehr offen und

immer gesprächsbereit sind. Ich glaube, es lohnt sich immer, wenn man den Blick über den Horizont wagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Gerlach. – Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Staatsministerin, in der offiziellen Statistik des FilmFernsehFonds Bayern – ich spreche jetzt den Filmstandort Bayern an, für den Sie auch Verantwortung haben – werden für 2019 4.000 Drehtage für Film und Fernsehen registriert. Davon entfallen 3.500, also 87,5 %, auf München und das südliche Oberbayern, 3 % auf Franken – das sind 120 Drehtage – und davon 0,2 % – das sind 8 Drehtage – auf Unterfranken. Nachdem die Staatsregierung früher schon angekündigt hat, dass sie an dieser Schieflage zugunsten anderer Regionen außer München und Oberbayern etwas ändern will, frage ich Sie: Wie beurteilen Sie diese Schieflage, also 0,2 % der Drehtage für Film und Fernsehen in Unterfranken? Da sind Sie ja auch sehr sachkundig, wie ich weiß. Wie beurteilen Sie das? Was würden Sie unternehmen?Was wollen Sie als Ministerin unternehmen, um diese Schieflage zu beenden und einen deutlichen Anstieg der Drehtage in Franken zu erreichen? Können Sie, falls Sie diese Frage heute noch nicht beantworten können, zumindest sagen, dass Sie sich dieses Themas annehmen und nach Lösungen und Verbesserungen suchen?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich bedauere das natürlich, gerade was Unterfranken angeht. Wer von Ihnen oder euch noch nicht im Spessart war, dem sei versichert: Da kann man wunderbare Filme drehen, und da wurden ja auch schon wunderbare Filme gedreht. Ein neuer Spessart-Räuber-Film wäre mit Sicherheit fantastisch. Ich könnte mir da tolle Filmprojekte vorstellen. Nur bin ich jetzt leider die Filmministerin und nicht eine Filmproduzentin. Wir als Freistaat sagen den Produzenten

natürlich nicht, wohin sie zu gehen haben. Dem FFF wird das Projekt vorgelegt, und dieser entscheidet dann, ob es gefördert wird oder nicht.

Aber um Projekte zu fördern, haben wir schon ein Drehbuchcamp gemacht. Wir haben hier eine Film Commission, die im Grunde genommen dafür ausgelegt ist, Fürsprecher für Bayern zu sein, und zwar für alle Ebenen. Sie berät nicht nur auf Oberbayern bezogen, sondern auch auf Franken und die anderen Regionen. Sie beschreibt und berät, welche Region welche Vorteile hat und für welchen Film sie sich eignet. Wir können ja nur beraten oder diese Unterstützungsleistung zur Verfügung stellen. Zwingen können wir natürlich keinen. Aber wir haben deswegen extra für Unterfranken ein Drehbuchcamp gemacht. Da sind Produzenten an verschiedene Orte Unterfrankens gegangen und haben sich angeschaut, wie es dort aussieht und welche Ideen dort für neue Filme entstehen könnten. Ich bin natürlich in froher Hoffnung, dass es funktioniert und dort Filme gedreht werden.

Das können wir leisten. Wir können finanziell unterstützen. Wir können Anregungen geben und die Leute an Orte wie zum Beispiel den wunderschönen Spessart bringen. Das ist aber natürlich nicht die einzige schöne Gegend in Unterfranken. Aber das wissen Sie, Herr Halbleib. Wie gesagt, da bleiben wir dran.

(Zuruf)

Wie gesagt, ich freue mich über jedes zusätzliche Projekt, das in Franken gedreht wird.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Staatsministerin Gerlach, Herr Dr. Gößl, der Hauptgeschäftsführer der IHK Oberbayern, hat bei uns im Ausschuss gesagt, dass wir mit der Digitalisierung einfach schneller vorankommen müssen. Jetzt hätte ich mal eine Frage: Welche Rückmeldungen aus der Wirtschaft wurden an Ihr Ministerium bezüg-

lich der größten Mängel der Digitalisierung herangetragen, insbesondere während der Corona-Krise? Was haben die Unternehmen bezüglich der Digitalisierung am meisten kritisiert?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Allgemein stimme ich natürlich Herrn Dr. Gößl zu, dass wir im Bereich der Digitalisierung viel Gas geben und vorankommen müssen. Deswegen gibt es auch die von mir schon aufgeführten Bestrebungen. Ich erlebe bei der Wirtschaft vielmehr, dass sie dankbar ist, in uns einen Ansprechpartner speziell für das Thema gefunden zu haben. Wir schauen häufig darauf, die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft herzustellen. So können zum Beispiel bei der Hightech Agenda alle Forschungen und unsere Erkenntnisse letztendlich in Start-ups eingehen, und diese werden später tolle Unternehmen. Aber auch etablierte Unternehmen können im Grunde genommen befruchtet werden, wenn sie neue Ideen in das bestehende etablierte System einbringen. Da kann es zum Beispiel darum gehen, was KI mit einer Produktionskette macht. Der Austausch ist ein sehr guter, und ich erlebe, dass die Wirtschaft sehr dankbar ist, uns als Ansprechpartner zu haben.

Ein speziell auf Corona bezogener Bereich ist eine Aktion weniger für die großen Firmen als vielmehr für den kleinen Einzelhandel und kleinere Ketten. Wir haben "Mia gehn online" vor Ort gebracht, um Beratungen zu etablieren, wie man eine tolle Homepage oder einen Webshop machen und mehr Verkauf im digitalen Bereich generieren kann. Das wollen wir jetzt noch weiter ausbauen und weiterführen, weil es gut angekommen ist und gut angenommen wurde.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben im "Main-Echo" Anfang des Jahres ein doch recht umfangreiches Interview zum Thema E-Sport gegeben und sich dafür ausgesprochen, dass E-Sport stärker gefördert werden soll. Sie haben von "Herzblut" und "viel Ehrenamt" gesprochen und davon, dass Sie sich

persönlich dafür einsetzen wollen. Ich konnte Ihnen da voll zustimmen und merke auch, dass Sie sehr viel in den Bereichen machen. Sie haben vorgeschlagen, E-Sport bei den European Championships mit hereinzunehmen. Sie treffen sich, machen Runde Tische usw.

Ich habe eine Anfrage zum Thema E-Sport an die Staatsregierung gestellt, und Herr Füracker hat geantwortet. Gut, dass er da ist. Er hat geschrieben, dass er keine Relevanz für die Allgemeinheit sieht; die Förderung von E-Sport diene nicht der Allgemeinheit, und eine finanzielle und strukturelle Förderung sei nicht geplant und stehe auch zukünftig nicht in Aussicht. – Da merkt man ein bisschen, dass es in der Staatsregierung doch häufig komplett unterschiedliche Ansichten gibt. Welche Möglichkeiten haben Sie, Ihre Meinung einzubringen und vielleicht zu einem Wandel beizutragen, vor allem wenn es schon die festgefahrene Meinung gibt, dass das auch zukünftig nicht in Aussicht steht?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich kenne die Anfrage nicht und habe sie anscheinend nicht beantwortet. Ich finde es im Grunde genommen schade, dass immer nur geschaut wird, wie viel Geld wir haben und wer den Förderbescheid übergibt, und dass man glaubt, nur mit Geld etwas machen zu können. Nein, manchmal geht es auch nur – –

(Zuruf)

– Strukturelle Dinge können sich ja ergeben. – Wir haben den Runden Tisch vor allem gegründet, um die Player, die in dem Bereich sehr unterschiedlicher Meinung waren, mal an einen Tisch zu bekommen, um das Themenfeld ein bisschen aufzurollen und eine Bereitschaft zu schaffen, miteinander zu sprechen und Lösungen zu finden.

Aber ich sehe schon, hier wird kaum mehr zugehört. Ihnen geht es leider nur darum, Leute in der Staatsregierung gegeneinander auszuspielen. Das finde ich ganz schade, weil mein Ansinnen beim E-Sport ein ganz anderes ist. Darum werde ich mich auch in den nächsten Monaten weiter kümmern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Gerlach. – Für die Staatsregierung hat sich nun des Weiteren Herr Staatsminister Füracker zu Wort gemeldet. Einen kleinen Moment bitte noch, Herr Staatsminister. Jetzt kann es losgehen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich wollte nur ganz kurz einmal erklären, wie hier seitens der Opposition gearbeitet wird. Ich unterstütze alles, was die Kollegin Gerlach sagt und macht. Wir haben ein sehr gutes Miteinander. Wenn eine Anfrage lautet – –

(Zuruf)

– Herr Halbleib, lassen Sie mich halt reden; Sie reden doch auch, wenn Sie wollen.

(Zuruf)

– Danke schön. Ist es jetzt recht? –

(Zurufe)

– Alles klar, ist schon recht.

(Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister Füracker hat jetzt das Wort. Selbstverständlich sind Zwischenrufe erlaubt.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich wollte Ihnen nur sagen, dass es bei der Anfrage zum E-Sport meiner Erinnerung nach darum ging, ob wir im Hinblick auf die steuerliche Behandlung E-Sport begünstigen wollen. Wenn ich mich richtig erinnere, war dann die Antwort, dass Vereine, die ausschließlich E-Sport machen, die Gemeinnützigkeit eben nicht erhalten sollen. Das war meiner Erinnerung

nach die Antwort. Da ging es nicht darum, ob die Digitalministerin E-Sport gut findet oder fördern will.

Das will ich einfach nur sagen, weil ich finde, dass man hier intellektuell redlich arbeiten und nicht Halbwahrheiten verbreiten sollte. Das will ich Ihnen nur sagen, Herr Adjei.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Staatsminister Füracker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13301 mit 18/13304, 18/13382 mit 18/13384, 18/13618 und 18/13619, 18/13695 mit 18/13712 und 18/13761 mit 18/13764 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14252.

Vorab ist über zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag betreffend "Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte" auf der Drucksache 18/13695. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD betreffend "Blockchain-Strategie 3.0", Drucksache 18/13697. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion. Gegen-

stimmen! – Die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Der Einzelplan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/14252, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 16 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Regierungsfraktionen CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen gibt es demnach keine. Damit ist der Einzelplan 16 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/14252, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13761 mit 18/13764 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 16 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 22

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
   (Kap. 16 01 Tit. 511 01)
   Drs. 18/13301

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
   (Kap. 16 01 Tit. 527 01)
   Drs. 18/13302

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
   (Kap. 16 01 Tit. 812 99)
   Drs. 18/13303

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Fachveröffentlichungen
   (Kap. 16 02 Tit. 531 52)
   Drs. 18/13304

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 16 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/13382

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Task Force zur Koordinierung der Digitalisierung innerhalb der Staatsregierung
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/13383

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet
   (Kap. 16 04 neuer Tit.)
   Drs. 18/13384

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Digitale Kommunikation zwischen Behörden und Ministerien
   (Kap. 16 03 neue TG)
   Drs. 18/13618

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: „Forschungsprojekt Digitalisierung und Klimaschutz“
   (Kap. 16 03 neue TG)
   Drs. 18/13619

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte
    (Kap. 16 02 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13695

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zukunftsagenda Digital
    (Kap. 16 02 Tit. 686 02)
    Drs. 18/13696

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Blockchain-Strategie 3.0
    (Kap. 16 03 neue TG)
    Drs. 18/13697

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
    (Kap. 16 04 Tit. 633 76)
    Drs. 18/13698

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung I – Nicht aufteilbare Sachausgaben
    (Kap. 16 05 Tit. 547 01)
    Drs. 18/13699

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung II – Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
    (Kap. 16 05 Tit. 681 01)
    Drs. 18/13700

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung III – Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
    (Kap. 16 05 Tit. 683 01)
    Drs. 18/13701

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung IV – Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH
    (Kap. 16 05 Tit. 683 03)
    Drs. 18/13702

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung V – Zuschüsse für das Internationale Dokumentarfilmfestival München
    (Kap. 16 05 Tit. 683 05)
    Drs. 18/13703

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung VI – Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
    (Kap. 16 05 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13704

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung VII – Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
    (Kap. 16 05 Tit. 686 03)
    Drs. 18/13705

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung VIII – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 01)
    Drs. 18/13706

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung IX – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 02)
    Drs. 18/13707

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Filmförderung X – Förderung internationaler Filmproduktionen
    (Kap. 16 05 Tit. 861 03)
    Drs. 18/13708

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für Förderprogramm „Virtuelle Realität Bayern“
    (Kap. 16 05 Tit. 683 04)
    Drs. 18/13709

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
    (Kap. 16 05 Tit. 686 04)
    Drs. 18/13710

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums „Virtuelle Realität Bayern“
    (Kap. 16 05 Tit. 686 05)
    Drs. 18/13711

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler Inhalte und von Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/13712

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Robert Brannekämper
Abg. Verena Osgyan
Abg. Dr. Hubert Faltermeier
Abg. Ferdinand Mang
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Christian Flisek
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Johannes Hintersberger
Abg. Susanne Kurz
Staatsminister Bernd Sibler
Abg. Volkmar Halbleib

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13074 mit 18/13103)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12859 mit 18/12877 sowie 18/12879)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13005 mit 18/13023)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/12780 mit 18/12786)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/12898 mit 18/12907)
Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/12787)

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/12786 namentliche Abstimmung und die AfD-Fraktion zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/13006 einfache Abstimmung beantragt haben.

Ich eröffne hiermit die Aussprache. – Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Abgeordneter Robert Brannekämper. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Robert Brannekämper (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Haushalt für den Einzelplan 15 ist ein Rekordhaushalt. Mit einem Zuwachs von 8,5 % und einer Gesamtsumme von 8,2 Milliarden Euro liegt

Bayern wieder ganz vorne im Ländervergleich. Zu den genauen Zahlen wird unser Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Johannes Hintersberger, Stellung nehmen. Die Opposition hat dazu, das haben wir in den letzten Tagen wieder gemerkt, immer die gleiche ritualhafte Ansage. Sie bleiben Ihrem Motto treu: Je mehr wir haben, desto mehr haben wir zu wenig. – Dabei sind die Corona-Sondermittel in Höhe von 676 Millionen Euro noch gar nicht hineingerechnet.

Mit der Umsetzung der Hightech Agenda sowie der Hightech Agenda Plus in Höhe von fast 2 Milliarden Euro hat die Bayerische Staatsregierung europaweit neue Maßstäbe in der Wissenschaftspolitik gesetzt. Deshalb gehört zum jetzt vorgelegten Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, unabdingbar auch das Hochschulinnovationsgesetz dazu. Wir werden darüber in Kürze beraten. Nur so viel heute: Nur mit modernen, leistungsfähigen Strukturen im Wissenschaftsmanagement und in der Wissenschaftsverwaltung an den Hochschulen werden wir die wissenschaftliche Exzellenz weiter ausbauen. Nur so werden wir die Besten in Bayern gewinnen, und nur so werden wir den internationalen Wettbewerb bestehen. Der Weg, den wir dazu gehen, ist neu. Es braucht Mut, ihn zu gehen, und wir haben den Mut.

Wenn es nach Ihnen in der Opposition geht, dann ändert sich – das haben die Debatten im Ausschuss gezeigt – am Hochschulgesetz vermutlich gar nichts, oder Sie würden das Rad sogar zurückdrehen in die Gremienuniversitäten der Siebzigerjahre. Damit würden Sie die Wissenschaftspolitik der Vergangenheit zementieren. Wir dagegen setzen auf Fortschritt. Wir setzen auf Fortschritt in der Wissenschaft, wir setzen auf Innovation, wir setzen auf Wachstum und Wohlstand. Das ist wichtig. Einer der neuen Punkte ist: Wir schaffen neue Chancen an den Hochschulen. Das ist ein wichtiger Meilenstein für unseren wissenschaftlichen Nachwuchs. Ich sage nur die Stichworte: Tenure-Track-Juniorprofessuren, Forschungsprofessuren. Das neue Hochschulrecht ist auch ein Trittstein für mehr Professorinnen und Professoren an unseren Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Universitäten.

(Beifall bei der CSU)

Wir sichern materiell die Handlungsfelder ab, auf denen künftige Entwicklungen stattfinden werden. Erstes Beispiel ist unsere Förderung von "Munich Quantum Valley" mit 300 Millionen Euro. Bereits in vier Jahren, im Jahr 2025, leisten Quantencomputer komplexeste Risikoanalysen in dreißig Minuten. Die aktuellen Hochleistungsrechner brauchen hierfür Jahrzehnte. Wer in dieser Technologie führt, liebe Kolleginnen und Kollegen, der führt im Wettbewerb. Das beginnt in der Medizin, und zwar konkret bei der Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe.

Zweites Beispiel: Unsere Förderung der künstlichen Intelligenz: 100 Lehrstühle in Bayern. Das sind so viele in Bayern wie im Bund insgesamt. Das ist aber nichts Abgehobenes, das ist beispielsweise rascheste und sicherste medizinische Analyse. Das ist präziseste und energiesparendste Produktion. Das ist Produktion verknüpft mit umweltschonender Überwachung während der kompletten Nutzungsdauer des Produkts. Genau das fördern wir mit dem KI-Produktionsnetzwerk in Augsburg. Wir fördern Wertschöpfung, wir fördern Ressourcenschonung, wir fördern Arbeitsplätze. Auch das ist ein Markenkern unseres neuen Haushalts.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 13.000 neue Studienplätze sind keine bloße Zahl, sondern 13.000 Zukunftschancen; das ist der heiß begehrte Nachwuchs unserer Wirtschaft. Die Qualifikation junger Menschen entscheidet auch über die Zukunft. Wir wiederholen nicht nur ein Ausbauprogramm, wie es die Opposition immer wieder gebetsmühlenartig fordert, sondern wir steigern die Studienplätze themenorientiert. Wir steigern zukunftsspezifisch. So sichern wir die Zukunft des Landes und die Zukunft der Studierenden ab.

Allen Unkenrufen hier im Haus zum Trotz beweist der Haushalt: Wir finanzieren nicht nur an, wir finanzieren auf Dauer. Wir halten Wort.

Abgesehen von den wichtigen Punkten der Finanzen stärken wir auch mit grundständigen Studiengängen für Hebammen und Menschen in der Pflege die Lebensgrundlagen – Winfried Bausback und Bernhard Seidenath sind große Kämpfer dafür.

Das ist die Sicherung von Lebensgrundlagen im besten Sinne, nämlich durch nachhaltige Landwirtschaft, neue Agrarstudiengänge in Weihenstephan und Triesdorf, das Kompetenzzentrum für angewandte Forschung in der Lebensmittel- und Verpackungstechnologie in Kempten – weniger Abfall durch weniger Kunststoff und längere Haltbarkeit von Produkten.

Mehr als 1.800 zusätzliche Dauerstellen für Forschung und Lehre sind bereits in diesem Jahr sofort besetzbar. Kein anderes Bundesland kann mit solchen Eckdaten aufwarten. Ich erlebe immer wieder auf den Sprechertagungen, dass gesagt wird: Das ist einmalig in ganz Deutschland. – Lieber Bernd Sibler, herzlichen Glückwunsch zu diesen Zahlen.

(Beifall bei der CSU)

Das sind wichtige Impulse für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen, die während dieses einen Jahres der Pandemie – das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen – Unglaubliches geleistet haben, egal an welcher Stelle sie standen, ob als Präsident oder als Tierpflegerin in der Veterinärmedizin der LMU München oder als landwirtschaftliche Fachkraft in unseren Lehrstallungen der Hochschulen. An dieser Stelle ein herzliches Vergelts Gott für ihren großen Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einer Parlamentsdebatte sollte man aber auch die Debatte im Land prägen, und nicht nur hier im Hause verharren. Deshalb zum Schluss eine Bitte und ein Appell: Die Opposition wird nicht müde, der Staatsregierung vorzuwerfen, sie unterwerfe die Wissenschaft dem Diktat des Transfers. Blicken Sie auf Ihr Lebensumfeld, blicken Sie auf die Smartphones, die vor Ihnen liegen! Das sind Ergeb-

nisse von Transfers. Die Funktionskleidung, die Sie am Wochenende zum Sport oder zum Wandern tragen, ist das Ergebnis eines Transfers. Die neuen bewegungsflexiblen Stents gegen Herzinfarkte sind das Ergebnis eines Transfers. Die Einführung von Pflege- und Hebammenstudiengängen sind das Ergebnis eines sozialen Transfers.

Meine Damen und Herren und Kollegin in der Opposition, ziehen Sie endlich diesen Kampfbegriff aus der politischen Debatte hier im Haus zurück!

(Beifall bei der CSU)

Nehmen Sie den Transfer aus seiner wirtschaftlichen Umklammerung heraus! Seien Sie hier schlicht einmal ehrlich!

Frau Kollegin Osgyan, ich schätze Sie als Fachpolitikerin wirklich sehr. Aber dass Sie sich mit einer Bundestagsabgeordneten der LINKEN auf den Münchner Odeonsplatz stellen und gegen die Staatsregierung und gegen das neue Hochschulgesetz hetzen, enttäuscht mich sehr.

(Beifall bei der CSU)

Ich hoffe, Sie nehmen auch den Hinweis der 11. Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth zur Kenntnis und folgern daraus, dass man mit der einen oder anderen Behauptung – ich sage das mal im Hinblick auf das Deutsche Museum in Nürnberg – einfach vorsichtiger sein sollte.

(Zuruf: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

– Bei der Wahrheit? Genau. – Geben Sie dem Wort "Transfer" endlich die Wertschätzung, die es verdient. "Transfer" ist kein Kampfwort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Transfer aus der Wissenschaft gestalten wir unser Leben. Transfer heißt: Wahrnehmung und Wirksamkeit von Wissenschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau deshalb betreibe ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄH-

LER, betreiben wir alle im Wissenschaftsausschuss Wissenschaftspolitik. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist Verena Osgyan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung sind wir uns prinzipiell einig. Ich glaube aber, damit hat es sich auch schon.

Ich begrüße die Erhöhung des Gesamtvolumens des Einzelplans 15. Es gibt ja auch Ziele, wie hoch die Forschungsausgaben am BIP sein sollten. Davon sind wir in Bayern aber immer noch weit entfernt. Ich frage mich schon, wie bei diesem Haushalt eine innovative Wissenschafts- und Hochschulpolitik herauskommen soll. Hier werden die falschen Pferde gesattelt. Die Hightech Agenda steht über allem, alles andere kommt zu kurz. Hier wurden einfach Chancen vertan, die richtigen Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen, um unser Wissenschaftssystem wirklich zukunftsfest aufzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Massig Zeit und Energie wird in ein völlig verkorkstes Hochschulgesetz investiert, dessen Wortlaut bewacht wird wie Fort Knox. Man will es ja offensichtlich nicht offen diskutieren; denn es werden immer Diskussionsformate angesetzt, in denen es heißt: Das und das ist jetzt nicht so gemeint und auch der Transfer, den Herr Brannekämper gerade genannt hat, der ursprünglich eindeutig als wirtschaftlicher Transfer in den Eckpunkten stand, ist jetzt plötzlich auch nicht mehr so gemeint. Wir würden dann doch gerne einmal wissen, wie es denn gemeint ist. Legen Sie es auf den Tisch! Legen Sie auch den Zeitplan auf den Tisch! Dass unsere Anfragen zum Plenum dazu nicht beantwortet werden, spricht schon Bände und zeigt, dass Sie sich offensichtlich

selber nicht mehr sicher sind, in welche Richtung dieses Hochschulgesetz eigentlich gehen soll. Der Widerstand dagegen ist groß. Offensichtlich will es außer der Staatsregierung niemand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir jungen Menschen wirklich eine Perspektive geben wollen, wie es der Herr Staatminister vor Kurzem im Haushaltsausschuss gesagt hat, dann muss man den Fokus auf Studium und Lehre legen. Dazu habe ich von Ihnen keinen Piep gehört. Das Thema kommt im Haushalt ebenso wie in der Hochschulreform zu kurz. Dass Gelder aus dem "Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken" für Forschungsprofessuren verwendet werden, finde ich an der Stelle wirklich absurd.

Der akademische Mittelbau hingegen braucht Dauerstellen für Daueraufgaben. Er wird weiter prekär gehalten. Alle unsere Haushaltsanträge dazu sind abgelehnt worden. Wenn das angeblich so ein großer Wurf sein soll, dann gehört das eindeutig auch dazu.

Zu den prekären Verhältnissen an den Hochschulen möchte ich noch etwas sagen. Wir haben beantragt, die Grundfinanzierung aufzustocken, um Forschung und Lehre in der ganzen Breite ausbauen zu können. Stattdessen sollen Hochschulen und Universitäten nach Ihrem Willen mit dem neuen Hochschulgesetz noch mehr um Drittmittel betteln müssen. Diesen Irrweg können wir nicht länger durchgehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen gibt es für die Hochschulen Rucksack-Aufgaben plus Rucksack-Aufgaben. Letztes Jahr war das Jahr der Wissenschaftskommunikation. Es gab im Wissenschaftsausschuss dazu Berichte noch und nöcher. Bei den Haushaltsberatungen hieß es dann: Na ja, eine entsprechende Stelle im Referat ist drin. – Wir haben bescheidene 5 Millionen Euro gefordert. Die wurden an der Stelle nicht bewilligt, obwohl doch jeder weiß: Menschen diskutieren am Küchentisch über Inzidenzzahlen und über For-

schungsergebnisse. Wir möchten eine wissenschaftsgestützte Politik und brauchen dafür auch Akzeptanz. Deswegen muss die Wissenschaftskommunikation endlich auch in den Budgets, aber auch in der Strategie der Staatsregierung ihren Niederschlag finden.

Ich bleibe bei den Rucksack-Aufgaben. Da wären wir bei dem Wissenschaftsmanagement. Der ORH hat Ihnen beim Qualitätsmanagement an Hochschulen ein relativ schlechtes Zeugnis ausgestellt. Das ist kein Wunder. Die Staatsregierung hat unsere Haushaltsanträge zur Weiterentwicklung der QM-Pläne für Lehre und Forschung wie auch für das zuständige Personal abgelehnt. Dabei waren wir sehr bescheiden.

Jetzt komme ich zu den richtig großen Löchern. Vor ungefähr eineinhalb Jahren wurde im Bericht der Staatsregierung ein Sanierungsstau an den Hochschulen allein bei den großen Baumaßnahmen in Höhe von 5,8 Milliarden Euro festgestellt. Hier wurde bisher nicht abgebaut, sondern es hat sich weiter aufgestaut. Von den kleinen Löchern möchte ich gar nicht reden. Ich zitiere einen Hochschulpräsidenten: Was sage ich meinem Team, wenn bei jemandem gesundheitliche Schäden aufgrund der Bausubstanz des Arbeitsplatzes nachgewiesen werden? – Was sagt man dem Team? Ich würde sagen: Sorry, wir haben leider gerade keinen anderen Arbeitsplatz, und bis die Staatsregierung etwas ändert, dauert es noch Jahre. – Da sprechen wir allein vom Bauunterhalt. Da geht nichts voran. Unsere Anträge dazu wurden alle abgelehnt.

Wenn wir es aber wirklich schaffen wollen, dass die Hochschulen bis 2030 klimaneutral sind – das haben Sie sich selbst auf die Fahnen geschrieben –, müssen wir da auch noch Geld in die Hand nehmen. Beim Appell allein kann es nicht immer bleiben. Die Hochschulen sollen es sich wohl aus den Rippen schneiden. Das funktioniert nicht.

Immerhin muss ich jetzt nach 13 Monaten Pandemie anerkennen, dass es Mittel für die digitale Lehre gibt. Das mahnen wir ebenfalls seit Langem an. Ich weiß nicht, ob

Sie ohne unser beständiges Drängen darauf gekommen wären. Lassen wir das mal dahingestellt sein.

Mein Fazit: Die Prioritätensetzung muss überdacht werden. Dass man es so schlecht hinkriegt, ist wirklich auch eine Leistung. Anstatt einseitig Leuchttürme zu fördern, sollte man die fördern, die an den Hochschulen lehren, lernen und forschen, die Studierenden und die Lehrenden. Da muss ich sagen: Note sechs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Dr. Hubert Faltermeier. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Staatsminister, meine Damen und Herren! Wissenschaftspolitik bedeutet für uns FREIE WÄHLER, die Wissenschaft in Freiheit forschen und lehren zu lassen, junge Menschen zu fördern, Innovationen zu ermöglichen, die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Bayern zu sichern, und zwar in allen Regionen, und dafür das finanzielle Fundament zu schaffen. Das ist mit diesem Haushaltsentwurf auch gelungen. Man muss bedenken, dass in Bayern 80 % der Ausgabemittel in diesem Haushalt für den Bereich Hochschulen vorgesehen sind und ein Drittel des gesamten Staatshaushalts in den Bereich Bildung, Unterricht und Kultus und Wissenschaft geht. Das kann sich sehen lassen.

Wie gesagt, geht es uns auch darum, die Mittel nicht nur in die Metropolregionen, sondern möglichst auf das ganze Land zu lenken. Die Regionalisierung ist uns ein Anliegen. Frau Osgyan, ich möchte jetzt nicht in eine Diskussion des nicht vorliegenden Hochschulinnovationsgesetzes eintreten. Im Vorfeld sollte man es aber auch nicht schlechtmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Hier wurde dargestellt, die Unis müssten um Drittmittel betteln. Die Intention dieses Gesetzes ist eine ganz andere. Das kennen Sie doch von den Eckpunkten. Das Ziel ist, den Hochschulen die Selbstständigkeit zu geben, ihre Mittel umfassend selbst zu verwalten, wenn sie wollen. Das Ergebnis der bisherigen Hochschulförderung gibt uns Recht, wenn man die internationalen Preise betrachtet, die auch unsere Münchener Hochschulen erlangt haben. Ein Nobelpreis ist dabei, und der Nobelpreisträger hat gesagt, dass er solche Freiheiten nur in Deutschland und in Bayern gefunden hat. Wo hat man sonst die Möglichkeit, nach Schwarzen Löchern zu suchen? – Ich rede von der Wissenschaft.

(Heiterkeit)

Auch Leibniz-Preise usw. machen uns doch stolz. Da müssen wir fragen, woher das kommt. Ich glaube, das ist auch eine Leistung des Bildungs- und Wissenschaftsbereichs des Freistaates Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nun zum Haushalt: Ich erinnere mich, dass wir gestern darüber diskutiert haben, ob ein Zuwachs von 2 oder 3 % viel ist. Das brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren. Ein Zuwachs von 8 % auf 8,2 Milliarden Euro kann sich in Corona-Zeiten sehen lassen. Das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass noch einmal Milliarden dazukommen, die im Einzelplan 13 für den Hochschulbereich vorgesehen sind.

Schwerpunkt ist der Bereich Hightech Offensive und Hightech Agenda Plus. Das kommt nicht nur den Spitzenforschungen zugute. Darauf komme ich noch. Immens viele neue Stellen sind geschaffen worden. Viele Stellen sind entfristet worden, und der Vermerk "kw" ist weggefallen. Das geschieht gerade in einer Zeit, in der sich eine Haushaltsknappheit abzeichnet und in der auch die Hochschulen besonders gefordert sind, meine Damen und Herren. Zu dem allgemeinen Zuwachs an Studenten – es sind ungefähr 350.000 an den staatlichen Universitäten – wird jetzt vielleicht wieder ein besonderer Run auf die Hochschulen losgehen, weil die Situation bei Lehrstellen, Ausbil-

dung und Neueinstellungen schwieriger wird. Bei alledem wird auch die Kunst- und Kulturpflege nicht vergessen; ich komme noch darauf.

Wenn man sich die Entwicklung des Haushaltsvolumens in der Zeit von 1996 mit 3,3 Milliarden Euro und jetzt 8,3 Milliarden Euro anschaut, wie gesagt, noch mit Corona-Sonderposten, kann man feststellen: Der absolute Zuwachs kann sich sehen lassen. Auch die Schwerpunkte wurden erfreulich und richtig gesetzt, Herr Minister. Wie gesagt sind die Hightech Agenda und auch die nicht so spektakuläre, aber äußerst wirksame Hightech Agenda Plus als Schwerpunkte zu erwähnen. Warum? – Weil es nicht nur um die Spitzenforschung geht. Nicht nur wurden mehrere Tausend Stellen neu geschaffen, sondern der kw-Vermerk ist weggefallen. Das kommt vor allem dem Mittelbau zugute. Das ist bereichernd für die Ausbildung unserer Studenten. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Neue Maßnahmen wurden gestartet, interessant unter anderem Munich Quantum Valley oder das KI-Produktionsnetzwerk Augsburg, bei denen viele Leistungs- und Forschungsträger, TU, LMU, Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft, zusammenwirken.

Ich habe es schon erwähnt: Natürlich achten wir FREIE WÄHLER auch darauf, dass die Verteilung auf alle Hochschulen einigermaßen gerecht ist. Niemanden wird es wundern, dass die TU München 200 neue Planstellen erhält. Mich freut aber auch, und auch die Kollegen aus der Oberpfalz sollten sich freuen, dass in Regensburg – pars pro toto – rund 100 Planstellen an der Uni ankommen und circa 100 Planstellen an der OTH. Das ist Flächendeckung, meine Damen und Herren. Den kw-Vermerk habe ich erwähnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Bereich Kunst- und Kulturpflege richtet sich der Blick ebenfalls nicht nur auf die Highlights wie das Mainfranken Theater, die Richard-Wagner-Stiftung oder die Bamberger Symphoniker. Alle Sing- und Musikschulen, die nichtstaatlichen Theater und nichtstaatlichen Orchester profitieren. Auf die Breitenwirkung legen wir Wert. Deshalb verdient der Haushalt die Note eins.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ferdinand Mang. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den Haushaltsplan Wissenschaft und Kunst. Auch in diesem Plan hat die Söder'sche Hightech Agenda Einzug gehalten. Das bedeutet mehr als eine halbe Milliarde Euro unter anderem für noch mehr Informatikstudenten. Die Zukunft Bayerns liegt jedoch nicht am Rechner, sondern im Dienst am Menschen.

Mit Ihren sogenannten Leuchtturmprojekten werden Sie nicht verhindern, dass weiterhin Jahr für Jahr unsere klügsten Köpfe zu Hunderttausenden auswandern. Das wird auch die neue Hochschulreform nicht verhindern, eher im Gegenteil. Mit dieser Reform wollen Sie nun die Hochschulen ökonomisch ausrichten. Sie wollen Forschung und Lehre der Nachfrage des Marktes unterwerfen. Das bedeutet nichts anderes, als dass Sie die Universitäten nun den internationalen Konzernen zum Fraß vorwerfen; denn diese kontrollieren ja den ach so gepriesenen, angeblich freien Markt.

Laut Artikel 5 unseres Grundgesetzes sind Wissenschaft, Forschung und Lehre frei. – Frei – ja, mit diesem Wort, mit der Bedeutung des Begriffs Freiheit haben Sie bereits seit über einem Jahr erhebliche Verständnisprobleme. Es reicht Ihnen nicht, die Bür-

ger einzusperren; jetzt möchte die Regierung auch noch der Forschung und Lehre die grundgesetzlich garantierte Freiheit nehmen.

Wissenschaftliche Arbeit am Marktwert zu messen und sie entsprechend daran auszurichten, heißt nichts anderes, als dass die Großkonzerne nun bestimmen sollen, woran geforscht wird und woran nicht. Dabei ist klar, dass zum Beispiel wichtige Grundlagenforschung nicht mehr betrieben werden kann, da diese aus Sicht der Großkonzerne wohl keinen Profit oder nicht schnell genug Profit generieren. Dabei ist es die Grundlagenforschung, welche den Wohlstand für unsere Kinder sichert; denn allein die Grundlagenforschung legt den Grundstein für zukünftige Technologien und neue Wirtschaftszweige. Aber daran haben die profitgierigen Konzerne und damit auch unser lobbyhöriger Ministerpräsident Herr Söder kein Interesse.

Ein Ministerpräsident, der kein Erbarmen für unsere Kinder hat, interessiert sich auch nicht für deren Zukunft. Die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel. Dabei hat es die herrschende Politik heute in der Hand, die Voraussetzungen für zukünftigen Wohlstand zu schaffen.

Wir legen aber nicht nur den Finger in die Wunde, sondern haben auch konkrete Vorschläge gemacht. So haben wir einen Antrag zur Altersforschung gestellt. Unsere Gesellschaft ist im demografischen Wandel begriffen. Die jetzigen Ergebnisse der Altersforschung lassen hoffen, dass wir viele Altersleiden heilen oder zumindest lindern können, und stellen in Aussicht, das Alter nicht mehr fürchten zu müssen. Freilich, diese Forschung befindet sich im Stadium der Grundlagenforschung. Aber eines steht fest: Wenn nicht wir uns an die Spitze dieses Forschungsfeldes setzen wollen, wird es jemand anderes tun.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ja, und wenn Sie jetzt Geld dafür investieren, wird dieses Geld sehr wahrscheinlich nicht bei der nächsten Wahl bereits reife Früchte tragen. Das hat Grundlagenforschung nun mal so an sich. Deshalb ist es auch fatal, Forschung und Lehre dem kurz-

sichtigen Profitstreben der globalisierten Märkte zu unterwerfen. Diese Hochschulreform mag uns heute wenig kosten, wird aber unsere Kinder einmal sehr teuer zu stehen kommen.

Ich fasse zusammen: Streichen Sie diese verfassungswidrige Hochschulreform, die letztlich aus der Feder profitgieriger Lobbyisten stammt, und investieren Sie dieses Geld in die Grundlagenforschung! Ihre Kinder werden es Ihnen danken – und Sie werden das im Alter vielleicht auch selbst tun. Wir von der AfD-Fraktion stehen für das Grundgesetz und für die Freiheit.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die übertriebenen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Christian Flisek von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, Herr Staatsminister Sibler, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die strategische Bedeutung des Einzelplans 15 für die zukünftige Entwicklung des Freistaats Bayern ist in der Debatte bereits herausgestellt worden. Auch die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Aufwuchs des Gesamtvolumens auf insgesamt 8,25 Milliarden Euro. Das ist gut angelegtes Geld, weil es im besten Sinne für unsere Gesellschaft nachhaltig wirkt. Diese Investitionen generieren Fachkräfte, Innovationen und eben auch zukunftssichere Arbeitsplätze.

Die vorgenommene Schwerpunktsetzung zugunsten von KI, Hightech und einigen regionalen Leuchttürmen – so wichtig diese im Einzelfall auch sein mögen – empfinden wir allerdings als zu einseitig. Die SPD-Fraktion hat daher konkrete und, wie ich finde, durchaus maßvolle Änderungsanträge in die Beratungen eingebracht. Damit wollen wir den Wissenschafts- und auch den Kulturstandort Bayern in seiner gesamten Vielfalt und Breite voranbringen. Fünf Anmerkungen hierzu von mir:

Erstens. Der Sanierungsstau bei den Hochschulbauten bleibt bestehen. Ja, es ist gut, dass mit der Hightech Agenda zusätzliche Mittel in den Hochschulbau fließen. Diese reichen nur leider nicht aus, um den aufgelaufenen gewaltigen Sanierungsstau an bayerischen Hochschulen zu bewältigen. Bröckelnde Wände, Decken, von denen es tropft, und andere bauliche Mängel schaden massiv dem Ansehen des Hochschulstandorts Bayern.

Dabei droht die Finanzierungslücke leider weiter zu wachsen. 478 Projekte befinden sich in der Pipeline, 162 noch ohne Planauftrag. Schon jetzt ist die Annahme unrealistisch, dass alle diese Projekte plangemäß abgeschlossen werden können.

Hinzu kommen teure Großprojekte wie die Errichtung der TU Nürnberg, die Generalsanierung des Klinikums Großhadern oder das Konzerthaus in München. Die sind alle noch nicht eingepreist. Im Kulturbereich sieht es ganz ähnlich aus.

Insgesamt beträgt der Finanzierungsbedarf für Bauprojekte im Bereich Wissenschaft und Kunst rund 6 Milliarden Euro für die nächsten fünf bis sieben Jahre. Hier sind also deutlich mehr Mittel erforderlich als das, was in diesem Haushaltsentwurf veranschlagt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Steigende Studierendenzahlen bedeuten auch einen steigenden Bedarf an Wohnraum, Mensen, Cafeterien sowie an Beratungs- und Serviceleistungen. All das leisten die bayerischen Studentenwerke, und sie stellen damit die wichtige soziale Infrastruktur in den Hochschulstädten zur Verfügung. Pandemiebedingt ist der Bedarf an Beratung sogar noch gestiegen. Hier sehen wir überhaupt keine Initiative. Ich habe es schon Anfang der Woche gesagt: Die Pandemie hat doch erhebliche Spuren, auch was die sozialen und psychischen Befindlichkeiten der Studierenden betrifft, hinterlassen. Das müsste sich auch in einem Haushalt widerspiegeln; das ist hier aber nicht der Fall. Wir haben hier seit Jahren eine Unterfinanzierung; auch hier sehen wir also einen erheblichen Handlungsbedarf.

Der dritte Punkt betrifft die prekären Beschäftigungsverhältnisse bei den Lehrbeauftragten – ein Dauerthema, bei dem wir einfach nicht vorankommen. Ursprünglich als Ergänzung des Lehrangebots vorgesehen, tragen viele Lehrbeauftragte mittlerweile substanziell zum Lehrangebot bei. Trotz gleicher Arbeit haben sie bei Bezahlung, Altersversorgung und sozialer Absicherung das Nachsehen gegenüber Kollegen mit Festanstellung. Das Mindeste wäre es doch, dass zumindest diejenigen Positionen an den Hochschulen, die faktisch Dauerstellen sind, in Teilzeitstellen umgewandelt werden.

Vierter Punkt: Wir fordern ein Sofortprogramm Digitalisierung. In der Pandemie beweist die gesamte Hochschulfamilie ihre enorme Leistungsfähigkeit und ihre enorme Leistungsbereitschaft. Überall im Freistaat sind Hochschulen und Universitäten erheblich in Vorleistung gegangen, und es wurden mit großer Anstrengung und teils auch mit großer Kreativität fast überall digitale Angebote und Formate aus dem Boden gestampft. Dabei waren die Hochschulen bisher finanziell und organisatorisch auf sich allein gestellt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, überall verlässliche Strukturen und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion fordert daher ein Sofortprogramm Digitalisierung. Wir wollen damit alle Hochschulen und Universitäten auf einen verlässlichen, planbaren und hochmodernen Stand bringen. Mit breit angelegten Fortbildungsangeboten und einer umfassenden Analyse, auch von Best-Practice-Beispielen, wollen wir den Grundstein dafür legen, dass eine digitale Lehre und Didaktik in Verbindung mit Präsenzveranstaltungen, die hoffentlich bald auch wieder stattfinden können, auch unter Einbeziehung hybrider Formen, auf höchstem Niveau stattfinden kann.

Wir wollen damit unsere Hochschullandschaft für die Zukunft sicher aufstellen und auch dafür sorgen, dass analoge Lehrangebote dauerhaft und zeitgemäß durch digitale Formate ergänzt und aufgewertet werden.

Als fünften Punkt möchte ich noch den Denkmalschutz ansprechen. Ja, auch hier fehlen die Mittel. Der Erhalt des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt ist vielerorts im Freistaat ernsthaft bedroht. 2.000 Denkmäler in Bayern sind vom Leerstand betroffen, vom Verfall und vielleicht sogar vom Abbruch. Ein Viertel davon ist stark gefährdet. Gerade private Denkmaleigentümer werden bei Erhalt und Sanierung nicht mehr ausreichend unterstützt. Die Höhe der Fördermittel kann mit den inflationär gestiegenen Baupreisen schon lange nicht mehr mithalten. Gab es im Jahr 2000 noch 10 Millionen Euro, sind es heute nur noch knapp 8 Millionen – wir reden also von einer faktischen Verringerung der Mittel. Da hilft auch der sogenannte Entschädigungsfonds wenig, da davon nur größere Denkmalprojekte profitieren. Wir müssen auch hier, weil es ein Verfassungsgut ist, endlich klotzen und nicht kleckern.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion hat zum Einzelplan 15 konstruktive Verbesserungsvorschläge eingebracht. Diese sind wirklich moderat. Lieber Kollege Brannekämper – ich komme zum Schluss –, ein Satz: Wenn Sie hier von Ritualen der Opposition reden, dann kann ich Ihnen eines sagen: Das einzige Ritual, auf das man sich tatsächlich verlassen kann, besteht darin, dass selbst hervorragende und maßvolle Änderungsanträge der Opposition von den Regierungsfraktionen abgelehnt werden. Deswegen: Lassen Sie uns unsere Arbeit tun; aber vielleicht könnten Sie es ja einmal übers Herz bringen, guten Anträgen, zum Beispiel beim Denkmalschutz – das ist doch auch Ihnen eine Herzensangelegenheit –, zuzustimmen. Das wäre wirklich ein Schritt, und dann bräuchten wir uns hier auch nicht mehr über Rituale zu unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Flisek. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Vizepräsidenten Dr. Heubisch von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd, ich meckere nicht an den Zahlen herum. Leider war das eine Fehleinschätzung, Robert. Das ist heute nicht mein Thema. Es gibt aus meiner Sicht sehr viel wichtigere Punkte, die man hier ansprechen muss, zum Beispiel die Frage: Gibt es das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst überhaupt noch, oder ist dieses einst stolze Ministerium mittlerweile zu einer austauschbaren Figur in Söders politischem Schachspiel geworden und wird nur noch von der Staatskanzlei aus regiert? Meine Damen und Herren, ich weiß, wovon ich rede.

Ja, natürlich geht es ums Geld, und ich finde, 8,25 Milliarden Euro sind wirklich eine Menge. Das ist eine Basis. Ja, so stelle ich mir den Freistaat vor. Hier wird auch nicht gespart. Die Frage ist jedoch nicht, wie viel Geld man insgesamt zur Verfügung hat, sondern wie klug man es einsetzt. Hier gibt es sowohl in der Wissenschaft als auch im Bereich Kunst und Kultur vieles, was man kritisch sehen muss.

Zur Wissenschaft: Ganz ehrlich, Bayern ist nicht so schlecht, wie manche dies hier darzustellen versuchen. Die traurige Wahrheit ist aber: Bayern ist nicht mehr Spitzenreiter in Deutschland. Die Exzellenzinitiative spricht hier eine deutliche Sprache. Ich will aber, dass wir sehr weit vorne liegen. Ja, die Hightech Agenda wurde beschlossen und sehr viel Geld für die Hochschulen bereitgestellt. Was ich hier jedoch vermisse, sind die großen Leitlinien. Verraten Sie mir: Wo ist die Struktur, wo ist der Plan? Wo soll Bayern in fünf oder zehn Jahren stehen? Wie sieht der Weg dorthin aus?

Verehrter Minister, Ihre vollmundige Ankündigung, Spitzenleute von der Ivy League zu berufen, habe ich hinterfragt. Leider habe ich nur ausweichende Antworten aus dem Ministerium erhalten. Solche absoluten Spitzenwissenschaftler gibt es in Bayern nur sehr vereinzelt. Wir brauchen aber die Leuchttürme, um in bestimmten Bereichen an der Weltspitze mitzuspielen, zum Beispiel in der Digitalisierung, aber auch bei der Forschung zu Corona, ohne die Lehre hier zu vergessen. Dies schaffen wir nicht, wenn wir, wie im Bereich der künstlichen Intelligenz, Professuren gefühlt an jede Hochschu-

le in Bayern vergeben, damit sich auch niemand benachteiligt fühlt. Gerade in diesen Zeiten sind die Wissenschaft und Forschung so wichtig für die Zukunft des Freistaats, nicht nur in den Natur- und Technikwissenschaften, sondern auch in den Geisteswissenschaften.

Ich warne schon jetzt davor, das Hochschulinnovationsgesetz zu verwässern. Wir brauchen eine klare und stringente Ausrichtung der Hochschulen, um die Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Ich fordere Sie auf, lieber Bernd, lieber Staatsminister, nicht jedem alles zu versprechen, sondern klare Leitplanken einzuziehen, Rückgrat und Stärke zu zeigen. Ja, hier fehlt in Forschung und Lehre der Mut, die Empathie und auch die Vision. Herr Staatsminister, Sie sitzen an einem entscheidenden Schalthebel für die Zukunft unseres Freistaats. Ist Ihnen eigentlich klar, dass Sie in höchstem Maße für die Zukunft sehr, sehr vieler junger Menschen und des Freistaats insgesamt verantwortlich sind?

Kommen wir kurz zur Kultur. Ohne Kultur, Kunst und Kreativität geht die Vielfalt und damit auch die Zukunftsfähigkeit in Bayern unter. Die Bayerische Staatsregierung zeigt weder Sachverständnis noch echtes Interesse, sich nachhaltig für Kunst und Kultur im Freistaat einzusetzen. Ich denke allein an die Unterstützung für die Kulturschaffenden; diese kommt zu spät, die Formulare sind zu bürokratisch aufgebläht, und deshalb wird sie zu wenig nachgefragt. Der Tenor ist immer hinhaltend und vertröstend. Die Auszahlung geschieht in vielen Fällen extrem verzögert.

Verehrter Herr Minister, Sie brennen nicht für die Kultur. Muss ich wieder einmal darauf hinweisen? Kultur ist ein Grundrecht. Schön, dass Sie jetzt einen Pilotversuch starten wollen, wie es Berlin vorgemacht hat. Das hätten wir schon im letzten Herbst tun können. Sie haben die Arbeiten sogar noch mit Geld des Ministeriums unterstützt. Setzen Sie dies endlich um, und kommen Sie in die Gänge!

Verehrte Damen und Herren, lieber Bernd, in beiden Bereichen, Wissenschaft und Kultur, zeigt sich immer mehr: Hier fehlt eine Person, die wirklich voranschreitet. Die

bayerische Wissenschafts- und Kulturlandschaft braucht eine kraftvolle Persönlichkeit, jemanden, der inspiriert, dessen Begeisterung ansteckend ist und der sich für sein Ressort über alle Maßen starkmacht. Sie wären dafür verantwortlich. Leider nehmen Sie diese Chance nicht wirklich wahr. Ich traue dir das sogar zu, das ist nicht die Frage. Aber hier muss man dem Ministerpräsidenten auch einmal Kontra geben und sagen: Hier sind Kultur und die Wissenschaft. Hier geht es voran.

So will ich auch mit einem Zitat des Ministerpräsidenten schließen: Bayern besteht aus Herz und Verstand. – Ja, das brauchen wir, auch in der Kultur und in der Wissenschaft. Wir geben die Hoffnung nicht auf. Wir werden uns bei dem Einzelplan 15 enthalten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Vizepräsident. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Verehrter Herr Kollege Heubisch, das hat mich jetzt etwas verwundert. Du hattest ausgeführt, es sei kritikwürdig, die KI-Professuren über ganz Bayern zu verteilen. Das war doch ein Wettbewerb. Daher würde mich konkret interessieren: Bei welchen im Wettbewerb erfolgreichen Universitäten und HAWen siehst du es als Fehlallokation an, dass eine solche KI-Professur dorthin kam? Ist es deine Meinung, man sollte alles – ich meine, du bist Münchener, das verstehe ich – in die Landeshauptstadt ziehen? Dies wäre aus meiner Sicht der falsche Weg. Ich würde gerne einmal wissen, an welcher Universität und an welcher HAW das konkret eine Fehlallokation ist, wenn du schon kritisierst, dass es im Rahmen eines Wettbewerbs in ganz Bayern zum Tragen gebracht wird.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Lieber Kollege Bausback, lieber Winfried, ich glaube, ich habe in meiner Zeit als Minister immer gezeigt, dass ich ein großes Herz für die Regionen habe und auch davon überzeugt bin, dass die Regionen entsprechend gefördert werden müssen. Das war für mich immer klar. Ich glaube, ganz ehrlich, dass

die Ausschreibung in diesem Bereich der künstlichen Intelligenz nicht optimal war. Du wirst mich jetzt nicht dabei ertappen, dass ich feststelle, an dieser Universität oder an dieser Hochschule oder vielleicht auch Musikhochschule wäre diese Position nicht richtig eingesetzt. Das ist eine Frage des Sachverstands des Ministers. Insgesamt ist es aber nicht optimal. Ich habe nicht gesagt, es wäre falsch, sondern ich habe gesagt, hier ist eine Verteilung über die Fläche erfolgt, und das ist zu wenig. Wir wissen: Wir müssen in der Spitze stark werden. Das waren auch meine Ausführungen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Vizepräsident. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen, Herrn Kollegen Johannes Hintersberger von der CSU-Fraktion. Herr Hintersberger, bitte schön.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Staatsminister, meine Damen und Herren! Die Bedeutung und die Gewichtung dieses Einzelplans 15 ist von allen Rednern verdeutlicht worden. Das ist gut so. Das ist wichtig. Er ist zusammen mit dem Einzelplan 05 für das Ressort Unterricht und Kultus der Zukunftsplan, meine Damen und Herren, der Einzelplan mit dem größten Return on Investment, wenn ich dies einmal so sagen darf. Lassen Sie mich diese vielen Einzelpunkte, die die Vorredner dargestellt haben, kurz zusammenfassen.

Ohne Bildung gibt es keine Zukunft. Ohne Forschung und Lehre gibt es selbstverständlich auch keine Wettbewerbsfähigkeit. Ohne Wettbewerbsfähigkeit gibt es keinen Wohlstand, gibt es keine sicheren Arbeitsplätze und gibt es keine soziale Wohlfahrt. Dies, lieber Kollege Heubisch, ist unser Kompass für den Einzelplan 15.

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, Kollege Heubisch, dass bei dem Rekordvolumen von 8,3 Milliarden Euro, das die Bedeutung unterstreicht, nicht auch der Kopf des Ministeriums ganz entscheidend im positiven Sinn dafür verantwortlich sein soll. Daher danke, lieber Herr Staatsminister, dass es möglich war, zusammen mit dem Haushaltsausschuss diese Milliarden in einer schwierigen Gesamtsituation als Per-

spektive einzubringen. Herzlichen Dank, lieber Bernd Sibler! Herzlichen Dank deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern!

(Beifall bei der CSU)

Was sind die Eckpunkte? – 8,3 Milliarden Euro, ein Plus von 640 Millionen Euro, plus 675 Millionen Euro, die aus dem Einzelplan 13 noch dazukommen, 2.500 Stellen über die Hightech Agenda, 450 Stellen etatisiert bzw. gegenfinanziert durch Sachmittel – beispielsweise in der Grundausstattung, Frau Osgyan – plus über 1.200 Stellen durch den Wegfall von kw-Vermerken. Liebe Freunde, man muss sich einmal vorstellen, was das in der heutigen Situation gerade auch für den wissenschaftlichen Mittelbau, auch im Bereich Lehre, für ein riesiges Potenzial für diese gewaltige Aufgabe bedeutet, und zwar nicht nur als Luftballon, sondern dauernd.

Zu der Studierendenzahl: Über 404.000 junge Menschen studieren an unseren Hochschulen querbeet in ganz Bayern. Das ist ein Riesenpfund für die Zukunft, gerade in diesen Corona-Zeiten.

Die Mittel für die Hochbaumaßnahmen werden um zusätzlich 100 Millionen Euro auf 670 Millionen Euro erhöht. Das ist der größte Anteil am Verbauen in einem Einzelplan. Lieber Kollege Flisek, mehr geht aufgrund der jetzigen Bankkonjunktur – Sie kennen dies alles auch vor Ort – und wegen der Kapazitäten unserer Bauwirtschaft gar nicht. Lassen wir also hier wirklich die Kirche im Dorf. Der Haushaltsausschuss ist mit dem Einzelplan 15 der mit Abstand größte Auftraggeber im gesamten Baubereich, was die Hochbaumaßnahmen anbelangt, und gibt immer wieder die entsprechenden Mittel frei.

Kurz die vier großen Leitplanken, Zielsetzungen – der Kollege Heubisch hat das gefragt –:

Erstens. Was wollen wir? – Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Hightech Agenda. Ich glaube, man braucht keine großen Gutachten, um die Bedeutung zu unterstreichen.

Zweitens. Alles, was die Qualifikation unserer jungen Leute anbelangt als perspektivische Grundlage für den Beruf, aber auch für unsere Unternehmen, vor allem aber für die jungen Menschen, auch im Bereich des dualen Studiums zusammen mit unserem Handwerk, ist eine wichtige Säule, eine wichtige Leitplanke.

Drittens möchte ich die Regionalisierung in ganz Bayern noch einmal deutlich unterstreichen. Dazu ist bereits etwas gesagt worden. Die Transformation, der Wissenstransfer in unseren Mittelstand, ist nicht nur zentral, sondern auch vor Ort lebendig zu bewerkstelligen.

Der vierte Punkt: Kunst und Kultur sind selbstverständlich Lebenselixier. Deshalb gibt es ein Aufwachsen um 13 Millionen Euro in die Breite, aber auch in große Einzelprojekte. Ich denke hier zum Beispiel an die Verpflichtungsermächtigung für die Bayreuther Festspiele und die dortigen Liegenschaften.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, ich mache Sie auf die Zeit aufmerksam.

Johannes Hintersberger (CSU): Meine Damen und Herren, zum Schluss:

Erster Vizepräsident Karl Freller: Sie haben bereits eine Minute überzogen.

Johannes Hintersberger (CSU): Perspektive und Optimismus zeichnen diesen Einzelplan aus. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die nächste Rednerin aufrufen. Das ist Frau Susanne Kurz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): Wir GRÜNE denken nachhaltig: Das, was da ist, erhalten und fit für die Zukunft machen; dort, wo Infrastruktur fehlt, investieren für die, die nach uns kommen – das betrifft auch staatliche Kulturbauten –; denn wenn eines gerade in der Pandemie an allen Ecken und Enden fehlt, dann ist es Raum für Kultur. Damit meine ich aber nicht nur gerechte staatliche Flächen für Kultur, wie wir sie bereits letzten Sommer gefordert haben. Nachhaltigkeit bedeutet auch, Werte zu erhalten, anstatt sie vergammeln zu lassen.

Von 2017 bis 2019 schrumpften die Ausgaben für große Baumaßnahmen im Kultur- und Kunstbereich um knapp 40 %. Ich sage das ganz bewusst für die Vergangenheit; denn mit Corona hat das ganz und gar nichts zu tun. Die Bugwelle der geschätzten Baukosten, die diese Staatsregierung bereits vor der Pandemie vor sich herschob, beläuft sich laut der Antwort auf unsere Anfrage auf sagenhafte 1,28 Milliarden Euro. Wer je ein Haus renoviert hat, der weiß, dass die Substanz nicht besser wird, wenn man das Loch im Dach nicht flickt, sondern nur einen Eimer darunter stellt.

Wenn sich Markus Söder als der große Macher feiert, dann tut er das auf Kosten verrottender Fundamente, auf denen unser Bayern gebaut ist. Dank der Pandemie merkt die Öffentlichkeit gar nicht genau, was los ist. Die Neue Pinakothek ist schon lange zu – Bau. Kunstverbände fliegen schon vor zehn Jahren aus dem Haus der Kunst – Bau. Die Galerie der Künstler, Rausschmiss aus staatlichen Räumen – Bau.

Das Konzerthaus München: Dort ist noch immer eine Kiesgrube, was sage ich: ein Kiesparkplatz. Bau? – Nein! In all den Jahren wurde nicht einmal ein Kilogramm Steine bewegt. Es wäre gut, wenn der Stillstand kostenneutral wäre. Seit der Beschlussfassung zum Konzerthaus sind aber bereits über 8 Millionen Euro im Kies versickert. Täglich fließt mehr Geld ins Nichts: 672.000 Euro unter anderem für die laufende Erbpacht und 300.000 Euro für PR zur Kaschierung des Desasters. Die Vorsitzenden des Haushalts- und des Kunstausschusses des Bayerischen Landtags, beide CSU, reden gar von einer Verschiebung des Baus – bei laufenden Kosten. Das alles ist nicht sehr nachhaltig.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Staatsregierung, schon nicht in der Lage sind, die Bauten und Denkmäler des Freistaats in Schuss zu halten, wie können wir dann Eigentumserhalt von Privatleuten und Kommunen erwarten?

Staatsminister Sibler selbst hat zugegeben, dass die Fördermittel hier nicht ausreichen. Ihr Hilfeplan: erstens, die Forderung des Städtetags nach Erhöhung des Entschädigungsfonds um 5 Millionen Euro ablehnen; zweitens, unseren Vorschlag, die kleine Denkmalpflege um 8 Millionen Euro aufzustocken, ablehnen; drittens, Verweigerung von Unterstützung für Kommunen beim Ankauf gefährdeter Objekte mit dem Argument: Das brauchen die doch gar nicht.

Fazit: Aufschieben, abwarten und unter das tropfende Dach ein Eimerchen stellen getreu dem Motto: Nach uns die Sintflut. – Ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Kollegin. Das war auf die Sekunde genau beendet. – Ich habe in der ursprünglichen Liste noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Tobias Gotthardt. Es wären nur noch 28 Sekunden. Aber man kann auch in 28 Sekunden sehr viel sagen; das haben wir gestern erlebt. – Gut. Dann darf ich gleich den Staatsminister aufrufen. Herr Staatsminister Sibler, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Corona-Zeiten ist dieser Haushalt ein Zeichen von Optimismus und Zugewandtheit, ein Zeichen von Investitionen in die Zukunft, eine Perspektive gerade für unsere jungen Menschen in Bayern, die ein hoch qualifiziertes fachliches Studium aufnehmen, und eine tolle Perspektive für den jungen wissenschaftlichen Nachwuchs in ganz Bayern.So etwas wie hier leistet sich niemand in ganz Deutschland, und in Europa leisten es sich nur sehr wenige, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Zahlen sind mehrfach zitiert worden: ein Plus von 8,4 %, und damit ein Rekordzuwachs in einer Dimension, die sich viele vor Monaten und Jahren gar nicht hätten vorstellen können. Lieber Kollege Faltermeier, Sie haben die lange historische Linie seit 1996 aufgezeigt. Lieber Kollege Brannekämper, Sie haben mit den richtigen Akzenten die Perspektive und die Maßnahmen aufgezeigt, die die Arbeitsplätze der Zukunft mitsichern, ohne dass die sozial- und geisteswissenschaftliche Basis in Bayern gefährdet würde. Nein, beide Pole sind sehr gut aufgestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es geht darum, die Weichen Richtung Zukunft zu stellen. Lieber Wolfgang Heubisch, wenn ich die Kritik höre, dass Bayern bei der Exzellenzinitiative nicht gut abgeschnitten habe, solche Entwicklungen aber – von dir selbst gerade zitiert – in Zeiträumen von fünf bis zehn Jahren angelegt sind, dann rechne ich 2021 minus 10 – und wer war da Wissenschaftsminister? – Jetzt schaut er aufs Handy. Das will er nicht hören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Haushalt legen wir die Grundlagen für die weitere kontinuierliche Entwicklung von Spitzenwissenschaft und Spitzenforschung hier in Bayern auf einer soliden Basis, die wir über Jahrzehnte entwickelt haben. Dazu hat auch der Kollege Heubisch – so fair will ich sein – einen gewissen Beitrag geleistet. Aber dann tu nicht so, als ob alles so super gewesen wäre, heute aber alles schlecht ist!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

3.800 zusätzliche Stellen, zweieinhalbtausend über die Hightech Agenda – Dauerstellen, unbefristet und mit toller Perspektive im technischen Bereich. Aber gerade auch für die Geistes- und Sozialwissenschaften sind die Stellen abgesichert. Ich nenne zum Beispiel das Bayerische Institut für Digitale Transformation und viele andere bei der

TU in Nürnberg. Wir fördern beide Bereiche, weil beide Bereiche wichtig sind. Gerade beim Transfer werden die juristischen Wissenschaften und die Geistes- und Sozialwissenschaften eine ganz wichtige Rolle spielen. Darum ist es richtig und gut, dass wir den Transfer ausdrücklich mit in das neue Hochschulinnovationsgesetz aufnehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn neue Aufgaben dazukommen, dann gibt es auch neue Stellen. Ich nenne die Forschungsprofessuren, lieber Robert Brannekämper, ein ganz besonderes Anliegen gerade von dir und den Wissenschaftspolitikerinnen und -politikern der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gerade hier werden wir zusätzliche Stellen hineingeben, um nicht für mehr Forschung die Lehrleistung anzutasten. Die Bereiche stehen gut nebeneinander. Beim Transfer denke ich zum Beispiel, lieber Gerhard Waschler, an die Lehrerbildung, ein unglaublich wichtiger Bereich, wo schon Unglaubliches geleistet wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

700 Stellen sind bereits zum 01.10. ausgeschrieben worden. Am 01.04. können die Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften 1.800 weitere Stellen ausschreiben. Das gibt es in keinem anderen Land dieser Bundesrepublik. Ich sehe auch kein europäisches Land, das das in dieser Art und Weise fördert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Quantencomputing, künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Luft- und Raumfahrt – lieber Kollege Heubisch, gerade da haben wir zwei beeindruckende junge Damen aus der Ivy League bekommen, die hier tolle Forschung betreiben werden, um die Weichen Richtung Zukunft zu stellen. Es sind auch junge Frauen, die wir im Hochschulgesetz noch weiter stärken werden in Form des Kaskadenmodelles, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch etwas, was mir in genau dieser Sache ein Herzensanliegen ist.

Mittelbau: 1.240 Stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die eigentliche Sensation in diesem Haushalt. 1.240 Stellen – lieber Albert Füracker, herzlichen Dank, dass das "kw" weggefallen ist; ich weiß, dass das wehgetan hat, aber es ist notwendig und wichtig gewesen, weil wir gerade da den Menschen aus dem akademischen Mittelbau die Aufstiegsperspektive geben. Wir werden ihnen im Hochschulinnovationsgesetz mit Career Centern und weiteren Aufstiegsqualifikationen eine tolle Perspektive geben. – So geht Wissenschaftspolitik in Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sanierung: Natürlich ist das ein Riesenthema. Natürlich sind die Baumittel eine riesige Herausforderung. Ich habe das Haus im November 2018 übernommen. Da war die Anlage S bei 400 Millionen Euro. Ich will ausdrücklich sagen, dass Ludwig Spaenle hier schon viele Vorarbeiten geleistet hat. Jetzt stehen wir bei 670 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, und bekommen über die Hightech Agenda in den nächsten drei Jahren noch 150 Millionen Euro dazu: drei Mal 50 Millionen Euro – damit das deutlich gesagt ist – für Modulbauten, um den notwendigen kurzfristigen Baubedarf abdecken zu können.

Lieber Kollege Zellmeier, herzlichen Dank auch an den Haushaltsausschuss, dass wir bei den kleinen Baumaßnahmen von 1 Million Euro auf 3 Millionen Euro gehen konnten, damit wir gerade bei diesem Modulbauprogramm, Bernhard Pohl, schnell umsetzen können und ein Dach über dem Kopf haben für die vielen Stellen, die wir jetzt auf den Weg bringen, bzw. die vielen Menschen, die wir hier im Freistaat Bayern anstellen und verbeamten werden. – So geht kluge Politik für Wissenschaft und Forschung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich setzen wir auf das Wissen und die Innovationskraft von Expertinnen und Experten, gerade jetzt in der Corona-Krise, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was bin ich stolz auf unsere bayerischen Unikliniken, die in den letzten Jahren eine unglaubliche Leistung vollbracht haben, um Forschung, aber auch die Versorgung sicherstellen zu können! Wir haben bei der Medikamentenforschung, bei der Erforschung dieses schrecklichen Virus eine unglaubliche Leistung unserer Unikliniken. Deshalb konnten wir auch jetzt und nicht im Jahr 2011 die Tarifschere schließen und ein tolles Ergebnis erzielen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Unikliniken, sodass auch hier Planungssicherheit besteht. Das ist dringend notwendig und wird in diesem Haushalt fortgeführt, meine sehr geehrten Damen und Herren. – Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Unikliniken, die in dem letzten Jahr der Pandemie Großartiges geleistet haben.

Regionalisierung: Auch das setzen wir fort, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist ein Thema, für das ich 2008 als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses, als Vor-vor-vorgänger von Robert Brannekämper, den Grundstein habe legen können, wo wir, lieber Wolfgang, sehr gut zusammengearbeitet haben. Das will ich ausdrücklich sagen. Aber jetzt würde ich an deiner Stelle nicht mehr nach Bamberg fahren. Denn gerade die haben im KI-Wettbewerb sieben Stellen bekommen. Das ist gut und richtig, dass wir die Dinge über ganz Bayern entwickeln und dass wir in ganz Bayern, nicht nur in München oder in Erlangen, durch kluge Wissenschaftspolitik Zukunftschancen geben und damit Betrieben in der Region wohnortnah die Möglichkeit geben, Forschung schnell erfahren zu können, mit der Wissenschaft und mit den Forscherinnen und Forschern zusammenarbeiten zu können, hier anknüpfen zu können und den nächsten Weg für ihre unternehmerische Tätigkeit nehmen zu können, und das in ganz Bayern. Das ist gut und richtig so, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will auch mal das Thema Cleantech ausdrücklich ansprechen: Batterieforschung, nachhaltige Klimaforschung – Bayreuth als großes Schlagwort, liebe Gudrun Brendel-Fischer, wo wir einen Akzent setzen werden –, hier an der TU München Batterieforschung, viele andere Bereiche, Energieeffizienz durch künstliche Intelligenz, die wei-

terkommt. Auch hier sieht man, dass man einen entsprechenden Ansatz auf den Weg bringt, um Zukunftsfragen zu beantworten. Das halte ich für wichtig.

Das sind die Dinge, die wirklich in die Zukunft gehen, genauso wie die Ansiedlung der zehnten Landesuniversität, der Technischen Universität in Nürnberg, die wir zum 01.01. an den Start bringen können und die wir mit zusätzlichem Geld ausstatten werden und nicht auf Kosten der bisherigen Einrichtungen finanzieren werden. Das Gleiche gilt beim Ausbau des Uniklinikums Augsburg, wo wir 1.500 weitere Medizinstudienplätze schaffen werden, dann noch mal 600 Studienplätze in Bayreuth als wichtigem Standort. Wir bauen weiter Medizinstudienplätze auf, um den jungen Menschen eine tolle Perspektive geben zu können und um auch sicherstellen zu können, dass die Landarztversorgung und die Versorgung mit hoch hochqualifizierten Fachkräften in den nächsten Jahren mit hier am Standort Bayern ausgebildeten Fachkräften gesichert wird – alles mit zusätzlichem Geld, nichts auf Kosten bestehender Einrichtungen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

300 Millionen Euro zusätzlich und damit auch für Kunst und Kultur, meine sehr geehrten Damen und Herren – das ist ein Zuwachs, der bemerkenswert ist. Endlich können wir auch die Sanierung – jetzt kommt Bayreuth schon wieder vor – des Richard-Wagner-Festspielhauses angehen. Wir haben im letzten Jahr – Gott sei Dank – das Deutsche Museum in ruhigeres Fahrwasser bringen können und konnten zusammen mit dem Bund die Finanzierung sicherstellen. Ich glaube, das ging 2010/2011 los. Das ist ganz bemerkenswert, was wir jetzt alles haben leisten können.

Herzlichen Dank für die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, der CSU und der FREIEN WÄHLER, sodass wir gerade beim Thema Denkmalschutz noch mal haben erhöhen können. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, Robert Brannekämper, ein großes Anliegen.

Hier den Entschädigungsfonds kleinzureden, halte ich für falsch. Der hat in den letzten Jahren nämlich einen enorm großen Aufwuchs erlebt, auch in einer Zeit, als ich Vorsitzender des Landesdenkmalrates war und mithelfen konnte. Ich glaube, dass wir hier einen richtigen Schritt gehen können und weitere Schritte gehen müssen. Das räume ich gerne ein und will auch zusagen, dass wir hier weitere Schritte gehen werden, weil wir den Erhalt des kulturellen Erbes hier in Bayern sicherstellen wollen.Deshalb haben wir mit der Stiftung Kulturerbe Bayern – lieber Robert Brannekämper, auch ein Herzensanliegen von dir – eine tolle Initiative aus der Bürgerschaft des Freistaats Bayern auf den Weg bringen können und unterstützen diese auch finanziell sehr. Wir machen damit deutlich, dass Denkmalschutz kein Verhinderungsinstrument ist, als das ihn viele politische Kräfte wahrnehmen, sondern dass es dabei um eine große und tolle Aufgabe des Freistaates Bayern geht. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Mathias Pfeil und unserem hervorragenden Landesamt für Denkmalpflege, die hier großartige Arbeit leisten.

(Beifall)

Ein Haushalt, der in die Zukunft weist, ein Haushalt, der Optimismus und Zuversicht ausstrahlt in einer Zeit, in der wir aufgrund der Pandemie miteinander viele dunkle Stunden erleben müssen. Dieser Haushalt ist die Antwort auf eine schwierige Situation. Dieser Haushalt bietet Perspektiven für viele Menschen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Deshalb möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die mitgeholfen haben, bei den Kollegen Zellmeier, Brannekämper, Hintersberger und bei Albert Füracker, dem wir miteinander das Geld aus der Tasche gezogen haben. – Du kannst aber sicher sein: Dies ist bestens angelegtes Geld. Zukunft und Zuversicht prägen diesen Haushalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank, dass Sie das so großartig unterstützen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, vielen Dank. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Vizepräsidenten Heubisch. Bitte.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Lieber Bernd, ich finde es toll, wie du dich bezüglich der Vergangenheit von deinen Mitarbeitern hast vorbereiten lassen. Du hast einige Beispiele aus der Vergangenheit gebracht. Eigentlich erwarte ich aber von einem Wissenschafts- und Forschungsminister, der für die Zukunft Bayerns verantwortlich ist, dass er sich auf die Zukunft konzentriert und sich nicht vermeintliche Entwicklungen zusammenschreiben lässt.

(Widerspruch)

– Ja, das ist in Ordnung; wir können uns gerne fetzen.

Ich möchte jetzt aber doch noch ein Lob aussprechen. Du hast die Luft- und Raumfahrt angesprochen. Dieses Projekt haben damals zum Beispiel der damalige Wirtschaftsminister, Kollege Zeil, und meine Wenigkeit als Wissenschaftsminister eingeweiht und angeschoben. Gott sei Dank können wir hieraus auch Tantiemen und Dividenden ziehen. Vielen Dank, mehr will ich gar nicht wissen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Lieber Wolfgang, das muss wehgetan haben, oder?

(Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Nein, überhaupt nicht!)

– Es entstand aber gerade ein anderer Eindruck.

Ich finde das etwas bedauerlich, weil gerade wir beide damals von 2008 bis 2013 ein gutes Team waren. Deshalb zahle ich mit gleicher Münze zurück, was du mir eingeschenkt hast. Mehr gibt es zu diesem Thema nicht zu sagen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib. – Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Weg vom Duell des Ministers a. D. und des aktuellen Ministers hin zu den Sachproblemen in diesem Haushalt. – Sie haben zum Denkmalschutz etwas gesagt, was in der Antwort auf die Anfrage der Kollegin Stachowitz von dieser Woche nicht steht. Darin steht nämlich, dass Sie diesen Haushalt begrüßen. Es geht um die Wackelpolitik eines Ministers Sibler. Sie müssen klar sagen, wo es beim Denkmalschutz langgeht, was Sie für auskömmlich halten.

Klar ist, dass der Denkmalschutz in Bayern drastisch unterfinanziert ist. Sie stellen sich hier hin und relativieren. Immerhin ist dies schon ein Fortschritt im Vergleich zu den Nichtaussagen in den Antworten auf die Anfrage zum Plenum. Ich würde Sie darum bitten, eine klare Perspektive aufzuzeigen. Was halten Sie in diesem Freistaat Bayern für auskömmlich? Sorgen Sie dann auch für die Finanzierung.

Der zweite Punkt betrifft die Hochschulreform und die Verzahnung mit dem Haushalt. Genau das ist das Problem; denn durch die Hochschulreform wird die Verantwortung den Hochschulen zugeschoben werden. Solange die Frage der Finanzierung, der Basisfinanzierung der Gebäude, der Personalausstattung, der Grundfinanzierung, und auch die Frage der Gleichstellung der Professorinnen nicht geklärt sind, werden Sie den Hochschulen die Verwaltung des Mangels überlassen, anstatt selber Verantwortung zu übernehmen; denn das, was hinzukommt, wird durch die zusätzlichen Ausgaben beim Bau komplett aufgefressen, von der TU Nürnberg ganz zu schweigen. Sie verschweigen, dass zwar mehr Mittel enthalten sind, im Prinzip aber schon alles aufgrund zusätzlicher Projekte und Baukostensteigerungen weg ist. Es bleibt beim gravierenden Sanierungsstau, für den Sie, auch mit Ihren relativierenden Reden, verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Kollege Halbleib, in den letzten Jahren haben wir immer versucht, weitere Erhöhungen für den Denkmalschutz zu erreichen, und haben auch immer wieder Erhöhungen erzielt. Wir werden diesen Kurs in den nächsten Jahren weiterverfolgen. Mir als ehemaligem Vorsitzenden des Landesdenkmalrates ist dies ein Herzensanliegen.

Zum Thema Finanzierungen: Wenn es 8,4 % Steigerung gibt, wenn es 2.500 zusätzliche Stellen gibt, dann kann man nicht davon reden, dass nichts passiert. Ich nenne als Beispiel, was wir an der FAU Erlangen-Nürnberg auf den Weg gebracht haben. Dort werden Projekte im Umfang von 500 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Seit 2019 verzeichnen wir eine Steigerung von fast 75 %. Dies sind Gelder, von denen andere Bundesländer nur träumen können, vor allem solche, die SPD-regiert sind.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache zum Wissenschafts- und Kunsthaushalt geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12780 mit 18/12787, 18/12859 mit 18/12877, 18/12879, 18/12898 mit 18/12907, 18/13005 mit 18/13023 sowie 18/13074 mit 18/13103 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14611.

Zunächst ist die vorab angekündigte namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kunst- und Geschichtsdenkmäler" auf Drucksache 18/12786 durchzuführen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Fi-

nanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie hierfür bitte Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist hiermit freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:46 bis 14:49 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit beendet.

Ich fahre nun fort mit der einfachen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bayerische Grundlagenforschung ‚Ewige Jugend'" auf Drucksache 18/13006. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind mit Ausnahme von Herrn Plenk alle anderen. Stimmenthaltung? – Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt müssen wir warten, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt, um dann weiterfahren zu können. Ich unterbreche die Sitzung kurz.

(Unterbrechung von 14:50 bis 14:51 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kunst- und Geschichtsdenkmäler", Drucksache 18/12786, haben 31 Abgeordnete mit Ja und 65 Abgeordnete mit Nein gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14611 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der FDP. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Einzelplan 15 so angenommen.

Die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten zugleich gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Gegen-

stimmen! – Die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Herr Plenk (fraktionslos). Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14611 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13074 mit 18/13103 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist hiermit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 21: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Kunst-und Geschichtsdenkmäler (Kap. 15 74 Tit. 893 75) (Drucksache 18/12786)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	31	65	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 21

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderprogramm „Kreativinvest“ für die Freie Kulturszene
   (Kap. 15 05 neue TG)
   Drs. 18/12780

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
   (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
   Drs. 18/12781

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung im Bereich der Digitalisierung
   (Kap. 15 06 TG 89)
   Drs. 18/12782

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Sofortprogramm Hochschulbau
   (Kap. 15 06 Tit. 710 00)
   Drs. 18/12783

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
   (Kap. 15 28 TG 73)
   Drs. 18/12784

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
   (Kap. 15 74 Tit. 884 01)
   Drs. 18/12785

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. SPD
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
   (Kap. 15 74 Tit. 893 75)
   Drs. 18/12786

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. SPD,
   Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP),
   Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung der „Initiative ArbeiterKind.de“
   (Kap. 15 06 neuer Tit.)
   Drs. 18/12787

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Einheit von Forschung und Lehre beibehalten, Dauerstellen für Daueraufgaben
   (Kap. 15 02 Tit. 422 01, 422 02 u. 428 01)
   Drs. 18/12859

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Spitzenausstattung für alle Professuren
    (Kap. 15 02 TG 76 u. 15 06 neue TG)
    Drs. 18/12860

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
    (Kap. 15 02 neuer Tit.)
    Drs. 18/12861

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
    (Kap. 15 02 neue TG)
    Drs. 18/12862

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Die sich verändernde Arbeitswelt stärker sozialwissenschaftlich erforschen und begleiten
    (Kap. 15 03 Tit. 686 17)
    Drs. 18/12863

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Frauenakademie München e. V. FAM stärker fördern
    (Kap. 15 03 Tit. 686 20)
    Drs. 18/12864

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Internationalisierung fördern
    (Kap. 15 06 Tit. 681 81)
    Drs. 18/12865

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Studierendenwerke stärken
    (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
    Drs. 18/12866

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sanierungsstau an Hochschulgebäuden abbauen
    (Kap. 15 06 Tit. 710 00)
    Drs. 18/12867

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Mittel für digitale Lehre und Prüfungen bereitstellen
    (Kap. 15 06 TG 99)
    Drs. 18/12868

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Hochschulen stärken – Grundfinanzierung aufstocken
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 18/12869

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Wissenschaftsmanagement als Aufgabe ernst nehmen
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 18/12870

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gute Wissenschaftskommunikation für Bayern
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 18/12871

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Hochschulen klimaneutral 2030
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 18/12872

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gründung eines „Zentrums für Angewandte Klimaforschung“
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 18/12873

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sperre der zusätzlichen Stellen für den Forschungsreaktor FRM II
    (Kap. 15 12 TG 86)
    Drs. 18/12874

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Umwidmung von Mitteln für die Forschung an tierversuchsfreien Ersatzmethoden an der Universität Augsburg
    (Kap. 15 23 Tit. 728 07)
    Drs. 18/12875

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Gartendenkmäler fit machen
    (Kap. 15 74 Tit. 428 01)
    Drs. 18/12876

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Denkmalschutz stärken
    (Kap. 15 74 Tit. 884 01)
    Drs. 18/12877

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung
    (Kap. 15 93 Tit. 547 02)
    Drs. 18/12879

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter
    (Kap. 15 01 Tit. 422 31)
    Drs. 18/12898

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Personalausgaben
    (Kap. 15 02 Tit. 429 76)
    Drs. 18/12899

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Personalausgaben
    (Kap. 15 02 Tit. 429 87)
    Drs. 18/12900

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
    (Kap. 15 02 Tit. 547 76)
    Drs. 18/12901

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
    (Kap. 15 02 Tit. 547 87)
    Drs. 18/12902

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
    (Kap. 15 02 Tit. 812 87)
    Drs. 18/12903

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
    (Kap. 15 02 Tit. 812 76)
    Drs. 18/12904

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Beteiligung an der bundesweiten BAföG-OZG Umsetzung
    (Kap. 15 03 Tit. 661 81)
    Drs. 18/12905

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entwicklung Homepage, digitales Antragsverfahren und Marketingmaßnahmen Kulturfonds
    (Kap. 15 05 neuer Tit.)
    Drs. 18/12906

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Neuer Studiengang „Bauerhalt und historische Werktechniken“
    (Kap. 15 36 neuer Tit.)
    Drs. 18/12907

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Fachveröffentlichungen
    (Kap. 15 02 Tit. 531 11)
    Drs. 18/13005

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerische Grundlagenforschung „Ewige Jugend“
    (Kap. 15 02 neue TG)
    Drs. 18/13006

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Bayerische Zukunftscluster-Initiative „Ewige Jugend“
    (Kap. 15 02 neue TG)
    Drs. 18/13007

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Methanol-Brennstoffzelle
    (Kap. 15 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/13008

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e.V.
    (Kap. 15 03 Tit. 686 20)
    Drs. 18/13009

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Ausgaben für das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
    (Kap. 15 03 TG 90)
    Drs. 18/13010

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschung zu Bakteriophagen und Phagentherapie
    (Kap. 15 03 neuer Tit.)
    Drs. 18/13011

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Sonderstipendienprogramm für 200 bayerische Komponisten in Not
    (Kap. 15 05 TG 92 neuer Tit.)
    Drs. 18/13012

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Netzwerk Studium und Behinderung
    (Kap. 15 06 TG 92)
    Drs. 18/13013

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an den Verein „Deutschkurse für Ausländer“
    (Kap. 15 07 Tit. 686 02)
    Drs. 18/13014

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Aufbau eines i-Campus
    (Kap. 15 44 TG 83)
    Drs. 18/13015

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds - Integrationscampus der TH Ingolstadt
    (Kap. 15 48 TG 84)
    Drs. 18/13016

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an den Verein zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes (Kulturerbe Bayern) e.V. bzw. Stiftung Kulturerbe Bayern
    (Kap. 15 74 Tit. 686 01)
    Drs. 18/13017

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuschuss an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zum Betrieb einer Jugendbauhütte
    (Kap. 15 74 Tit. 686 75)
    Drs. 18/13018

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 15 74 Tit. 883 75)
    Drs. 18/13019

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
    (Kap. 15 74 Tit. 883 77)
    Drs. 18/13020

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
    (Kap. 15 74 Tit. 884 01)
    Drs. 18/13021

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Errichtung eines neuen Konzerthauses in München
    (Kap. 15 85 Tit. 710 00)
    Drs. 18/13022

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Einführung eines neuen Tit. „Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler Archive“
    (Kap. 15 93 TG 74 neuer Tit.)
    Drs. 18/13023

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Gisela Sengl
Abg. Markus Plenk
Abg. Hans Herold
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Ralf Stadler
Abg. Martina Fehlner
Abg. Christoph Skutella
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Martin Schöffel
Staatsministerin Michaela Kaniber
Abg. Martin Böhm

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 08

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13723 mit 18/13736 sowie 18/14103)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13336 mit 18/13342)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13644 mit 18/13650)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13593 mit 18/13598)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13241 mit 18/13243)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind mittlerweile bekannt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Martin Bachhuber von der Fraktion der CSU. – Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Staatsministerin Michaela Kaniber, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums beraten, dann wird wieder einmal mehr als deutlich, dass der Freistaat Bayern nicht nur ein herausragender Hightech-Standort ist, sondern auch eine Region, in der Ernährung, Landwirtschaft und unser Wald eine enorm wichtige Rolle spielen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies verpflichtet uns bei den Haushaltsberatungen jedes Jahr aufs Neue, sehr genau darauf zu achten, dass diese drei Bereiche nicht nur in ihrem Bestand gesichert, sondern sukzessive fit für die Herausforderungen der Zukunft gemacht werden.

Dabei liegt der Schwerpunkt natürlich auf dem weiteren ökologischen Umbau der Landwirtschaft, den wir aber nicht mit erhobenem Zeigefinger und mit Verboten verfolgen. Wir verfolgen vielmehr einen ausgewogenen Ansatz, der Biolandwirte kraftvoll unterstützt, der aber deren konventionell wirtschaftende Kollegen nicht im Regen stehen lässt.

(Beifall bei der CSU)

Diese Ausgewogenheit, die Klima-, Natur- und Verbraucherschutz gleichermaßen berücksichtigt, zeichnet seit Jahrzehnten unser Handeln aus. Wer den Einzelplan 08 genau anschaut, wird feststellen, dass diese Ausgewogenheit zwischen allen Kernbereichen in diesem Jahr wieder das prägende Element ist.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt erhöht sich im Jahr 2021 um 61,3 Millionen Euro auf rund 1,69 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung von 3,83 %. Zudem werden zusätzlich 38 Stellen zu verschiedenen Themenbereichen bereitgestellt. Sehr bemerkenswert ist – das freut mich natürlich besonders –: Über 50 % der Gesamtausgaben fließen als Förderungen in den ländlichen Raum. Allein diese Zahlen verdeutlichen, welchen Stellenwert dieser Bereich im Landwirtschaftsministerium hat. Ein Großteil der Ausgabensteigerungen entfällt dabei auf die Erhöhung der Bundesmittel im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz. Der Bund stellt hierfür insgesamt 45,1 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

An dieser Stelle möchte ich unserer Ministerin danken, die sich tagtäglich nicht nur hier in München mit großem Engagement für die Bauern einsetzt, sondern die auch in Berlin wie die bayerische Löwin für unsere Bauern kämpft. Dafür, liebe Ministerin, einen ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese zusätzlichen Mittel sind insbesondere für Maßnahmen zum Insektenschutz, für Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung sowie für die Förderung der forstwirtschaftlichen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels im Wald vorgesehen.

Ich darf sagen: Wir waren vergangene Woche in meinem Stimmkreis bei einer Waldbegehung, liebe Ministerin. Ich möchte nur den Präsidenten des Waldbesitzerverbands, der immerhin 700.000 Waldbesitzer vertritt, kurz zitieren. Er hat wortwörtlich gesagt: Ich bin froh, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands zu sein; denn kein anderes Bundesland tut mehr für den Waldumbau als Bayern. – Punkt. Dazu brauche ich nicht mehr zu sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In diesem Zusammenhang sind auch jene zusätzlichen 3 Millionen Euro zu sehen, mit denen gerade kleine und mittlere Betriebe im Rahmen der Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weiteres Augenmerk legen wir auf die Mehrgefahrenversicherung für Wein- und Obstbau. Durch die Förderung einer Mehrgefahrenversicherung sollen ab 2021 finanzielle Verluste durch extreme Witterungsereignisse vermindert und die eigenverantwortliche betriebliche Risikovorsorge gestärkt werden.Mit dieser Förderung wird kein Vollkaskoschutz finanziert, sondern es werden insbesondere schwere und existenzbedrohende witterungsbedingte Ertragsverluste abgesichert. Bei diesem Haushalt ist auch unbedingt erwähnenswert, dass die im Nachtragshaushalt 2019/2020 enthaltenen zusätzlichen Mittel für Klima- und Artenschutz in Höhe von 60,7 Millionen Euro auch im Jahr 2021 weiterhin in voller Höhe zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden insbesondere für die Förderung des Öko-Landbaus,

für die Waldbauoffensive, für das Landesprogramm "BioRegio" sowie für Forschungs- und Pilotprojekte verwendet.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr liegen wieder eine ganze Reihe von Änderungsanträgen vor, denen auch wir von der CSU zustimmen könnten, wenn mit ihnen nicht Ziele verfolgt würden, die wir ohnehin schon berücksichtigen und immer mit Nachdruck verfolgen. Dass wir in manchen Fällen anderer Meinung sind, liegt in der Natur der parlamentarischen Debatte. Wir zeigen mit der Diskussion in diesem Haus aber, dass es uns einzig und allein darum geht, unsere Ernährungswirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft bestmöglich zu fördern, damit sie die großen Herausforderungen der Zukunft optimal bestehen können.

So darf ich zum Abschluss Ihre Zustimmung zu diesem, wie schon erwähnt, mehr als ausgewogenen Haushaltsentwurf erbitten. Unserer Ministerin und allen Mitarbeitern in den Ämtern und im Ministerium danke ich für den wirklich unermüdlichen Einsatz. Ich wünsche bei der Umsetzung alles erdenklich Gute und wünsche unseren Bauern viel Glück in Haus, Hof und Stall.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist nun die Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten wird auf EU-Ebene um die Verteilung der EU-Agrargelder gestritten. Die einen wollen das, was eigentlich bislang schon nicht funktioniert hat, einfach immer weiter in die falsche Richtung verteilen; die anderen haben sich große Ziele gesetzt, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir GRÜNE sind uns einig, dass wir eine andere Land- und Forstwirtschaftspolitik brauchen, nämlich eine, die Natur und Menschen versöhnt. Da wissen wir auch die Wissenschaft hinter uns. Wir brauchen große Schritte der Veränderung, keine kleinen. Wir brauchen ambitioniertes politisches Handeln, nicht einfach ein "Weiter so".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen vor allem klare Ziele und eine klare Schwerpunktsetzung. Warum? – Weil der Klimawandel nicht wartet; weil die Landwirtschaft Opfer und Täter zugleich ist; weil der Wald leidet; weil wir verantwortlich dafür sind, dass wir unsere Lebensgrundlagen für unsere Kinder erhalten.

Aber das alles scheint den aktuell regierenden Parteien egal zu sein. Es ist nicht angekommen, nicht auf EU-Ebene, nicht auf Bundesebene und leider auch nicht auf Landesebene. Die bayerische Politik für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft tut so, als würde das alles, was ich oben skizziert habe, nicht stattfinden. Unambitioniert, ohne Lust auf Gestaltung, ohne Bewusstsein für die dringend notwendigen Veränderungen macht das Landwirtschaftsministerium einfach so weiter wie immer. Im Baierischen gibt es da ein schönes Wort dafür: halbscharig. Das Wort "halbscharig" kommt von Ackern mit nur halber Pflugschar, das heißt oberflächlich, sodass die Arbeit letztendlich unbefriedigend bleibt.

(Zuruf)

Alle bekommen ein bisschen was. Das Geld wird ohne Schwerpunktsetzung verteilt, und "Öko" wird einfach unter dem Begriff "regional" subsumiert. Unser Ziel ist doch ein Anteil von 30 % Ökolandbau in Bayern bis 2030. Wir sind uns alle einig, dass wir dafür einen Markt brauchen. Wer wissen will, wie das Konsumverhalten im Bereich "Öko" ist, muss hier Marktforschung betreiben. Da frage ich jetzt die Landwirtschaftsministerin: Was hat die Umfrage, die Sie zum Einkaufsverhalten während der Corona-Krise in Auftrag gegeben haben, eigentlich bezüglich Bio-Lebensmitteln ergeben? – Meines Wissens wurde gar nicht danach gefragt. Ich glaube, die 11.000 bayerischen Öko-Betriebe und vor allem die Betriebe, die sich überlegen, umzustellen, hätte das sehr interessiert.

Da waren wir vor knapp zwei Jahren schon sehr viel weiter. Ministerpräsident Söder hat nach dem erfolgreichen Volksbegehren sofort begriffen, wo erstens die Reise der

Wählerschaft hingeht, und zweitens hat er vielleicht tatsächlich seine Meinung geändert bezüglich notwendiger Umstellungen in der Agrarpolitik. Er war der Treiber für die Übernahme des Volksbegehrens. Wenn die Staatsregierung es mit der Umsetzung ernst meint, dann muss sich das auch im Agrarhaushalt widerspiegeln. Da brauchen wir keine "flankierenden Maßnahmen" – nein, da brauchen wir Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus in Bayern als eigenständigen neuen Haushaltstitel mit einer guten finanziellen Ausstattung. Wir fordern dafür 10 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur der Ökolandbau muss ein klares Staatsziel werden, sondern auch die grundsätzliche Förderung von Maßnahmen für den Klimaschutz auf dem Feld und im Wald. Deshalb beantragen wir den Titel "Klimaschutz in der Landwirtschaft". Diesen Titel wollen wir mit 7 Millionen Euro ausstatten. Damit das alles auch gut gelingt, brauchen wir zielgerichtete Forschungen in diesem Bereich. Deshalb fordern wir, die Titelgruppe "Forschungsvorhaben Landwirtschaft" in den Bereichen "Klimaschutz" und "Ökolandbau" mit 6,63 Millionen Euro auszustatten.

Für einen Wald, der dem Klimawandel standhält, brauchen wir viel mehr Beratung. Deshalb fordern wir hier einen Titel mit 3,6 Millionen Euro für unbefristete Stellen für den Waldumbau und die forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Diese neuen Titel mit dieser finanziellen Ausstattung würden eine klare Richtung vorgeben und die bayerische Land- und Forstwirtschaft zukunftssicher aufstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor Kurzem war ich zu Besuch bei einem guten Bekannten, einem Bio-Bauern. Wir haben über dies und jenes geredet, auch über die Situation der Landwirtschaft und darüber, dass die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren in Rente geht und damit auch viele Bauernhöfe zur Übergabe fällig werden, aber vielleicht gar keiner aus der Familie das übernehmen will. Wir haben auch darüber geredet, dass gerade die kleinen Höfe mit immer mehr Bürokratie zu kämpfen haben. Ganz am Schluss hat er

dann den Satz gesagt: Wo sollen eigentlich die ganzen Schwaiberl hinfliegen, wenn es bei uns keine Bauernhöfe mehr gibt?

Jahrzehntelang war das Staatsziel in Bayern, die Landwirtschaft fit für den Weltmarkt zu machen. Die Leistungssteigerung beim Ertrag von Tieren und Pflanzen und die Steigerung der Exportrate waren das einzige Ziel. Dafür hat man in Kauf genommen, dass Tausende von Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe aufgegeben haben oder aufgeben mussten. 1960 gab es in Bayern 352.659 Betriebe. Die Zahl der Betriebe hat sich bis 2019 nicht nur halbiert, sondern sie beträgt inzwischen nicht mal mehr ein Drittel davon. Dieser riesige Strukturwandel war politisch gewollt, und zwar von der CSU. Die politische Aufgabe muss also sein, die verbleibenden Betriebe in eine sichere Zukunft zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg*innen von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN, die Probleme verschwinden nicht einfach, indem man sie negiert und eine heile bayerische Welt heraufbeschwört. Probleme verschwinden, indem man sie löst. Unsere Welt befindet sich im Umbruch. Der Klimawandel wird zu Rieseneinschnitten führen. Am Beispiel des Wassermangels in Franken können wir heute schon sehen, was das für die Landwirtschaft und auch für unseren Wald bedeutet. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Nicht noch mehr Chemie, nicht noch mehr Kunstdünger, nicht noch mehr völlig überdimensionierte Technik werden uns dabei helfen, sondern im Gegenteil: Mit der Natur arbeiten und nicht gegen sie ist das Gebot der Stunde.

Deshalb würde ich Ihnen, Frau Staatsministerin, dringend empfehlen, den Vorschlag der grünen Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder anzunehmen und endlich mal eine gemeinsame Konferenz mit den Umweltministerinnen und -ministern der Länder zu machen. Landwirtschaft und Umwelt müssen zusammenarbeiten, nicht gegeneinander. Das ist die Lösung für die Zukunft. – Wir bitten um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sengl, es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Plenk gemeldet. – Herr Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Sengl, Sie haben das Höfesterben angesprochen. Was sind Ihrer Meinung nach die fünf Hauptgründe, warum Höfe aufgegeben werden?

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich glaube, ich habe sie alle genannt.

Markus Plenk (fraktionslos): Ich habe keine fünf gehört.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das sind für mich die Hauptgründe. Ich habe nicht gesagt, dass es fünf Gründe gibt, sondern ich habe gesagt: Das sind die Hauptgründe.

Markus Plenk (fraktionslos): Wahrscheinlich gibt es zehn Gründe.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Hans Herold von der CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Frau Kollegin Sengl, ich habe Ihnen bei Ihrer Rede sehr interessiert zugehört. Ich komme auch aus der Landwirtschaft, aus dem ländlichen Raum. Ich weiß natürlich auch, dass für Sie – in Anführungszeichen – "nur" die Bio-Landwirtschaft die wahre Landwirtschaft ist. Das ist einfach so; das ist aber auch bekannt.

In Ihrer Rede hat mich – das muss ich ganz ehrlich sagen – gleich zu Beginn der Begriff "Täter" ein wenig gestört. Das ist ein sehr negativ besetzter Begriff. Mich würde sehr interessieren, was Sie unter diesem Begriff "Täter" in der Landwirtschaft konkret verstehen. Dies hat mich persönlich schon sehr – in Anführungszeichen – "beeindruckt" und mich auch etwas besorgt gemacht.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich habe von Täter und Opfer gesprochen. Ein Beispiel hierfür ist: Warum gibt es seit 1991 eine Nitratrichtlinie? Warum mussten wir die Dünge-

verordnung umsetzen? – Weil wir eine zu hohe Nitratbelastung des Grundwassers haben. Woher kommt in diesem Fall das Nitrat? – Aus der Überdüngung der Felder. In diesem Fall ist die Landwirtschaft der Verursacher. Dies ist auch klar; sonst müssten die Landwirte, wie ich glaube, nicht mühsam Aufzeichnungen anfertigen. Da muss etwas verändert werden. Das habe ich damit gemeint. Man muss aus seinen Fehlern in der Vergangenheit lernen. Dies ist konstruktiv. Probleme zu negieren bringt uns alle zusammen nicht weiter.

Ich finde es ganz wichtig zu sagen, dass es Täter und Opfer gibt. Die Landwirtschaft ist auch Opfer, da sie sich dem rasant fortschreitenden Klimawandel ausgesetzt sieht. In der Landwirtschaft wird sich deshalb einiges ändern. Deswegen brauchen wir viel mehr Geld für die Forschung. Wir müssen uns darauf vorbereiten. Es kann nicht einfach so weitergehen wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Sengl. – Der nächste Redner ist Kollege Dr. Leopold Herz von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu den Äußerungen der Kollegin Sengl. Liebe Gisela, sie bedürfen schon einiger Bemerkungen; ich werde darauf im Laufe der Rede eingehen.

Wir sind alle in einem gewissen Spannungsfeld. Der Klimawandel ist ein wichtiger Punkt. Ich glaube aber – das werden die meisten hier im Hause bestätigen können –, dass wir uns nicht nur auf ein Thema stürzen dürfen. Wir haben sehr viele Gebiete und Problembereiche, die wir in der Gesamtschau immer wieder sehen müssen. Deshalb sollten wir die Einseitigkeit ein wenig beiseitelassen.

Ein ähnlicher Gedanke kommt mir bei dem Einwand und dem Vorwurf, dass nach wie vor Spritzmitteleinsatz und Überdüngung stattfinden. Dagegen muss ich mich als Landwirt entschieden wehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gerade der Spritzmitteleinsatz ist seit Jahren rückläufig. Wir haben das mit dem Volksbegehren untermauert.

Auch das Thema Überdüngung muss ich als Grünlandwirt deutlich ansprechen. Über 90 % der Landwirte sind im Kulturlandschaftsprogramm engagiert. Jeder Teilnehmende weiß, dass nur betriebseigene Düngung gemacht werden darf. Das können wir daher so nicht stehen lassen. Ich bitte schon, die Kirche im Dorf zu lassen. Dieses Programm gibt es seit 1988; es wird mit zunehmendem Interesse genutzt. Dies zeigt deutlich, dass die Landwirte sehr an einem ausgewogenen, auch ökologischen Düngehaushalt interessiert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In der Kürze der Zeit ist es nur noch möglich, einige wichtige Punkte anzusprechen, die teilweise schon zum Ausdruck kamen. Ich will zunächst bemerken, dass der neue Haushalt mit 1,7 Milliarden Euro eine große Summe ausweist, die aber wichtig ist. Weitere 54 Millionen Euro sind heuer dazugekommen. Dies ist eine Steigerung um circa 3,3 %. Ich darf mich beim Ministerium, bei der Frau Ministerin und bei allen beteiligten Haushaltspolitikern bedanken. Dies ist immer wieder ein Kraftakt, gerade auch in Zeiten von Corona. Wir werden nach der Überwindung der Corona-Zeit sicher noch intensivere Kämpfe um die Finanzen erleben. Einen solchen Haushalt aufzustellen, erfordert immer wieder einen Kraftakt; denn jedes Ministerium sieht sich natürlich immer als das wichtigste Ministerium. Das ist menschlich. Deshalb werden wir nach wie vor großes Engagement zeigen müssen, um mit Blick auf die Zukunftsaufgaben einen vernünftigen Haushalt gerade in dem enorm wichtigen Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aufzustellen. Nochmals herzlichen Dank an alle Beteiligten! Wir freuen uns natürlich, wenn draußen auch ankommt, dass hier mit enormem Engagement gearbeitet wurde.

Schon kurz erwähnt wurde, dass ein großer Anteil des Haushaltes, wie zwischen Bund und Ländern vereinbart, in die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes geht. Wir sind mit bestimmten Summen gebunden. Ich will das in der Kürze der Zeit nicht ausführen; man muss aber einfach zur Kenntnis nehmen, dass vertragliche Verpflichtungen bestehen, die wir einhalten müssen.

Ich will drei Bereiche näher ansprechen. Ein Bereich ist die Mehrgefahrenversicherung. Ich glaube, angesichts des zunehmenden Klimawandels ist das ein wichtiger Punkt, gerade für den Obst- und Weinbau. Ich denke hier an die Bodenseeregion, an Ostbayern oder an die vielen fränkischen Gebiete. In Zukunft wird dies ein weites Aufgabenfeld werden. Ich bedanke mich für die Möglichkeit, dass sich Obstbauern und Winzer an einem wichtigen Programm beteiligen können, um weiterhin zukunftssicher wirtschaften und produzieren zu können.

Ein weiterer großer Bereich ist der Klima- und Artenschutz, der schon genannt wurde.Hier konnten über 60 Millionen Euro bereitgestellt werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das ist natürlich nie zu viel für diese großen Aufgaben, zu denen der große Bereich BioRegio und die weitere Forschung zum Klimawandel gehören. Das ist das Spannungsfeld, das von der Kollegin angesprochen wird: die Weiterentwicklung der Öko-Landwirtschaft.

Es ist richtig, im Volksbegehren stehen diese 30 % bis 2030 drin. Ich habe selbst Bedenken, wenn ich die Zahlen anschaue. Hier sind wir in einem Spannungsfeld. Wir müssen hier einen Spagat bewältigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder von uns kennt bisher konventionell produzierende Landwirte, die staatliche Kantinen beliefert haben. Wenn diese Kantinen künftig nur noch von ökologisch produzierenden Landwirten beliefert werden sollen, fragen mich diese Landwirte natürlich: Sind wir Schwerverbrecher?

In diesem Spannungsfeld müssen wir die Verbraucher mit ins Boot holen. Für die kommenden Haushaltsverhandlungen gebe ich gleich eine Hausaufgabe mit auf den Weg:

Wenn wir diese ökologische Landwirtschaft wollen – wir haben in diesem Hause entschieden, dass wir das wollen –, dann müssen wir dem Verbraucher aber auch klar und deutlich sagen, dass er bereit sein muss, diese Produkte mehr als bisher – bisher haben wir in Bayern pauschal rund 10 %, 12 %, in bestimmten Gebieten sogar bis zu 20 % diese Landwirtschaft – nachzufragen und den Mehraufwand für diesen ökologischen Umweltbeitrag zu finanzieren. Dazu bedarf es Anstrengungen, die nicht nur die Landwirtschaft betreffen, sondern vor allem den Kunden. Ich will jetzt nicht fragen: Wer war zuerst da, die Henne oder das Ei? Das werden wir heute nicht beantworten können. Wir hatten in der Vergangenheit schon Probleme, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): – die Produkte abzusetzen. Deshalb müssen wir hier weiter tätig sein und für die Zukunft weitere Maßnahmen fordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Lieber Kollege Leo Herz, ich habe mich gemeldet, weil Sie das Thema der Grundwassersituation angesprochen haben. In der ganzen Diskussion fehlt mir schon die ganze Zeit der Aspekt, Verantwortung zu übernehmen. Die Landwirtschaft muss für ihren Beitrag Verantwortung übernehmen und darf das nicht immer wegwischen. Kennen Sie zum Beispiel die Aussage vom Landesamt für Umwelt, dass der Großteil der Nitratbelastungen im Grundwasser auf die Landwirtschaft zurückzuführen ist? Kennen Sie diese Aussage? Das ist meine erste Frage.

Sie wissen, dass sehr viele Wasserversorger Probleme mit Pestiziden im Grundwasser haben. Die zweite Frage ist: Was meinen Sie denn, woher diese Pestizide kom-

men? Wer wird dafür wohl verantwortlich sein, dass das Grundwasser mit Pestiziden belastet ist?

Sie sagen immer, dass sehr viele Landwirte am KULAP-Programm teilnehmen. Sagen Sie mir doch, wie groß der Anteil der teilnehmenden Landwirte am KULAP-Programm "Bodennahe Gülleausbringung" ist. Dafür gibt es auch eine KULAP-Prämie. Aber das hat wohl mit der Düngermenge nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Steinberger, Ihre Redezeit ist auch zu Ende. – Herr Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Steinberger, das wären Themen für tagfüllende Diskussionen. Ich würde gerne auf die bodennahe Gülleausbringung eingehen; das kann ich jetzt aber nicht.

Wir werden weitere Anhörungen machen. Wir hatten ja eine Petition, die nicht in dem Maße gelaufen ist, wie ich persönlich mir das vorgestellt habe. Ich habe ein großes Problem damit, wenn hier schon investiert werden kann, ohne die abschließenden Ergebnisse zu kennen. Mir kommt da spontan der Gedanke, dass bisher noch nicht untersucht wurde, wie die Ausgasung stattfindet, wenn zum Beispiel eine Güllewurst über drei oder vier Wochen dort liegt. Das sind alles Punkte, die wir in Betracht ziehen müssen.

Zu der eingangs aufgeworfenen Frage: Die Landwirtschaft ist sicherlich beteiligt. Aber die Proben von 93 % der Brunnen zeigen, dass hier kein Problem besteht. Im Grünland ist überhaupt kein Problem festgestellt worden.

Dann muss ich noch den Punkt ansprechen: Wenn wir betrachten, welche Werte nach Brüssel gemeldet werden, wäre das ebenso ein Thema für tagfüllende Diskussionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre! Herr Präsident, Frau Ministerin Kaniber, werte Kolleginnen und Kollegen! An Herausforderungen hat es im Bereich Ernährung und Landwirtschaft in den letzten zwei Jahren dieser Legislaturperiode nicht gemangelt. Da können Sie noch so viel über Artenschutz, Klima, Öko-Anbau, Tierwohl, über den Verbraucherschutz und über gesunde Ernährung sprechen, wirklich zustande gebracht haben Sie bisher nichts für unsere Landwirte.

Frau Minister Kaniber, Sie geben in diesem Haushaltsplan keine oder nur sehr bescheidene Antworten auf die Bedürfnisse unserer Landwirte. Sie haben mal eben den Fördersatz beim AFP von 30 % auf 40 % angehoben, als von den Landwirten Gegenwind kam. Glauben Sie wirklich, dass die Bauern genauso käuflich sind wie etliche Ihrer Kollegen bei der CSU?

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern hat sich seit dem Jahr 2010 um 13,6 % auf 84.600 verringert. Die Anzahl der viehhaltenden Betriebe im Freistaat schrumpfte noch viel stärker. Gleichzeitig stieg die Flächenkonzentration bei den verbliebenen Betrieben, genauso wie die Pachtpreise.

Diesen Kannibalismus in der Landwirtschaft haben Sie, Frau Kaniber, wegen Ihrer desaströsen Landwirtschaftspolitik mit zu verantworten. Das können Sie auch nicht einfach so weglächeln. Ein Blick auf die heutige Situation zeigt: Auf grüne Kreuze folgen schwarze Sargnägel für die bayerische Landwirtschaft. Söder und Kaniber führen die Landwirtschaft in die ökologische Sackgasse.

Ziel der bayerischen Landwirtschaft müsste dagegen sein, die Vielfalt der bayerischen Familienbetriebe in der Region zu erhalten

(Beifall bei der AfD)

und vor allem die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

(Beifall bei der AfD)

So aber werden immer mehr Landwirte aufgeben, während Billigimporte immer mehr zunehmen.

Nun zu den einzelnen Änderungsanträgen: Die FDP fordert in ihrem Antrag, die Einzelbetriebliche Investitionsförderung um 5 Millionen Euro zu erweitern. Investitionen in innovative Gülleausbringtechnik und Gülleseparierung sollten demnach unterstützt werden. Hier muss jedoch das Übel an der Wurzel gepackt werden. Immer strengere Auflagen vonseiten der Regierung erfordern immer höhere Investitionen, deren Nutzen für die Umwelt zumindest fraglich ist. Die Umweltauflagen werden so zum Fass ohne Boden. Da kann man noch so viel fördern, die Anforderungen und damit die Kosten werden immer höher, ohne dass die Erzeugerpreise damit Schritt halten können. Insofern ist der Antrag gut gemeint, löst aber das Problem der Landwirte nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag auf Drucksache 18/13338, "das Staatsziel 30 Prozent ökologische Landwirtschaft in Bayern bis 2030 soll sich im Haushalt eindeutig abbilden." Immerhin geben Sie damit zu, dass die Bewirtschaftung landwirtschaftlichen Grund und Bodens demnächst wie in der Sowjetunion ausschließlich vom Staat nach einer Art Fünfjahresplan bestimmt wird. Die ehemals selbstständigen Bauern werden so schrittweise enteignet und am Ende nur noch als Traktoristen auf ihrem eigenen Grund und Boden eingesetzt, ähnlich wie in der DDR.

Der sogenannte Klimaschutz ist nicht nur dem Wortsinn nach ein Widerspruch; man kann die Umwelt schützen, jedoch nicht das Klima. Der sogenannte Klimaschutz dient genauso wie der Artenschutz lediglich als Vorwand, um der Wirtschaft und vor allem der Landwirtschaft alle möglichen Grausamkeiten zuzumuten. Dieser Antrag ist wie

nahezu alle Anträge der GRÜNEN rein ideologisch motiviert, und wir lehnen ihn daher ab.

Was Sie tatsächlich von regionaler Erzeugung und der heimischen Landwirtschaft hält, hat die Kollegin Sengl von den GRÜNEN klar gesagt: Sie möchte lieber biologisch erzeugten Weizen aus Italien als konventionell erzeugtes Getreide aus dem Nachbardorf.

Die alte Tante SPD will die GRÜNEN sogar noch links überholen und schwenkt jetzt zunehmend auf den Öko-Kurs ein. Da werden die Öko-Jünger aber lieber das Original wählen als die schlechte Kopie von der SPD.Ihre beiden Anträge zielen auf die städtische Klientel ab, die Landwirtschaft nur aus der "Süddeutschen Zeitung" kennt und sich ihre Nahrungsmittel mit dem SUV aus dem Bioladen abholt. Bayern ist schon lange Ökomodellregion. Vielleicht ist Ihnen das entgangen. Nachhaltige Landwirtschaft wird unter unserem weiß-blauen Himmel bereits seit vielen Generationen betrieben. Das findet auch in unserem Änderungsantrag konsequent Ausdruck, in dem wir fordern, nicht einseitig die Ökolandwirte, sondern auch die standortangepasste Landwirtschaft und konventionelle Familienbetriebe zu fördern.

Der steigende Ernährungsbedarf einer größer werdenden Bevölkerung kann auch langfristig nur mit konventioneller Landbewirtschaftung gedeckt werden. Die Verbraucher wollen in diesen unsicheren Zeiten nach wie vor in erster Linie preiswerte Lebensmittel. Allen Umfragen zum Trotz kaufen sie weiterhin fleißig bei Aldi, Lidl & Co. Im Gegensatz zu Handwerksbetrieben können Landwirte nicht einzeln über Preise für ihre Erzeugnisse verhandeln. Sie stehen Milliardären wie den Herren Albrecht und Schwarz gegenüber, die als Oligarchen mit ihrer Marktmacht die Preise diktieren. Die Appelle unserer beiden Landwirtschaftsministerinnen für faire Preise klingen da wie realitätsfernes Wunschdenken.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner von der SPD-Fraktion. – Frau Fehlner, bitte schön.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie wichtig eine nachhaltige Landwirtschaft und eine sichere Versorgung mit gesunden Lebens- und Nahrungsmitteln sind, hat uns die globale Corona-Pandemie noch einmal überdeutlich gemacht. Die Folge: Sehr vieles hat sich verändert, auch unser Einkaufs- und Ernährungsverhalten.

Neu entdeckt haben die Menschen die Natur, die Landschaft und den Wald um sich herum. Noch nie wurde zu Hause so viel gekocht. Noch nie wurde so viel gewandert. Noch nie wurde so viel in Hofläden eingekauft. Regional, saisonal produzierte Lebensmittel haben seit Beginn der Pandemie einen regelrechten Boom erlebt. Wer heute selber kocht, legt Wert auf Frische, Wert auf eine nachhaltige Produktionsweise und Wert auf die Herkunft der Produkte. Diese neue Sensibilität, diesen Bewusstseinswandel und die damit einhergehende größere Wertschätzung in der Bevölkerung für unsere heimische Landwirtschaft und für unsere lebensnotwendigen Ressourcen gilt es jetzt konsequent weiter zu stärken. Damit der Diskurs über eine nachhaltige Landwirtschaft möglichst sachlich geführt wird, müssen wir zwischen Stadt und Land, Gesellschaft und unseren Bäuerinnen und Bauern Brücken bauen.

Unser Ziel muss es sein, in Bayern die Landwirtschaft fit für den Klimawandel zu machen und unseren bäuerlichen Betrieben eine ökologische, nachhaltige, innovative und zugleich überzeugende wirtschaftliche Zukunftsperspektive aufzuzeigen und diese auch zu ermöglichen. Wir brauchen unbedingt eine landwirtschaftliche Struktur, welche die kleinen und mittelständischen Betriebe stärkt und erhält, die gute Arbeitsbedingungen schafft und für faire, gerechte Lebensmittelpreise sorgt.

(Beifall bei der SPD)

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch: Regionale Produktion und regionale Vermarktung entlasten unsere Umwelt.

Im neuen Einzelplan für das Landwirtschaftsressort werden die Mittel auf fast 1,7 Milliarden Euro erhöht. Es gilt jetzt, diese Mittel gut, mit großer Sorgfalt und Weitsicht einzusetzen. Wir alle wissen, und das nicht erst seit Corona: Wir stehen vor allem bei der Landwirtschaft vor großen Herausforderungen bezüglich Klimawandel, tierwohlgerechter Nutztierhaltung, gesunder Produktion unserer Lebensmittel, Umbau unserer Wälder in klimatolerante Mischwälder und vieles mehr.

(Beifall bei der SPD)

Diese Herausforderungen müssen wir bewältigen. Das können wir aber nur gemeinsam leisten. Landwirtschaft und Umweltschutz müssen hier Hand in Hand gehen.

Auf einige für uns wichtige Forderungen im Hinblick auf den neuen Etat möchte ich kurz eingehen, etwa zum Thema "Bauen mit Holz". Holz hat als nachwachsender Rohstoff enormes Potenzial. Holz ist ein hervorragender CO2-Speicher, wenn er als Baustoff verwendet wird. Erfreulich ist, dass in Bayern zwar der Anteil des Bauens mit Holz gestiegen ist, jedoch werden immer noch viel zu viele Gebäude in herkömmlicher Bauweise errichtet. Wir brauchen einen "Holzturbo", der vor allem öffentliche Bauvorhaben wie Kitas, Schulen oder Rathäuser, aber natürlich auch den Privatwohnungsbau fördert. Ein unbürokratischer Förderungszuschlag von 5 %, zum Beispiel für Kitas, wäre ein wichtiges und richtiges Signal auch an unsere Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Die Realisierung von Bauvorhaben mit Holz hilft auch unseren Waldbesitzern. Sie sitzen auf vielen Festmetern, die ihnen Schädlinge und Sturmbruch beschert haben. Aufgrund des Überangebotes erzielen sie nur noch geringe Preise. Aufgrund dieser Situation ist es nicht nachvollziehbar, dass im neuen Haushaltsplan für die wichtige Holzbauoffensive lediglich 100.000 Euro eingeplant sind. Das ist zu wenig; das ist viel zu wenig. Deswegen ist es dringend notwendig, hier nachzubessern. Meine Fraktion schlägt eine angemessene Erhöhung auf mindestens 500.000 Euro vor.

(Beifall bei der SPD)

Nachbesserungen sind auch im Hinblick auf unsere bayerischen Wälder notwendig. Sie müssen klimagerecht umgebaut werden. Dazu brauchen wir natürlich die Fachleute, die das tun. Dafür brauchen wir im Forstbereich mehr Stellen. Nach wie vor fehlen uns – auch für die Bildungsarbeit – Försterinnen und Förster. Wir alle wissen: Die große Generationenaufgabe des Waldumbaus kann nicht mit der aktuell dünnen Personaldecke gestemmt werden. Hier müssen wir dringend aufstocken.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forst sind seit vielen Jahren am Limit. Das weiß ich aus vielen Gesprächen und Besuchen vor Ort. Fakt ist: Die Aufgaben und Projekte für die Forstwirte nehmen stetig zu. Zudem können die Aufgaben durch die zum Teil großen Reviere, die zahlreichen Anfragen, die intensiven Beratungen und Förderanträge der Waldbesitzer und Kommunen kaum mehr bewältigt werden. Deshalb fordern wir für diesen Bereich 50 neue Planstellen.

Meine Redezeit ist knapp, dennoch kurz zum Thema Landwirtschaft: Die Ökomodellregionen in Bayern sind für alle Erzeuger in der Region, ob Biolandbau oder konventionelle Erzeugung, eine große Chance. Es geht um die gesamte Wertschöpfungskette.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit!

Martina Fehlner (SPD): Es gilt, Landwirte, Erzeuger und Verbraucher zusammenzubringen. Wir wollen, dass Bayern flächendeckend Ökomodellregion wird. Damit wollen wir unsere Land- und Forstwirtschaft stärken, Umweltleistungen gerecht entlohnen und regionale Wertschöpfungsketten unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Hier hat sich seit Corona-Zeiten einiges verändert, zum Beispiel, dass an diesen beiden Plätzen keine Stenografinnen und Stenografen mehr sitzen. Sie leisten aber weiterhin tolle Arbeit. Mein Protokoll kam heute Nacht um 02:45 Uhr. Vielleicht schicken wir mal einen Applaus an unsere Stenografen. Sie können uns auf jeden Fall hören, auch wenn wir sie nicht sehen können.

(Lebhafter Beifall)

Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf europäischer Ebene ist der Agrarhaushalt der größte und damit wichtigste Einzelposten des Gesamthaushalts. In Brüssel werden die Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe gesetzt. Umso wichtiger ist es für unsere bayerischen Betriebe, wie es in Zukunft auf europäischer Ebene weitergeht.

Das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland, das die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in Deutschland regelt, muss bis Ende Juni abgeschlossen sein, damit Deutschland termingerecht bis Ende des Jahres seinen nationalen Strategieplan zur neuen GAP in Brüssel einreichen kann. Zwei Sonderagrarministerkonferenzen wurden ohne Ergebnis abgeschlossen. Vor allem die Agrarminister von den GRÜNEN haben jegliche Kompromissbereitschaft vermissen lassen. Für uns ist klar: Landwirtschaft ohne Umweltschutz hat keine Zukunft. Aber nur mit Verboten und romantisch weltfremden Vorstellungen kommen wir nicht weiter.

Als Sprecher für Agrar- und Umweltpolitik ist mir sehr wohl klar, dass es nicht leicht ist, die Interessen der Landwirtschaft und der Umwelt unter einen Hut zu bringen. Wir müssen aber Kompromisse finden. Für die FDP-Fraktion sind dabei eine zielorientierte Verteilung der Gelder und eine praktikable Ausgestaltung der Förderprogramme sowie

der Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" am wichtigsten. Deswegen begrüßen wir, dass die Agrarumweltprogramme, das bayerische Kulturlandschaftsprogramm und das Vertragsnaturschutzprogramm weiterhin finanziell gut ausgestattet sind. Wir haben besonders in der Pandemiezeit gemerkt, wie praktisch und verlässlich kurze Wege sind. Regionale Produkte und vor allem die Direktvermarktung haben einen richtigen Aufschwung erlebt. Die Corona-Krise fördert das Bewusstsein für die heimische Landwirtschaft. Wir spüren die Grenzen der Globalisierung. Viele lernen den Wert regional produzierter Waren neu zu schätzen.

Unsere Landwirte leisten einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Bayern. Das wirtschaftliche Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft ist aber nach wie vor die Tierhaltung. Wollen wir der Tierhaltung in Bayern eine Perspektive geben, dann müssen wir zukunftsfähige Wege aufzeigen, Zielkonflikte im Dialog auflösen und Planungssicherheit schaffen. Unser Ziel muss es sein, die Tierhaltung künftig stärker als bisher auf Tierwohl und Nachhaltigkeit auszurichten. Für diese Betriebe, die wir alle mitnehmen wollen, ist es wichtig, dass wir investieren, und zwar vor allem in umweltschonende Technik und tierwohlgerechte Haltungsformen. Wir alle wissen, dass dies mit enormen Kosten verbunden ist. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion mehr Gelder für die Einzelbetriebliche Investitionsförderung gefordert.

Unsere Betriebe müssen und wollen investieren, auch in innovative Gülleausbringtechnik. Würden wir nur die Sensorsysteme fördern, die neu anzuschaffende Ausbringtechnik aber nicht, wäre das nicht zu Ende gedacht. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung wäre die Schaffung einer Tiergesundheitsdatenbank. In dieser Datenbank sollen Schlachtbefunddaten mit bereits vorhandenen Daten der Veterinär- und Lebensmittelämter sowie der HI-Tierdatenbank vernetzt werden. In Nordrhein-Westfalen gibt es das schon, also wäre das auch in Bayern möglich und umsetzbar. Es hilft nicht, immer mehr Personal und mehr Kontrollen zu fordern. Wir brauchen Transparenz und Effizienz im System.

Die staatliche Förderung einer Mehrgefahrenversicherung lehnen wir ab. Wir Freien Demokraten wollen Rahmenbedingungen für ein wirksames betriebliches Risikomanagement schaffen und stehen sowohl den staatlichen Soforthilfemaßnahmen als auch staatlicher Subventionierung von Versicherungslösungen skeptisch gegenüber. Aus diesem Grund fordern wir seit Jahren die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage. Staatliche Soforthilfen haben nämlich langfristige wirtschaftliche Auswirkungen und sind zum Teil ungerecht. Laut dem aktuellen ORH-Bericht ist bei der Auszahlung der Dürrehilfen in den Jahren 2018 und 2019 wohl einiges nicht gut gelaufen. Offensichtlich haben nicht nur die Betriebe Hilfen erhalten, die diese auch wirklich benötigen. Dabei handelt es sich nicht nur um Einzelfälle. Auch bei der Berechnung der Förderbeträge nahm man es nicht so genau; teilweise wurden viel zu hohe Beträge ausgezahlt, in einem Fall waren es sogar 21.000 Euro zu viel.

Ich darf aus dem Bericht des ORH zitieren: Statt existenzgefährdeten Landwirten schnell zu helfen, wurden Verwaltungskapazitäten für die Entschädigung von Kleinstschäden in der Bayerischen Dürrebeihilfe gebunden. Zudem wurden Zuwendungsempfänger ungleich behandelt und rechtsgrundlos Zuwendungen gewährt. Der ORH vermisst die gebotene Sorgfalt bei der Sachbearbeitung.

Die FDP-Fraktion steht hinter den großen Ausgabeblöcken im Agrarhaushalt. Ohne die Agrarumweltprogramme und die Ausgleichszahlungen wären Landwirtschaft und der ländliche Raum nicht denkbar. Wir schließen uns aber der Kritik im ORH-Bericht an. Wir sollten die Gelder zielorientierter einsetzen und die Förderprogramme besser aufeinander abstimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Schöffel für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Frau Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Einzelplan 08, den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums. Wir sprechen dabei zuallererst über die Rahmenbedingungen für unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir sprechen über die Zukunft unserer bäuerlichen Familien. Deshalb möchte ich an den Anfang meiner Rede einen Dank an unsere Bäuerinnen und Bauern stellen. Sie sorgen für unser tägliches Brot. Sie sorgen dafür, dass unsere wunderbare Landschaft gepflegt wird; sie versorgen die Tiere an 365 Tagen im Jahr; sie sorgen für Lebensgrundlagen, für Lebensmittel und für Landeskultur. Deshalb sei hier ein herzlicher Dank an die Bäuerinnen und Bauern ausgesprochen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe immer geglaubt, das Niveau der agrarpolitischen Attacken von Frau Kollegin Sengl sei nicht mehr zu unterbieten. Heute wurde dieses Niveau aber doch noch einmal unterboten, da Frau Sengl die Landwirtschaft als "Täter" dargestellt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden über Menschen, nicht über Ideologien. Wir reden darüber, dass wir mit großen Anstrengungen auch in der Zukunft Lebensmittel in unserem Land produzieren müssen. In der Corona-Pandemie ist überaus deutlich geworden, wie wichtig es ist, dass wir in unserem Land auch weiterhin Lebensmittel produzieren. Die Landwirtschaft lebt dabei in einem schwierigen Umfeld. Verschiedene Redner haben es schon dargestellt: Wir müssen die Interessen der Verbraucher, die Ökologie, die Umwelt und die Haltung der Tiere unter einen Hut bringen. Das ist nicht einfach; denn hier müssen marktwirtschaftliche Komponenten, politische Förderprogramme, Appelle an die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie ein fairer Umgang miteinander in Einklang gebracht werden.

Frau Sengl, Sie haben hier gesagt, die Landwirtschaft sei ein Täter. Mit dem Hinweis auf die Schwalben im Stall haben Sie versucht, die Landwirtschaft zu romantisieren. Die Fragen, worin der Strukturwandel besteht und wo Sie die Zukunft der bäuerlichen Betriebe sehen, können Sie nicht beantworten. Die Agrarminister der GRÜNEN in den

Bundesländern wollen diese Fragen nicht beantworten. Es ist eine unglaubliche Unverschämtheit, wenn Sie hier von Ställen sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen von Bäuerinnen, Bauern und landwirtschaftlichen Verhältnissen aus dem letzten Jahrhundert und nach dem Zweiten Weltkrieg. Darauf haben Sie mit den Schwalben im Stall Bezug genommen. Sie haben aber nicht über die Arbeitsverhältnisse der Bäuerinnen und Bauern in diesen Ställen und auch nicht über die Qualität der Tierhaltung gesprochen. Die Ställe mit den Schwalben, von denen Sie hier gesprochen haben, wollen Sie laufend verbieten. Sie wollen hier im Hause und im Deutschen Bundestag die Anbindehaltung verbieten. Frau Kollegin Sengl, was Sie hier vortragen, zeigt eine unglaubliche Doppelzüngigkeit. Sie unterstützen die Bauern eben nicht beim Erhalt ihrer Produktionsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dafür Sorge tragen, dass in unserem Land weiterhin Agrarproduktion stattfindet. Dafür haben die CSU und dieses Landwirtschaftsministerium über Jahrzehnte hinweg Strategien entwickelt. Ich möchte nur einige nennen: Mit der Stallbauförderung haben wir bereits vor langer Zeit Tierwohlkriterien eingeführt. Wir haben GV-Obergrenzen und Investitionsobergrenzen eingeführt. Mit dem Kulturlandschaftsprogramm, das in den Achtzigerjahren entwickelt worden ist, haben wir Weichenstellungen vorgenommen. Damals hat noch nicht jeder die Worte "Ökologie in der Landwirtschaft" in den Mund genommen. Die CSU hat zu dieser Zeit ein Agrarumweltprogramm entwickelt. Heute haben wir ein Programm mit 328 Millionen Euro, das größte Agrarumweltprogramm, das es in Deutschland gibt. Damit können wir vor den Verbraucherinnen und Verbrauchern bestehen. Wir tun viel für die Ökologie in unserem Lande. Hier handelt es sich um freiwillige Maßnahmen, die unsere Bäuerinnen und Bauern durchführen und die wir vergüten. So geht es in die Zukunft.

Herr Kollege Stadler von der AfD, Sie haben von einer "ökologischen Sackgasse" gesprochen. Ich kann nur sagen: Wer von einer "ökologischen Sackgasse" spricht, der befindet sich in einer politischen und einer geistigen Sackgasse. Sie sind auf keinen Fall ein Ratgeber für die Bäuerinnen und Bauern. Das möchte ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es um die Frage, was die GRÜNEN in den Ländern, in denen sie regieren, für die Agrarökologie tun. Wir geben in Bayern für jeden Hektar landwirtschaftlicher Fläche im Durchschnitt 120 Euro für Agrarumweltmaßnahmen aus. Das Land Schleswig-Holstein, wo Herr Habeck lange Zeit Landwirtschafts- und Umweltminister war, wendet dafür 35 Euro auf. In Nordrhein-Westfalen sind es 39 Euro. In Bayern wird drei- bis viermal so viel für Agrarökologie, Artenschutz und Naturschutz getan, und das auf freiwilliger Basis. Mehr Naturschutz erreichen wir nur durch Anreize, durch Motivation und durch Mitmachen, nicht durch Verbote, wie Sie das vorhaben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Agrarhaushalt gibt den Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit. Wir gewährleisten diese durch einen starken Haushalt mit wichtigen Säulen wie unserem Kulturlandschaftsprogramm, den Investitionen von 52 Millionen Euro in neue Tierwohlställe, dem Bergbauernprogramm und der Ausgleichzulage, den Mitteln für die Dorferneuerung und die Flurneuordnung. Zur Zukunft der bäuerlichen Betriebe gehört natürlich ein starker ländlicher Raum. Nicht zu vergessen sind auch die 77 Millionen Euro für den Waldumbau und den Waldschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt. Alle sprechen über die GAP. Wenn die GRÜNEN wollten, dass man hier einen Weg findet, damit bäuerliche Betriebe eine Zukunft haben und Ökologie einen großen Stellenwert hat, dann müssten sie unserem Konzept der GAP zustimmen; denn da wird das vereint. In der neuen GAP wird deutlich

mehr für Agrarökologie gemacht werden und gemacht werden müssen. Wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass gerade unsere kleinen bäuerlichen Betriebe noch von etwas leben können und ein Auskommen haben.

Warum blockieren die GRÜNEN jeden Kompromiss? –

(Zuruf)

Erstens, weil sie sich selber nicht einig sind. Das Wahlprogramm von Habeck und die Ansichten der GRÜNEN-Landwirtschaftsminister in den neuen Bundesländern

(Zuruf)

sind in keiner Weise miteinander in Einklang zu bringen. Wir hören von den neuen Bundesländern, man brauche Großbetriebe, weil andere Betriebe die grünen Ideologien gar nicht mehr aushalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Martin Schöffel (CSU): – Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Was ist der zweite Punkt? – Der zweite Punkt dieser Doppelzüngigkeit der GRÜNEN besteht darin, dass es keinerlei Übereinstimmung zwischen dem gibt, was Herr Habeck vorgibt, und dem, was er in Schleswig-Holstein selbst vorgelegt hat.

(Zuruf)

Das ist peinlich, und Sie wollen von Ihren eigenen Unfähigkeiten in den Ländern, wo Sie Verantwortung tragen, ablenken.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, zum Ende kommen heißt, den Satz zu Ende zu führen und nicht die ganze Rede. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Dort, wo die GRÜNEN Verantwortung tragen, gibt es für die Landwirtschaft weniger Unterstützung, mehr Auflagen, mehr Großbetriebe, mehr GV pro Hektar, und die bäuerlichen Familienbetriebe bleiben auf der Strecke. Das wollen wir in Bayern verhindern und haben das erfolgreich getan. Dieser Agrarhaushalt ist für die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern ein wichtiger Beitrag.

(Zuruf)

Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt die Staatsministerin Michaela Kaniber. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorneweg ein herzliches Dankeschön an alle, die an diesem Einzelplan gearbeitet haben. Wir haben diesen Haushalt ja im Haushaltsausschuss schon intensiv beraten. Ich danke allen Berichterstattern und natürlich vor allem auch unserem bayerischen Finanzminister Albert Füracker, der trotz der schwierigen Herausforderung, das Geld zusammenzuhalten, immer ein Ohr für die bayerischen Landwirte hat.

Ich glaube, wir dürfen stolz sein: 61 Millionen Euro mehr, das ist eine Steigerung von über 3,8 %. Der Haushalt umfasst, wie Martin Bachhuber richtig erwähnt hat, 1,7 Milliarden Euro.

Es ist in diesen Krisenzeiten keine Selbstverständlichkeit, so viel Geld in die Hand zu nehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber nur richtig und wichtig.

Erstens. Die Land- und Ernährungswirtschaft hat sich in dieser Krisenzeit in der Tat als systemrelevant erwiesen. Trotz dieses positiven Aspekts sind unsere bayerischen Betriebe bedauerlicherweise unter Druck geraten. Wenn man sich anschaut, was gerade schon erwähnt worden ist: Auch wenn sich unsere Verbraucherinnen und Verbraucher während dieser Krise tendenziell für regionale, aber auch für Bioprodukte entscheiden, darf man nicht vergessen, dass derzeit einfach viele Absatzmöglichkeiten – die Großkantinen, die Gastronomie – fehlen.

Ich möchte auch nicht verschweigen, dass es gerade den Schweinebauern unglaublich schwergefallen ist, diese Zeit durchzuhalten. Auch wenn sich der Druck auf dem Schweinemarkt gerade ein bisschen löst, sind die Reserven bei vielen Betrieben aufgebraucht. Wir brauchen uns da überhaupt nichts vorzumachen. Gerade jetzt sind Agrarinvestitionen wahnsinnig wichtig.

Eines ist auch klar: Die Bayerische Staatsregierung bietet hier in der Tat Hilfe an. Ob kurzfristig, mittelfristig oder langfristig – es geht um die Aufstockung der Investitionsfördersätze. Es geht um Schwerpunktberatung. Wir lassen hier unsere Landwirte nicht alleine.

Dasselbe, was für Zuchtsauenhalter gilt, gilt auch für die Anbindehaltungsbetriebe. Wir müssen da raus. Wir müssen es tatsächlich schaffen, mehr in tierwohlgerechte Laufställe zu investieren. Wir negieren hier nicht die Wünsche der Gesellschaft oder gar das Tierwohl.

Lieber Herr Stadler, Sie haben gesagt "auf Druck der Bauernschaft". – Ich muss jetzt schon einmal sagen: 40 % auszuschöpfen heißt im Übrigen, das EU-Beihilferecht maximal auszureizen. Das dürfte Ihnen wahrscheinlich auch nicht schmecken, weil es dann tatsächlich um diese Frage geht. Klar ist aber, dass unser oberstes Ziel darin besteht, Bayern auch in Zukunft mit Lebensmitteln aus tierwohlgerechten Haltungsverfahren versorgen zu können. Wir müssen das gewährleisten können.

Zweitens. Das Thema Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Ich verwahre mich dagegen, immer so zu tun, als gäbe es eine Spaltung zwischen Umweltschutz und der Bauernschaft. Unsere bayerischen Bauern sind Umweltschützer par excellence!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe: Ah!)

– Es gibt nichts Besseres. Man braucht da auch nicht "Ah!" zu schreien. – Schon heute beteiligt sich jeder zweite Landwirt an unseren Agrarumweltmaßnahmen. Mehr als ein Drittel unserer Äcker und Wiesen profitieren davon.

Wie heißt es aber so schön? – Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir in Bayern wollen nicht nur das Bessere; nein, wir wollen sogar das Beste. Wir werden auf diesem Weg deswegen weitergehen.

Liebe Frau Kollegin Sengl, ich verstehe ehrlich gesagt nicht, dass das für Sie, als Helmut Brunner diesen Weg bereitet hat, alles super war, aber wenn wir auf diesem Weg weitergehen und ihn sogar noch ausbauen, dies auf einmal nichts mehr wert sein soll.

Ich kann nur sagen: Das bayerische Flaggschiff Kulturlandschaftsprogramm wird um weitere 12 Millionen Euro aufgestockt. Wir liegen mittlerweile bei 327,8 Millionen Euro, die uns hierfür zur Verfügung stehen. Das ist ein noch nie dagewesener Wert. Kein anderes Bundesland unterstützt seine Betriebe auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Ökologie so umfassend.

Die zusätzlichen Mittel sind übrigens gerade für Maßnahmen zum Insektenschutz. Wir steuern gerade in diese Richtung. Wir sagen, dass wir eine Reduktion des chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteleinsatzes brauchen. Wir brauchen und fördern im Übrigen Blühstreifen, aber in ganz besonderem Maße auch die extensive Grünlandbewirtschaftung.

Es ist ein deutliches Zeichen an Landwirte und Gesellschaft, dass mit dem Nachtragshaushalt 2019/2020 zusätzliche Mittel für Klima- und Artenschutz in Höhe von 61 Mil-

lionen Euro bewilligt wurden; diese Mittel stehen auch im Jahr 2021 wieder in voller Höhe zur Verfügung.

Wir als Bayerische Staatsregierung halten unser Versprechen. Wir bewältigen die Herausforderungen tatsächlich. Wir versuchen, die weiteren Verschärfungen und weiteren Maßnahmen durch das Volksbegehren gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern zu bewältigen.

Angesicht des rasanten Klimawandels stehen unsere rund 700.000 Waldbesitzer unter enormen Druck. Es geht um rund 80 Millionen Euro. Ich verstehe da, ehrlich gesagt, vereinzelte Ansätze und Anträge nicht. Ich finde es schon richtig und wichtig, Zeichen zu setzen. Aber zu sagen, man brauche hier 500.000 Euro und hier vielleicht 3 Millionen Euro, während der Freistaat Bayern für den Waldumbau 80 Millionen Euro ausgibt – manche Anträge wirken dann geradezu ungut.

Bayern bewegt sich hier auf einem absoluten Rekordniveau. Die Waldumbauoffensive 2030 ist damit absolut im Plan. Seien es die 200 Stellen bis 2030, seien es die 200 Millionen Euro, wir sind sogar dazu bereit, rückwirkend zum 1. Januar höhere Zuschüsse für den Bau von Holzlagerplätzen, für Erneuerungen und Ausbesserungen bestehender Waldwege und, ganz besonders wichtig, für die Erbringung freiwilliger Naturschutzleistungen im Wald zu bezahlen. Wir unterstützen unsere Bäuerinnen, aber auch unsere Waldbauern auch hier.

Jetzt vielleicht noch einmal zur Mehrgefahrenversicherung, ein Thema, das mir ganz wichtig ist. Wer den Klimawandel und extreme Unwetterereignisse aushalten muss, braucht Unterstützung. Liebe Kollegen von der FDP, ich glaube, wir sind uns einig, man muss das eine tun, darf aber das andere nicht lassen. Deswegen sind wir absolut der Meinung, dass wir die Mehrgefahrenversicherung für unsere Wein- und Obstbauern durchaus ermöglichen können. Es gibt ein Sonderprogramm, mit dem wir versuchen, die Versicherungsprämien zu untermauern. Ich glaube, das ist die beste Möglichkeit, eine eigenverantwortliche betriebliche Risikovorsorge zu machen.

Das Thema Regionalität liegt mir extrem am Herzen. Wir brauchen dafür weiter Unterstützung. Durch die Pandemie haben wir einen regelrechten Auftrieb erfahren. Das heißt, wir müssen die Regionalstrategie, aber auch den Trend zu mehr Wertschöpfung nutzen, und deswegen stärken wir mit dem "VuVregio"-Programm weiterhin unsere kleineren Strukturen, darunter insbesondere auch die Schlachthäuser.

Ganz besonders wichtig ist mir auch der Öko-Landbau. Liebe Kollegin Gisela Sengl, ich bin wirklich froh und dankbar, dass wir uns zumindest jetzt in der Frage einig sind, nicht einfach blind Öko-Modellregionen auszurufen. Ich weiß, Frau Fehlner hat das gewünscht. Wir haben wirklich aktive und innovative Öko-Modellregionen. In einem Punkt sind wir uns endlich Gott sei Dank einig: Wir müssen am Markt entlang arbeiten. Ich lasse die Landwirte nicht in eine Umstellerphase pressen, sodass sie am Ende des Tages ihre Öko-Produkte gar nicht verkaufen können. Der Einklang muss klar sein, Absatz und Konsum müssen ganz klar im Visier bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir einen Hinweis an unsere politischen Mitbewerber. Wir sind gerade mitten im Kampf um die EU-GAP-Reform. Dabei werden ganz große Weichenstellungen durchgeführt. Ich möchte hier schon sehr deutlich werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, seien wir doch bitte ganz ehrlich! Manche Bundesländer sind mit ihren eigenen Öko-Leistungen so weit von uns in Bayern entfernt, dass sie Jahre brauchen, um dorthin zu kommen, wo wir jetzt schon stehen. Bayern kann auch in dieser Frage eine Blaupause sein. Eines ist aber auch klar: Wenn wir so weitermachen, wenn wir auf unserem extrem hohen Niveau mit unseren extrem guten Standards die Anforderungen an diese Öko-Leistungen immer weiter verschärfen, was passiert denn dann? Was passiert, wenn es unermessliche Forderungen und Anforderungen an unsere Bauern gibt? – Das liegt auf der Hand. Dann werden wir unsere Lebensmittelerzeugung ins Ausland verlagern.

Dazu müssen wir nur sehen, was aktuell passiert. In Russland sollen bis 2030 insgesamt 12 Millionen Hektar zurzeit ungenutzter Ackerfläche in die agrarische Nutzung zurückgeführt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die gesamte Ackerflä-

che Deutschlands. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Über alle Agrargüter hinweg sind die Exporte aus Russland allein 2020 um 16 % gestiegen. Dabei setzt Russland auch noch auf einen extremen Öko-Landbau. Ich glaube, wir sind uns einig: Selbstverständlich wollen wir einen Öko-Weizen aus Schwaben und nicht aus Sibirien oder wie die GRÜNEN aus Italien. Wir wollen Gemüse aus Nürnberg und nicht aus dem Nordkaukasus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb geht heute mein Appell an Sie, liebe Vertreter der GRÜNEN. Ich habe jetzt zwei Agrarministerkonferenzen hinter mich gebracht, einmal waren es zwölf Stunden, einmal zehn Stunden, und immer ohne Ergebnis. Ich weiß, dass Herr Habeck die Prämisse ausgegeben hat, sich nicht zu entscheiden, um diese emotionalen Themen im Bundestagswahlkampf aufgreifen zu können. Ich bitte Sie von ganzem Herzen: Wirken Sie auf Ihre Kolleginnen und Kollegen ein, damit wir tatsächlich heute zu einem Ergebnis kommen! Ich fahre jetzt gleich nach Berlin.

In der Tat ist es traurig, liebe Kollegin Sengl. Der Wahrheit müssen wir ins Auge schauen. Wir lassen uns nicht von Berlin oder von Schleswig-Holstein erklären, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat. Ein Berliner Senator, der 50 Höfe mit 2.000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche hat, darunter wahrscheinlich nicht einmal einen einzigen Milchbauern, erklärt uns in Bayern, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lügen Sie sich bitte auch nicht in die Tasche, denn viele Bundesländer haben in der zweiten Säule gar kein Geld. Deswegen müssen Umschichtungen vorgenommen werden, damit sie Geld für ihre grünen Ideologien haben. Wir in Bayern stellen dieses Geld freiwillig für unsere Bäuerinnen und Bauern bereit. Seien Sie bitte endlich einmal ehrlich! Schauen Sie, was tatsächlich machbar ist, und versuchen Sie wirklich auf Ihre Kolleginnen und Kollegen einzuwirken.

Wie schaut denn die Landwirtschaft in Bayern aus, liebe Kollegin Sengl? – Sie kommen aus dem Chiemgau und sagen, die Welt in Bayern sei nicht in Ordnung. Ehrlich gesagt, ich würde mich wahrscheinlich schämen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen Umweltschutz und Klimaschutz, wir wollen Tierschutz, und wir wollen Biodiversität, aber nicht gegen unsere Bauern, sondern mit ihnen. Das lassen wir uns auch nicht nehmen, denn das ist die tatsächlich gelebte Nachhaltigkeit im allumfassenden Sinne.

Ich komme noch ganz kurz zu den ländlichen Räumen. Da lassen wir auch nicht nach. 148 Millionen Euro sind dafür vorgesehen, das ist eine Steigerung um weitere 5 Millionen Euro. Damit sollen jungen Menschen Perspektiven gegeben werden, soll Wasserrückhalt in der Fläche geschaffen werden; die Biodiversität soll gestärkt werden, aber auch der Moorschutz soll unterstützt werden. Das alles kostet Geld; das alles gibt es nicht zum Nulltarif, und deswegen sage ich Vergelts Gott an alle, die dafür gekämpft haben, dass wir unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern nicht alleinlassen.

Ganz wichtig in diesen schwierigen Zeiten ist es, hinzuschauen, wer unsere wirklichen Ernährer sind. Wer hat uns nie verlassen? Wer war immer an unserer Seite? Im Übrigen bringen uns gefälschte Statistiken, Herr Stadler, auch nicht weiter. Wir haben 134.000 bäuerliche Betriebe in Bayern und nicht 84.000, wie Sie es gerne errechnen. Sie lassen offenbar die ganz kleinen Betriebe weg, die Ihnen wahrscheinlich gar nichts wert sind.

Zum Schluss muss ich sagen: Unsere Ernährer und auch die Ernährungssouveränität sind in höchstem Maße zu schützen. Das tun wir, das tut diese Staatsregierung gemeinsam mit unserem bayerischen Finanzminister. Vielen Dank für die vielen Akzente und für die Verlässlichkeit für Bayerns Landwirtschaft. Ich bitte von Herzen um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie reden heute von allem Möglichen, nur nicht davon, wo der "Casus knacksus" liegt. Der liegt nämlich in Brüssel. Die von Ihnen angesprochenen EU-Beihilferichtlinien gehören genauso dazu wie die diversen Verordnungen, die fast alles bedingen, worüber wir in den letzten Minuten geredet haben. Das ist für uns der eigentliche Grund des Übels unserer Landwirtschaft. Freiheit von Brüssel bedeutet auch Freiheit für unsere Bauern, und das bedeutet eine kleinteilige Landwirtschaft und damit patriotischen Umweltschutz.

(Zuruf: Mein Gott!)

Anfügen will ich noch Folgendes: Sie haben die Ernteversicherungen angesprochen. Wenn ich mich über Ernteversicherungen unterhalte, brauche ich gar nicht so weit zu gehen. In Europa gibt es dafür sehr viele verschiedene Modelle. Eines der bewährtesten Modelle gibt es bei unseren Nachbarn in Österreich. Das österreichische Ernteversicherungssystem ist zwar nicht billig, aber es hat sich seit über fünfzig Jahren sehr bewährt. Sich daran zu orientieren, könnte auch für uns in Bayern wertvoll sein. Wir sollten den Blick darauf richten, wie es die Österreicher machen, was dort alles Gutes passiert. Wenn Sie nähere Informationen brauchen, müssen Sie mit den österreichischen Kollegen reden. Glauben Sie mir, dieses Modell ist sehr gut und hat sich sehr bewährt.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das ist ein netter Hinweis. Ich wohne direkt an der österreichischen Grenze. Ich weiß, wie es die Österreicher machen. Wir versuchen natürlich, uns immer wieder gegenseitig zu unterstützen. Wir suchen aber auch immer wieder die Varianten heraus, die für Bayern das Richtige sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Gisela Sengl für das BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich glaube, Sie müssen einmal Ihre Zahlen in Ordnung bringen. Jetzt stehen drei Zahlen im Raum. Ich habe 105.000 Betriebe genannt. Diese Daten kommen aus Ihrem Ministerium. Sie haben gerade von 134.000 Höfen gesprochen. Ich weiß nicht, woher diese Zahl kommt.Der Kollege hat von 84.000 Höfen gesprochen. Ich meine, das ist auch eine Zahl aus Ihrem Ministerium. Das sollten Sie vielleicht einmal auf die Reihe bringen.

Zum Zweiten: Sie wissen schon, was eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule bedeutet? – Die zweite Säule ist für Umweltmaßnahmen und für die Entwicklung der ländlichen Räume. Es gibt reiche und ärmere Länder. Sie wissen ganz genau, dass diese Umschichtung zu 100 % mit EU-Geldern finanziert wird und man sie nicht im Land kofinanzieren muss. Bayern ist reich. Das ist schön, aber muss man deshalb so angeberisch sein und auf andere Länder herabschauen, die sich bemühen, sehr viel für Ökologie und Umweltschutz in der Landwirtschaft zu tun? – Sie brauchen dringend die Umverteilung, die Sie bei der Agrarministerkonferenz verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das stimmt eben genau nicht, liebe Frau Sengl. Sie nehmen das Geld aus der ersten Säule. Das ist die Einkommenswirksamkeit. Sie spielen mit Ideologien und würden den Bauern nur unter Auflagen Geld geben. Das heißt aber unterm Strich, dass die Bauern damit gar nichts verdienen können.

Das hat überhaupt nichts mit Arroganz zu tun, sondern mit der Absicht, ehrlich mit den Bäuerinnen und Bauern umzugehen und ihnen auch am Ende des Tages eine Mög-

lichkeit zum Überleben zu geben. Das tun Sie nicht. Ihnen zufolge soll es eine Gemeinwohlleistung werden. Ich finde die Spiele, die Sie spielen, einfach nicht in Ordnung. Das sind Ihre Kollegen. Ich bitte Sie von Herzen, heute noch einmal mit allen zu telefonieren. Was heute auf der Agrarministerebene passiert oder in den letzten Tagen passiert ist, ist mehr als ein Trauerspiel. Es ist ein Trauerspiel, auch die Besserstellung der ersten Hektare nicht zuzulassen.

(Zuruf)

Wir könnten jetzt Stunden diskutieren. Es hilft auch nichts, wenn man es immer wieder wiederholt. Es hilft nichts. Es wird nicht besser, liebe Frau Sengl.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13241 mit 18/13243, 18/13336 mit 18/13342, 18/13593 mit 18/13598, 18/13644 mit 18/13650, 18/13723 mit 18/13736 und 18/14103 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14308 zugrunde. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/14308, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD und der SPD. Stimmenthal-

tungen? – Keine. Damit der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/14308, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13723 mit 18/13736 und 18/14103 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Ich habe gute Nachrichten: Ich entlasse Sie für 30 Minuten in die Mittagspause. Wir treffen uns also um 13:35 Uhr wieder hier.

(Unterbrechung von 13:05 bis 13:36 Uhr)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Förderung einer Ertragsversicherung im Wein- und Obstbau
   (Kap. 08 03 Tit. 683 04)
   Drs. 18/13241
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
   (Kap. 08 03 Tit. 683 12)
   Drs. 18/13242
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen – Landesmittel
   (Kap. 08 06 Tit. 892 67)
   Drs. 18/13243
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 08 02 neuer Titel)
   Drs. 18/13336
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Klimaprogramm Moorwirtschaft
   (Kap. 08 03 TG 54)
   Drs. 18/13337

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Mehr Klimaschutz und ökologische Landwirtschaft in Bayern
   (Kap. 08 03 TG 55, Kap. 08 neuer Tit. und Kap. 08 10 TG 60)
   Drs. 18/13338
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Staatsziele und Zuchtverbandspraktiken – Widersprüche auflösen und Verflechtungen entwirren, Tiertransportpraktiken sanktionieren
   (Kap. 08 03 Tit. 671 03)
   Drs. 18/13339
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Wein- und Obstbau für den Klimawandel fit machen
   (Kap. 08 03 Tit. 683 04 und neuer Tit.)
   Drs. 18/13340
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Stärkung der Weidehaltung – gut für Klima, Mensch und Tier
   (Kap. 08 03 TG 54)
   Drs. 18/13341
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zusätzliche Stellen für den Waldumbau sowie die forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
    (Kap. 08 05 Tit. 428 97 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13342
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Allgemeine Bewilligungen – Bereich Landwirtschaft: Bayern soll flächendeckend zur Ökomodellregion werden!
    (Kap. 08 03 Tit. 683 55)
    Drs. 18/13593
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Stärkung der nachhaltigen Landwirtschaft, des Natur- und Gewässerschutzes und des Artenschutzes
    (Kap. 08 04 Tit. 683 71)
    Drs. 18/13594

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Holzbauoffensive endlich starten, statt nur vermarkten – durch verbesserte Zuschüsse beim Bauen mit Holz Investitionen der öffentlichen Hand in klimafreundliche Bauweisen fördern und Holzmarkt entlasten
    (Kap. 08 05 Tit. 686 89)
    Drs. 18/13595
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Neue Planstellen für die Ämter für Ländliche Entwicklung
    (Kap. 08 30 Tit. 422 01)
    Drs. 18/13596
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen – Zusätzliches Personal für den Forstbereich
    (Kap. 08 40 Tit. 428 02)
    Drs. 18/13597
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Laufende Betriebskosten der Lehr und Versuchseinrichtungen – Forschungsprojekt zur notwendigen Anpassungen der Bewirtschaftung der Bienenvölker am Institut für Bienenkunde und Imkerei an der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau installieren
    (Kap. 08 72 Tit. 533 71)
    Drs. 18/13598
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Förderung in der landwirtschaftlichen Erzeugung
    (Kap. 08 03 Tit. 683 55)
    Drs. 18/13644
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Fördermaßnahmen im Rahmen des „Landesprogramms BioRegio 2030“
    (Kap. 08 03 Tit. 686 55)
    Drs. 18/13645
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Pilotprojekt: Digitalisierung für mehr Tierwohl
    (Kap. 08 03 TG 98 neuer Tit.)
    Drs. 18/13646

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds – Dorferneuerung
    (Kap. 08 06 Tit. 887 67)
    Drs. 18/13647
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschungsvorhaben Hanfanbau
    (Kap. 08 10 neue TG)
    Drs. 18/13648
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Forschungsvorhaben Heilpflanzenanbau
    (Kap. 08 10 neue TG)
    Drs. 18/13649
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Drohnenforschung für landwirtschaftliche Nutzung vorantreiben
    (Kap. 08 10 TG 60 neuer Tit.)
    Drs. 18/13650

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Michael Hofmann
Abg. Tim Pargent
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Martin Böhm
Abg. Gerd Mannes
Abg. Florian Ritter
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Walter Nussel
Abg. Wolfgang Fackler
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Markus Plenk
Abg. Benjamin Adjei
Abg. Harald Güller

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13047 und 18/13048)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12815 mit 18/12818)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12963 mit 18/12970)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/12889)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wieder 45 Minuten mit den üblichen Aufteilungen. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Beteiligung an der Messe Augsburg" auf Drucksache 18/12965 Einzelabstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Einzelplan des Finanzministeriums. Ich möchte an der Stelle sagen, dass sich auch in diesem Einzelplan fortsetzt, was wir in all den Haushaltsberatungen im Grunde genommen feststellen können. Es ist ein Haushalt, der von Zuverlässigkeit und Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern geprägt ist und der vor allem auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Uns liegt ein Einzelplan in einer Größenordnung von 3 Milliarden Euro vor. Die Summe selbst wird der Bedeutung dieses Einzelplans gar nicht mal richtig gerecht; denn wir alle wissen, dass im Einzelplan des Finanzministeriums natürlich vor allem unsere Fi-

nanzämter eine wichtige Rolle einnehmen. Wir haben in diesem Einzelplan 2,1 Milliarden Euro allein für Personalkosten veranschlagt. Bei diesen 2,1 Milliarden Euro geht es auch um insgesamt 30.200 Stellen, zwei Drittel davon im Bereich unserer Finanzämter.

An der Stelle möchte ich den vielen Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten danken, die sich in Zusammenarbeit mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern redlich Mühe geben. Oft wird ein Konfliktpotenzial aufgebaut. Es ist natürlich klar, dass niemand gerne mehr Steuern als unbedingt notwendig zahlt. Aber unsere Finanzverwaltung ist da sehr gut unterwegs. Lieber Herr Finanzminister, richten Sie den Dank des gesamten Plenums an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

(Beifall bei der CSU)

Angesichts dessen hat auch dieser Einzelplan weitere neue Stellen parat, zwar nicht in einer Größenordnung, dass man sagen könnte, wir übernehmen uns. 216 neue Planstellen sind mit Sicherheit nicht der große übermäßige Wurf. Das sollte man allerdings von einem Finanzminister auch nicht erwarten, der ständig zu Recht darauf achtet, dass mit dem Geld sorgsam umgegangen wird und nur solche Ausgaben getätigt werden, die wir auch in Zukunft schultern können.Das sind also 216 neue Planstellen.

210 Planstellen wird es für ein Schulrechenzentrum im Zusammenhang mit IT-Dienstleistungen geben. Darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit richten; denn wir alle wissen, dass die IT in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung bekommen hat. Hier geht es vor allem darum, besondere Sicherheits- und Datenschutzvoraussetzungen zu schaffen. Dieses Schulrechenzentrum unterstützt im Übrigen auch viele andere Ministerien und Behörden. Deshalb ist das ein ganz besonders wichtiger Punkt.

Mit diesem Einzelplan schaffen wir außerdem 247 Anwärterstellen. Davon entfallen 200 auf das Finanzamt und 32 auf das Landesamt für Finanzen; weitere 15 Anwärterstellen wird es für die IT-Infrastruktur geben. Ich sage das deshalb ausdrücklich, weil

der Freistaat Bayern in einer Zeit, in der viele Schulabgänger eine gewisse Unsicherheit haben, seiner Verantwortung gegenüber den jungen Menschen gerecht wird.

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass schnelles Internet in die Wohnungen und Häuser der Menschen kommt. Ich möchte Ihren Blick darauf lenken, dass der Freistaat Bayern hier eine Vorreiterrolle übernommen hat. Der Freistaat Bayern hat es als Erster zusammen mit der Europäischen Union geschafft, diese Richtlinie umzukrempeln, sodass auch Gebiete, die schon mit 30 Mbit/s versorgt waren, förderfähig wurden. Mein besonderer Dank gilt hierfür dem Finanzminister, der sich in Brüssel massiv eingesetzt hat. – Lieber Albert, ich gehe davon aus, dass du heute einiges zum Thema Breitbandausbau sagen wirst. Der Wirtschaftsausschuss und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sind schon in den Genuss deiner Erklärung gekommen, was mit der Gigabitrichtlinie geschaffen werden kann. – Diesen Genuss will ich Ihnen nicht vorenthalten, indem ich die wichtigsten Aussagen vorwegnehme.

Einen Punkt möchte ich aber schon ansprechen: Der Freistaat Bayern wurde vom TÜV Rheinland hervorgehoben, weil wir bei diesem Ausbau besonders stark sind. Wer der Meinung ist, dass ein Flächenland wie Bayern beim Breitbandausbau hinterherhinkt, der sollte sich eine objektive Studie ansehen. Er wird dann feststellen, dass wir nicht so schlecht sind, wie uns das manche Miesmacher glauben machen wollen. Nichtsdestoweniger war die CSU schon immer der Auffassung, dass das Bessere der Feind des Guten ist. Von daher arbeiten wir weiterhin daran, dass alles noch ein bisschen besser wird.

Ein besonderes Thema ist die Hightech Agenda. Hier geht es um ein bayerisches Satellitennetzwerk, das wir installieren wollen. Dafür stehen 8 Millionen Euro zur Verfügung. Wir wollen bis Ende 2022 sechs Kleinsatelliten in den Orbit schießen. Wer das lächerlich macht, der sollte sich einmal damit beschäftigen, welche Daten mit diesen Satelliten gewonnen werden. Der Freistaat Bayern wird mit diesen Daten von Privat-

unternehmen unabhängig. Ich glaube, dass diese Daten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft hervorragend eingesetzt werden können.

Ich möchte noch kurz meiner Chronistenpflicht gerecht werden: 242 Millionen Euro wandern in die EDV-Infrastruktur der Finanzverwaltung.

Ein Punkt, der den Bayern und den Franken besonders am Herzen liegt, ist der Bauunterhalt der Schlösser und die Schlösserverwaltung insgesamt. Die Pandemie ist hier nicht spurlos vorbeigegangen. Wir müssen die Einnahmen nach unten korrigieren, weil unsere schönen Schlösser momentan nicht mit dem gleichen Besucheransturm wie in den vergangenen Jahren rechnen können. Letzten Endes werden wir unserer Verantwortung gegenüber den kommenden und den vorherigen Generationen gerecht, indem wir hier den Bauunterhalt weiter vorantreiben.

Weitere Investitionen werden wir auch bei den Behördenverlagerungen vornehmen. Das ist ein wichtiger Aspekt. Der Freistaat Bayern schafft insgesamt 2.700 Arbeitsplätze und 930 Studienplätze in den Regionen. Wir möchten, dass davon der gesamte Freistaat profitiert.

Ich möchte noch einen Punkt hervorheben: Das Museum für Franken in Würzburg wird auch in diesem Jahr weiter vorangetrieben. Lieber Herr Kollege Reiß, als Oberpfälzer freuen Sie sich sicherlich genauso wie ich darüber. Ich danke unserem Finanzminister, dass er auf die Finanzen der Bürgerinnen und Bürger achtet. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 06 des Finanzministeriums ist der Etat der Steuer- und Finanzverwaltung. Wir GRÜNE stehen für eine starke Steuerverwaltung und für starke

Finanzbehörden; denn unsere Steuerbeamtinnen und -beamten stehen an vorderster Front gegen Steuerhinterziehung und gegen Finanzkriminalität. Vergegenwärtigen wir uns, wie viele Gerechtigkeitsfragen über unsere Steuererklärung und damit über unser Steuersystem in den Finanzbehörden bearbeitet werden, sind unsere Finanzämter die Gerechtigkeitsämter in diesem Land.

Wer für diese Gerechtigkeitsämter Beispiele sucht, der muss nur in die Zeitungen schauen. Unsere Finanzbeamten klären in erster Reihe den milliardenschweren Steuerraub Cum-Ex auf. Sie klären auch die eine oder andere Corona-Betrugsmasche auf. Wem diese Beispiele nicht reichen, den verweise ich auf den Wirecard-Skandal. Auch hier war es ein bayerischer Finanzbeamter, dem die Bilanzzahlen aus Aschheim spanisch vorkamen. Schade, dass diesen Hinweisen an anderer Stelle nicht mit der gebotenen Energie nachgegangen wurde.

Damit diese Gerechtigkeitsämter ihrer Arbeit nachkommen können, benötigen sie gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und eine gute Ausstattung. Ich erkenne an, dass die Staatsregierung die Personalstellen in den Haushalt aufgenommen hat, die die GRÜNEN und zugegebenermaßen auch die SPD über Jahre hinweg beantragt haben. Die Ausbringung der neuen Stellen in der Finanzverwaltung ist richtig und wichtig. Sie wird von uns ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellen sind das eine; gute und leistungsfähige Ausbildungsstätten sind das andere. Bis heute kann ich es nicht ganz verstehen, dass wir in einer Zeit, in der wir in Spitzenlast Personal ausbilden, die Hauptausbildungsstelle der 3. QE komplett verlagern. Ich meine damit die, euphemistisch ausgedrückt, Behördenverlagerung der Finanzhochschule Herrsching. Mir kommt das so vor, als wenn wir die TU München in voller Fahrt der Hightech Agenda von München nach Oberfranken oder in die Oberpfalz verlagern würden. Als Oberfranke bin ich unverdächtig, dass mir der Ammersee näherläge als der Frankenwald, ganz im Gegenteil. Gegen eine weitere Finanzhochschule im Nor-

den Bayerns spricht aus meiner Sicht wenig. Ähnlich wie das Standbein in Kaufbeuren hätte der Standort Kronach eine gute Ergänzung und Entlastung sein können.

Ich habe aber große Bauchschmerzen bei der Frage, ob wir in Kronach die gleiche Kapazität an Ausbilderinnen und Ausbildern gewinnen können, und große Zweifel, ob der Zeitplan eingehalten werden kann, auch aufgrund anderer Schwierigkeiten der IMBY, die wir in Oberfranken hin und wieder sehen. Ich befürchte, dass es für die Immobilie in Herrsching kein Nachnutzungskonzept gibt. Auf unsere Nachfragen wurde kein solches Konzept vorgelegt. Die Verlagerung der Schule nach Kronach freut mich für Kronach. Für die Leistungsfähigkeit der Finanzausbildung wäre mir und meiner Fraktion ein behutsames und bedachtes Vorgehen jedoch lieber gewesen.

Da ich gerade beim Thema Behutsamkeit bin, möchte ich noch zwei andere Punkte dieses Einzelplans ansprechen, bei denen es uns GRÜNEN eher zu behutsam vorangeht. Der erste Punkt ist der Unterhalt unserer Schlösser durch die Bayerische Schlösserverwaltung. Die für die Schlösserverwaltung zur Verfügung gestellten Mittel sind nicht schlecht. Aber bei den Hochbauvorlagen, die uns im Haushaltsausschuss regelmäßig zu den einzelnen Maßnahmen vorgelegt werden, müssen wir zunehmend feststellen, dass die Bausubstanz häufig schon in einem Zustand ist, bei dem eine frühere Sanierung viel Geld gespart hätte und in der Sache auch besser gewesen wäre. Das ist kein Thema, bei dem wir über Haushaltsanträge mehr Geld einstellen sollten; denn diese Maßnahmen müssen am Ende auch abgearbeitet werden.Herr Staatsminister, die Verantwortung, die Sie hier in den nächsten Jahren noch stärker wahrnehmen müssen, besteht darin, dass die Maßnahmen nicht nur sauber ausfinanziert, sondern vor allem auch umgesetzt werden.

Der zweite Punkt, bei dem es mir in diesem Bereich zu behutsam vorangeht, ist der Breitbandausbau in Bayern. Wir kennen die Versorgungszahlen mit leistungsfähigem Internet. Diese können zwar mit denen der anderen Bundesländer durchaus mithalten und sind auch ganz vernünftig, werden einem Hightech-Standort im internationalen

Vergleich aber nicht gerecht. Wir bekommen das im Lockdown mit all den zusammengebrochenen Videokonferenzen immer wieder mit.

Man kann jetzt sagen, dass wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern ganz vernünftig aufgestellt sind. Das mag sein. Wir spielen aber nicht in der zweiten oder dritten Bundesliga, sondern wir wollen vorne in der Champions League mitspielen. Im internationalen Vergleich geht uns der Breitbandausbau in Bayern noch zu langsam voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir ist im Ausschuss erklärt worden, warum die Staatsregierung nicht mehr machen könne und wer für die Quote der Breitbandversorgung alles verantwortlich sei. Nur die Staatsregierung sei es nicht. – Okay, die Gigabitrichtlinie, die überarbeitet wurde, enthält auch viele Vorschläge von unserer Seite. Uns GRÜNEN ist es beim Thema Digitalisierung aber noch zu wenig, so weiter zu machen wie bisher.

Deswegen schlagen wir ein Pilotprojekt mit Breitbandgutscheinen für die Haushalte vor, um das Thema Breitband auch an der Nachfrageseite zu packen. Leider sind wir damit auf taube Ohren gestoßen. Wenn Sie unsere Vorschläge aber dann wie bei der Gigabitrichtlinie übernehmen, kann in den nächsten Jahren auch das vorangehen. Bis hierhin – schade, liebe Staatsregierung, liebe Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN – tragen auch Sie natürlich am Ende ein Stück weit die Verantwortung dafür, dass wir diesen Versuch nicht machen und dass es mit dem Breitbandausbau dann auch nicht schneller vorangeht.

Wenn wir schon bei der Digitalisierung sind: Der Einzelplan des Digitalministeriums wird heute auch noch beraten. Wir GRÜNE raten dringend dazu, künftig in der Digitalisierung alle Kompetenzen zu bündeln. Breitbandinternet und Mobilfunk sollen künftig im Digitalministerium gebündelt werden. Dann kann die Digitalisierung Bayerns auch endlich im Digitalministerium gemanagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Fazit zu diesem Einzelplan: Beim Personal ist ein wichtiger Schritt getan, insbesondere in der Finanzverwaltung. Wenn ich aber in die Zukunft schaue, sorge ich mich einerseits um die Ausbildung in der Finanzverwaltung. Andererseits fehlen mir auch die Impulse beim Breitbandausbau, um hier noch mehr Geschwindigkeit aufzunehmen. Wir können dem Etat deswegen am Ende die Zustimmung nicht erteilen. – Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Michael Hofmann das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Pargent, ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich von dieser Stellungnahme massiv enttäuscht bin. Es ist eigentlich unterirdisch, dass Sie als Oberfranke Ihre eigene Heimat so schlechtreden.

(Zurufe)

Ich muss Ihnen das ganz deutlich sagen. Es ist eigentlich unglaublich, wie Sie darauf kommen, dass Oberfranken nicht in der Lage wäre, eine solche Einrichtung, die wir verlagern, mit Personal zu besetzen. Wenn Sie sagen, dass wir behutsamer vorgehen sollten, dann können wir es auch gleich bleiben lassen.

Sie werden aber halt wieder mal dem Naturell der GRÜNEN gerecht: Bedenkenträgerei, wo es nur irgend geht, insbesondere dann, wenn es nicht die eigene Idee war. – Glauben Sie denn, dass all die Lehrkräfte, die in Herrsching am Ammersee unterrichten, nur aus der Region kommen? Wir sind in Kronach in der Lage, das Ganze zu bespielen. Machen Sie Ihre Heimat nicht schlecht! Das ist genau der Punkt, der die Menschen daheim aufregt. Ich finde, es ist unterirdisch, was Sie da abgeliefert haben.

Interessant finde ich das Thema Breitband, zu dem Sie gesagt haben, – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist vorbei.

Michael Hofmann (CSU): – Schade. – Baden-Württemberg ist also, weil wir besser sind als Baden-Württemberg, offensichtlich kein Hightech Standort mehr.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Pargent, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich kann Sie insofern beruhigen, als wir als bayerische Landtagsabgeordnete dem Wohl der gesamten Bevölkerung und damit auch ein Stück weit der Finanzverwaltung verpflichtet sind. Wir sind nicht einzig und allein regionale Vertreter. Das möchte ich vorwegschicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Ausbildungskapazitäten muss man halt feststellen, dass Herrsching in großem Stil aus den großen Finanzverwaltungen im Großraum München und Umgebung Personal rekrutiert. Das kommt aus dem Landesamt für Steuern, dem Finanzministerium und den großen Finanzämtern hier in München. Ich habe ja gesagt, dass einer Außenstelle in Kronach, wie es eine in Kaufbeuren gibt, nichts entgegenstünde, um die Ausbildungskapazitäten, die man in Oberfranken und in Franken hat, dort auch zu nutzen. Es würde nichts dagegensprechen, so dass die gar nicht erst nach Herrsching fahren müssten. Nichtsdestoweniger habe ich und hat auch die Bayerische Finanzgewerkschaft hinsichtlich dieser Komplettverlagerung große Bedenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kollege Pargent, Haushaltsdebatten zeigen politische Unterschiede auf; das ist heute wieder einmal sehr deutlich geworden.

Ich habe mich bei der ersten Haushaltsrede am vergangenen Dienstag bei den Steuerzahlern bedankt. Sie reden von Steuerhinterziehern. – Das ist Ihr Weltbild. Das ist das Bild, das Sie von Bayern haben.

(Zuruf)

Das ist das, was Sie in der Öffentlichkeit vermitteln.

(Zuruf)

Sie reden nur von Steuerhinterziehern und sagen, die Finanzämter seien deshalb Gerechtigkeitsbehörden, weil die Finanzämter die Steuersünder aufspürten. – Ich sage Ihnen, dass die Bußgeld- und Strafsachenstelle an den Finanzämtern wichtig ist; sie ist aber nur ein kleiner Teil. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Finanzbeamten, die in den Finanzämtern einen hervorragenden Job machen. Sie stehen in Europa an der Spitze. Wenn man insbesondere nach Südeuropa schaut – ich nenne mal das Stichwort Griechenland –, dann weiß man, was eine gute Finanzverwaltung für ein leistungsfähiges Staatswesen bedeutet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Pargent, Sie haben angesprochen, dass gute Ausbildung gewährleistet sein müsse. – Diese gute Ausbildung ist gewährleistet. Ich hätte es mir nicht träumen lassen, dass ich mich hierhin stellen und für Kronach Partei ergreifen muss, wenn doch der zweite Standort dieser Finanzhochschule in Kaufbeuren ist.

Herr Pargent, Sie können ja beantragen, dass alles nach Kaufbeuren kommt. Ich würde dagegen stimmen, weil man in der Tat das ganze Land im Blick haben muss. Selbstverständlich ist es keine Strafe, in Kronach ausgebildet zu werden. Eine solche Aussage ist den Menschen in Kronach gegenüber eine Unverschämtheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß gar nicht, was Sie mit Herrsching haben. Wissen Sie als Oberfranke, wie weit es von Herrsching nach Kaufbeuren ist? – 60 Kilometer. Das ist also nun wirklich nicht das Thema, dass diejenigen, die in Kaufbeuren ausgebildet werden sollen und wollen, nach Kaufbeuren gehen und die Franken eben nach Kronach. Wir werden auch in Kaufbeuren ebenso wie in Kronach neu bauen. – Herr Staatsminister, wir haben in Kaufbeuren inzwischen auch die Grundstücksfrage geklärt, sodass wir hier zeitnah loslegen können. Das ist ein gutes Signal und eine gute Sache; denn natürlich brauchen wir auch in der Zukunft in der Finanzverwaltung gut ausgebildete Menschen.Die Steuergesetze werden leider Gottes – das haben wir nicht unbedingt in der Hand – immer komplizierter. Deshalb müssen wir findigen Steuerberatern auch etwas entgegensetzen. Das hat gar nichts mit Steuerhinterziehung zu tun, aber es hat in der Tat etwas mit Gerechtigkeit zu tun, damit nicht diejenigen, die sich einen findigen Steuerberater leisten können, der irgendwelche Steuersparmodelle ersinnt, besser fahren als diejenigen, die anständig ihre Steuern zahlen. Wenn die Menschen anständig Steuern zahlen, dann brauchen wir auch nicht solche irrwitzigen Steuerdebatten zu führen; denn wir sind der Meinung, dass die Menschen, die etwas geleistet haben, ihren Anteil an das Gemeinwesen abgeben sollen, dass sie aber auch nicht über Gebühr belastet werden dürfen.

Die Behördenverlagerungen sind ein hervorragendes Thema. Wir FREIE WÄHLER stehen für den ländlichen Raum. Wir stehen für die Regionen. Inzwischen steht auch die Koalition dafür. Das war in der CSU, als wir noch nicht im Landtag waren, nicht unbedingt die vorherrschende Meinung. Inzwischen ziehen wir an einem Strang. Das ist gut, und das ist richtig; denn Bayern ist in den Regionen stark. Deswegen ist es auch folgerichtig, dass wir die Behörden in die Regionen verlagern. Wenn die GRÜNEN dagegen sind, zeigt das einmal mehr, wer es mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern ehrlich meint und für wen das nur Lippenbekenntnisse sind.

Ein Punkt ist noch wichtig, das ist der Breitbandausbau. Da schaue ich zum Finanzminister. Der Finanzminister sitzt seit 2008 im Bayerischen Landtag, die FREIEN WÄH-

LER sitzen auch seit 2008 im Landtag. Auch ich darf seit dieser Zeit dem Hohen Haus angehören. Als wir damals begonnen haben, waren wir mit dem Breitband wirklich hintendran. Das muss man sagen. Erwin Huber hat damals noch gesagt, der Breitbandausbau sei keine Staatsaufgabe, das solle die Wirtschaft selber regeln. Man muss aber auch ganz ehrlich sagen: Es gab einmal einen Finanzminister Eichel, der Mobilfunklizenzen meistbietend versteigert und nicht darauf geachtet hat, dass sich die Wirtschaft dazu verpflichtet, auch die Regionen abzudecken. Das muss man auch sagen. Hier sind wir einen erheblichen Schritt weitergekommen. Deswegen ist Ihre Kritik, Herr Kollege Pargent, völlig unfair.

Ich gebe Ihnen aber Recht, wir müssen hier noch besser werden. Das hat auch der Ministerpräsident bei einer seiner Regierungserklärungen sehr deutlich gemacht, als es darum ging, dass an den Schulen die Übertragung im einen oder anderen Fall nicht so funktioniert hat, wie wir es uns gewünscht hätten. Das ist das Problem des Breitbandausbaus, der in der Tat noch nicht so weit ist, wie wir uns das vorstellen. Von der Champions League können wir noch nicht reden. Wenn wir aber sehen, von woher wir gekommen sind und wo wir jetzt stehen, kann ich nur sagen, dass diejenigen, die in der Staatsregierung für den Breitbandausbau Verantwortung getragen haben, und auch die Parlamente in den letzten zwölfeinhalb Jahren richtig Gas gegeben und den Breitbandausbau richtig vorangetrieben haben. Wir sind dabei auf einem guten Weg, aber wir müssen zweifellos noch besser werden.

Insgesamt ist der Einzelplan 06 ein gut durchdachter, in sich stimmiger Haushalt. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pohl, vielen Dank. Es gibt drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Kollegen Tim Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Kollege, es ist Ihre übliche Masche, Vorwürfe entkräften zu wollen, die gar nicht erhoben wurden. Das haben Sie auch jetzt unter Beweis ge-

stellt. Das lasse ich einmal dahingestellt. Ihre Ausführungen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität haben aber schon Bände gesprochen. Ich kann aus Ihren Reden nur ablesen, dass Ihnen und den FREIEN WÄHLERN der Kampf gegen Finanzkriminalität, egal, ob es Cum-Ex oder Kassenbetrug usw., usf. ist, offenbar unwichtig ist, sonst würden Sie auf meine Rede, mit der ich den Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten den Rücken im Kampf gegen Steuerkriminalität gestärkt habe, nicht so angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pargent, wenn Sie Jurist wären, würde ich sagen: Das ist jetzt der schlagende Beweis dafür, dass jemand den Umkehrschluss nicht kapiert hat. Ich habe nur gesagt, dass es unzulässig ist, die Steuerhinterziehung zum Hauptthema einer Rede zu machen. Nein, unzulässig ist es nicht. Es demaskiert aber denjenigen, der es tut. Das heißt aber noch lange nicht, dass derjenige, der die Steuerhinterziehung nicht zum Hauptthema macht, die Steuerhinterziehung billigt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Steuerhinterziehung wird von uns natürlich auf das Schärfste verurteilt. Genauso verurteilen wir aber, dass Sie offenbar jeden Steuerzahler in Bayern als potenziellen Steuerhinterzieher ansehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Verehrter Herr Kollege Pohl, lieber Bernhard, eine Frage im Hinblick auf die Bekämpfung von Steuerverkürzungen. Dazu habe ich einfach nur eine Verständnis- oder Wissensfrage: Kannst du mir erklären, warum in Hamburg die Steuerverwaltung die Cum-Ex-Geschäfte anders behandelt als alle anderen Finanzverwaltungen in Deutschland einschließlich der bayerischen, oder kannst du dir das auch nicht erklären?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eine rationale juristische Erklärung gibt es dafür nicht. Eine politische Erklärung gibt es sehr wohl. In Hamburg haben CSU und FREIE WÄHLER noch nie gemeinsam regiert. Vielleicht wäre CDU und FREIE WÄHLER in Hamburg einmal ein Modell. Dann würde sich vielleicht etwas ändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Frage kommt vom Kollegen Martin Böhm.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Pohl, in der Beurteilung der Äußerungen des Kollegen Pargent von den GRÜNEN zu den Steuersündern sind wir uns, glaube ich, beide einig. 99,9 % der Bürger in Bayern sind sehr ordentliche Steuerzahler. Nicht so gut gefallen hat mir an Ihrer Rede die etwas süffisante Bezeichnung der steuerberatenden Zunft als findige Steuerberater. Ich will einmal eine Lanze für die steuerberatenden Berufe in Bayern brechen. Diese Äußerungen hatten in meinen Augen doch eine etwas negative Konnotation. Ich glaube, Steuerberater gestalten im Rahmen sich teils widersprechender und sehr undifferenzierter Steuergesetze die Steuererklärungen. Das als findig zu bezeichnen, halte ich für ein bisschen lax; denn für diese Berufsgruppe ist es bestimmt nicht einfach, sich in dem Chaos, das die Regierenden in Deutschland mit ihren Gesetzen schaffen, zurechtzufinden, auch wenn es hochgebildete Menschen sind.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der Begriff "findig" ist per se nicht negativ zu verstehen. Der Steuerberater hat seine Rolle. Das Finanzamt hat seine Rolle. Ich bin schon der Meinung, dass man einem findigen Steuerberater auch einen gut ausgebildeten Fachmann im Finanzamt gegenübersetzen muss, sonst spielt der Steuerberater im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit der Steuerverwaltung Katz und Maus. Der Kollege Bausback hat Hamburg gerade als Beispiel genannt. Ich glaube, in Bayern wäre das nicht möglich. Das verdanken wir einer gut ausgebildeten und motivierten Steuerverwaltung. Es sollte uns doch einen, dass wir, natürlich im Rahmen geltender Gesetze, die Steuern, die uns zustehen, auch erheben und eintreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner für die AfD-Fraktion ist der Kollege Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte zum Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat werde ich auf folgende Punkte besonders eingehen: erstens auf die allgemeine Entwicklung der Finanzen, zweitens auf den Bereich Infrastrukturausbau und Digitales und drittens auf unsere Änderungsanträge zum Einzelplan 06.

Mit den willkürlichen Inzidenzwerten und einer daraus resultierenden Lockdown-Politik fährt die Staatsregierung die bayerische Wirtschaft an die Wand. Der Lockdown kostet die Wirtschaft allein im Zeitraum von November 2020 bis April 2021 rund 40 Milliarden Euro. Das sind 3.000 Euro pro Einwohner. Das bayerische Inlandsprodukt ist im letzten Jahr um 6,5 % eingebrochen.Fast jedes zehnte Unternehmen ist von Insolvenz bedroht. Der wirtschaftliche Lockdown verursacht folgerichtig eine horrende Neuverschuldung und lässt die Steuereinnahmen wegbrechen. Somit beträgt der Rückgang der Steuereinnahmen im Jahr 2021 im Vergleich zum Jahr 2019 geschätzte 3,7 Milliarden Euro. Vergleicht man die Haushaltseinnahmen der Jahre 2019 und 2021, stellt man einen Rückgang von 66 Milliarden Euro auf 57,6 Milliarden Euro fest. Gleichzeitig steigen aber die Ausgaben von 64,7 Milliarden Euro auf 70,2 Milliarden Euro. Der Schuldenstand steigt im Vergleich von 2019 zu 2021 von 26,9 Milliarden Euro auf 46,8 Milliarden Euro. Das ist ein Schuldenanstieg von 74 %.

Der BayernFonds wird als Schattenhaushalt geführt und bringt bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung langfristig ein zusätzliches Verlustrisiko. Herr Füracker, setzen Sie sich doch bitte für das Ende des wirtschaftsschädlichen Lockdown ein! Nur

wertschöpfende Unternehmen sichern ausreichend Steuereinnahmen und verhindern sinkende Steuereinnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Damit vermeiden Sie auch die Schuldenmacherei.

Man könnte annehmen, dass die Staatsregierung in ausgewählten Bereichen den Rotstift ansetzt und unnötige Ausgaben kürzt. Im Einzelplan 06 sind aber erst einmal Mehrausgaben von 150 Millionen Euro und knapp 500 zusätzliche neue Stellen vorgesehen. Wir als AfD-Fraktion bewerten das kritisch. Die Steuerzahler Bayerns werden jedenfalls für das Corona-Missmanagement der Regierung in den nächsten Jahren tief in die Tasche greifen müssen.

Die Krise hat auch gezeigt, dass digitale Infrastruktur Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung und ein modernes Industrieland ist. – Herr Hofmann, Bayern steht im innerdeutschen Vergleich im Bereich digitaler Infrastruktur, den Breitbandausbau betreffend, durchschnittlich da. Es ist richtig, dass über 97 % der Haushalte mit einem Internetanschluss mit akzeptabler Bandbreite von mindestens 30 Mbit/s versorgt werden. Das muss aber auf nahezu 100 % der Haushalte ausgebaut werden. Insbesondere Schwaben mit zu 96 % erschlossenen Haushalten und Niederbayern mit zu 95 % erschlossenen Haushalten müssen schnellstens komplett erschlossen werden. Seit 2014 wurde nur ein geringer Teil der Glasfaseranschlüsse direkt ans Haus gelegt – das ist Fakt. Das Breitbandnetz von morgen braucht Übertragungsraten im Gigabit – und nicht im Megabitbereich. Hier laufen wir trotz aller Anstrengungen Gefahr, im internationalen Vergleich zurückzufallen. Der Glasfaserausbau muss daher zügig weitergebracht werden. Eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren wird gebraucht, damit Glasfaser auch direkt in die Haushalte gelegt werden kann. Nur so schaffen wir den Ausbau eines großflächigen Gigabit-Breitbandnetzes.

Zu unseren wichtigsten Änderungsanträgen: Für eine lebenswerte Heimat fordern wir noch einmal eine deutliche Aufstockung der Heimatpflege. Das soll über Einsparun-

gen beim Zuwanderungs- und Integrationsfonds gegenfinanziert werden. Wie bereits angesprochen, fordern wir für eine rasche Umsetzung der Digitalisierung zusätzliche Mittel für eine "Arbeitsgruppe Breitbandausbau". Diese soll vorausschauende Planungen übernehmen, frühzeitig zum effizienten Ausbau geeignete Technologien identifizieren und sich anschließend um deren Implementierung kümmern.

Die Augsburger Messe ist mir als Abgeordnetem aus dem Regierungsbezirk Schwaben ein Herzensanliegen. Der dauerhafte Verlust des Messestandorts Augsburg würde dem Wirtschaftsraum Bayerisch-Schwaben schweren Schaden zufügen. Im Rahmen der Corona-Maßnahmen ist dies zu befürchten. Wir fordern an dieser Stelle, eine dauerhafte finanzielle Beteiligung und weitere Bürgschaften für Überbrückungskredite zu prüfen. Für die Beteiligung haben wir 8 Millionen Euro beantragt. Der Messestandort Augsburg muss für die Zukunft erhalten bleiben. Die Bayerische Staatsregierung ist hier wegen ihrer strikten Lockdown-Politik in der Pflicht.

Wir lehnen den Haushaltsentwurf zum Einzelplan 06 wegen der falschen Prioritätensetzung ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Florian Ritter für die SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Unser Dank gilt den vielen bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die die Grundlage für diesen Haushalt legen, und den Beschäftigten der Finanzverwaltung, die tatsächlich einen nicht immer einfachen Job haben. Dazu gehört zum einen die Arbeitsbelastung, zum anderen natürlich auch, dass man gerade in der Finanzverwaltung immer wieder einmal zur Konfliktperson wird. Das macht es tatsächlich nicht immer einfach.

Man muss leider dazusagen, dass die Beschäftigten in der Finanzverwaltung in den letzten Jahren vonseiten der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktionen im Haus nicht den gewünschten Rückhalt gehabt haben. Nicht ohne guten Grund haben wir in den letzten Jahren die Forderung nach massiven Stellenerhöhungen in der Finanzverwaltung gestellt. Wir begrüßen natürlich, dass das jetzt zumindest in Teilen nachvollzogen wird, aber erst einmal ist nur die Richtung geändert und das Ziel tatsächlich noch nicht erreicht.

Wir haben in den letzten Jahren auch in anderen Bereichen immer wieder den Finger in die Wunde gelegt, sei es bei der Zusammenarbeit von Steuerfahndung, Staatsanwaltschaft und Gerichten oder sei es bei der Stärkung der Finanzaufsicht. Ehrlich gesagt, kann ich die eben über die Stärkung der Steuerfahndung und der Fahndung gegen Steuersünder geführte Debatte nicht so ganz verstehen, weil es das Recht jedes ehrlichen bayerischen Steuerzahlers und jeder ehrlichen bayerischen Steuerzahlerin ist, dass gegen die schwarzen Schafe vorgegangen wird und vorgegangen werden kann, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine Unterstellung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern; wir wollen, dass der weit überwiegenden Mehrheit ehrlicher Steuerzahler hier auch zu ihrem Recht verholfen wird.

Kolleginnen und Kollegen, Corona hat neben den Herausforderungen der letzten Jahre noch weitere gestellt. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Bekämpfung von Corona und der wirtschaftlichen Folgen haben wir mitgetragen und halten wir weiterhin für richtig. Wenn der Staat Einschränkungen für die Wirtschaft verfügt, muss er auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Unternehmen, die Arbeitsplätze und die wirtschaftlichen Infrastrukturen in den Regionen erhalten werden und die Existenz der Menschen gesichert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dies betrifft auch die Absicherung gegen die sozialen Folgen der Pandemie.

Gleichzeitig kritisieren wir aber die massiven Fehler und Versäumnisse, die bei der Verwendung und Ausschüttung der Mittel an die Betroffenen gemacht wurden, zum Beispiel mit dem ersten bayerischen Hilfsprogramm, bei dem vom bayerischen Wirtschaftsministerium nur diejenigen Selbstständigen bedacht werden sollten, die Angehörige freier Berufe sind. Erst nachdem sich Bundesfinanzminister Scholz auf Bundesebene der Steuerung der Hilfen angenommen hat, fing das Ganze an zu funktionieren.

Seitdem konzentriert sich die Politik der Staatsregierung vor allem darauf, die Kosten für die wirtschaftlichen Hilfen auf den Bund abzuwälzen. Unrühmliche Beispiele dafür sind zum Ersten das endlose Gezerre um die Hilfen für Künstlerinnen und Künstler – mein Dank gilt hier tatsächlich Volkmar Halbleib, der das früh angesprochen und vorangetrieben hat –

(Beifall bei der SPD)

und zum Zweiten das Gezerre bei den Wirtschaftshilfen für die Brauereigaststätten. Auch hier war es ein Mitglied der SPD-Fraktion, Klaus Adelt, das sich früh darum gekümmert hat

(Zuruf)

und hartnäckig geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Strategie der Kostenvermeidung um jeden Preis droht uns gewaltig auf die Füße zu fallen, wenn wir in den nächsten Monaten die Frage beantworten müssen, wie wir nach den Corona-Beschränkungen die Wirtschaft wieder in Gang bringen wollen. Wer Bayern zukunftsfähig machen will, muss investieren und hätte das auch schon in der Vergangenheit tun müssen. Man hätte nicht nur in das eine oder andere Leuchtturm-

projekt, sondern in eine moderne, energieeffiziente und klimaneutrale Infrastruktur investieren müssen, die Arbeitsplätze schafft und sichert.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Forschung ist gut und wichtig, aber wir müssen auch in die Anwendung im Freistaat investieren. Wir müssen in ein flächendeckendes Glasfasernetz investieren, anstatt wie in der Vergangenheit mit nicht zukunftstauglichen Übergangstechniken das Kupfernetz am Leben zu erhalten. Wir müssen in leistungsfähige digitale Infrastruktur in der Bildung auf der Grundlage moderner pädagogischer und didaktischer Erkenntnisse investieren. Wir müssen in den bedarfsgerechten Ausbau des ÖPNV und des SPNV investieren. Wenn hier kein Schwerpunkt gesetzt wird, können klimaneutrale Mobilität und ein klimaneutrales Bayern nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Investieren, Klimakrise bekämpfen, regionale Wirtschaft stärken, modernste digitale Infrastruktur schaffen, Bildung kindgerecht und zukunftsfähig weiterentwickeln – hier liegen die Aufgaben, an die sich die Staatsregierung seit Jahren nicht oder nur unzureichend heranwagt. So ist es auch in diesem Haushalt. Bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, wird nach Corona zu einer weiteren zentralen Herausforderung der Wirtschafts- und damit auch der Haushaltspolitik.

Wir lehnen diesen Haushalt sicher nicht in Bausch und Bogen ab; einiges darin können wir unterstützen und mittragen. Die Herausforderungen aber, die man in den letzten Jahren vor sich hergeschoben hat, sowie die neuen Aufgaben, die mit Corona auf uns zukommen, werden damit nicht im Ansatz angegangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie war und ist sicherlich eine große Herausforderung auch für dieses Ministerium und seine zugeordneten Behörden. Es waren zahlreiche Sofortmaßnahmen notwendig, Steuerstundungen, Rückerstattungen, Änderungen, Vorauszahlungen. Wahrscheinlich gehört auch der BayernFonds dazu. Da ist dem Personal sicherlich sehr viel abverlangt worden. Das begründet auch, dass kein Personal abgebaut und an manchen Stellen sogar aufgebaut wird. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die FDP, die sonst immer für Personalabbau plädiert, ausdrücklich unterstützt, dass hier Personal aufgebaut werden muss.

Hinzu kommt das Thema Grundsteuer. Wir haben zwar gelernt, dass das bayerische Modell wohl kein umfassendes Bewertungsmodell umfassen wird, aber es wird doch ein erheblicher Zusatzaufwand zu erwarten sein. Bemerkenswert ist bei dieser Gelegenheit übrigens, dass dem bayerischen Parlament oder auch uns im Haushaltsausschuss bis heute kein Entwurf dazu vorliegt. In anderen Bundesländern wird das hingegen schon lange diskutiert. Ich weiß zum Beispiel, dass in einem benachbarten Bundesland der zuständige Minister das sofort an die Finanzsprecher aller Fraktionen geschickt hat, sobald er einen Vorschlag aus den bayerischen Landen hatte. Das ist interessant; Transparenz würde ich mir anders vorstellen.

Wie ich schon gesagt habe, fordern wir keinen Personalabbau, allerdings mit einer Ausnahme, und die betrifft unseren Lieblingslandesbeauftragten, und zwar den für den Bürokratieabbau. Ich will hier nicht wieder die Diskussion über die Beauftragten anfangen, und ich will auch nicht danach fragen, weshalb die FREIEN WÄHLER jetzt eine andere Weisheit vertreten. Es geht mir einfach speziell um den Bürokratieabbau. Einerseits geht es dabei um den Abbau vorhandener Bürokratie. Auf der anderen Seite geht es auch darum, sich aktiv einzumischen, wenn neue Bürokratie entsteht. Ich nenne hier ein paar Beispiele; denn wir tun immer so, als würden wir über alte Bürokratie reden. Nein, wir schaffen ständig neue. Heute Morgen in der Fragestunde haben wir schon gehört, dass in der Corona-Pandemie manche Ärzte sagen: Ich

werde nicht impfen, wenn ich mich an diesen Bürokratie-Wahnsinn halten muss und ich nicht so impfen kann, wie ich auch sonst impfe. – Auch hier brauchen wir Bürokratieabbau.

Wir haben das Transparenzregister. Es ist sicherlich aus bestimmten Gründen in Berlin entstanden. Auch da hat sich niemand eingemischt, aber auch da hätte ich erwartet, dass sich der Bürokratiebeauftragte zu Wort meldet. Oder ein Beispiel aus meinem eigenen Bereich, der Laienmusik. Da ist gerade ein Verfahren eingerichtet worden, wie die Fördermittel an die Laienmusiker kommen. Das ist ein Bürokratiemonster. Ich kenne Vereinsvorsitzende, die deshalb inzwischen ihr Amt abgegeben haben. Da müsste man schon einmal auftreten, sich aktiv einmischen und nicht nur die alten Dinge bearbeiten. Nur wenn man sich aktiv einmischt, würde so ein Bürokratiebeauftragter – oder besser gesagt: ein Bürokratieabbaubeauftragter – überhaupt Sinn machen.

(Beifall bei der FDP)

Nun noch ein paar ausgewählte Themen aus dem Einzelplan: Die Behördenverlagerung ist teilweise schon angesprochen worden. Ich finde sie grundsätzlich gut. Wir bekommen aber teilweise Vorlagen, insbesondere beim Hochbau, die mit Behördenverlagerung begründet werden, und da werden teilweise aberwitzige Beträge pro Arbeitsplatz angesetzt. Wenn man ein Unternehmen beauftragen würde, eine Niederlassung zu gründen, würde wahrscheinlich nur ein Bruchteil dieser Beträge anfallen.

Zum Thema Digitalisierung will ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen, dazu werden wir heute Nachmittag im Rahmen der Beratung des Einzelplans für das Digitalministerium sicherlich noch ausführlich diskutieren.

Die Förderprogramme habe ich schon erwähnt. Wir haben einmal eine Anfrage gestellt, weil wir eine Übersicht über die Förderprogramme haben wollten. Daraufhin haben wir die Antwort bekommen, wir müssten eine Anfrage an jedes Ministerium stellen, es gebe keine Übersicht. Das heißt dann aber natürlich auch, dass sie nicht regel-

mäßig evaluiert werden. Damit sind wir wieder bei dem Thema, das der Oberste Rechnungshof erst kürzlich wieder angesprochen hat.

Zur Zufriedenheitsstudie: Vor einiger Zeit gab es eine Zufriedenheitsstudie im Hinblick darauf, wie zufrieden die Bürger mit den Finanzämtern sind. Ich verstehe zwar, dass die Studie nicht publiziert wird; jetzt müsste sie aber irgendwann doch einmal publiziert werden, nachdem man sich damals durchaus gelobt hat. Es müsste überlegt werden, welche Schlüsse man noch daraus ziehen will und was tatsächlich geändert wird.

Ein Thema liegt mir ganz besonders am Herzen, und das ist das Thema Fraktionsreserve. Das ist der Topf, aus dem die Regierungsfraktionen ihr Klientel bedienen können. Ich fand es bemerkenswert, dass der Finanzminister im Haushaltsausschuss dazu gesagt hat, er als Finanzminister habe auf die Verwendung der Fraktionsreserven keinen Einfluss, weshalb er zu diesem Thema auch nicht Stellung nehmen könne. – Das finde ich an dieser Stelle einen Offenbarungseid. Man müsste bei allen Ausgaben immer wieder überlegen: Was ist die Zielsetzung, was sind die Maßnahmen, wie kann ich die Maßnahmen evaluieren? – Wenn ich mir anschaue, welche Gelder aus der Fraktionsreserve verteilt wurden, schließe ich daraus: Da wäre jede Menge zu holen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ein Punkt ist mir trotzdem noch wichtig. Wir haben 60 Millionen Euro Fraktionsreserve. Wir haben einen Einjahreshaushalt. Bisher haben wir 60 Millionen Euro im Doppelhaushalt gehabt. Das heißt, wir haben die Summe in diesem Jahr verdoppelt. Das muss man einmal ganz laut und deutlich sagen. Hier haben sich die Regierungsfraktionen eine Verdoppelung beschert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie bekommen gleich noch Redezeit, weil es noch eine Rückfrage gibt.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, vielen Dank. – Insgesamt betrachtet kann man dem Einzelhaushalt trotzdem zustimmen, weil wir die Arbeit der Beamten, die damit befasst sind, auf jeden Fall positiv unterstützen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Walter Nussel macht eine Zwischenbemerkung.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, ich bin nicht nur erstaunt und erschüttert, ich bin vor allem sprachlos. Die FDP stellt hier jährlich meine Arbeit infrage. Sie findet es aber nicht der Mühe wert, mit mir darüber zu sprechen. Seit vier Jahren mache ich diesen Job. Ich habe das immer wieder angemahnt. Andere Fraktionen haben mit mir gesprochen. Die FDP hingegen hat bis heute nicht mit mir gesprochen. Sie stellen sich hier hin und wollen meine Arbeit und die Arbeit meiner Leute in Frage stellen. Dabei wissen Sie gar nicht, wovon Sie hier sprechen. Das möchte ich einmal deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU)

So sollte man unter parlamentarischen Kollegen nicht miteinander umgehen. Ihr Kollege Duin, den ich im Wirtschaftsausschuss sehr schätze – mit ihm habe ich ein paar Mal gesprochen –, sieht das genauso wie ich. Ich muss sagen: Nehmen Sie sich doch dafür die Zeit! Ich erkläre Ihnen, wo ich mich wann und wie einbringe. Ich halte allerdings nichts davon, an die Presse zu gehen oder irgendetwas zu versprechen, worum man sich erst im Nachgang kümmert. Ich kümmere mich vorher darum. Wenn es Ergebnisse gibt, dann bringe ich diese nach außen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Dazu möchte ich zwei Aspekte sagen. Das eine ist die grundsätzliche Diskussion über Beauftragte. Ich halte diese Beauftragten nach wie vor für wenig sinnvoll. Nur an ganz ausgewählten Punkten sind sie sinnvoll.

(Beifall bei der FDP)

Als Beauftragter für den Bürokratieabbau haben Sie einen Bericht herausgegeben. Ich habe mich auch fraktionsintern darüber unterhalten, auch mit Herrn Kollegen Duin. Ich nehme Ihr Angebot gerne an, mich direkt mit Ihnen zu unterhalten. Ich gehe aber von den Informationen aus, die mir zur Verfügung stehen.Zu den Punkten, die ich hier angemerkt habe, muss ich ergänzen: Da hätte man sich wirklich ganz aktiv einmischen und an der Stelle einiges proaktiv beitragen können.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Kaltenhauser, Sie sind doch ein Profi. Deswegen wundert es mich, dass Sie ständig diese Story mit der Fraktionsreserve bringen. Sie wissen ganz genau: Der Haushaltsgesetzgeber ist der Bayerische Landtag. Die Regierungsfraktionen stellen genauso wie die Oppositionsfraktionen Anträge zum Haushalt, und die werden dann mit der Regierungsmehrheit nun einmal beschlossen.

Um hier keine Legendenbildung zuzulassen, stelle ich klar: Der Einfluss der Regierungsfraktionen auf den Haushalt bezieht sich auf den kompletten Haushalt mit über 70 Milliarden Euro und nicht auf nur 60 Millionen Euro. Sie als Mitglied des Haushaltsausschusses sollten sich auch nicht so verzwergen zu sagen, dass Sie nur für Ihre paar FDP-Anträge zuständig sind. Sie haben genauso wie wir die Möglichkeit und das Recht, dem ganzen Haushalt zuzustimmen oder ihn abzulehnen oder durch Anträge Ihre Akzente zu setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Pohl, es macht immer wieder Spaß mit Ihnen. Man müsste das einmal mitschreiben, vielleicht führe ich mal eine Strichliste. Auf der einen Seite gibt es im Haushaltsausschuss von Ihnen Kommentare wie: Ja, das ist halt mal so, wir sind jetzt in der Regierung, wir bestimmen.

(Zuruf)

– Ja, freilich. – Auf der anderen Seite wird hier argumentiert nach dem Motto: Ihr könnt doch mitreden, ihr bestimmt auch.

Erstens ist die Fraktionsreserve als solche verdoppelt. Das kann niemand bestreiten. Zweitens. Wenn ich bestimmte Anträge stelle, mag der eine oder andere davon durchaus richtig sein, aber mit der Begründung könnte ich noch zwanzig andere finden. Dann ist es einfach eine Ungleichverteilung, die passiert. Nur weil der eine Abgeordnete zufällig den einen kennt, gibt es dort Gelder. Ich sage nicht einmal, dass das Anliegen da falsch ist. Aber wenn man es richtig machen würde, müsste man ein Kriterium festlegen und schauen, wo das in Bayern notwendig ist. Das passiert nicht. Das passiert jetzt nicht und ist auch mit unserer Regierungsbeteiligung früher nicht passiert. Das bestreite ich überhaupt nicht. Ich finde es aber nach wie vor falsch.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als nächster Redner spricht der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Da ist jetzt wieder einiges an Staub aufgewirbelt worden, sodass ich jetzt wieder für ein bisschen Klarheit sorgen möchte. – Entschuldigung, ich nehme nur noch meine Maske ab.

Dieser Haushalt steht natürlich unter besonderen Vorzeichen. Er ist ein Krisenhaushalt. Er ist natürlich auch eine Antwort auf die Corona-Pandemie. Wir müssen diese

Krise gemeinsam meistern. Ich glaube, das steht völlig außer Frage. Dazu gehören natürlich Respekt und ein Miteinander.

Deswegen möchte ich an der Stelle dem einen oder anderen, der unseren Respekt verdient, Danke sagen. Dazu gehören für mich zum Beispiel die Brauereigaststätten. Da möchte ich denjenigen Dank aussprechen, denen Dank gebührt. Der Kollege Michael Hofmann gehört natürlich dazu. Dazu gehören natürlich auch unser Finanzminister Albert Füracker, der Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und selbstverständlich unser Ministerpräsident Markus Söder. Herzlichen Dank für diesen Einsatz!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch jemandem möchte ich recht herzlich Danke sagen, nämlich unserem Bürokratiebeauftragten Walter Nussel, der sich, glaube ich, für viele den Allerwertesten aufreißt, viel versucht, Praxischecks usw. macht und alles Mögliche unternimmt, um Verbesserungen herbeizuführen. – Lieber Walter, deswegen auch dir ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage vielen herzlichen Dank unserem Finanzminister Albert Füracker, der trotz schwieriger Haushaltslage an allen Zusagen festhält, die in den vergangenen Jahren gemacht worden sind. Wir schaffen mit diesem Haushalt Stellenhebungen im Umfang von 10 Millionen Euro. Das ist fast eine Verdoppelung gegenüber den Vorjahren.

Wie gesagt, der Finanzminister hält trotz schwieriger Haushaltslage an der Bezügeanpassung von 1,2 % im Jahr 2021 fest. Wir machen keine Politik nach Kassenlage. Deswegen der herzliche Dank an unseren Finanzminister Albert Füracker, der Kurs hält und die richtigen Stellschrauben dreht; denn nur dadurch bleibt der Freistaat Bayern ein moderner, vielseitiger und zuverlässiger Arbeitgeber.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Selbstverständlich richte ich auch einen ganz großen Dank an unsere Mitarbeiter in den Finanzämtern. Die Finanzämter haben in dieser Pandemie mit Bravour Großartiges geleistet. Sie sind in ihrer Vorreiterrolle ins Homeoffice gegangen, haben den Betroffenen unkompliziert geholfen. Sie haben den Gesundheitsämtern und den Regierungen Unterstützung und Amtshilfe geleistet; alleine wäre es für diese schwierig gewesen. Das ist gelebte Solidarität. Für mich ist unsere Finanzverwaltung eine Allzweckwaffe in unserer Staatsverwaltung; denn ohne Verwaltung ist auch in Bayern kein Staat zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist für uns von der CSU- und der FREIE-WÄHLER-Koalition, von der Bayernkoalition, die Steuergerechtigkeit ein wichtiges Thema. Das steht völlig außer Frage. Wir wollen und wir brauchen eine gut aufgestellte und gut ausgebildete Steuerverwaltung. Das ist natürlich eine wichtige Voraussetzung. Deswegen haben wir selbstverständlich auch in Zukunft einen Blick auf die Ausbildung, auf die Hochschule für den öffentlichen Dienst, auch mit Blick auf Herrsching am Ammersee. Wir haben auch einen Blick auf die gute technische Ausstattung und auf moderne Gebäude.

Steuergerechtigkeit ist für uns wichtig. Das ist selbstredend. Wir brauchen gerechte Gesetze und einen gerechten Vollzug. Wir wollen keine Steuerhinterziehung. Wir wollen keine Steuerflucht, und wir wollen, Kollege Pohl, keine Steuerflucht- und Steuergestaltungsakrobatik, wie es möglicherweise der eine oder andere vornimmt. Wir wollen aber keinen Pauschalverdacht gegen irgendjemanden. Natürlich darf der Ehrliche nicht der Dumme sein. Es darf aber keinen Pauschalverdacht geben. Auf jeden Fall wollen wir nicht, dass Kontrollen um der Kontrolle willen gemacht werden, weil bei uns der Grundsatz gilt: Leben und leben lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage noch zwei Worte zur Grundsteuer. Wir schaffen eine klare, wertunabhängige und unbürokratische Grundsteuer. Auf jeden Fall bin ich froh, dass unser Finanzminister die Länderöffnungsklausel nutzt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Lieber Kollege Halbleib, weil Sie hier gerade dazwischenrufen – wir wollen auf jeden Fall keine verkappte Vermögensteuer, wie Ihr Genosse Scholz das von uns wollen würde. Nein, wir schaffen Klarheit und Planungssicherheit, weil wir natürlich auch wissen: Mit der Steuerpolitik der SPD ist es wie eh und je, mit der Steuerpolitik von Ihnen kommt man zu einem kleinen Vermögen, vorausgesetzt, man hatte vorher ein großes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Reichen kann man nur einmal etwas wegnehmen. Das wäre ein Angriff auf das Eigentum, den Sie führen wollen.

(Zurufe)

– Ein bisschen mehr Substanz wünsche ich mir von Ihnen. – Meine Redezeit ist leider vorüber. – Herr Kollege Güller, Sie können ja etwas fragen. – Dieser Haushalt ist wohldurchdacht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Wolfgang Fackler (CSU): Er ist auf jeden Fall ausgewogen. Er setzt die richtigen Prioritäten. Wir setzen auf Heimat und Regionalität. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat nun der Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe zwar heute Nachmit-

tag noch einmal die Möglichkeit, beim Einzelplan 13, beim FAG und beim Haushaltsgesetz zur Gesamtkonzeption des Haushalts Stellung zu nehmen. Nachdem aber gerade doch ein paar Dinge angesprochen wurden, wobei das, was wir tun, substanziell falsch dargestellt wurde, muss ich trotzdem ein paar Dinge erklären. Ich glaube, das ist wichtig.

Ich möchte damit beginnen, einzuordnen, wo wir eigentlich stehen. Jeder von uns, der sich irgendwie äußert, erklärt gerade, dass wir uns in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg befinden. Das gilt übrigens nicht nur für Bayern, Deutschland und Europa, sondern für die ganze Welt.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass wir in der Lage sind, in Bayern zur Krisenbewältigung nicht darüber diskutieren müssen, was wir uns jetzt nicht mehr leisten, weil wir eine große Krise haben, sondern dass wir geradezu konzeptionell darüber nachdenken können, was wir zusätzlich tun können, wo wir investieren können, damit wir gemeinsam gut durch die Krise kommen und aus der Krise wieder herauskommen. Das ist eben so. Das muss jeder auch einmal begreifen, egal, wie man jetzt zu all diesen Dingen steht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheidend ist, dass wirtschaftliche Prosperität auf Dauer nur entstehen kann, wenn ein Volk auch gesund ist. Ich weiß nicht, ob das lange tragen könnte, zu glauben, dass man mit der Volksgesundheit sozusagen jetzt spielen könne, um die Wirtschaft zu retten.Ich will jetzt nicht in dieses Thema einsteigen, aber es gibt Länder, die es anders gemacht haben, zum Beispiel Schweden. Das wird immer wieder als Musterbeispiel genannt. Dort ist die Arbeitslosigkeit von 6,77 % auf jetzt 9,28 % gestiegen. Ob also dieser Weg automatisch dazu führt, dass wirtschaftliche Prosperität besser konserviert oder ausgebaut werden kann, lasse ich einmal dahingestellt sein.

Aber wir haben es doch wenigstens geschafft, alle miteinander den Weg zu gehen, dass die Menschen bei uns möglichst gesund bleiben. Wir haben jetzt alles schon tausendmal gehört und diskutiert, ausgehend von den Inzidenzzahlen und wie sich deren Entwicklung in den Krankenhäusern auswirkt. Selbstverständlich ist es auch hier so:

Wir diskutieren wochenlang um des Kaisers Bart. So lange niemand etwas Besseres als diese Inzidenzzahlen hat, so lange müssen wir eben damit arbeiten. Jeder hat schon hundertmal seine Bereitschaft erklärt, die Dinge zu ergänzen und zu diskutieren. Jeden Tag sind wir auf der Suche nach einem besseren Weg, und der Haushalt ist auch ein Ergebnis auf diesem besseren Weg.

Wir haben nichts gestrichen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns, dass wir in zwei oder drei Jahren, wenn wir wieder über den Haushalt diskutieren, nicht über die Probleme lachen, die wir heute als groß ausmachen. Wir diskutieren darüber, wie wir eigentlich gar nicht vorhandenen Zuwachs verteilen, weil wir es uns leisten können zu sagen: Wir ersetzen unsere Steuerausfälle und investieren dennoch. – Wir verteilen Zuwächse in Zeiten der höchsten Krise. Sehr geehrte Damen und Herren, das kann man nur machen, wenn man auf stabilem Grund steht. Das ist in Bayern der Fall, weil wir seit Jahren stabile Haushaltspolitik betrieben und nicht jedem Wunsch nachgegeben haben, der da war und oft natürlich auch berechtigt war.

Meine Damen und Herren, nur weil etwas nicht im Haushalt steht, heißt das doch nicht, dass ich mir das nicht auch wünschen würde. Ich habe mein ganzes Leben lang ein – ich gebe zu – relativ kleines Unternehmen geführt, bevor ich Landtagsabgeordneter geworden bin, und da war es ähnlich. Ich hätte unbeschränkt viele Ideen gehabt, was man noch alles tun kann, und so ist es hier auch. Deswegen rufe ich allen einmal zu: Bei aller Euphorie bezüglich bestimmter Dinge müssen wir sehen, was notwendig ist. Dass die Stärkung der Wirtschaft durch Investition nötig ist, ist doch unstrittig, und ebenso, dass man dazu eine gute staatliche Verwaltung braucht.

Diese Staatsverwaltung ist weit besser, als immer wieder darzustellen versucht wird. Jeder, der sich einmal mit dem Innenleben von Verwaltung beschäftigt, weiß, wie viele Tausend Menschen sich da um beste Arbeit bemühen. Bei den Politikern ist es doch nicht anders: Die einen sind noch engagierter als die anderen. Menschen mit Fähigkeiten, mit Stärken und Schwächen gibt es überall. Ich bin für Steuer-, Finanz-, Vermessungsverwaltung und all diese Sparten gerne zuständig. Unsere Arbeit im Frei-

staat wird durch unsere Verwaltung hervorragend begleitet und umgesetzt. Das möchte ich an der Stelle schon einmal sagen dürfen.

Wir haben das in der Steuerverwaltung in den letzten Jahren auch immer wieder sehr deutlich dokumentiert. Wir haben in den letzten neun Jahren praktisch jedes Jahr im Durchschnitt etwa hundert zusätzliche Stellen in die Steuerverwaltung gegeben. Warum man das für zu wenig hält, weiß ich nicht ganz genau. Auch hier ist es natürlich zu wenig. Überall ist es zu wenig. Wenn die Unternehmen mit mir darüber sprechen, wie oft Steuerfahndungen oder Steuerprüfungen stattzufinden haben, auch bei kleinen Unternehmen, ist man dort nicht der Meinung, dass wir viel zu wenige Steuerprüfer haben. Wenn ich mir einmal anschaue, wie erfolgreich unsere Steuerprüfer bei ihren Prüfungen unterwegs sind, dann stelle ich hier fest, dass wir weitaus bessere Prüfergebnisse als andere Bundesländer haben. Also funktioniert es doch. Reden wir doch nicht immer alles schlecht, was wirklich gut funktioniert.

Wir stärken die Steuerverwaltung weiter und setzen natürlich Steuern um, auch die Grundsteuer, Herr Dr. Kaltenhauser. Wir sind in der Verbändeanhörung, und wir werden uns auch im Parlament ausreichend mit den Fragen beschäftigen. Ohnehin ist nichts transparenter als das, was wir bei der bayerischen Grundsteuer von Anfang an wollten. Auch hierfür werden wir das notwendige Personal bereitstellen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir bei allem Verwaltungshandeln mit modernen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz und der vorhandenen elektronischen Aktenführung alle an uns gestellten Ansprüche erfüllen werden. Nur wird immer so getan, als wäre alles ganz schlecht.

Ich will auch zum Breitbandausbau noch einmal etwas sagen. Ich weiß ja nicht, wie oft wir das noch diskutieren müssen. Ich diskutiere es immer wieder gerne, weil es kein anderes Projekt gibt – –

(Zuruf)

– Na ja, Sie waren im Wirtschaftsausschuss mit Ihrer Kritik relativ ruhig, als wir da eine Stunde lang diskutiert haben. Die Kritik war dann relativ beschränkt. Ob die große Idee, jemandem einen 500-Euro-Gutschein für etwas zu geben, das 10.000 Euro kostet, der Weisheit letzter Schluss ist, weiß ich jetzt nicht genau, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben jedenfalls in Bayern und in ganz Deutschland folgende Situation: Für den Breitbandausbau gibt es keine Zuständigkeit des Freistaats Bayern. Die Zuständigkeit ist nirgendwo definiert. Dafür ist die Wirtschaft zuständig, und diese baut auch ganz massiv aus. Aber sie macht das eben wirtschaftlich handelnd. Sie macht, was sich lohnt. Auf einem Dorf mit 150 Menschen, wo ich lebe, lohnt es sich leider nicht so sehr wie in einer großen Stadt, weil man dort mit einem Kilometer Glasfaser mehr Häuser erschließen kann als auf dem Land.

Wir haben hier Marktversagen. Deswegen haben wir spätestens mit unserem Förderprogramm 2013 wirklich alles getan, um trotz der bei uns vorhandenen Marktkräfte ein Programm anzubieten, das für alle schnell umsetzbar ist, mit bester Beratung unserer Vermessungsverwaltung, ein Programm, das viel Geld zur Verfügung stellt und alle Möglichkeiten schafft. Ich weiß ja nicht, wie oft man das noch behauptet.

Irgendein freundlicher Kollege hat wieder das Wort "Kupfer" im Mund gehabt. Wir haben seit 2013 keinen Meter Kupferleitung gefördert, ganz im Gegenteil. Jede Kommune konnte seit 2013 den Ausbaustandard vor Ort selbst festlegen. Manche Kommunen haben gesagt: Wir wollen sofort Glasfaser bis in jedes Haus. – Wir fördern das bis in jedes Haus, selbst wenn der Garten umgegraben werden muss. Wenn die Kommune das so ausschreibt, wird es gefördert. Da braucht man nicht einen 500-Euro-Gutschein, sondern muss die Ausschreibung so gestalten, dass bis zum Haus gebaut wird. Wenn die Kommune sagt, dass bis zum Garten gefördert werden soll, dann wird bis zum Garten gefördert. Wenn die Kommune sagt, dass nur bis zum Kabelverzwei-

ger gefördert wird, dann wird bis zum Kabelverzweiger gefördert. Sonst sind wir doch auch immer der Meinung, dass die Entscheidungen vor Ort getroffen werden müssen, weil man dort die Kenntnis über das gerade Benötigte hat. Aber hier soll plötzlich der bayerische Finanzminister am besten wissen, wo 6,2 Millionen Objekte in Bayern am besten einen Glasfaseranschluss brauchen.

Wir haben riesige Fortschritte gemacht. Nirgendwo gab es eine derartige Ausbaudynamik wie in Bayern. Wenn alle Projekte abgeschlossen sind, die schon beauftragt, aber noch nicht gebaut sind – daran ist wahrscheinlich auch noch der Finanzminister schuld, dass nicht so viele Menschen bereit sind, sich mit der Schaufel in den Graben zu stellen, um die Hausanschlüsse zu legen –, dann haben immerhin 99 % der Haushalte in Bayern mindestens 30 Mbit/s und fast genauso viele 50 Mbit/s.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit 30 und 50 Mbit/s kann man im rein privaten Bereich schon mal ganz ordentlich wirtschaften. Damit ist man nicht völlig abgehängt. Ich weiß das, weil ich zu Hause auch schnelles Internet habe. Damit kann man Homeoffice und Homeschooling machen. Ich habe im Wirtschaftsausschuss vorgetragen, welche Übertragungsraten notwendig sind, wenn im Haus gleichzeitig zwei oder drei Menschen Homeschooling oder Homeoffice machen. Mitnichten ist es so, dass das nicht möglich wäre.

Natürlich ist der Gigabitausbau für alle das Ziel. Weit über 50 % in Bayern haben Gigabit jetzt schon, und wir hören nicht auf. Die von uns in Brüssel durchgesetzte Gigabitrichtlinie haben wir uns mühsam über zwei, drei Jahre erkämpfen müssen. Warum? – Weil Brüssel bis zum heutigen Tag definiert, dass schnelles Internet 30 Mbit/s ist. Das hat nicht Albert Füracker erfunden. Vielmehr war das ein Hemmnis beim Ausbau des Breitbandinternets, weil wir keine Glasfaser ausschreiben konnten, wo es schon 30 Mbit/s gab. Warum man das immer wieder diskreditiert, ist mir ein Rätsel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Breitbandausbau in Bayern ist das erfolgreichste Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte. Das ist in Bayern so.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann geht es weiter. Die Leute schreiben mir, sie wollen schnelles Internet. Dann frage ich die Telekommunikationswirtschaft, warum sie da nicht ausbaut. – Sie hören nicht gut zu. Das ärgert mich, weil Sie das Thema eigentlich sehr oft intensiv mit mir diskutiert haben und ich weiß, dass es Sie interessiert. – Wenn man also nachfragt, sagen die Telekommunikationsanbieter: Keine 25 % derjenigen, die im privaten Bedarf Glasfaser buchen könnten, buchen es.Das ist eigentlich die Tragik: Wir hören hier im Landtag, dass man nur dann ein vollständiger Mensch ist, wenn man Glasfaser im Haus hat. Dort, wo es das gibt, sind aber nicht einmal 25 % der Menschen bereit, das zu buchen.

Und dann bitte ich auch die mediale Welt mitzuhelfen. Schauen Sie, ich erzähle es hier mal, weil es eine so schöne Geschichte ist: Es ist noch kein Vierteljahr her, da gab es das "Mädchen im Schnee". Das war im Oberbayerischen, es hat sich fotografieren lassen mit einem Laptop; es musste im Garten ein Referat halten für die Schule – für das Abitur oder für was auch immer. Und alle hatten Angst und Sorge um das Mädchen im Schnee.

(Zurufe)

Es hat sich dann herausgestellt, dass bei diesem Haus, in dem das Mädchen lebt, Glasfaser nicht nur bis zum Garten verlegt worden war, sondern auch im Haus bereits Glasfaser lag – nicht unbemerkt von den Bewohnern; denn der Garten war im Jahr zuvor umgegraben worden.

(Zuruf)

Es lag Glasfaser im Haus. Auf Nachfrage des Herrn Bundesministers, der sich darum dann gekümmert hat, hat das dort zuständige Unternehmen, die Telekom, mitgeteilt: Ja, da ist Glasfaser im Haus. Wenn der Vater des Mädchens den Glasfaseranschluss beauftragt, können wir das innerhalb kürzester Zeit machen.

Das wurde dann auch getan. Ich habe mich daraufhin nur mal erkundigt, ob jetzt auch Gigabit gebucht wurde. Ich darf es sagen, hat mir darauf die Telekom gesagt. Ich sage es aber nicht. Fragen Sie selbst mal, ob Gigabit gebucht wurde. Fragen Sie einmal! Fragen Sie, was dann dort gebucht wurde!

Deswegen, meine Damen und Herren: Hören wir doch bitte auf, immer so zu tun, als gäbe es hier in Bayern ein furchtbares Versagen beim Glasfaserausbau! Das genaue Gegenteil ist der Fall. Helfen wir zusammen mit, hier voranzukommen! Überzeugen wir die Kommunen auch, dass die Anträge jetzt auch entsprechend gestellt werden und dass das Geld, das wir zur Verfügung stellen, abgerufen wird! 6.200 Schulen gibt es in Bayern, jede Schule kann Glasfaser haben. Wir fördern die öffentlichen Schulen alle mit 80, 90 %.

Ich habe erst heute wieder mit jemandem in meiner Heimat telefoniert, der in der Telekommunikationswirtschaft tätig ist. Er sagt: Ich gehe zu jedem Bürgermeister und erkläre ihm, dass er für seine Schule einen Glasfaseranschluss beantragen kann. Im optimalen Fall – so hat er gesagt – dauert es 14 Tage, bis das Ganze funktioniert. – Also, auch hier haben wir seit 2018 ein Förderprogramm, das nur abgerufen werden muss.

Ich weiß also nicht, warum man immer wieder – immer wieder! – behauptet, dass schnelles Internet in Bayern etwas ganz Furchtbares wäre. Man findet natürlich da und dort ein Dorf, in dem es noch nicht funktioniert. Wenn ich dann aber frage, so heißt es meistens: Der Auftrag ist erteilt; das dauert jetzt noch, im Herbst sind wir fertig. Oder: Nächstes Frühjahr sind wir fertig.

Wir können alles tun; aber wir können doch nicht selbst Schaufel und Pickel in die Hand nehmen und glauben, dass wir mehr davon verstehen, wenn es darum geht, das technisch umzusetzen, als die Unternehmen, die hier tätig sind.

Deswegen bitte ich darum, wirklich diesen Weg weiter zu unterstützen. Wir sind, was den ländlichen Raum angeht, deutschlandweit die Besten, und wir sind auch beim

Thema "Glasfaser bis ins Haus" nicht schlecht; im deutschlandweiten Vergleich sind wir hier immerhin die Drittbesten unter den Flächenländern.

Natürlich kann man immer so tun, als wäre das alles ganz furchtbar. Meine Feststellung ist aber, dass die deutsche und die bayerische Wirtschaft trotz dieses angeblich so steinzeitlichen Glasfaserausbaus doch immer noch ganz vernünftig funktioniert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ganz so ist es jetzt auch wieder nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir machen da also weiter. Wir haben auch diesmal wieder die Mittel im Haushalt vorgesehen. Wir werden dazu beitragen, dass wir Gigabit für alle bekommen. Zusammen mit den Kommunen werden wir das schaukeln und schaffen wir das.

Meine Damen und Herren, was die anderen Themen betrifft, so denke ich, wir werden darüber auch heute Nachmittag noch diskutieren.

Eines sei hier noch angesprochen – es geht um die Augsburger Messe –: Wenn wir eine solche Beteiligung übernehmen, dann muss dies im staatlichen Interesse sein. Das ist bislang eher umstritten gewesen. Dennoch haben wir Förderungen gegeben; es sind 40 Millionen Euro an Fördermitteln geflossen, zum Beispiel für Hallenausbauten bei der Messe Augsburg. Ich finde, das ist für ein Unternehmen, an dem wir als Freistaat Bayern nicht einmal beteiligt sind, schon eine bemerkenswerte Summe. Also, wir tun auch hier, was wir können.

Und wir wälzen auch nirgendwo Kosten auf den Bund ab; auch das will ich Ihnen schon einmal ehrlich sagen. Ich bin als bayerischer Finanzminister nicht in der Lage – ich bin dazu nicht in der Lage! –, einem Bundesfinanzminister Paroli zu bieten, der den Unternehmen im Oktober verspricht, dass er ihnen im November 75 % der Umsätze erstattet, und das dann im März noch nicht getan hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da möchte ich schon einmal hören, was mir entgegengerufen würde,

(Zuruf)

würde ich in Bayern 75 % des Umsatzes als Erstattung an betroffene Unternehmen versprechen. Ihr würdet mir sagen, dass meine wirtschaftspolitische Kompetenz so klein ist, dass ich als bayerischer Finanzminister am besten sofort zurücktreten sollte. Das ist doch die Situation.

(Zurufe)

Wir dürfen auch hier nicht mehr versprechen, als wir halten können.

Ich kämpfe leidenschaftlich – leidenschaftlich, und da schließt sich der Kreis – dafür, dass wir den Betroffenen helfen. Ich kämpfe dafür, dass wir öffnen, sobald es geht,

(Zurufe)

dass wir helfen, wo immer es geht. Aber eines lehne ich ab: dass wir ständig und monatelang Versprechungen machen, die kein Mensch einhalten kann. Das ist das Schlimmste für Unternehmen und für die Menschen: dass ihnen dauernd irgendwer in Aussicht stellt: Wenn ich nur was zu sagen hätte in diesem Land, dann wäre morgen alles offen! – Wir müssen miteinander die Dinge ordentlich beschließen, und wir müssen sie dann auch ordentlich umsetzen. Darauf kommt es an. Die Menschen müssen sich auf uns verlassen können

(Zuruf)

und dürfen nicht immer den Eindruck gewinnen, dass wir Dinge versprechen, die wir eigentlich nicht zusagen können.

(Zurufe)

Dafür stehen wir und nicht für Zwischenrufe, die draußen den Eindruck entstehen lassen, ein Parlament sei nur dazu da, zu streiten, und nicht, um zu helfen. In der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs, meine Damen und Herren, führen wir dieses Land so, wie es dem Auftrag und der Erwartungshaltung der Menschen entspricht.

Ich kann Sie nur einladen, dies auch im weiteren Verlauf der Haushaltsdiskussion im Hinterkopf zu behalten und sich von der Einsicht leiten zu lassen, dass man in der größten Krise eines Landes nicht darüber streiten sollte, wo die höchsten Zuwächse sind. Wir müssen uns vielmehr in den nächsten Jahren dafür rüsten, um bestmöglich aus der Krise zu kommen und die nächsten Jahre Politik so gestalten zu können, dass diejenigen, die nach uns kommen, nicht so viel bezahlen müssen, dass sich in zwanzig Jahren dann die Frage stellt, ob der bayerische Finanzminister denn einen Vogel gehabt hat, als er in einen Wettbewerb mit dem Bund darüber eingetreten ist, wer die höchsten Schulden macht. Einen solchen Wettbewerb mache ich nicht mit; ich könnte ihn auch gar nicht gewinnen – denn da sitzt jemand in Berlin, der jeden Tag sagt, er habe so viel Geld. Damit kann ich nicht mithalten; das stimmt. Ich will das aber auch gar nicht; ich will sachgerecht sein.

Und so handeln wir: Wir helfen sachgerecht. – Danke für die Unterstützung und die Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister Füracker. Sie können gleich am Rednerpult bleiben. Sie haben jetzt fünfeinhalb Minuten länger geredet als vorgesehen; daher haben die Fraktionen noch einmal Redezeit.

Zunächst aber gibt es vier Zwischenbemerkungen. Die erste macht Herr Abgeordneter Markus Plenk. – Bitte, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, welche Konzepte oder Ideen haben Sie für die lang überfällige Entbürokratisierung bzw. Vereinfachung

des Steuerrechts? Das würde gleichermaßen zu Vorteilen für die Mitarbeiter in der Finanzverwaltung wie für die Steuerzahler führen. Vielleicht würde sich damit auch die eine oder andere Personalaufstockung erübrigen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Plenk, wir machen ein sehr, sehr unbürokratisches Grundsteuermodell, das dazu führt, dass wir abweichend vom Bund nur einen Bruchteil der Regularien benötigen. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass wir dort, wo wir können, sehr unbürokratische Steuermodelle umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die zweite Intervention kommt vom Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben jetzt sehr intensiv über das Thema Breitbandausbau geredet. Zunächst einmal freut es mich natürlich, dass Sie das Förderprogramm angepasst haben, die Gigabitrichtlinie, und Forderungen, die wir GRÜNEN seit Jahren erhoben haben, übernommen haben.

Es wäre allerdings sinnvoll gewesen, dies von vornherein zu berücksichtigen und schon das erste Förderprogramm so auszugestalten, dass Glasfaser nicht über Vectoring, sondern tatsächlich bis in die Häuser hinein gefördert wird. Jetzt wird eine Doppelförderung notwendig, indem die Gebiete, deren Ausbau man schon einmal gefördert hatte, bei der Förderung noch einmal berücksichtigt werden müssen. Dies hätte sich vermeiden lassen.

Jetzt haben Sie gesagt, dass die Bandbreiten für den heutigen Bedarf schon ausreichend seien. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, wie sich der Bedarf in den letzten Jahren entwickelt hat; auch in den nächsten Jahren wird dieser Bedarf massiv steigen. Schon heute ist es nicht möglich, ein 4K-YouTube-Video mit einem 30-Mbit/s-Anschluss zu streamen; ich brauche hierfür 50 Mbit/s. Netflix funktioniert; da braucht man 20 Mbit/s;

für YouTube-4K brauche ich aber 50. Also muss man doch jetzt damit beginnen, die Infrastruktur aufzubauen, von der man weiß, diese wird die nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahre zukunftsfähig sein. Andernfalls müssen wir schon in fünf Jahren die Technik erneut ausbauen.

Zum Thema Take-up-Raten – auch das haben Sie angesprochen – haben Sie gesagt, es würden nur so wenige Haushalte die Anschlussmöglichkeit nutzen.Genau in diese Richtung geht unser Gutscheinsystem. Laut ORH-Bericht haben Sie Ausgabereste in Höhe von 144 Millionen Euro beim Breitbandausbau. Damit sollte man die Gebiete, in denen Projekte scheitern und in denen die Telekom nach Ausschreibungen sagt, wir können dort nicht tätig werden, weil sich zu wenige Leute anschließen,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Adjei, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Benjamin Adjei (GRÜNE): ausbauen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Adjei, ich weiß nicht, warum Sie immer wieder falsche Dinge behaupten.

(Heiterkeit)

Erstens. Von denjenigen, die den Glasfaseranschluss schon im Haus haben, die den Glasfaseranschluss buchen könnten, wie es bei dem armen Mädchen in Vierkirchen der Fall war, buchen ihn nicht einmal 25 %. Sie haben ihn bereits im Haus.

Zweitens. Der Bedarf entwickelt sich. Deswegen bauen wir weiter aus. Die 30 und 50 Mbit/s werden natürlich durch Vectoring auf 100 Mbit/s und weit mehr gebracht. Insofern ist dieser Anspruch vorübergehend schon einmal sehr gut erledigt.

Drittens. Auch das ist immer wieder dasselbe: Die Neuaufstellung des Förderprogramms hat nichts damit zu tun, dass Glasfaser jetzt bis ins Haus gefördert werden kann. Unsere Breitbandrichtlinie konnte seit dem Jahr 2014 Glasfaser bis ins Haus för-

dern. Wenn die Gemeinde es beantragt hatte, konnte Glasfaser auch bis ins Haus gebaut werden. Wir haben genügend solcher Beispiele. Nur gibt es viele Orte, in denen die Menschen sagen: Mein Garten wird wegen deines Anschlusses jetzt nicht aufgerissen. Mir reichen auch 100 Mbit/s. Dies hat der Bürgermeister vor Ort dann eben so entschieden.

Neu an unserer Förderrichtlinie ist, dass wir dort fördern dürfen, wo wir bisher nicht fördern durften, weil es schon 30 Mbit/s gab. Haben Sie das jetzt gehört? Oder steht das in Ihrem Handy? Ich will es Ihnen noch einmal sagen,

(Heiterkeit)

weil Sie das immer wieder behaupten, obwohl es einfach nicht stimmt. – Auch wenn Sie den Kopf schütteln: Es stimmt nicht. Wir haben von Anfang an Glasfaser bis in jedes Haus fördern können, und wir tun das jetzt – –

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Wenn die Gemeinde dies beantragt hat, ist es gebaut worden. Daran hat sich im neuen Förderprogramm nichts geändert. Null! Geändert hat sich nur, dass wir dies jetzt dort dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gab. Oft wurde nicht gebaut, weil es schon 30 Mbit/s gab. Das war – mit Verlaub – nicht Ihre Idee, weil Sie den Zusammenhang bis heute nicht richtig dargestellt haben. Wir haben in Brüssel durchgesetzt, auch dort bauen zu dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gab. Ich glaube aber, auch wenn ich das noch hundert Mal erzähle, wird es doch immer wieder diskreditiert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Staatsminister, lieber Albert Füracker, am besten hat mir der Einstieg in die Rede gefallen. Es ist schön, dass wir so stark sind, dass wir kon-

zeptionell darüber nachdenken können, etwas zu machen. Hierin stimmen wir vollkommen überein. Wir können einen starken Haushalt aufstellen. Das Problem ist jedoch, es reicht nicht, nachdenken zu *können*, sondern man *muss* nachdenken und aus dem Nachdenken auch entsprechende Konsequenzen ziehen. Diese Konsequenzen vermisse ich für die SPD an dieser Stelle: Nicht nur nachdenken können, sondern es auch tun und einen starken Haushalt aufstellen! Das bedeutet auch, Mobilität für alle, den ÖPNV zu stärken, Bildung und Digitalisierung zu stärken, soziale Infrastruktur und Wohnungsbau in Bayern zu stärken sowie die Modernisierungsoffensive und die öffentliche Gesundheitsversorgung zu stärken. Nicht nur können, sondern auch tun. Nicht bloß die Lippen spitzen, sondern auch pfeifen. Dies ist der Punkt, in dem wir uneins sind, nicht beim Stolz, dass wir einen starken Haushalt aufstellen können. Wir müssen es auch machen. Das habt ihr leider versäumt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): So rauschend ist der Applaus dafür gar nicht. – Wir haben dies nicht versäumt, sondern wir haben im Rahmen der Möglichkeiten das getan, was möglich und notwendig ist. Ihr wisst alle, dass wir im Haushaltsgesetz einen Plan vorlegen müssen, wann wieder getilgt wird, was wir jetzt an Schulden aufnehmen. Wenn man sich darauf verständigt, Schulden zu machen, ist es wieder anders. Die GRÜNEN meinen, wir sollten eine "Klimamilliarde" zur Verfügung stellen. Wenn dies den regulatorischen Vorgaben der Schuldenbremse entspricht, kann ich das tun. Das ist aber nicht der Fall.

Genauso ist es hier: Trotz allen Beschränkungen, die wir haben, haben wir eine Investitionsquote, die wir seit vielen Jahren nicht mehr hatten. Wir investieren riesig gegen die Krise an. Wir stocken Stellen im Bereich der Lehrer, Polizisten und Finanzbeamten auf. In der größten Krise, die dieses Land seit 70 bis 75 Jahren erlebt hat, schaffen wir neue Stellen wie kaum jemals zuvor innerhalb eines Jahres. Ich weiß nicht, was man jetzt vernünftigerweise noch tun sollte. Ich glaube, es ist eine gute Abwägung dessen, was machbar ist, nämlich Investitionen. Wir müssen jetzt über Schulden vieles, was

pandemiebedingt ist, finanzieren. Ich muss aber auch bedenken, dass dies in zwei oder drei Jahren wieder zurückgezahlt werden muss. Da bin ich dann mal gespannt. Dann werden wir die Protokolle von heute wieder heraussuchen, um zu prüfen, ob man dem Finanzminister – wer dies dann auch immer sein mag – vorhalten kann, es seien zu viele Schulden aufgenommen worden, da wir die Tilgung ab dem Jahr 2024 wieder aus dem Haushalt bestreiten müssen. Wir werden dann diskutieren, wo man wieder etwas wegnimmt. Dies kann leicht passieren. Deswegen müssen wir, bei der Abwägung vernünftig sein. Dafür stellt unser Haushalt eine sehr, sehr gute Grundlage dar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Jetzt gibt es noch eine Zwischenbemerkung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben alle noch ein bisschen Redezeit erhalten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben das auf ihren Bildschirmen. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Staatsminister Füracker, danke für die Ausführungen. Ich komme noch einmal zurück zu den Steuereinnahmen. Ich glaube, wir sind uns einig: Der Lockdown kostet Unsummen und verhindert wirtschaftliche Wertschöpfung in vielen Branchen in Bayern.

Sie haben das Beispiel Schweden gebracht: Der BIP-Rückgang lag in Schweden im Jahr 2020 bei 2,8 %, in Bayern bei 6,5 % – dies nur noch einmal zur Erinnerung. Wir alle wollen eine gesunde Bevölkerung, aber entscheidend ist doch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Fakt ist auch: Wir haben zwischenzeitlich viel über das Virus gelernt. Wir wissen auch, wie wir es mit Hygienemaßnahmen in den Griff bekommen können. Wir als AfD setzen mehr auf die Selbstverantwortung der Bürger.

In diesem Zusammenhang richte ich mit meiner Frage den Blick auf die Tourismus- und Gastronomiebranche, die doch auch ein guter Steuerzahler ist. Es ist absolut är-

gerlich, dass nun viele Bayern über Ostern nach Mallorca fliegen können, während in Bayern alles geschlossen ist. Das versteht kein Mensch. Was sagen Sie dazu als Finanzminister, der Steuereinnahmen benötigt?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Mannes, zunächst einmal: Ich habe nicht bewertet, warum die Arbeitslosigkeit in Schweden um fast 3 % auf 9,28 % gestiegen ist. Ich habe nur gesagt, dass es so ist. Ich bin jedenfalls froh, dass wir keine Arbeitslosigkeit von 9,28 % haben, sonst wäre es mit den Steuereinnahmen noch komplizierter. Ich weiß auch nicht genau, wer dort arbeitslos geworden ist, nachdem dort alles geöffnet ist, wie ich immer wieder höre. Ob dies stimmt, weiß ich nicht; denn ich war noch nicht dort.

Es ist, glaube ich, ein gutes Ziel, jetzt zu versuchen, zusammen mit der Staatsregierung und der Bevölkerung gut durch die Pandemie zu kommen, um dann umso kraftvoller fließende Steuereinnahmen zu haben. Wir stehen jetzt kurz vor dem Moment, an dem für jeden ein Impfangebot verfügbar sein wird. Dann wird die Debatte eine andere sein. Aktuell geht es nur noch um Monate. Ich glaube, mit dem, was gestern vorgestellt wurde, worauf man sich verständigt hat, kommen wir voran. Ich bin zuversichtlich, dass wir rasch durch die Krise kommen werden. Reden wir nicht alles so schlecht! Diese Zeit ist nicht leicht, aber wir können jetzt auch nicht irgendwelche dystopischen Gedanken pflegen. Dann geht es uns nämlich auch nicht besser. Anpacken! Darauf kommt es jetzt an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Böhm. – Sie haben noch eine Minute und 35 Sekunden Redezeit.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir als Opposition erkennen natürlich, dass sich Herr Staatsminister Füracker durch

eine solide Arbeit und durch ausgewogene Äußerungen hier am Pult positiv von einem Großteil der Ministerriege abhebt.

Was mir wichtig ist, Herr Staatsminister: Ich bin in meinen Ausführungen vorgestern Abend auf die Generationenbilanz eingegangen. Darauf sind Sie in Ihren heutigen Ausführungen überhaupt nicht zu sprechen gekommen. Generationenbilanz bedeutet, dass der Freistaat Bayern – zum großen Teil berechtigt, aber in der Gesamthöhe sehr beträchtlich – 600 Milliarden Euro an Verpflichtungen mit sich in die Zukunft trägt.Sie schauen mich erstaunt an. Ich habe ausgeführt: Wir haben 258.000 Beamte. Wenn man das hochrechnet, haben wir natürlich eine immense Belastung zukünftiger Generationen, die mit Sicherheit gerechtfertigt ist, die aus zukünftigen Steuereinnahmen zu bedienen ist.

Für uns stellt sich allerdings die Frage – der Kollege Mannes hat das gerade hervorragend postuliert –, inwieweit diese Generationenverpflichtung bei einer zu vermutenden rückläufigen Steuerentwicklung künftig zu bedienen sein wird. Ich würde mich freuen, wenn unser verehrter Herr Staatsminister en détail einmal darauf eingeht – wenn nicht hier, dann vielleicht an anderer Stelle.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12815 mit 18/12818, 18/12889, 18/12963 mit 18/12970, 18/13047 und 18/13048 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14200.

Ich lasse zunächst, wie von der AfD-Fraktion beantragt, über deren Änderungsantrag betreffend "Beteiligung an der Messe Augsburg" auf Drucksache 18/12965 in einfa-

cher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Einzelplan 06 abstimmen. Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14200 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforder-

lichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind GRÜNE, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Die Gegenstimmen, bitte! – Das sind die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14200 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13047 und 18/13048 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 19

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Demonstratormission
   (Kap. 06 02 TG 67)
   Drs. 18/12815

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Schulungsoffensive für nachhaltige öffentliche Beschaffung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12816

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12817

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/12818

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 06 01 Tit. 536 03)
   Drs. 18/12889

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/12963

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12964

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beteiligung an der Messe Augsburg
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12965

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/12966

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
    (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
    Drs. 18/12967

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12968

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12969

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 16.04.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier